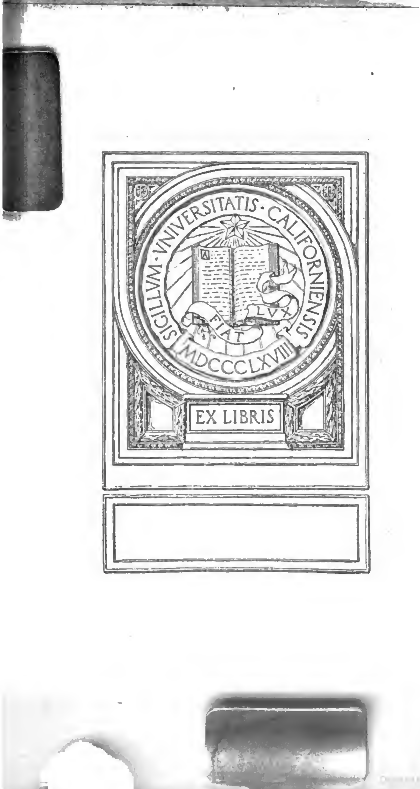
Heinrich Kanner

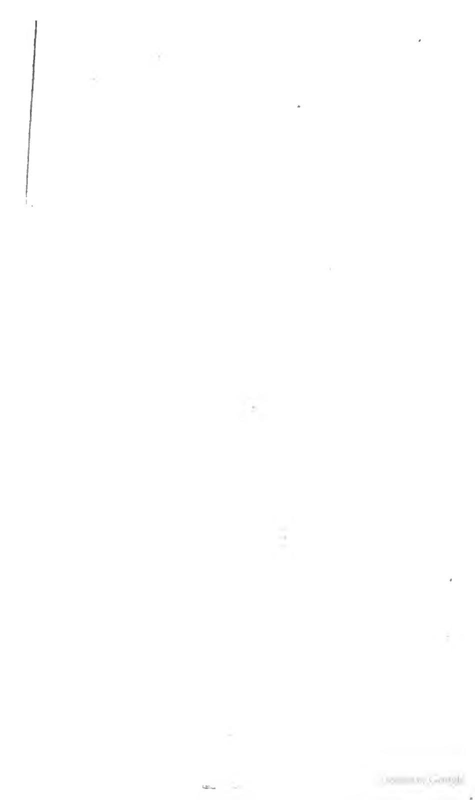
Kaiserliche Katastrophen-Politik

Ein Stück zeitgenössischer Geschichte

1922
E. P. Tal & Co. Verlag


SIGILLVM · VNIVERSITATIS · CALIFORNIENSIS
FIAT
LVX
MDCCCLXVIII
EX LIBRIS


E.P.T &Co



KAISERLICHE
KATASTROPHENPOLITIK

KAISERLICHE KATASTROPHEN-POLITIK

Ein Stück zeitgenössischer Geschichte

von

HEINRICH KANNER

»Die Völker müssen von Zeit zu Zeit mit ihrer Vergangenheit zu brechen, eine schlechte Richtung ihrer Geschichte für schlecht anzuerkennen und der Schande den Namen Schande zu geben, den Mut haben.«
Arnold Ruge.

1 9 2 2
E · P · TAL & CO. VERLAG
Leipzig Wien Zürich

1.—3. Tausend

Druck der Offizin der Waldheim-Eberle A. G., Wien

Meinem Freunde

Professor Dr. I. Singer

gewidmet

Vorwort

Dieses Buch ist dazu bestimmt, die Erkenntnis der Wahrheit über die Entstehung des Weltkrieges zu fördern, die den Deutschen nicht angenehm ist, die sich aber schließlich wie alle Wahrheiten auch bei dem Widerstrebenden Gehör erzwingen wird. Ich glaube, ihr näher gekommen zu sein als diejenigen, die sich bisher, sei es auf Seite der Mittelmächte, sei es auf Seite der Entente, um sie bemüht haben.

Sie alle sind bei der Erklärung der Ereignisse des Monats Juli 1914 von der Weltpolitik Deutschlands ausgegangen und haben die Balkanpolitik Österreich-Ungarns nur nebenher berücksichtigt. Ich bin den umgekehrten Weg gegangen, und die widerspruchslosen Ergebnisse, die ich gewonnen habe, sprechen dafür, daß ich auf dem richtigen Wege bin. Gewiß hat die nach allen Richtungen ausgreifende Politik Deutschlands in den letzten Jahren vor dem Weltkrieg, besonders seit 1905 (Marokko, Türkei, Flotte) den Frieden Europas weit öfter und stärker auf die Probe gestellt, als die Habsburger-Monarchie mit ihrer vergleichsweise kleinen außenpolitischen Aktionssphäre (Serbien) und ihren geringeren Machtmitteln. Tatsache aber ist, daß sich der Weltkrieg im Juli 1914 nicht auf jener Seite entzündet hat, wo die größeren Konflikte lagen, auf der deutschen, sondern auf der an sich minder gefährlichen, der österreichisch-ungarischen Seite. Wenn ein Pulvermagazin und ein Wohnhaus einander benachbart sind, so spricht die größere Wahrscheinlichkeit dafür, daß das Pulvermagazin einmal Feuer fängt und der Brand auf das benachbarte Wohnhaus übergreift, und man wird es begreiflich finden, daß die Feueraufsicht dem Pulvermagazin eine größere Wachsamkeit widmet als

dem Wohnhaus. Wenn aber dann tatsächlich doch im Wohnhaus das Feuer ausbricht und sich von dorther erst auf das benachbarte Pulvermagazin fortpflanzt, wird die Untersuchung über die Entstehungsursachen des Brandes beim Wohnhaus anfangen müssen und nicht beim Pulvermagazin. Die Staatsmänner und Kriegsschriftsteller, sowohl auf Seite Deutschlands wie seiner Gegner, die schon in Friedenszeiten immer dem gefährlichen Pulvermagazin ihre besondere Aufmerksamkeit zugewendet hatten, sind in dieser ihrer Voreingenommenheit bei der Untersuchung der Ursachen des Weltkrieges von einem falschen Punkt ausgegangen und deswegen zu Schlüssen gelangt, die mit den Tatsachen in Widerspruch stehen, und diejenigen unter ihnen, die Deutschland von der Schuld am Weltkrieg freigesprochen haben, sind ebenso wie diejenigen, die es verurteilt haben, auf Grund falscher Voraussetzungen zu ihren Urteilen gelangt, was ich in diesem Buche nachweise. Ich, der ich die ganze Zeit über im Wohnhaus saß, aber auch im Pulvermagazin Bescheid wußte, konnte Ausgangspunkt und Verbreitungsart der Feuersbrunst besser beobachten als die anderen.

Seit 1888 habe ich mich als politischer Journalist betätigt, anfangs in Wien, dann einige Jahre als Redakteur der „Frankfurter Zeitung" in Frankfurt a. M., später als Korrespondent dieses Blattes in Wien, auf dem Balkan, in Amerika, in Ostasien, in Paris, und seit 1894 als Herausgeber und Chefredakteur der vor mir mitbegründeten Wiener Wochenschrift, später Tageszeitung „Die Zeit". Die äußere (und auch die innere) Politik der österreichisch-ungarischen Monarchie habe ich in dieser Zeit zu meiner journalistischen Spezialität gemacht, seit fast einem Vierteljahrhundert öffentlich auf ihre Fehler hingewiesen, vor ihren Gefahren gewarnt, immer eindringlicher die geistige und moralische Unzulänglichkeit

ihrer Urheber nachgewiesen, am eindringlichsten seit den Balkankriegen, 1912. Zuletzt noch im Juli 1914 habe ich mit voller Klarheit den Weltkrieg vorausgesagt, der sich aus der geplanten „Strafexpedition" gegen Serbien unaufhaltsam ergeben mußte. Heute bin ich in der — bei einem Journalisten in bewegter Zeit sicherlich seltenen — Lage, meine alten Artikel ohne jede Änderung wieder abdrucken zu können, und jeder, der sie liest, wird finden, daß meine damaligen Urteile durch die nachfolgenden Tatsachen nur allzu grausam bestätigt worden sind. Damals erklärte man sie für „zu scharf", in Wahrheit waren sie nur zu unbequem, und deswegen beachtete man sie nicht — besonders in Berlin nicht, wo man sie gut kannte und die Pflicht gehabt hätte, die einzige unabhängige Stimme, die aus dem verbündeten Reich zu vernehmen war, zu hören und zu prüfen. Am Ballplatz wieder suchte man mich durch haltlose Verleumdungen „unschädlich", d. h. in Wahrheit unnützlich zu machen. Im Weltkrieg mußte ich schließlich den von allen Seiten, nun nicht nur vom Ballplatz, sondern auch vom k. u. k. Armeeoberkommando, der deutschen Botschaft in Wien und der deutschen Obersten Heeresleitung auf mich und mein Blatt eindringenden Gehässigkeiten weichen, meine journalistische Tätigkeit einstellen und das Ende des Krieges schweigend in der Schweiz abwarten, um dem Vorwurf zu entgehen, daß ich durch mein Reden zu ungelegener Zeit die Sache der Mittelmächte im Kampf um ihre Existenz schwäche.

Nachdem der Friede geschlossen war, hoffte ich, wieder öffentlich sprechen zu können, und so schrieb ich im Sommer 1919 dieses Buch ausschließlich auf Grund der Beobachtungen und Erfahrungen, die ich in den vielen Jahren meiner öffentlichen Tätigkeit im Verkehr mit allen einflußreichen Personen der österreichisch-ungarischen Monarchie, auch vielen Deutsch-

lands aus nächster Nähe gesammelt habe. Doch bei der Ausführung des Friedensvertrages ergaben sich immer wieder neue Schwierigkeiten zwischen Deutschland und der Entente, und ich mußte mein Buch zurückhalten, wollte ich nicht einer böswilligen Kritik nun den Vorwand bieten, daß ich Deutschland in den schwebenden Verhandlungen schade. Inzwischen erschienen die Sammlungen der deutschen und österreichisch-ungarischen Akten über den Kriegsausbruch, über den Dreibund, es erschienen außenpolitische Geheimakten aus der Bismarckschen Zeit und politische Memoirenwerke von damals und später. In allen diesen authentischen Dokumenten fand ich meine Auffassung über den Kriegsausbruch vollständig bestätigt, ja durch viele wertvolle Einzelheiten noch bekräftigt und vertieft. Ich benützte also die neue Wartezeit, um dieses Material, soweit möglich, in mein Buch zu verarbeiten, dessen Gedankengang dadurch keine Veränderung erfahren, aber an Beweiskraft gewonnen hat.

Die Akten der Mittelmächte gewähren einen weit besseren Einblick in die Vorgänge des kritischen Monats Juli 1914 als die Akten der Ententemächte, nicht nur weil sie vollständiger sind, sondern auch und hauptsächlich, weil die Mittelmächte bei diesen Ereignissen die Vorhand, die Initiative hatten. Ihre Absichten und Maßnahmen spiegeln sich natürlich in ihren eigenen Akten besser wieder als in den Akten ihrer Gegner, die davon nur unvollkommene Reflexe liefern konnten. Nun sind aber die Akten der Ententemächte schon im Anfang des Krieges, im Winter 1914/15 der Öffentlichkeit übergeben worden, sie waren die einzigen, die der allgemeinen Erörterung über den Ursprung des Krieges in den vier Kriegsjahren und dem ersten Nachkriegsjahr zugrunde lagen. Aus diesen, naturgemäß lückenhaften und deswegen irreführenden Akten die Wahrheit zu erfor-

schen, war ein Blindekuhspiel. Wer, nachdem er die Akten der Ententemächte und die darauf fußenden Darstellungen studiert hat, die Aktensammlungen der Mittelmächte zur Hand nimmt, fühlt sich so, wie wenn ihm eine Binde von den Augen genommen wäre. Die Vorgänge der kritischen Tage und die An- und Absichten der Potentaten und Staatsmänner in Wien und Berlin stehen in voller Deutlichkeit vor ihm, und zweifelhafte Punkte, die frühere Darstellungen offen gelassen oder durch Konjekturen ausgefüllt hatten, erfahren eine widerspruchslose Aufklärung. Ich habe mich deswegen in meinem Buche, bis auf einige Nebensächlichkeiten, durchwegs auf die Akten der Mittelmächte gestützt. Dadurch hat, da diese die aufschlußreicheren sind, der historische Teil meines Buches einen weiteren Vorteil vor früheren Darstellungen gewonnen.

Stehen die Tatsachen einmal fest, so müssen die kritischen Probleme des Kriegswillens, der Kriegsschuld und der Kriegsursachen exakt gelöst werden können, woferne man dabei nur mit klaren Begriffen arbeitet. Auch daran hat es bisher gefehlt. Unsichere Tatsachen, unklare Begriffe haben die ganze bisherige Kriegsliteratur zur Unfruchtbarkeit verurteilt und die Bildung eines einheitlichen Urteils, einer *communis opinio* der Unvoreingenommenen und Einsichtigen über den Weltkrieg unmöglich gemacht. Ich habe mich im kritischen Teil des Buches bemüht, alle die Begriffe, wie Kriegswille, Kriegsschuld, Kriegsursachen, Lokalisierung des Krieges, Weltkrieg, die dabei in Frage kommen, zu klären und glaube so zur objektiven Wahrheit vorgedrungen zu sein, die nur aus bewiesenen Tatsachen und logischem Denken gewonnen werden kann. Diese Wahrheit hat aber nicht bloß einen retrospektiven Charakter. Ihre beiderseitige Anerkennung ist vielmehr die einzige Brücke, auf der die einander im Geiste immer noch feind-

lichen Völker endlich zu einer Verständigung gelangen können. Dazu möchte ich durch meine Arbeit etwas beigetragen haben.

Ich glaube, die Welt ist des siebenjährigen Streites über den Krieg müde geworden, und nicht um diesen Streit fortzusetzen, sondern um ihn zu beenden, gebe ich nun, da auch der Kampf um die Ausführung der Friedensbedingungen erledigt ist, dieses Buch heraus. Es ist gewiß keine Apologie des Krieges, es soll aber auch keine Anklageschrift und keine Bußpredigt sein, sondern ein Aufklärungs- und Verständigungsversuch. Ich hoffe, daß meine Stimme *post bellum* geneigteres Gehör finden wird, als dies *ante bellum* der Fall war.

HISTORISCHES

Der erste Staatsmann des Niedergangs

Graf Kalnoky

In der Zeit — 1894 — als ich mit der Gründung der Wochenschrift „Die Zeit"*) meine selbständige publizistische Tätigkeit in Wien begann, beschäftigte sich das öffentliche Leben in Österreich wohl viel mit innerpolitischen, mit wirtschaftlichen, finanziellen, sozialpolitischen Fragen, die äußere Politik war aber noch ein verschlossener Garten, den das Publikum ebensowenig zu betreten sich berechtigt fühlte, wie etwa den Kaisergarten, der neben dem lärmerfüllten Volksgarten auf der Ringstraße in einsamer Ruhe lag. Die innere Politik war der Kampfplatz der Völker der habsburgischen Monarchie, die Wirtschaftspolitik der Klassen, die äußere Politik blieb dem Kaiser und der Diplomatie vorbehalten. Kaiser Franz Joseph ließ sich, wie man es auszudrücken pflegte, die äußere Politik und das Militär „nicht aus der Hand nehmen". Eine gewisse Scheu vor den großen Staatsgeheimnissen, deren berufene Hüter, vom Volke nur angestaunt, im Palais des Ministeriums des Äußern am Ballplatz saßen, hielt die Kritik im Zaum. Die Ehrfurcht vor der fachmännischen Beamtenweisheit war in jener Blütezeit des unparlamentarischen Regierungssystems noch groß, am größten auf dem

*) Die Idee zur Gründung einer Wochenschrift brachte ich Ende 1893 von einer amerikanischen Studienreise, auf der ich den großen Einfluß dortiger Wochenschriften wie „The Nation" beobachtet hatte, nach Wien mit. Im Jahre 1894 wurde ich mir über Plan, Programm, äußere Form und Namen der Zeitschrift schlüssig. Ich setzte mich darauf mit dem mir befreundeten Herrn Professor Dr. J. Singer und dem mir bis dahin nur literarisch bekannten Herrn Hermann Bahr in Verbindung und gründete Ende 1894 in Gemeinschaft mit ihnen die Wochenschrift „Die Zeit".

diplomatischen Gebiet, am allergrößten allerdings auf dem militärischen. Während des Weltkrieges sind der diplomatischen, nach dem Weltkrieg auch der militärischen Bureaukratie die glitzernden Flitter des Besserwissens vom dürren Leib gerissen und der gesunde Menschenverstand auf der ganzen Linie in seine kritischen Rechte eingesetzt worden. Aber damals, vor einem Vierteljahrhundert, war der Glanz der Bismarckschen Autokratie noch ungeschwächt, und wenn wir in Österreich auch keinen Bismarck gehabt haben, so waren doch alle — Hoch wie Nieder — nur um so eifriger in die Bismarcksche Schule gegangen, und von daher wußten sie, daß dem steuerzahlenden Staatsbürger in der auswärtigen Politik nur eines zieme: den Mund zu halten. Wie leicht hätte es doch so einem vorlauten Kritiker geschehen können, wie der preußischen Fortschrittspartei in den Sechzigerjahren mit Bismarck, daß er einem noch unerkannten staatsmännischen Genie mit seinen verständnislosen Nörgeleien lästig gefallen und dann durch dessen weltgeschichtliche Erfolge für alle Zeiten in seiner ganzen Nichtigkeit bloßgestellt worden wäre! Hatten wir in Österreich auch keinen Bismarck gehabt, so war man doch immerhin mit dem Werk des Grafen Andrassy des Älteren zufrieden, der das Bündnis mit Deutschland geschlossen und dadurch die äußere Politik Österreich-Ungarns der Führung Bismarcks und seiner Nachfolger in gewisser Art mitteilhaftig gemacht hatte. Man verließ sich gerne auf Deutschland, dessen Diplomatie damals noch in ungetrübtem Glanz stand. Die Pflicht zur Kritiklosigkeit in äußeren Angelegenheiten kam übrigens dem herrschenden Zug der satten Bequemlichkeit zu statten. Die Geschäfte gingen ganz gut, der Dreibund sicherte — hörte man Jahr für Jahr aus dem Munde der Potentaten und Staatsmänner — den Frieden Europas. Welchen Zweck hätte es da gehabt, die hohen und allerhöchsten Herrschaften in

ihrer segensreichen Tätigkeit zu stören. Wenn sich schließlich von Zeit zu Zeit Slaven in den Delegationen und in ihrer Presse Einwendungen gegen die äußere Politik erlaubten, so waren es eben Slaven, und was ein Slave sagte, war für jeden guten Deutschen in diesem auseinanderstrebenden Völkerstaat von vorneherein suspekt und nur ein neues Argument für das Gegenteil.

Die Publizistik war in der äußeren Politik, in der sie sich in den vorbismarckschen Zeiten auch in Österreich rege betätigt hatte, zu jener Zeit, von der wir hier sprechen, vollständig versumpft. Was da geschrieben wurde, war größtenteils vom Ballplatz „inspiriert" und zielte nicht so sehr auf die Aufklärung der eigenen Staatsbürger, als auf die Fernwirkung nach dem Ausland ab — bestenfalls eine gedruckte diplomatische Note ohne diplomatische Verantwortung, neben den geschriebenen und mündlichen Noten, für die die Diplomatie eintreten mußte, zumeist aber nur ein eintöniger Chorgesang, der die jeweiligen Reden und Handlungen des „leitenden Staatsmannes" begleitete. Wer da nicht mittun wollte, der schwieg. Ich wollte aber weder mittun noch schweigen, also schrieb ich, kritisierte ich. Nicht oft, nicht so oft als die hohe Staatsweisheit dazu Stoff gab, aber doch von Zeit zu Zeit einmal, schon um mein publizistisches Recht zu wahren, aber auch in der Hoffnung, im Publikum das verloren gegangene Verständnis für die kapitale Wichtigkeit der äußeren Politik zu wecken. Da kam ich freilich für den Anfang nicht weit. Gutmeinende Leute sagten mir: „Was wollen Sie? Es geht ja alles ganz gut in der äußeren Politik." Boshafte lächelten überlegen, und das Organ der österreichischen Sozialdemokratie, dem damals nicht einmal noch die Bedeutung der österreichischen Nationalitätenfrage, geschweige denn der äußeren Politik recht aufgegangen war, verspottete mich ge-

legentlich als einen Sonderling, der sich in Angelegenheiten mische, die ihn wie das Volk überhaupt nichts angingen.

Der Anfang meiner selbständigen publizistischen Tätigkeit fiel noch in die Amtszeit des Grafen Gustav Kalnoky. Das war ein von sich selbst ungemein eingenommener Mann. Er entstammte einer alten Adelsfamilie, worauf er sich viel zu Gute tat, hatte die ganze diplomatische Karriere zurückgelegt und war nebenher — wie Bismarck — General, natürlich General ohne Kommando, Uniform-General. Vom Oberleutnant jugendlichen Angedenkens war er offenbar, weil die Bismarck-Mode oder besser, Bismarck-Nachäffung es so verlangte, auf der Höhe seiner staatsmännischen Laufbahn plötzlich zum General avanciert, und der Öffentlichkeit zeigte er sich, im Bilde wenigstens, nie anders als in Waffenrock und Sporen — ganz so wie Bismarck und auch Kalnokys Vorgänger, Andrassy. Seine persönliche Überhebung ging über das Lächerliche und grenzte an das Närrische. Dafür zwei Beispiele: Dem Grafen Monts, dem späteren deutschen Botschafter in Rom, der damals erster Botschaftsrat in Wien war, reichte Kalnoky beim ersten Zusammentreffen nur drei Finger seiner Hand, Graf Monts wußte ihm Bescheid zu geben, indem er diesen partiellen Händedruck auch nur mit drei Fingern erwiderte. Kalnoky merkte das. Das zweite Mal reichte er Monts nur zwei Finger, Monts tat das gleiche, das dritte Mal gar nur einen Finger, Monts wiederum nur einen. Als Graf Monts in sommerlicher Abwesenheit des Botschafters Prinzen Reuss als Geschäftsträger zu Kalnoky kam, begrüßte ihn dieser, ohne ihm die Hand zu reichen oder auch nur einen Sitz anzubieten. Graf Monts setzte sich unaufgefordert nieder, nahm sich aber vor, dem Hochmütigen das nächste Mal eine Lektion zu erteilen. Beim nächsten Besuch erschien Graf Monts im Tennisanzug

mit farbigem Hemd und roter Krawatte bei Kalnoky. Der Minister war perplex, saß einen Moment lang mit aufgerissenem Mund da, erhob sich aber dann rasch gefaßt von seinem Stuhl, streckte dem Grafen Monts die Hand entgegen und bot ihm einen Platz an. Von da an erst behandelte Kalnoky den Grafen Monts wie seinesgleichen. Der dänische Gesandte, Graf Knuth, vertrug Kalnokys anmaßliche Umgangsformen nicht und brach den persönlichen Verkehr mit ihm ab. Wenn Kalnoky schon mit hochadeligen Herren so umsprang, kann man sich vorstellen, wie er erst einen Bürgerlichen behandelte, mit dem er amtlichen Verkehr pflegen mußte. Für den französischen Botschafter Decrais hatte er nur das Gefühl der Verachtung. Noch schlechter, geradezu geringschätzig, behandelte Graf Kalnoky seinen Präsidialisten und Bewunderer, den jungen Aehrenthal, der später sein Nachfolger werden sollte. Auf Dienstreisen, auf denen er sich von Aehrenthal begleiten ließ, lud er diesen nicht einmal ein, in seinem Kupee Platz zu nehmen, Aehrenthal mußte sich selbst irgendwo im Zuge einen Platz suchen. Worauf Kalnoky besonders stolz war, war seine Teilnahme an der Erweiterung des deutsch-österreichischen Bündnisses zum Dreibund vom 20. Mai 1882, bei der er allerdings nur als Nummer Drei mitgewirkt hatte, da die Initiative von den Italienern ausging und der Anstoß von Bismarck Kalnoky weitergegeben wurde, und nicht minder beglückten ihn seine Reisen zum Fürsten Bismarck, von denen er immer erleuchtet und erhaben und aller diplomatischen Geheimnisse voll zurückkehrte. Der Widerspruch zwischen dem allzu großartigen Getue und der bescheidenen Wirklichkeit reizte mich zum Spott, dem ich in einem Artikel „Der Botschafter am eigenen Hof"*) Ausdruck gab. Am Ballplatz war man darüber entrüstet wie

*) In der Wochenschrift „Die Zeit" vom 11. Mai 1895.

über eine Blasphemie, und durch diesen Artikel legte ich sozusagen den Grundstein zu meiner Unbeliebtheit im „Literarischen Bureau“ des Ministeriums des Äußern, die mit den Jahren immer weiter wuchs, bis sie schließlich im vierten Jahre des Weltkrieges unerträgliche Formen annahm und mich zur zeitweiligen Einstellung meiner publizistischen Tätigkeit zwang.

Wenn auch Graf Kalnoky bei all seinem Fleiß, seinem Ehrgeiz und seiner Bildung, das geistige Mittelmaß nicht überragte, darf man doch die Wirkung seiner Tätigkeit nicht unterschätzen. Aufsteigende Staaten datieren ihre Glanzperioden von großen Staatsmännern. Der Niedergang von Staaten dagegen ist durch den ungebührlichen Einfluß unzulänglicher Staatsmänner gekennzeichnet. Ob ein Staat in der Entwicklung nach oben oder nach unten begriffen ist, kann man oft schon aus der Art erkennen, wie er sich zu staatsmännischen Talenten und Untalenten verhält. Der gesunde Staat assimiliert sich die Talente, nimmt sie auf, läßt sie möglichst lange wirken und, indem er ihre Tradition pflegt, nachwirken. Der kranke Staat stößt die staatsmännischen Talente, die sich ihm bieten, ab, behindert ihre Wirksamkeit, verkürzt sie, wo er sie nicht ganz unterdrückt, und wenn sie schon zur Wirkung gekommen sind, versagt er ihnen die Nachwirkung über die eigene Amtszeit hinaus, läßt von ihnen keine Tradition aufkommen und zerstört schließlich ihr Werk, um sich Untalente anzueignen, diesen Anerkennung zu verschaffen, sie ihren Nachfolgern als Vorbild zu empfehlen und so ihre unheilvolle Wirksamkeit über ihre Amtsdauer hinaus zu verlängern, bis sie ihre letzte Wirkung ausgeschöpft, den Staat vollends heruntergebracht oder zerstört haben. Eine Bestätigung dieses quasi biologischen Gesetzes des Staatslebens liefert der Fall Kalnoky, wenn man ihn mit dem seines Vorgängers Andrassy vergleicht. Andrassy war wohl seit Metternich und Schwarzen-

berg der erfolgreichste Staatsmann der habsburgischen Monarchie. Die Jahrhunderte alte Rivalität zwischen Österreich und Rußland auf dem Balkan schien sich unter ihm endgültig zugunsten Österreichs entschieden zu haben. Auf dem Berliner Kongreß, 1878, gelang es ihm mit Unterstützung Deutschlands und Englands, Rußland, das damals aus einem siegreichen Krieg gegen die Türkei, allerdings geschwächt, zurückkehrte, in Europa zu isolieren, auf der Balkan-Halbinsel matt zu setzen und Österreichs Einfluß zum vorherrschenden zu machen.

Nichtsdestoweniger ist nicht Andrassys, sondern Kalnokys Politik Tradition am Ballplatz geworden, die, soweit sie sich auf die Großmächte bezog, eigentlich nur Bismarcks Politik war. Bismarcks Geist überwand den Andrassys. Begreiflich, denn der liberale Aufschwung der Sechzigerjahre in Österreich, eine Folgeerscheinung der verlorenen Kriege von 1859 und 1866, war nur eine vorübergehende Phase, der Andrassy seine Wirkungsmöglichkeit auf dem Ballplatz verdankte. Der liberale Aufschwung erschöpfte sich unter Andrassy, sowie die Wunden von den verlorenen Kriegen wieder vernarbt waren. Kaiser Franz Joseph war zu seinen alten autoritären Regierungsgrundsätzen zurückgekehrt, die er nur in Ungarn nicht durchsetzen konnte, weil dort seine Macht begrenzt war. Aber in der innerösterreichischen Politik sah Andrassy noch als Minister das liberale Regime verschwinden und einem konservativen unter Taaffe Platz machen. Jetzt war auch am Ballplatz für den Liberalismus die Uhr abgelaufen. Der konservativklerikale Kalnoky war nun der Mann der Stunde, und seine Nachfolger blieben seiner Richtung treu. Alle seine Nachfolger, Goluchowski wie Aehrenthal und Berchtold, bekannten sich zu ihr. Goluchowski führte sich als „treuer und überzeugtester Anhänger“

seiner Politik ein, Aehrenthal nannte sich stolz den Schüler Kalnokys, Berchtold den Erben Aehrenthals. Einen Schüler oder Erben Andrassys hat es auf dem Ballplatz nicht mehr gegeben — man müßte denn die Eintagsepisode des letzten Ministers des Äußern der Habsburger-Monarchie, des Grafen Julius Andrassy, des Sohnes, der doch eigentlich auch nur das Hauptwerk seines Vaters, das deutsch-österreichische Bündnis, vernichtete, für mehr denn eine Ironie der Weltgeschichte nehmen. Nie ist es wieder einem österreichisch-ungarischen Minister eingefallen, so wie Andrassy 1878, den damals weltbeherrschenden Gegensatz zwischen England und Rußland, der naturgemäß England an Österreichs Seite drängte, im Kampf gegen Rußland auszunützen, um den Streit am Balkan in einer Österreich-Ungarns Interessen dienenden Art endgültig beizulegen — bis die Dinge eine ganz andere Wendung nahmen, bis in den Neunzigerjahren, mit dem Beginn der Flottenkonkurrenz Deutschlands, England dem Dreibund, dem es bis dahin gewissermaßen als „korrespondierendes Mitglied“ angehört hatte, den Rücken kehrte, damit auch Italien zu einem unsicheren Mitglied des Dreibundes machte, und 1907 sogar seine eigenen Differenzen mit Rußland ausglich. Da konnte Goluchowskis Blindheit, Aehrenthals Liebäugeln und Berchtolds Dienern vor Rußland nichts mehr nützen. Der letzte Staatsmann der lebenskräftigen Habsburger Monarchie war Andrassy gewesen. Die Phase des Untergangs wird durch Kalnoky in seiner langen Regierungszeit eingeleitet und durch seine Schüler und Nachfolger in der Zeit eines Menschenalters fortgesetzt und vollendet.

Wie Kalnoky Andrassys Politik verpfuschte

Dem liberalen ungarischen Staatsmanne hatte vom Anfang seiner Regierung an eine politische Kombination vorgeschwebt, die voll zu verwirklichen ihm allerdings nicht gelungen war: eine Verbindung zwischen Deutschland, England, Italien und Österreich-Ungarn, deren Grundstock das Einvernehmen zwischen England und Österreich, deren letztes Ziel aber die Verhinderung einer Allianz zwischen der preußischen und der russischen Reaktion sein sollte*). Er stand also geradezu in einem politischen Gegensatz zu Bismarck, und wenn die beiden Staatsmänner bis ans Ende von Andrassys ministerieller Laufbahn, besonders auf dem Berliner Kongreß, 1878, und beim Abschluß des deutsch-österreichischen Bündnisses, 1879, so harmonisch zusammenarbeiteten, so hatte nur die eigentümliche internationale Konstellation nach dem deutsch-französischen Krieg 1870/71 die Beiden von verschiedenen Wegen her auf einen Schnittpunkt zusammengeführt, und wenn Andrassy nicht sofort nach der Unterfertigung des Bündnisses von seiner Stelle zurückgetreten wäre, so wäre es wahrscheinlich noch zu einem Konflikt zwischen ihnen gekommen.

Andrassys unmittelbarer Nachfolger, Baron Haymerle, bekam in seiner kurzen Regierungszeit (Oktober 1879 bis Oktober 1881) den Gegensatz zwischen der Andrassyschen und der Bismarckschen Richtung zu spüren und mußte seine Wahl treffen. Von Andrassy zur Nachfolge empfohlen, fühlte er sich berufen, dessen Politik fortzusetzen, an der er ja schon unter ihm als Botschafter am Quirinal mitgearbeitet

*) E. v. Wertheimer: „Graf Julius Andrassy", II. Band, Seite 16.

hatte. Ganz im Geiste dieser Politik war die Instruktion abgefaßt, die er dem Grafen Kalnoky im Februar 1880 für den Bericht mitgab, den dieser vor Antritt seines Botschafterpostens in Petersburg dem Fürsten Bismarck in Berlin abstatten sollte*). Haymerle stellte darin die Interessengemeinschaft zwischen England und Österreich-Ungarn fest und bezeichnete Rußland als den „Hauptfeind" der österreichisch-ungarischen Monarchie. Bismarck lehnte jedoch das ihm von Kalnoky vorgetragene Programm Haymerles ab, und Haymerle, der fügsame österreichische Beamte — fügte sich ohne die geringste Schwierigkeit, er war eben der Nachfolger Andrassys, aber kein geistig ebenbürtiger. Einen ganz gelehrigen Schüler fand Bismarck in Kalnoky, der mit Haymerles Andrassy-Instruktion zu ihm kam, sich bei ihm ihrer, in jedem Sinne, entledigte und Bismarcks Gegeninstruktion annahm, um sie nie wieder aufzugeben. Dem stockkonservativen, klerikalen Hocharistokraten Kalnoky, der sich zu Rußland politisch hingezogen fühlte, wurde sie zum politischen Lebensprogramm, das er als Nachfolger Haymerles in vierzehnjähriger Ministerschaft (November 1881 bis Mai 1895) gewissermaßen als Gehilfe Bismarcks zu verwirklichen Gelegenheit fand. Er brach endgültig mit der Andrassyschen Politik. Noch als Botschafter in Petersburg, 1881, konnte er im Auftrag Haymerles, an der Wiederannäherung der drei Kaisermächte mitwirken, die in dem Geheimvertrag vom 18. Juni 1881 ihren diplomatischen Ausdruck fand. Als Minister arbeitete er 1884 an der Erneuerung dieses Vertrages, der im September 1884 die Dreikaiserzusammenkunft in Skierniewice und im August 1885 der Besuch des Zaren beim Kaiser von Österreich in Kremsier folgte. In dem

*) Přibram: „Die politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns 1879—1914", I. Band, Seite 130.

Vertrage sagten sich die drei Mächte gegenseitig Neutralität für den Kriegsfall zu, anerkannten ihre Interessen am Balkan und verpflichteten sich in allen Balkanfragen nur im gegenseitigen Einverständnis zu handeln. Der russischen Freundschaft opferte Kalnoky den prinzipiellen Erfolg Andrassys vollständig auf, räumte Rußland nicht nur wieder Einfluß auf dem Balkan ein, sondern erniedrigte sich sogar zu seinem Helfershelfer. Den Fürsten Alexander von Bulgarien, den Prinzen Battenberg, bekämpfte er lediglich, weil dieser dem russischen Zaren mißliebig war. Die Vereinigung von Ostrumelien mit Bulgarien, 1885, die der russischen Politik nicht paßte, mißbilligte er. Die bulgarischen Patrioten, die die ostrumelische Revolution durchgeführt hatten, nannte er Streber und Anarchisten. Den Siegeslauf Alexanders im Krieg gegen Serbien, 1885, hielt er durch Androhung einer Intervention (Mission Khevenhüller) auf. Unter der Regierung Ferdinands von Coburg wagte es Kalnoky nicht einmal, den österreichfreundlichen Stambulow gegen seine russophilen Verfolger zu schützen. In einem Interview im Sommer 1894 enthüllte mir der bulgarische Staatsmann, der eben wegen seiner Superiorität bei dem eitlen Ferdinand in Ungnade gefallen war, die Pläne seiner Feinde, nannte mir mit Namen die Gesellen, die ihn zu ermorden bestimmt waren und vor denen ihn zu schützen die Regierung Ferdinands nichts tat. Ich veröffentlichte das Interview in der „Frankfurter Zeitung", es wurde in der ganzen Welt nachgedruckt, die österreichisch-ungarische Regierung aber, der Stambulow große Dienste geleistet hatte, rührte keinen Finger zu seiner Rettung, und noch im selben Sommer fiel Stambulow den Mördern, die er mir im voraus namentlich genannt hatte, zum Opfer.

Graf Andrassy war empört über die Verleugnung der besten Grundsätze seiner Politik. Dem Baron Aehrenthal, dem damaligen Kabinettschef Kalnokys,

sagte er, daß Haymerle und Kalnoky seine Politik „verpfuscht" haben. Im Sommer 1886 richtete er eine Denkschrift an den Kaiser Franz Joseph, in der er ihn vor der Politik Kalnokys warnte. Er, Andrassy, habe Rußland aus dem Balkan herausgeleitet, Haymerle und Kalnoky hätten es wieder hineingeführt. Andrassy sagte dem Kaiser voraus, daß diese Politik entweder zur Verzichtleistung Österreich-Ungarns auf seinen Einfluß auf dem Balkan oder zum Krieg mit Rußland führen werde*). Die Prophezeiung Andrassys erfüllte sich nur allzu rasch. Im Jahre 1887 war Rußland zu Österreich-Ungarn bereits in einem so scharfen Gegensatz, daß das damals ablaufende Dreikaiserbündnis nicht mehr erneuert werden konnte und an dessen Stelle der „Rückversicherungsvertrag" zwischen Deutschland und Rußland trat, der bis zu seinem Erlöschen, 1890, vor Österreich verheimlicht wurde — eine Ehe mit einer geheimen Liaison an Stelle des früheren „Dreieckes". Ende 1887 stand Österreich-Ungarn sogar vor der Gefahr eines Krieges mit Rußland, der nur mit knapper Not vermieden wurde. Die Interessenkonflikte zwischen Österreich-Ungarn und Rußland sind später vorübergehend verkleistert, aber erst im Weltkrieg mit den beiden Kaiserreichen selbst aus der Welt geschafft worden.

Doch damit nicht genug! Neben Rußland führte Kalnoky auch noch einen anderen gefährlichen Nachbarstaat, der bis dahin überhaupt keine Stimme auf dem Balkan gehabt hatte, auf diesem für die Monarchie so gefährlichen Boden ein, Italien, indem er mit ihm, gelegentlich der Erneuerung des Dreibundvertrages, am 20. Februar 1887, einen Separatvertrag schloß, der Italien ein Mitbestimmungsrecht auf dem Balkan und einen Kompensationsanspruch für etwaige terri-

---

*) E. v. Wertheimer: „Graf Julius Andrassy", III. Band, Seite 329 und 340.

toriale Erwerbungen Österreich-Ungarns auf dem Balkan einräumte. Kalnoky, der als Klerikaler Italien überhaupt abgeneigt war, auf dessen Vertragstreue im Ernstfall nicht rechnete und die Gefahren eines solchen Balkanabkommens richtig voraussah, sträubte sich anfangs dagegen, wich aber schließlich, wie gewöhnlich, vor dem Druck Bismarcks zurück, der Italien unbedingt von einer Annäherung an Frankreich abhalten wollte. Wie wenig man 1887 auch in Berlin an Italiens Zuverlässigkeit ernstlich glaubte, geht aus einer Äußerung des damals schon neben Bismarck einflußreichsten Mannes in der Wilhelmstraße, des Herrn von Holstein, hervor, der dem österreichisch-ungarischen Botschafter auf dessen Einwendungen zugab, „das Mißtrauen gegen Italien sei gerechtfertigt, es handle sich aber nicht um ein dauerndes Bundesverhältnis (!), sondern um die Erwerbung eines ‚gedungenen Hilfskorps, gleich jenen der Landsknechte im Mittelalter". „Am Ende", fügte Graf Széchényi hinzu, „werden die Italiener die Neutralität, zu der sie sich verpflichtet haben, gar nicht halten. Von einem Lande, wo der Pöbel das Zepter führt, kann man sich dergleichen wohl gewärtigen." Bismarck selbst hatte schon 1881 am Beginn der ersten Dreibund-Verhandlungen mit Italien den Grafen Kalnoky, der sich mit der Formulierung des Vertrages viel Arbeit machte, wissen lassen, daß seiner Meinung nach „jede Abmachung mit Italien, wie auch ihre Fassung sein möge, im Wesen immer ein einseitiges Geschäft zugunsten Italiens sein wird". Das sagten die Auguren unter sich schon dreißig Jahre vor dem Weltkrieg! Und dreißig Jahre lang sagten sie dem gläubigen Publikum des Kanonenfutters das Gegenteil!

Bismarck, der Kalnoky in diesen abenteuerlichen Vertrag hineinhetzte, fand, nach angeblich „gründlichem Studium" der Entwürfe, das Balkanabkommen mit Italien „nichtssagend" und glaubte,

dessen unveränderte Annahme der Wiener Regierung aus voller Überzeugung empfehlen zu können*). Die Italiener haben dreißig Jahre später gezeigt, daß sie sich denn doch damals nicht um ein paar „nichtssagende“ Paragraphen bemüht hatten, und daß sie die Verhältnisse richtiger vorausberechnet hatten als Bismarck. Der damals abgeschlossene Balkanvertrag, dessen Paragraph 2 — immer wieder auf Andrängen der Italiener — später als Artikel VII in den Dreibundvertrag aufgenommen wurde, war die Quelle endloser Schwierigkeiten für die Balkanpolitik Österreich-Ungarns, und seine Verletzung durch das Ultimatum an Serbien gab Italien die formelle Handhabe, Österreich-Ungarn im Weltkrieg des Bruches des Dreibundvertrages zu bezichtigen und ihm den Krieg zu erklären. Jene Worte des Artikels VII, auf welche die Italiener sich dabei bezogen, waren vom Grafen Kalnoky selbst seinerzeit in den von den Italienern vorgeschlagenen Text hineinkorrigiert worden. So hat Kalnoky, auf Drängen Bismarcks selbst, den Sprengstoff in den Dreibund gelegt, der diesen auch im Ernstfall — allerdings erst nach dreißig Jahren — gesprengt hat, und was vom Dreibund im Weltkrieg schließlich sich als haltbar erwiesen hat, war doch nicht Kalnokys Werk, sondern das Andrassys: das deutsch-österreichische Bündnis.

Kalnoky hatte auf den Balkan Rußland wieder, Italien als Interessenten neu eingeführt und so den Interessengegensatz zwischen den Großmächten gefördert, an dem der Weltkrieg sich entzünden sollte. Seinem Nachfolger war es vorbehalten, Österreich-Ungarn auch noch auf dem Balkan selbst einen kleinen Feind, aber einen Todfeind zu schaffen, der gefährlicher war als die Großmächte, weil ihn nicht wie diese imperialistische Expansionstendenzen leiteten, die auf

*) Přibram a. a. O., Seite 137, 185, 196, 201 f.

das Gebiet der äußeren Politik beschränkt bleiben können, sondern der Fanatismus einer nationalen Einheitsbewegung, die den inneren Zusammenhalt der österreichisch - ungarischen Monarchie bedrohte: Serbien.

Die Epigonen

Goluchowski und Bülow

Kalnokys unmittelbarer Nachfolger, Graf Agenor Goluchowski (Mai 1895 bis Oktober 1906) hatte wohl auch in jungen Jahren der Diplomatie angehört, hatte es aber nur bis zum Gesandten in Bukarest gebracht und sich dann als reicher Gutsherr ins Privatleben zurückgezogen. Seine diplomatische Wiederauferstehung als oberster Chef am Ballplatz verstieß gegen die Zunftregeln. Wie der Kaiser auf diese Wahl verfallen ist, weiß man nicht. Man erzählte nur, er habe auf einer Reise in Galizien den Grafen Goluchowski wiedergesehen, sich an dessen Vater erinnert, der einmal sein Minister und zweimal sein Statthalter in Galizien gewesen war und seine Gunst genossen hatte, und so sei der Kaiser auf den Gedanken gekommen, dem Sohn die Führung der wichtigsten Staatsgeschäfte anzuvertrauen. Wenn Goluchowski es auch in der Diplomatie nicht sehr weit gebracht hatte, so war er doch ein Grandseigneur, und diese Eigenschaft galt auf dem Ballplatz mehr als das staatsmännische Talent. Vornehmer Pole, Gatte einer Prinzessin Murat, verfügte er über internationale Beziehungen, die er auf seiner jährlichen Sommerreise nach Frankreich immer wieder auffrischte. Während Kalnoky ein träger Denker, aber ein fleißiger und gebildeter Arbeiter war, verband Goluchowski mit einer gewissen Lebhaftigkeit eine große Abneigung gegen jederlei Arbeit, die er denn auch gern seinen Beamten überließ. Im ganzen war er mehr Hof- als Staatsmann. Um einem seiner „Exposés“, wie man die parlamentarischen Redeübungen des Ministers des Äußern zu nennen pflegte, einen besonders eklatanten

Schluß zu geben, überraschte er seine erstaunten Zuhörer z. B. einmal mit der Aussicht auf den mitteleuropäischen Zollverein. Wenn der Minister mit solcher Zuversicht von diesem, sonst nur von Theoretikern behandelten Problem sprach, mußte wohl seine Verwirklichung — so dachte der naive Staatsbürger — schon in sichtbarer Nähe liegen. Goluchowskis Ausspruch machte deswegen in der ganzen Welt Aufsehen. Bald freilich erkannte man, daß nur ein Dilettant gesprochen hatte, der sich der Schwierigkeiten des Problems, das er in den Mund genommen hatte, gar nicht bewußt war. Und das war derselbe Mann, der später wegen einer Lappalie den so verhängnisvollen Zollkrieg mit Serbien vom Zaun brach! Staatsmännischen Ehrgeiz besaß Goluchowski nicht, wenn er nur in Ruhe das Leben und die Annehmlichkeiten seiner hohen Stellung genießen konnte. Als Politiker war er der ausgesprochenste Quietist. In allen europäischen Fragen lehnte er sich an Deutschland an wie ein Schläfriger an eine Wand. In den spezifisch österreichischen Fragen, in denen Berlin ihm nicht die Führung geben konnte, wählte er immer jene Haltung, die die geringste eigene Anstrengung versprach. Von der Gefügigkeit gegenüber den großen Staaten, die ihm „Scherereien“ machen konnten, erholte er sich durch verletzend hochnäsige Behandlung der kleineren Balkanstaaten, an denen er ungestraft seine „Herrennatur“ sich austoben lassen zu dürfen glaubte. Der Konflikt mit Serbien, der schließlich das Ende des Habsburgerreiches herbeiführte, nahm von dieser dünkelhaften, eigensinnigen Politik gegenüber den verachteten kleinen Staaten seinen Ausgang. Unter Goluchowski und durch ihn erst erhielt die Staatsleitung der österreichisch-ungarischen Monarchie jenen marastischen Zug, den man, wie sich später zeigte, mit Unrecht dem hohen Alter des Kaisers zuschrieb. Eingeduselt war der

Greis immerhin bei der Stillstandspolitik seines Ministers. Ein schriller Trompetenstoß rüttelte ihn unsanft auf. Goluchowskis gewohnte Schleppträgerei auf der Algeciras-Konferenz belohnte Kaiser Wilhelm II. im April 1906 mit einem Telegramm, in dem er Goluchowski als „brillantem Sekundanten" seine Anerkennung aussprach. Eine schärfere Kritik der ganzen Geschäftsführung Goluchowskis ließ sich gar nicht denken als dieses ungewollt verletzende und bis auf die Knochen treffende Wort des deutschen Kaisers. In diesem Sinne beurteilte ich es sofort bei seiner Veröffentlichung. Ich schrieb dazu im Abendblatt der „Zeit" vom 13. April 1906:

„Die Geschichte wird kaum viele Fälle zu verzeichnen haben, in denen ein ausländischer Souverän in solcher Form und solchen Worten dem Leiter der auswärtigen Politik eines anderen Staates seinen Dank aussprach, wie ihn Kaiser Wilhelm II. an den Grafen Goluchowski ‚für dessen Sekundantendienste auf der Mensur in Algeciras' in dem eben von amtlicher Seite publizierten Telegramm abstattete. Wäre der deutsche Kaiser nicht schon öfter, als es selbst seinen Bewunderern erwünscht, impulsiven Neigungen folgend, mit seiner Anerkennung verschwenderisch umgegangen, würde die Anerbietung gleicher Dienste im gleichen Falle geradezu verblüffend wirken. Immerhin wird das Telegramm vermöge seines international bedeutsamen Inhalts und seines fast burschikosen Stils in der ganzen Welt großen Eindruck machen. Ob dieser ein für Österreich-Ungarn schmeichelhafter sein wird, läßt sich freilich bezweifeln. Das Wort ‚Sekundant' bedeutet denn doch Nebenrolle und ist nur geeignet, die im Ausland vielfach verbreitete Auffassung, daß die Intervention des Grafen Welsersheimb in Algeciras gewissermaßen im Auftrag Deutschlands erfolgt ist, zu bestärken. Wenn der

deutsche Kaiser am Schlusse seines Telegramms sich zu Gegendiensten bereit erklärt, so hätte er gleich in der Frage der serbischen Kanonenlieferungen, wegen deren der deutsche Gesandte in Belgrad und seine Leute einen heftigen Kampf gegen die österreichische Industrie und Diplomatie führen, die beste Gelegenheit, sich beim Grafen Goluchowski zu revanchieren."

Meine Bemerkungen fanden in Österreich allgemeine Zustimmung, wurden mir aber gerade deswegen von der deutschen Regierung und der deutschen Botschaft in Wien, bei der ich mich schon vorher durch eine ungeschminkte Darstellung des Selbstmordes Krupps, des intimen Freundes Wilhelms II., mißliebig gemacht hatte, sehr übel vermerkt. Doch die Ministerherrlichkeit Goluchowskis hat das Enfant terrible-Wort des deutschen Kaisers nicht lange überlebt.

Als Bundesgenosse paßte natürlich Goluchowski ganz gut zu dem Epigonentum, das seit Wilhelms II. Regierungsantritt die Staatsgeschäfte des Deutschen Reiches leitete und in der Art reicher Erben darauf los wirtschaftete, bis von dem ererbten Reichtum an Ansehen und Macht nicht mehr viel übrig war. Wie Andrassy konnte auch Bismarck sagen — und er sagte es, im Unterschied zu Andrassy sogar sehr laut — daß seine Nachfolger seine Politik verpfuscht haben. Aus wohlüberlegten Gründen hatte Bismarck sich auf Kontinentalpolitik beschränkt und Weltpolitik gemieden. Aus Rücksicht auf England begnügte er sich mit einer kleinen Flotte, aus Rücksicht auf Rußland und England spielte er nicht den Freund, aus Rücksicht auf Österreich-Ungarn auch nicht den Feind der Türkei, in Serbien betrieb er, wie er einmal sagte, österreichische, in Bulgarien russische Politik, das heißt, er betrieb überhaupt keine Balkanpolitik. In allen drei Punkten stürzte der „neue Kurs" die Bismarcksche

Politik um. Mit großem Tamtam wurde der Bau einer „kolossalen“ Schlachtflotte begonnen. Den Sultan Abdul Hamid, den Menschenschlächter, dessen Name allein schon in England Haß und Grauen erregte, machte sich Kaiser Wilhelm II. zum Freund, suchte die Türkei, auf deren militärische Rückständigkeit Rußland spekulierte, mit Hilfe seiner Offiziere militärisch zu regenerieren, bis er sich schließlich zum Schutzherrn aller 300 Millionen Mohammedaner aufwarf, die zumeist unter russischer, englischer und französischer Oberhoheit standen. Bis tief nach Mesopotamien hinein zog, unter Regierungsschutz, die Deutsche Bank die Schienen einer neuen Eisenbahn, die unvermeidlich an Englands Lebensnerv, Indien, rühren mußte. Auch Bismarcks Bündnispolitik änderte ihren Charakter unter seinen Nachfolgern unversehens. Bismarck hatte mit dem deutsch-österreichischen Bündnis und dem Dreibund durchaus nicht ein auf ewige Dauer berechnetes Werk geschaffen, das wußte er, und er hat noch zuletzt in seinen „Gedanken und Erinnerungen“ diese seine Schöpfung mit sehr großen Fragezeichen versehen, die von seinen Nachfolgern nur nicht genügend beachtet wurden. Bismarcks politisches Ideal war weder das eine noch das andere, sondern das Dreikaiserbündnis, zu dem es ihn immer wieder hinzog. So suchte er das deutsch-österreichische Bündnis durch den geheimen Rückversicherungsvertrag mit Rußland zu korrigieren, dessen Lösung unter Caprivi 1900 Bismarck in der ihm befreundeten Presse mit einem beispiellosen Wutausbruch verurteilte. Italiens Nutzen für die beiden anderen Mächte im Dreibund schätzte er von Anfang an sehr gering ein. Aber seine Nachfolger schlugen sonderbarerweise sein Werk höher an als er selbst, der Schöpfer, lediglich, weil sie nichts Neues an dessen Stelle hätten setzen können, und sie hielten an diesen diplomatischen Kombinationen um so zäher und

einseitiger fest, je mehr, nicht zum wenigsten durch ihr eigenes Verschulden, die von dem Schöpfer selbst gedachten Bedingungen und Voraussetzungen des sicheren Funktionierens der alten Bündnisse durch die inzwischen auf der Seite der Gegner eingetretenen Verschiebungen hingeschwunden waren, je mehr also die Zeit neue Ideen forderte. Was Bismarck relativ und konditionell gedacht hatte, daraus machten sie etwas Absolutes und Kategorisches. Über die Not der Zeit, die von ihnen eigene Leistungen verlangte, betäubten sie sich durch eine übertriebene Verehrung des alten diplomatischen Bestandes. Weil sie an Stelle der zeitgemäßen, aber auch, wie alles Diplomatenwerk, zeitbegrenzten Bismarckschen Schöpfungen nichts Neues, nichts anderes, nichts Zeitgemäßes zu setzen wußten, hypostasierten sie sie zu Ewigkeitswerten, wie es deren in der Diplomatie nie und nirgends gegeben hat.

Unter den Epigonen hüben und drüben verstanden sich Bülow (seit 1897 Staatssekretär, seit 1900 Reichskanzler) und Goluchowski am besten, sie waren wie für einander geschaffen. Beide verband, bei aller sonstigen Verschiedenheit der Individualitäten, der gemeinsame Hang zur Bequemlichkeit, die Abneigung gegen ernste Arbeit und der Mangel an Voraussicht, der sich nach außenhin als liebenswürdiger Optimismus und als kraftvolles Selbstbewußtsein gab. Während man in Berlin und Wien auf den Lorbeeren Bismarcks ausruhte, waren in Paris, Petersburg, London und Rom die Staatsmänner unablässig an der Arbeit, um der politischen Welt ein neues Gesicht zu geben und Bismarcks Werk zu zerstören. Italien sieht sich deswegen schon 1896, zur Zeit, da es mit Frankreich zum erstenmal über Tunis einig wird, veranlaßt, in Wien und Berlin zu erklären, daß es, im Fall Frankreich vereint mit England Deutschland angreifen würde, den Casus foederis nicht als gegeben

ansehen würde. Diese Insolvenzerklärung Italiens wird von den beiden anderen Dreibundmächten offiziell nicht zur Kenntnis genommen*) — Vogel-Strauß-Politik! — bildete aber die erste innere Erschütterung des Dreibundes, und schon in der kretensischen Verwicklung, 1897, sieht man Italien sich von den Mittelmächten zurückziehen und an die Seite der Westmächte treten. 1904 ist die Entente zwischen England und Frankreich perfekt, die 1907 durch die Verständigung Englands mit Rußland zur Tripelentente wird, und 1906 schließt sich Italien auf der Konferenz von Algeciras den Westmächten an und läßt Deutschland mit seinem „brillanten Sekundanten", Österreich-Ungarn, allein.

Je brüchiger der Dreibund im Innern wird, desto lauter verkünden die Minister außen seinen Ruhm. An Stelle der an Aufschlüssen und Ideen reichen, aber auch von Sorgen vor kommenden Gefahren erfüllten Reichstagsreden Bismarcks traten die seichten Schlummerreden Bülows und Goluchowskis, die dem deutschen Volke immer wieder vorspiegelten, daß mit Bündnis und Dreibund alles aufs schönste bestellt sei in dieser schönsten aller diplomatischen Welten. Sie wurden schließlich dabei auch durch den alt gewordenen Bismarck unterstützt, der im Ruhestand vor den ihn fortgesetzt anhimmelnden Besuchern immer wieder seinen eigenen Nekrolog — nach dem Grundsatz „de mortuis nil nisi bene" — sprach und seine eigenen Werke pries. So feierte er 1895 in einer Ansprache den Dreibund als die Wiedergeburt der „alten anspruchsvollen Kaiserherrschaft der Nachfolge Karls des Großen". Wilhelms II. Cäsarenwahn konnte gar keine willkommenere Nahrung finden, und Wilhelm II. sah sich, von seinem allzeit gefälligen Lieblingskanzler Bülow auch in dieser Phantasie be-

*) Přibram a. a. O., Seite 237 ff.

stärkt, in der Tat für den Nachfolger Karls des Großen an und zog auch in der praktischen Politik die Konsequenzen aus dieser seiner Stellung als „König der Könige". Bülow selbst verarbeitete in seiner oberflächlichen Art vollends die ganze Weltgeschichte zu einer Dreibundgeschichte. Am 8. Jänner 1902 z. B. kennzeichnete Fürst Bülow im Reichstag das Wesen des Dreibundes mit dem folgenden Tiefsinn: „Historisch gesprochen" — sagte der Reichskanzler-Belletrist — „stellt der Dreibund die Versöhnung dar zwischen den nationalen Errungenschaften, die aus den Kämpfen der Sechziger- und Siebzigerjahre hervorgegangen sind, und den Prinzipien der Stabilität, die nach Beendigung der napoleonischen Stürme auf der Basis der Wiener Verträge Europa während eines halben Jahrhunderts den Frieden gesichert haben. Der Dreibund verbindet die Vergangenheit mit der Gegenwart und sichert die Zukunft." Was will man mehr? Ein Bund, der die Vergangenheit mit der Gegenwart verbindet und die Zukunft sichert, ist doch für die Ewigkeit bestimmt. Oder gibt es außer Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft noch irgend etwas in der Zeit, für das Staatsmänner Vorsorge zu treffen hätten? Bedarf es da neuer Arbeit? Die könnte doch die bereits erreichte Sicherung der Zukunft nur gefährden. In diesen Redereien werden die Minister noch durch den Kaiser Wilhelm II. übertroffen, der in seinen zahllosen Tisch- und Festreden die Tugenden des Dreibunds, seine Festigkeit, Dauerhaftigkeit, seine Macht und seine Sicherheit, ins Maßlose übertreibt und dieses vorübergehende Gebilde diplomatischer Inszenierungskunst förmlich heilig spricht. Diese Schönfärbereien, eine byzantinische Literatur überdies, die den deutschen Kaiser und seine Regierung verherrlichte, benebelte die Gehirne. Historiker, Publizisten, Ästheten — alles was nach Geltung strebte, arbeitete daran mit. Ein Karl

Lamprecht schrieb noch 1913 ein widerliches Buch zum Ruhme Wilhelms II., von minder berühmten Schriftstellern nicht zu reden. Selbst die Sozialdemokratie, die sonst alles herunterkritisierte, fing sonderbarerweise an, gerade an der äußeren Politik Wilhelms II. Geschmack zu finden. Den Unheilspropheten ging es im Reich viel schlechter noch als einstmals in Israel. Man las sie meist gar nicht. Wenn man sie aber schon las, weil ihre Verfasser sich auf anderen literarischen Gebieten einen Namen gemacht hatten (wie selbst Nietzsches vernichtende Urteile über das neue Deutschland oder das mit Tatsachen vollgepfropfte Buch des Freiherrn von Grotthuss „Aus Deutschlands Dämmerung"), sah man sie doch nur als Kuriosa an. Im Jahre 1900 — um ein paar Beispiele zu nennen — erschien eine dünne Broschüre, die ihren Namen verdiente: „Menetekel!" Ihr Zweck war, „nachzuweisen, daß die gegenwärtige deutsche Politik (die Welt- und Flottenpolitik Wilhelms II.) nicht das ist, wofür sie sich ausgibt, daß sie nicht eine Friedens-, sondern eine Kriegspolitik ist". „Der Krieg wird kommen" — wies der Anonymus nach — „weil wir leichtsinnig die Kriegsgefahr heraufbeschworen." Wenn er aber kommen wird? „Wir müssen Krieg führen, weil der Krieg uns aufgezwungen wird, so wird es heißen, wenn die notwendigen Folgen der heutigen Politik Deutschlands eintreten werden." Ein anderer Anonymus schrieb 1906 eine Schrift: „Das überschätzte Deutschland", die gleichfalls ihren Titel durch ihren Inhalt vollauf rechtfertigt. Da zeigte der Autor u. a., daß die damals schon in Deutschland in Umlauf gebrachte (später im Weltkrieg, von Bethmann mit Vorliebe ausgenützte) Vorstellung, daß England aus Konkurrenzneid dem Deutschen Reiche feindlich gesinnt sei, „eine Politik der Überhebung und Selbstüberschätzung sei, die Preußen nach Jena, Frankreich nach Sedan und Rußland nach Mukden

geführt habe". Solche Schriften wären bei einem politischen Volk wie den Engländern klassisch geworden. In Deutschland kennt jeder Gebildete die Junius-Briefe, doch die eigenen Juniusse verachtet er. Wenn aber schon der Deutsche nicht hören wollte, wie es um das Reich stand, wie viel weniger noch der Österreicher!

Der Anfang des serbischen Übels

In der Balkanpolitik setzte Goluchowski die Arbeit — die Fehler — seines Vorgängers fort. Er war glücklich, gelegentlich des Besuches des Kaisers Franz Joseph in Petersburg 1897 mit dem russischen Minister Graf Murawjeff ein Abkommen schließen zu können, nach welchem der status quo auf dem Balkan aufrechterhalten werden, für den Fall aber, daß dies nicht möglich wäre, die beiden Regierungen sich über die Neuordnung der Balkanverhältnisse auf Grund von gewissen, sofort festgesetzten Richtlinien einigen und einig vorgehen sollten. Dieser Vertrag führte 1903 zur Mürzsteger Reformaktion. Goluchowski ahnte damals nicht, daß er mit all dem bloß zum Werkzeug der weitersehenden russischen Politik wurde, der er eine Rückendeckung für ihre damaligen ostasiatischen Pläne bot. So verpaßte Goluchowski in der Zeit, da Rußland in Ostasien beschäftigt war, die beste Gelegenheit, den von Kalnoky wieder eingeführten Konkurrenten auf dem Balkan, nach dem für Rußland unglücklichen Krieg mit Japan, neuerdings loszuwerden, wie es Andrassy nach dem türkischen Kriege getan hatte. Das Mürzsteger Reformprogramm, das Goluchowski 1904 als „die Lösung der Jahrhunderte alten orientalischen Probleme“ glorifizierte, wurde, sowie Rußland die Hände für die Balkanpolitik wieder frei bekam, unter Aehrenthal die Quelle neuer Zwistigkeiten mit Rußland, die den Weltkrieg vorbereiteten. Ebenso wie mit Rußland ließ sich Goluchowski auch mit Italien in weitergehende Balkanabmachungen ein und sah auch hier die Erfolge der anderen für die seinigen an. 1897 schloß er in Monza mit Italien eine Vereinbarung über die Ostküste der Adria, wonach dort so lange als möglich

der Status quo aufrecht erhalten, und wenn das nicht mehr möglich, dort ein autonomer Staat (Albanien) gegründet, unter allen Umständen aber die beiden Mächte dort nur im gegenseitigen Einverständnis vorgehen sollten. Diese Vereinbarung wurde 1900 schriftlich erneuert, hat dann am Ende der Balkankriege ganz Europa in die größten Schwierigkeiten versetzt und zu der Gründung des Staates Albanien unter dem Prinzen Wied geführt, der wohl das lächerlichste Staatsgebilde neuester Zeit war und durch das eifersüchtige Zusammen-, richtiger Gegeneinanderwirken der beiden Protektorstaaten viel zur Verschlechterung der Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Italien unmittelbar vor dem Weltkrieg beigetragen hat. Durch Kalnokys und Goluchowskis Abmachungen waren Österreich-Ungarn auf dem einzigen Gebiet, auf dem sich seine Außenpolitik nach dem Hinauswurf aus Deutschland und Italien, in Ermanglung von Kolonien, noch betätigen konnte, die Hände vollends gebunden, und unter den tatenlustigen Menschen von unleugbarem, wenn auch irregeleitetem Patriotismus, besonders in der jungen Generation, entstand jenes beengende Gefühl des Aus- und Eingeschlossenseins, das sich in der Serbophobie schließlich Luft zu machen suchte.

Um die Serbophobie — die einzige nationale Haßempfindung, die beim Ausbruch des Weltkrieges mitspielte und eines der stärksten unter seinen irrationellen Elementen war — hat sich Graf Goluchowski große Verdienste erworben. Sie hat ihm ihr materielles Substrat zu verdanken. Er hat den Interessengegensatz zwischen Serbien und Österreich-Ungarn wieder erweckt, aus dem sich erst die Serbophobie entwickeln konnte. Das Verhältnis zwischen Österreich-Ungarn und Serbien war an sich dasselbe, wie das zwischen der habsburgischen Monarchie und den anderen angrenzenden Staaten, deren nationale Splitter der

habsburgischen Monarchie angehörten. Es war nur noch empfindlicher als das der übrigen. Denn während die übrigen Nachbarn nur den kleineren (Rumänien), manche den auch kulturell und wirtschaftlich minder hochstehenden Teil ihrer Stammesgenossen (Deutschland, Italien, Rußland) in der Donaumonarchie hatten, wußten die Serben den numerisch, kulturell und wirtschaftlich bedeutenderen Teil ihrer Nation unter fremder, habsburgischer Herrschaft, und hier wieder war selbst dieser Teil der Nation nicht unter einem Regime vereinigt, sondern in vier politisch voneinander getrennte Bruchstücke (Ungarn, Kroatien, Österreich, Bosnien-Herzegowina) zerlegt. Zudem konnten die Serben als Slawen auf die Sympathie anderer slawischer Volksstämme des Habsburgerreiches, vor allem des so zahlreichen und hochentwickelten Stammes der Tschechen zählen, während die Rumänen, die Italiener, die Deutschen in diesem Völkergemisch national isoliert waren. Endlich durften die Serben im Konfliktsfall auch noch auf das panslawistische Rußland Hoffnungen setzen. Sie waren also zweifellos unter allen Volksstämmen der Habsburgermonarchie der destruktiv gefährlichste, und diese objektive Gefahr wurde durch ihre hohe geistige Begabung, ihr aufrührerisches Temperament und ihren aufopferungsfähigen Patriotismus bedeutend erhöht. Die serbische oder — da es sich auch um Kroaten und Slowenen handelte — besser gesagt, südslawische Frage war daher das wichtigste, auch schwierigste Problem der Staatskunst der österreichisch-ungarischen Monarchie.

Nach verschiedenen Schwankungen war es Andrassy, der damit die Politik seines Vorgängers Beust nur fortsetzte, auf dem Berliner Kongreß gelungen, die Beziehungen zu dem serbischen Kleinstaat zu stabilisieren, ihn in ein gewisses Dankbarkeits- und Abhängigkeitsverhältnis zu bringen. Er nützte eben den Schwächezustand Rußlands nach dem türkischen Krieg

auch in dieser Beziehung geschickt aus. Obzwar er durch die Okkupation Bosniens und der Herzegowina den Serben ins patriotische Herz schnitt, ließ er ihnen doch, indem er diese beiden Provinzen nicht annektierte, noch einen Schimmer von Hoffnung für die Zukunft. Gleichzeitig verschaffte er ihnen kleine Gebietsvorteile und begönnerte sie überhaupt. Dieses Stück Andrassyscher Tradition wurde von den beiden ersten Nachfolgern Andrassys, von Haymerle und Kalnoky, gepflegt. Unter dem Schutze des Dreikaiserbündnisses schloß Haymerle am 28. Juni 1881 mit Serbien einen Vertrag*), in dem Serbien nebst Frieden, Freundschaft, Neutralität auch versprach, keinen politischen Vertrag ohne vorherige Zustimmung Österreich-Ungarns zu schließen, sich also förmlich unter das Protektorat seines großen Nachbarn begab. Dieser Vertrag wurde am 9. Februar 1889 unter Kalnoky erneuert und erweitert. Im Jahre 1885 rettete Österreich-Ungarn Serbien vor einer Niederlage durch Bulgarien. Sein Fürst, später König Milan Obrenowitsch, fühlte sich ganz als Schützling des Kaisers von Österreich. In diesem Punkt wich sein Nachfolger Alexander, der letzte Obrenowitsch, vom Wege seines Vaters nicht ab. Die zarte Hand, die zur Pflege eines so empfindlichen Untertänigkeitsverhältnisses nötig war, fehlte dem Schlachzizen Goluchowski. Er behandelte die Serben bald zu freundlich, bald zu abstoßend — eben wie ein schlechter Herr seinen nicht immer willfährigen Diener. Man hat später die Schuld an der Verschlechterung des Verhältnisses Serbiens zu Österreich-Ungarn auf den Dynastiewechsel geschoben. Aber war denn die Dynastie Karageorgiewitsch von Anfang an Österreich feindlich? Schon am Tage nach der Ermordung des letzten Obrenowitsch (11. Juni 1903) ließ Goluchowski, ganz Realpolitiker

*) Přibram a. a. O., Seite 18 ff.

oder besser: Zyniker, durch sein offiziöses Organ erklären, der Wechsel der Dynastie berühre das Habsburgerreich nicht, dieses lege bloß Wert darauf, auch mit dem Hause Karageorgiewitsch in guten Beziehungen zu stehen. Auf den König Peter machte sich der leichtlebige Goluchowski die besten Hoffnungen. Er kannte ihn schon von den Pariser Boulevards her, wo beide in jüngeren Jahren Pflaster getreten hatten. Er war der erste, der den „Mörder-König", wie er später geschimpft wurde, Peter anerkannte, während Rußland ihn noch ignorierte. Dem König Peter ist es damals passiert — man möchte es heute fast nicht mehr glauben — daß die Russophilen, deren es in Serbien immer die schwere Menge gab, gegen ihn wegen seiner Austrophilie demonstrierten. Statt vorsichtiger wurde Goluchowski nur herrischer gegen die Serben. Unter ihm wurde aus der politischen und ökonomischen Abhängigkeit des kleinen Königreiches eine vollständige finanzielle Ausbeutung durch österreichische und ungarische Banken und Industrielle. Goluchowski machte sich zum Werkzeug dieser schlechten kolonialen Praktiken. Wegen schäbiger Handelsaffären kam es 1906 zum Bruch. Goluchowski wollte, daß die Serben ihre Kanonen bei der Skodaschen Fabrik in Pilsen bestellen, die serbischen Minister zogen die französischen Kanonen von Schneider vor. Darauf eröffnete Goluchowski den Zollkrieg, der dieses Land bei seiner geographischen Situation kommerziell von der Außenwelt abschnitt. Die Ungarn beherrschenden Agrarier, die Serbiens landwirtschaftliche Konkurrenz zu fürchten hatten, taten alles, um die Kluft unüberbrückbar zu machen. Die Serben aber leisteten Widerstand. In Form eines (von Goluchowski vereitelten) Versuchs einer Zollunion erfolgte damals zum erstenmal eine Annäherung der seit dem 1885 er Krieg miteinander verfeindeten Nachbarn Serbien und Bulgarien, die dann in dem

serbisch-bulgarischen Bündnis von 1912 (Balkanbund) ihre Vollendung gefunden hat. Damals tauchte auch zum erstenmal, und zwar in einer Rede des serbischen Ministerpräsidenten Stojanowitsch das Schlagwort „Der Balkan den Balkanvölkern“ auf, das später im Balkankrieg Österreich-Ungarn den ganzen Balkan entfremdete*). Der latente nationale Antagonismus wurde durch den Wirtschaftsstreit neu belebt. Zu Tode bedrängt, wurden die Serben die Todfeinde der österreichisch-ungarischen Monarchie. Die serbische Gefahr war da, so groß wie noch nie, und damit war auch, da man diese Gefahr auf freundschaftlichem Wege zu bekämpfen zu hochnäsig war, die Grundlage für die Serbophobie gegeben, die sich alsbald unter Goluchowskis Nachfolger zum Leitmotiv der österreichisch-ungarischen Balkanpolitik entwickeln sollte. Wieder war ein wertvoller Teil der Andrassyschen Tradition verloren — ein Nagel mehr zum Sarg der österreichisch-ungarischen Monarchie geschmiedet.

In der Zeit Goluchowskis gewann ich zum erstenmal Einblick in die schamlosen Fälscherpraktiken in südslawischen Angelegenheiten, durch die das Ministerium des Äußern später sich in der ganzen Welt in Verruf gebracht hat. In der die Politik des Ballplatzes vertretenden „Neuen Freien Presse“ las ich eines Tages einen in unerhört unflätigen Ausdrücken geschriebenen Artikel gegen den Fürsten von Montenegro, in welchem dieser als Schnapsbruder der allgemeinen Verachtung preisgegeben wurde. Die Schmutzkanonade stützte sich auf ein Telegramm, in dem der damalige englische Minister des Äußern, Lord Salisbury, einen Artikel des Amtsblattes des Fürsten, des „Glas Crnagorca“, dementierte, in dem der Fürst sich gewisser Erfolge beim englischen Minister gerühmt

*) Vgl. meinen Artikel: „Aufgegangene Maschen“, „Die Zeit“, Morgenblatt vom 31. Mai 1914.

haben sollte. Ich las und staunte. War man schon durch Goluchowskis hochmütige Behandlung der Balkanstaaten nicht verwöhnt, so übertraf doch der Straßenkehrerton des offenbar vom Ballplatz herrührenden Artikels alle Vorstellungen. Ich ging der Sache nach und fand zu meiner Überraschung, daß der Artikel, der angeblich vom Fürsten von Montenegro im Schnapsrausch geschrieben worden sein sollte, in dessen Blatt gar nicht erschienen war. Auf die geringe Verbreitung des montenegrinischen Amtsblattes rechnend, hatten die Preßgehilfen des Grafen Goluchowski einen solchen, inhaltlich unrichtigen und formell taktlosen Artikel dem Amtsblatt des Fürsten von Montenegro fälschlich zugeschrieben, dadurch das Dementi des Lord Salisbury provoziert und dieses dazu benützt, um den Fürsten, der damals den hohen Herren am Ballplatz wieder, wie so oft, irgend einen Grund zur Unzufriedenheit gegeben hatte, vor „Europa" anzuflegeln. Die Entdeckung war zu toll, als daß ich sie hätte für mich behalten dürfen. Ich schrieb einen Artikel, in dem ich diese Schamlosigkeit gebührend kennzeichnete. Das Literarische Bureau wie die „Neue Freie Presse" schwiegen. Der Leiter des Literarischen Bureaus, der Sektionschef Baron Doczi, der kurz zuvor im offiziösen „Fremdenblatt" als „Preßleitungsgenie" des Grafen Goluchowski gefeiert worden war, wurde aber bald darauf, obzwar noch bei voller Arbeitskraft, in den Ruhestand versetzt. Immerhin hat die Pensionierung Doczis noch eine gewisse moralische Empfindlichkeit der Ballplatzleute gegenüber dem Vorwurf der Fälschung bewiesen. Das Fälscherhandwerk haben sie in der südslawischen Politik wohl weiter betrieben, aber gegen den Vorwurf und Nachweis der Fälschung sind sie später unempfindlich geworden, wie sie dies im Prozeß Friedjung gezeigt haben.

In die Amtszeit des Grafen Goluchowski fiel noch der russisch-japanische Krieg. Auch da geriet ich in

einen Widerspruch zu der russenfreundlichen amtlichen Politik und so ziemlich zu der ganzen deutschösterreichischen und auch reichsdeutschen Publizistik, die der amtlichen Führung folgte. Ich hatte schon frühzeitig, gleich nach Absolvierung der Universität, auf dem ersten Posten, den ich damals bekleidete, im k. k. österreichischen Handelsmuseum 1889, ein großes Interesse für Ostasien gefaßt, meine damaligen Studien fortgesetzt, auf einer für die „Frankfurter Zeitung" unternommenen Reise um die Welt, 1895/96, durch eigene Anschauung an Ort und Stelle vertieft und seither die ostasiatischen Verhältnisse nicht mehr aus dem Auge verloren. Von Offizieren im japanischen Kriegsministerium hatte ich schon 1896 in Tokio gehört, daß man damit rechne und sich darauf einrichte, zehn Jahre nach dem chinesischen Krieg einen Krieg mit Rußland zu führen, der über die Stellung Japans in der Welt entscheiden sollte. Auch die öffentliche Meinung wirkte in diesem Sinn. Die nationale Einigkeit, Begeisterung und Kriegslust des japanischen Volkes, seine Tüchtigkeit und Zielbewußtheit hatten in mir dauernde Eindrücke hinterlassen. Wenn es sich um die Wahl zwischen Rußland und Japan handelte, standen meine politischen Sympathien entschieden auf der Seite Japans. Damit stimmte auch meine Beurteilung der beiderseitigen effektiven Kräfte überein. Als nun, gerade zehn Jahre nach dem chinesischen, der Krieg Japans mit Rußland ausbrach, zweifelte ich vom ersten Tage an nicht an dem Erfolg der Japaner. Ganz anders dachte man in unserem und dem ihm vorbildlichen Berliner Generalstab und ebenso in den beiden auswärtigen Ämtern. Die Militärs rechneten, in ihrer beschränkt mathematischen Denkungsweise, so wie sie es gewöhnlich tun, nur mit den materiellen Kräften, aber auch mit allen materiellen Kräften, die auf dem geduldigen Papier der militärischen Taschenbücher standen, und ließen die politischen und psycho-

logischen Faktoren, welche den Verlauf von Kriegen so wesentlich mitbestimmen, die ganze politische Situation der Staaten, den Geist der Völker, vollständig unberücksichtigt, weil sich dieses spirituelle Element nicht errechnen läßt und auch nicht tabellarisch registriert werden kann. So kamen sie zu einer Rußland günstigen Konklusion, in der sie durch ihre geringe Kenntnis des japanischen Volkes unterstützt wurden, das sie schon wegen seiner gelben Hautfarbe, seines kleinen Wuchses und unansehnlichen Gehabens gering einzuschätzen oder besser: zu verachten geneigt waren. Die mit der ganzen Wichtigtuerei der uniformierten Fachsimpel vorgebrachten Berechnungen und Erwägungen unserer Militärs paßten wieder unseren Diplomaten sehr wohl in ihren Gedankengang. Die Diplomaten folgen der Logik des Egoismus. Was sie wünschen, das glauben sie gern. Unsere Diplomatie tendierte nun seit Kalnoky zu Rußland, das als der Hort der „konservativen Interessen", das ist der Autokratie, der politischen Reaktion in Europa bei ihnen in höchster Verehrung stand. Also mußte Rußland siegen, weil es ihnen so paßte. Die diplomatischen „Informationen", die dem Ballplatz aus Petersburg zukamen, stimmten denn auch wunderbar mit den Berechnungen überein, die unsere Strategen im Generalstab aufstellten. Da ich für Japan Partei ergriff und mit einem Sieg der Japaner rechnete, wurde ich von der sich überlegen dünkenden amtlichen Staats- und Militärweisheit, je nach Laune, verlacht oder beschimpft. Der militärische Referent unseres Blattes, das 1902 in eine Tageszeitung umgewandelt worden war, erklärte mir, er könne nicht mehr ins Kriegsministerium gehen, da er dort wegen der japanfreundlichen Haltung des Blattes von allen Seiten gehänselt werde. „Ja, sind denn Ihre Herren in der Redaktion verrückt?", war die stereotype Frage, mit der man ihn begrüßte. Schließlich zeigte es sich, daß nicht die

„Herren von der ‚Zeit' " verrückt, sondern die Herren vom Generalstab verblödet waren. Nach dem eklatanten Sieg der Japaner, dem Zusammenbruch der russischen Armee, der Flotte und der Autokratie dachte ich, daß die großen Fachmänner, die uns während des Krieges für verrückt erklärt hatten, nun unsere bessere Einsicht für künftige Fälle sich merken würden. Doch, ganz gefehlt! Ich habe im Balkankrieg und schließlich noch im Weltkrieg dieselben schmerzlichen Erfahrungen machen müssen.

Die Prämiierung des Mißerfolgs

Baron Aehrenthal

Der Russisch-Japanische Krieg brachte mir noch die weitere schmerzliche Erfahrung, daß bei uns Urteilsunfähigkeit prämiiert wird. Der Mann, der als Botschafter in Petersburg unser Ministerium des Äußern während des ganzen Krieges über die militärische und politische Lage Rußlands falsch informiert und irregeleitet hatte, Baron Aehrenthal, zog kurz nach dem Russisch-Japanischen Krieg und der ersten russischen Revolution, mit allen Zeichen der Anerkennung glänzender Dienstleistung 1906 als Nachfolger des Grafen Goluchowski in das Palais am Ballplatz ein. In seinen Berichten aus Petersburg war, wie ich später von unterrichteter Seite erfahren habe, dargelegt, daß das große russische Reich den kleinen Japanern nur einen „Nasenstüber" zu geben brauche, um sie zu Boden zu werfen, ferner, daß die Dynastie im russischen Volk so fest wurzle, daß alle „subversiven Tendenzen" an ihr scheitern würden. Einen Mann, der schon als Botschafter in einer großen, ausschlaggebenden Sache einen so vollständigen Mangel an Einsicht und Voraussicht bewiesen hatte, konnte man nicht in Petersburg sitzen und versauern lassen, der mußte in die Zentrale, nach Wien, an die oberste Stelle. So einen Fehlgreifer durfte man sich in Wien nicht entgehen lassen. Dieses System der Prämiierung des Mißerfolges, hundert- und tausendfach in der Habsburgermonarchie betätigt, erscheint auf den ersten Blick hirnrissig, hat aber doch, wenn man es genauer überdenkt, seine Folgerichtigkeit und Logik in sich: die Logik des Unverstandes. Wo alle falsch denken, kann nur, wer mit falsch denkt, ja energisch

falsch denkt, den persönlichen Erfolg für sich haben. Wie Aehrenthal von Petersburg aus berichtete, so dachte der Kaiser selbst auch und seine Umgebung über die Aussichten des Krieges und der Revolution in Rußland. Sonst hätte wohl Aehrenthal auch anders berichtet. Denn bei uns wie in Wilhelm II. Deutschem Reich waren die Diplomaten gewohnt zu melden, was S. M. zu hören angenehm war. Wie konnte aber dann S. M. dem Diplomaten, der ihn die ganze Zeit über so zufriedenstellend bedient hatte, einen Vorwurf daraus machen, daß nachher die Berichte des Diplomaten, die mit S. M. eigenen Ansichten so vollständig übereinstimmten, sich im Lichte der Tatsachen als Unsinn erwiesen? Da hätte ja doch S. M. sich selbst ins Gesicht geschlagen. S. M. kann aber nicht nur, wie die englische Auffassung sagt, nicht unrecht tun, S. M. kann oder konnte auch nach den Regeln unserer Autokratie nicht unrecht haben, keinen Unsinn denken. Kamen die Tatsachen mit S. M. Gedanken in Widerspruch, so mochten die Tatsachen unvernünftig sein (es war „nicht in Ordnung“, daß die Japaner siegten, die Russen revoltierten) oder wer weiß wie sonst der Fall zu erklären war, S. M. konnte keinesfalls der Blamierte sein, und mit ihm auch sein gesinnungsgleicher Mitarbeiter nicht. Im Gegenteil, er befand sich, wie man zu sagen pflegt, in bester Gesellschaft. In dieser mußte er auch fest gehalten werden, von Stufe zu Stufe steigen. Wo bliebe sonst das monarchische Prinzip? Die Gegenprobe! Angenommen, ein Botschafter, der anders als S. M. dachte, also richtig berichtet hätte, würde Minister. Ist es da nicht wahrscheinlich, daß er auch in anderen künftigen Fällen anders als S. M. denken würde? Sollte dann S. M., der sich bekanntlich die Führung der äußeren Politik als seinen Lieblingssport immer vorbehält, auf die Betätigung seiner Ansichten zugunsten des Ministers verzichten (das englische System) oder dieser gegen

seine Überzeugung handeln? Wie der Herr, so der Knecht — ein anderes Verhältnis hat es im Reiche Franz Josephs zwischen dem Souverän und seinem ersten Berater nicht gegeben, nicht geben dürfen, wenigstens auf die Dauer nicht. Man sieht, es liegt ganz in der Logik des autokratischen Systems, daß Baron Aehrenthal, noch warm von seinen falschen Petersburger Botschafterberichten, Minister wurde.

War Goluchowski über seine allzu brillanten Sekundantendienste für Berlin gestürzt, so wußte Aehrenthal, was nun seine Aufgabe war. Er hatte das Gegenteil zu tun, sich möglichst sichtbar von der Berliner Vormundschaft, in die Goluchowski immer mehr verfallen war, zu emanzipieren. Das war ganz vernünftig und ließ sich auch leicht machen. Denn in Berlin gab es keinen Bismarck mehr, sondern nur einen Bülow. Ja, Bismarck hatte Wien schwere Sorgen bereitet. Da hatte man schon einen Mann, der ihm halbwegs ebenbürtig war, den Grafen Andrassy, den älteren. Wenn der auch an Bismarcks Größe nicht heranreichte, für unsere heimischen Größen war er doch zu groß. Er hatte zu viel, nämlich zu viel Erfolg, zu viel Gehirn, zu viel für die Umgebung, in der er zu wirken hatte. Er mußte gehen. Ein kleineres Gehirn wurde gesucht, leicht gefunden, zuerst Baron Haymerle, der bald starb, dann Graf Kalnoky, der vierzehn Jahre zu voller Zufriedenheit seines Souveräns regierte und bis an sein Lebensende hätte regieren können, wenn ihn nicht die Ungarn wegen seiner präpotenten Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten (die kirchenpolitischen Gesetze) gestürzt hätten. Zwischen Kalnoky und Bismarck stellte sich sofort, wie von der Natur selbst diktiert, ein gewisses geistiges Gefolgschafts- und Unterordnungsverhältnis ein. Als mit Goluchowski ein noch minderes Kirchenlicht angezündet wurde, verschärfte sich das Abhängigkeitsverhältnis, das der Arbeitsscheu des Wiener Ministers

so gut paßte. Aber geistige Kapazitäten wie den damaligen deutschen Reichskanzler Bülow konnten wir auch noch aufbringen, ohne uns in die ungemütlichen Sphären überragender Begabung zu versteigen. Und fleißigere Leute als Bülow gab es auch, die deswegen nicht gleich allzu unbequem wurden. So war der Zeitpunkt gegeben, Wien von Berlin zu emanzipieren, und Aehrenthal war der Mann dazu. Eine seiner ersten öffentlichen Kundgebungen war denn auch eine in Gegensatz zu Algeciras stehende Absage an Deutschland. Am 12. Februar 1908 äußerte er sich in der österreichischen Delegation: „Der Dreibund hat mit überseeischen Unternehmungen nichts zu schaffen ... Wenn Deutschland z. B. im Baltischen Meere oder in der Nordsee ein spezielles Interesse hätte und dort Verwicklungen entstehen würden, so würden dadurch unsere Verpflichtungen nicht berührt." Das bedeutet, daß Österreich-Ungarn in Zukunft Deutschland auch in Marokko keine Sekundantendienste mehr leisten wird — was auch später (1911) zur Tatsache wurde.

Aehrenthal war nicht wie Goluchowski, Kalnoky als Grandseigneur geboren worden, aber er oder seine Nachkommen sollten es noch werden. Seine Familie strebte sichtlich nach oben. Von einem reichen, böhmischen Getreidehändler abstammend, hatte sich die Familie in wenigen Generationen feudalisiert. Baron Aehrenthal selbst war mit einer ungarischen Gräfin verheiratet, das bedeutete den Weg nach oben in der gesellschaftlichen Rangordnung. Obzwar seine Familie in der inneren Politik dem verfassungstreuen Großgrundbesitz in Böhmen angehörte, was nach älteren österreichischen Vorstellungen liberal bedeutete, war Aehrenthal doch im europäischen Sinn konservativ und neigte zu Rußland, wo er, wie Kalnoky, sein gewesener Chef und Lehrer, bis zu seiner Berufung auf den Ballplatz Botschafter gewesen war. Aehrenthal hatte den guten Willen, etwas, etwas Ungewöhnliches, etwas

Erstaunliches, etwas Anerkennenswertes zu leisten. Doch war er kein schöpferischer Geist, ihm fiel nichts Neues ein. So griff er auf ältere Ideen zurück. Die erste war die Wiederherstellung des Dreikaiserbündnisses. Das hätte auch dem Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand in seine reaktionären Pläne gepaßt. Doch dafür scheint 1906 die Zeit nicht reif oder, richtiger, bereits verblüht gewesen zu sein. Ein Jahr lang wurde davon in den engeren Kreisen, in denen man sich mit äußerer Politik beschäftigte, gesprochen, aber es kam zu nichts. Im Gegenteil, Aehrenthal wurde ganz gegen seine ursprünglichen Absichten immer mehr in eine Gegnerschaft zu Rußland hineingedrängt, die seinem Regime seinen eigentlichen Inhalt gab und sich auch auf seinen Nachfolger — gleichfalls gegen dessen Neigungen — vererbte. Daß ein Staatsmann nicht durch seinen, sondern durch des Gegners Willen bestimmt wird, ist sicher kein Beweis von Größe. Der nächste und eigentlich, wenn man den Kausalzusammenhang der späteren Ereignisse berücksichtigt, der letzte Konflikt des Habsburgerreiches mit Rußland, und damit der letzte Konflikt des Habsburgerreiches mit irgend wem überhaupt, ging 1908 von Rußland aus. Der russische Minister fing ihn an, indem er ohne weiteres die Mürzsteger Konvention, nachdem sie Rußland im japanischen Krieg ihre Dienste getan hatte, beiseiteschob und in den Balkanreformen, die die beiden Staaten nach jener Konvention nur im gegenseitigen Einvernehmen betreiben sollten, ohne Befragen Österreich-Ungarns vorging. Aehrenthal wußte den ehrgeizigen Schein, daß nicht der andere, sondern er angefangen habe, zu wahren, indem er den von Iswolski verursachten kleinen, wenig beachteten Konflikt nicht weiter verfolgte, sondern ihn mit einem großen, ganz Europa bewegenden Konflikt beantwortete. Eines Tages im Anfang 1908 überraschte und erregte er ganz Europa durch die Ankündigung des

Baues der Sandschakbahn, einer Bahn, die den von Österreich-Ungarn seit dem Berliner Vertrag okkupierten türkischen Sandschak von Novibazar durchqueren und in der weiteren Fortsetzung, die sich jeder Sachkundige hinzudenken mußte, Albanien, Mazedonien und — das letzte Ziel österreichischer Expansionspolitik — Saloniki erreichen würde. Europa explodierte. Das Habsburgerreich, das sich seit Jahrzehnten bemüht hatte, eine ruhige Politik zu machen und möglichst wenig Aufsehen zu erregen, stand plötzlich im Mittelpunkt der allgemeinen Aufmerksamkeit. Die Balkanstaaten tobten, Rußland, England, Frankreich, Italien standen ihnen bei. In Italien erwachte die Sehnsucht nach dem „anderen Ufer", der Ostküste der Adria, welche in der Folgezeit dem Ballplatz viel Sorge bereitete und schließlich im Weltkrieg ihre Befriedigung fand. Für den Augenblick wurde dem Sandschakbahnprojekt ein Gegenprojekt, die Donau-Adria-Bahn, entgegengestellt, welche unter russischer Patronanz mit westeuropäischem Kapital ausgeführt werden, Rußland mit dem Balkan näher verbinden, Italien ein Einbruchstor nach dem Balkan öffnen, die Balkanstaaten selbst von Österreich-Ungarn ökonomisch unabhängig machen sollte. Das war ein arger Strich durch die Rechnung Aehrenthals. Er hatte sein Sandschakbahnprojekt lediglich mit ökonomischen Erwägungen begründet. Doch gerade die Kaufleute waren damit gar nicht einverstanden. Die Bahn würde durch unwirtliches Gebiet führen, das noch dazu unwegsam sei; sie würde infolgedessen sehr teuer und unrentabel sein. Waren die ökonomischen Zwecke nur vorgeschützt? Versteckten sich strategische dahinter? Oder gar hochpolitische, der Vorstoß nach Saloniki, an den man zur Zeit des Grafen Andrassy bei der Besetzung des Sandschaks gedacht hatte, der aber nach dreißigjähriger Untätigkeit seiner Nachfolger schon fast in Vergessenheit geraten war? Sicher, die Idee

der Sandschakbahn stammte aus dem Gedankenkreise Andrassys. Aehrenthal scheint sie ihm in der Verlegenheit nach irgend einer Gegenaktion gegen Iswolski entlehnt zu haben, ohne sie durchdacht zu haben. Vorbereitet war sie jedenfalls in keiner Weise, eher das Gegenteil, da man dreißig Jahre lang von dem im Berliner Vertrage unter schweren Kämpfen Rußland abgenötigten Recht, im Sandschak Wege *„au delà de Mitrowitza“* zu bauen, keinen Gebrauch gemacht hatte. Es war eine Überraschung für das Inland wie für das Ausland, und nicht gerade eine angenehme, für Aehrenthal selbst eine Improvisation.

Das wurde in der Folge außer jeden Zweifel gestellt. Denn nachdem die allgemeine Unruhe, die es in ganz Europa erregt hatte, sich gelegt hatte, ließ Aehrenthal sein Projekt stillschweigend fallen und ist nicht wieder darauf zurückgekommen, ganz so wie wenn er es nie in die Welt gesetzt hätte. Es geschah nicht das geringste zu seiner Verwirklichung. Alles war nur viel Lärm um nichts gewesen. Aehrenthal brachte seinen Plan selbst in Vergessenheit, indem er am 5. Oktober desselben Jahres die Welt, die sich kaum von der ersten Überraschung erholt hatte, mit einer neueren, viel größeren Überraschung durcheinanderbrachte: mit der Annexion von Bosnien und der Herzegowina. Die Annexion ist das Hauptwerk, das einzige Werk Aehrenthals, mit dem, wie seine Freunde damals wohl sagten, sein Name für alle Zeiten „unzertrennlich verknüpft bleibt“. Allerdings in anderem Sinne, als es Aehrenthal und seine Freunde damals dachten. Denn die Annexion war die erste Szene im letzten Akt des habsburgischen Schicksalsdramas. Sie leitete den Untergang des Reiches ein, das Aehrenthal zu mehren und zu stärken glaubte. Gerade von ihr, der Annexion, führt eine ununterbrochene Kette von Ereignissen bis zur Katastrophe von 1918, die nur hätte vermieden werden können,

wenn die habsburgische Politik rechtzeitig die Bahn verlassen hätte, die ihr Aehrenthal mit der Annexion gewiesen hat. Dabei war die Annexion, die große Leistung Aehrenthals, nicht einmal eine eigene Idee ihres Vollstreckers. Sie war in den Fünfziger- und Siebzigerjahren von den Militärs befürwortet, von Andrassy jedoch abgelehnt und in servilem Geist von Goluchowski wieder aufgenommen worden, der, ohne die politische Tragweite zu ahnen, damit den Kaiser Franz Joseph bei jedem Geburtstag zu erfreuen gedachte. Die beiden Provinzen sollten als „Geburtstagsgeschenk" dem Kaiser „zu Füßen" gelegt werden. So plante der Byzantiner, nur die *Vis inertiae*, die ihn beherrschte, und eine unbestimmte Furcht vor ihm unsichtbaren Schwierigkeiten, traten jedesmal dazwischen, so oft der 18. August sich näherte. Auch Aehrenthal ließ es bei dem 18. August an den üblichen Huldigungen für den greisen Monarchen genug sein. Doch 1908, das war ein besonderes Jahr, das Jahr, an dessen 2. Dezember der Kaiser das sechzigste Jahr seiner Regierung vollendete. Da mußte ein außerordentlicher Klimbim vorbereitet werden, ein Jubiläumsgeschenk, und das war die Annexion, deren die ganze Regierungstätigkeit des Hauses Habsburg abschließende Fernwirkung Aehrenthal — dies sei zu seiner Ehre gesagt — sicherlich nicht auch nur im Entferntesten geahnt hat. Goluchowskis — und damit für seine Regierungszeit auch des Habsburgerreiches — Schutzengel war das Bewußtsein seiner geistigen Unzulänglichkeit, das ihn vor Wagnissen zurückhielt. Aehrenthal dagegen glaubte an seine geistige Überlegenheit, ohne sie zu besitzen. Er war ein Kurzsichtiger, der sich für fernsichtig hielt, und so meinte er, daß keine Gefahr da wäre, wo er keine sah. Dieser — wenn auch irrige — Glaube an sich selbst gab ihm jene Sicherheit und Tatkraft, die so wohltuend von Goluchowskis Schlafmützigkeit abstach und Aehrenthal so

viele Sympathien, so viel Ansehen, so viel Ruhm brachte. Man sah in ihm ein staatsmännisches Genie, wo doch nur ein Temperament, und wie sich bald zeigen sollte, bloß ein kurz aufflackerndes, und wie der letzte Ausgang bewies, ein übelberatenes, ein von allen guten Geistern verlassenes Temperament vorlag. Sind schließlich nicht selbst seine wärmsten Freunde an ihm irre geworden, als seine vielbewunderte Energie nach der anscheinend erfolgreich durchgeführten Annexion völlig erlahmte, einschlief wie zu Goluchowskis Zeiten? Mußte er sich nicht 1911 in den Delegationen gegen den Vorwurf verteidigen, daß seine früher als Prinzip verkündete aktive Politik sich in eine inaktive verwandelt hatte? Hat er damals nicht selbst seine aktive Politik von zwei Jahren vorher aufgegeben und sich zur inaktiven bekannt? Sein völliges Versagen nach der Annexion suchten manche seiner Freunde später mit der organischen Erkrankung zu erklären, die im Anfang 1912 seinem Leben ein Ende machte. Physisches Leiden schwächt wohl die Energie eines Menschen, mindert aber nicht seine Geistesschärfe, wenn sie vorher da war.

Eine Titel- und Rangerhöhung des Kaisers

Die Annexion

Die physische Erklärung des Nachlassens Aehrenthals hat mich nie befriedigt. Ich habe deswegen bei späterer Gelegenheit den Chef des Generalstabes Baron Conrad, der in der Annexionskampagne mit Aehrenthal so gut zusammengearbeitet hatte, dann wegen Italiens mit ihm in Konflikt geraten war, gefragt, wie er sich Aehrenthals Untätigkeit nach der Annexion erklärte. Er hatte eine einfache Antwort. Er sagte, in seiner legeren wienerischen Art: „Aehrenthal hat die Annexion gemacht, um Graf zu werden. Wie er sein Ziel erreicht hat, hat er kein Interesse mehr gehabt, etwas zu tun." Diese höchst einfache Auffassung eines Mannes, der „seine Pappenheimer" kennt, weil er doch selbst dazu gehört, hat manches für sich. Aehrenthal war, im Gegensatz zu Goluchowski, sozial nicht saturiert, er war nur Baron, und wer die Anschauungen und Gepflogenheiten der österreichischen Aristokratie von damals kennt, wird die niederdrückend menschliche Auffassung des Baron Conrad nicht ohne weiteres abweisen können.

Schließlich, was war denn die Annexion, die Aehrenthal um einer Titel- und Rangerhöhung willen vollbracht haben soll, für den Kaiser anders als auch nur eine Titel- und Rangfrage? In dem wirklichen Verhältnis der beiden Provinzen hat sich durch die Annexion so wenig geändert wie in denen Aehrenthals durch seinen Grafentitel. Kaiser Franz Joseph hat schon vor der Annexion alle wirklichen Rechte und alle reale Macht eines Souveräns ausgeübt, und die Annexion konnte ihm nicht die geringste Vermehrung seiner Macht bringen, so wenig wie Achrenthal seine

Grafschaft. Nur sein Titel, sein Rechtstitel wurde geändert, verbessert, erhöht. Denn ohne Rechtstitel, etwa wie die Engländer Ägypten, hat Franz Joseph auch vor der Annexion Bosnien und die Herzegowina nicht beherrscht. Er hatte einen Rechtstitel, einen guten, erstklassigen sogar, den Berliner Vertrag und Extraverträge mit der Türkei und mit Rußland, und die ganze Titelerhöhung der Annexion hatte eigentlich nur den einen realen Effekt, daß in den Kirchen und Tempeln der beiden Provinzen nicht mehr für das Leben des Padischah, sondern des Kaisers Franz Joseph gebetet wurde — wie es bei Aehrenthal statt Hochwohlgeboren fürder Hochgeboren hieß. Die Potentaten scheinen in ihrer Art auch an Titelsucht zu leiden, wie ihre Untertanen, denen sie selbst die Titel verleihen. *Vanitas vanitatum!* Und deswegen ein großes Reich zugrundegerichtet, weil der eine Graf heißen, der andere zu seinen sechsundneunzig noch einen siebenundneunzigsten souveränen Rechtstitel führen wollte. Wohl hat Aehrenthal der Annexion einen hochstaatsmännischen Zweck zuzuschreiben versucht, indem er behauptete, sie sei notwendig geworden, weil man den politisch reif gewordenen Völkern von Bosnien und der Herzegowina eine Verfassung geben und sie in den sogenannten Rahmen der österreichisch-ungarischen Monarchie staatsrechtlich einfügen müsse. Freiheit und Ordnung — alles Blague, nach der Annexion hat man sich gar nicht beeilt, den Bosniern eine Verfassung zu geben, sich Zeit gelassen, um ihnen eine Schandverfassung zusammenzuschneidern, die sie noch mehr empört hat als ihre frühere Verfassungslosigkeit, und kaum daß sie sie hatten, hat man auch schon mit ihr experimentiert, sie aufgehoben, sistiert und wie diese absolutistischen Scheinverfassungsmanöver heißen. Und was die Einfügung der beiden Provinzen in den „Rahmen" der österreichisch-ungarischen Monarchie betrifft, so ist es doch überhaupt gar nicht dazu

gresses war, den Sandschak zwischen Serbien und Montenegro, die durch diesen an sich nicht wertvollen Landstreifen voneinander getrennt wurden, aufzuteilen versucht. Das zu verhindern, war der hochpolitische Zweck von Andrassys Sandschakpolitik. Diese Aufteilung hätte die Vereinigung der beiden serbischen Kleinstaaten zu einem großen oder größeren serbischen Staat in irgend welcher Form zur Folge gehabt, und darin sah Andrassy eine Gefahr für die Existenz der Habsburgermonarchie, zu deren Abwehr auch ein Krieg hätte gewagt werden müssen. Das war ein Dogma der Andrassyschen Politik*). Doch nicht nur die südslawische oder großserbische Gefahr hatte Graf Andrassy bei seiner Sandschakpolitik im Auge, sondern den ganzen politischen und wirtschaftlichen Einfluß Österreich-Ungarns auf dem Balkan. Der Sandschak war ihm der Vorposten, von dem aus und mit dessen Hilfe Österreich-Ungarn weiter auf dem Balkan vordringen sollte, bis nach Saloniki, wie man allgemein annahm, wenn auch speziell über die letzten Pläne ein gewisses Halbdunkel gebreitet wurde. Immerhin begründete Andrassy kurz nach dem Berliner Kongreß, in seiner Delegationsrede**) vom 8. Dezember 1878 seine

*) Vgl. meine Artikel in der „Zeit": „Au delà" (Morgenblatt vom 16. November 1912), „Sandschak-Epilog" (Morgenblatt vom 4. Dezember 1913), „Der Kaiser über den Sandschak" (Morgenblatt vom 18. Dezember 1913) und den Bericht des ungarischen Delegierten Grafen Thoroczkay im Morgenblatt der „Zeit" vom 20. Dezember 1913.

**) In der österreichisch-ungarischen Monarchie wurden die beiden Staaten (Österreich und Ungarn) gemeinsamen Angelegenheiten — äußere Politik, Kriegswesen, Finanzen — von drei gemeinsamen Ministern besorgt, und zu deren Kontrolle wurde von jeder der beiden Volksvertretungen (österreichischer Reichsrat, ungarischer Reichstag) eine parlamentarische Körperschaft, Delegation, gewählt, und die beiden Delegationen, vor denen die gemeinsamen Minister zu erscheinen hatten, wurden in jedem Jahr einmal zu einer kurzen Session einberufen.

Sandschakpolitik mit dem Argumente, daß die von Rußland versuchte Aufteilung des Sandschaks zwischen Serbien und Montenegro „einer Absperrung unserer Monarchie vom Balkan gleichkam".

Andrassy hatte zweifellos die Absicht, von dem mit so großer Mühe errungenen Rechte auf den Sandschak vollen Gebrauch zu machen, insbesondere von dem Recht des Baues von Militär- und Handelsstraßen, und er trug sich ja auch 1879 mit der Idee der Erbauung einer Sandschakbahn. Sein 1879 erfolgter Rücktritt hinderte ihn an der Ausführung seiner weiteren Pläne im Sandschak. Unter seinen Nachfolgern wurden wie seine politischen Grundideen auch seine Sandschakpläne ad acta gelegt. Es blieb bei den drei Garnisonen, die die österreichisch-ungarische Armee noch unter Andrassy in den Sandschak gelegt hatte. Darüber hinaus geschah in diesem für die Schicksale des Reiches auf dem Balkan so wichtigen Landzipfel gar nichts, und man vergaß allmählich, welche weitergehenden Rechte Österreich-Ungarn im Sandschak besaß und welchen Zweck eigentlich die drei zu einem Rudiment gewordenen Garnisonen hatten. Die Sandschakpolitik ruhte lange dreißig Jahre, bis Aehrenthal kam. Was tat er nun mit dem Sandschak? Hintereinander zwei Dinge, die miteinander in einem unvereinbaren Widerspruch standen. Zuerst plante er, wie wir gesehen haben, im Jänner 1908 die Sandschakbahn, knüpfte also an das Werk Andrassys an, um es nach langer Pause weiterzuführen. Dann, im Oktober desselben Jahres gab er gelegentlich der Annexion, um die Türkei über die Annexion zu beruhigen, alle Rechte Österreich-Ungarns auf den Sandschak auf, dieselben Rechte, von denen er wenige Monate zuvor einen umfassenden Gebrauch zu machen sich angeschickt hatte. Nichts beweist so deutlich, daß Aehrenthal kein politisches Konzept im Kopf hatte, als die widerspruchsvolle Behandlung des Sandschaks. Er war

wie so viele österreichische Staatsmänner, fast alle der Niedergangsperiode, lediglich von dem Gefühle geleitet, daß „etwas geschehen müsse“ *(ad majorem suam gloriam)*. Er wußte nur nicht, was, und tastete herum: zuerst mehr Sandschak und dann gar keinen Sandschak. Im Jänner hieß es: wir müssen den Sandschak energisch in die Hand nehmen, im Oktober war der Sandschak ein glühendes Eisen, das man raschestens wegwerfen mußte. Die spätere und endgültige Sandschakpolitik Aehrenthals, die der Retrozession des Sandschaks, war aber zweifellos die schlechte, und Andrassys alte Politik die richtige gewesen, wie alsbald im Balkankrieg die Ereignisse mit ihrer eindringlichen Gewalt lehrten. Zunächst freilich war der lebende Aehrenthal mit seinen Argumenten stärker als der tote Andrassy, um dessen Ideen man sich gar nicht mehr kümmerte. Aehrenthals Nachfolger, Graf Berchtold, hat Ende 1913 in seinen Nöten eine Denkschrift Aehrenthals über den Sandschak an die Öffentlichkeit gebracht, in der die Preisgebung des Sandschaks zu rechtfertigen versucht wurde. Militärisch sei der Sandschak nur mit starken Machtmitteln zu halten gewesen. Die den Machthabern jederzeit gefälligen militärischen Fachmänner (Conrad) hatten plötzlich entdeckt, daß der Sandschak ein militärischer „Flaschenhals“ sei, geradezu eine Gefahr. Politisch wieder, fand Aehrenthal selbst, habe die durch den Sandschak vollzogene Trennung von Serbien und Montenegro die Spitze der großserbischen Politik nur gegen Österreich-Ungarn gekehrt — also gerade das Gegenteil dessen, was Andrassy damit beabsichtigt hatte, bewirkt. Die Ereignisse, knappe vier Jahre später, haben aber die Richtigkeit der These Andrassys bewiesen. Denn im Balkankrieg haben tatsächlich Serbien und Montenegro den Sandschak unter sich aufgeteilt, sind dadurch Nachbarn geworden und die nächste Folge war der Plan einer Fusion der

beiden Staaten, dessen sofortige Ausführung nur durch Österreich-Ungarns Kriegsdrohungen verhindert wurde, bis der Weltkrieg seine Verwirklichung brachte. Das letzte Argument der Denkschrift Aehrenthals waren die hohen Kosten der Sandschakgarnisonen. Und derselbe Minister hatte erst wenige Monate vorher die Sandschakbahn geplant, die unvergleichlich mehr gekostet hätte als die drei Garnisonen und überdies eine starke Vermehrung dieser Garnisonen notwendig gemacht hätte! Die Staatsmänner, denen die Argumente pro und kontra so wohlfeil sind wie die Brombeeren, deren Staatskunst ist wohl auch nicht viel mehr wert als Brombeeren*).

Das waren Gründe, die Aehrenthal selbst der Öffentlichkeit nicht anvertraute, vermutlich weil er deren Fadenscheinigkeit selbst erkannte. Öffentlich rechtfertigte er die Rückgabe des Sandschaks, indem er den damals eben zur Herrschaft gekommenen Jungtürken ein Kompliment machte; die durch sie verjüngte Türkei sei stark genug geworden, um den Sandschak mit eigenen Kräften zu halten. Der Balkankrieg hat das Gegenteil bewiesen. Die nach Aehrenthal durch die Jungtürken erstarkte Türkei war nicht nur nicht stark genug, um den Sandschak zu halten, sondern so schwach, daß sie in sechs Wochen ihren ganzen europäischen Besitz bis zur Tschataldschalinie knapp vor Konstantinopel verlor. Hier wie auch sonst in seiner Beurteilung der Jungtürken hat Aehrenthal seine Oberflächlichkeit bewiesen. Weil sie das Adjektiv „jung“ in ihrem Namen führten, sah er schon eine verjüngte Türkei vor sich, und weil sie etwas westeuropäischen Firnis angetan hatten, schrieb er ihnen die Kraft zu, dieses alte prinzipiell un- und antieuropäische Staatswesen zu europäisieren — eine

*) Vgl. meinen Artikel in der „Zeit“: „Graf Berchtold, der Kleinösterreicher“ (Morgenblatt vom 16. Dezember 1913).

ganz unhistorische, unorganische, durchaus vulgäre Auffassung, die mit seinem oben gekennzeichneten, ebenso vulgären Urteil über Russen und Japaner seine geistige Physiognomie ergänzt.

Wie sehr er sich bei den Jungtürken verrechnet hatte, sollte Aehrenthal selbst noch in der Annexionskampagne erfahren, als er mit den Jungtürken über die Annexion verhandelte. Das tat er auch erst, nachdem die Annexion vollzogen war. Es wäre wohl klüger gewesen, dies vorher zu tun, doch Aehrenthal sah in dem Geheimnis die Bürgschaft des Erfolges und verhehlte seine Pläne selbst vor dem ungarischen Ministerrat*), von dem österreichischen gar nicht zu reden, der schon gewohnt war, in Sachen der äußeren Politik beiseite geschoben zu werden. Auch die Türken erfuhren von der Annexion erst nach ihrer Vollziehung, und da sie doch zur Annexion eines formell unter der Souveränität des Sultans stehenden Gebietes ihre Zustimmung geben mußten, nützten sie das fait accompli, durch das Aehrenthal sich und seinen Staat in eine Zwangslage gebracht hatte, nach Kräften aus, rechneten die Rückgabe des Sandschaks, die gleichfalls ohne ihr vorheriges Einvernehmen vollzogene Tatsache, die sich Aehrenthal als Gegenwert für die Souveränität des Sultans gedacht hatte, als Null, drohten mit Krieg, führten tatsächlich gegen den österreichisch-ungarischen Handel einen Boykott aus, der diesem empfindlichen Schaden brachte, bis Aehrenthal sie endlich mit einem weiteren, ganz unvorhergesehenen Opfer von 50 Millionen Kronen zur Ruhe brachte. Heute, in der Zeit der Selbstbestimmung der Völker, kaum zehn Jahre nach der Annexion, wäre ein Staatsmann unmöglich, der es unternehmen würde, zwei Provinzen mit zwei Millionen Menschen ohne

*) Siehe den Artikel „Aus der Geheimgeschichte der Annexion" in der „Zeit" (Morgenblatt vom 19. und 21. Dezember 1913).

deren Zustimmung ihrem Souverän mit klingender Münze abzukaufen. Aehrenthal ist wohl der letzte Staatsmann mit diesen veralteten Praktiken gewesen. Wenn sie auch damals keinen Widerspruch fanden, beweisen sie jedenfalls, daß Aehrenthal als Staatsmann kein Neuerer, kein Wegweiser, kein Vorahner und somit auch kein Großer war. Was würde man ferner heute von einem Staatsmann sagen, der, gleich Aehrenthal mit der Annexion, einen internationalen Vertrag, noch dazu einen so großen und wichtigen, in einem seiner entscheidenden Punkte brechen würde, ohne vorher die Zustimmung der Signatarmächte des Vertrages erlangt zu haben? Aehrenthal tat aber noch mehr, er weigerte sich auch nachher, diese Zustimmung zu erwirken, und wollte die Annexion als eine Privatangelegenheit zwischen Österreich-Ungarn und der Türkei behandelt wissen. Dabei konnte er sich nicht einmal auf das Sprichwort „Not kennt kein Gebot" berufen, wie später der deutsche Reichskanzler Herr von Bethmann Hollweg bei der Verletzung der belgischen Neutralität. Gegen eine internationale Konferenz, wie sie von den Westmächten als bewährtes Mittel zur friedlichen Austragung internationaler Konflikte vorgeschlagen wurde, sträubte er sich, und es gelang ihm auch eine solche zu vermeiden. Die Signatarmächte mußten sich schließlich damit begnügen, den Bruch des Berliner Vertrages mittels eines rein formellen Notenaustausches zu ratifizieren. Aehrenthals eigenwilliges, eigensinniges Vorgehen, seine Geringschätzung internationaler Verpflichtungen, seine Verachtung internationaler Rücksichten hat seinen Nachfolgern noch bis in die entscheidungsschweren Tage vor dem Ausbruch des Weltkrieges hinein zum verhängnisvollen Vorbild gedient. Schon während der Annexionskampagne aber erregte sie bei den Westmächten, die dem internationalen Recht noch Wert beizulegen gewohnt waren, Haß und Mißtrauen.

Die Habsburgermonarchie, bis dahin als Ruhepunkt mitten in dem europäischen Getriebe geschätzt, stand plötzlich im Mittelpunkt europäischer Rechts- und Interessenkämpfe und wurde ein Sturmzentrum mehr, dem die westeuropäische Diplomatie in Hinkunft größere Aufmerksamkeit zu widmen beschloß. Der nächste Effekt war, daß ihr in aller Stille der französische Markt für Geldanleihen gesperrt wurde, was die österreichische wie die ungarische Finanzverwaltung, als sie 1912 mit erschöpften Kassen bei den französischen Banken vergebens um Hilfe anklopften, schmerzlich zu empfinden bekamen.

Am schlimmsten behandelte Aehrenthal Serbien. Für die Türkei hatte er ein Pflaster in Form von Komplimenten und dem Sandschak vorbereitet und fünfzig Millionen noch nachher zugestanden, für Serbien hatte er nichts vorbereitet und hat er auch nachträglich nichts getan. Und doch war Serbien derjenige Staat, der von einem höheren, sagen wir von dem heutigen Standpunkte der Selbstbestimmung der Völker am ehesten ein Recht auf Berücksichtigung hatte, und auch vom Standpunkte der wohlverstandenen innerpolitischen Interessen der österreichisch-ungarischen Monarchie. Denn die annektierten beiden Provinzen waren Fleisch vom Fleische Serbiens, es waren, ihrer Nationalität nach, serbische Provinzen, für Serbien, wie der serbische Ethnograph Professor Zwijitsch schrieb, „nicht bloß, was Elsaß-Lothringen für die Franzosen, oder Trento und Triest für die Italiener, oder Deutschösterreich für Deutschland sondern das, was Moskau für die Russen, Brandenburg für Deutschland, also jene Länder, welche den besten Teil der Nation ausmachen". Dieses Bewußtsein war im Königreich Serbien immer rege gewesen und auch in Bosnien und der Herzegowina selbst hatte der absolutistische Verwaltungskünstler Kallay vergebens versucht, dies nationale Zusammengehörigkeits-

gefühl durch die Erfindung einer besonderen bosnischen Nationalität und Sprache zu ersticken. Schon im Jahre 1875 hatte Serbien, ein kleines, von der Pforte noch abhängiges Fürstentum, um Bosnien und die Herzegowina zu befreien, gegen die Türken die Waffen ergriffen, sich in diesem Kampfe verblutet, aber dadurch Rußlands Hilfe herbeigerufen, dem es schließlich gelang, die beiden Provinzen der Pforte zu entreißen, wenn auch sein weiterer Plan, ihnen die Autonomie zu gewähren, um so ihre Vereinigung mit Serbien vorzubereiten, auf dem Berliner Kongreß zu Gunsten Österreich-Ungarns vereitelt wurde. Die Okkupation Bosniens und der Herzegowina durch Österreich-Ungarn, 1878, war ein schwerer Schlag für Serbien, den es nie verwunden hat. Daß Österreich-Ungarn die formelle Souveränität über die beiden Provinzen nicht hatte, war ein letzter Hoffnungsschimmer für die serbischen Patrioten. Die Annexion schien ihnen auch diesen zu rauben. Solche natürliche nationale Empfindung wird ein echter Staatsmann nie verletzen. Aehrenthal tat es, tat es gegenüber den Serben mit Wonne. Daß er auch Serben im eigenen Lande hatte, daß die Kroaten seit der Fiumaner Resolution von 1905 sich mit den Serben identifizierten, daß die Slawen, die die Majorität der Bevölkerung des Habsburgerstaates bildeten, mit ihnen sympathisierten, focht ihn nicht an. Äußerungen der Unzufriedenheit, serbenfreundliche Demonstrationen ließ er mit Gewalt unterdrücken. Am 2. Dezember 1908, am Tage des 60. Regierungsjubiläums des Kaisers, zu welchem die Annexion als Festgabe gedacht war, wurde deswegen der Ausnahms(Belagerungs-)zustand über Prag verhängt. Die Serben verlangten für die beiden Provinzen nur die Autonomie. Da kamen sie aber schlecht an. Dieses alte russische Projekt hatte Kaiser Franz Joseph gelegentlich der Mission des russischen Generals Sumarokow-Elston in einem Brief

an den Zaren Alexander II. vom 3. Oktober 1876 mit den entschiedenen Worten abgelehnt, „daß Österreich-Ungarn die Gewährung politischer Autonomie für Bosnien und die Herzegowina... nie dulden könnte"*). Für sich verlangten die Serben einen Zugang zu einem Hafen am Adriatischen Meer, damit sie sich von der ökonomischen Abhängigkeit von Österreich-Ungarn befreien, die ihnen in den letzten Jahren sehr schmerzlich fühlbar gemacht worden war. Nein! Und Aehrenthal setzte auch in diesem Punkt seinen Willen durch. Serbien ging leer aus und mußte schließlich am 31. März 1909 eine demütige Erklärung unterschreiben, daß es keine Ansprüche auf die beiden Provinzen habe und sich in Zukunft gegenüber Österreich-Ungarn brav verhalten würde. Xerxes, der Ketten ins Meer wirft — ein Staatsmann, der eine nationale Einheitsbewegung mit einer erzwungenen Selbstohrfeigung zur Ruhe gebracht zu haben glaubt. Hat das überhaupt auf den Titel eines Staatsmannes noch Anspruch? Um den Serben des Königreichs vollends die Pille zu verbittern, erhielt das kleine serbische Nebenländchen Montenegro ein Geschenk, indem Österreich-Ungarn auf die ihm vom Berliner Vertrag her zustehende Seepolizei in den montenegrinischen Gewässern verzichtete. Überdies gewährte es dem Fürsten von Montenegro — man weiß nicht, aus welchen Mitteln — ein Darlehen von vier Millionen Kronen — dem Fürsten von Montenegro, den Zar Alexander III. seinen „einzigen Freund" auf dem Balkan genannt hatte! Die Bulgaren und ihren neugebackenen Zaren, den Kaiser Franz Joseph wegen der orthodoxen Taufe seines ältesten Sohnes und seiner Liebedienerei vor Rußland überhaupt seit Jahren förmlich verstoßen hatte, nahm man wie reuige Sünder gern wieder in Gnaden auf, und es gab gar nicht genug Epitheta

*) Wertheimer a. a. O., II. Band, Seite 343.

ornantia, um die Tugenden der Bulgaren zu preisen. Um zu Serbiens Schaden auch noch den Spott zu fügen, versprach Aehrenthal am Schlusse der Annexionskampagne in einer Rede Serbien, den ihm zugefügten Schmerz durch wirtschaftliche Begünstigungen zu lindern (die allerdings ausblieben, tatsächlich bekamen die Serben statt des versprochenen guten einen ausgesprochen schlechten Handelsvertrag). Der serbische Ministerpräsident Paschitsch hat sich für diesen Spott bitter gerächt. Als später, 1913, der Balkankrieg für Serbien siegreich ausging und die österreichisch-ungarische Diplomatie mit einer schweren Niederlage abzog, gab er ihr fast wörtlich dieselben Trostworte mit auf den Weg*).

*) Vgl. meinen Artikel: „Mitleid" im Morgenblatt der „Zeit" vom 31. Mai 1913.

Serbenhetze — Kriegshetze

Serbien ist das kleine Steinchen gewesen, über das die österreichisch-ungarische Diplomatie fortwährend stolperte, bis sie darüber im Weltkrieg endgültig zu Fall kam. Einer Periode der Gönnerschaft war eine solche der Todfeindschaft gefolgt. Noch mitten in den von Goluchowski 1906 eröffneten Zollkrieg fiel die Annexion. Aehrenthal vertiefte den Konflikt zwischen dem großen und dem kleinen Staat. Er vergiftete ihn auch. Von ihm, aus der Annexionskampagne datiert die Serbenhetze, die, unter ihm und seinem Nachfolger sechs Jahre vom Literarischen Bureau des Ministeriums des Äußern mit allen möglichen Mitteln der Verleumdung und Fälschung betrieben, aus den harmlosen, friedliebenden Deutschösterreichern eine blutrünstige Soldateska machte, die mit klingendem Spiel, wehenden Fahnen und einem förmlichen Nationalhaß im Juli 1914 in den Krieg gegen den serbischen Zwergstaat zog, um selbst als Krüppelstaat zurückzukommen. Fast die ganze österreichische Presse, mit Ausnahme etwa der slawisch nationalen, stand im Dienst dieser Serbenhetze. Tag für Tag erschienen in allen ernsten und Witzblättern Artikel, in denen das serbische Volk verunglimpft, als Räuber- und Mördergesindel, als Hammeldiebe, als unkultiviertes „Läusevolk" beschimpft, in Wort und Bild verhöhnt wurde. Diese Agitation griff auch auf Deutschland über; der Münchener „Simplizissimus" zum Beispiel widmete eine ganze Nummer voll des gleichen Geistes den Serben.

Daß aber ein Goethe die serbische Volkspoesie hochgeschätzt, daß ein Ranke der Revolution dieses mutigen Volkes ein von seinen sonstigen Arbeiten abseits liegendes Buch zeitgenössischer Geschichte

gewidmet hatte, davon wußte man in Deutschland anscheinend nichts mehr. Jetzt erinnerte man plötzlich die österreichisch-ungarischen Offiziere an den Treubruch, den serbische Offiziere durch die Mordtat an König Alexander und seiner Gemahlin begangen hatten, und es hieß, daß ein k. u. k. Offizier solch eidbrüchigem Pack die Hand nicht reichen dürfe. Eine in deutscher Sprache zur Aufklärung des deutschen Publikums herausgegebene Schrift des Belgrader Universitätsprofessors Dr. B. Markowitsch: „Die serbische Auffassung der bosnischen Frage" wurde totgeschwiegen. Der gewesene austrophile serbische Ministerpräsident (unter Milan), Dr. Vladan Georgiewitsch, der 1870 als Arzt in der deutschen Armee diente und die deutsche Sprache wie ein Deutscher spricht und schreibt, mußte vierzehn Tage suchen, bis es ihm gelang, in Berlin einen Saal zu einem Vortrag über die serbische Frage zu erhalten*). Das vergaß man freilich zu erwähnen, daß niemand früher den „Mörderkönig" Peter anerkannt hatte als gerade die k. u. k. Regierung. Auch das vergaß man zu erwähnen, daß bulgarische Offiziere an ihrem Fürsten Alexander von Battenberg 1887 nicht anders gehandelt hatten als serbische an ihrem Alexander. Erfundene oder aufgebauschte Nachrichten über antiösterreichische Demonstrationen oder Zeitungsartikel, greuliche Schilderungen und Statistiken des Tiefstandes der Kultur dieses Volkes wurden von offiziösen Federn unter allen erdenklichen Verkleidungen in der Presse der gesamten Welt verbreitet, um die Serben zum Abscheu der Menschheit zu machen. Und dieses verkommene Volk, sagte man dann weiter, lebt in einem Größenwahn, der die Lebensinteressen der österreichisch-ungarischen Monarchie bedroht. Nur eine

*) Georgiewitsch: „Die serbische Frage", Deutsche Verlagsanstalt Berlin und Leipzig 1909, Seite 140.

„Strafexpedition“ kann da „Ordnung machen“, ein für allemal. Man grub das Prinz Eugen-Lied aus, das in allen Kneipen und Nachtlokalen Abend für Abend gespielt und gesungen wurde*), man frischte Grillparzers „In deinem Lager ist Österreich“ auf, um den kriegerischen Geist in der Bevölkerung zu wecken. Man mobilisierte schließlich. Monatelang mußten im Winter von 1908/09 die Soldaten an der Grenze Wacht halten, so daß sich die Bevölkerung an den Gedanken des Krieges gewöhnte, als ob es sich dabei nur um eine „Hetz'“ handelte. Der Krieg wurde als sicherer Sieg hingestellt, bei dem man es nur mit dem kleinen Serbien zu tun hätte, die europäische Komplikation, die ein Angriff auf Serbien im Gefolge haben würde, verschwieg man. Ein österreichischer Chauvinismus wurde von der zivilen und militärischen Bureaukratie förmlich in der Retorte erzeugt und großgezogen — die abscheulichste Spielart des Chauvinismus, weil ihm nicht einmal eine nationale Begeisterung zugrunde lag, sondern nur das Interesse einer Dynastie, der Haß gegen ein kleines Volk und die Feigheit, an einem vermeintlich so ohnmächtigen, widerstandsunfähigen Gegner seine Schneid' zu beweisen, sein Mütchen zu kühlen — in Verbindung mit der politischen Gefügigkeit einer Bevölkerung, die diese niedrigen Gesinnungen ihrer Regierer zu den

*) Das Lied, ein Volkslied, beginnt mit den Worten: „Prinz Eugen, der edle Ritter, — wollt' dem Kaiser wied'rum kriegen — Stadt und Festung Belgerad. — Er ließ schlagen eine Brucken, — daß man kunnt' hinüberrucken — mit der Armee wohl für die Stadt“. In Musik gesetzt, wurde es an allen österreichischen Volksschulen gelehrt und war deswegen allgemein bekannt. Seine Verwendung zur Serbenhetze war ein Mißbrauch, der nur möglich war, weil die meisten von seinem Anlaß nichts wußten. Prinz Eugen von Savoyen wird nämlich in dem Lied nicht etwa, wie die Serbophoben es hinstellten, als Bekämpfer der Serben, sondern umgekehrt als Besieger ihrer damaligen Unterdrücker, der Türken, 1717, gefeiert.

ihrigen machte und später so entsetzlich teuer bezahlte.

Nach Aehrenthals (und Conrads) Konzept sollte dieser Krieg gegen Serbien den Abschluß der Annexionskampagne bilden. Der Krieg sollte vor Europa durch die verletzten Lebensinteressen der österreichisch-ungarischen Monarchie gerechtfertigt werden. Für die Einleitung des Krieges hatte sich Aehrenthal ein besonders feines diplomatisches Konzept zurechtgelegt. Zuerst wurden die Serben aufgefordert, Österreich-Ungarn eine (oben schon erwähnte) Wohlverhaltenserklärung auszustellen, in der sie sich selbst und ihre Agitation gegen die Annexion ins Unrecht setzen und für die Zukunft auf alle irredentistischen Bestrebungen verzichten sollten. Diese Erklärung hatte ursprünglich Aehrenthal selbst ihnen Wort für Wort vorgeschrieben, er mußte es sich aber gefallen lassen, daß sein Text durch die Großmächte, die an den seit Monaten laufenden diplomatischen Verhandlungen über die Annexion teilnahmen, gemildert wurde. Aber selbst in dieser abgeschwächten Form mutete er dem Selbstgefühl der Serben noch immer mehr zu als sie nach Ansicht des Ballplatzes zu ertragen fähig sein würden. Die Ballplatzpolitiker nahmen daher an, daß Serbien zum angesetzten Termin, 24. März 1909, die Erklärung nicht abgeben würde, und bauten darauf ihren weiteren Plan auf. Nach fruchtlosem Ablauf dieses Termins sollte dann den Serben ein im stillen bereits vorbereitetes, kurzfristiges Ultimatum gestellt werden, das jedoch Aehrenthal, der durchaus Modernität und Originalität posierte, nicht mit dem alten ehrlichen Namen eines Ultimatums bezeichnen wollte, weil Ultimatums ein „Requisit der alten Schule“ wären, sondern als „befristete Note“, und auf diese sollte dann nach Ablauf der Frist der Abbruch der diplomatischen Beziehungen und der — glorreiche — Krieg folgen. Als Mann von höheren Aspirationen wollte er

auch nicht bloß mit dem Säbel dreinfahren — das wäre wieder ganz „alte Schule“ gewesen — sondern die Welt im voraus auch geistig für sich und seine Pläne erobern. Da er sich aber dessen bewußt war, daß er Geschichte mache, sollte diese Rechtfertigung des Krieges nicht irgend ein diplomatischer Hausstilist des Ballplatzes verfassen — das wäre immer noch „alte Schule“ gewesen, das haben andere vor Aehrenthal auch noch zusammengebracht — sondern dieses „historische“ Schriftstück sollte ein Historiker konzipieren, der auf diese Art gewissermaßen gleich die Geschichte der Zukunft schreiben sollte. Modern zum Schreien! Und noch nicht dagewesen! Regie unübertrefflich! Szene großartig gestellt! Den Historiker brauchte man nicht lange zu suchen. Ihn hatte der Ballplatz in der angesehenen Person des Dr. Heinrich Friedjung an der Hand. Dieser schrieb denn auch mit Pathos den gewünschten, „historisch“ werden sollenden Artikel, der — nach vorausgesetztermaßen fruchtlosem Ablauf der Frist — pünktlich am 25. März 1909 in der „Neuen Freien Presse“ erscheinen sollte. Für diese Nummer des Blattes war auch ein Artikel vorbereitet, in dem der staunenden Welt der blitzmoderne diplomatische Kriegsplan Aehrenthals enthüllt wurde. In der Nacht auf den 25. März, an dem diese nun auch „historisch“ werden sollende Nummer der „Neuen Freien Presse“ zu erscheinen hatte, erlaubte sich aber die wirkliche Geschichte mit denen, die am Ballplatz Geschichte zu machen vermeinten, einen derben Witz. Just in dieser Nacht zu später Stunde, da die Geschichtemacher im Geiste den kritischen Tag bereits gut, das heißt ohne serbische Erklärung abgelaufen wähnten, langte die Ankündigung einer friedlichen Wendung der Dinge noch rechtzeitig ein. Vom Ballplatz wurde nun eiligst die Zurückziehung des Friedjungschen Artikels von der „Neuen Freien Presse“ verlangt. Aber es war zu

spät. Das Blatt war bereits unter der Presse, und nun erschienen der Friedjungsche Kriegsartikel und der Aehrenthalsche Operationsplan in dem gleichen Blatt wie die Friedensankündigung, die jene obsolet machte, und es wurde die so sorgfältig vorbereitete Nummer der „Neuen Freien Presse" doch noch historisch — als historischer „Aufsitzer" wenigstens.

Der totgeborene Artikel hatte übrigens eine gute Wirkung, die allerdings nicht beabsichtigt war. Um die ganze Verworfenheit der Serben der aufhorchenden Welt erschütternd zu demonstrieren, enthüllte Friedjung in seinem Artikel die hochverräterischen Machinationen südslawischer Politiker, wobei er sich auf Geheimberichte des k. u. k. Generalstabes — also Nummer sicher! — stützte, die ihm zu diesem heiligen Zweck anvertraut worden waren. Wäre der Krieg ausgebrochen, so wäre diesen südslawischen Politikern auf Grund der Geheimberichte des k. u. k. Generalstabes zweifellos sofort bei Beginn des Krieges nach Kriegsrecht für ewig der Mund geschlossen worden. Da sie ihn, dank dem Witz der Weltgeschichte, offen behalten hatten, rissen sie ihn nun ordentlich auf und klagten Dr. Friedjung beim kompetenten Wiener Gericht wegen Verleumdung an, der generalstabsgläubige Historiker, der die Gegenwart mit der Vergangenheit verwechselt hatte, mußte auf Andringen der lebenden Objekte seines Artikels die Beweise für seine mit der salbungsvollen Diktion eines Ketzerrichters vorgetragenen Behauptungen, die „Dokumente" des k. u. k. Generalstabes vorlegen, und diese erwiesen sich, ans Licht der Öffentlichkeit gezogen, als kindisch plumpe Fälschungen, die nur Heiterkeit erregen konnten. So hatte man einmal Einblick in die Wertlosigkeit des so streng gehüteten geheimen amtlichen Informationsdienstes gewonnen, auf den hin die schwerwiegendsten Entschlüsse an „oberster Stelle" gefaßt wurden. Dr. Friedjung hatte seinen

Artikel mit den dröhnenden, aber um deswillen nicht minder hohlen Worten geschlossen: „Die Souveränität der Monarchie in Bosnien und der Herzegowina wird wie ein Felsen von Erz aufgerichtet werden, und wenn Serbien sich versucht fühlt, dagegen hervorzubrechen, so würde sein lose gefügtes Staatswesen leichter daran zerschellen, als es den entschlossenen Willen des Donaureiches zum Wanken brächte." Nun, das „lose gefügte Staatswesen" der Serben hat sich als haltbarer erwiesen als der „Felsen von Erz". Doch wozu mit Dr. Friedjung rechten? Er hat ja doch nur über höheren Auftrag geschrieben, und die höheren Aufträge im „Donaureich" waren nun einmal so.

Es ist heute interessant, an jenen Vorfall zu erinnern. Nach dem Paradigma Aehrenthal hat im Juli 1914 sein getreuer Schüler Berchtold den Krieg gegen Serbien, aus dem ein Weltkrieg wurde, vorbereitet — nur, damit nicht wieder ein Fehlschlag erfolge, unvergleichlich brutaler, brutal bis zur Unwiderstehlichkeit. Was dort die den Serben vorgeschriebene Erklärung, war hier gleich das Ultimatum, von dem er aber, im Unterschied zu Aehrenthal, sich nichts „abhandeln" ließ, und auf das der Abbruch der Beziehungen und der Krieg folgen sollte. Wie am 24. März 1909 Aehrenthal erwartete, daß die Serben die Erklärung ablehnen würden, so Berchtold am 25. Juli 1914, daß sie auf das furiose Ultimatum einzugehen sich weigern würden. Und wie damals war auch diesmal die diplomatische Aktion mit einer skrupellosen publizistischen Serben- und Kriegshetze im In- und Auslande eingeleitet und begleitet worden. Hätten die Serben im März 1909 an der Erklärung noch auch nur ein Jota geändert, so wäre damals schon der Krieg ausgebrochen, so wie er im Juli 1914 ausgebrochen ist, weil sie einige unwesentliche Einwendungen gegen das barbarische Ultimatum erhoben.

Freilich, wenn 1909 die Anzettelung des Krieges

mit Serbien — man kann im Sinne der Aehrenthal und Conrad nicht anders sagen — gelungen wäre, wäre es aller Voraussicht nach im Moment nicht zum Weltkrieg gekommen. Später wohl sicher, aber im Moment nicht. Denn in einem Punkt hatte Aehrenthal richtig gerechnet, und das war im diplomatischen Kräftespiel der entscheidende Punkt: die augenblickliche militärische Schwäche Rußlands, die es ihm unmöglich machte, wie es seine Tradition verlangt hätte, und wie es bei der Berchtoldschen Wiederholung des Paradigmas, 1914, tatsächlich getan hat, für das angegriffene Serbien mit der Waffe in der Hand einzustehen. Zu dieser Erkenntnis bedurfte es diesmal allerdings keines besonderen Scharfblicks. Jedermann wußte, daß Rußland sich von den schweren Schlägen des japanischen Krieges und der ersten Revolution noch lange nicht erholt hatte. Das Täuschungsmanöver, das Aehrenthal im September 1908 an dem russischen Minister des Äußern bei dessen Besuch auf dem Berchtoldschen Schloß in Buchlau durchführte, ebenso wie die im Sommer 1909 durch Dr. Friedjung post festum im Auftrag Aehrenthals eröffnete Enthüllungskampagne gegen Iswolski war ein persönlicher Privatspaß Aehrenthals, der, zum Gelingen seiner Aktion nicht wesentlich, Iswolski der Lächerlichkeit preisgab, als Minister unmöglich machte, aber doch nicht tötete, in ihm nur der Habsburgermonarchie einen unversöhnlichen Feind schuf, der später als russischer Botschafter in Paris unermüdlich und mit sichtbarem Erfolg in Westeuropa Stimmung gegen die österreichisch-ungarische Monarchie machte.

Das Duell Aehrenthal-Iswolski ging zunächst zugunsten Aehrenthals aus, allein die Ereignisse und neuerlich der Öffentlichkeit bekanntgewordene Äußerungen Iswolskis aus jener Zeit beweisen, daß der besiegte russische Minister weitaus der schärfer und richtiger sehende war. Am 13. Oktober 1908 sagte er

dem ihn befragenden serbischen Geschäftsträger in London, Gruitsch, er verstehe die Politik Aehrenthals nicht; von rein österreichischem Standpunkte sei die Annexion ein schwerer Fehler und ihr Erfolg in der äußeren Politik werde eine noch engere Entente zwischen Rußland, Frankreich und England herbeiführen (diese ist dann bekanntlich 1912 in dem Briefwechsel zwischen Grey und Cambon erfolgt). Dem serbischen Minister des Äußern Milowanowitsch sagte er am 25. Oktober 1908 in Berlin, „die österreichische Frage werde infolge dessen (der Annexion) bald akuter werden als die türkische“. Nach einem Bericht des serbischen Gesandten in Petersburg, Kosutitsch, vom 10. März 1909 sagte Iswolski in einer Konferenz mit Dumaabgeordneten am 9. März 1909, „Serbien werde so lange zu einem kärglichen Leben verurteilt sein, bis nicht der Moment des Verfalles Österreich-Ungarns eingetreten sein werde, die Annexion habe diesen Moment nähergerückt“. Diese Äußerungen Iswolskis, respektive die serbischen Diplomatenberichte, in denen sie wiedergegeben sind, sind nach dem Weltkriege vom deutschen Auswärtigen Amt in einem Weißbuch, dessen Dokumente dem serbischen Staatsarchiv entnommen zu sein scheinen*), veröffentlicht worden. In demselben Weißbuch wird auch in einem Bericht des serbischen Gesandten in Petersburg, Kosutitsch, vom 3. März 1909 eine Äußerung des bekannten russischen Politikers Bobrinski erwähnt, der sagte: „Bei mir war gegen Österreich kein Haß, aber die von Österreich uns bereitete Erniedrigung hat gegen dasselbe fürchterlichen Zorn und Haß entfesselt, es wird das teuer bezahlen.“ Der Gesandte berichtet weiter: „Chomjakow (der Dumapräsident) spricht im selben Sinn.

*) „Deutschland schuldig?“ Deutsches Weißbuch über die Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges. Berlin 1919.

Gewiß, die Gemüter sind wie gebrochen, denn Rußland hat selbst den japanischen Schlag nicht so sehr empfunden wie diesen Österreichs." Auch die serbischen Politiker haben während der Annexionskampagne einen bemerkenswerten Scharfblick bewiesen. So sagte unmittelbar nach der Annexion der Führer der altradikalen Partei, Stojan Protitsch, in der serbischen Skuptschina: „Sie wissen, daß man den Balkan immer als ein Pulverfaß bezeichnet hat. Wenn wir um so ein Pulverfaß lauter provisorische, palliative Lösungen aufstapeln (Redner sah die Annexion auch als provisorische Lösung an), dann werden wir und Europa ständig in der Gefahr leben, daß ein Kinderspiel, ein Zündhölzchen, dieses Pulverfaß anzünden kann." Ferner: „Zwischen uns und Österreich-Ungarn kann es nur dann einen Frieden und eine gute Nachbarschaft geben, wenn Österreich-Ungarn darauf verzichtet, eine Großmacht zu sein, wenn es sich entschließt, die Rolle einer östlichen Schweiz anzunehmen." Ebenso sprach Ljuba Stojanowitsch, Führer der jungradikalen Partei: „Österreich-Ungarn kann unser Freund werden, wenn es eine neue Schweiz oder eine neue nordamerikanische Union wird." In den letzten Tagen der Habsburgermonarchie scheinen auch die Berater des Kaisers Karl zu ähnlichen Schlüssen gekommen zu sein. Aber da war es wohl zu spät, und das, was in dieser Richtung geschah, das kaiserliche Manifest vom 16. Oktober 1918, war überstürzt, unvorbereitet und konnte deswegen nicht mehr die gewünschte Wirkung tun. Im Jahre 1908 hörte man in den maßgebenden Kreisen auf solche, doch immerhin räsonable Stimmen aus dem feindlichen Lager ebensowenig wie auf solche aus dem eigenen.

In den folgenden Jahren hat Rußland für die ihm von Aehrenthal 1909 zugefügte Demütigung an Österreich-Ungarn bittere Rache genommen, durch seine „Probemobilisierungen" an der österreichischen Grenze

und durch seine diplomatische Minierarbeit bei Österreich-Ungarns Bundesgenossen Italien (Zusammenkunft des Zaren mit dem König von Italien in Racconigi, Oktober 1909), auf dem Balkan (Balkanbund einschließlich Bulgariens 1912 — Balkankrieg — Zusammenkunft des Zaren mit dem König von Rumänien in Konstantza, Juni 1914), ja selbst bei Österreich-Ungarns Schutzengel mit der „schimmernden Wehr", beim deutschen Kaiser (Potsdamer Abkommen, Juni 1910). Aehrenthals Nachfolger, Graf Berchtold, hat unter den Nachwirkungen des Aehrenthalschen Pseudoerfolges schwer gelitten. Er hat sich schließlich außerstande gefühlt, das fast ununterbrochen von diplomatischem Erfolg zu diplomatischem Erfolg eilende Rußland in seinem Lauf aufzuhalten, und das Ende war, daß der politische Erbe des Mannes, der Rußland diplomatisch besiegt hatte, zu haben glaubte, wenige Jahre nach diesem Siege zu Kreuze kroch, um Rußlands Freundschaft winselte, vor Rußland dienerte, es durch Euphemismen und Schönfärbereien umzustimmen suchte, daß sein Kollege, der „eiserne" Graf Tisza, der Magyare, sich durch Speichelleckereien gegenüber Rußland erniedrigte, während der Kaiser Franz Joseph selbst den Affront eines ungnädigen Empfanges seines Spezialgesandten, des Prinzen Gottfried von Hohenlohe, im Februar 1913 stillschweigend einstecken mußte*). Die Kurzsichtigkeit Aehrenthals hat sich auch bei seinem russischen Erfolg gezeigt. Hatte er im japanischen Krieg die Stärke Rußlands überschätzt, so fiel er nach diesem Irrtum in den entgegengesetzten Fehler, indem er 1909 den vorübergehenden Schwächezustand Rußlands überschätzte und zu bedenkenlos ausnützte.

*) Vgl. meine Artikel in der „Zeit": „Die Reibungsflächen" (Morgenblatt vom 29. November 1913 und 12. März 1914), „Das friedliche Rußland" (Morgenblatt vom 29. März 1914), „Speichelleckerei" (Morgenblatt vom 11. April 1914).

Nibelungentreue und Undank

Der Marokko-Konflikt 1911

In einem gewissen, wenngleich sehr eingeschränkten Sinn, ist es Aehrenthal mit Deutschland ähnlich ergangen wie mit Rußland. Auch hier hazardierte er, für den Augenblick mit verblüffendem Erfolg, ohne freilich den unvermeidlichen Rückschlag vorauszusehen, den sein Nachfolger auszuhalten hatte. Aehrenthal sah die augenblicklich schwache internationale Stellung Deutschlands, und darauf baute er seinen Plan auf. Deutschland hatte sich unter Wilhelm II. durch zwanzig Jahre Zickzackpolitik in Europa vollständig isoliert. Man nannte das, um Wilhelm II. und seine Ratgeber nicht zu verletzen. selbst auf die Gefahr hin, Eduard VII. zu viel Ehre anzutun, die Einkreisungspolitik Englands. Nach der Revaler Zusammenkunft des Königs von England mit dem Zaren, Juni 1908, konnte man es in jeder deutschen Zeitung lesen, daß die „Einkreisung" Deutschlands gelungen war. Der Bundesgenosse Italien stand, wie sich in Algeciras 1906 erwiesen hatte, schon längst mit einem Fuß im gegnerischen Lager. Nur der andere Bundesgenosse war treu geblieben. Kaiser Franz Joseph hatte im August 1908 die Deutschland nicht genehmen Vorschläge, die ihm König Eduard VII. bei seinem Besuche in Ischl überbrachte, abgelehnt. Der Bismarck des Ruhestandes hatte 1891/1892 die Dinge schon kommen sehen. „Von dem Augenblick an," hatte er gesagt, „wo man in Wien die Überzeugung erlangt, daß die Brücke zwischen Deutschland und Rußland abgebrochen sei, wird Deutschland Gefahr laufen, in gewissem Sinne abhängig von Österreich zu werden und schließlich Gut und Blut für die Wiener Balkan-

politik zu riskieren"*). Der Zeitpunkt war gekommen, und Aehrenthal verstand es auch, von der Gunst des Augenblicks Gebrauch zu machen.

Von dem Sandschakbahn-Projekt hatte Aehrenthal niemanden, nicht einmal Deutschland, vorher verständigt. Der darüber in ganz Europa entstandene Lärm und die Zurückhaltung der deutschen Regierung waren eine Warnung für den Hochmütigen. Vor der Annexion, allerdings erst kurz vorher, verständigte er wie Iswolski auch die italienische und die deutsche Regierung von seinem Vorhaben.**) Die Russen und die Italiener stellten ihre Gegenforderungen. Was aber sollte Bülow machen? Mit dem letzten Freund, den Wilhelms II. Politik Deutschland zu entfremden bisher nicht vermocht hatte, sich zerstreiten? Diesen seinen Feinden preisgeben, um dann eines Tages selbst den eigenen Feinden ohne Verbündeten gegenüberzustehen? Hatte nicht Kaiser Wilhelm II. selbst in seinem Sekundantentelegramm an Goluchowski Österreich „gleichen Dienst im gleichen Fall" im voraus zugesagt? Konnte sich Aehrenthal nicht auf diese kaiserlichen Worte berufen? Und durfte des Kaisers erster Diener an dessen Worten mäkeln? Hatte Bülow nicht selbst, noch ein halbes Jahr später, in seiner Reichstagsrede vom 14. November 1906 das Versprechen des Kaisers mit eigenen Worten wiederholt? Fürst Bülow befand sich in einer Zwangslage. Es blieb ihm nichts anderes übrig, als die Annexion mitzumachen, und da ihm die Situation ein geflügeltes Wort, das von der „Nibelungentreue" eingab, gewann er für die anfänglich etwas befremdliche Aktion Aehrenthals ein gewisses Interesse. Er ging mit Aehrenthal durch Dick und Dünn, soweit,

*) Hermann Hoffmann: „Fürst Bismarck, 1890—1898", I. Band, Seite 314, II. Band, Seite 5.

**) Hammann: „Um den Kaiser", Seite 80, 97. Přibram, Seite 270.

daß ihm in der deutschen Presse sogar „Vasallenschaft" gegenüber Österreich-Ungarn vorgeworfen wurde, und griff, als die Situation sich bis zur Kriegsgefahr verschärft hatte, mit dem ganzen damaligen Schwergewicht der deutschen Militärmacht ein, indem er, durch das Einschreiten des Botschafters Pourtalès bei Iswolski, diesen im letzten Moment zum Einlenken bestimmte und dadurch den Krieg vermied, den Rußland vielleicht noch gegen ein isoliertes Österreich, nicht aber auch gegen ein mit ihm solidarisches Deutschland gewagt hätte. Auch mit seiner diplomatischen Geschicklichkeit kam Bülow Aehrenthal zu Hilfe. Aehrenthal sträubte sich gegen die von den Westmächten und auch von Italien verlangte europäische Konferenz, fand aber kein anderes Mittel, um den Bruch des Berliner Vertrages diplomatisch zu sanieren. Da machte Bülow den Vorschlag, daß die Signatarmächte Noten austauschen sollten, in denen sie die Abänderung des Berliner Vertrages ratifizieren sollten. Das geschah, und Aehrenthal hatte in der Sache und in der Form zugleich gesiegt.

Es war auch für die deutsche Diplomatie ein Erfolg, für den Augenblick wenigstens und immerhin in beschränktem Maße. Der Dienst des „brillanten Sekundanten" von Algeciras war damit vollauf erwidert. Berlin, das sich selbst für Algeciras in Wien in so übersprudelnder, wenn auch taktloser Weise bedankt hatte, mag nun von Wien irgend eine schwungvolle Dankeskundgebung erwartet haben, die mindestens auf der lyrischen Höhe der Nibelungentreue stehen mußte. Doch Aehrenthal dachte anders. Er wollte sich von Berlin emanzipieren, selbständig handeln, er hatte es versucht, und es war ihm noch nicht gelungen, da ihn Berlin im letzten Momente hatte heraushauen müssen, und je weniger ihn Berlin sein selbständiges Vorgehen bei der Annexion hatte entgelten lassen, desto unbequemer mochte der selbstherrliche Gebieter

am Ballplatz die materielle und geistige Hilfe Berlins empfinden, der er zur Beendigung seines Unternehmens nicht entraten konnte. Der Dank, den Aehrenthal durch den Botschafter in Berlin dem Fürsten Bülow entbieten ließ, beschränkte sich denn auch auf das Allernotwendigste, auf das Wort „Dank", und die Darstellung, die Aehrenthal in den Delegationen von dem ganzen Vorgang gab, war das Dürrste, Trockenste, Kühlste, was man sich denken konnte, so ganz frei von der sonst in Wien gewohnten Wärme, daß tatsächlich eine gewisse Abkühlung in Berlin gegenüber Wien, soweit es Aehrenthal anging, erfolgte. In Berlin merkte man sich den Vorgang für spätere Zwecke vor. Im Juni 1910 vereinbarte gelegentlich eines Besuches des Zaren in Potsdam die deutsche Regierung (Bethmann Hollweg) mit der russischen (Sasonow) einen Vertrag, in dem sich jeder der beiden Teile verpflichtete, sich von einer agressiven Koalition gegen den anderen fernzuhalten. Der Vertrag schloß bis auf weiteres eine Wiederholung der „Nibelungentreue" aus, und das geänderte Verhalten Deutschlands gegenüber der österreichisch-ungarischen Politik in den beiden Balkankriegen war die für Österreich-Ungarn höchst fatale Folge dieser einseitigen Aussöhnung zwischen seinem Bundesgenossen und seinem Feind. In der österreichischen und insbesondere in der Wiener Bevölkerung empfand man den Anteil Berlins und die Dankesverpflichtung Österreichs weit lebhafter, als der amtliche Dolmetsch Aehrenthal sie zum Ausdruck brachte. Der deutsche Kaiser ersah da mit dem durch seine Redelust geschärften Blick die günstige Gelegenheit zu einem oratorischen Triumph. Bei seinem nächsten Wiener Besuch beschloß der Gemeinderat verständnisvoll einen Teil der Wiener Ringstraße nach dem Kaiser Wilhelm umzutaufen, und der Kaiser selbst benützte diese Ehrung als Anlaß, um am 21. September 1910 zum erstenmal das Wiener Rathaus

zu besuchen und die, wenn auch nicht im besten Sinn, unsterblich geordene Rede von der „schimmernden Wehr" zu halten, durch die er oratorisch die Partie Aehrenthal zugunsten Berlins mehr als ausglich.

Aehrenthal, ein höchst mittelmäßiger Redner, ohne Schwung, ohne Höhenentwicklung, war sich wohl bewußt, daß er den Kaiser Wilhelm auf oratorischem Gebiet nicht schlagen könne. Er versuchte es auch nicht. Er schwieg. Sein nachträgerischer Charakter behielt die Kränkung im Gedächtnis, und der erfahrene Diplomat, der Deutschlands internationale Händel kannte, wußte, daß die Gelegenheit, Berlin seine Mißstimmung fühlen zu lassen, nicht lange auf sich warten lassen werde. Sie kam schon im nächsten, im ereignisreichen Jahre 1911 mit dem neuen Marokkokonflikt, der Deutschland hart bis an den Rand eines Krieges mit Frankreich und England brachte. Am 31. Juli erschien das deutsche Kriegsschiff „Panther" vor Agadir. Sofort stellte sich England an die Seite des bedrohten Frankreich, wie Deutschland in der Annexionskrise an die Österreichs, die englische Flotte wurde bereitgestellt, Lloyd George hielt eine kriegsdrohende Rede, die Presse der ganzen Welt erhitzte sich für oder gegen, zumeist gegen Deutschland. Was tat Aehrenthal? Er blieb stumm wie ein Fisch. Und seine Presse? Nahm vom Anfang bis zum Ende des Marokkokonflikts für Frankreich und gegen Deutschland Partei. Das fiel so auf, daß bereits im Mai 1911 allgemein von Meinungsverschiedenheiten zwischen Wien und Berlin gesprochen wurde, und obzwar das hochoffiziöse Wiener „Fremdenblatt" am 17. Mai derartige Vermutungen als „unsinnig" abtat, verstärkten sie sich, je weiter der Marokkokonflikt sich entwickelte. Sie konnten nicht mehr bezweifelt werden, als der ungarische Ministerpräsident Graf Khuen-Héderváry am 5. Juli im ungarischen Abgeordnetenhause, zweifellos auf Instruktion Aehrenthals, er-

klärte, „Marokko liege abseits von den Bundespflichten Österreich-Ungarns". 1906 in Algeciras hatte man des Guten zu viel getan, jetzt geschah zu wenig. In Deutschland war man, bis in die höchsten Stellen hinauf, ganz allgemein verstimmt über die Haltung des Nachfolgers des einstigen Marokkosekundanten. Nachdem der deutsch-französische Konflikt friedlich beigelegt war, gab Aehrenthal Ende 1911 in den Delegationen eine trockene, kaltschnauzige, geschäftsmäßige Darstellung der Ereignisse, in der auch nicht der leiseste Ton der Sympathie für den schwer bedrohten Bundesgenossen mitklang. Der Konflikt wurde, ohne Erwähnung der Kriegsgefahr, als eine wirtschaftliche Kontroverse dargestellt, bei der Frankreich eigentlich ganz im Rechte war und in dem Österreich-Ungarn sich passiv verhielt, weil Deutschland es so wünschte. Daß Deutschland es so nicht gewünscht hat, bewiesen die Pressestimmen während des ganzen Konflikts und auch die kühlen, zum Teil unfreundlichen Kommentare, mit denen die deutsche Presse das Exposé Aehrenthals diesmal begleitete. Selbst unter den deutschen Mamelucken in der österreichischen Delegation gab sich schließlich ein leiser Widerspruch kund. Wenn Aehrenthal — womit seine Freunde seine Haltung zu rechtfertigen suchten — auf diese Art den infolge der Annexionskampagne und der kostspieligen Mobilisierung erschöpften Staatsfinanzen den französischen Geldmarkt erschließen zu können glaubte, so hat er sich jedenfalls verrechnet. Daß die Verstimmung Deutschlands sich bei der nächsten Gelegenheit Österreich-Ungarn unangenehm fühlbar machen würde, war leicht vorauszusehen. Doch den weiteren Verlauf der Unstimmigkeiten zwischen Berlin und Wien, die er schon bei der Annexion eingeleitet, nach der Annexion fortgesetzt und im Marokkokonflikt verstärkt hatte, hat Aehrenthal, der am 17. Februar 1912 starb, nicht mehr erlebt.

Gegenüber Italien war Aehrenthal vollständig blind, und die klugen italienischen Staatsmänner hatten mit ihm leichtes Spiel. Den Fehler seines Vorgängers Kalnoky konsequent fortsetzend, ließ er sich, beziehungsweise der österreichisch-ungarischen Monarchie in den Balkanfragen vollständig die Hände binden. 1907 in Desio, 1908 in Salzburg verpflichtete er sich den Italienern, in allen Balkanfragen mit ihnen gemeinsam vorzugehen. 1908 in der Annexionskampagne sind es die Italiener, die, übrigens im Verein mit Iswolski, Aehrenthal zur Preisgabe des Sandschaks und der Hoheitsrechte in Montenegro zwingen. Am 30. November 1909 erreichten sie von ihm noch nach der Annexionskampagne das Zugeständnis, daß nun auch der Sandschak von Novibazar in den Artikel VII des Dreibundvertrages einbezogen, also von Österreich-Ungarn nicht (wieder) besetzt werden dürfe, ohne vorher mit Italien eine Vereinbarung getroffen und ihm dafür eine Kompensation gewährt zu haben. Diese Abmachung, damals geheimgehalten, hat sich schon 1912, im ersten Balkankrieg „bewährt", wie Berchtold erfahren sollte. Kein italienischer Minister, der nicht Aehrenthal gegenüber Erfolge hätte haben müssen. Aehrenthals italienischer Partner, der Marquis di San Giuliano, jedoch scheint seinen Dreibundkollegen besonders geschickt behandelt zu haben. Aehrenthal glaubte ihm jedes Wort, und San Giuliano, der im Dezember 1910 in der italienischen Kammer erklärte, daß es einen Irredentismus kaum mehr gebe (das Jahr 1911 begann gleich mit kräftigen irredentistischen Demonstrationen in Italien), scheint in vertraulichen Unterredungen mit schönen Worten noch weniger sparsam umgegangen zu sein. Von einer Zusammenkunft mit San Giuliano im September 1910 brachte Aehrenthal den Eindruck mit, daß die Italiener „sich enger an die beiden verbündeten Mächte zu halten" beabsichtigen. Aehrenthal muß selbst über

diese seine Entdeckung erstaunt gewesen sein, und er suchte nach einer Erklärung. Er fand sie auch, aber die Erklärung war noch kurioser als die Entdeckung. Er gab (in seinen jetzt veröffentlichten Aufzeichnungen) als Grund an, daß der Bund zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland sich immer mehr befestige, während der Dreiverband „Mangel an Kohäsion" zeige*). Im Weltkrieg ist dieser Mangel ebensowenig zu bemerken gewesen wie der „engere" Anschluß Italiens an die beiden Mittelmächte!

*) Siehe Přibram a. a. O., S. 274.

Schwarzgelber Militarismus und Imperialismus

Eine Nachwirkung Aehrenthals

Mit Aehrenthal leitet sich die letzte Phase der langen Regierungszeit des Kaisers Franz Joseph ein, eine scheinbare Renaissance nach einer insipiden, stationären Periode, eine neue Kraftäußerung, die bei einem Greise, wie es der Kaiser Franz Joseph war, überraschend wirkte. Aber der junge Franz Joseph hat mit seinem Ungestüm und seinem Tatendrang sich selbst und seinem Reich nur Unheil gebracht, und so der alte auch. Es ist sicher, daß dieser neue Zug in der Regierungstätigkeit Franz Josephs stark von seinem Thronfolger, dem Erzherzog Franz Ferdinand und dessen energischem Temperament mitbestimmt wurde. In diesen letzten zehn Jahren, in welchen er dem Thronfolger einen gewissen Einblick und Einfluß auf die Staatsgeschäfte einräumte, arbeitete Franz Joseph immer mit einem Seitenblick auf seinen ewig unzufriedenen, an allem nörgelnden, immer drängenden Neffen, der freilich auch nicht immer wußte, wohin er drängte. Aber nach neuen Männern verlangte er, nach tatkräftigen Lebensäußerungen der Großmacht, nach mehr Selbständigkeit in der Führung nach außen. Die Ernennung Aehrenthals an Stelle Goluchowskis, des vom Erzherzog-Thronfolger Franz Ferdinand entdeckten Conrad von Hötzendorf an Stelle des mumienhaft verknöcherten Chefs des Generalstabs Beck (und im Innern des Barons Max Wladimir Beck zum Ministerpräsidenten) entsprachen dieser neuen Strömung. Doch haben Goluchowski, der alte Beck und die anderen quietistischen Berater des Kaisers aus seiner stationären Periode ihn in den Ruf des Marasmus gebracht, der im Ausland bis zuletzt an

ihm haften blieb. Man glaubte es im Ausland nicht, aber es war doch so, daß Franz Joseph bis zum letzten Atemzug in seiner gewohnten Tätigkeit verharrte, sich über alles informierte, alle Staatsangelegenheiten studierte, soweit seine geistige Kapazität reichte, die auch in seinen jungen Jahren nicht größer gewesen war, seinen eigenen Willen hatte, der freilich aus Eigensinn und Unzuverlässigkeit gemischt war, wie in jüngeren Jahren nicht minder. Daß er nach außen hin bald so, bald anders wirkte, einmal lebensschwach und nachher wieder frisch und munter, das beweist, daß er von seinen Beratern in höherem Maß abhängig war, als sein autokratisches Selbstbewußtsein und das seiner Selbstliebe schmeichelnde Byzantinertum zugeben mochte.

Aehrenthal und Conrad arbeiteten anfangs harmonisch zusammen. Die abenteuerliche Methode, die Aehrenthal bei der Annexion anwendete, kam der militärischen Tatenlust Conrads entgegen. Doch der Ehrgeiz des Diplomaten — persönlich wie sachlich — war rascher gestillt als der des Strategen. Wenn Aehrenthal auch, nach einer langen Periode der absoluten Friedensliebe, der erste Minister Österreich-Ungarns war, der einen Krieg riskierte, war er doch mit der friedlichen Erreichung seiner Zwecke ganz einverstanden. Das war mit der Annexion geschehen, und Aehrenthal kam von der aktiven Politik ab und fiel in die inaktive wieder zurück. Unbefriedigt blieb aber Conrad, der fortwährend nach einer ernsten Betätigung seiner von ihm und anderen bei ihm vorausgesetzten kriegerischen Talente suchte. Deswegen kam es, als Conrad während des Tripolitanischen Krieges 1911 Krieg gegen Italien verlangte, zwischen dem Diplomaten und dem Soldaten zum Bruche, und Conrad mußte am 30. November 1911 von seinem Posten zurücktreten. Von der Annexionskampagne blieb aber immerhin ein unerfreuliches Residuum im

öffentlichen Geist zurück: eine Art von Militarismus nach preußischem Muster, den man sich in Österreich-Ungarn seit Königgrätz abgewöhnt hatte. Das leichtfertige Spielen mit dem Gedanken des Krieges — natürlich immer eines kurzen, kleinen, leichten, glorreichen Krieges gegen einen evident schwächeren Gegner — das Mobilisieren bei jeder diplomatischen Schwierigkeit, das Hetzen und Verunglimpfen der Gegner — alle diese schlechten Sitten der Annexionskampagne haben Aehrenthal und seine aktive Politik überlebt. Unter Aehrenthal war in Österreich-Ungarn eine unorganisierte, aber sehr einflußreiche Kriegs- und Militärpartei entstanden, die den Jargon der Alldeutschen im Reich ins schwarzgelbe Österreichische übertrug, als deren oberster Protektor der Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand galt. Ähnlich wie Conrad, mit dem er eines Sinnes war, war auch Franz Ferdinand anfangs mit Aehrenthal zufrieden, solange dieser „aktive Politik" machte, rückte aber von ihm ab, als Aehrenthal inaktiv wurde und insbesondere sich auf die Pflege guter Beziehungen zu Italien verlegte, die Franz Ferdinand sowie Conrad als eine Schimäre ansah. Aehrenthal ließ sich auch durch die Ungnade des Erzherzogs von seinem Wege nicht ablenken. Sein Verkehr mit dem Thronfolger nahm dann zuweilen etwas ungewöhnliche Formen an. So erzählte mir ein ehemaliger Minister: Er war einmal bei Aehrenthal in dessen Arbeitszimmer zu Besuch. Da meldete der Diener die unvorhergesehene Ankunft des Erzherzogs an, der Aehrenthal zu sprechen wünschte. Aehrenthals Besucher erhob sich betroffen sofort von seinem Sitz, um sich pflichtschuldigst zu entfernen. Aehrenthal winkte ihm aber zu bleiben und sagte dem Diener ohne irgend welche Emotion: „Er (der Erzherzog) soll warten." Aehrenthal wußte allerdings, daß er mit dieser kühlen Methode gegenüber dem Thronfolger sich beim alten Kaiser, der unter der

Präponderanz seines Neffen schwer litt, lieb Kind machte, und die Gnade des Kaisers war ihm wichtiger als die des Thronfolgers. Er gehörte auch im Privatleben zu den „Realpolitikern".

Aehrenthals Persönlichkeit

Kurz nach Beginn der Annexionskampagne, Oktober 1908, ließ mich Aehrenthal zu einer Besprechung in sein Bureau einladen. Wie er vor seinem Schreibpult dasaß, den Oberkörper nach Art der Kurzsichtigen vornübergeneigt, mit matten, glanzlosen Augen an dem Besucher vorübersehend, wie er da sachlich präzise Auskünfte gab, auf jede Frage ohne Schwanken, ohne Überlegung klaren Bescheid gab, machte er den wohltuenden Eindruck eines Mannes, der sein Geschäft kennt, eines sattelfesten vortragenden Rates, der sich auf sich selbst verlassen konnte, eines gewissenhaften Menschen, der ganz bei seiner Sache war. Aber irgend etwas außer der nützlichen „Information" über das Tagesereignis, irgend ein Lichtblick über den Tag hinaus, ein charakteristisches Wort, eine persönliche Regung ist in dem Gespräch nicht aufgetaucht. Da ich von einem Aufenthalt in Berlin zurückgekommen war, fragte mich Aehrenthal nach meinen dortigen Eindrücken. Ich sagte ihm, daß Deutschland meiner Meinung nach jetzt ganz isoliert und auf das Bündnis mit Österreich-Ungarn angewiesen sei, und zog daraus die Konsequenz, daß Österreich-Ungarn sich mehr als bisher zur Geltung bringen solle. Ich gebrauchte auch damals das Wort von der aktiven Politik, das später zum Kennwort der Aehrenthalschen Politik wurde. Aehrenthal hörte diesen Bericht mit sichtlichem Vergnügen und ausgesprochener Zustimmung an. Als ich ihn dann nach den Vorgängen in Buchlau befragte, wurde er etwas lebhafter, intimer, persönlicher als es sonst in seiner zurückhaltenden Art lag. Mit geradezu diebischer Freude erzählte er den gelungenen Streich mit Iswolski, dem er in Buchlau die Annexion formell

angekündigt hatte, ohne ihm deren unmittelbar bevorstehenden Zeitpunkt zu verraten. Iswolski — fügte Aehrenthal selbstzufrieden hinzu — habe auch nicht darnach gefragt. Er sei, fuhr Aehrenthal fort, nichts ahnend nach Paris gefahren und dort von der Annexion überrascht worden. Die dem Kollegen bereitete Blamage schien Aehrenthal das Hauptvergnügen bei der ganzen Staatsaktion zu sein.

Während der Sturmperiode der Annexion mußte ich notgedrungen mit meinen Bedenken gegen Aehrenthals diplomatische Methoden zurückhalten. Als ich aber nach glücklicher Beendigung der Kampagne, im Herbst 1909, Aehrenthals äußere Politik zu kritisieren begann, bemerkte ich bald, daß ich am Ballplatz wieder in schwere Ungnade gefallen war. Aehrenthal hatte kein Verständnis für die Freiheit der publizistischen Kritik. Er wollte sich exemplarisch rächen. Es ist ihm aber nicht gelungen. Aehrenthal, der schon in der Annexionskampagne ein großes Verständnis für den nervus rerum gezeigt hatte (die 50 Millionen für den Souveränitätstitel), unterrichtete sich über die finanzielle Lage unseres Zeitungsunternehmens, und nachdem er dessen Verschuldung erfahren hatte, faßte er den Plan, durch Aufkaufen aller gegen uns laufenden Forderungen das Unternehmen in die Hand zu bekommen und uns gegen unseren Willen und ohne unsere Zustimmung aus dem Unternehmen hinauszudrängen. Zu diesem Zwecke sollten ihm die Wiener Großbanken, die für den Ballplatz natürlich immer Geld zur Verfügung haben, einen Fonds von 6 Millionen Kronen zusammenschießen. Der Plan stieß aber auf Hindernisse und erwies sich schließlich als undurchführbar. Die Kritik an Aehrenthals Politik, mit der ich damals in der deutsch-österreichischen Publizistik so ziemlich allein stand, hat sich später im Licht nachfolgender Ereignisse als berechtigt erwiesen und ist nach und nach durchgedrungen. Die

Konsequenzen seiner Politik hatten eine zu deutliche Tatsachensprache geführt.

Wie verhängnisvoll auch die Politik Aehrenthals war, die unter seinen Nachfolgern zum Untergang führte, er war doch eine Persönlichkeit, die nach Goluchowskis Geist- und Tatenlosigkeit erfrischend wirkte. Verglichen mit seinen unmittelbaren Vorgängern und seinem Stab von Mitarbeitern, wurde er leicht überschätzt und hat wohl auch sich selbst überschätzt. Ein geschäftskundiger Diplomat, ein diplomatischer Geschäftsmann, in dem diplomatischen Winkelwerk zu Hause, ein unermüdlicher Arbeiter, innerlich sicher und entschlossen, der keinen Widerspruch duldete, äußerlich auch in den ärgsten Stürmen um die Sandschakbahn und die Annexion kaltblütig und unerschütterlich, in Worten glanzlos, knapp sich über den Boden der Tagesereignisse erhebend, doch entschieden und klar, von einem großen Selbstbewußtsein beseelt, das er auch auf andere zu übertragen wußte, hat er in den Tagen der Annexion in dem von der gewohnten Hohlheit und Unfähigkeit der offiziellen Welt angewiderten intellektuellen Österreich (das sich allerdings hauptsächlich auf Deutschösterreich und Magyarien beschränkte) eine Art von Enthusiasmus erregt. Sein Wort vom Fünfzig-Millionenstaat — das einzige Wort aus seinen stilistisch und geistig dürftigen Reden, das den Tag seiner Geburt wenigstens um einige Monate überlebte — hat den politisch apathischen Österreicher vorübergehend wenigstens belebt. Ein Verständnis für die großen politischen Probleme des Staates hat auch er unter der Bevölkerung nicht geweckt. Die innerpolitischen waren ihm selbst zum Teil fremd, in der äußeren Politik, die man hier fast eine äußerliche hätte nennen können, haftete er zu sehr am Schein, drang er zu wenig in das Innere der Probleme ein, um nachhaltig aufklärend und erzieherisch wirken zu können. Wo wäre auch etwas

zu finden, was man die Ideen des Grafen Aehrenthal nennen könnte? Die Verbesserung eines Besitztitels, wie es die Annexion war, mag klug oder unklug, nützlich oder schädlich, zeitgemäß oder unzeitgemäß sein — und das sind auch die einzigen Gesichtspunkte, von denen aus man die Tat des Grafen Aehrenthal beurteilen kann — eine Idee, eine politisch fruchtbare Konzeption, ein zeugungs-, fortpflanzungsfähiger Gedanke ist sie nicht. Oder, daß Serbien keinen Hafen bekommen dürfe? War das eine politische Idee? Wilson hat im Weltkrieg das Gegenteil zu einer politischen Idee gemacht, er hat, angeregt durch Aehrenthals, später Berchtolds beharrlichen Widerstand gegen einen serbischen Hafen, das serbische Postulat in verallgemeinerter Form, nämlich, daß jeder Staat einen Anspruch auf einen Ausgang zum Meer habe, zu einem Grundsatz des öffentlichen Rechts gemacht. Man könnte ihn „lex Aehrenthal" nennen wie einst die „lex Heintze". Nur in dieser negativen Form lebt Aehrenthals Geist weiter. Er ist der Anlaß eines „Du sollst nicht", und das ist nicht eben rühmlich.

In einem politisch reifen Land hätte Aehrenthal die Anerkennung gar nicht gefunden, die ihm, wenigstens zur Annexionszeit, in Österreich-Ungarn in so reichem Maße zuteil wurde. Da hätte man sachverständig geprüft, auch die Kehrseite der Medaille besehen, den Erfolg mit den Kosten verglichen und wäre zu einem skeptischen, wenn nicht ablehnenden Urteil gekommen. In der der äußeren Politik gänzlich entwöhnten österreichischen Bevölkerung beurteilte man Aehrenthals Leistung wie ein Stück Theater. Man bewunderte die ungewohnte energische Geste, die heldenhafte Pose und war entzückt. Ein Mann, aufrecht stehend in der Brandung ... Hätte das Ausland über Sandschakbahn und Annexion nicht so viel wutentbrannten Lärm gemacht, wäre Aehrenthals Leistung in Österreich kaum beachtet, wahrscheinlich nur mit einigen landläufigen

Spöttereien abgetan worden. Aber daß endlich einmal ein österreichischer Minister in der großen Welt der internationalen Politik eine eigene, selbständige Rolle spielte, daß er, beharrlich gegen alle Widerstände ankämpfend, sich den Respekt der Gegner erzwang, das machte Eindruck, und daß die grenzenlos bewunderte Berliner Staatsweisheit einmal einem Wiener Staatsmann sekundierte, das verschaffte ihm Vertrauen. Die Begeisterung für Aehrenthal war aber nur eine oberflächliche. Als er in Deutschland eine schlechte Zensur erhielt, flaute sie rasch ab, und bald, bei seinem Tode, lebte sie nur noch in der Erinnerung. Bloß der Kaiser Franz Joseph, dem wohl die Verstimmung Deutschlands während des Marokkokonfliktes noch ein besonderes boshaftes Vergnügen bereitet haben mag, hielt an Aehrenthal bis zu dessen letztem Atemzug fest und ließ ihn wie einen Mehrer des Reiches begraben.

Schon Franz Josephs andauernde Gnade spricht gegen wahre staatsmännische Größe, die Kaiser Franz Joseph in den seltenen Fällen, wo sie ihm bei einem seiner Minister unterkam, nicht lange in Amt und Ehren duldete. Aehrenthal war auch kein Staatsmann, er hat Österreich-Ungarn schlechter zurückgelassen, als er es übernommen hatte; er war kein diplomatischer Stratege, aber ein geschickter diplomatischer Taktiker, und selbst so etwas war auf dem talentarmen Ballplatz ein angestauntes Wunder. Ein vorzüglicher Beamter, was Andrassy zum Beispiel sicher nicht gewesen wäre, fehlte Aehrenthal die Intuition, der weite Blick. Doch immerhin: er beherrschte sein Metier, er war ein Fachmann und kein Dilettant, wie so viele andere Minister in dem Donaustaat.

Der aristokratische Dilettant

Graf Berchtold

Aehrenthals Nachfolger Graf Leopold Berchtold, früher Botschafter in Petersburg, war eine ganz andere Nummer. Mit ihm kam wieder einer jener aristokratischen Dilettanten ans Ruder, die so viel Unheil über Österreich gebracht haben. Liebenswürdig in seinen äußeren Formen, bösartig und hinterhältig in seinem Innern, oberflächlich im Denken, leichtsinnig im Handeln, wenigstens bei Staatsgeschäften, unsicher in seinen Entschlüssen und unergründlich in seinem Nichtwissen, behandelte Graf Berchtold sein Amt wie eine Nebenbeschäftigung, die in seinem Geiste hinter anderen, wichtigeren wie Toilettemachen oder Turf zurücktrat. Berchtold stammte aus einer ursprünglich freiherrlichen österreichischen Familie, war ungarischer Staatsbürger geworden und gebärdete sich magyarischer als die echten Magyaren, was dann auch auf seine Politik von verhängnisvollem Einfluß war. Er war reich und gewohnt, den Wert der Menschen nach ihrem Vermögen einzuschätzen, wobei er sehr gut abschnitt. Berchtold hielt sich einen Rennstall und war eine hervorragende Figur am Turf, den er auch in den sorgenvollsten politischen Zeiten zu besuchen nicht versäumte. Als ihn da eines Tages während des Balkankrieges einer seiner Freunde in seiner Loge mißmutig vor sich hinbrüten sah, eilte dieser auf ihn zu mit der Frage, ob denn in der Politik irgend etwas Unangenehmes passiert sei, daß er ein so finsteres Gesicht mache. „Ach nein," antwortete Berchtold, „aber" (und er wies dabei mit einer Geste der Verzweiflung auf das vom Regen erweichte Gelände hin), „aber wie soll da gelaufen werden?" Graf Berchtold war auch

einer der elegantesten Herren von Wien, was damals in dieser koketten Stadt etwas heißen wollte. Er konnte überdies „fesch" im populären Wiener Sinn sein. Im Weltkrieg zierte einmal ein Bild Berchtolds eine ganze Seite der „Woche" — Berchtold in der Felduniform eines österreichischen Rittmeisters, die der des Soldaten zum Verwechseln ähnlich war, die Mütze links eingedrückt und schief nach rechts aufgesetzt, den Kopf ein wenig schief nach links, den Oberleib wieder schief nach rechts, den Unterleib schief nach links, der ganze Körper eine leicht gewellte Linie, die Hände auf die Hüften aufgestemmt, so glich er mit dem glatten ovalen Gesicht und dem anflugartigen Schnurrbärtchen ganz einem Korporal des Wiener Deutschmeisterregiments in der herausfordernden Pose: „Woll ma raffen (raufen)?" Nur das an einem Knopfloch der Bluse befestigte kleine Emblem des Goldenen Vließes verriet den großen Herrn.

Als ich am 30. September 1912, von Berchtold eingeladen, ihn das erstemal im Palais des Ministeriums des Äußern am Ballplatz besuchte, sah ich im Vorzimmer zu seinem Wartezimmer vier Überzieher hängen, davor lagen auf einem Marmortisch vier Hüte, vier Paar Handschuhe und vier Stöcke. Ich dachte, es warten nun schon vier Herren, und ich werde als der fünfte mit dem Warten viel Zeit verlieren. Wie war ich aber angenehm überrascht, als ich im Wartezimmer niemand sah und, ehe ich mich noch niedergesetzt hatte, die Türe zu den Zimmern des Ministers sich öffnete und Graf Berchtold in der Türöffnung erschien, um mich selbst, ohne die Dazwischenkunft des hier sonst unvermeidlichen Türhüters, mit freundlicher Miene zum Nähertreten einzuladen. Es war niemand bei ihm auf Besuch gewesen. Als ich wegging, hingen aber die vier Überzieher mit den vier Hüten, vier Paar Handschuhen und vier Stöcken noch

immer im Vorzimmer. Was hatte es mit diesen Überkleidern für eine Bewandtnis? Ich ging der Sache nach, erfuhr zunächst von Bekannten, die Berchtold besucht hatten, daß auch sie jedesmal die mysteriösen Überkleider im Vorzimmer bemerkt hatten, und einer meiner Bekannten erfuhr schließlich durch Nachfrage beim Vorzimmerdiener die Bestimmung dieser vier Garnituren. Sie gehörten alle Berchtold und wurden jeden Tag bereitgelegt, damit der Minister unter ihnen beim Ausgehen diejenige wählen könne, die zum Wetter, seiner sonstigen Kleidung und seiner Laune paßte. Ein Pariser Boulevardblatt behauptete später einmal spöttisch, daß Österreich-Ungarns politische Lage eine sehr befriedigende sein müsse, da kein Staatsmann so viel Zeit auf seine Toilette verwende als Graf Berchtold.

Graf Berchtold pflegte, wie mir andere seiner Besucher erzählten, sobald eine Spezialfrage aus dem Gebiet der äußeren Politik ihm gestellt wurde, sofort den betreffenden Referenten mittels elektrischen Tasters zu sich zu bescheiden, und der Besucher war nicht wenig erstaunt, mitten im Gespräch plötzlich einen ihm unbekannten Herrn unangemeldet im Arbeitszimmer des Ministers auftauchen zu sehen, der dann mit seinem Ressortwissen auf Einladung des Ministers dessen Besucher alle erwünschten Aufschlüsse gab. Mit mir sprach er in der gedachten Unterredung ohne Zuhilfenahme dieses seines lebenden Konversationslexikons. Dafür hatte ich den Vorteil, ihn gleich das erstemal ohne die hofrätlichen „Bekleidungsstücke“ zu sehen, was nicht gerade meine Bewunderung erhöhte, aber mein Urteil über seine geistige Kapazität erleichterte. Es war die spannungsvolle Zeit knapp vor dem Beginn des ersten Balkankrieges. Ich fragte Berchtold über Serbien. Er sagte, leichthin belehrend, die politischen Schwierigkeiten mit Serbien seien nicht ernst zu nehmen. Ich staunte

aber noch mehr, als ich die Begründung dieses Ausspruches hörte: Den Serben handle es sich ja doch nur darum, ihre Zwetschken (Pflaumen) und Schweine bei uns anzubringen, wenn wir diese ihnen wieder abnehmen wollten, könnten wir sie wieder zu Freunden haben. Berchtold dachte übrigens gar nicht daran, die Serben von ihrem Überfluß an Pflaumen und Schweinen zu befreien, obzwar damals in Österreich eine allgemeine Lebensmittelknappheit sich fühlbar machte, Berchtold war eben Ungar und Agrarier, und die Fernhaltung der serbischen Konkurrenz war ihm Axiom. Im Gespräch wies ich dann noch auf die in den Zeitungen umlaufenden Gerüchte von der Bildung eines Balkanbundes, von der bevorstehenden Mobilisierung der Balkanstaaten gegen die Türkei und der Gefahr eines Balkankrieges hin. Graf Berchtold beruhigte mich. Er glaube an alle diese Gerüchte nicht. Die kleinen Balkanstaaten trauten einer dem anderen nicht über den Weg. Er halte die Nachrichten von ihrer Einigung für übertrieben, aber selbst wenn sie schon ein Bündnis gegen die Türkei geschlossen hätten, werde keiner sich getrauen, Krieg anzufangen, weil er fürchten würde, von den anderen im Stich gelassen zu werden. Ich solle auch nicht vergessen, daß die Türkei eine nicht gering zu schätzende militärische Macht repräsentiere, sie sei imstande, 1,400.000 Mann aufzustellen. Daß die Balkanstaaten bereits mobilisieren, halte er für ganz ausgeschlossen. So versicherte mir Berchtold mit der überlegenen Miene des Staatsmannes, der seine absolut sicheren Geheimberichte dem leeren Gewäsch der Zeitungen entgegenstellen konnte. Als ich dann am Abend nach diesem aufschlußreichen Gespräch in meiner Redaktion saß, kam ein offizielles Telegramm aus Sofia, daß die bulgarische Regierung die allgemeine Mobilisierung verfügt habe. Wenige Tage später ließ der Fürst von Montenegro den ersten Kanonenschuß gegen die Türkei lösen, und

die anderen Balkanstaaten folgten ihm mit der Eröffnung der Feindseligkeiten gegen die Türkei getreulich nach. Ein Minister braucht ja kein Prophet zu sein. Aber daß er gerade das Gegenteil von dem Kommenden voraussagt, obzwar dies schon in allen Zeitungen sich ankündigt, das war immerhin eine Leistung, die mein Vertrauen in den politischen Scharfblick des Grafen Berchtold schwer erschütterte.

Seinen Kritikern kann Graf Berchtold antworten, daß er den Posten eines Ministers des Äußern nicht gesucht, ihn vielmehr, als er ihm nach der Erkrankung Aehrenthals angeboten wurde, mit der aufrichtigen Motivierung abgelehnt habe, daß er sich für nicht geeignet zu dieser Stellung halte. Diese Selbsterkenntnis ist sehr löblich. Aber warum hat er den Posten auf wiederholtes Drängen dann doch angenommen? Das ist nicht eine Frage der Gefälligkeit, wie etwa bei einer geselligen Veranstaltung die Aufforderung an eine dilettierende Dame, die Gesellschaft durch ihren Gesang zu erfreuen, die die Dame zuerst verschämt ablehnen mag, um ihr dann doch mit innerer Freude Folge zu leisten. Und warum hat Berchtold den Posten nicht wenigstens verlassen, als nach den Balkankriegen die ganze öffentliche Meinung seine Unfähigkeit erkannt hatte? Berchtold ist gegen seine eigene bessere Überzeugung Minister geworden. Den Kaiser focht das nicht an. Er war es gewohnt, seine Minister gegen ihre eigene Überzeugung handeln zu sehen. Aber warum setzte er Berchtold zu? Hätte er denn keinen anderen, keinen, der wenigstens selbst von seiner Eignung überzeugt war, finden können? Offenbar nicht oder nicht so leicht. Kaiser Franz Joseph hat sich durch sein Regierungssystem die Auswahl seiner obersten Mitarbeiter selbst erschwert. Wohl herrschte er über fünfzig Millionen Menschen verschiedener Nationalitäten, und es ist sicher, daß sich unter dieser großen Masse kultivierter Menschen

genug Talente gefunden hätten, um das Reich zu leiten. Aber Franz Joseph beschränkte seine Auswahl von Ministern auf einen kleinen Kreis von Privilegierten, die des Ministers des Äußern auf eine Handvoll Menschen, unter denen sich eben nicht immer ein Talent vorfinden konnte. Der Minister des Äußern sollte, da er gleichzeitig Minister des Kaiserlichen Hauses (selbst in Rußland und Preußen war diese Funktion von der der Staatsbeamten getrennt), also auch Hoffunktionär war, ein Hofmann sein, dem hohen Adel angehören oder mindestens ihm nahestehen, vermögend sein und die diplomatische Karriere durchgemacht haben, überdies — und das war das Wichtigste, Ausschlaggebende, das unter Umständen alle anderen Qualitäten entbehrlich machte — sollte er ein persönlicher Günstling des Kaisers sein, ihm zu Gesicht stehen, und das setzte voraus, daß der Kaiser ihn gut kannte, und das wieder, daß er zur Hof- oder zur diplomatischen Clique gehörte — aber daß er gerade ein besonderes politisches Ingenium besaß, war nicht vorausgesetzt und hätte ihn eher für alle anderen Voraussetzungen disqualifiziert. Kein Wunder, daß bei einer solchen Auswahl nach allen möglichen persönlichen, für das Amt selbst nebensächlichen Erwägungen die sachliche Eignung des Kandidaten in allerletzter Linie stand und unter Umständen entbehrt werden konnte. Kein Wunder auch, daß es an Kandidaten mangelte, und daß man gelegentlich einen ausgemachten Stümper dazu preßte wie in alten Zeiten zum Militärdienst*). Im Katastrophenjahr 1866 stand auch so ein gegen seine bessere Überzeugung berufener Unberufener, Graf Mensdorff, an der Spitze der Geschäfte. Franz Joseph blieb seinen Grundsätzen treu.

*) Vgl. meine Artikel „Die Clique“ und „Unser diplomatisches Corps“ im Morgenblatt der „Zeit“ vom 13. November 1913.

Nachdem Graf Berchtold das Amt einmal gegen die innere Stimme seiner Selbsterkenntnis übernommen hatte, trachtete er, es ideell zu verkleinern, zu verringern, um es seiner eigenen Geistesgröße anzupassen. Er lehnte es ab, ein Eigener zu sein, und erklärte bei der ersten öffentlichen Gelegenheit, er „trete das reiche Erbe“ Graf Aehrenthals an und „nehme sich vor, den Weg zu wandeln, den der Verblichene vorgezeichnet hat“. In seiner ersten Rede in der ungarischen Delegation am 30. April 1912 drückte er dies etwas geschwollen aus, indem er sagte, er nehme sich den „Geist der Kontinuität“ zur Richtschnur und wolle „in ruhigem Selbstbewußtsein auf dem eingeschlagenen Wege fortschreiten“. So brauchte er kein Meister zu sein oder zu werden, konnte ewig Schüler bleiben. Er war Erbe, und aus seiner persönlichen Erfahrung von Familien wegen wußte er, daß Erbe sein eine leichte und vergnügliche Sache ist — natürlich wenn es sich um eine reiche Erbschaft handelt. Dafür hielt der an reiche Erbschaften nun einmal von andersher gewöhnte Graf Berchtold auch die ihm von Aehrenthal überkommene geistig-politische Erbschaft. Das stand bei ihm fest wie eine Selbstverständlichkeit. Dieses Urteil war aber leider schon der erste Beweis im Amt von seiner Unfähigkeit zur Beurteilung politischer Dinge. Während Berchtold als Erbe Aehrenthals glaubte, daß er nur den Löffel zur Hand zu nehmen brauche, um die posthumen Erfolge und Ehren der Arbeit des Vorgängers zu genießen, war tatsächlich die Erbschaft faul, und aus ihr Erfolge, echte Erfolge herauszuwirtschaften, wäre selbst der stärksten staatsmännischen Potenz nicht leicht geworden*).

*) Vgl. meinen Artikel „Aehrenthals Erbschaft“ im Morgenblatt der „Zeit“ vom 26. Oktober 1912.

Die falschen Informationen

In lässiger Verdauungsstimmung ließ sich Graf Berchtold auf dem Schreibsessel Aehrenthals nieder, und da es doch bekanntlich der Verdauung gut tut, wenn man sich nach der Mahlzeit beim schwarzen Kaffee zu einer gemütlichen Plauderei zusammensetzt, verfiel Berchtold im August 1912 auf die Idee, die europäische Diplomatie zu einer „Konversation" über die Probleme des Balkans einzuladen, mit der sie die kommende Herbst- und Wintersaison angenehm ausfüllen könnte. Berchtold ahnte wohl nicht, was sich inzwischen am Balkan aus der Aehrenthalschen Erbschaft entwickelt hatte. In Belgrad und in Petersburg hatte man keinen Anlaß gehabt, nach der Balkankampagne auszuruhen. Serbien war bei Aehrenthals Regierungsantritt auf einem Tiefpunkt der politischen und militärischen Entwicklung angelangt gewesen. Aehrenthal und nach ihm Berchtold rüttelten es durch ihre geringschätzige Behandlung auf. Die Parteien einigten sich, in dem Gefühl der durch die Annexionspolitik erlittenen gemeinsamen Schmach, die Armee wurde reorganisiert, mit dem Bruderland Montenegro wurden nach jahrelangen tödlichen Feindschaften wieder bessere Beziehungen geschaffen, für den durch Österreich-Ungarn abgesperrten Handelsverkehr fand man neue Wege*).

Schon zur Zeit der Annexion hatte Iswolski das Projekt eines Balkanbundes zur Erörterung gestellt, der allerdings damals die Türkei einbeziehen und also nur gegen Österreich-Ungarn gerichtet sein sollte. Es war damals nicht zustande gekommen, und in Wien

*) Vgl. meinen Artikel „Der Erzieher Serbiens" in der „Zeit", Morgenblatt vom 9. August 1913.

hielt man es für begraben. Es wurde aber daran weitergearbeitet, es wurde abgeändert, nur die christlichen Balkanstaaten sollten den Bund schließen, der seine Spitze nicht nur gegen Österreich-Ungarn, sondern auch gegen die Türkei kehren sollte. Das zugkräftige Schlagwort dafür war schon zur Zeit des Grafen Goluchowski von serbischer Seite ausgegeben worden, es hieß „Der Balkan den Balkanvölkern“ und konnte als Sprengmittel ebenso gegen die Türkei wie gegen Österreich-Ungarn, die Beide Teile von Balkanvölkern beherrschten, verwendet werden. Diesen Dienst tat es auch. Es gelang den Serben, mit ihren bisherigen Antagonisten, den Bulgaren, auf deren gemeinsame Gegnerschaft gegen Serbien man am Ballplatz zählen zu können glaubte, den Bündisvertrag vom 13. März 1912 zu schließen. Fortgesetzte Verhandlungen bewirkten im Sommer 1912 den Beitritt Montenegros und Griechenlands. Von all dem wurde Rußland fortlaufend verständigt. Die russische Diplomatie blieb nicht passiv, sondern führte die große Politik zur Sicherung des Erfolges des Balkanbundes. Noch im März 1912 wurde der damalige französische Minister des Äußern, Poincaré, im Auftrag des russischen Ministers Sasonow durch Iswolski in dieses „tiefste Geheimnis“, wie es Sasonow in der Instruktion an Iswolski nannte, eingeweiht. Vorher schon hatten der bulgarische Minister Geschow und der serbische Gesandte in Sofia, Spalajkowitsch, den dortigen englischen Gesandten Ironside ins Vertrauen gezogen. Nachdem bereits früher von Rußland in Racconigi mit Italien (Oktober 1909), in Potsdam mit Deutschland (Juni 1910) neue Abmachungen getroffen worden waren, wurde am 8. Juli 1912 von Rußland mit Japan ein geheimer Vertrag abgeschlossen, der Rußland im Falle eines europäischen Krieges Rückenfreiheit in Ostasien sicherte, dagegen Japan die Besetzung Kiautschaus gestattete — ein Vertrag, von dem man

bei Beginn des Weltkrieges auch in Berlin noch keine Ahnung hatte. Gleichzeitig, am 16. Juli 1912, schloß Rußland mit Frankreich eine Marinekonvention ab.

In diese fieberhafte Tätigkeit der Balkan- und der Ententediplomaten fiel die gähnende Einladung Berchtolds zu einer Balkankonversation. Sie war für die sich verschwörenden Staaten ein befriedigendes Anzeichen dafür, daß man in Wien, wo übrigens sogar ein Teil der Verhandlungen des Balkanbundes gepflogen worden war, am Ballplatz von dem, was sich da vorbereitete, absolut nichts wußte, und die Ententemächte beeilten sich, durch scheinbares Eingehen auf seinen Vorschlag Berchtold in Sicherheit zu wiegen. Eine andere Wirkung hatte die Balkankonversation, von der sich deren Urheber auch keine Vorstellung machen konnte: die Balkanstaaten (auch die Türkei übrigens) entnahmen daraus, daß Österreich-Ungarn die Absicht habe, mit den anderen Großmächten ohne die Balkanstaaten über ihr Schicksal zu entscheiden. Der Ruf „Der Balkan den Balkanvölkern" war damit doppelt und dreifach gerechtfertigt. Man sah, es war keine Zeit zu verlieren, man mußte der Berchtoldschen Konversation durch einen Krieg gegen die Türkei zuvorkommen. Berchtold selber aber tappte noch immer im Nebel seiner Balkankonversation herum. Am 24. September 1912, ein halbes Jahr nach Abschluß des geheimen Bündnisses zwischen Serbien und Bulgarien, das den Kernpunkt des Balkanbundes bildete, lobte Berchtold in seiner Delegationsrede die Friedensliebe Rußlands: „Namentlich ist das russische Kabinett gleich uns ernstlich bestrebt, die Aufrechterhaltung des Friedens zu sichern." Er schloß diese Rede mit den pathetischen Worten: „Die Diplomatie hält Wacht, um drohende Konflikte zu verhüten und die Gefahren eines Balkanbrandes im Keime zu ersticken" — das vierzehn Tage vor dem Ausbruch des Balkankrieges. Noch nach dem Ausbruch des Balkankrieges ver-

sicherte Berchtold in den Delegationen, daß seine herrliche Balkankonversation ihren Fortgang nehme — eine andere Konversation allerdings war es schon geworden: mit Bomben und Granaten. Mit Ausnahme des gleichfalls uninformierten Berliner Kabinetts wird man sich wohl in allen auswärtigen Ämtern Europas, denen der großen wie der kleinen Staaten, über diese Ahnungslosigkeit nicht wenig amüsiert haben, und wenn die Balkanstaaten noch Bedenken hatten, loszugehen, so wird ihnen wohl die bemitleidenswerte Unwissenheit ihres größten Gegners den Mut gestärkt haben.

Auch während des Balkankrieges setzten die Ententestaaten ihre geheime diplomatische Arbeit für weitere Komplikationen fort. Nach der russisch-französischen Marinekonvention wurden die englisch-französischen Abmachungen über gemeinsame Operationen zu Wasser und zu Land weiter ausgebaut, die in dem nach dem Ausbruch des Weltkrieges bekanntgewordenen Briefwechsel zwischen Grey und Cambon vom 22. und 23. November 1912 zum erstenmal eine gewisse, wenn auch nicht vertragsmäßige, diplomatische Unterlage erhielten. Sasonow ließ Frankreich und England über ihre Haltung im Fall eines russisch-österreichischen Krieges sondieren. Am 18. November 1912 berichtete Iswolski aus dem Munde Poincarés, „daß Frankreich vorgehen wird in dem bestimmten Falle, daß der in der Allianz vorgesehene Casus foederis sich ergeben würde, das heißt, wenn Deutschland Österreich mit den Waffen gegen Rußland unterstützen würde". Der friedliebende russische Botschafter in London, Graf Benckendorff, wieder berichtete am 3. Jänner 1913, daß seiner Meinung nach „Englands militärische Unterstützung von den Gesamtumständen abhängt, die man unmöglich im voraus präzisieren kann". Am 25. Februar 1913 teilt er die Überzeugung des französischen Botschafters in London, Cambon, mit, der er beistimmt, „daß England sicher eher

Krieg anfangen als die Macht Frankreichs Gefahr laufen lassen würde. Dies ist der eine Grund, der ihm die Waffen in die Hand drücken würde, der zweite wäre ein Ultimatum oder ein brutaler Angriff von Seite Deutschlands, sei es gegen Frankreich, sei es gegen Rußland. Hier würde, wie der König gesagt hat, die Ehre und die nationale Würde Englands berührt werden. Es ist ein Irrtum zu glauben (schließt Benckendorff), daß dieser Gesichtspunkt in England nicht existiert." In Deutschland hat man bis zum 4. August 1914, bis zur englischen Kriegserklärung, an diesem Irrtum festgehalten. Auch mit Italien wurde von den Ententemächten gesprochen. Poincaré legte Ende November 1912 dem italienischen Botschafter Tittoni den Casus foederis Frankreichs, wie oben berichtet, dar. Auf Tittoni machte diese Erklärung sichtlichen Eindruck. Poincaré spielte dann auf die französisch-italienischen Vereinbarungen von 1902 an (Italiens „Extratour" nach Bülows tanzlustiger Auffassung), kraft deren Frankreich berechtigt sei, für den Fall eines Krieges mit Deutschland und Österreich auf die Neutralität Italiens zu rechnen.

So war von der Entente die diplomatische Schlachtordnung — allerdings nur in der Defensive — für den Fall eines europäischen oder Weltkrieges während des Balkankrieges bis nach Japan und Rußland hin vollständig aufgestellt. Durch die mäßigende Einflußnahme Deutschlands und die friedlichen Tendenzen Englands wurde der Krieg damals vermieden. Erst nach der Ermordung des österreichisch-ungarischen Thronfolgers kam er im August 1914 zum Ausbruch. Man war in Berlin und Wien perplex darüber, daß die Entente auf diesen unvorhergesehenen Fall diplomatisch so gut vorbereitet war, und dies mag auch die psychologische Erklärung für die Behauptung des deutschen Kaisers und seiner Minister sein, daß Deutschland „überfallen" worden sei. Deutschland

fühlte sich wie in einer Falle. Das ist aber der Sinn und Zweck solcher diplomatischer Geheimverträge überhaupt, daß sie den Gegner wie eine Falle fangen und überwältigen, sobald er sozusagen auf den von ihm nicht geahnten Casus foederis tritt. Auch der Dreibund hatte seine Geheimverträge, die seinen Gegnern ein ähnliches Schicksal zu bereiten bestimmt waren. Es ist mehr als naiv von Diplomaten, sich über eine „Falle" zu beklagen, wo doch ihre eigene Uninformiertheit und Unvorsichtigkeit an ihrem Mißgeschick schuld ist. Sowenig wie in Wien hatte man in Berlin von all jenen diplomatischen Abmachungen, Fühlungnahmen aus Anlaß der Balkankriege etwas bemerkt, die sich über mehr als ein Jahr hinzogen. Erst jetzt sind sie durch das im Sommer 1919 erschienene Deutsche Weißbuch öffentlich bekanntgemacht worden.

Graf Berchtold fiel von einer Überraschung in die andere, als die Balkanstaaten nacheinander der Türkei den Krieg erklärten und der Balkanbund sich als eine sehr reale Macht erwies, und Berchtold verlor über all dem da die Haltung, und seine Politik torkelte. Wohl hat er später, als die Balkankriege vorbei waren und die Verträge des Balkanbundes an die Öffentlichkeit kamen, gegenüber den Anklagen der Opposition so getan, als ob er vom Balkanbund rechtzeitig gewußt hätte. Die Unglaubwürdigkeit dieser Pose habe ich durch so sichere Beweisstücke dargetan, daß sie keinen Glauben fand*). Unkenntnis nur konnte manche grobe Verirrungen seiner Politik, wenn auch nicht entschuldigen, so doch wenigstens verständlich machen. Wenn Graf Berchtold gewußt hätte, daß das ursprünglich erste Ziel des Balkanbundes der Kampf gegen Österreich-Ungarn war, daß nur wegen des nachträg-

*) Vgl. meine Artikel in der „Zeit": „Nachkritik und Unkritik", Morgenblatt vom 30. November 1913, „Unsere uninformierte Diplomatie", Abendblatt vom 9. Dezember 1913.

lichen Beitritts des an Österreich-Ungarn nicht interessierten Griechenlands das erste Angriffsobjekt des Balkanbundes, Österreich-Ungarn, hinter das zweite Angriffsobjekt, die Türkei, zeitweilig zurückgestellt wurde; wenn er gewußt hätte, daß Bulgarien sich verpflichtet hatte, Serbien im Bedarfsfall mit seiner halben Armee gegen Österreich-Ungarn zu Hilfe zu kommen; wenn er gewußt hätte, daß Rumänien der einzige Staat war, der sich geweigert hatte, dem Balkanbund beizutreten und im Gegensatz zu Bulgarien Österreich-Ungarn treu geblieben war, hätte er unmöglich während der ganzen Zeit des Balkankrieges die Bulgaren gegen die Rumänen diplomatisch unterstützen können. Wenn er ferner gewußt hätte, daß Rußland der Protektor des Balkanbundes war, hätte er sich nicht durch Sasonows heuchlerische Gegenversicherungen täuschen lassen und mit der Behauptung von „korrekten und freundschaftlichen Beziehungen" zu Rußland lächerlich machen können, das durch seine „Probemobilisierung" an der galizischen Grenze schon bei Beginn des Balkankrieges sein wahres Gesicht gezeigt hatte.

Nicht besser als die diplomatischen waren die militärischen Informationen, nach denen die beiden Zentralmächte in den Balkankriegen ihre Stellungnahme einrichteten. Wieder tippten sie falsch. Wie sie im Russisch-Japanischen Krieg an den Sieg Rußlands, so glaubten sie im ersten Balkankrieg an die niederschmetternde Überlegenheit der türkischen Armee. Wieder kamen die Generalstäbe mit ihren falschen Kalkulationen, und wieder glaubte man an sie, und wieder war ihr Fehler nicht imstande, das Vertrauen der Staatsmänner wie der Bevölkerung zu ihrer fixen Weisheit zu erschüttern, und erst der Weltkrieg mußte kommen, die blutigen Erfahrungen am eigenen Leib, um diesen Köhlerglauben an die uniformierte Facheselei zu zerstören. Von den mili-

tärischen und ihnen folgend von den politischen Kreisen im deutschen Österreich wie im magyarischen Ungarn wurde der Beginn des Balkankrieges, nachdem man sich von der ersten Überraschung erholt hatte, mit einem wahren Jubel ob des unausweichlichen Zusammenbruchs Serbiens begrüßt. Die Albaner allein hielten die Militärs für stark genug, die Serben in die Pfanne zu hauen. Nur Bulgarien, hoffte man, würde sich der Türkei gegenüber ehrenvoll behaupten — alles, weil man es so wünschte und auch, weil es zu der Aehrenthalschen Irrlehre von der starken jungen Türkei paßte. Die vom Ballplatz und vom Generalstab beeinflußte Berichterstattung suchte, solange es möglich war, die militärischen Erfolge der Serben zu leugnen oder zu verkleinern, zuerst gegenüber den angeblichen türkischen, später wenigstens gegenüber den bulgarischen Schlachterfolgen. Selbst das fulminante Ergebnis des ersten Balkankrieges, bei dem die Türkei binnen wenigen Wochen zu Boden geworfen wurde und Serbien ihr am meisten Gebiet abgewann, war noch nicht genug, um unseren diplomatischen und militärischen Oberbonzen die Augen zu öffnen. So trieben sie Bulgarien in den zweiten Balkankrieg in der Zuversicht, daß Bulgarien die ersehnte Vernichtung der serbischen Streitmacht gelingen werde, und ihre offiziösen Kriegsberichterstatter fabelten von bulgarischen Siegen und von Vernichtung der serbischen Armee, bis die Bulgaren selbst die weiße Fahne aufsteckten. Wieder glaubte man, was man wünschte, und diese inepte Betrachtungsweise kleidete sich in das Gewand überlegener militärischer Sachkenntnis.*)

*) Ich habe damals in der „Zeit" Tag für Tag die falsche Berichterstattung des tonangebenden Berichterstatters der Militärkreise, des Berichterstatters der „Reichspost", nachgewiesen und deswegen einen Hagel von persönlichen Beschimpfungen von Seite der „Reichspost" und eine Ehrenbeleidigungsklage von Seite ihres Kriegsberichterstatters über mich ergehen lassen müssen, die später zurückgezogen wurde.

Die falsche Balkanpolitik

Bei diesem Zusammenwirken diplomatischer und militärischer Voreingenommenheiten, die sich als Informationen gaben, konnte die Politik des Grafen Berchtold nur Fehler auf Fehler häufen. Gleich am Beginn des Krieges nahm er die von Sasonow durch Poincaré ausgegebene Formel der Erhaltung des status quo an — eingedenk der Lehren Aehrenthals, der gelegentlich der Annexion in einer Delegationsrede am 8. Oktober 1908 Österreich für saturiert erklärt hatte, über die „Legende von unserem Vormarsch nach dem Ägäischen Meer" spottete, am 10. Oktober 1908 noch deutlicher es aussprach: „Wir wollen gründlich aufräumen mit der Legende, daß wir neuen Landerwerb über unseren jetzigen Besitz hinaus anstreben." Die status quo-Formel Sasonows war darauf berechnet, Österreich-Ungarn in dem Momente, wo es das Schicksal der Balkanstaaten, insbesondere Serbiens in der Hand hatte, wo es schon durch die Androhung des Einmarsches die Balkanstaaten zur Ruhe hätte zwingen können, in Sicherheit zu wiegen. Als der Sieg der Balkanstaaten feststand, demaskierte sich Sasonow, bekannte sich als Autor der famosen Formel, die er als nunmehr unanwendbar erklärte. Ferner unterließ es Berchtold, im Anfang des Balkankrieges den Sandschak von Novibazar wieder zu besetzen und sich durch Abmachungen mit den Balkanstaaten, die damals mit Österreich-Ungarn nicht auch noch anbinden konnten, einen Anteil an der Beute im Falle eines Sieges als Preis seiner Neutralität zu sichern. Später ist es bei Veröffentlichung der Texte der Verträge des Balkanbundes bekannt geworden, daß die Balkanstaaten selbst den Sandschak sowohl als auch Saloniki unter sich zu verteilen unterlassen

hatten, weil sie darauf rechneten, daß Österreich-Ungarn auf diese Gebiete Anspruch machen werde. Erst nach und nach, als sie sahen, daß Österreich-Ungarn nichts dergleichen unternehme, wagten es Serbien, Montenegro und Griechenland, ihre Operationen auf diese Gebiete auszudehnen — was dann in Österreich-Ungarn ungeheure Mißstimmung erregte, da damit die ganze Andrassysche Balkanpolitik von 1878 endgültig zerstört, der Traum von Saloniki vernichtet, Österreich-Ungarn aus dem Balkan, wie es Andrassy mit Rußland getan hatte, definitiv „hinausgeleitet" war. Berchtold unterließ es, rechtzeitig die Balkanstaaten wissen zu lassen, daß er Albanien als ein Noli me tangere ansehe. In ihren Bundesverträgen hatten sie Albanien untereinander verteilt. Als dann im November 1912 Berchtold die Serben durch das „Fremdenblatt" warnen ließ, ihren Vormarsch über das von ihnen eroberte Prizren hinaus fortzusetzen, half es ihm nichts mehr. Die Serben marschierten weiter und besetzten Durazzo. Als dann endlich Berchtold auf der Londoner Botschafterreunion die Freigabe Albaniens durchsetzte, mußten Serbien und Griechenland, denen in den Balkanbundverträgen Albanien zugewiesen war, sich auf anderen Gebieten Ersatz suchen, wodurch sie mit Bulgarien in einen Konflikt gerieten, der zum zweiten Balkankrieg führte. Erst heute weiß man aus den geheimen Akten des Dreibundes, daß Berchtolds damals so viel beklagte Armut an Ideen und Mangel an Energie aus dem „reichen Erbe" Aehrenthals herrührten. Aehrenthal hatte ja 1909 mit Italien den Vertrag geschlossen, der Österreich-Ungarn im Sandschak — Goluchowski hatte mit Italien den Vertrag geschlossen, der Österreich-Ungarn in Albanien die Hände band. Diese Taten seiner Vorgänger können aber Berchtold nicht zur Entschuldigung dienen, da er das Erbe Aehrenthals nicht *cum beneficio inventarii,* sondern vorbehaltlos angetreten hatte. Da Berchtold

übrigens von Anfang an des Sieges der Türkei gewiß war, brauchte er mit den der Vernichtung geweihten Balkanstaaten, insbesondere Serbien, nicht ernstlich zu rechnen. Gegenüber der russischen Probemobilisierung spielte er die Unschuld vom Lande indem er sie in den Delegationen durch den Sektionschef Graf Wickenburg als eine lediglich zur Feier der Anwesenheit des Zaren in Polen veranstaltete militärische Parade auslegen ließ. Daß Rußland hinter dem Balkanbund stand, wußte Berchtold zu jener Zeit noch nicht, alle seine falschen Rechnungen kamen aber im Laufe der Ereignisse Stück für Stück zutage und vernichteten sein und Österreich-Ungarns Prestige*).

Meine in jenen Tagen in der Wiener „Zeit" veröffentlichten Artikel haben diese Fehler Schritt für Schritt schon damals dargetan. Ich war ebenso von der Hohlheit des jungtürkischen Aufschwungs, besser gesagt Regenerationsschwindels wie von der Tüchtigkeit und dem Elan der als Befreier ihrer Konnationalen ins Feld ziehenden Balkanvölker überzeugt. Zudem schien es mir über jeden Zweifel erhaben, daß aus Gründen einer weitersehenden Politik Österreich-Ungarn in diesem Krieg an der Seite der Balkanstaaten hätte stehen müssen. Dazu verpflichtete Österreich-Ungarn nicht nur seine Jahrhunderte alte, mit Aehrenthals Jungtürkenbegeisterung allerdings unvereinbare Tradition, nach welcher Österreich-Ungarn die Übergriffe des Türkentums auf europäischem, christlichem Boden abzuwehren hatte. Auch die Rücksicht auf die nationale Zusammensetzung des Doppelstaates gebot ihm eine Begünstigung der Balkanslawen, die ihre näheren und entfernteren Stammesverwandten in der habsburgischen Monarchie hatten. Aber diese inneren Probleme, insbesondere das südslawische wurden von

*) Vgl. meine Artikel in der „Zeit": „Unernst", Morgenblatt vom 20. November 1913; „Verlorener Nimbus", Morgenblatt vom 28. November 1913.

Berchtold und seinen Leuten ignoriert, als ob die äußere Politik ein mechanisches und nicht ein völkerpsychologisches Problem wäre. Freilich war auch die innere Politik gegenüber den Slawen, insbesondere den Südslawen in Österreich und noch mehr in Ungarn so verkehrt, daß sie mit der verkehrten äußeren Politik in einem System des vollendeten Widersinns harmonierte. Schon im Oktober 1912 mahnte ich in meinem Blatte zur Vernunft*). Doch der seit Aehrenthal großgezogene wilde Serbenhaß machte die Menschen verrückt. Die Militärs und die vielen, die ihnen nachzuplappern gewohnt waren, träumten davon, daß, sobald die Türken die Serben niedergeschlagen hätten, die österreichisch-ungarische Armee den Zeitpunkt wahrnehmen sollte, um die Rechnung mit Serbien endgültig zu begleichen, das heißt dem serbischen Staat den Garaus zu machen. Man phantasierte schon von einer Aufteilung des serbischen States und dessen „Verschwinden von der Landkarte". Diesem vollendeten Wahnwitz der Bramarbasse trat ich in dem am 31. Oktober 1912 in der „Zeit" erschienenen Artikel „Verwandtenpolitik" mit rein sachlichen Argumenten entgegen, indem ich schrieb:

„Seit Königgrätz vielleicht ist unsere Staatsleitung nicht mehr vor so schwierigen und weitreichenden Entschlüssen gestanden, wie sie die Fortsetzung des Siegeslaufes der verbündeten Balkanstaaten von ihr fordern wird. Zum dritten Male unter der Regierung des Kaisers Franz Joseph wird sie gezwungen, ein Nationalitätenproblem in der äußeren Politik zu lösen. Zwei solche Entscheidungen haben wir schon mitgemacht: 1859 und 1866; bei beiden hat sich unsere äußere Politik ganz auf der Höhe unserer inneren, vollständig in Übereinstim-

*) Vgl. meine Artikel in der „Zeit": „Alte Schuld", Morgenblatt vom 20. Oktober 1912; „Ungroßmächtig", Morgenblatt vom 24. Oktober 1912.

mung mit ihr, als ihre geradlinige Fortsetzung, und da die Nationalitätenpolitik unserer Regierung im Innern immer schlecht war, hat sie sich auch im Äußern als schlecht erwiesen und uns jene furchtbaren Zusammenbrüche bereitet, die durch die oben genannten Jahreszahlen wie durch Leichensteine bezeichnet sind.

„Eines hätten wir immerhin aus den Erfahrungen von 1859 und 1866 für spätere Verwendung lernen sollen: So wie Nitroglyzerin durch Schlag oder Stoß zur Explosion gebracht wird, so die Nationalitätenprobleme durch den Krieg. Solange es keinen Krieg gibt, kann sich immerhin unter schlecht behandelten Nationalitäten viel Sprengstoff ansammeln, aber zur vollen, verwüstenden Entladung kommt es doch erst, wenn Krieg geführt wird. Deswegen tut ein Nationalitätenstaat wie Österreich-Ungarn gut daran, *keine Kriege zu führen,* und damit rechtfertigt sich unsere seit 1866 oder eigentlich seit 1870 festgehaltene Friedenspolitik auch von dieser Seite. Ans Kriegführen sollten wir absolut auch jetzt nicht denken, soweit es von uns abhängt. Deswegen sollte sich unsere Diplomatie nicht allzusehr auf unsere Wehrmacht verlassen, deren Stärkung auch Graf Berchtold so gern im Munde führt. Selbst in einem militärisch siegreichen Kriege ist der national nicht einheitliche Staat des endgültigen Erfolges nicht sicher. Einem national geeinten Staat Territorium mit dem Schwert in der Hand abzugewinnen, ist für ihn heutzutage ebenso unmöglich wie etwa für die islamitische Türkei die Neueroberung christlichen Gebietes. So wie es aber der Türkei passieren kann, daß sie selbst nach einem erfolgreichen Feldzug gezwungen wird, christliches Gebiet abzutreten, so läuft auch der Nationalitätenstaat selbst bei günstigstem militärischen Ausgang eines Krieges Gefahr, schließlich doch gerupft zu

werden. Ganz besonders gilt dies gegenüber jenen nationalen Einheitsstaaten, deren Nationalität in irgend einem Splitter von Konnationalen oder Stammesgenossen in unserem Reich lebt. Wir müssen wissen, daß nach einem gelungenen Waffengang die Konnationalen, die unter uns leben, aus Sympathie mit den von uns geschlagenen Brüdern verbittert werden, und das ist dann eine schlechte Vorbereitung für die nächste weltgeschichtliche Entscheidung.

„Wenn wir zum Beispiel daran denken würden, wie manche Leute, wenigstens vor den militärischen Erfolgen der verbündeten Balkanstaaten, so gern bramarbasiert haben, nach dem Balkankrieg mit den Serben ein Hühnchen zu rupfen, so wäre das schon deswegen verfehlt, weil eine von uns dem Königreiche Serbien zugefügte Niederlage uns nur unsere eigenen Serben und wohl auch die Kroaten und Slowenen, gut sieben Millionen Staatsbürger, unträtabel machen und unser inneres Staatsleben vergiften würde. Viel klüger wäre es gewesen, wenn unsere äußere Politik *den Serben und den anderen Balkanslawen* in ihrem Kampf gegen die Türkei *von vornherein die größte Sympathie entgegengebracht hätte.* Unsere Südslawen würden dann zugänglicher werden, und so hätten wir einer etwaigen künftigen entscheidenden Wendung der Geschichte auf dem Gebiet der Imponderabilien, die in nationalen Dingen so schwer wiegen, geschickt vorgearbeitet. Es ist manchmal besser, bei einer Sache, die einem gerade nicht paßt, die man aber nicht verhindern kann, mit dabei, als offen dagegen zu sein. Wenn wir mit allen nationalen Einheitsstaaten, deren Konnationale unserem Reiche angehören, auf dem Fuß der Mißgunst leben wollten wie mit Serbien, wo kämen wir da hin? Ist es nicht ein Glück für unsere innere Ruhe, mit Rücksicht auf

die Deutschen in Österreich, daß wir mit dem Deutschen Reich im Bündnis stehen? Und wäre es nicht ein weiteres Glück für unsere innere Ruhe, mit Rücksicht auf unsere österreichischen Italiener, wenn das Bündnis mit Italien ein aufrichtiges wäre? Sollten wir nicht durch diese Erfahrungen, die von 1859 und 1866 datieren, bei der jetzigen Geschichtswende den Balkanslawen gegenüber gleich von vornherein jene Politik verfolgen, die wir gegenüber Deutschland und Italien erst nach langem, schmerzlichem Hin- und Hertasten gefunden haben?

„Als Nationalitätenstaat muß Österreich - Ungarn mit allen jenen nationalen Einheitsstaaten gute Freundschaft halten, deren Konnationale in seinen Grenzen wohnen. Mit allen anderen Staaten auch, mit diesen sozusagen verwandten Staaten aber ganz besonders, und wenn dabei eine verständige äußere mit einer unverständigen inneren Nationalitätenpolitik in Widerspruch gerät, so muß, damit die Einheit der Gesamtpolitik hergestellt werde, die innere weichen. Unsere äußere Nationalitätenpolitik muß Verwandtenpolitik sein."

Im Weltkrieg hat sich diese Warnung vor dem Kriegführen eines Nationalitätenstaats gegen die Verwandten seiner eigenen Nationen nur allzu bitter bewährt. Gegen meine Argumente hat man nie mit Gegenargumenten operiert — es waren doch nur Selbstverständlichkeiten. Aber nach der alten, immer noch bewährten Methode eröffnete das Literarische Bureau des Ministeriums des Äußern gegen mein Blatt und mich eine Verleumdungskampagne, bezichtigte uns der Serbenfreundschaft, als ob es sich uns um die Serben und nicht um die österreichisch-ungarische Monarchie, den Frieden und die Gerechtigkeit gehandelt hätte. Diese Verleumdungen wurden nicht nur in

der Presse, sondern von den Affiliierten des Ballplatzes, deren Zahl Legion war, auch im privaten Gespräch in den politisch interessierten Kreisen mit solcher Hartnäckigkeit verbreitet, daß die Fabel von der Serbenfreundschaft mit einem verlogenen Stich in die Korruption — das „Wiener Serbenblatt" pflegte das „literarische" Gelichter die „Zeit" zu nennen — haften blieb, die Balkankriege überdauerte und im Weltkrieg mit verstärkter Kraft wieder in Umlauf gesetzt werden konnte.

Vorübergehend freilich mußte sie am Ende der Balkankriege verstummen. Die Mißerfolge der Berchtoldschen Politik und die Fehler, denen sie entsprangen, waren so offenbar, daß selbst die zahmsten Gemüter gegen eine solche Politik revoltierten, in der Unverstand mit Niedertracht sich verbunden hatte. Die Affäre des k. u. k. Konsuls von Prizren, Prochaska, über den im November 1912 das Literarische Bureau, unter der Hand selbstverständlich, die haarsträubendsten Lügen von Mißhandlung, Verstümmelung, Ermordung durch die Serben wochenlang verbreitete, nur um für den beabsichtigten Einmarsch in Serbien Stimmung zu machen, öffnete vielen Leuten die Augen über die elenden Praktiken, mit denen die Berchtoldsche Politik arbeitete, und im Parlament kam eine allgemeine Mißbilligung zum Ausdruck, der der damalige Chef des Literarischen Bureaus, Herr von Kanya, allerdings unter Verleihung eines höheren Ranges und einer Auszeichnung, geopfert werden mußte, doch nur um einem noch verworfeneren Fälscher der öffentlichen Meinung, dem Ritter von Montlong, Platz zu machen, der die ganze Lügenkampagne des Weltkrieges, soweit sie vom Ballplatz ausging, auf dem Gewissen hat. Graf Berchtold aber spielte den Edelmenschen, der von all dem nichts wußte, was seine Subjekte verbrachen.

Eine Mission Masaryks bei Berchtold

Für die Unfähigkeit des Grafen Berchtold, Gelegenheiten zu erfassen und auszunützen und seine niedrige Art der Einschätzung der Menschen ist eine Episode aus jener Zeit charakteristisch, die ich von nächster Nähe aus zu beobachten Gelegenheit hatte. Sie spielte in der zweiten Hälfte des Monats Dezember 1912. Die Türken hatten ihre Niederlage bereits einbekannt und um Frieden gebeten. Serbien hatte sich durch seine Erfolge die Anwartschaft auf eine Verdoppelung seines Gebietes erworben. Die hirnrissigen Illusionen unserer Militär- und Imperialistenpartei von einem Einmarsch in Serbien und der Streichung dieses Staates von der Landkarte mußten, wenn diese Parteien nur noch einen Funken Verstand hatten, in Nichts verflogen sein. Da kam eines Abends der bekannte tschechische Politiker, jetzt berühmte Präsident der tschecho-slowakischen Republik, Professor Masaryk, mit dem mich von altersher manche gemeinsamen politischen Überzeugungen verbanden, in mein Bureau und erzählte mir, er habe etwas erlebt, was er nicht begreifen könne. Er sei vor kurzem in Serbien gewesen, habe den serbischen Ministerpräsidenten Paschitsch besucht, sich bereit erklärt, als österreichischer Abgeordneter eine Botschaft von Paschitsch an Berchtold inoffiziell zu übermitteln und Paschitsch gefragt, ob er ihm nichts dergleichen zu sagen hätte. Paschitsch antwortete: „Nein." Darauf beschloß Masaryk, abzureisen. Als er am nächsten Tag eben damit beschäftigt war, seinen Koffer zu packen, meldete sich bei ihm im Hotel ein Abgesandter des serbischen Ministerpräsidenten, der ihm von diesem die Einladung zu einem neuerlichen Besuch überbrachte. Masaryk ging hin, und da sagte ihm Paschitsch, er

habe sich Masaryks gestrigen Vorschlag nochmals reiflich überlegt und er wünsche nun, durch Masaryk dem Grafen Berchtold eine inoffizielle Botschaft zu bestellen. Paschitsch erkläre sich bereit, zum Grafen Berchtold nach Wien zu kommen und ihm folgende Zugeständnisse anzubieten: Alle Materialien für die von Serbien zu erbauenden Bahnen sollten ausschließlich aus Österreich-Ungarn bezogen werden, die erforderlichen Anleihen in Österreich-Ungarn aufgenommen werden; dem österreichisch-ungarischen Kapital sollten in Serbien besondere Begünstigungen eingeräumt werden, ebenso dem österreichisch-ungarischen Handel im Handelsvertrag; endlich sollte Serbien sich verpflichten, den Südslawen der österreichisch-ungarischen Monarchie gegenüber dieselbe Haltung zu beobachten wie das Deutsche Reich gegenüber den Deutschen in Österreich-Ungarn. Als einzige Gegenbedingung verlange er für Serbien einen Hafen am Adriatischen Meer.

Man stand vor der Londoner Botschafterreunion, auf der alle schwebenden Balkanfragen international ausgetragen werden sollten, und Paschitsch wollte offenbar die Schwierigkeiten und Gefahren einer solchen allgemeinen Diskussion vermeiden und seinen Frieden mit Österreich-Ungarn schon vorher machen, um gegenüber seinen augenblicklichen Hauptgegnern, den Feinden, den Türken, und den beutegierigen Verbündeten den Rücken frei zu haben, Masaryk war — so erzählte er mir weiter — hocherfreut, denn er sah in diesem Anbot Paschitsch' einen Weg zur ehrenvollen und vorteilhaften Beilegung des Konfliktes mit Serbien. Masaryk reiste also nach Wien, besuchte Berchtold, überbrachte ihm Paschitsch' Botschaft und fragte Berchtold, ob dieser daraufhin nicht Paschitsch eine Mitteilung zukommen lassen wolle, die er, Masaryk, diesem vertraulich zu übermitteln sich bereit erklärte. Worauf Berchtold ohne weitere Überlegung kurz und

trocken antwortete: „Nein.“ Er fügte noch erklärend hinzu, daß er seinem Botschafter in London bereits die Instruktionen für die demnächst (am 17. Dezember) zu eröffnende Botschafterreunion in London erteilt habe und danach Paschitsch nichts mehr zu sagen hätte. Masaryk war verblüfft, hatte er doch geglaubt, Berchtold ein hocherwünschtes Angebot überbracht zu haben, nach dem dieser mit beiden Händen greifen müßte. Er überlegte sich die Sache, erinnerte sich an die Umstimmung Paschitsch', der auch das erstemal Nein gesagt hatte und sich es dann überlegt hatte, und hoffte, daß nun auch Berchtold bei reiflichem Nachdenken anderen Sinnes werden und ihn neuerlich zu sich rufen würde. Doch Masaryk wartete von Tag zu Tag vergeblich. Und nun fragte er mich, ob ich dieses Verhalten verstehe.

Ich mußte gestehen, daß auch ich Berchtold nicht begreife, da meiner Ansicht nach in der damaligen gespannten Situation schon allein die Tatsache, daß Paschitsch, der erfolgreiche Staatsmann, den Grafen Berchtold, der die Partie schlecht gespielt habe, in Wien besuche, für Berchtold ein Triumph wäre, Paschitsch sich dem Grafen Berchtold in die Hand gäbe, da Paschitsch doch von einem solchen sensationellen Besuch nicht unverrichteter Dinge nach Hause kommen dürfe, also jede mögliche Konzession Berchtold werde machen müssen. Ich versprach Masaryk, der Sache auf den Grund zu gehen und veranlaßte den Grafen Arthur Bylandt, einen Freund Berchtolds, diesen um den Grund seines ablehnenden Verhaltens gegenüber Paschitsch respektive Masaryk zu befragen. Was war das Ergebnis dieser vertraulichen Befragung? Berchtold antwortete Bylandt, er habe sich über Masaryk erkundigt und gehört, er sei ein armer Teufel, er wolle sich wahrscheinlich bei dieser Sache „etwas verdienen“, und „wir sind nicht dazu da, um Leuten Provisionen zu verschaffen“. Das sagte

Berchtold von dem Idealisten Masaryk! Ein Menschenkenner! Derselbe Berchtold hatte im November 1912 in Budapest den bulgarischen Ministerpräsidenten mit den höchsten Ehren empfangen, zum Kaiser und zum Thronfolger geführt und in seiner Presse als Freund Österreichs preisen lassen, — Danew, den ausgesprochenen Russophilen, der sich im zweiten Balkankrieg in die Arme Rußlands warf und von der Berchtoldschen Presse als Sündenbock für das unschuldig ins Elend geratene Bulgarien in allen Tonarten beschimpft wurde! Später einmal, als Paschitsch bei den Londoner Friedensverhandlungen nicht nur, sondern auch in Bukarest überaus glänzende Erfolge davon getragen, Berchtold das volle Maß seiner Niederlagen erlebt hatte, als alles vorüber war, keiner dem andern etwas zu bieten hatte, kam Paschitsch am 5. Oktober 1913 gelegentlich einer Reise zu Berchtold, es wurde diniert, man drückte einander die Hände, aber man hatte über nichts Besonderes mehr zu verhandeln. Der Besuch Paschitsch', den Berchtold nun empfing, war nur mehr eine leere Höflichkeit*).

*) Vgl. meinen Artikel: „Mit leeren Händen" im Morgenblatt der „Zeit" vom 4. Oktober 1913.

Steigender Einfluß der Militärpartei

Ein Anschlag des Thronfolgers gegen die „Zeit“

Seit dem Tode Aehrenthals, der ihr nach der Annexion mit seiner Autorität und seiner Energie entgegengetreten war, gewann die Militärpartei wieder an Boden. Berchtold leistete ihr keinen Widerstand, er geriet vielmehr alsbald unter ihre Führung. Dieses, vielleicht das beste Stück der Aehrenthalschen Erbschaft, konnte er nicht festhalten. Ähnlich erging es seinem Souverän. Auch der alte Kaiser, der an Aehrenthal einen Rückhalt gehabt hatte, wurde gegenüber seinem Neffen nachgiebiger. Der Thronfolger und die ihn umgebende Clique von Militärs und allerhand anderen Leuten, die ihre Hoffnung auf die Zukunft setzten, wurden in ihren Plänen wieder kühner. Der Thronfolger bildete eine förmliche Nebenregierung. Obzwar vom Kaiser nur mit militärischen Geschäften betraut, beschäftigte er sich sehr viel auch mit Politik. Da er selbst unzufrieden war, liefen ihm viele Unzufriedene im Reiche nach. Alles, was, sei es wegen Meinungsverschiedenheiten, sei es wegen der Abgeschlossenheit des Kaisers, mit seinen Ideen und Vorschlägen zu diesem nicht vordringen oder seinen persönlichen Ehrgeiz beim alten Regime nicht befriedigen konnte, wandte sich an den Thronfolger oder, da dieser auch den meisten unsichtbar blieb, an seine Kanzlei, deren Vorstand zuletzt der Oberst Dr. Bardolff war. Daß sich seine Beamten, deren Zahl mit den Jahren anwuchs, sehr wichtig machten, versteht sich von selbst. Eine Flut von Memoranden und Exposés über alle erdenklichen politischen Fragen und wohl auch manche Denunziatiönchen strömten in diese Kanzlei. Sie erwies sich aber vielfach als toter Arm.

Auf die verschiedenen Anregungen erfolgte oft gar nichts, und zuletzt begann schon mancher Memorandenschreiber das Vertrauen zu dem aufgehenden Stern zu verlieren.

Wir erfuhren damals, daß auch unsere Tätigkeit an dieser Stelle unangenehm empfunden wurde. Mit Wissen und Zustimmung des Thronfolgers war auf die damaligen finanziellen Schwierigkeiten unseres Blattes ein Plan aufgebaut worden, der uns im „Ernstfall", auf den das Sinnen und Trachten der Clique ging, unschädlich machen sollte. Da der Ausgangspunkt des Planes ein finanzieller war, übernahm es der damalige Direktor der angesehensten Bank Österreich-Ungarns, ein ehemaliger hoher Staatsbeamter, der noch einen unbefriedigten politischen Ehrgeiz hatte, Dr. Spitzmüller, im Frühjahr 1912 uns für diesen Plan zu gewinnen. Unser Blatt sollte aus seinen finanziellen Verlegenheiten befreit werden. Dafür sollten wir uns eine gewisse Oberaufsicht durch ein Protektionskind aus dem Franz Ferdinandschen Kreise, einen Verwandten des Obersten Dr. Bardolff, einen nominell in Tiflis amtierenden, tatsächlich aber zumeist in Wien und sonstigen fashionablen Orten spazierengehenden Vizekonsul namens Urbas gefallen lassen, der dafür natürlich auch ein schönes Honorar beziehen sollte. Das wäre noch nicht so arg gewesen. Die Hauptsache war, daß wir uns verpflichten sollten, im Fall einer Staatskrise oder internationaler Verwicklungen unsere Tätigkeit bei unserem Blatte vollständig einzustellen und sie dem besagten Herrn Urbas zu überlassen, der selbstverständlich nur den Namen für den von politischem Ehrgeiz geplagten Dr. Bardolff hergab. Wir waren für die Offenheit, mit der Dr. Spitzmüller uns die freundlichen Absichten seiner Auftraggeber enthüllte, sehr dankbar. Doch der Plan gefiel uns nicht. Unser Blatt hatte sich durch sein unabhängiges politisches Urteil einen

großen Anhang auch im Offizierskorps verschafft und war in diesem das stärkst verbreitete Wiener Blatt. Eben wegen seiner unabhängigen Stellung, wegen seiner demokratischen und pazifistischen Tendenzen, die sich bei alledem im Rahmen des Möglichen und der wirklichen Welt hielten, war es dem Thronfolger schon seit langem ein Dorn im Auge. Er hätte gewünscht, daß „seine“ Offiziere sein Leibblatt, die christlichsoziale „Reichspost“ lesen, und in den Offizierskasinos mußte er nur allzuoft statt dessen die „Zeit“ sehen. Den Offizieren gegenüber gab er, wie uns bekannt war, seinem Unmut darüber im engen Kreis bei jeder Gelegenheit unverhohlenen Ausdruck. Uns selbst gegenüber scheint er im Laufe der Ereignisse seine Taktik gewechselt zu haben. Einige Zeit lang hatten wir den Eindruck, als ob er oder seine Leute uns auf freundschaftlichem Wege für seine Absichten gewinnen wollten. Das gemeinsame Mißtrauen gegen den italienischen Bundesgenossen bildete eine Brücke der Verständigung. Da sich diese aber als zu schwach erwies, war der ungeduldige und eigenwillige Thronfolger geneigt, zur Taktik der Peitsche überzugehen. Man fühlte sich der Sache so sicher, daß man uns den edlen Plan zu unserer Beseitigung in einem schriftlichen Memorandum zum Studium nach Hause mitgab. Wir zogen es vor, unsere finanziellen Sorgen weiter zu tragen und lehnten den schmählichen Antrag ab. Das Projekt gab uns immerhin einen Fingerzeig, wohin die Reise nach des Thronfolgers und seiner Ratgeber Ideen ginge: auf Staatsstreich und Krieg. Denn das waren die beiden Fälle, wo meine auch sonst zu knebelnde Tätigkeit für das Blatt ganz aufhören und das Blatt der Thronfolgerclique vollständig überantwortet werden sollte.

In der Öffentlichkeit machte sich der erhöhte Einfluß der Militärpartei sofort nach dem Ausbruch des ersten Balkankrieges deutlich bemerkbar. Die alte

Hetze ging von neuem los, die Verleumdungskampagne gegen die Serben auf der einen, die hyperpatriotischen Hurrastimmen auf der anderen Seite, alles gegen 1908 noch in verstärktem Maße. In diese Zeit fällt auch die erste offizielle Kriegskundgebung des Gemeinderates der sonst nur friedlichen Künsten hingegebenen Stadt Wien. Am 28. November 1912 wurde nach einer patriotischen Rede des Bürgermeisters Neumayer eine Resolution beschlossen, in der es ganz im Stil der Kriegsschwärmer hieß: „Der Friede Österreich-Ungarns ist seit dem Ausbruch des Balkankrieges durch unberechtigte, maßlose Eroberungsgelüste bedroht, die in der Hoffnung auf Uneinigkeit der Völker des Reiches Nahrung finden. Die Erbitterung des Volkes über vereinzelte unpatriotische Äußerungen wächst stündlich (!). Wohl ist der Friede das höchste Gut der Völker und seine Erhaltung großer Opfer wert. Aber das wirtschaftliche Gedeihen der Völker und der Segen der Arbeit wird nur solchen Völkern zuteil, die den Frieden nicht durch ehrlose Schwäche (!), sondern gestützt auf das Bewußtsein ihrer gerechten Sache kraftvoll (!) erhalten." Darauf folgte Absingung der Volkshymne, Hochrufe auf den Kaiser, das Vaterland und die Armee, alles in öffentlicher Gemeinderatssitzung. Zur höheren Feier hatte man sich auch „Volk" bestellt. Im sonst leeren Arkadenhof des Rathauses waren plötzlich 2000 Menschen versammelt, die nun mit den Mitgliedern des Gemeinderates unter Absingung patriotischer Lieder und Hochrufen auf den Kaiser zum Deutschmeisterdenkmal, einem militärischen Denkmal vor einer Kaserne, zogen, wo der Bürgermeister wieder eine patriotische Rede hielt, die Menge wieder brausende Hochrufe auf Kaiser und Reich ausbrachte, bis sie sich zerstreute. Das war natürlich bestellte Arbeit, die von der christlichsozialen Gemeindeverwaltung gern geleistet wurde.

Der Zickzackkurs

Kein Säbelrasseln

Rußland hatte gleich im Beginn des Balkankrieges im Herbst 1912 durch eine sogenannte Probemobilisierung an der nordöstlichen Grenze der österreichisch-ungarischen Monarchie demonstriert, die österreichische Heeresleitung hatte gegenmobilisiert. Unsere Truppen standen in Süd- und Nordosten bereit, ähnlich wie in der Annexionskampagne, aber diesmal nach beiden Richtungen, da diesmal, zum Unterschied zu dem früheren Fall, auch Rußland militärisch vorgegangen war. Im November 1912, als in Budapest die Delegationen und mit ihnen eine große Zahl von Hof- und Staatswürdenträgern, den Kaiser und den Thronfolger an der Spitze, versammelt waren, schien der Krieg gegen Serbien zunächst und in dessen Gefolge gegen Rußland unausweichlich. Diplomatisch war bereits alles zur Kriegserklärung vorbereitet. Der Gesandte in Belgrad hatte schon eine geheime Instruktion, wie er sich im Falle des Abbruches der Beziehungen zu Serbien zu benehmen habe*). Da geschah etwas Überraschendes. Der Krieg wurde abgeblasen. Und zwar von niemand Geringerem als dem Haupt der Kriegspartei, dem Thronfolger selbst. Als er nach kurzem Aufenthalt von Budapest abreiste,

*) Das geht aus dem am 20. Juli 1914 vom Grafen Berchtold an den k. u. k. Gesandten in Belgrad Baron Giesl gerichteten Schreiben hervor, in dem er ihn für den Fall des Abbruches der diplomatischen Beziehungen zu Serbien an den geheimen Erlaß vom 28. November 1912 Nr. 80215 erinnert, der ihn über sein Verhalten „genau instruiert" habe. Das genannte Schreiben mit dieser pikanten Reminiszenz ist in dem I. Teil des von der Republik Österreich veröffentlichten Rotbuches („Diplomatische

äußerte er zum Kriegsminister von Auffenberg im Ton der Befriedigung, es sei ihm gelungen, „die Kriegsbestie an die Leine zu legen". Von da an hörte man aus den Kreisen der Eingeweihten öfter, daß der grimmige Thronfolger, wenn er auch immer wieder zu Kriegsrüstungen antrieb und der passionierte Soldat von ehedem blieb, sich in Privatgesprächen mit seiner Umgebung durch friedliche Aussprüche hervortat — was nicht wenig Verwunderung und auch Zweifel erregte. Was war in ihm oder mit ihm eigentlich vorgegangen? Ganz Genaues hat die Öffentlichkeit wohl nicht erfahren. Aber die Hauptsache ist, nach und nach, klar geworden. Zunächst, was den Thronfolger betrifft! Im November 1912 war er beim deutschen Kaiser zu einer Jagd in Springe auf Besuch gewesen. Die beiden Potentaten hatten den Reichskanzler Herrn von Bethmann Hollweg mitgenommen ,während die beiderseitigen Generalstabschefs Graf Moltke und von Schemua in Berlin vertrauliche Beratung pflogen. In Springe entwickelte Franz Ferdinand dem Kaiser seine Balkanpläne, kriegerische zweifellos, wie sie damals die ganze Umgebung Franz Ferdinands hegte, und der Thronfolger appellierte an die „schimmernde Wehr" des Deutschen Reiches wie 1909, ohne die Österreich-Ungarn sich nicht in kriegerische Abenteuer einlassen konnte. Der deutsche Kaiser und der Kanzler lehnten aber ab, einen ähnlichen Schritt wie im März 1909 bei Rußland zu riskieren, und rieten Franz Ferdinand, den englischen Vorschlag einer

Aktenstücke zur Vorgeschichte des Krieges 1914") publiziert. Graf Berchtold als alter Bureaukrat machte sichs bequem und verwies auf den „Vorakt" von 1912, der allerdings unausgeführt geblieben war. Dieser Vorakt aber beweist, daß Graf Berchtold schon im November 1912 den Krieg plante, den er dann Juli 1914 endlich unternehmen konnte, nachdem er im November 1912 durch äußere Einflüsse an der Ausführung seiner menschenfreundlichen Absicht verhindert worden war.

internationalen Konferenz zur Schlichtung der Balkanfragen anzunehmen, sich in der Hafenfrage Serbien entgegenkommender zu zeigen und vor allem den Frieden unter den Großmächten nicht zu gefährden. So wurde es damals, ohne Widerspruch zu finden, in der deutschen Presse berichtet, und die „Rheinisch-westphälische Zeitung" wußte noch ein charakteristisches Diktum des deutschen Kaisers zu erzählen, mit dem dieser Franz Ferdinand in die Schranken gewiesen habe: „Ich finde, du rasselst zu stark mit — meinem Säbel!" Die Berliner „Post" berichtete später auch die Erwiderung Franz Ferdinands, die beweisen würde, daß der Hieb saß. Sie soll gelautet haben: „Dann also nicht. Dann wissen wir wenigstens, woran wir sind." Das hinderte natürlich nicht, daß der Erzherzog in einem Kommuniqué der Außenwelt versichern ließ, daß er von dem Besuch in Springe „hochbefriedigt" sei. In der österreichisch-ungarischen Presse wurden auch die von der reichsdeutschen Presse veröffentlichten Indiskretionen von Springe zumeist totgeschwiegen.

Erstaunlich war es nur, und ein Beweis mehr für die schwache politische Auffassungskraft der leitenden Kreise in Österreich-Ungarn, daß sie von der veränderten Haltung Deutschlands und des deutschen Kaisers überrascht waren. Hatte sie sich doch im vollsten Licht der Öffentlichkeit vorbereitet. Schon im Beginn des Balkankrieges, da noch die Hoffnung auf den Sieg der Türkei in Berlin und Wien nicht vernichtet war, schrieb ich mit Bezugnahme auf die ersten kriegerischen Äußerungen Berchtolds am 26. Oktober 1912 warnend: „Werden wir dann (im Fall wir Krieg anfangen) auf die ‚Nibelungentreue' Deutschlands rechnen können? Wer die öffentliche Meinung in Deutschland aufmerksam verfolgt, wird sagen müssen: Nein!" Aber auf die öffentliche Meinung zu achten, war man am Ballplatz nicht gewöhnt,

ob es sich nun um die, allerdings sehr spärlich vertretene unabhängige Presse im eigenen Lande oder die Presse des Auslandes handelte. Selbst aber vermochte man Tatsachen nicht objektiv zu verstehen, selbst wenn sie eine so deutliche Sprache führten wie die, auf die ich in jenem Artikel zur Begründung meines damals sehr gewagt scheinenden „Nein" hindeuten konnte. Auf die „Nibelungentreue" Bülows im März 1909 war die „Undankbarkeit" Aehrenthals gefolgt, zunächst in Worten. Darauf der Abschluß des Potsdamer Vertrages Deutschlands mit Rußland im Juni 1910 und im September desselben Jahres die oratorische Replik des deutschen Kaisers in seiner Rede von der „schimmernden Wehr". Dann Aehrenthals gehäufte Undankbarkeit durch sein passives und seiner Presse unfreundliches Verhalten während Deutschlands Marokkokonflikts 1911, Aehrenthals und Khuens nichts verhüllende Reden noch dazu. Zudem schloß die Potsdamer Formel eine Wiederholung des Schrittes vom März 1909 aus, und Rußland hatte durch seine Probemobilisierung zu erkennen gegeben, daß es sich militärisch nicht mehr so schwach fühle wie damals. Deutschland lag daran, sich die Freundschaft Rußlands zu erhalten. Vernünftigerweise muß man wohl auch annehmen, daß man in Berlin in der irrtümlichen Einschätzung der militärischen Kräfte der Balkanstaaten nicht verharrte, sich vielmehr durch die eklatanten Siege, durch die diese binnen wenigen Wochen die Türkei matt setzten, belehren ließ und danach auch sein Weiterverhalten einrichtete. Ferner konnte es wohl nach den Erfahrungen, die sie mit Aehrenthal gemacht hatte, der deutschen Politik nicht passen, die Präponderanz Österreich-Ungarns zu steigern*), wenn sie auch im

*) So beurteilte auch der russische Botschafter in London Graf Benkendorff die Sache. Siehe seinen Bericht vom 25. Februar 1913, abgedruckt in dem deutschen

eigenen Interesse eine Schwächung ihres Verbündeten nicht zulassen durfte. Graf Berchtold hatte sich gleich im Anfang seiner Regierung in den Verhandlungen über die Erneuerung des Dreibundes nicht nur gegenüber Rom, sondern auch gegenüber Berlin recht widerhaarig gezeigt. Es war eine bequeme Gelegenheit, dem Nachfolger Aehrenthals und gleichzeitig dem voraussichtlichen Nachfolger Franz Josephs eine Lektion zu erteilen. Wohl gebrauchte der Reichskanzler am 2. Dezember 1912 im deutschen Reichstag die dröhnende Phrase, daß Deutschland, falls einer seiner Verbündeten von dritter Seite angegriffen werden würde, an dessen Seite „fechten" werde, und in Österreich, wo man von Springe nicht viel erfuhr, nahm man das Wort zum vollen Wert von 1909. Aber die dem Reichskanzler folgenden Redner im Reichstag ließen deutlich erkennen, daß nicht nur der deutsche Kaiser, sondern auch das deutsche Volk von dem unaufhörlichen Säbelrasseln in Österreich-Ungarn und dem Treiben der Militärpartei angewidert war. Der Sozialdemokrat Ledebour tadelte, daß der Reichskanzler fechten wolle, ohne auch nur eine selbständige Prüfung der Forderungen des Verbündeten vorzunehmen. Er sagte: „Damit ist Österreich eine Blankovollmacht gegeben für die Fortführung derjenigen Politik, die es in seinem Interesse für notwendig hält." Der Reichskanzler antwortete auf diesen Vorhalt nicht, der aber die ganze folgende Debatte beherrschte. Der konservative Abgeordnete Graf Kanitz versicherte Ledebour, daß „von einer solchen Trabantenschaft Deutschlands gegenüber Österreich, von einer solchen willenlosen Gefolgschaft nicht die Rede sein kann". Der nationalliberale Abge-

Weißbuch „Deutschland schuldig?" Seite 153 ff. — In der österreichischen Delegation von 1910 hatte der deutsche Abgeordnete Dobernig dem Tschechen Dr. Kramař vorgehalten, daß in der Annexionskampagne Österreich-Ungarn die Führung gehabt habe und nicht Deutschland.

ordnete Bassermann erinnerte an die „Bundestreue" von 1909 und fuhr fort: „Was vitale Interessen Österreichs sind, das haben die Österreicher selbst zu beurteilen." Der freisinnige Abgeordnete Payer erklärte sich mit der „Bundestreue" einverstanden, „nur insoferne", fügte er, von Bassermann abweichend, hinzu, „können wir dem Abgeordneten Ledebour zustimmen, daß auch wir uns nicht von der österreichischen Militärpartei ohneweiters in einen vom Zaun gebrochenen Krieg führen lassen. Das will aber auch die Regierung nicht", schloß er beruhigend. Gegenüber Bassermann und Payer, die die österreichische Politik eine friedliche nannten, legte der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. David dar, daß „in Wien eine höfisch-militärische Kriegspartei existiert, die sich an die Person des Erzherzogs Franz Ferdinand anlehnt". Er tröstete sich aber mit der Erwägung: „Wenn jetzt Österreich Serbien angreifen sollte, und Rußland kommt Serbien zu Hilfe, so sind wir auf Grund des Dreibundvertrages nicht verpflichtet, Österreich zu helfen. Das ist die einzige Friedensgarantie, die wir gegenüber der österreichischen Kriegspartei haben." Man wird, wenn man das alles sich heute wieder in Erinnerung ruft, zugeben, daß Deutschland (und besonders auch der Sozialdemokrat Dr. David) dieser Politik von 1912 nicht treu geblieben ist, sonst wäre es 1914 vielleicht doch anders gekommen. Ledebour mit seinem Wort von der „Blankovollmacht" hat Recht behalten. Aber immerhin war die deutsche Zickzackpolitik wieder einmal in die entgegengesetzte Richtung gefahren, und darauf war man in Österreich nicht gefaßt gewesen. Die ganze großartige Erbschaft des Grafen Aehrenthal stürzte nun mit einem Male über dem Kopf seines Nachfolgers zusammen. Deutschland arbeitete diesmal nach einem entgegengesetzten Konzept als 1909 unter Bülow. Es gab kein Säbelrasseln mehr in Berlin, kein Widerstreben mehr gegen eine

internationale Konferenz. Als der englische Minister Sir Edward Grey im Dezember 1912 die Einberufung einer Botschafterreunion in London zur Herbeiführung des Friedens auf der Balkanhalbinsel und zur Regelung aller damit zusammenhängenden Fragen, auch zwischen den Großmächten, vorschlug, nahm Berlin an, und Wien mußte folgen, obzwar es den anmaßlichen Grundsätzen Aehrenthals zuwider war, vor den europäischen „Areopag" zu treten und sich mit Serbien — welche Erniedrigung! — an einen Tisch zu setzen. Nicht Wien hatte sich von Berlin, Berlin hatte sich von Wien emanzipiert — mehr als dies seit Andrassys Zeiten jemals der Fall gewesen war.

Offener Konflikt zwischen Berlin und Wien

Es blieb nicht bei der anfänglichen unauffälligen Divergenz zwischen Wien und Berlin. Berchtold hatte offenbar nicht verstanden, dank welchen, inzwischen wieder geänderten Verhältnissen Aehrenthal Berlin an seinen Triumphwagen hatte spannen können, und sah deswegen nicht ein, warum gerade ihm, dem Grafen Berchtold, das gleiche nicht gelingen sollte. Er nahm die Sache persönlich. Der Zwiespalt wurde von einem Ereignis zum anderen vergrößert, bis er zum Eklat gedieh, der ganzen Welt offenbar wurde und selbst die Vertuschungstaktik der Berchtoldschen Presse überwand. Statt nun ein- für allemal Raison anzunehmen und der diesmal vernünftigeren Führung Deutschlands zu folgen, fiel Berchtold immer wieder in seine Irrtümer zurück, mußte immer wieder, wenns nicht mehr so weiter ging, nachgeben, doch nur, um bei der nächsten Kontroverse neuerlich mit seiner absonderlichen Politik ganz Europa aufzuregen und schließlich den immer weniger ehrenvollen Rückzug anzutreten. Österreich-Ungarn fand nun bei jedem dieser Anlässe Deutschland ebenso wie Italien auf der Seite seiner Gegner und war in Europa völlig isoliert. In dem üblichen Jargon hätte man sagen können, daß Kaiser Wilhelm Österreich-Ungarn „eingekreist" habe. Wenn die Mächte unter Führung Sir Edward Greys sich unablässig bemühten, Österreich-Ungarns Querelen Rechnung zu tragen und Berchtold Konzessionen zu machen, war dies nicht ein Ausfluß der Einsicht in die Gerechtigkeit der Berchtoldschen Vorschläge, sondern die Furcht vor der Unberechenbarkeit eines in seiner Selbstliebe gekränkten Starrkopfes.

Berchtolds Politik artete in Manie aus. Er ging von der fixen Idee aus, Serbien zu vernichten. Daß es sich schon bei Beginn des Balkankrieges als dafür zu stark erwiesen hatte, daß es im Balkankrieg noch stärker geworden war, daß der praktische Politiker sich den Tatsachen beugen müsse, all das sah Berchtold nicht. Er sah nur das aufstrebende Serbien, und je mehr es ohne und gegen ihn emporkam, desto fester, freilich auch unrealisierbarer war sein Entschluß, es unterzukriegen. Auf der Landkarte bemerkte er, daß Serbien (und Montenegro) zwei Nachbarn hatte, Bulgarien und Albanien, also mußten das nach der unseren Staatsmännern eigenen mechanischen Anschauung die „Gegengewichte" gegen Serbien werden, und diesen wendete er, ja drängte er geradezu seine Protektion auf, um sie zu dem gedachten Zweck stark zu machen. Mit Bulgarien hatte sich schon Aehrenthal bei der Annexionskampagne eingelassen. Albanien dagegen hatte er offensichtlich schlecht behandelt und war dabei von der Albanien freundlichen Tradition seiner Vorgänger abgewichen. Denn von altersher übte Österreich-Ungarn eine Art von kostspieligem Protektorat über die katholischen Stämme dieser türkischen Provinz aus, die sich in der alten Türkei einer gewissen Selbständigkeit erfreut hatte. Dies paßte den neuen jungtürkischen Machthabern in Konstantinopel nicht in ihr nationalistisches Konzept. Mit Feuer und Schwert suchten sie die widerspenstigen Albaner gefügig zu machen. Diese erbaten Hilfe in Wien, doch, für die Jungtürken begeistert, verschloß Aehrenthal den Albanern sein Ohr. Berchtold dagegen wandte ihnen die volle Sonne seiner Gnade zu. Sie sollten nicht nur, was sie wollten und auch konnten, in einer gewissen Freiheit im Türkischen Reich leben, nein, sie sollten ein eigener Staat werden, was sie niemals gewesen waren und wofür diesem kulturell im Mittelalter steckengebliebenen Volksstamm auch alle

materiellen und geistigen Vorbedingungen fehlten. Aber Berchtold setzte sich das in den Kopf. Wohl hatten die als kriegerisch berühmten Albaner die Hoffnung der österreichisch-ungarischen Militärs, daß sie die Serben Mores lehren würden, soeben im Balkankrieg schwer enttäuscht. Wie sollten sie da in Zukunft das Bollwerk gegen das größere Serbien sein? Der Zweifel lag auf der Hand. Doch Berchtold strafte Tatsachen, da sie sich ihm ungefällig zeigten, mit seiner Verachtung. Er ließ mit einemmal sein status quo-Programm fallen, vergaß an die eigene und die Aehrenthalsche Türken- und Jungtürkenfreundschaft, entlieh den Serben ihren Kampfruf: „Der Balkan den Balkanvölkern", der eigentlich nicht nur gegen die Türkei, sondern noch mehr gegen den südslawischen und rumänischen Besitz Österreich-Ungarns gerichtet war. Mit dieser für einen österreichisch-ungarischen Staatsmann perversen Devise forderte er auf der Londoner Botschafterreunion Ende 1912 im Einvernehmen mit Italien die Abtrennung Albaniens von der Türkei und dessen Umwandlung in einen eigenen Staat mit möglichst weitgesteckten Grenzen. Nach dem von Goluchowski herstammenden Albanienübereinkommen mit Italien (1900) mußten die Albaner, im Fall des Zusammenbruches des türkischen Regimes, damit sie weder unter österreichisch-ungarische noch unter italienische Herrschaft kommen, Autonomie erhalten. Neben dem Diktat, daß die Serben nicht ans Meer gelangen dürfen, wurde nunmehr der neue Staat Albanien der Hauptinhalt der Berchtoldschen Politik.

Eine Improvisation! Im Anfang des Balkankrieges hatte Berchtold, wie die ihn beratenden Albanienkenner erzählten, kaum recht gewußt, wo Albanien eigentlich lag, und seine fachmännischen Mitarbeiter durch naive Fragen in Heiterkeit versetzt. Jetzt tat er sich plötzlich als Staatsgründer auf, doch nicht aus allgemeiner Volksfreundlichkeit — die lag dem Aristo-

kraten fern — auch nicht aus einer besonderen Vorliebe für die Albaner — dafür kannte er sie zu wenig — sondern aus purer Feindschaft gegen die Serben, die schon während des Balkankrieges in albanisches Gebiet eingedrungen waren. Dabei überstürzte er sich. Die Abgrenzung Albaniens wurde das Kreuz der Botschafterreunion. Er verlangte für die Albaner mehr, als ihnen selbst nach den volksfreundlichsten Prinzipien zukam, um jede Stadt feilschte er. Wo es ging, gab man ihm nach, an einzelnen Punkten ging es aber nicht. Da war jedesmal gleich der Frieden Europas in Gefahr. Denn Berchtold hatte sich wie sein Vorbild Aehrenthal angewöhnt, mit dem Revolver in der Hand zu verhandeln. Die mobilisierte Armee stand immer kampfbereit hinter jeder seiner Kapricen. Durazzo, Skutari, Djakova, Ipek, Prizren — die Städte, die er für Albanien forderte, wurden Schreckensworte für ganz Europa*). Im März 1913 hatte er wegen der Ermordung des Franziskaners Palitsch Montenegro ein Ultimatum gestellt. Um die Räumung Skutaris durch die Montenegriner zu erzwingen, wurde im Mai 1913 die k. u. k. Flotte mit einem Landungskorps bereitgestellt, es kam aber, da die Italiener auf Grund des Artikels VII des Dreibundvertrages protestierten, wieder zu nichts als zu einer erhöhten Mißstimmung der abermals enttäuschten Militärs. Die anderen Mächte veranlaßten die Montenegriner mit friedlichen Mitteln zur Räumung Skutaris. Wie in diesem mußte Berchtold auch in vielen anderen Fällen der besseren Sachkenntnis und dem einsichtigeren Urteil der anderen Diplomaten nachgeben. So verwandelte sich jedes dieser Schreckensworte für ihn hinterdrein zu einem Spottwort, das

*) Vgl. meine Artikel in der „Zeit“: „Der bewaffnete Zuschauer“, Abendblatt vom 20. Mai 1913; „Demobilisierung“, Morgenblatt vom 12. August 1913; „Das Schreckensressort“, Morgenblatt vom 23. Oktober 1913.

seine Eigenliebe reizte und seinen Eigensinn bei der nächsten Kontroverse erhöhte. Im Norden trachtete er Albanien auf Kosten der Serben zu vergrößern, im Süden ging es auf Kosten der Griechen und zum Vorteil der Italiener, denen Südalbanien als Einflußsphäre stillschweigend eingeräumt war. Als er da eines Tages auch Janina für die Albaner „retten" wollte, mußte er sich vom italienischen Minister des Äußern San Giuliano, der selbst ein guter Albanienkenner war, sagen lassen, daß Janina unzweifelhaft griechisch sei, was Berchtold aus San Giulianos Buch über Albanien schon hätte wissen sollen. Daß er in seiner Albanienraserei auch die Griechen vor den Kopf stieß, die als Nichtslawen neben den Rumänen die wahren Gegengewichte Österreich-Ungarns gegen die Slawen auf dem Balkan hätten sein sollen, daß die Griechen als Seefahrer und ihrer geographischen Lage nach Österreich-Ungarn in einem Konflikt mit Italien gute Hilfe hätten leisten können — das alles focht den besessenen Staatsgründer nicht an. Das albanische Staatswesen, das da unter ungeheuren Schwierigkeiten geschaffen wurde, hat sehr rasch seine Lebensunfähigkeit erwiesen. Die Albaner erhoben sich gegen den ihnen auf Berchtolds Betreiben als Fürst aufgezwungenen Prinzen Wilhelm zu Wied, der nichts als eine langgewachsene Null von preußischem Paradeoffizier war. Die Italiener hetzten insgeheim gegen ihn. Berchtold und die Patrioten um ihn waren verzweifelt. Wie helfen? Ein Wiener Bildhauer namens Gurschner kam auf die absurde Idee, mit Geld ein Freiwilligenkorps zur Unterstützung des Fürsten zu werben. Es wäre sicher zustande gekommen, wenn die Wiener Polizei nicht noch rechtzeitig im österreichischen Strafgesetzbuch den Paragraphen entdeckt hätte, der die Anwerbung von Soldaten verbietet. Kurz nach Ausbruch des Weltkrieges sah sich der Fürst („Mbret" genannt) genötigt, aus Albanien zu entfliehen und das Land der

Anarchie preiszugeben. Nur der Weltkrieg, der die allgemeine Aufmerksamkeit bedeutenderen Gegenständen zuwandte, hat Berchtold das offene Eingeständnis des Mißlingens seiner Staatsgründung erspart. Berchtold sprach immer von den „Lebensinteressen der Monarchie", die es zu wahren gelte; was er aber unter diesen „Lebensinteressen" eigentlich verstand, hat er nie deutlich gesagt, vermutlich, weil er selbst über diese abgebrauchte Phrase hinaus klar zu denken nicht vermochte. Nach seinem Albanieneifer zu schließen, mußte er wohl in der Errichtung dieses Staates das vielgenannte oder eines der Lebensinteressen der österreichisch-ungarischen Monarchie erblickt haben. Dieses vermeintliche Lebensinteresse zu wahren, wäre ihm ja gelungen. Der Staat Albanien ist nach dem Weltkrieg in anderer Form von den Ententemächten wieder aufgebaut worden. Er besteht also. Aber die österreichisch-ungarische Monarchie, deren Lebensinteresse er gewesen sein soll, lebt nicht mehr.

Graf Berchtolds Zündeleien

Für die wahren Lebensinteressen des ihm anvertrauten Staates hatte Graf Berchtold nicht Auge und nicht Ohr. In dem Bestreben, Bulgarien zu vergrößern, geriet er mit Rumänien in Konflikt, für das es seit Begründung des bulgarischen Staates nur *ein* Tolerari non posse gab: das war ein Großbulgarien, das Rumänien in den Schatten gestellt und auch bald an die Wand gedrückt hätte. Rumänien war 1883 auf Betreiben Deutschlands dem Dreibund beigetreten, und seither verband Österreich-Ungarn mit Rumänien oder, besser gesagt, dem König Carol ein Freundschaftsverhältnis, das sich zwar im Ernstfall des Weltkrieges nicht bewährte, in den langen Friedensjahren aber tatsächlich eines der gefährlichsten inneren Probleme Ungarns, das rumänische Nationalitätenproblem, zur Ruhe gebracht hatte. Das ging alles „in die Würste". Schon auf der Petersburger Konferenz, die im Frühjahr 1913, kurz nach dem ersten Balkankrieg, zur Befriedigung der Kompensationsansprüche Rumäniens gegenüber den bulgarischen Gebietserweiterungen einberufen worden war, ließ Berchtold Deutschland und Rußland den Vortritt bei der Fürsprache für Rumänien, das nur um Österreich-Ungarns willen und auf Rat seiner Dreibundfreunde im Balkankrieg neutral geblieben war, dem diese also eine Genugtuung schuldig waren — das zu derselben Zeit, da der russische Botschafter in London, Graf Benckendorff, in seinem bereits erwähnten Bericht vom 25. Februar 1913 an die Petersburger Regierung schrieb: „Rumänien, glaube ich, muß man um jeden Preis gewinnen, das gebietet sowohl die gegenwärtige Stunde wie auch die Zukunft." Daß Rumänien schließlich von der Entente gewonnen worden ist, hatte Rußland

ausschließlich Berchtold zu verdanken, der durch seine grenzenlose Bulgarenfreundschaft in Gegensatz zu Rumänien geriet und diesen dann noch auf die Spitze trieb, bis er unheilbar geworden war. Sah Berchtold in seinem Großbulgarien das Heilmittel gegen das von ihm gefürchtete und gehaßte Großserbien, so war Rumänien wieder geneigt, sich mit einem möglichst großen Serbien und Griechenland gegen ein Großbulgarien zu schützen. Denn Großserbien konnte gar nicht so groß werden, um Rumänien seinen Vorrang unter den Balkanstaaten streitig zu machen. Bulgarien war schon nahe daran, und Berchtold förderte dessen Bestreben. Da Bulgarien mit seiner Beute aus dem ersten Balkankrieg nicht zufrieden war, ermutigte er es zu dem zweiten. Der Zar sollte nach dem Balkanbundvertrag berufen sein, Streitigkeiten über die Verteilung der Beute als Schiedsrichter friedlich zu schlichten. Das paßte Berchtold und seinen Leuten nicht. Noch immer in dem Wahn befangen, daß Bulgarien militärisch stärker sei als seine bisherigen Balkanverbündeten, rieten sie ihm von einer friedlichen Austragung des Streites ab. Graf Tisza, der allmächtige ungarische Ministerpräsident, trat vor, hielt am 19. Juni 1913 im ungarischen Abgeordnetenhaus eine Rede, in der er — ein Fall ohnegleichen — eine fremde Nation, die bulgarische, förmlich zum Krieg aufhetzte. Ein altes Schlagwort wurde wieder ausgegeben, das im Munde des magyarischen Nationalitätenunterdrückers sonderbar genug klang: die Unabhängigkeit der Balkanstaaten, die durch die Anrufung eines Schiedsgerichtes bedroht sein sollte. Vergebens warnte ich vor dieser Politik. Schon am 5. Juni 1913 wies ich auf die abermals falsche Rechnung unserer Diplomaten und Militärs hin, daß in dem neuen Krieg Bulgarien sich als der Stärkere erweisen werde, und fragte: „Was aber geschieht, wenn Serbien im Verein mit Griechenland sich als der Stärkere gegen Bul-

garien behauptet?" Diese andere Alternative wurde absichtlich übersehen, selbst nachdem sie durch das Eingreifen Rumäniens zur Gewißheit geworden war*). Ich warnte vor den Kriegsdrohungen der Ballplatzoffiziösen, die mit den gleichzeitigen Friedensmahnungen Sasonows in so wenig schmeichelhaftem Gegensatz standen**). Vergebens zeigte ich die Unvernünftigkeit des neuesten Schlagwortes unserer äußeren Politik von der fälschlich sogenannten „Unabhängigkeit der Balkanstaaten" auf***). Der zweite Balkankrieg brach aus, die Bulgaren konnten sich nicht auf den Beinen halten, und da faßte Berchtold einen verwegenen Entschluß, der schon die künftige Größe des Weltkriegurhebers verriet: er wollte an der Seite der Bulgaren, gegen die Serben, Griechen und die dem Dreibund angeschlossenen Rumänen, in den Bruderkrieg der kleinen Balkanstaaten eingreifen, und dieser Schritt hätte — nach den uns jetzt bekannten Abmachungen der Ententestaaten — zweifellos den Weltkrieg schon damals entzündet. Nur die deutschen und italienischen Staatsmänner haben damals von dieser seiner Absicht erfahren. Der großen Öffentlichkeit ist sie bis zum Weltkrieg unbekannt geblieben. Erst da hat sie der seinerzeitige italienische Ministerpräsident Giolitti durch eine Enthüllung verraten, die er im Dezember 1914 im italienischen Parlament machte. Er teilte dort mit, daß Berchtold anfangs Juli 1913†) bei der verbündeten italienischen Re-

*) Vgl. meinen Artikel „Maulaffen feilhalten", Morgenblatt der „Zeit" vom 5. Juni 1913.

**) Vgl. meine Artikel in der „Zeit": „Der Neidhammel", Morgenblatt vom 19. Juni 1913 und „Der verschämte Krieg", Morgenblatt vom 5. Juli 1913.

***) Vgl. meinen Artikel „K. u. k. Schlagworte" im Morgenblatt der „Zeit" vom 3. Juli 1913.

†) Giolitti selbst sprach vom Anfang August, Přibram a. a. O. S. 301 stellt aus den österreichisch-ungarischen Geheimakten das obige Datum fest.

gierung angefragt habe, ob er im Kriegsfall auf die Unterstützung Italiens rechnen könne. Sehr naiv, aber ganz im Geiste der Lehren Aehrenthals, dessen Politik auf der Illusion aufgebaut war, daß Italien ein ebenso verläßlicher Bundesgenosse sei wie Deutschland, vielleicht ein noch wertvollerer. Berchtold mochte hoffen, daß er in Rom mehr Erfolg haben werde als der Thronfolger im November 1912 in Springe. Die Antwort Italiens lautete aber — wie bei Skutari — ablehnend. Auch Deutschland soll ihm damals abgewinkt haben*). Nach wenigen Wochen mußten sich die Bulgaren ihren Feinden auf Gnade und Ungnade ergeben. Jetzt sollte, nach Berchtold, einmal er, der Diplomat, wieder gutmachen, was das bulgarische Schwert verfehlt hatte. In die Bukarester Friedensverhandlungen, bei denen Rumänien die Vormacht des Balkans spielte, griff Berchtold fort und fort zugunsten Bulgariens störend ein. Noch im letzten Moment hegte seine Presse die Illusion, daß Rumänien, nachdem seine Ansprüche von Bulgarien befriedigt worden seien, nun seine bisherigen Verbündeten im Stiche lassen und Bulgarien gegen Serbien und Griechenland unterstützen werde. Der rumänische Ministerpräsident Majorescu nahm in einer Rede auf der Friedenskonferenz in Bukarest Anlaß, diese unehrenhafte Zumutung in feierlichen Worten von sich abzuschütteln. Die betreffenden Sätze seiner Rede wurden vom offiziellen Wiener Telegraphenbureau, in alter Totschweigetaktik, unterdrückt. Der Friede von Bukarest sollte ein stabiles Gleichgewicht unter den Balkanstaaten schaffen und deshalb ein dauerhafter sein. Das war für Rumänien und seinen König Carol ein Ehrenpunkt. Aber auch diesen Ehrenpunkt mußte Berchtold verletzen. Er verlangte die Revision des Bukarester Friedens durch die Großmächte, nicht bloß

*) Tirpitz „Erinnerungen", Seite 226. Přibram, S. 302.

eine formelle, sondern auch eine inhaltliche, selbstverständlich zugunsten Bulgariens und zum Nachteil seiner Gegner, und hielt dieses Begehren aufrecht, nachdem auch Rußland sein Revisionsbegehren, das übrigens nur einen Punkt (Kavala) betroffen hatte, zurückgezogen und Sir Edward Grey darauf aufmerksam gemacht hatte, daß die Revision nur durch einen Krieg zu erreichen sei — eine Warnung, die eine bestimmte Tendenz hatte, da Österreich-Ungarn noch immer nicht an seiner Südostgrenze demobilisiert hatte. Da aber scheint man in Berlin endgültig die Geduld mit dem gefährlichen Spiel, das in Wien getrieben wurde, verloren zu haben. Es wurde ein anläßlich des Friedensschlusses stattgehabter Depeschenwechsel zwischen König Carol und dem deutschen Kaiser der Öffentlichkeit übergeben, der eine unverhüllte Ablehnung der Treibereien des Grafen Berchtold bedeutete. König Carol telegraphierte am 7. August 1913 dem deutschen Kaiser, daß „der Friedensschluß gesichert sei, der dank Dir ein definitiver bleibt". Kaiser Wilhelm antwortete, am 8. August 1913, mit einem enthusiastischen Glückwunschtelegramm, in dem er sich zur Mitarbeit an dem Bukarester Frieden bekannte: „Ich freue mich unseres gemeinsamen Zusammenwirkens zum Zwecke des Friedens." Man erfuhr gleichzeitig aus der Presse, daß der deutsche Kaiser von seiner Jacht „Hohenzollern" aus, auf der er sich damals aufhielt, in täglich mehrmaligem telegraphischen Verkehr mit König Carol gestanden und an den dortigen Erörterungen fortlaufend als Mann hinter der Wand teilgenommen hatte. Gleichzeitig ernannte Kaiser Wilhelm, um der von der Ballplatzpresse verschimpften griechischen Armee eine Genugtuung zu geben, den König von Griechenland zum preußischen Generalfeldmarschall und verlieh dem griechischen Kronprinzen Georg das Großkreuz des Roten Adler-Ordens.

Die Telegrammpublikation zog den Vorhang weg und gab der Welt das Geheimnis der beiden einander entgegenarbeitenden Verbündeten, Deutschlands und Österreich-Ungarns, preis. Auch der Abfall Rumäniens von Österreich-Ungarn wurde damit notorisch. Ich hatte in meinem Blatte von beiden Wendungen schon seit Wochen und Monaten dessen Leser unterrichtet*); in der dem Ballplatz nahestehenden Presse, die fast die gesamte Wiener Presse war, war alles geleugnet oder totgeschwiegen worden. Auch jetzt nahm man die Brüskierung, durch den großen und den kleinen Verbündeten zugleich, am Ballplatz nicht tragisch. Berchtold hatte die Taktlosigkeit, in einem Begrüßungstelegramm an den rumänischen Ministerpräsidenten Majorescu die Revisionsbedürftigkeit des Friedens anzudeuten, worauf ihm Majorescu in seinem Antworttelegramm eine deutliche Zurechtweisung zuteil werden ließ. Berchtold soll damals wohl seine Demission angeboten haben. Franz Joseph aber, der sich gar nicht als Kaiser gefühlt hätte, wenn er nicht „justament" das Gegenteil von dem getan hätte, was alle Welt für gut hielt, versicherte ihn seines Vertrauens und Berchtold blieb im Amt. Seine Revisionsidee hat Berchtold nie aufgegeben.

Berchtold jedoch ruhte inzwischen nicht. Noch einmal fand er in dieser Zeit Gelegenheit, die Welt in Atem zu halten. Im Herbst 1913 gerieten die Serben

*) Vgl. meine Artikel in der „Zeit": „Die Extratour ohne Partner", Morgenblatt vom 1. Juli 1913, „Bierbankpolitik", Morgenblatt vom 10. Juli 1913, „Die Bulgarenfreunde", Morgenblatt vom 12. Juli 1913, „Falsch instradiert", Morgenblatt vom 13. Juli 1913, „Der Vorposten Rußlands", Morgenblatt vom 17. Juli 1913, „Bulgaren und Serben", Morgenblatt vom 27. Juli 1913, dann „Keine Revision!", Morgenblatt vom 7. August 1913, „Der Friedensschluß in Bukarest", Abendblatt vom 11. August 1913, „Weder Zweck noch Mittel", Morgenblatt vom 13. August 1913, „Weniger Unaufrichtigkeit", Morgenblatt vom 6. Dezember 1913.

an ihrer neuen Grenze mit den Albanern in Streit und machten — was ich auch sofort tadelte*) — kurzen Prozeß, indem sie in albanisches Gebiet einmarschierten. Graf Berchtold, dem schon so viele Gelegenheiten entgangen waren, die ob der langen Mobilisation bereits unzufriedene Armee endlich angemessen zu beschäftigen, fuhr sofort mit dem gröbsten diplomatischen Geschütz drein. Zum nicht geringen Schrecken der übrigen Welt, die sich von den Gefahren der zwei Balkankriege noch nicht erholt hatte, stellte er am 18. Oktober 1913 an das in diesem Augenblick militärisch ganz erschöpfte Serbien ein Ultimatum mit der gemessenen Frist von acht Tagen, innerhalb deren es seine Truppen vom albanischen Boden zurückziehen sollte. Die Italiener ließen ihn diesmal gewähren, da die Vergrößerung Albaniens in ihrem eigenen Interesse gelegen war**). Die enttäuschten Kriegshetzer in der Wiener regierungsfreundlichen Presse atmeten wieder auf, Fachleute berechneten schadenfroh, daß es den Serben bei der Schwierigkeit des Verkehrs in dieser unwegsamen Gegend selbst bei bestem Willen physisch nicht möglich sein werde, innerhalb acht Tagen den Truppen den Rückzugsbefehl zu erteilen und sie auch zurückzuziehen. Die Serben haben es aber doch zustande gebracht, und die Kriegslustigen an den Wiener Bureauschreibtischen hatten einen Grund mehr zum Haß gegen Serbien. Graf Berchtold hatte wieder einmal — im Verlauf eines Jahres zum fünften Mal — am Pulverfaß Europas herumgezündelt. Es war aber wieder nichts geworden. Er mußte auf eine neue Gelegenheit zum Zündeln warten. In dreiviertel Jahren sollte sie sich ihm wieder bieten.

---

*) Vgl. meine Artikel in der „Zeit“: „Neue Demarche in Belgrad“, Abendblatt vom 20. Oktober 1913, „Ein Sieg ohne Nutzen“, Morgenblatt vom 21. Oktober 1913.

**) Fraknói: „Kritische Studien zur Geschichte des Dreibundvertrages“, Seite 109.

Zwischen zwei Zickzackkursen

Die Versuche Berchtolds, während des Balkankrieges, die diplomatische Kampagne durch eine militärische Diversion zu retten, waren also verunglückt. Der Mißerfolg war nun schon mit Händen zu greifen. In Wien hatte man beim Ausbruch des ersten Balkankrieges ohneweiters angenommen, daß sich diesmal das Schauspiel der „schimmernden Wehr" von 1909 wiederholen werde, und der zeitgenössische Historiograph des Ballplatzes, der gleichzeitig ein Sprachrohr der deutschen Botschaft in Wien war, hatte denn auch in der „Vossischen Zeitung" im November 1912, den Propheten spielend, geschrieben: „Es liegt auf der Hand, daß der Ausgang (des neuen Konflikts zwischen Österreich-Ungarn und Serbien) ähnlich dem der Annexionskrise sein wird. Damals wie jetzt steht das Deutsche Reich mit unerschütterlicher Loyalität (!) auf der Seite seines Bundesgenossen, und außerdem geht Wien mit Rom (!) Hand in Hand, was im Winter von 1908 auf 1909 gar nicht der Fall war ... Graf Berchtold befindet sich in einer günstigeren Lage als Aehrenthal (!), da er auch Italien auf seiner Seite weiß und statt mit Iswolski es mit dem einsichtigen, gradlinig operierenden (!) Sasonow zu tun hat. Und endlich, König Eduard ist tot, der mit dem alliierten Deutschland unzufrieden war und gegen Aehrenthal wirkte ... Trotz aller dieser Schwierigkeiten ist Aehrenthal gegen Serbien Sieger geblieben; und das sollte dem Grafen Berchtold jetzt unmöglich sein?" Jeder dieser Sätze des „vorwärtsgekehrten" Historikers war unwahr und das Ganze ein Unsinn. Aber dieser Unsinn — das bezeugt der „inspirierte" Artikel — war die

höchste Weisheit am Ballplatz. Der Schüler am Ballplatz hatte bequem, wie er nun einmal schon zu denken gewohnt war, gemeint, 1912 werde eine bloße Kopie von 1909 sein, die Weltgeschichte werde sich zugunsten seiner Denkfaulheit wiederholen, und sein Historiker glaubte deswegen, die Geschichte von 1912 schon im voraus schreiben, beziehungsweise abschreiben zu können. Die deutsch-russischen Abmachungen von Potsdam Juni 1910, die russisch-italienischen von Racconigi 1909 und alle anderen Zeichen einer geänderten Zeit hatte Dr. Friedjung offenbar übersehen. Als dann alles anders kam, waren natürlich die anderen an allem schuld. So klagte der Historiograph im Juni 1913 bereits in demselben Blatte die Berliner Regierung ihres Mangels an „unbedingter Zuverlässigkeit" an und beschuldigte sie, daß sie in der letzten Kampagne für Wien nur „zurückhaltende Ratschläge und begütigende Worte" gehabt habe. Nach dem Bukarester Frieden wurde er noch deutlicher, erzählte von Springe, bedauerte, daß sich Wien wie Berlin durch die russische Probemobilisierung haben „bluffen" lassen, und jammerte, daß schließlich nicht einmal „die Form gewahrt worden" sei, da man überflüssigerweise durch Telegramme von Berlin aus den Gegensatz zur Wiener Politik der Welt kundgetan habe. Die deutsche Presse war fast einmütig gegen Wien, da konnte man boshafte Ratschläge an die Wiener Adresse lesen, wie etwa, man solle sich in Wien statt mit der Revision des Bukarester Friedens lieber mit der Revision der eigenen inneren und äußeren Politik beschäftigen, oder Österreich-Ungarn solle sich eher mit Serbien als mit Bulgarien einigen. Ärger konnte man die offiziellen und offiziösen Politiker nicht beleidigen, deren Um und Auf im Serbenhaß und der Aufrechterhaltung der magyarischen Unterdrückungspolitik bestand. In den „Preußischen Jahrbüchern" schrieb Prof. Daniels

schon im April 1913: „Die heutige österreichische Orientpolitik ist der Geringschätzung verfallen!"

Bethmann pries im Reichstag am 9. Dezember 1913 den Bukarester Frieden als Beweis der „maßvollen Haltung Rumäniens, der Weisheit seines Herrschers und der klugen Politik seiner Staatsmänner" und fand „keinen Anlaß zur Schwarzseherei", während Berchtold kurz vorher, am 19. November 1913 in den Delegationen, den Bukarester Vertrag scharf ablehnte und eine „Erregung" unter den Balkanvölkern gerechtfertigt fand, „die einer ruhigen Entwicklung nicht förderlich sein kann". Bethmann wies freilich noch in derselben Rede vom 9. Dezember 1913 „die Anschauung, daß diese Meinungsverschiedenheit unser Bundesverhältnis zu Österreich-Ungarn ungünstig beeinflußt habe", mit Entschiedenheit zurück. Aber etwas scheint doch hängengeblieben zu sein. Seit Goluchowski, dem brillanten Sekundanten, war doch in die Wiener auswärtige Politik ein neuer Geist eingezogen. Die Tradition Aehrenthals, auf eigene Faust zu handeln, sich von Berlin unabhängig zu machen, hatte Berchtold festgehalten. Aehrenthal hatte die Politik mit großem äußeren Erfolg betrieben, sein Schüler hatte dabei in stümperhafter Nachahmung nur Mißerfolge zu verzeichnen. Aber bei dieser Politik blieb's in Wien, und Berchtold verharrte auf seinem Posten, als auch schon die ganze Öffentlichkeit gegen ihn stand. In Berlin mußte man erkennen, daß in Wien ein unbeugsam starrer Sinn, ein beschränkter oder seniler Eigensinn (wahrscheinlich ein glückliches oder unglückseliges Zusammentreffen beider Spielarten) herrschte, der weder von Berlin noch von den grausamen Tatsachen Belehrung annahm. Daß nun Wien, nachdem es so kräftigen Lektionen widerstanden hatte, sich auch in Zukunft von seiner halsstarrigen Richtung nicht werde ab-

bringen lassen, war die Erfahrung, die man in Berlin aus den Ereignissen von 1912 und 1913 ableiten mußte. In Berlin aber war man veränderlich, anpassungsfähig, die Anpassungsfähigkeit oder Veränderlichkeit war hier zum Prinzip geworden. War da nicht von vornherein anzunehmen, daß bei der nächsten großen Wendung der hohen Politik die Berliner eher den Wienern als die Wiener Herren den Berlinern nachgeben werden? Rückschauend mußte man sich überdies in Berlin sagen, daß die Bülowsche Nibelungentreue beiden Teilen Erfolg gebracht, die Bethmannsche Unstimmigkeit mit einer Schwächung der internationalen Stellung des Zweibundes, nicht bloß Österreich-Ungarns, sondern auch Deutschlands geendet hatte. In Berlin war man auch schon lange nicht mehr gewohnt, in der Politik spitzfindigen Untersuchungen des Kausalnexus nachzugehen, man hielt sich hier seit Bismarck an die grobe Empirie, welche in der Politik äußerer, augenblicklicher Erfolg heißt, und sah in diesem das einzige Kennzeichen einer guten Politik. Und hier? Sprach der Erfolg nicht für eine künftige Wiederholung der Bülowschen Politik der Nibelungentreue durch dick und dünn, gegen die Bethmannsche Politik der eigenen Prüfung? War der Berliner Zickzackkurs nicht wieder einmal an einer neuen Wendung angelangt? Mußte nicht, kraft des Gesetzes der Inkonsequenz, das Berlin beherrschte, der nächste österreichisch-ungarische Konflikt Berlin wieder im Gefolge Wiens sehen? War nicht so schon, durch die kombinierte Paradoxie der Zickzack- und der Erfolgpolitik, in den Balkankriegen und der damaligen Unstimmigkeit zwischen Berlin und Wien die verhängnisvolle Einstimmigkeit vorbereitet, welche im Juli 1914 beide Verbündete in den Abgrund reißen sollte?

Neue Rüstungen

Graf Berchtold in Person suchte seine Mißerfolge zu verhehlen oder zu leugnen, solange es nur irgendwie anging. Im Fälschen der öffentlichen Meinung erwies er sich sogar seinem Vorgänger überlegen. Die Differenzen mit Deutschland ignorierte er, obzwar in der ungarischen Delegation von Apponyi u. a. darüber ausführlich gesprochen worden war. Noch am 13. November 1913 hatte er die Stirne, in den Delegationen sich „vollkommen korrekter freundschaftlicher Beziehungen zum russischen Reiche" zu rühmen. Die Antwort war die Veröffentlichung der serbisch-bulgarischen Geheimverträge im Pariser „Matin" (wahrscheinlich auf Betreiben Iswolskis), aus denen hervorging, daß Rußland von allem Anfang an von dem Balkanbund und seinen Zielen gewußt hatte*). Noch bedenklicher waren Berchtolds Lügenpraktiken in der rumänischen Sache. Ich war mit meinen Mitteilungen über den Abfall Rumäniens von Österreich-Ungarn im Sommer 1913 in der österreichisch-ungarischen Publizistik allein geblieben**). Was da in Rumänien vorfiel, Parlamentsreden gegen Österreich-Ungarn, öffentliche Demonstrationen, ein Österreich, respektive Ungarn feindliches Sensationsdrama, welches einen Riesenerfolg erlebte — das alles wurde in der übrigen österreichisch-ungarischen Presse totgeschwiegen. So konnte Berchtold die Kühnheit haben, in den Delegationen am 15. Dezember 1913 alle Nachrichten über eine Verschlechterung der Beziehungen Österreich-Ungarns zu Rumänien als „Fabeldich-

*) Vgl. meinen Artikel „Rechtzeitige Aufklärung" im Morgenblatt der „Zeit" vom 26. November 1913.

**) Vgl. meinen Artikel „Ein stilles Fiasko" im Morgenblatt der „Zeit" vom 26. Juni 1913.

tung“ und „systematisch betriebene Minierarbeit“ zu verdächtigen. Diesen Ring der Verschwörung gegen die Wahrheit durchbrach erst der neuernannte österreichisch-ungarische Gesandte in Bukarest, Graf Ottokar Czernin (der spätere Minister des Äußern), der Ende Jänner 1914 in einem Zeitungsinterview vor der ungarischen Nationalitätenpolitik gegenüber den einheimischen Rumänen warnte und eine „gewisse“ „in der letzten Zeit“ eingetretene „Spannung“ in den Beziehungen der österreichisch-ungarischen Monarchie zum Königreich Rumänien einbekannte. Für diese Aufrichtigkeit wurde dann Graf Czernin von einem der hervorragendsten Verschwörer gegen die Wahrheit, dem ungarischen Ministerpräsidenten Grafen Tisza, im ungarischen Abgeordnetenhaus zurechtgewiesen, ohne aber daß selbst ein Tisza gewagt hätte, wie Berchtold von „Fabeln“ zu sprechen*).

Alle diese Vertuschungsmanöver halfen nicht viel. So gewichtige und gewaltige Tatsachen wie die diplomatische Niederlage und Schwächung der beiden Zentralmächte konnten auf die Dauer nicht verschwiegen und übersehen werden. Die Militärs vor allem fühlten sich verpflichtet, ihrerseits die Konsequenzen aus der neuen Lage zu ziehen. Die Kriegsminister der beiden Zentralmächte forderten von den Parlamenten bedeutende Heeresvermehrungen und begründeten ihre Notwendigkeit mit der durch die Balkankriege verschlechterten außenpolitischen und militärischen Lage. So der preußische Kriegsminister schon im Frühjahr 1913, der österreichisch-ungarische im Herbst 1913. Das österreichisch-ungarische Kriegsministerium verlangte im Herbst 1913 eine zwanzigprozentige Erhöhung des Rekrutenkontingents, das erst im vorhergegangenen Jahre eine Steigerung er-

*) Vgl. meinen Artikel „Der Fabeldichter“ im Morgenblatt der „Zeit“ vom 3. Februar 1914.

fahren hatte. Während die Wehrvorlage von 1912 mit der natürlichen Bevölkerungsvermehrung begründet wurde, sagte das österreichisch-ungarische Kriegsministerium von der Wehrvorlage des Jahres 1913: „Die Militärverwaltung ist hierin bis an die äußerste Grenze desjenigen gegangen, was bei den dermaligen außerpolitischen Verhältnissen (!) im Interesse der Sicherheit der Monarchie noch verantwortet werden kann*)". In der Debatte über die Wehrvorlage im Deutschen Reichstag wurde ganz offen die militärische Schwächung der Türkei und auch Österreich-Ungarns durch die Siege der Balkanstaaten besprochen. Der preußische Kriegsminister Heeringen entledigte sich des Selbstbewußtseins des Großen Generalstabes, indem er ganz kleinmütig im Deutschen Reichstag am 7. April 1913 gestand: „Der Herr Abgeordnete Dr. Müller hat gesagt, die Militärverwaltung hätte sich von den Ereignissen auf dem Balkan überraschen lassen. Das ist durchaus richtig, das ist aber sehr vielen Leuten ebenso gegangen." Der Reichskanzler Herr von Bethmann stimmte der Argumentation der Militärs vollkommen zu. Dabei passierte ihm ein Lapsus. Er perorierte nämlich am 7. April 1913: „Sollte es einmal zu einer europäischen Konflagration kommen, die Slawen und Germanen einander gegenüberstellt..." Und nachher wunderte man sich, wenn die Slawen Österreich-Ungarns nicht mit derselben Begeisterung in den Weltkrieg gingen wie die Deutschen! Die erhöhte Anspannung der militärischen Kräfte der Mittelmächte konnte übrigens nur vorübergehend ihre außenpolitische Niederlage wettmachen, Frankreich antwortete mit der dreijährigen Dienstzeit, Rußland mit Erhöhung des Rekrutenkontingents, strategischen Bahnen u. Ä., und die Berliner Generalstäbler hatten bald ausgerechnet, daß die Rüstungen

*) Vgl. meinen Artikel „Ein Armutszeugnis" im Morgenblatt der „Zeit" vom 18. Oktober 1913.

der Gegner im Jahre 1916 ihre volle Wirkung erreicht haben würden, und dieses Jahr bildete fortan den Schrecken aller militärischen Konjecturalpolitiker in Deutschland.

Ich habe in meinem Blatt aus den Erfahrungen der beiden Balkankriege eine andere Konsequenz gezogen als unsere Diplomaten und Militärs: die pazifistische, und in verschiedenen Artikeln, die ich noch während der Balkankriege im Frühjahr und im Sommer 1913 veröffentlichte, gezeigt, daß unsere Diplomatie mit ihren Mobilisierungen nichts ausgerichtet hatte, daß sie mit ihrem Sträuben gegen eine europäische Konferenz nicht durchgedrungen war, und das bißchen Scheinerfolg, das sie davongetragen, nur der Botschafterreunion, dem europäischen Konzert, den friedlichen Verhandlungen am Konferenztisch und nicht den Mobilisierungen zu verdanken hatte*). Die Eröffnung des zwanzigsten Friedenskongresses im Haag im August 1913 nahm ich dann zum Anlaß, um an den Erfahrungen der Balkankriege zu zeigen, daß nicht das Schwert, der „organisierte Mord", sondern das Recht die letzte Entscheidung in den Lebensfragen der Staaten und Völker zu bringen berufen ist, daß in Zukunft „nichts anderes übrig bleibe, als daß die Kulturstaaten die Anerkennung dessen erzwingen, was sie als Recht zwischen den Streitenden gefunden haben"**). Hatte ich schon am Beginn des ersten Balkankrieges in dem bereits erwähnten Artikel „Verwandtenpolitik" gezeigt, daß die österreichisch-ungarische Monarchie vermöge ihrer nationalen Zusammensetzung zur Kriegführung ungeeignet sei, so konnte ich nach den Ergebnissen der beiden Balkankriege diese Warnung verstärken, indem ich im Oktober

*) Vgl. meinen Artikel „Pistolen und Bezirksgericht" im Morgenblatt der „Zeit" vom 3. April 1913.

**) Vgl. meinen Artikel „Die blamierte Gewalt" im Morgenblatt der „Zeit" vom 21. August 1913.

1913 darauf hinwies, „daß für den Fall kriegerischer Verwicklungen die Phalanx unserer Feinde an der Südost- und Ostgrenze keine Lücke mehr zeigt", daß also unsere schon vordem schwierige militärische Situation bis zur Unmöglichkeit der Kriegführung sich verschärft habe*). Die Tatsachen, die in der verhältnismäßig kurzen Zeit von einem Jahre auf alle urteilsfähigen Menschen eingestürmt waren, sprachen zu eindringlich, als daß sie nicht die allerdings verzehnfachten Verdunkelungs- und Täuschungsmanöver der offiziellen und offiziösen Macher hätten überwinden müssen**). Die Wahrheit über unsere Mißerfolge drang durch. Trotzdem noch immer fast die gesamte Presse die Ballplatzpolitik unterstützte und schützte, wurde diese doch von der Bevölkerung ganz allgemein verurteilt. In der nächstfolgenden Session der sonst so lammfrommen Delegationen wurde die Politik des Grafen Berchtold, die in ihrer Halbheit, Unsicherheit und Erfolglosigkeit weder den Friedensfreunden noch den Heißspornen gefallen konnte, aufs Heftigste angegriffen. Man ging vom Schüler auf den Lehrer zurück, die Politik Aehrenthals, die einst von den Delegationen mit Enthusiasmus gebilligt worden war, wurde jetzt nachträglich, da sie ihre Früchte zu zeigen begonnen hatte, ernstlich geprüft und ihre Fehler aufgedeckt. Auch Graf Aehrenthal, früher der „österreichische Bismarck" genannt, fand, noch nicht zwei Jahre nach seinem Tode, vier Jahre nach seinem großen Erfolg, in den Delegationen des Winters 1913 keinen Verteidiger mehr***).

---

*) Vgl. meinen Artikel „Der Wohltäter" im Morgenblatt der „Zeit" vom 11. Oktober 1913.

**) Vgl. meinen Artikel: „Die Hauptfehler unserer Balkanpolitik" im Morgenblatt der „Zeit" vom 19. November 1913.

***) Vgl. meinen Artikel „Der Weg zur Besserung" im Morgenblatt der „Zeit" vom 28. November 1913.

Am Ballplatz sah man mich als das Karnickel an, das angefangen hatte. Unter dem neuen Leiter des Literarischen Bureaus, Ritter von Montlong, erreichte die Verfolgungssucht dieses Bureaus gegen mein Blatt und mich den Höhepunkt. Fast kein Tag verging, wo nicht in einem der vielen von Montlong beeinflußten Blätter infame Beschimpfungen, versteckte Verleumdungen gegen mein Blatt und mich erschienen. Da glaubte aber eines Tages die blinde Henne ein Korn gefunden zu haben. Herr von Montlong flüsterte nicht mehr und verleumdete nicht mehr heimlich im Kreise der Vertrauten, sondern sagte es offen heraus, daß er der bedenklichen Verbindung meines Blattes mit der serbischen Regierung auf die Spur gekommen sei, er habe nämlich festgestellt, daß unser Blatt seine politischen Direktiven von der serbischen Regierung beziehe. Als wir, Prof. Singer und ich, das erfuhren, waren wir froh, endlich den Stier bei den Hörnern packen zu können und richteten an Herrn von Montlongs Vorgesetzten, den Minister des Äußern Grafen Berchtold, einen Brief, in dem wir die Verleumdungen des Herrn von Montlong gebührend kennzeichneten. Der Brief lautete:

„Wien, 18. Oktober 1913.

Euer Exzellenz!

Als Herausgeber der Wiener Tageszeitung „Die Zeit" sehen wir uns veranlaßt, Euer Exzellenz von einem Vorfall Kenntnis zu geben, der sich am Freitag, den 17. d. M. um die Mittagszeit zutrug.

Im Auftrage des mitunterzeichneten Chefredakteurs der „Zeit", Dr. Kanner, wandte sich der Redakteur der „Zeit", Herr Oberleutnant a. D. Schlemlein, wie dies bisher in solchen Fällen üblich war, telephonisch an den Herrn Sektionsrat Ritter von Montlong, um sich bei dem genannten Herrn

die Angabe der Stunde zu erbitten, wann er behufs Einholung politischer Informationen für ihn zu sprechen sein würde. Es ergab sich dabei das folgende telephonische Gespräch:

Schlemlein: Wann kann man vorsprechen?

Montlong: Haben Sie wieder das Bedürfnis, bei uns zu erscheinen?

Schlemlein: Ich persönlich habe das Bedürfnis nicht, aber ich bin von meiner Redaktion beauftragt.

Montlong: Ich habe kein Bedürfnis, mich mit der „Zeit" zu befassen, so lange sie eine so ausgesprochen reichsfeindliche Haltung einnimmt. Sie beziehen ja Ihre Informationen von den serbischen Behörden in Belgrad — ich habe Beweise. Im übrigen bin ich Mittwoch und Samstag zu sprechen.

Schlemlein: . . .

Montlong: Schlußzeichen.

Die in den Äußerungen des Herrn Sektionsrates Ritter von Montlong gelegene ehrenrührige Unterstellung, daß die „Zeit" eine reichsfeindliche Haltung einnehme und ihre Informationen, das will in diesem Zusammenhang sagen, ihre Direktiven von den serbischen Behörden in Belgrad bezieht, weisen wir hiemit als eine grundlose Verdächtigung ganz energisch zurück. Wenn Herr Sektionsrat Ritter von Montlong Beweise für seine Behauptungen hat, so fordern wir ihn hiemit durch Euer Exzellenz als seinen dienstlichen Vorgesetzten auf, diese Beweise vorzulegen. Sie werden sich, wenn Herr Sektionsrat Ritter von Montlong überhaupt etwas, was er für Beweise halten mag, in der Hand hat, zweifellos ebenso sehr als Fälschungen erweisen wie die berühmten Wassitschschen Dokumente, die das Literarische Bureau des k. u. k. Ministeriums des Äußeren gelegentlich des Friedjung-Prozesses der Öffentlichkeit hat übergeben lassen.

Wenn der Herr Sektionsrat Ritter von Montlong seine Insinuation, wie wir bis auf weiteres annehmen, nicht selbst erfunden hat, so ist er das Opfer eines Verleumders geworden. Derartige Verleumdungen weiter zu tragen, erscheint uns ebensowenig eines Funktionärs eines hohen k. u. k. Ministeriums des Äußern als es unser würdig wäre, auch nur ein Wort zur Widerlegung einer derartigen Unterstellung zu verlieren.

Wir glauben auf Euer Exzellenz bekannte Korrektheit und Loyalität rechnen zu dürfen, wenn wir hiemit Euer Exzellenz bitten, zu veranlassen, daß Herr Sektionsrat Ritter von Montlong uns seine angeblichen Beweise zur Kenntnis bringe oder seine verleumderischen Behauptungen ohneweiters widerrufe.

Mit dem Ausdruck unserer ausgezeichneten Hochachtung zeichnen wir

Euer Exzellenz

ergebenst

Dr. Heinrich Kanner. Prof. Dr. J. Singer."

Auf diesen Brief hin meldete sich Herr von Montlong zu einer Besprechung mit uns beiden an. Nach seinen „Beweisen" befragt, erzählte Herr von Montlong recht kleinlaut, er habe in journalistischen Kreisen gehört (!), daß unser Blatt von einem Mitglied des serbischen Preßbureaus in Belgrad bedient werde. Das war natürlich kein „Beweis", am allerwenigsten ein solcher für die freche amtliche Ehrabschneiderei des Preßdepartementschefs. Ich konnte aber um so prompter mit Gegenbeweisen dienen. An der Hand meines Briefwechsels mit unserem Belgrader Korrespondenten wies ich Herrn von Montlong schwarz auf weiß nach, daß seine „Information" über unseren Belgrader Korrespondenten eben so

falsch war wie die sonstigen hochpolitischen Informationen des Ballplatzes über Serbien zu sein pflegten. Herr von Montlong wußte auf die ihm vorgelegten Dokumente nichts zu erwidern, mußte eingestehen, daß unsere Beziehungen zur Belgrader Journalistik die denkbar korrektesten waren, und beschämt seine diffamierende Behauptung, für die er auch nicht den Schatten eines Beweises beibringen konnte, zurückziehen. Um nun dieser kleinen privaten Gerichtsverhandlung, in der er unversehens aus dem Ankläger zum Angeklagten und Verurteilten geworden war, einen freundlicheren Abschluß zu geben, ging er auf eine Besprechung der politischen Lage über. Als ich dabei die damals gerade viel besprochenen Bestrebungen zur Vereinigung der nicht mehr durch den Sandschak getrennten zwei serbischen Königreiche, Serbien und Montenegro, erwähnte, fuhr Herr von Montlong plötzlich kreidebleich mit blitzenden Augen auf und rief: „Das wäre der Krieg!"

Die Hoffnung auf den Säbel

Conrad von Hötzendorf

Mit einer gewissen Befriedigung konnte ich Ende 1913 feststellen, daß die Kritik, die ich an unserer äußeren Politik seit Kalnoky, insbesondere aber an der Aehrenthals und Berchtolds, so viele Jahre lang als Prediger in der Wüste geübt hatte, nun endlich in das allgemeine Bewußtsein übergegangen war. Auch die imperialistisch-militärische Partei eignete sie sich an, allerdings mit einer ganz anderen Nutzanwendung. Aus den Mißerfolgen der Berchtoldschen Diplomatie zog sie die ihr genehmen kriegerischen Schlußfolgerungen. Nach ihr hatte man wie 1909 so auch diesmal wieder eine Gelegenheit verpaßt, um mit Serbien „Ordnung zu machen", das heißt Serbien mit Krieg zu überziehen und militärisch zu vernichten. So rächte sich die Politik der Halbheit Berchtolds. Sie ließ schließlich alle unbefriedigt. In der Tat hatte die abermalige Mobilisierung der Armee, die im Südosten gegen Serbien bis nach Schluß des zweiten Balkankrieges noch aufrechterhalten wurde, während sie im Nordosten gegen Rußland schon im Frühjahr auf Grund eines Abkommens mit Rußland aufgelassen wurde, große Erwartungen erregt, die nun, als die Truppen zum zweitenmal im Verlauf von vier Jahren, ohne Schwertstreich wieder nach Hause entlassen wurden, bei den Offizieren in eine tiefe Enttäuschung, bei der kontribuierenden Bevölkerung in berechtigten Unwillen ob der nutzlos vergeudeten Volkskräfte und Geldmittel umschlugen. Die Armee war verstimmt und demoralisiert. Ein anonym erschienener Armeeroman eines Leutnants gab dieser Seelenverfassung Ausdruck: „Quo vadis Austria? Ein Roman der Re-

signation. Von einem österreichischen Offizier." Der Held des Romans, ein österreichischer Offizier, sagt auf die Frage, ob es zum Weltkrieg kommen wird: „Zweimal haben wir einen günstigen Augenblick versäumt. Das drittemal wird er nicht kommen. Und wir werden im ungünstigsten Augenblicke zu Felde ziehen müssen, weil wir den richtigen nicht zu benützen verstanden." Der Roman wurde konfisziert. Er war wohl literarisch wertlos, verdiente aber als Symptom Beachtung. Die Militärpartei und mit ihr die Ballplatzclique sannen auf eine neue „Gelegenheit", eine Gelegenheit, Serbien zu überfallen*). Auf die Diplomaten war kein Verlaß. Wenn selbst ein Aehrenthal, wie man nachträglich erkannte, versagt hatte, wie konnte man von einem Berchtold Besseres erwarten! Nur eine Hoffnung blieb, die auf den Säbel. Und die war glücklicherweise vollauf gerechtfertigt, sie hieß Conrad von Hötzendorf. So meinten Militaristen und Imperialisten, und so sprachen und so dachten ihnen die vielen Naiven im Lande der Naivetät nach. Das Vertrauen zu Conrad war um so größer, je weniger er bisher Gelegenheit gehabt hatte, es zu rechtfertigen. Conrad hatte noch keinen Krieg mitgemacht; das sahen seine Anhänger als ein Unglück an, denn sicher hätte er gesiegt, daran war gar kein Zweifel. Selten noch sind die Vorschußlorbeeren des Friedens einem General in so reichem Maß zuteil geworden wie Conrad. Sein Fall erinnert ein wenig an den des „Generalfeldmarschalls der Welt", des Grafen Walder-

*) Im gemeinsamen Ministerrat vom 7. Juli 1914, in dem nach dem Sarajevoer Mord über den Krieg gegen Serbien beraten wurde, sagte der gemeinsame k. u. k. Kriegsminister v. Krobatin, „wir hätten schon zwei Gelegenheiten versäumt, um die serbische Frage zu lösen, und jedesmal die Entscheidung hinausgeschoben." Damit begründete er sein Votum, daß „ein diplomatischer Erfolg keinen Wert habe" und diesmal Österreich-Ungarn losschlagen müsse. (Österreichisches Rotbuch, I. Teil, Nr. 8.)

see, dessen Feldherrnruhm ein Ende fand, als er in den Boxerunruhen in China das erstemal Gelegenheit fand, ihn zu bewähren. Doch Conrads Ruhm war größer als der Waldersees. Eher erinnerte er noch an Boulanger, wenn man von den republikanischen Möglichkeiten absieht, die diesem in Frankreich winkten, und der guten Figur, die er zu Pferde machte. Aber Conrads Ruhm erwies sich immerhin als dauerhafter, er überlebte den Frieden und sogar die ersten Kriegsjahre.

Die Gunst des Schicksals war für Conrad sein Vorgänger im Amt des Chefs des Generalstabes, Baron Beck. Unter allen den alten Dienern Franz Josephs, mit denen der 1906 einsetzende Einfluß des Thronfolgers aufräumte, war Beck nicht nur der älteste, sondern der anerkanntermaßen verknöchertste. Über seine Unfähigkeit herrschte nur eine Stimme, und in der populären Vorstellung war er der Mummelgreis des Reiches. Dem mehr als siebzigjährigen Franz Joseph gab er in dieser Art, solange er wirkte, eine Folie ab, denn Franz Joseph war jung, frisch und tatkräftig im Vergleich zu seinem ersten militärischen Berater. Daß „nichts geschah", begriff man, wenn man an den Chef des Generalstabes dachte, den nichts zu seinem hohen Amt befähigte als die Gunst seines Herrn: ein gebrechliches altes Thaddädelchen, das man mit der Miene eines gutmütigen kleinen Affen jeden Tag in den Straßen von Wien spazieren gehen sehen konnte, wie ein lebendiges Bild militärischer Unzulänglichkeit. In gewissem Sinne war der alte Mann, dessen Hinfälligkeit die boshafte Legende übrigens stark übertrieb, eine Säule des europäischen Friedens. Denn daß er und daß man mit ihm keinen Krieg unternehmen würde, bedurfte keines besonderen Beweises, das war eine sinnenfällige Gewißheit. An seine Stelle trat nun ein jüngerer Mann, für den die Hofgunst nicht letzter Zweck, sondern bloß Mittel war,

der in seinen Gedanken seine Laufbahn nicht im „Militärschematismus", der Rangliste der österreichisch-ungarischen Armee, beschließen wollte, sondern in der Weltgeschichte. Ob Conrad diesen verhängnisvollen Ehrgeiz von Anfang an hegte, darf bezweifelt werden. Innerlich glich er doch noch immer eher als dem großen Napoleon seinem Vorgänger Beck, dessen Karriere vielleicht auch die seinige hätte werden können, wenn das Schicksal es so gewollt hätte. Doch das Schicksal wollte es anders. Auf Beck war das Auge des Herrn gefallen, als dieser, Franz Joseph, eben, 1866, sich seine Kriegshörner abgelaufen hatte. Conrad war, vierzig Friedensjahre später, von dem neuen, dem kommenden Herrn ausgewählt worden, als dieser, Franz Ferdinand, eben mit vollen Segeln auf den Ozean der hohen Politik hinaussteuerte, ohne zu wissen, wohin und wieso.

Unter den Jüngeren, die in den verschiedenen Zweigen der Staatsverwaltung an die Reihe kamen, war Conrad diejenige Stellung zugefallen, in der man sich am allerwenigsten abnützt, solange Frieden herrscht. Ein neuer Minister des Äußern oder des Innern arbeitet vom ersten Tag seiner Amtstätigkeit angefangen in seinem Ernstfall und kann sich schon am ersten Tag endgültig vor aller Welt blamieren. Der Generalstabschef bereitet, solange Frieden herrscht, seinen Ernstfall nur vor, und seine Wirksamkeit bleibt dem großen Publikum verborgen. Nur die Fachleute, die ihn intim an der Arbeit beobachten, können auf seine Bewährung im Ernstfall Schlüsse ziehen, und auch das sind nur Wahrscheinlichkeitsschlüsse. Wer aber sind diese Fachmänner? Seine eigenen Untergebenen, seine Kreaturen, bestenfalls seine gleichrangigen Kameraden. Das Problem des Vorschußlorbeers wird so zu einer Frage der Clique. Beck hatte die militärische Clique überaltert, Conrad gehörte zu ihr, und sie war

ihrer Zusammensetzung nach die mächtigste, die man sich denken konnte. Denn an ihrer Spitze stand kein Geringerer als der Thronfolger, der in diesem Fall mehr war als selbst der Kaiser. Denn auch der alte Kaiser war für die aufstrebende Generation eine abgetane Größe überhaupt und militärisch ganz besonders, denn Kriege hatte er wohl geführt, aber nur verloren. Der Thronfolger war militärisch ein weißes Blatt Papier, wie der neue Chef des Generalstabes, er hatte keinen Krieg verloren, da er keinen noch geführt hatte. Er war tonangebend für die ganze Armee, deren größerer Teil aller menschlichen Voraussicht nach weniger von dem regierenden als von dem nachfolgenden Herrn zu erwarten hatte. Da Franz Ferdinand in Conrad den großen Feldherrn der Zukunft sah, mit dessen Hilfe er einst „seine" selbstverständlich erfolgreiche Politik im großen Stil machen würde, erblickte die „Armee", das heißt die herrschende militärische Clique, in Conrad das gleiche, und wahrscheinlich noch mehr als der Thronfolger selbst. Auch ein Mann von Selbstkritik hätte in diesem mit seiner Person getriebenen Kultus an sich selbst irre werden, das heißt sich selbst überschätzen können. Conrad besaß aber weder die Fähigkeit, andere richtig einzuschätzen, noch die schwierigere, sich selbst zutreffend zu beurteilen. Nicht nur von seinem Vorgänger stach er vorteilhaft ab, er ragte auch in einer gewissen sichtbaren Art über seine Umgebung hinaus. Er hatte ein Buch über Taktik geschrieben, das auch im Ausland Anerkennung gefunden hatte. Bücher schreiben ist unter den höheren deutschen Offizieren nichts Außergewöhnliches und deshalb auch nichts Außerordentliches. Unter den deutschen Offizieren gibt es sogar Meister des Stils, man braucht nicht nur an den Moltke der früheren Generation zu denken oder an den Clausewitz einer noch älteren, auch die neuere Generation hat sich schriftstellerischen Ruhm erwor-

ben, ein Bernhardi zum Beispiel. Im österreichischen Offizierskorps gehört das Schreiben über die Sphären des Amtsstils hinaus zu den unbekannten Künsten. Ein Offizier, der schreiben kann, erweckt bloß durch seine schriftstellerische Überlegenheit leicht das Vorurteil der militärischen. So war Conrad schon vor seiner „Entdeckung“ durch den Thronfolger eine Qualität in der k. u. k. Armee gewesen. Nun plötzlich, durch die magische Gewalt des autokratischen Oberbefehlshabers aus dem Dunkel eines Divisionskommandos zu der leuchtenden Stellung des Chefs des Generalstabes emporgehoben, als Nachfolger der zweifellosen Mediokrität und Senilität eines Beck, wurde Conrad zum Idol der um ihrer eigenen Eitelkeit willen nach einem großen Führer schmachtenden Armee, der Weihrauchnebel stieg ihm zu Kopf, er glaubte selbst bald und gern an das ihm von so vielen anderen nachgesagte Feldherrngenie und wollte nicht sterben, ohne dieses im Ernstfall bewährt und sich, wie die Phrase lautet, „mit eisernem Griffel in die Annalen der Weltgeschichte“ eingeschrieben zu haben. Da er aber im Augenblick seiner Entdeckung und Selbstentdeckung schon ziemlich hoch in den Jahren stand, hatte er keine Zeit zu verlieren. Es mußte bald ein Krieg ausbrechen, sonst hatte Conrad sich überlebt. Das ist die natürliche Psychologie des Generals, so werden die echten Offiziere von selbst zur Kriegspartei, und so wurde Conrad, da er an ihre Spitze kam, zum Führer und Abgott der Kriegspartei. Gleich nach dem ersten Manöver, das er als Chef des Generalstabes leitete, 1907, drängte er zum Krieg, er nahm beim Kaiser Audienz und überraschte diesen auf die Frage nach seinen Wünschen mit der lapidaren Antwort: „er beantrage (!) den Krieg mit Italien“, ohne daß dazu irgend ein besonderer Anlaß vorgelegen wäre. Der Kaiser ging auf diesen Vorschlag eines Präventivkrieges, obzwar Conrad „sich für die Ent-

scheidung binnen vier Wochen verbürgte", nicht ein*). In zwei Denkschriften vom 6. April und 4. September 1907 empfahl er dem Kaiser den Krieg gegen Italien, dieser aber folgte den friedlichen Ratschlägen des Italien freundlichen Aehrenthal. Da es mit Italien nicht ging, wählte Conrad anfangs 1908 für seine Kriegslust ein geeigneteres, weil schwächeres und auch Aehrenthal verhaßtes Objekt, Serbien. In der Annexionskampagne hoffte er schon auf Aehrenthal. Doch dieser enttäuschte ihn durch deren unblutigen Abschluß, und in einer Denkschrift an den Kaiser vom 3. April 1909 entlud sich seine Wut darüber, daß die von ihm „wiederholt beantragte kriegerische Austragung der serbischen Frage" vereitelt worden war**).

Conrad konnte den Krieg gar nicht erwarten. Wenn man aber den Krieg nicht mehr erwarten kann, sondern herbeiführen will, kann man sich mit dem Waffenhandwerk nicht begnügen, man muß in die hohe Politik übergreifen. Das tat denn Conrad auch. Seine Politik war der Säbel. Solange sein Kollege in Franz Ferdinand, Aehrenthal, selbst Politik mit dem Säbel trieb, in der Annexionskampagne, arbeiteten beide einträchtig miteinander, und Conrad gönnte ihm den Ruhm des österreichischen Bismarck, in der sicheren Anwartschaft auf den des österreichischen Moltke. Sowie aber Aehrenthal, für seine Person befriedigt, ruhigere Bahnen einschlug, sowie es den Anschein gewann, daß dieser österreichische Bismarck ohne einen Moltke in die Walhalla einzuziehen gedenke, trennte sich Conrad unbefriedigt von Aehren-

*) Vgl. K. Fr. Nowak „Der Weg zur Katastrophe" (ein von Conrad selbst beglaubigtes Kriegsbuch seines Leibjournalisten), Seite 32 f.

**) Přibram: „Der Konflikt Conrad-Aehrenthal" (auf Grund von amtlichen Quellen), „Österreichische Rundschau", August-Heft 1920.

thal, wurde dessen heftigster Gegner und — sein eigener Bismarck. Conrad entdeckte in sich selbst den überragenden Staatsmann, der ihm fast noch wichtiger war als der Feldherr in seiner Brust*). Denn was ist ein Feldherr, wenn er keinen Staatsmann zur Seite hat, der ihm einen passenden, möglichst siegessicheren Krieg präsentiert? Conrad geriet so auf die in Österreich noch unbetretenen Wege des malkontenten politisierenden Generals, dessen Gefährlichkeit man aus Mangel an Erfahrung nicht erkannte. Sonst kontrollieren Staatsmann und Militär einander. Sind beide Funktionen in einer Person vereint, so entfällt die wohltätige Kontrolle, der Staatsmann in Generalsuniform kennt nur eine Politik, die der „militärischen Notwendigkeiten", hinter denen sich seine persönlichen verbergen, und das ist der Krieg mit seinem Avancement, seinen Dekorationen, seiner Machtfülle, seinen Bezügen und dem weltgeschichtlichen Ruhm noch dazu. Nach der Annexionskampagne wandte sich Conrads kriegerisches Interesse wieder Italien zu, dann Rußland und neuerdings Serbien und Montenegro. Den Kaiser und Aehrenthal hielt Conrad, der den Anschluß an die Weltgeschichte zu versäumen fürchtete, mit seinen verärgerten Denkschriften und wechselnden Kriegsanträgen, bald gegen diesen, bald gegen jenen „Feind", bald gegen alle zusammen, unablässig in Atem. Als Ende 1911 Italien die Türkei angriff, hielt Conrad es nicht mehr aus, er verlangte stürmisch den Krieg gegen Italien, ohne besonderen Anlaß, bloß weil das damals in Tripolis vollauf beschäftigte Italien ein leichtes Opfer seines militärischen Ehrgeizes werden konnte. Aehrenthal erwies sich aber als der Stärkere und Conrad trat zurück

*) „Er vergaß den General, nur der Staatsmann Conrad dachte jetzt." So schreibt sein authentischer Lobredner Nowak, a. a. O. Seite 20.

und — räsonierte. So blieb er *en vogue*. Als dann der Balkankrieg kam und keinen „österreichischen Bismarck", sondern einen echten Dilettanten ohne Anführungszeichen am Ballplatz traf, wurde Conrad eiligst an die Spitze des Generalstabes zurückberufen, und seine Partei stimmte ein Hallelujah an. Das war im Dezember 1912.

Von da an war das Kräfteverhältnis zwischen Staatsmann und Militär umgekehrt. Der zurückberufene General war stärker als der Minister. Dieser konnte den Kriegstreibereien des Generals keinen ausreichenden Widerstand mehr entgegensetzen. Das Gute an Aehrenthal, das bißchen Persönlichkeit und Autorität, war unvererbbar. Der zurückgekehrte Moltke wurde, in Ermanglung eines Bessern, auch unser Bismarck*). Der Militarismus hatte sich in Österreich noch stärker als in Deutschland durchgesetzt. Daß es 1912 und 1913 nicht zum Kriege kam, lag an höheren Mächten. Als es aber 1914 endlich losging, wurde die Kriegspartei erst so recht ihres Conrad froh. Ernste Männer, Generäle, erzählten, Conrad sei auf unserer Seite so unbestreitbarerweise der überlegenste Heerführer, daß man ihm das Oberkommando nicht nur der österreichisch-ungarischen,

*) Dieser Meinung scheint Conrad selbst noch nach dem Kriege zu sein. In dem Buch „Der Weg zur Katastrophe" (Seite 244) schreibt sein Heldensänger Nowak von ihm: „Seine staatsmännische Voraussicht reichte an Bismarck. Der Feldherr reichte an Moltke." An Unbescheidenheit übertraf er jedenfalls beide weitaus. Dieses von widerlichem Servilismus triefende Buch hat Conrad selbst vor der Drucklegung geprüft und mit einem empfehlenden Vorwort versehen. Ein menschliches Dokument! Was für ein Münchhausen übrigens Conrads Leibschriftsteller ist, geht noch aus dessen anderem Conrad-Buch, geschmackvoll „Hötzendorfs Lager" betitelt, hervor, wo er auf Seite 183 eine österreichische Infanterieabteilung so schnell — natürlich vorwärts — marschieren läßt, daß man sie mit Autos kaum einzuholen vermochte!

sondern auch der deutschen Armeen übergeben werde. Das war der Höhepunkt von Conrads im Frieden erworbenem Feldherrnruhm. Er hat noch in den ersten Kriegsjahren kraft der virtuos gefälschten öffentlichen Meinung vorgehalten, so daß verschiedene Städte Straßen und Plätze nach Conrad benannten, wissenschaftliche Korporationen ihm Ehrentitel verliehen. Aber schließlich hat das mit allen Fälschungen nicht zu verheimlichende Versagen Conrads Ruhm zerstört. Er wäre im Angedenken, mindestens der Mitwelt, ein größerer Stratege geblieben, wenn er keinen Krieg geführt, wenn er den von ihm so ehrgeizig ersehnten Krieg nicht erlebt hätte. Ein österreichischer General, der allerdings nicht zur Clique gehörte, von ihr vielmehr in den Ruhestand geschickt worden war, sagte bei Beginn des Weltkrieges in einem Gespräch mit mir Conrads Mißerfolge im Felde ganz richtig voraus. Auf Conrads vielgerühmte „kriegsmäßige" Manöver anspielend, meinte er: „Conrad hat die Manöver kriegsmäßig gemacht, den Krieg wird er manövermäßig führen." Das Witzwort ist leider Wahrheit geworden.

Conrads militärische Qualitäten entzogen sich im Frieden meinem Urteil. Aber abgesehen davon, daß mir Conrads Cliquenruhm schon an sich verdächtig war, lenkten manche Nebenumstände in Conrads Wirken meine kritische Aufmerksamkeit auf sich. Vor allem sein Räsonieren. Die eine Eigenschaft hatte er sicher mit Moltke nicht gemein, die Schweigsamkeit. Conrad räsonierte und politisierte zu allen Tages- und Nachtzeiten und an allen passenden und unpassenden Orten. Er räsonierte und politisierte im Amt, er räsonierte und politisierte in seinen Denkschriften gegen Aehrenthal, er räsonierte und politisierte bei zufälligen Begegnungen auf der Straße, er räsonierte und politisierte in seinem Stammwirtshaus, daß die Umsitzenden seiner Weisheit mit teilhaftig werden konnten, und wer ein Privatissimum

von Conrads politischer Erleuchtung und Redseligkeit genießen wollte, brauchte sich nur eine Einladung in das Haus seiner Freundin und späteren Frau zu verschaffen. Wer aber den General selbst nicht sprechen konnte, erfuhr manches von seinen gleich ihm vertrauensseligen Söhnen. Für die Spione und die Gegenspione war es eine herrliche Zeit. Ein Teil der berühmt gewordenen Friedjungschen „Dokumente" waren Fälschungen, die der Generalstab von seinen Spionen als wertvolle Informationen erhalten und seinen militärischen Dispositionen während der Annexionskrise zugrunde gelegt hatte. Die k. u. k. Armee wäre jämmerlich zugrunde gegangen, wenn sie ihre Operationen nach diesen Geheimberichten bestimmt hätte. Der leitende Kopf des Spionagebureaus des Generalstabes, Oberst Redl, wurde später als ein langjähriger Spion Rußlands entlarvt. Ein Offizier serbischer Nationalität, Jandrič, hatte sich durch Conrads Sohn in das Vertrauen des Generalstabschefs so weit einzuschleichen verstanden, daß dieser dem scheinbar Wissensdurstigen Akten des Generalstabes lieh, die dieser an die Serben verriet. Für einen Heerführer bedeutet ein solcher Mangel an Menschenkenntnis eine wesentliche Beeinträchtigung seiner Sachkenntnis. Seine zu weit getriebene Vertrauensseligkeit im Verkehr mit anderen, die vielleicht nichts als psychologische Schlamperei war, mußte ein gewisses Mißtrauen gegen seine spezifischen Qualitäten erwecken. Dem gab ich im Sommer 1913 in zwei Artikeln in sehr vorsichtiger Form Ausdruck*). Aber selbst so bedeuteten diese kritischen Bemerkungen über Conrad damals ein publizistisches Wagnis. Einerseits wegen der schier unbegrenzten Zahl der Anhänger des Generalstabschefs, an den sich bisher die Kritik noch

*) „Der zweite Fall" im Morgenblatt der „Zeit" vom 7. Juni 1913 und „Der Chef des Generalstabes" im Morgenblatt vom 28. September 1913.

gar nicht herangewagt hatte, der vielen Wohlmeinenden im Waffenrock und im Zivil als die stärkste, die einzige Hoffnung Österreichs galt. Ein Wagnis waren diese Artikel aber auch wegen der Eitelkeit und Selbstüberschätzung Conrads selbst, die sich hinter einer bieder-bescheidenen Außenseite verbarg. Conrad ließ sich allerdings von Verstimmung gegen unser Blatt nichts anmerken, er blieb sein Abonnent, und welchen Wert er auf die regelmäßige Lektüre des Blattes legte, bewiesen die Postkarten, in denen er jeweils eigenhändig der Administration des Blattes seine Ortsveränderungen behufs Nachsendung seines abonnierten Exemplars mitteilte. Dieses Verhalten paßte zu dem Bild des rein sachlichen, durchaus unpersönlich arbeitenden und denkenden Generals, das seine Verehrer von ihm zeichneten, und auch ich war nach solchen Erfahrungen geneigt, an seine persönliche Unbefangenheit zu glauben. Diesen Glauben habe ich aber später vollständig verloren, als uns, den beiden Herausgebern der „Zeit", der Chef des Literarischen Bureaus im Ministerium des Äußern, der bereits genannte Ritter von Montlong, bei einer amtlichen Unterredung in seinem Bureau im dritten Kriegsjahr, 1916, mitteilte, daß einer der ersten Anträge des Generalstabes unmittelbar nach der Kriegserklärung die sofortige Einstellung der „Zeit" gefordert habe, die nur durch Umstände, die uns Montlong nicht mitteilte, verhindert, das ist aufgeschoben wurde. Konnte ein solcher Antrag, eines der größten und angesehensten Blätter der österreichisch-ungarischen Monarchie ohne besondere Begründung zu verbieten, vom Generalstab ausgegangen sein, ohne daß dessen Chef seine Zustimmung dazu gegeben hätte? Wenn der Generalstab unmittelbar nach der Kriegserklärung nichts Eiligeres zu tun hatte, als die Unterdrückung einer Zeitung zu fordern, ließ dieser Eifer auf einem dem Generalstab so fernliegenden Gebiet wie dem der Pressepolizei

nicht schon auf persönliche Motive schließen? Sollte da nicht der lange geschickt verhaltene Ärger des Generalstabschefs über eine Zeitung, gegenüber der er im Frieden machtlos war, im ersten Augenblick, wo ihm die Macht über alles zufiel, sich selbst verraten haben?

So denke ich heute über die intime Wirkung jener Artikel. Damals konnte ich nichts davon beobachten. Ich hatte in jenen Artikeln mein Gewissen salviert. Meine Kritik selbst ist damals an der Kritiklosigkeit der Bewunderer Conrads vollständig wirkungslos abgeprallt. Nach wie vor konnte ich von den ernstesten Leuten hören, daß Conrad die unbestreitbar stärkste geistige Potenz im Habsburgerreiche sei. Meiner Geringschätzung aller hohen amtlichen Leuchten in Österreich-Ungarn hielten selbst wohlmeinende Freunde immer wieder und nur den einen einzigen Mann Conrad entgegen. Ich könnte, sagten sie mir, über Österreich nicht zutreffend urteilen, wenn ich ihn nicht näher kenne. Ich solle einmal mit ihm sprechen, dann werde mein österreichischer Pessimismus schwächer werden. Er sei nicht nur ein bedeutender Soldat, sondern auch ein Staatsmann, auf den sich jeder gute Österreicher im Notfall verlassen könne. In jener Zeit, da ich solche Reden hörte, im Frühjahr 1914, ging ein allgemeines Kriegsahnen durch die Welt. Beunruhigt war ich nach Berlin gegangen, um die deutschen Staatsmänner zu sprechen. Unbefriedigt von den bei ihnen gewonnenen Eindrücken, war ich nach Wien zurückgekehrt. Ich erinnerte mich an die Lobreden über Conrad, die ich so oft gehört hatte, und entschloß mich, von der mir von einem hohen General angebotenen Vermittlung Gebrauch zu machen und Conrad zu besuchen.

Ein Besuch bei Conrad

Der Feldherr als Schriftsteller

Der erste Eindruck, als der Chef des Generalstabes „der gesamten bewaffneten Macht“ im Empfangszimmer im Kriegsministerium mir entgegenkam, war der einer physischen Enttäuschung. Ich hatte so oft in allen möglichen illustrierten Zeitungen, in den Schauläden aller Papier-, Ansichtskarten- und Photographiegeschäfte das Brustbild Conrads gesehen, immer nur dieses eine und selbe Brustbild: den Kopf mit dem stramm bürstenförmig aufwärts gekämmten Haar, den stahlharten, aufwärts gerichteten Augen, dem festgeschlossenen Mund — ein Bild männlicher Energie und Schneidigkeit, ganz unösterreichisch sicher und zweifelsohne siegesgewiß. Und nun sah ich ein kleines, zartgebautes, geschmeidiges Männchen vor mir, mit einem Kopf, der Punkt für Punkt eine unverkennbare Ähnlichkeit mit dem populären Bild aufwies, aber alle Züge ins Weiche, fast möchte man sagen ins Weibliche übersetzt. Er konnte seine eigene Schwester sein. Aber es war kein Naturspiel. Ein Photograph, der wußte, wen er vor sich hatte, hatte den Kopf martialisch retuschiert und wohlweislich den übrigen Körper weggelassen, der die kraftvolle äußere Illusion stören konnte. Mit weicher, träger Stimme in dem echt österreichischen Offiziersdialekt sprach mich Conrad in liebenswürdigem Entgegenkommen an: „Ich lies (!) Ihr Blatt jeden Tag.“ Mit diesem „lies“ war auch die innere Illusion dahin. Wir setzten uns. Conrad sprach von Politik, ausschließlich von Politik, ganz von selbst, als ob die Politik sein Fach wäre, in gleichmäßigem und leichtem Konversationston, ohne jede Erregung, aber auch ohne jede

Vertiefung, immer auf die Notwendigkeit von Kriegen hinauslaufend. Was er sagte, war nichts als in vielen Varianten ein einziges abfälliges Urteil über unsere Diplomatie, die alles schlecht gemacht hatte, besonders über Aehrenthal in der zweiten Phase seines Wirkens.

Hier unterbrach ich den galligen Plauderer mit der Frage, wie er sich Aehrenthals Passivität in der zweiten Phase im Gegensatz zur Aktivität der ersten erkläre, worauf ich die merkwürdige, mit malitiös scharfem Ton gesprochene Antwort erhielt, die ich bereits früher erwähnt habe. Vergebens wartete ich auf eine Gelegenheit, das Gespräch auf militärische Dinge zu bringen, die mir doch für die Beurteilung des Generals wichtiger schienen als seine politischen Anschauungen. Erst als ich zum Abschied aufgestanden war, gelang es mir, eine militärische Frage anzubringen, die mich stark beschäftigte. In Berlin hatte ich schon in einer Besprechung mit Kiderlen-Wächter im September 1911 den Eindruck gewonnen, daß man dort Österreich-Ungarns militärische Kraft überschätzte, indem man ihm zumutete, in einem zukünftigen europäischen Krieg allein die Russen so lange aufzuhalten, bis die Deutschen die Franzosen besiegt hätten. Ich hielt Österreich-Ungarn für zu schwach dazu. Ohne diesen Anlaß und meine eigene Meinung zu erwähnen, fragte ich Conrad, wie es mit Rußlands militärischen Vorbereitungen, wegen welcher damals eine heftige Diskussion zwischen der deutschen und der russischen Presse geführt wurde, stehe. Conrad antwortete achselzuckend: „Für uns ist Rußland mit einer Mauer umgeben. Wir können nicht hinübersehen. Was dahinter vorgeht, davon wissen wir nichts" — ein ehrliches Geständnis, das sich dann im Weltkriege mit der überraschenden Schlagfertigkeit der russischen Armee nur allzu traurig bestätigt hat. Ich ging nun um einen Schritt weiter. Ich fragte, ob wir im Kriegsfall stark genug wären, neben Serbien, das

uns zweifellos feindlich gegenübertreten würde, auch die Abwehr Rußlands auf uns zu nehmen. Conrad nickte zufrieden und sagte: „Ja!“ Ich ging nun weiter und meinte, daß wir im Fall einer solchen Konflagration auch mit der Feindschaft Italiens zu rechnen hätten. Conrad stimmte zu — und ich fragte, ob wir auch noch gegen diese drei Feinde aufkommen könnten. Conrad sprach einiges über die Schwierigkeit eines Krieges mit drei Fronten, meinte aber schließlich, auch das könnten wir noch bewältigen. Da ging ich noch einen Schritt weiter, ich sei überzeugt, daß im Fall eines Krieges auch Rumänien gegen uns stehen, daß wir vom Nordosten bis zum Südwesten von einem lückenlosen Wall von Feinden umgeben sein werden, wie ich es in meinem Blatte geschrieben. Conrad hörte das an, ohne seine Meinung zu äußern. Als ich ihn nun aber fragte, ob wir zur Abwehr aller dieser Feinde noch stark genug wären, änderte Conrad den Ton. Die ruhige Sicherheit, mit der er bisher der Klimax meiner Fragen standgehalten hatte, verließ ihn. Unwirsch warf er hin, daß man nicht gleichzeitig gegen alle kämpfen könne. Worauf ich, mit einer leichten Anspielung auf seine kriegslustigen Äußerungen im politischen Teil unseres Gesprächs, weiter fragte, wie wir dann also Krieg führen sollen, da wir doch mit allen diesen Feinden rechnen müssen. Worauf Conrad den Weg zu seinem Lieblingsthema zurückfand, und wieder den Antidiplomaten spielte, indem er erwiderte, es sei Sache der Diplomatie, eine politische Situation vorzubereiten, der die militärischen Kräfte des Staates im Kriegsfall gewachsen seien. Das aber, fügte er mit Bitterkeit hinzu, gehe nicht an, daß die Diplomatie Fehler begehe und dann vom Militär verlange, daß es alles gut mache. Ich ging nun auf einen anderen Gegenstand über, der mir nicht geringe Bedenken gegen die herrschende Kriegslust erregt hatte, wie ich es auch gelegentlich in meinen

Artikeln angedeutet hatte: das Nationalitätenproblem. Ich fragte Conrad, ob er meine, daß im Fall eines solchen Krieges auf unsere slawischen Nationalitäten Verlaß sei. Darauf antwortete Conrad mit der vollen Ruhe des Fatalisten: darüber könne man sich im Frieden gar kein Urteil bilden, das werde man „halt“ erst im Krieg sehen. Mit dieser wenig erbaulichen Aussicht auf die Möglichkeit eines Krieges, der vom Standpunkt der äußeren Politik ein Präventivkrieg, vom Standpunkt der inneren Politik aus ein Experimentalkrieg wäre, verließ ich Conrad. Das Experiment auf die Zuverlässigkeit der Nationalitäten hat Conrad wenige Monate später unternommen, es ist „halt“ mißlungen.

Nur ungern war ich zu Conrad gegangen. Ich hatte geahnt, daß ich auch ihn, wie so manche andere unserer politischen Tagesgrößen, bei genauerem Zusehen anders finden werde, als der große Kreis der unentwegten Erfolgsanbeter den Mann im Glücke pries. So war es auch gekommen. Ich kehrte mit einer Enttäuschung mehr von Conrad zurück und ich machte meinem Freunde und Kollegen Prof. Singer auch kein Hehl daraus. Doch der glänzende Ruf Conrads in militärischen wie zivilistischen Kreisen war zu stark, als daß ich leicht von dieser Illusion hätte scheiden wollen. Ich dachte, der persönliche Eindruck in einem zu diesem Zweck herbeigeführten Gespräch kann täuschen. Nicht jedem ist es gegeben, überhaupt und zu jeder Stunde jedermann gegenüber sein Bestes zu offenbaren. Conrads Ruhm hatte seine militärschriftstellerische Tätigkeit begründet, auf sie kamen seine Bewunderer immer zurück. In seinen Schriften gibt sich oft die Persönlichkeit eines Schriftstellers weit unbefangener und umfassender als im Gespräch. Einen Schriftsteller aus seinen Schriften zu beurteilen, war ich auch berufsmäßig gewohnt. Ich nahm also Conrads vielbelobtes, zweibändiges Werk „Zum

Studium der Taktik" (2. Auflage, 1894) zur Hand. Darin las ich nicht die rein fachlichen Kapitel, die sich mit den spezifisch militärischen Geheimlehren der Taktik beschäftigen, sondern die allgemeinen, die auch dem Nichtspezialisten verständlich sind und einen Schluß auf den gesunden Menschenverstand des Autors gestatten: die Lehren über Führung, Angriff und Abwehr, hauptsächlich auf die den Laien in erster Linie interessierende Frage hin: Wie kann man nach Conrad siegen? Da fand ich zunächst auf Seite 10 des ersten Bandes einen Ausspruch über die notwendigen Eigenschaften des Führers im Kriege, also über die Qualitäten des Feldherrn. Der Krieg, hieß es da, „fordert vom ‚Führer' *klare Einsicht der Lage,* zweckmäßige Entschlußfassung, energische Durchführung; und selbst in den Momenten höchster Gefahr Besonnenheit und unerschütterlichen Mut." Also, das erste Erfordernis einer erfolgreichen Truppenführung im Krieg ist „klare Einsicht der (!) Lage"*). Daß der Führer vor allem einmal die Lage klar sehen soll, ist nichts Neues, etwas Selbstverständliches. Aber, wie gewinnt der Führer diese „klare Einsicht der Lage"? Ich las weiter, und da hörte allerdings das Selbstverständliche bald auf, und das Unverständliche begann. In allen anderen Abschnitten des allgemeinen Teiles des Werkes geht nämlich Conrad immer wieder von der These aus, daß im Krieg eine „klare Einsicht der Lage" — absolut unmöglich ist. Das ist ein Axiom, das er bei jeder Gelegenheit verficht und auf das er die Grundsätze seiner Taktik aufbaut. Wenige Seiten nach der zitierten Forderung von Klarheit schreibt er, wie wenn er an jene Forderung bereits vergessen hätte, auf Seite 13 in dem

*) Es sollte heißen: „klare Erkenntnis der Lage", oder „klare Einsicht in die Lage", Conrads Stilisierung ist grammatikalisch falsch, aber die grammatikalischen Fehler des Buches sollen uns hier nicht weiter beschäftigen.

Kapitel über die „relative Überlegenheit": „Nachdem (!) nun im *Kriege alles unklar ist,* nachdem daher keiner der beiden Gegner Gewißheit darüber hat, ob die absolute Überlegenheit auf seiner Seite oder auf jener des Gegners liegt, so folgt daraus . . ., daß der Führer alle ihm verfügbaren Kräfte zum Kampf heranziehen muß." Ferner schildert er auf Seite 14 den Krieg, wo *„über den Gegner fast volles Dunkel herrscht* und ein halbwegs richtiges Abschätzen der Kräfte in der Regel erst lange nach gefallener Entscheidung möglich wird". Das hindert aber unseren scharfsinnigen Autor nicht, zwei Seiten später im Kapitel über den Angriff zu fordern: „Die höhere Führung muß für das Gefecht die absolute Überlegenheit an Zahl der Streiter zu schaffen, mindestens aber im Gefecht die relative Überlegenheit an Zahl der Streiter an entscheidender Stelle zu erreichen, verstehen." Wie soll das aber die höhere Führung auf dem Schlachtfeld zustande bringen, wenn, nach demselben Conrad, zwei Seiten früher, ein halbwegs richtiges Abschätzen der Kräfte in der Regel erst lange nach gefallener Entscheidung (das ist wohl nach Erscheinen des feindlichen Generalstabswerkes über den Krieg) möglich wird? Eine andere Schilderung des Krieges finden wir im Kapitel über Initiative auf Seite 17: „Im Kriege stehen beide Parteien *unklaren Verhältnissen gegenüber,* indem (soll wiederum heißen: „da") die Nachrichten über den Feind weder vollständig noch rechtzeitig einlangen." Und so geht es mit der Unklarheit bei Conrad in infinitum fort. Es würde zu weit führen, — im Conradschen Stil zu sprechen — die „stellenweisen (!) Wiederholungen" dieses Gedankens in Conrads Schrift alle hier wiederzugeben*). Nun aber noch einmal, wie soll also der

*) Conrads Ruhmesherold K. Fr. Nowak preist in seinem Reinwaschungsbuch „Der Weg zur Katastrophe" (Seite 217) auch seines Helden „völlig klares, völlig

Führer siegen? Die erste Vorbedingung dafür ist, so haben wir gehört, „klare Einsicht der Lage“. Da diese aber nach Conrad im Kriege unmöglich, so ist es auch nach Conrad unmöglich zu siegen. Diesem, seinem theoretischen militärischen Okkultismus hätte ja wohl die praktische Betätigung Conrads im Weltkrieg entsprochen — eine grauenhafte Probe auf seine Theorie. Aber damals, als ich diese Stellen in Conrads Werk zum erstenmal las, hatte Conrad noch keine Gelegenheit gehabt, seine Theorien praktisch zu erproben*). Ich sagte mir nur, die Unklarheit und das Dunkel mag im Kriege so oder so beschaffen sein, im Kopfe Conrads herrscht sicher Unklarheit und Dunkel, und ein Schriftsteller, der vom Führer auf der einen Seite fordert, was er auf der anderen Seite seines Buches für unmöglich erklärt, der den Widerspruch zwischen der einen und der anderen These nicht bemerkt, ist jedenfalls kein scharfer Geist, kein wohlgebildetes Gehirn, kein klarer Kopf und entbehrt somit selbst der ersten Eigenschaft, die er mit Recht vom Führer fordert. Mit einem Gehirn, welches Begriffe von-

---

richtiges, völlig dialektfreies Deutsch“. Da muß aber der Heldensänger von der deutschen Sprache nur eine sehr „unvöllige“ Kenntnis haben. Oder sollte er, um sich sein Ideal nicht zu rauben, die Schriften Conrads absichtlich zu lesen unterlassen haben?

*) Im Weltkrieg hat sich Conrads Theorie, subjektiv wenigstens, als richtig erwiesen. Denn in seinem Operationsbureau hat tatsächlich, wie wir es mit Entsetzen erleben mußten, „volles Dunkel“ geherrscht und Schritt für Schritt mußte Conrad seine „genialen“ Feldzugspläne ändern, weil er die Kräfte des Gegners falsch eingeschätzt hatte. Selbst der k. k. Geschichtsprofessor Ludwig Pastor, der sich beeilt hat, noch während des Weltkrieges Conrad ein biographisches Monument zu setzen („Conrad v. Hötzendorf, Ein Lebensbild“, 1916), sieht sich in die größten stilistischen Schwierigkeiten versetzt, sobald er sich an die Schilderung der Feldherrntaten Conrads im Weltkrieg macht. Da zeigt sich gleich im

einander nicht zu unterscheiden vermag, kann man keine Siege erfechten. Nebenbei war mir die nihilistische Anschauung Conrads über den Wert des militärischen Informationsdienstes, die seinen Aussprüchen über die Unklarheit und das Dunkel im Kriege zugrunde liegt, ungemein charakteristisch für den Chef des Generalstabes, der auf die im Prozeß Friedjung veröffentlichten lächerlich-plumpen Fälschungen von Berichten operative Pläne aufbaute, charakteristisch für den künftigen Heerführer, der mir gestand, daß er absolut nicht wisse, nicht wissen könne, wie Rußland militärisch gerüstet sei, aber nichtsdestoweniger im nächsten Satz mit der größten Zuversicht Rußland gewachsen zu sein erklärte. Das deutete nicht auf Geistesgröße, sondern auf Großsprecherei.

Noch eine andere Stelle des Buches, in der Conrad aus der „Unklarheit der Dinge im Kriege" die letzten Konsequenzen für den Heerführer zieht, fiel mir auf. Sie lautete (Seite 7): „Für den Führer ergibt sich hieraus die Forderung, das einmal begonnene Gefecht *unter keiner Bedingung verloren zu geben. Versagt ihm die Truppe den Dienst,* so weicht er einer stärkeren Macht, er selbst aber darf nie die Anerken-

---

Anfang, „die Voraussetzung eines langsamen russischen Aufmarsches als hinfällig" (S. 62), auf der nächsten Seite (63) „fallen alle Voraussetzungen der so erfolgreich begonnenen Offensive", auf der nächsten Seite (64) erweist sich schon wieder eine Voraussetzung Conrads als „nicht zutreffend", auf der nächsten Seite (65) „erfüllt sich ihm eine Hoffnung nicht", auf der folgenden Seite (66) bezeichnet Pastor es geradezu als „tragisch", daß Conrad wieder einen allgemeinen Rückzug anordnen muß. Auf Seite 67 haben die Russen etwas „wider Erwarten" Conrads unternommen, was dessen Pläne zunichte macht. Auf Seite 68 kann ein anderer „schöner Plan (Conrads) nicht zur Reife gelangen". Es wäre besser gewesen, wenn Conrad mehr gesiegt und Pastor in der Kunst der Euphemismen weniger zu glänzen gebraucht hätte.

nung der feindlichen Überlegenheit in sich zum Durchbruch kommen lassen." Also, wenn nach dem Frühergesagten der Feldherr in der Conradschen Theorie nicht siegen kann, so hat er den Trost, daß er auch nicht besiegt werden kann, der Feldherr darf sich wegen der „Unklarheit der Dinge im Krieg" nie verloren geben, er muß, blind und taub gegen alles, was er von der Überlegenheit des Feindes sieht und hört, seine Truppe bis zum letzten Mann selbst der größten feindlichen Übermacht preisgeben und kämpfen, bis ihm „die Truppe den Dienst versagt"; die Meuterei ist das einzige nach Conrad eines Heerführers würdige Ende eines Kampfes mit schwächeren Kräften. Was er da lehrt, ist die Draufgängerei und Massenschlächterei, der militärische Zynismus in eine pseudowissenschaftliche Form gebracht. So dachte ich damals, als ich Conrads Buch zum erstenmal las, und seine Theorie des Losgehens selbst auf die Gefahr einer Meuterei machte mir seine Gesprächsbemerkung über die Nationalitätenfrage in der Armee verständlich, deren „Dunkel" und „Unklarheit" er auf die Gefahr der Meuterei hin ignorierte. Im Buch lehrte er den „Experimentalkrieg" auf der ganzen Linie, den Krieg aufs Geratewohl. Heute, da die Theoretiker des Krieges im Weltkrieg sich auch in der Praxis gezeigt haben, kann man sagen, daß die Praxis ebenso sinnlos und unmenschlich ausgefallen ist wie die Theorie. Man hat, ganz im Geiste Conrads, die Überlegenheit des Gegners, wenn sie auch für jeden gesunden Sinn handgreiflich geworden war, so lange nicht zugegeben, die eigenen Truppen solange zweck- und aussichtslos ins Feuer getrieben, bis die einzige von Conrad anerkannte „stärkere Macht", die Meuterei der Truppen, dem frivolen Spiel ein Ende bereitet hat. Trachten nicht auch Ludendorff und Konsorten sich dem Eingeständnis ihrer Niederlage ganz im Geiste der Conradschen Theorie zu entziehen?

Hören wir von ihnen nicht auch, daß sie nicht besiegt, sondern nur von der Truppe und der Heimat im Stich gelassen worden sind? Die Theorie mag nicht Conrads geistiges Eigentum sein, sie ist jedenfalls mit weiser Voraussicht den Bedürfnissen geschlagener Feldherren angepaßt.

Kriegspolitik in Österreich-Ungarn

Der schlechte Eindruck, den Conrad mir im Gespräch gemacht hatte, war durch das Buch nicht aufgehoben, sondern verstärkt, bis zur Unwiderleglichkeit verstärkt worden. So sah also die letzte, die einzige Hoffnung des amtlichen Österreich aus! Daß ein Krieg unter solcher Führung nicht nur ein Unglück wäre, was der Krieg an sich schon ist, sondern eine unabsehbare Katastrophe werden würde, stand mir fest. Aber der Krieg war bereits das kaum mehr verhüllte Programm unserer auswärtigen Politik geworden, nachdem die anderen Programme so schmählich Schiffbruch gelitten hatten. Die Kriegspartei hatte moralisch gesiegt. Was die Diplomatie angerichtet hatte, sagte man, wog nicht leichter als ein verlorener Krieg. Warum dann nicht bei nächster Gelegenheit einen Krieg riskieren? Konnte sein Ausgang ärger sein als der des diplomatischen Spiels? So sprachen leichthin die Phraseure, die gewohnt sind, ihre Phrasen für die Wirklichkeit zu nehmen. In dem Organ der Kriegspartei — um von ihren kommuneren wie „Reichspost", „Danzers Armeezeitung" nicht zu sprechen — in der schon durch ihren Umschlag als streng „schwarz-gelb" gekennzeichneten „Österreichischen Rundschau" war der resignierte Gedankengang dieser Kreise in dem in der Juni-Nummer 1914 unter dem Pseudonym „Politicus" erschienenen Artikel ganz gut zusammengefaßt: „Unsere moralischen und diplomatischen Niederlagen wiegen nicht viel leichter als ein verlorener Krieg, zum mindesten als eine verlorene Schlacht, sie haben in uns (in den Schwarzgelben) den Glauben an Österreichs Zukunft erschüttert, denn wir haben das dumpfe Gefühl, daß das Jahr 1913 uns nahezu ein zweites Königgrätz gebracht hat:

damals wurden wir aus dem Deutschen Bund ausgeschlossen, jetzt aus dem Balkan vertrieben."

Ein Blick auf die innerpolitischen Verhältnisse des Habsburgerreiches war nur geeignet, diese Mißstimmung zu erhöhen. In Zisleithanien erwies sich neuerdings ein unparlamentarisches Kabinett, das des Grafen Stürgkh als unfähig, mit dem Parlament zu regieren. Vergebens hatte ich seit zwanzig Jahren in meinem Blatt gezeigt, daß aus diesen sich immer wieder erneuernden Konflikten zwischen den unparlamentarischen Ministerien und dem Parlament nur ein Ausweg zum Heile führe, der Übergang zum System der parlamentarischen Regierung, welches allein den dauernden Einklang zwischen Kabinett und Volksvertretung sicherstellen könne. Diese Ideen, die in dem ganzen übrigen Europa mit Ausnahme der drei Kaiserreiche schon längst zum Gemeingut aller politischen Parteien geworden waren, blieben bei uns unverstanden, selbst in den Reihen der Sozialdemokratie. Man starrte wie hypnotisiert nach Berlin. Dort aber herrschte noch immer das autoritäre System, es wurde von allen Parteien, selbst von der Sozialdemokratie, geduldet, in deren zahlreichen Programmartikeln doch das parlamentarische Regime figurierte. Wollte man aber das parlamentarische Regierungssystem nicht einführen, so blieb, um die chronischen Konflikte zwischen Regierung und Parlament aus der Welt zu schaffen, nichts anderes übrig, als das Parlament gewaltsam zum Schweigen zu bringen. Graf Stürgkh schloß denn auch im März 1914 das Parlament auf unbestimmte Zeit und regierte mit dem berüchtigten Notparagraphen der österreichischen Verfassung, dem § 14, weiter. In Transleithanien war wohl schon seit 1867 das parlamentarische Regime eingeführt, aber das Parlament war keine Volksvertretung, sondern im wesentlichen die Vertretung des grundbesitzenden magyarischen Adels, der neben sich und auch nur

an dienender Stelle bloß noch eine Vertretung des mobilen Großkapitals duldete. Die nicht magyarischen Nationalitäten, das ist die Majorität der Bevölkerung Ungarns, waren von der Teilnahme am Parlament und der Regierung so gut wie ausgeschlossen, und selbst vom magyarischen „Herrenvolk" nur eine Minorität zugelassen. Aber selbst dieses unerhört beschränkte Wahlrecht wurde noch durch die Wahlpraxis gefälscht, um das Privileg einer Oligarchie zu schützen. Dieses veraltete, verfälschte politische System hatte sich selbst in Ungarn überlebt. Seit Jahren mühte man sich ab, die Quadratur des Zirkels zu finden, das Wahlrecht zeitgemäß zu erweitern, ohne die Vorherrschaft der magyarischen Adelsoligarchie zu zerstören. Inzwischen hielt die gewalttätige Faust eines Tisza die widerstrebenden Elemente mit Hilfe von Polizei und Kerker nieder, aber jeden Tag konnte das Regime zusammenbrechen. Und was dann? Das politische System Franz Josephs war seit 1867 auf den Vorrang der Magyaren über alle anderen Nationen des Reiches gestellt. Mit ihrem politischen Niedergang kam das ganze Reich ins Schwanken, und Franz Joseph war am Ende seiner Regierungsweisheit angelangt. Die Slawen, die in beiden Teilen der Monarchie das Übergewicht erlangt hatten, waren nicht mehr zu zähmen, seitdem die Siege der Balkanslawen ihre Zuversicht in die eigene Zukunft erhöht und den Glauben an Österreich-Ungarns Macht erschüttert hatten. Bis zur Unlösbarkeit verfahren war die südslawische Frage. Die einst habsburgtreuen Kroaten, die 1848 Franz Josephs Thron gegen die rebellischen Magyaren verteidigt hatten, waren seit 1868 den Magyaren politisch und wirtschaftlich ausgeliefert, und ihre Habsburgtreue hatte sich in dieser langen Leidenszeit bis auf schwache Spuren verflüchtigt. Bosnien und die Herzegowina, die man unter dem falschen Prätext, daß man ihnen eine Verfassung

geben wolle, annektiert hatte, seufzten unter dieser Verfassung, die nur ein verkleideter Absolutismus war. Wo man hinsah in dem Fünfzigmillionenreich, das Aehrenthal erst vor fünf Jahren regeneriert haben sollte, nur Zeichen des Verfalls. Wie helfen? Das einzige Mittel, das helfen konnte, eine ehrliche Demokratie, gleichberechtigte Herrschaft aller Völker, bildete den Hauptprogrammpunkt meines Blattes, aber gerade dieses kam für den Kaiser, die hohe Bureaukratie und die Soldateska, die von ihrer Macht nichts opfern wollten, von vornherein nicht in Betracht. Was konnte also sonst helfen? Das, worauf der Cäsarismus in seinen innerpolitischen Nöten noch immer verfallen ist: eine „Diversion nach außen", wie man es nennt, ein Krieg. So begegnete sich die innere Politik der Machthaber mit der äußeren Politik der Diplomatie und dem ungestillten Sehnen der Militärpartei in dieser Schlußfolgerung. Aus der Feder eines der bevorzugten Ballplatz-Journalisten, des langjährigen Leitartiklers des halboffiziösen „Fremdenblattes", Berthold Molden, erschien 1913 eine Broschüre „Drängende Fragen", die diesen Gedankengang ungefähr aussprach. In bezug auf die Südslawen wird das Programm entwickelt: „Wir werden . . . Serbien vor die Wahl stellen müssen, politisch abzurüsten oder militärisch niedergeworfen zu werden." Ist das nicht schon der Geist des Ultimatums vom 23. Juli 1914? „In einem solchen Falle dürften wir uns auch nicht dadurch einschränken lassen, daß Rußland die Vernichtung des serbischen Staates zum Kriegsfall machen würde." (S. 56.) Das ist eine klare Vorausankündigung der Hasardeurpolitik, die Graf Berchtold im Juli 1914 zur Tat machte. Man wartete nur auf eine Gelegenheit. Als wahrscheinliche Entwicklung wird von dem Offiziosus vorhergesagt, daß Serbien entweder freiwillig eine „enge wirtschaftliche Allianz" mit Österreich-Ungarn suchen

oder, falls es die österreichisch-ungarische Monarchie „zum Kampfe herausfordert", mit ihr „verschmolzen", das heißt von ihr annektiert werden wird (S. 57) — wieder ganz der Gedankengang der Kriegsenthusiasten vom Juli 1914! Der österreichisch-ungarischen Monarchie wird schließlich (S. 69) nur die Wahl „gelassen" zwischen Krieg und Niedergang — ganz nach dem reichsdeutschen Muster Bernhardis. Natürlicherweise wird bei solcher Wahl der Krieg vorgezogen.

Ein Krieg — selbstverständlich mit siegreichem Ausgang — sollte alle Krisen des Reiches mit einem Schlage enden. Er sollte in summarischem Verfahren die Fehler der äußeren Politik korrigieren, den Völkern des Reiches aber dessen Macht wieder einmal deutlich demonstrieren, ihre Aufmerksamkeit von der inneren Misere und ihren eigenen, inneren Interessen ablenken und anderen, äußeren Zielen zuwenden. Aber welchen? Der Krieg ist doch nur ein Mittel zur Erreichung politischer Ziele. Wo sollten diese Ziele einer neuen aktiven äußeren Politik liegen? Die Imperialisten nahmen die Landkarten zur Hand und hatten sie bald gefunden: auf dem Balkan und über den Balkan hinaus: in Kleinasien. „Einflußsphäre", „Platz an der Sonne", „Weltpolitik", „unsere Zukunft liegt auf dem Balkan" waren die Schlagworte, die unsere Imperialisten von den Imperialisten Deutschlands übernahmen. Der Ruf nach Kolonialpolitik war in Österreich-Ungarn neu. Im Gespräch mit mir vor den Balkankriegen hatte Graf Berchtold noch jeden Gedanken an eine Kolonialpolitik mit sehr vernünftigen Argumenten abgelehnt. Auch nach den Balkankriegen hatte dieses Programm nur wenige Anhänger, aber es waren einflußreiche. Die Regierung blieb ihnen gegenüber nicht harthörig. In der Sitzung der ungarischen Delegation vom 17. Dezember 1913 ließ Graf Berchtold seinen Sektionschef Grafen Wickenburg erklären: „Wenn die Feststellung jener

Interessensphären, welche in Kleinasien im Zuge ist, zu einem Resultat führen würde, daß wir dort geschlossene Türen fänden, so könnten wir dies nicht wortlos hinnehmen." Diese nicht gerade klare „Erklärung" wurde von den Imperialisten als „erlösendes Wort" begrüßt, während die große Öffentlichkeit der ganzen neuen Sache wenig Interesse entgegenbrachte. Es handelte sich damals um die in der europäischen Presse viel diskutierte Möglichkeit einer Aufteilung der Türkei, bei der Österreich-Ungarn nach dem Plan der Imperialisten ebenso wie Deutschland für sich ein Stück Kleinasien, sei es als Einflußsphäre, sei es als Besitz, beanspruchen sollte. Zilizien wurde als das österreichisch-ungarische Kolonialland der Zukunft genannt und liebevoll beschrieben. Wenn auch nur erst dämmerhaft, schwebte unseren Imperialisten doch ein neues Ziel vor: Kleinasien, und hier begegneten sie sich mit den nicht mehr dämmerhaften Bestrebungen des deutschen Imperialismus nicht nur, sondern des amtlichen deutschen Imperiums, von dessen Politik die ihre nur ein Abklatsch war.

Im Zickzackkurs zum Weltkrieg

In Kleinasien und der Türkei überhaupt hatte die einst „turmhohe Freundschaft" zwischen Preußen-Deutschland und Rußland ihr Ende gefunden, hier waren die Interessen der beiden Nachbarreiche, zwischen denen ein Bismarck noch in seinen „Gedanken und Erinnerungen" keine Möglichkeit zu einem ernsten Konflikt sah, feindlich aufeinandergestoßen, von hier ging eine Spannung aus, welche den Leitern der deutschen Außenpolitik damals, im Winter 1913/14 und im Frühjahr 1914, mehr Sorge bereitete als die alten Reibungen mit Frankreich und die unter Wilhelm II. neu geschaffenen Gegensätze zu England. Die Balkankriege und der damals bewirkte engere Zusammenschluß der Mächte der Tripelentente, über den wir später erst aus den russischen Staatsarchiven Genaueres erfahren haben, hatten die Potsdamer Abmachungen vom Juni 1910 obsolet gemacht. In Deutschland gingen unter dem neuen Kurs äußere Politik und Finanz Hand in Hand. Die Deutsche Bank, sozusagen die offiziöse Bank des Deutschen Reiches, hatte die anatolischen Bahnen und die Bagdadbahn finanziert und gebaut, die 500 Millionen Mark deutschen Kapitals repräsentierten und die Phantasie der neu aufgekommenen deutschen Imperialisten, der Alldeutschen, befruchteten. Berlin—Bagdad war das eingestandene Programm der Alldeutschen, das stille Programm der deutschen Regierung. Hier lag ihr Interesse an Kleinasien und der Türkei begründet. Dieses war aber durch den Ausgang der Balkankriege schwer bedroht. Nicht nur Österreich-Ungarn, der Bundesgenosse, war geschwächt, sondern auch der Türke, der Freund. Hatte man diese Schwächung des gesamten politischen Kon-

zerns bereits durch erhöhte eigene Rüstungen auszugleichen versucht, so mußte man auch dem türkischen Freund — Österreich-Ungarn half sich durch eine neue Heeres- und Flottenvermehrung selbst — wieder auf die militärischen Beine zu helfen trachten. Diesem Zwecke diente die Entsendung des Generals Liman von Sanders als Kommandeur eines türkischen Korps und einer Militärmission nach Konstantinopel. Dadurch fühlte sich aber Rußland schwer getroffen. Denn Rußlands mehr als hundertjährige konsequente Politik ging auf die Zertrümmerung der Türkei, und es verfolgte dabei, neben den panslawistischen Zielen der Befreiung der christlichen Balkanvölker, auch ein eigenes, sehr wesentliches, ein Lebensinteresse: die Gewinnung eines Ausgangs in ein warmes Meer durch Beherrschung des Bosporus und der Dardanellen. Der russische Minister des Äußern Sasonow legte deswegen der deutschen Militärmission, die die Wehrkraft der Türkei reorganisieren, deren große militärische Hilfsquellen ausnützen sollte, eine ungeheure Wichtigkeit bei.

Sasonow machte sich auf alles gefaßt. Schon im Jahre 1896 war ein Programm ausgearbeitet worden, in dem die Maßregeln festgestellt wurden, die vorbereitet werden mußten, um Rußlands Interesse an der Meerengenfrage im Falle einer Aufteilung der Türkei zu sichern. Die Sache war in Vergessenheit geraten. Sasonow berief nun eine militärische Konferenz ein, um das Problem neuerlich zu prüfen, wobei er allerdings erklärte, daß er „im gegenwärtigen Moment erhebliche politische Verwicklungen für wenig wahrscheinlich halte" („Protokoll der besonderen Beratung vom 3. März 1914")*), aber doch auch die Möglichkeit eines großen europäischen Krieges we-

*) Deutsches Weißbuch „Deutschland schuldig?" Seite 160 f und 174.

gen der Türkei ins Auge fassen müßte. Jedenfalls bekam die Militärpartei wieder Gelegenheit zur Betätigung. Sasonow selbst legte gegen die Mission Liman sowohl bei der Pforte als auch bei der deutschen Regierung Verwahrung ein und wurde darin von Frankreich und England unterstützt, und diese diplomatische Aktion wurde von einer äußerst scharfen deutschfeindlichen Zeitungskampagne der Entente begleitet. Rußland konnte freilich formell nur gegen die Betrauung des deutschen Generals mit einem türkischen Kommando protestieren, weil diese Maßnahme ungewöhnlich war. Sie wurde auch schon anfangs Jänner 1914 durch Beförderung des Generals Liman zum Marschall, unter gleichzeitiger Enthebung vom Korpskommando, formell rückgängig gemacht, aber die deutsche Militärmission in Konstantinopel blieb, die die eigentliche Ursache der Erregung Rußlands war, gegen die es aber formell keine Einwendung erheben konnte, da sie den internationalen Gepflogenheiten nicht widersprach. Ein Niederschlag der kriegerischen Stimmung ging auch in die russische Presse über. Ihr antwortete ein sensationeller Petersburger Korrespondenzartikel in der sonst offiziösen „Kölnischen Zeitung" vom 2. März 1914, der behauptete, daß wohl Rußland derzeit noch nicht zum Krieg gerüstet sei, daß dies aber in drei bis vier Jahren der Fall sein werde, und in schrillen Tönen gegen die „Legende von der deutsch-russischen Freundschaft" polemisierte. Der Artikel erregte, obzwar sein amtlicher Ursprung vom Staatssekretär von Jagow, der seit Anfang 1913 an die Stelle des verstorbenen von Kiderlen-Wächter getreten war, in Abrede gestellt wurde, in der ganzen Welt Aufsehen. Die deutsche Kriegspartei zog daraus den Schluß, daß man sofort losschlagen müsse und nicht erst warten dürfe, bis in drei oder vier Jahren Rußland seine Rüstungen vollendet haben werde. Die russische Kriegspartei

wieder fühlte sich verletzt, die Polemik in der Presse verschärfte sich, und schließlich griff der russische Kriegsminister Suchomlinow selbst in die öffentliche Diskussion mit einem unter der Marke eines hohen Militärbeamten erschienenen Artikel in der Petersburger Börsenzeitung vom 12. März 1914 ein, der nach Darlegung der in letzter Zeit in Rußland durchgeführten militärischen Reformen mit der drohenden Wendung schloß, daß Rußland kriegsbereit sei. Die Diskussionen über Krieg und Frieden zwischen der deutschen und russischen Presse nahmen einen noch gereizteren Ton an. Selbst das „Berliner Tageblatt", das nicht zu den professionellen Hetzblättern zählte, schrieb: „Auch Deutschland muß wie Österreich sich klar sein, daß es jetzt heißt: Bis hieher und nicht weiter! Ein Präventivkrieg gleicht zwar, wie Bismarck treffend sagte, einem Selbstmord aus Furcht vor dem Tode, es sind aber Fälle denkbar, wo ein Staat von einem übermächtigen, bis an die Zähne gerüsteten Nachbarn immer mehr in die Enge gedrängt, ihm Licht und Luft abgeschnitten wird, und wo es die Pflicht der Selbsterhaltung sein kann, dem Feinde nicht auch noch die Wahl des ihm am günstigsten scheinenden Momentes zum Gnadenstoß zu lassen. Die Völker Zentraleuropas müssen sich klar darüber sein, daß das Maß der möglichen Konzessionen jetzt erschöpft ist. Jedem weiteren Übergriff muß man ein absolutes Veto entgegensetzen, mit dem festen Willen, äußerstenfalls an das Schwert zu appellieren." Im Deutschen Reichstag sprach der Staatssekretär von Jagow wiederholt sehr hoffnungsvoll über die Beziehungen des Deutschen Reiches zu England und Frankreich. Von England sagte er noch am 14. Mai 1914, daß die Verhandlungen mit dieser Macht „in einem freundschaftlichen Geist geführt werden, der auch sonst unsere Beziehungen zu England beherrscht". Von den Verhandlungen mit Frankreich hoffte er, daß

sie zu einer „derartige Reibungsflächen ausschließenden Verständigung" führen werden. Ein sozialdemokratischer Abgeordneter Wendel schloß seine Rede sogar mit dem Ausruf: *Vive la France!* Über Rußland dagegen sagte der leisetreterische Staatssekretär: „Zweifellos hat sich die schon seit langem in einem Teil der russischen Presse herrschende deutschfeindliche Bewegung in letzter Zeit noch verschärft und zu einer fast systematischen Kampagne auf den verschiedenen Gebieten gegen uns geführt." Er bezeichnete das als ein „Spiel mit dem Feuer". Jagow behauptete, daß die Russen den Streit angefangen hätten. Die Russen schoben die Schuld auf Deutschland. Was nützten die milderen Stimmungen in und gegenüber England und Frankreich, wenn die Lage gegenüber Rußland sich verschärfte! Indem der Berliner Zickzackkurs eine neue Wendung machte, traf er mit der vergleichsweise geradlinigen Wiener Politik zusammen. Das russische Gefahrenzentrum verschob sich von Wien nach Berlin. Es war nicht mehr fraglich, daß Berlin Wien in einem Kampf mit Rußland unterstützen werde, es erhob sich die weit schwierigere Frage, ob Wien Berlin bei einem Zusammenstoß mit Rußland unterstützen werde. Wien kam wieder obenauf bei den Berliner Staatsmännern.

Wenn sich somit die Wege der äußeren Politik der beiden Mittelmächte, auf denen sie während der Balkankriege getrennt marschiert und geschlagen worden waren, einander wieder annäherten, so trug auch die innere Politik des Deutschen Reiches das ihrige dazu bei, die Kriegslust in den Berliner militärischen und imperialistischen Kreisen zu fördern, ganz ähnlich wie in der österreichisch-ungarischen Monarchie. Das Jahr 1913 hatte im Gefolge der Balkankriege neue Militärforderungen von bis dahin unerhörter Höhe gebracht. Dafür mußte Stimmung gemacht werden, und die Jahreszahl lieferte sie. Das

ganze Jahr 1913 hindurch erinnerte man sich unaufhörlich an das Jahr der Befreiungskriege, 1813, oder vielmehr, man wurde daran erinnert, immer im Hinblick auf bevorstehende neue Kriegsgefahren, die dem Steuerzahler von berufenen und unberufenen Politikern recht lebhaft vor Augen geführt wurden. Wehr-, Flottenverein und die alldeutschen Organisationen arbeiteten mit höchster Anspannung ihrer Kräfte. Das deutsche Volk brachte dem Militarismus das geforderte Opfer. In den Winter von 1913 auf 1914 fiel der Militärkonflikt von Zabern. Der deutsche Militarismus bestand die Kraftprobe, die er dort unternahm, er bestand sie noch einmal, doch die Abwehrbewegung gegen die Übergriffe des Militarismus war so stark in der Bevölkerung, wie man dergleichen im Deutschen Reich seit seiner Gründung nur noch im November 1908 anläßlich des „Daily Telegraph"-Interviews Wilhelms II. beobachtet hatte. Damals richtete sich der Sturm gegen den Kaiser allein, diesmal gegen das ganze politische System, an dessen Spitze er stand, und besonders gegen den unberufenen Rufer im Streit, den Kronprinzen. Damals endete die Bewegung mit einem Rückzug des Kaisers. Diesmal wurden die Dinge auf die Spitze getrieben, die Militärs blieben obenauf; mußten sie aber gerade deswegen nicht bei nächster Gelegenheit eine um so kräftigere Reaktion in der Bevölkerung befürchten? Diesmal hatte man es schon nicht mehr bei scharfen Reden im Reichstag bewenden lassen, dem Reichskanzler war — unerhörtermaßen — mit großer Majorität ein Mißtrauensvotum erteilt worden, Herr von Bethmann hatte wohl mit Berufung auf das Vertrauen des Kaisers dem Reichstag getrotzt, aber die Linke hatte gegen ihn die in Deutschland seit einer Generation verschollene Theorie des parlamentarischen Regimes wieder geltend gemacht, nach der der Minister vom Vertrauen der Volksvertretung abhängig ist, und die Gedankengänge

der Demokratie schienen wieder aufleben zu wollen. Auch das preußische Dreiklassenwahlrecht, das Bollwerk der preußischen Reaktion, war von der demokratischen Brandung schon ernstlich bedroht, der Kaiser hatte eine Wahlreform bereits prinzipiell zugestehen müssen, und ihre Verwirklichung war nur durch die Winkelzüge des Herrn von Bethmann für einige Zeit aufgeschoben worden. Für lange Zeit gewiß nicht. Wie konnte man sich der seit einigen Jahren neu gekräftigten demokratischen Strömung erwehren, die das ganze autoritäre System bedrohte? Der Militarismus, der sich seit Zabern unmittelbar betroffen fühlte, hatte sein Allheilmittel zur Hand: einen frischen, fröhlichen Krieg, einen siegreichen versteht sich, der wie die Bismarckschen Kriege die Autorität wieder auf eine oder zwei Generationen gegen den Ansturm der Demokratie befestigen würde. Die Entwicklung im Deutschen Reich war, wie man sieht, ganz analog der in Österreich-Ungarn. Von der äußeren wie von der inneren Politik her konvergierten die Tendenzen der Machthaber auf einen Punkt, und das war der Krieg. Mit einem Kriegsbuch, mit einer unverhohlenen Verherrlichung der Wonnen und Ehren des Krieges — immer des siegreichen, wohlverstanden — trat der Erbe des deutschen Kaiserthrones, der sich schon während der Zabernaffäre durch sein Immer feste druff-Telegramm hervorgetan hatte, in die ob solcher unkonventioneller Kühnheit nicht wenig erstaunte Öffentlichkeit. In Springe, November 1912, hatte der deutsche Kaiser den kriegslustigen österreichisch-ungarischen Thronfolger gewarnt, er möge mit seinem, des deutschen Kaisers Säbel, nicht rasseln. Und jetzt rasselte sein eigener Thronfolger mit seinem Säbel, der der Säbel des Kaisers, aber auch in einer, vielleicht nicht fernen Zukunft der des heutigen Kronprinzen war. Franz Ferdinand hatte den Säbel in aller Stille einstecken müssen, kaum ein Jahr später riß ihn Wil-

helms eigener Erbe mit noch stärkerem Rasseln wieder aus der Scheide. Der Vater konnte dem Sohne nicht wehren. Seine besten Generäle standen hinter dem Jungen. Ein General a. D., Bernhardi, schrieb ein kriegstrompetendes Buch „Deutschland und der nächste Krieg", nach welchem es für das Deutsche Reich nur eine Alternative mehr gäbe: siegreichen Krieg oder Niedergang. Ein anderer militärischer Prophet, Hauptmann a. D. Frobenius verkündete unheildrohend „Deutschlands Schicksalsstunde", und der Kronprinz sandte ihm zu dieser kleinen Schrift ein warmes Glückwunschtelegramm, das noch mehr gelesen wurde als die Schrift selbst. In diesen und anderen Schriften wurde nicht bloß der Kriegsfall Rußlands erörtert, der durch die Vorfälle der letzten Zeit näher gerückt schien, sondern der allgemeine europäische Krieg auch gegen Frankreich und England, der Präventivkrieg, für den die letzte Stunde gekommen sei, da sonst die Feinde übermächtig würden.

In einem solchen europäischen Krieg, ob nun Defensiv- oder Präventivkrieg, war aber die Hilfe Österreich-Ungarns auf der östlichen Flanke für Deutschland ganz unentbehrlich. Österreich-Ungarn kam zu hohen Ehren! Der Leibpublizist des Kronprinzen, Paul Liman, schrieb in seinem im Frühjahr 1914 erschienenen Buche: „Der Kronprinz, Gedanken über Deutschlands Zukunft" (Seite 233) den von den österreichischen Imperialisten mit Behagen verzeichneten Satz nieder: „Heute kann uns das Zarenreich mehr als zwei Millionen Soldaten sofort entgegenstellen, und nur die Bundestreue Österreichs, das allerdings den Kampf um seine eigene Existenz zu führen hat, kann uns vor dem Schwersten schützen." Also, das Deutsche Reich, das große Deutsche Reich fühlt sich nach den militärischen Kräfteverschiebungen der letzten Jahre zu schwach, um allein seinen Feinden

standzuhalten. Zur Abwehr Rußlands war es auf Österreich angewiesen. „Nur die Bundestreue Österreichs kann uns vor dem Äußersten schützen." Diesen Satz, der dem Kronprinzen nachgesprochen schien, lasen die österreichischen Militaristen und Imperialisten, und daraus schöpften sie die Zuversicht, daß eine Wendung wie die von Springe sich nicht wiederholen würde, daß im Fall einer neuen Verwicklung die Nibelungentreue von 1909 wieder erstehen würde, aber nicht bloß in schimmernder, diesmal in blutiger Wehr. Ja noch mehr, jetzt sollte sogar Österreichs Nibelungentreue in Deutschlands Nöten in Anspruch genommen werden. Österreich war nicht mehr der Schwache, dem der Starke zu Hilfe kommt. Es war Deutschland gleichgestellt. Es sollte Deutschland zu Hilfe kommen. Aber nicht als „brillanter Sekundant", wie einst diplomatisch, sondern diesmal militärisch und als gleichgestellter Kampfgenosse. Man mutete ihm denn auch nicht zu, sich wieder wie in Algeciras um spezifisch deutscher Interessen, in Marokko oder sonstwo in der weiten Welt, die Österreich nichts angingen, herumzuschlagen. Aus der kühlen Haltung Aehrenthals in der Marokkoverwicklung 1911 hatte man für die Zukunft eine Lehre gezogen, die der erprobte Starrsinn des Schülers Berchtold nur zu bestätigen geeignet war. In ihm fremde Affären durfte man das Donaureich nicht hineinziehen, da konnte seine Treue versagen. Hatte Deutschland noch einmal eine Entscheidung mit den Waffen zu bestehen, so mußte es sie auf einem Felde suchen, auf dem Österreichs eigene Interessen lagen. Wie der Publizist des Kronprinzen in einem Relativsatz es so gut sagte: „Österreich, das allerdings den Kampf um seine eigene Existenz zu führen hat." Also nur gegen einen gemeinsamen Feind konnte man sich auf Österreichs Bundestreue verlassen. Das war allerdings Rußland, das jetzt immer deutlicher für Deutschland zur

Kriegsgefahr heranwuchs. Österreich mußte um seine eigene Existenz kämpfen, wenn man seines Beistandes sicher sein sollte. Ganz sicher war man — so durfte aus jenen Worten weiter geschlossen werden — Österreichs eigentlich nur, wenn Österreich selbst der Protagonist in dem Krieg gegen den gemeinsamen Feind war, wenn der Krieg sich nicht an einem deutschen, sondern an einem österreichischen Casus belli entzündete, wenn formell Österreich der kriegsbedrohte oder kriegsuchende Teil war und Deutschland scheinbar jenem zu Hilfe kam, während es in Wahrheit seinen eigenen Krieg führte und nur durch eine geschicktere Rollenverteilung den sonst nicht ganz sicheren Bundesgenossen mit den unsichtbaren Fesseln des Selbstinteresses an sich band. Den Krieg brauchte man in Berlin noch mehr als in Wien. Jetzt wußte man auch, wo man ihn suchen und wo man ihn nicht suchen durfte. Nur aufgepaßt! Ob Wien nicht wieder wie 1912 in einen Krieg hineinläuft! Dann aber nicht wieder es bei den Rockschößen zurückhalten! Und behüte Gott, daß die Nibelungentreue sich wieder wie 1909 in einer diplomatischen Demarche erschöpft! Da sorgte schon Rußland dafür, Bluff war diesmal ausgeschlossen. Der Ernstfall war sicher. Nur die Gelegenheit fehlte noch.

Wenn man auch an den amtlichen politischen Stellen in Berlin die Ideen der Militaristen und Imperialisten (Alldeutschen) nicht teilte, so ließ man sich doch erfahrungsmäßig von ihnen beeinflussen. Zudem hatte man im Fall Österreich-Ungarn ein schlechtes Gewissen. Rumänien, das Kaiser Wilhelm II. durch seine Mitarbeit am Bukarester Friedensvertrag an den Dreibund zu fesseln geglaubt hatte, rückte sichtlich immer weiter ab. Selbst König Carol, der persönlich zum Dreibund hielt, erklärte dem österreichisch-ungarischen Gesandten, es sei nicht daran zu denken, daß Rumänien im Fall eines Angriffes Rußlands auf Öster-

reich-Ungarn an des letzteren Seite kämpfen werde (wie das noch zu erwähnende Memorandum Berchtolds vom Juni 1914 und das Handschreiben des Kaisers Franz Joseph an den Kaiser Wilhelm II. vom 2. Juli 1914 mitteilt). In Konstantza besuchte der Zar im Juni 1914 den König Carol, erwies ihm allerhand Ehren und traf offenbar auch politische Abmachungen, die der rumänische Minister des Äußern als eine „Interessengemeinschaft zwischen den beiden Staaten" öffentlich kennzeichnete. Das Wiener Kabinett sah schon einen neuen, ausschließlich gegen Österreich-Ungarn gerichteten Balkanbund unter russischer Patronanz entstehen. Die Polemiken österreichischer Publizisten, die der Haltung der Berliner Regierung während der Balkankriege Schuld an der gemeinsamen Misere gaben, machten in Berlin Eindruck. Dem Zickzackkurs winkte an der nächsten Ecke eine neue, eine entscheidende Wendung.

Diese Entwicklung der Geister in Deutschland wurde von den österreichischen Imperialisten mit großer Befriedigung verfolgt. Jetzt oder nie, war ihre Parole. Krieg mußte sein, und bald! Die Stimmen der Berliner Befürworter des Präventivkrieges, die sich dabei auf eine Rede Bismarcks vom 5. November 1871 beriefen, weckten hier in verwandten Seelen ein verständnisvolles Echo. Des eigenen Ministers des Äußern glaubte man sich sicher, aber auch die Berliner Regierung zeigte sich eines Bessern belehrt*), den italienischen Bundesgenossen konnte man

*) Zu einem Bericht des österreichisch-ungarischen Botschafters in Rom Mérey, daß San Giuliano im Juli 1913, als es sich um Berchtolds beabsichtigte Einmengung in den Balkankrieg handelte, gesagt habe: „Man wird Euch an Eueren Rockschössen zurückhalten", schrieb Berchtold die Bemerkung: „Tschirschky (der deutsche Botschafter in Wien) sagt das Gegenteil." Siehe Přibram, a. a. O., Seite 302.

da vernachlässigen. Berlin hatte geschwankt, es konnte wieder einmal anderen Sinnes werden. Also mußte man den Augenblick nützen. Die Gelegenheit dazu fehlte noch, man durfte sie diesmal um keinen Preis wieder vorübergehen lassen. Im Juniheft 1914 der „Österreichischen Rundschau" kam diese Stimmung in einem Dialog zum Ausdruck, der zwischen einem Optimisten spielt, der den Frieden zu erhalten wünscht, und einem Oppositionellen, der aus Gründen der äußeren wie der inneren Politik den Krieg herbeisehnt und damit die eigenen Anschauungen des Schreibers wiedergibt. Am Schlusse des Dialogs faßt der Optimist das Ergebnis der Diskussion wie folgt zusammen: „Für mich ist die Erhaltung des Friedens nach wie vor das wichtigste Postulat. Für dich scheint dies erst in zweiter Linie zu kommen." Darauf der Oppositionelle: „Insoweit als für mich Österreichs Größe und die aufstrebende Entwicklung meines Vaterlandes allem anderen vorgeht. *Dieser* Zweck heiligt alle Mittel, und in diesem Sinne möchte ich zum Wahlspruch unserer auswärtigen Politik Goethes Wort wählen:

„Krieg oder Frieden? Krieg ist das Bemühen,
Aus jedem Umstand seinen Vorteil ziehen,
Man paßt, man merkt auf jedes günstige Nu,
Gelegenheit ist da. Nun, Fauste, greife zu!"

Nun, das schöne Zitat, das der Imperialist glücklich aus Goethe herausgefischt hatte, sollte nicht lange auf seine Anwendung warten. Die Ermordung des Thronfolgers Franz Ferdinand in Sarajevo am 28. Juni 1914 brachte, früher, als wohl die kühnsten Kriegstreiber gehofft haben mochten, das „günstige Nu". Die Gelegenheit zum Krieg war da, und — Faustus-Berchtold griff auch ohne Skrupel zu.

Das willkommene Attentat

Das Attentat von Sarajevo kam den herrschenden Kreisen der österreichisch-ungarischen Monarchie sehr gelegen. Zunächst in persönlicher Beziehung. Der Tod des Erzherzogs Franz Ferdinand wirkte, wenn man von der Gruppe seiner speziellen Anhänger absieht, in weiten politischen Kreisen, zu denen auch die offiziellen und offiziellsten gehörten, als eine Erleichterung. Seine politischen Pläne kannte man nicht genau, und er hatte wohl auch keine so ausgesprochenen konkreten politischen Reformideen, als man sie ihm, allerdings in buntem Wechsel, in der Öffentlichkeit zuschrieb, und bei einem Thronfolger sind Änderungen immer vorbehalten. Aber man kannte seinen eigensinnigen, gewalttätigen und kleinlichen Charakter, seine reaktionären Grundanschauungen, den verstockten Klerikalismus seiner Frau und beider Unzufriedenheit über ihre und ihrer Kinder äußere Stellung, die durch die Mesalliance eine irreguläre geworden war. Was er als Kaiser tun würde, wußte man nicht, aber daß er an irgend einem Punkte, sei es in der inneren, sei es in der äußeren Politik, mit dem Kopf durch die Wand zu rennen versuchen würde und daß das Volk für ihn erst noch ein beträchtliches Lehrgeld werde zahlen müssen, ehe er in ruhige Bahnen einlenken würde, das war eine allgemein verbreitete Befürchtung. So viel für die Zukunft. In der Gegenwart wirkte das Nebeneinanderregieren des Kaisers und des Thronfolgers, die legitime und illegitime Einmischung des Thronfolgers und seiner Clique in alle Staatsgeschäfte verwirrend und auf die Dauer unerträglich. Viele Staatsdiener wußten oft nicht mehr, wem sie eigentlich folgen sollten, dem alten oder dem jungen Herrn. Dabei stand der „junge“

Herr gerade in dem Alter, wo man von der Jugend im weitesten Sinn endgültig Abschied nimmt, im Anfang der Fünfziger. Er war überdies von schwacher Gesundheit und hatte wenig Aussichten auf Erreichung eines hohen Alters. Bei der Zählebigkeit und noch in seinem hohen Alter guten Gesundheit des Kaisers war es nicht unmöglich, daß er auch diesen seinen Thronfolger trotz seiner 84 Jahre überlebte. Dieser Gedanke quälte den Thronfolger und ganz besonders seine Frau, die die allgemeine Abneigung des Kaiserhauses gegen sie kannte, und erhöhte seine Verbitterung über den Kaiser, der nach einer mehr als sechzigjährigen Regierungsdauer des Regierens noch immer nicht satt und nicht müde geworden war und, mit Ausnahme eines begrenzten militärischen Ressorts, das er schon zu Lebzeiten dem Nachfolger überlassen hatte, noch immer alle Regierungsgeschäfte mit unverminderter Pünktlichkeit selbst besorgte. Der permanent hinter ihm auf dem *Qui vive?* oder eigentlich *Qui meure?* stehende Thronfolger wurde vom Kaiser als lästig empfunden. Bei seinem Verschwinden atmete der alte Mann befreit auf und mit ihm der größte Teil der Hof- und Staatsbeamten, die zwei so verschieden gearteten Herren nicht zu dienen vermochten.

Einer war darunter, dem der Tod und diese schändliche Art des Todes des Thronfolgers gerade zu dieser Zeit besonders gelegen kam. Das war der Minister des Äußern, dessen Politik in diesen selben Tagen vier neuen Niederlagen entgegenging, die das Maß des Erträglichen übersteigen mußten. Eben im Monat Juni hatte der Zar den König Carol in Constantza besucht, ihn, etwas verspätet, für seine Verdienste im Russisch-Türkischen Krieg 1878 zum russischen Feldmarschall ernannt, man sprach von einer Familienverbindung zwischen den beiden Höfen, und sicher war, daß zwischen den die Potentaten be-

gleitenden Staatsmännern Vereinbarungen zur Aufrechterhaltung des dem Ballplatz so odiosen Bukarester Friedens getroffen worden waren. Seit Constantza konnte auch ein politisch Blinder am Ballplatz auf Rumänien nicht mehr rechnen, ja, mußte es bereits unter die Gegner zählen. Was sich im zweiten Balkankrieg vorbereitet hatte, war jetzt eine Tatsache: der Abfall Rumäniens. Wie, um Berchtolds Legende von seinen „korrekten und freundschaftlichen Beziehungen zu Rußland", die Berchtolds größten diplomatischen Ruhmestitel bildeten, vollends zu zerstören, kündigten die russischen Militärs bereits jetzt in der Presse für den kommenden Herbst eine „Probemobilisierung" an der galizischen Grenze an. Was sollte Berchtold dazu sagen? Sie wieder als eine festliche Veranstaltung zu Ehren des Zaren ausgeben?

Im Juni trafen auch noch Meldungen ein, wonach ein Ereignis, das sich schon seit dem Ende der Balkankriege unaufhaltsam vorbereitete, unmittelbar vor seiner formellen Vollendung stand: die Vereinigung Montenegros mit Serbien. Der Presseleiter des Grafen Berchtold, Herr von Montlong, hatte uns gegenüber schon ein halbes Jahr früher für diesen Fall den Krieg angekündigt, und er war sicher über die Absichten der entscheidenden Stellen gut unterrichtet. Doch wie sollte man deswegen Krieg anfangen, ohne bei der eigenen Bevölkerung, die des ewigen Kriegsgeschreis bald wegen Skutari, bald wegen Djakova oder eines anderen Balkannestes schon müde war, ohne in der ganzen Welt Unwillen zu erregen?

Zudem ging in Albanien alles drunter und drüber. Die Stellung des Prinzen zu Wied war völlig unhaltbar, Ende Juni gerade wurde auch der Rückzug des letzten Getreuen des Fürsten, Prenk Bib Dodas, und die Bedrohung der Residenz Durazzo durch die Aufständischen gemeldet. Der Zusammenbruch der Wiedschen Herrschaft und der albanischen Staatsschöpfung,

die das einzige positive Ergebnis der ganzen säbelrasselnden Politik des Grafen Berchtold während der Balkankriege gewesen war, war nur noch eine Frage von Wochen, vielleicht Tagen. Was dann? In Albanien einmarschieren? Wieso? Über Serbien und Montenegro? Also wieder Krieg! Und ein sehr unpopulärer dazu, denn in der eigenen Bevölkerung war für den albanischen Staat von Anfang an kein Verständnis aufzubringen, und alle anderen Regierungen, einschließlich der deutschen, die Berchtolds Drängen nur widerwillig nachgegeben hatten, würden in einem albanischen Fiasko nur eine Bestätigung ihrer richtigen Voraussicht gefunden haben. Und nun beide Ereignisse kombiniert: Serbien und Montenegro vereinigt und ein herrenloses Albanien an ihrer Grenze! Schon im vergangenen Herbst waren die Serben unter dem Prätext, daß dort an ihrer Grenze Unruhe herrsche, nach Albanien einmarschiert, und nur durch ein scharfes Ultimatum hatte sie Berchtold zum Rückzug bewogen. Inzwischen hatten die Montenegriner sich schon mit einigen ihnen benachbarten Albanerstämmen über deren Anschluß an Montenegro verständigt. Was tun, wenn nun Serben und Montenegriner nach Wieds Abzug in die ihnen benachbarten nördlichen Teile des chaotischen Albanien einrücken, um dort „Ordnung zu machen". Wie wollte man sie daran verhindern, wie wieder aus Albanien vertreiben? Wie sich dann gegenüber den Griechen, gegenüber den Italienern verhalten, wenn diese sich Südalbaniens bemächtigten? Den einzigen Zugang, den Österreich-Ungarn zu Albanien hatte, den Sandschak, hatte die Aehrenthalsche Politik preisgegeben. Noch waren die vorwurfsvollen Erörterungen über diesen Schwabenstreich des Ballplatzes in der Öffentlichkeit nicht zur Ruhe gekommen. Welchen Sturm hatte Berchtold nun zu gewärtigen? Rumänien abgefallen, Albanien zusammengebrochen, Serbien und Montenegro vereinigt,

eine russische Probemobilisierung an der Grenze angesagt: alles das in dem einen Monat Juni 1914. Die Not stand wirklich am höchsten für die Ballplatzpolitik, aber Gott war auch am nächsten. Das sprichwörtliche „Glück" der Habsburgermonarchie, auf das staatsmännische Unfähigkeit sich in kleinen wie großen Dingen jederzeit verlassen hatte, stellte sich noch vor Ablauf dieses unseligen Monats, am 28. Juni, ein. Das Attentat in Sarajevo geschah, dessen „Fäden" nach Belgrad reichten. Da war nun endlich die Möglichkeit gegeben, den gordischen Knoten in schönster Form mit dem Schwert zu durchhauen, dem ganzen Imbroglio mit Rumänien, Albanien, Serbien, Montenegro mit einem Schlag ein Ende zu machen, auf dem Balkan gründlich aufzuräumen und dabei vor aller Welt gerechtfertigt dazustehen. Denn ein Attentat, ein gelungenes Attentat auf die geheiligte Person des Thronfolgers und seine Gattin war geschehen. Die ganze Welt war von Abscheu erfüllt, alles rief nach Sühne, im Inland und im Ausland. Die Stimmung war da, die „große Stimmung", nun galt es, sie zu erhalten, zu stärken, zu eigenen Zwecken zu lenken. Daß Österreich berechtigt war, jetzt etwas zur Sicherung seiner Interessen zu unternehmen, bezweifelte niemand. Nur das Was war noch die Frage. Aus diesem Was einen richtigen Krieg, den wiederholt verpaßten Krieg gegen Serbien zu machen, das war die Aufgabe. Keine ganz einfache Aufgabe, aber immerhin noch leichter als etwa einen Krieg wegen der Vereinigung von Serbien und Montenegro oder wegen des lächerlichen Fiaskos des Prinzen zu Wied in Albanien der Welt plausibel zu machen. Die Moral mit uns, da mußte die Unmoral gelingen.

Die Kriegskonspiration Wien-Berlin

Auf den Kriegsfall mit Serbien war Graf Berchtold schon genügend „eingearbeitet". Er wußte, was da zu tun und was zu unterlassen war. Auch bei geringem Talent war die Sache kaum mehr zu verfehlen. Ein Mißerfolg erschien beinahe ausgeschlossen. Zu einer Aktion gegen Serbien war das Attentat, wenn man nur mit einiger Findigkeit vorging, ganz geeignet. An die Vorstellung von serbischen Attentaten, serbischen Meuchelmördern hatte man die Bevölkerung in Österreich und Ungarn und so auch einen Teil der übrigen europäischen Welt gewöhnt. Das war eines der Requisite der amtlich betriebenen serbophoben Agitation, die Serben als geborene Verbrecher, insbesondere Meuchelmörder ohne weitere Untersuchung hinzustellen. Ein bezeichnender Fall, der nachträglich als Vorübung zum Fall Franz Ferdinand Beachtung verdient, hatte sich im September 1913 erst ereignet. Der serbische Patriarch Lucian Bogdanovic, der höchste geistliche Funktionär der serbischen Kirche in Ungarn, war eines Tages während eines Kuraufenthaltes in Gastein plötzlich verschwunden. Ehe die Polizei auch nur eine Spur von dem Verschollenen oder einen Anhaltspunkt für die Ursachen seines Verschwindens aufbringen konnte, hatte schon der Leiter der serbischen Kirchenangelegenheiten im ungarischen Ministerpräsidium, Ministerialrat Paul Joanovich, die Erklärung fertig, die er zu veröffentlichen in diesem embryonalen Stadium der Untersuchung so frech oder — so unvorsichtig war. Er sagte nämlich ganz keck den des Irredentismus verdächtigen und der politischen Opposition zweifellos schuldigen, radikalen ungarischen Serben auf den Kopf zu, daß sie an dem Patriarchen, der natürlich als Angestellter der ungari-

schen Regierung eine andere politische Farbe bekannte, einen Meuchelmord, einen politischen Meuchelmord begangen hätten — die radikalen Serben, nicht der x, nicht der y, nicht mit dieser, nicht mit jener Waffe, sondern er sagte es ihnen allen ganz allgemein und absolut auf den Kopf zu. Dieses schamlose Verdächtigungsmanöver des ungarischen Ministerialrates habe ich damals in meinem Blatte aufgedeckt. Der hervorragende ungarische Psychiater, Prof. Dr. Freiherr von Babarcsi-Schwartzer, der zufällig zu den intimsten Freunden des Patriarchen gehört hatte, gab in der „Zeit" eine vollständig zureichende Erklärung des Vorfalles von Gastein, indem er aus seiner persönlichen Erfahrung mitteilte, daß Bogdanovic an einer tiefen Nervendepression gelitten, daß er schon vorher einmal (in Karlsbad) geistesabwesend vagabundierend aufgefunden worden sei und daß alle Wahrscheinlichkeit dafür spreche, daß er auch in Gastein einen solchen Nervenanfall erlebt und dabei irgendwie verunglückt sei*). Damit war die Lügenkampagne des ungarischen Ministerialrates abgeschnitten. Der Fall des Thronfolgers lag natürlich ganz anders, viel günstiger. Der Thronfolger war tatsächlich dem Attentat serbischer Irredentisten zum Opfer gefallen. Dem ungarischen Ministerialrat im Fall Bogdanovic hätte das reichlich, überreichlich genügt. Für den Minister des Äußern war es noch nicht ganz das, was er brauchte. Denn die Attentäter waren Bosnier, und der Minister brauchte eine Hacke gegen die Serben im Königreich und noch mehr gegen die serbische Regierung, und das Attentat von Sarajevo lieferte ihm zunächst nur den Stiel zur Hacke. Glücklicherweise hatten sich die bosnischen Attentäter Waffen, Geld und Pässe bei Gesinnungsgenossen in

*) „Die Zeit", Morgenblatt vom 10. September 1913 und mein Artikel „Amtliche Verhetzung" im Morgenblatt vom 13. September 1913.

Belgrad geholt. Daraus ließ sich schon etwas präparieren, was zu einer Anklage gegen die serbische Regierung führen konnte.

Aber vor- und umsichtig mußte man vorgehen, nicht so kopflos wie jener ungarische Ministerialrat, also den Schein des Kultur- und Rechtsstaates wahren, die gerichtliche Untersuchung abwarten, und dazu brauchte es Zeit, und Zeit war auch nötig, um durch eine kräftig einsetzende Presseagitation die Bewohner Österreich-Ungarns und der übrigen Welt auf das Ungeheuerliche, das da kommen sollte, einigermaßen vorzubereiten. Inzwischen hieß es, die unparteiische, großmütige Regierung spielen, dann aber, wenn die Zeit erfüllt war, rasch zugreifen und unerbittlich, vor allem den Serben oder gar den Großmächten keine Gelegenheit zum Verhandeln geben — denn im Verhandeln, das hatte man schon zur Genüge erfahren — waren die anderen dem Grafen Berchtold entschieden überlegen. Besonders vor dem einen Bundesgenossen, Italien, mußte man sich hüten. Wie erwähnt, hatte Italien schon einmal im Juli 1913 einen kriegerischen Anschlag Berchtolds durch seine Weigerung zunichte gemacht. Italien durfte man also in den Plan nicht einweihen, selbst auf die Gefahr hin, daß dieser Bundesgenosse dann im Ernstfalle neutral bliebe. Ebenso mußte Rumänien ausgeschlossen werden. Mit dem anderen Bundesgenossen, mit Deutschland dagegen, konnte man sich in der erweichten Katerstimmung, die sich seit dem Bukarester Friedensrausch in den dortigen hohen Sphären eingestellt hatte, irgendwie zu verständigen hoffen. Im Zickzackkurs stand ohnedies eine neue Wendung bevor. Das einem Konflikt zutreibende Verhältnis Deutschlands zu Rußland war eine Gunst des Schicksals, die gar nicht hoch genug eingeschätzt werden konnte. Das Drängen der deutschen Militaristen und der Alldeutschen nach einem Präventivkrieg war ein weiteres hochwillkommenes

Symptom dafür, daß, wenn Wien diesmal den Säbel ziehen würde, Berlin den seinigen nicht in der Scheide lassen würde. Ohne vorangegangene Verständigung mit Berlin wäre alles, was sich dann im Lauf dieses unseligen Monates in Österreich-Ungarn zugetragen hat, ganz unmöglich, undenkbar gewesen. Ohne den Rückhalt an Deutschland hätten die Wiener Machthaber nie einen Krieg gewagt. Beweis dafür ist die zweite der Phasen im Wien-Berliner Zusammenspiel, die Phase der Balkankriege. Deutschlands Zurückhaltung allein ist es, wie von Wien aus klagend nachträglich einbekannt wurde, zuzuschreiben, daß nicht damals schon um Serbiens willen der ganze Erdteil in Flammen gesetzt wurde. Diesmal, nach dem Attentat von Sarajevo, gelang es den Wiener Drängern, rechtzeitig und ohne große Anstrengung die Berliner Machthaber für ihre Absichten zu gewinnen. Das ist schon in den ersten Julitagen geschehen. Ein Symptom dafür war die Haltung der reichsdeutschen Presse, die in jenen Tagen fast ausnahmslos die vom Ballplatz ausgegebenen Hetzparolen nachbetete, und ebenso die Haltung einiger Wiener Blätter und Wiener Zeitungskorrespondenten, die man gewohnt war mit der deutschen Botschaft in Wien zusammenarbeiten zu sehen, die während der Balkankriege immer wieder mit ihrer „Friedenswinselei“, wie es die Ballplatzleute zürnend nannten, Berchtolds Initiativen abgeschwächt hatten, jetzt aber, im Juli 1914 stramm mit seinen Leuten mitmarschierten.

Für dieses Einverständnis zwischen Wien und Berlin sind nach dem Ende des Weltkrieges Beweise an den Tag gekommen, die jeden weiteren Zweifel ausschließen. Es sind dies die geheimen Akten der Berliner Reichskanzlei und der Wiener Staatskanzlei, die erst nach dem Weltkrieg von den neuen republikanischen Regierungen der beiden Staaten veröffent-

licht worden sind, nachdem man während des Krieges von ihren monarchischen Vorgängerinnen es vergebens verlangt hatte*).

Was war Graf Berchtolds Plan? Jedermann weiß von dem 48stündigen Ultimatum, das er der serbischen Regierung am 23. Juli überreichen ließ, und jedermann hat die unmenschlichen Bedingungen gelesen, die er ihr stellte. Alle Welt war darüber entsetzt, und man hat mit Recht gesagt, daß dieses Vorgehen in der Geschichte zivilisierter Staaten einzig dasteht**).

---

*) Die Dokumentensammlungen sind das schon erwähnte deutsche Weißbuch „Deutschland schuldig?“ vom Sommer 1919, ferner „Die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch“, vier Bände, im Winter 1919 erschienen, endlich das schon erwähnte „Österreichische Rotbuch“, unter dem Titel: „Diplomatische Aktenstücke zur Vorgeschichte des Krieges 1914“, im Sommer 1919 erschienen. Diese wertvollen Aktensammlungen, besonders die vierbändige, sind, vermutlich wegen ihrer allzu großen Breite und ihrer ungeschickten Aufmachung bisher viel zu wenig, fast gar nicht ausgenützt worden. Das wichtigste daraus habe ich in einer Broschüre „Die neuesten Geschichtslügen“ auf 40 Seiten zusammengestellt, auf die der Leser verwiesen sei. Die österreichische Aktensammlung ist übrigens, wie weiter unten an einem konkreten Fall gezeigt werden wird, sicher nicht vollständig, die deutsche scheint es auch nicht zu sein.

**) Natürlich hat sich ein deutscher Geschichtsprofessor gefunden, dem das Berchtoldsche Ultimatum noch zu mild war. Der Professor an der Berliner Universität Hans Delbrück schrieb am 26. Juli 1914 in den „Preußischen Jahrbüchern“, daß die Note „der Leitung der österreichischen Politik ein ausgezeichnetes Zeugnis . . . kluger politischer Berechnung ausstelle“. Das einzige, was er gegen das Ultimatum vorzubringen hat, ist, daß es in seinen Forderungen nicht genug weit gehe. Der Professor selbst fordert Sequestration Serbiens, Entwaffnung und Auflösung der serbischen Armee, Verkleinerung Serbiens und für den Rest des verkleinerten Staates Einsetzung einer Verwaltung, „die die nationale Agitation unterdrückt“. Nur so hofft der Professor, Serbien „genügend zu demütigen“. Es wäre zu wünschen gewesen, daß er selbst, der Berliner Herr Professor, als Gouverneur nach

Aber was Berchtold am 23. Juli ausführte, war nur eine Verwässerung, eine Verweichlichung, eine Vermenschlichung seines ursprünglichen Plans, die ihm

Serbien geschickt worden wäre, um sein Programm durchzuführen. Dieses Programm ist aber nicht etwa bloß eine Ausgeburt der Kriegsextase des Monats Juli 1914. Noch im Jahre 1918 hat Prof. Delbrück sein Serben-Programm in seinem Buch „Krieg und Politik 1914—1916" wieder abgedruckt und ausdrücklich — wahrscheinlich mit innerem Bedauern — hinzugefügt, daß Österreich „weit unter den Forderungen geblieben ist, die hier als die natürlichen und gegebenen dargelegt sind". (S. 23, 26, 27.) Es ist gut, daß Prof. Delbrück seine Kriegsaufsätze in Buchform dem Andenken der Welt erhalten hat. Da kann man jetzt bequem, konzentriert in einem Band, nachlesen, welchen Unsinn der Professor als Politiker während des Krieges zusammengeschrieben hat, zum Beispiel, daß die Ermordung des Thronfolgers Österreich-Ungarn „nicht nur nicht aufgelöst, nicht einmal geschwächt, sondern nur gestärkt" hat, weil sich gezeigt hat, „daß auch die slawischen Völker Österreich-Ungarns zur Monarchie halten". (S. 61.) Nun, dann hätte man gar keinen Rachekrieg gegen Serbien führen sollen, sondern dem Mörder des Erzherzog-Thronfolgers eine Staatsdotation geben und auf der Ringstraße in Wien ein Monument setzen müssen, weil er die österreichisch-ungarische Monarchie gestärkt hat. Die Türkei — schreibt Prof. Delbrück — wird „als ein in sich gefestigter, zukunftsreicher Staat aus dieser Weltkrise hervorgehen". (S. 249.) Dagegen geht es England sehr schlecht, denn „selbst ein Sieg könnte Englands Weltstellung nicht mehr retten" (S. 67), „der englische Weltstaat geht auf alle Fälle in Trümmer". (S. 68.) Doch kehren wir zu unserem Hammel zurück! Prof. Delbrück, der angesehene Geschichtsforscher, läßt sich herbei, die unwissenden Serben, die ihre Einheitsbewegung mit der Piemont-Italiens vergleichen, über ihren Irrtum aufzuklären. „Die Analogie ist falsch — schreibt er — das Südslawentum ist keine nationale Einheit, wie es das Italienertum lange vor der Schaffung der politischen Einheit war." Folgt ausführliche „wissenschaftliche" Begründung. Was haben aber die Vorgänger des Prof. Delbrück, die deutschen Geschichtsprofessoren zur Zeit der italienischen Einheitsbewegung, die Herren Raumer und Loebell, über diese geschrieben? Mit anderen Worten dasselbe, was Prof. Delbrück über die serbische Einheitsbewegung in

durch einen anderen aufgezwungen worden war. Graf Berchtolds eigener Plan war der kriegerische Überfall auf Serbien ohne ein auch noch so kurzfristiges Ulti-

unseren Tagen geschrieben hat, sie haben zu Beginn des österreichisch-italienischen Krieges, 1859, mit ähnlichen historischen Gründen die Möglichkeit eines italienischen Einheitsstaates schlankweg geleugnet, andere haben ihn für ein „Hirngespinst", für einen „Wahn" erklärt (sowie in unseren Tagen die großserbische Idee als „Größenwahn" abgetan wurde), ein Vierteljahr später war der italienische Krieg beendet, der italienische Einheitsstaat Tatsache (wie jetzt nach dem Weltkrieg der serbokroatische). Aber noch weiter, die gleiche Treffsicherheit des politischen Urteils haben die deutschen Geschichtsprofessoren der früheren Generation auch noch in einem ihnen näher liegenden Fall bewiesen, in dem der deutschen Einheitsbewegung, die sie von ihrem historischen Standpunkt aus als „Utopie" ansahen. Ganz richtig zieht Scheffler („Die preußische Publizistik im Jahre 1859", S. 98), dem die obigen Zitate entnommen sind, aus solchen Beobachtungen den Schluß, „daß die geschichtliche Bildung keineswegs auch nur das geringste Verständnis für die politischen Vorgänge erschlossen hat". Und doch erfaßt in jeder Generation immer wieder die deutschen Geschichtsprofessoren der Ehrgeiz, die Politiker mit ihrer Weisheit zu beglücken und sich mit ihrer verständnislos zusammengelesenen Geschichte vor der wirklichen Geschichte bloßzustellen. Scheffler bemüht sich, für diese Erscheinung tiefere Gründe zu finden, die in der Beschäftigung mit der Geschichte selbst gelegen sein sollen. Ich glaube, die Sache hat nichts mit der Geschichtswissenschaft zu tun, sondern erklärt sich aus dem Charakter eines großen Teiles der deutschen Professoren, welche sich als die „geistige Leibgarde der Hohenzollern" angesehen haben. Wie die Juristen sich jederzeit bemüht haben, der jeweiligen Politik der jeweiligen preußischen oder deutschen Regierung eine tiefere juristische, so die Geschichtsprofessoren ihr eine tiefere historische Rechtfertigung zu geben. Als Politiker waren sie nicht unbefangene Forscher, sondern offiziöse Advokaten im täuschenden Mantel der Wissenschaft, und da die Politik der Regierung oft schlecht war, haben sie durch ihre Verteidigung die Wissenschaft kompromittiert. Nicht die Wissenschaft ist an den politischen Fehlern der deutschen Professoren schuld, sondern der Servilismus der Professoren.

matum, ohne auch noch so unerfüllbare Bedingungen, ein „überraschender Angriff auf Serbien ohne vorhergehende diplomatische Aktion" — die Brutalität ohne Feigenblatt. Mitten im Frieden sollte die Armee des 50 Millionen-Staates in den durch zwei Kriege erschöpften 4 Millionen-Staat einmarschieren, jeden etwaigen Widerstand niederschlagen und nach so errungenem „Sieg" das Land aufteilen, daß davon nichts mehr übrig bliebe, oder, wie es Graf Berchtold selbst ausdrückte, es „durch eine Kraftäußerung für immer unschädlich machen"*), und die ganze Welt sollte verblüfft über das Unerhörte tatenlos zuschauen und wenn sie sich von dem ersten Schreck erholt und dieser oder jener Staat sich eingemischt hätte, so mochte kommen, was da wollte. Serbien hätte vorher zu existieren aufgehört.

Diesen Plan faßte Graf Berchtold mit einer Raschheit, die wohl auch in der Geschichte der Diplomatie kaum ein Vorbild finden dürfte. Am 28. Juni war das Attentat in Sarajevo erfolgt, und schon am zweiten Tag nachher, am 30. Juni, teilte Graf Berchtold seinen Plan dem peinlich überraschten ungarischen Ministerpräsidenten Grafen Tisza mit, der nach seinem Kondolenzbesuch beim Kaiser zu ihm kam**), und aus dieser von Tisza selbst aufgezeichneten Tatsache wissen wir, daß Graf Berchtold den Plan späte-

*) „Österreichisches Rotbuch", I. Teil, Nr. 8, Seite 26 und 27.

**) Fraknói: „Die ungarische Regierung und die Entstehung des Weltkrieges", Seite 14. — Diese Schrift beruht auf den „streng geheimen" Akten des Kaisers Franz Joseph im ehemaligen geheimen Haus-, Hof- und Staatsarchiv, hat also aktenmäßigen Wert. Doch ist dem Autor an dieser Stelle ein kleines Versehen unterlaufen. Er setzt das Datum von Tiszas Kondolenzaudienz auf den 29. Juni an, es war aber, laut dem in den Tagesblättern veröffentlichten Hofbericht der 30. Am 29. empfing der Kaiser den Grafen Berchtold, den österreichischen Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh und den Gemeinsamen Finanzminister Ritter von Bilinski.

stens an diesem Tage, d. i. am zweiten Tag nach dem Attentat gefaßt haben muß, die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß er ihm schon am Tage vorher oder am Tage des Attentats selbst wie ein blitzartiger Einfall gekommen ist. Graf Berchtold wartete, lauerte förmlich seit anderthalb Jahren auf eine passende Gelegenheit, um mit Serbien fertig zu werden, alle seine Sinne waren auf diese Gelegenheit gerichtet, sie konnte seiner aufs höchste geschärften Aufmerksamkeit nicht entgehen, und jetzt war sie plötzlich da, eine unvergleichliche Gelegenheit noch dazu. Fünfmal hatte er die Sache erfolglos angepackt — dreimal gegen Serbien, zweimal gegen Montenegro — unsicher, unklar, zögernd, ohne den Mut zur vollen Tat, mit Warnungen, Erklärungen, Ultimaten und sonstigem diplomatischem Kram, und jedesmal war ihm die Gelegenheit zum Dreinschlagen auf diese oder jene Art entglitten, und in der Hand blieb ihm nur ein diplomatischer Erfolg, wegen dessen ihn alle die Schneidigen um ihn herum, die besäbelten und die nichtbesäbelten, schließlich nur auslachten. Wenn noch einmal das Schicksal ihm die Gelegenheit zuführte, mußte er resoluter zugreifen, das tun, wovon die anderen seit Jahren sprachen: in Serbien einmarschieren und mit diesem Staat ein Ende machen, wie Conrad es schon bei der Annexion 1908 gewünscht hatte und seither zu empfehlen nicht müde geworden war. Dieser Plan, einfach wie eine Hasenjagd, bedurfte keiner langen Überlegung, keiner umständlichen Vorbereitung. Graf Berchtold, der Bequeme, brauchte sich nicht einmal anzustrengen, ihn zu erfinden. Er war da, er lag in der Luft, und als Graf Berchtold am 28. Juni von den Schüssen in Sarajevo hörte, mochte das erste, was seinem in jahrelangem Warten disziplinierten Gehirn einfiel, sein: der alte Plan, der nun endlich zur Ausführung reif geworden war.

Es ist anzunehmen, daß Graf Berchtold seine Ab-

sicht schon in diesem ersten Stadium seinen vertrautesten Mitarbeitern im Ministerium, seinem Sektionschef Grafen Johann Forgach, dem Spezialisten der Serbophobie, und seinem Kabinettschef Grafen Alexander Hoyos anvertraute. Sicher ist, daß er den Chef des Generalstabs Conrad spätestens 1. Juli in sein Vorhaben einweihte, der es auch günstig aufnahm, da es doch seine eigene Idee war, und sich sofort an die Ausarbeitung des Kriegsplanes machte, der mit einem Gegenangriff Rußlands und Rumäniens gegen Österreich-Ungarn, also mit drei Fronten rechnete*). Graf Tisza opponierte dagegen, indem er dem Grafen Berchtold sofort bei der ersten Mitteilung am 30. Juni erwiderte, daß er die geplante Aktion „für einen verhängnisvollen Fehler halten und die Verantwortung dafür keineswegs teilen würde". Graf Tisza, dem der Kaiser in der vorangegangenen Audienz nichts von Berchtolds Absicht erwähnt hatte, schrieb nach seiner Rückkunft nach Budapest sofort einen vom 1. Juli datierten „Alleruntertänigsten Vortrag" an den Kaiser, in dem er seine Bedenken gegen Berchtolds Plan entwickelte, „trotz etwaiger befriedigender Erklärungen der serbischen Regierung einen Krieg mit diesem Staate zu *provozieren*", weil wir dann „vor der ganzen Welt als die Friedensstörer dastehen und einen *großen* (!) Krieg unter den ungünstigsten Umständen anfachen" würden. Auch halte er „den Zeitpunkt nach dem Abfall Rumäniens und der Niederlage Bulgariens überhaupt für einen recht ungünstigen" (zum Kriegführen). Tisza empfahl deswegen neuerdings die Verfolgung der von ihm schon im März 1914 in einem Memorandum entwickelten Balkanpolitik auf lange Sicht (Wiedergewinnung Rumäniens, Anschließung Bulgariens an den Dreibund, Einvernehmen mit der Türkei, Tren-

*) Fraknói, a. a. O., Seite 15, Gooss, „Das Wiener Kabinett und die Entstehung des Weltkriegs", Seite 25.

nung Griechenlands von Serbien)*). Wann der Kaiser von Berchtolds Plan erfuhr, ob vor oder nach der Audienz Tiszas, wissen wir nicht. Jedenfalls stand er, auch nachdem er Tiszas Gegenvotum erhalten hatte, auf Seite Berchtolds und gab diesem den guten Rat, daß, ehe er die Zustimmung der österreichischen und ungarischen Regierung, d. i. also praktisch der ungarischen Regierung (denn die österreichische war in solchen Kapitalangelegenheiten machtlos) zu erwirken versuche, er sich die tatkräftige Unterstützung des deutschen Kaisers sichern solle**). Das war eine gute Idee, denn, wenn der deutsche Kaiser einmal Ja gesagt, waren in Österreich und auch in Ungarn bald alle dissonierenden Flöten zum Schweigen zu bringen. Graf Berchtold führte den Rat des Kaisers in der Art aus, daß er am 2. Juli ein Handschreiben für den Kaiser Franz Joseph an den Kaiser Wilhelm aufsetzen ließ — ein schlauer Gedanke — so wirkte er mit der stärksten Autorität, der Franz Josephs, auf Wilhelm II. ein und hatte durch das Handschreiben auch gleich den eigenen Kaiser, trotz Tisza, auf seinen Plan festgelegt. Das Handschreiben teilte Graf Berchtold pflichtgemäß dem Grafen Tisza mit, wartete aber dessen Antwort nicht ab, sondern sandte es sofort, am 4. Juli abends, nach Berlin, und Tiszas Abänderungsvorschläge konnten somit erst zu einer Zeit in Wien ankommen (5. Juli nachmittags), wo das Handschreiben bereits dem deutschen Kaiser vorlag. Mit der Beförderung des Handschreibens nach Berlin wurde nicht, wie ursprünglich geplant, ein Kurier, sondern der Kabinettschef Berchtolds, Legationsrat Graf Alexander Hoyos, betraut, um gleichzeitig den ganzen Berchtoldschen Plan, der in dem Handschreiben nur in verhüllten Ausdrücken entwickelt war, den Berliner Staatsmännern in puris natalibus („über-

*) „Österreichisches Rotbuch", I. Teil, Nr. 2.
**) Fraknói, a. a. O., Seite 15.

raschender Angriff auf Serbien ohne vorhergehende diplomatische Aktion" und nachher „völlige Aufteilung Serbiens") zu präsentieren, wovon Graf Tisza auch erst nachträglich erfuhr*).

Wilhelm II. traf diese Mission gut vorbereitet, einerseits durch die ganze, in früheren Kapiteln geschilderte politische Entwicklung der letzten Zeit, die seinen Widerstand gegen die kriegerischen Absichten der Wiener Regierung einigermaßen zermürbt hatte, anderseits durch die Ereignisse der letzten Zeit, die ihm persönlich nahegegangen waren. Der ermordete Thronfolger war sein Freund gewesen, und erst vor wenigen Wochen hatte er ihn in Konopischt besucht. Rasch entschloß sich Wilhelm, nach Wien zu reisen, um dem Freunde die letzte Ehre zu erweisen. Da kam am 1. Juli ein Alarmtelegramm des deutschen Generalkonsuls in Sarajevo, in welchem dem deutschen Kaiser aufs entschiedenste von der Reise nach Wien abgeraten wurde, da er dort von „russisch-serbischen Gewalttätern" ein Attentat zu befürchten hätte**). Zu der altruistischen Trauer um den niedergeschossenen Freund gesellte sich die egoistische Furcht vor einem Attentat auf die eigene geheiligte Persönlichkeit. Wilhelm sah sich in seinem lebhaften Geiste schon attentiert. Nur ungern stand er von der Reise ab, schon deswegen, weil dieser Entschluß ihm „als Mangel an persönlichem Mut ausgelegt werden könnte", wie er am 2. Juli dem Kaiser Franz Joseph melden ließ***). In den folgenden Tagen, am 3. oder 4. Juli, las er das erste Telegramm des Wiener Botschafters vom 30. Juni über die Stimmung in Wien nach dem Attentat auf das Thronfolgerpaar. Der Herr von

*) Fraknói, a. a. O., Seite 16, Gooss, a. a. O., Seite 29, „Österreichisches Rotbuch", I. Teil, Nr. 8, „Die deutschen Dokumente", Nr. 18.

**) „Die deutschen Dokumente", Nr. 6 a.

***) „Die deutschen Dokumente", Nr. 6 b.

Tschirschky berichtete, daß „auch ernste Leute meinen, es müsse einmal gründlich mit den Serben abgerechnet werden“, er, der Botschafter, „benütze aber jeden solchen Anlaß, um ruhig, aber sehr nachdrücklich und ernst vor übereilten Schritten zu warnen“. Tschirschky setzte eben die bisherige Berliner Politik fort, Österreich immer an den Rockschößen von kriegerischen Absichten zurückzuhalten. Er wußte noch nicht, daß der Kurs in Berlin mittlerweile gewechselt hatte. Beim Lesen dieser Depesche sah sich der Kaiser bemüßigt, sofort seinen beim Aufgeben der Wiener Reise selbst vermißten persönlichen Mut zu betätigen, indem er an seinem bombensicheren Schreibtisch zu Tschirschkys Bericht von seinen Warnungen unwillig an den Rand schrieb: „Wer hat ihn dazu ermächtigt? Das ist sehr dumm! Geht ihn gar nichts an, da es lediglich Österreichs Sache ist, was es hierauf zu tun gedenkt. Nachher heißt es dann, wenn's schief geht, Deutschland hat nicht gewollt! Tschirschky soll den Unsinn gefälligst lassen! Mit den Serben muß aufgeräumt werden, und zwar bald*).“ Herr von Tschirschky aber erhielt wegen seines „lauen“ Berichtes einen „Verweis“, den er sich gut merkte**). Wilhelm II. bedauerte, bereute in diesem Augenblick vielleicht, daß er dem unglücklichen Franz Ferdinand im November 1912 das Rasseln mit seinem (Wilhelms) Säbel so gründlich verboten hatte. Wer weiß, der arme Franz Ferdinand hätte vielleicht sonst nicht ein so frühes und so scheußliches Ende nehmen

*) „Die deutschen Dokumente“, Nr. 7.

**) Gooss, a. a. O., Seite 40, nach einem Berichte Szögyenys, der aber auch in dem von der Republik Österreich herausgegebenen Rotbuch fehlt. Einsichtnahme in das anscheinend wichtige, von Gooss nur kurz erwähnte, aber nicht abgedruckte Aktenstück wird bedauerlicherweise nicht gestattet. Auch in den „Deutschen Dokumenten“ fehlt diese, wahrscheinlich grundlegende Instruktion an Tschirschky.

müssen. Aber jetzt mußte das Versäumte nachgeholt werden, möglichst rasch, sonst kommen am Ende die „russisch-serbischen Gewalttäter", die schon Wien erreicht haben, eines Tages gar nach Berlin!

Franz Joseph und Berchtold taten auch das ihrige, um ihren Plänen in Berlin vorzuarbeiten. Graf Berchtold nahm am 2. Juli, an dem er gerade mit der Konzipierung des Handschreibens Franz Josephs beschäftigt war, den deutschen Botschafter ordentlich ins Gebet, entwickelte ihm, ohne ihm noch Genaues über seinen Plan zu verraten, die Notwendigkeit „eines rücksichtslosen Vorgehens gegen Serbien" und beschwerte sich bei ihm mit allen Zeichen eines gekränkten Gemüts über die bisherige Haltung des Berliner Kabinetts, bei dem er „in der Praxis nicht immer die Unterstützung (gegen Serbien) gefunden habe." Herr von Tschirschky wurde auch ganz kleinlaut und versprach alles Mögliche *). Bei dem Kondolenz-Empfang, den der alte Kaiser an demselben wichtigen Tage dem deutschen Botschafter gewährte, behielt Franz Joseph Herrn v. Tschirschky fast eine Stunde bei sich und beehrte ihn mit einem förmlichen Vortrag über die politische Situation im Osten, der, ohne daß er von Krieg sprach, zu einem Kriegsbild grau in grau wurde. Der Kaiser sprach über die wachsende Gefahr „da unten" (auf dem Balkan, in Serbien) und meinte: „Ich sehe schwarz in die Zukunft", „in Albanien gehe es sehr schlecht", zum König von Rumänien habe er, zum Unterschied vom deutschen Kaiser, gar kein Vertrauen, der König werde „gegen Österreich marschieren müssen", mit den Serben sei „im Guten nichts anzufangen", die russischen „sogenannten Probemobilisierungen im Herbst, also zu einer Zeit, wo hier die Rekruten eingestellt wurden und die Armee nicht vollkommen schlagfertig sei, flößten ihm Besorgnisse ein".

---

*) „Österreichisches Rotbuch", I. Teil, Nr. 3.

Und wieder jammerte der Greis über „die Gefahren, die für die Monarchie in der serbischen Nachbarschaft lägen“ und die der deutsche Kaiser und dessen Regierung richtig ermessen sollten. Franz Joseph entwickelte dem Botschafter die Pläne nicht, die er bereits gefaßt hatte. Aber Herr von Tschirschky hatte sie schon in den letzten Tagen genug deutlich von anderen „ernsten Leuten“ gehört. So ließ er es sich auch nicht mehr einfallen, in Wien zu warnen, im Gegenteil, er ermutigte von da an bis zum Ende Wien in seinen kriegerischen Absichten, und die Audienz bei Franz Joseph benützte er gleich, um diesem, ganz im Sinne der Randnotiz seines Kaisers, zu versichern, daß er darauf bauen könne, im Erfordernisfall „Deutschland geschlossen hinter der Monarchie zu finden“, die Entscheidung über das Wann, Was und Wo „müßte Oesterreich selbst überlassen bleiben“. Über diese Unterredung schickte der Botschafter in richtiger Bewertung ihrer Wichtigkeit, zwei Berichte nach Berlin, einen kurzen telegraphischen und einen längeren brieflichen, an dem er noch bis 1 Uhr nachts arbeitete, wo er den Bericht mit dem stimmungsvollen Zusatz schließen konnte, daß er „von der Straße her das Johlen und Pfeifen einer großen Menschenmenge höre, die eine Demonstration vor der benachbarten russischen Botschaft veranstaltete“*).

Tschirschkys Berichte langten unmittelbar vor dem Handschreiben Franz Josephs in Berlin ein. Dieses war also gut vorbereitet. Zu allem anderen kam noch die menschliche Stimmung, in der sich Wilhelm II. befand, da er im Begriffe stand, seine alljährliche Nordlandreise anzutreten. In solchen Augenblicken, wenn man gerade mit dem Einpacken beschäftigt ist, ist jeder Mensch in Geber- und Nachgeberlaune, auch ein Monarch, wenn es sich selbst um die

*) „Die deutschen Dokumente“, Nr. 9 und 11.



Bewilligung zum Kriegführen handelt. Graf Berchtold, der die Psychologie großer Herren wohl kannte, legte auch, wie aus seiner Instruktion an den Botschafter in Berlin hervorgeht, besonderen Wert darauf, daß das Handschreiben Franz Josephs dem deutschen Kaiser noch vor dessen für den 6. Juli geplanten Abreise übergeben und von diesem mit dem Kanzler besprochen werde*). Daß eine solche Reise wegen einer Entscheidung über Krieg oder Frieden um einige Tage aufgeschoben werden könnte, daran dachte natürlich niemand, Graf Berchtold kannte die Psychologie großer Herren.

Am 5. Juli, einen Tag vor dessen Abreise, überreichte denn auch der österreichisch-ungarische Botschafter Graf Szögyeny dem Kaiser Wilhelm das Handschreiben Franz Josephs. Diesem war ein Memorandum des Grafen Berchtold über die Balkanpolitik beigelegt, welches — eine Fortspinnung der Gedanken des Tiszaschen Memorandums vom März — kurz vor dem Attentat von Sarajevo verfaßt worden war, aber, wie Kaiser Franz Joseph bemerkt, „jetzt nach diesem tragischen Ereignis besonders beachtenswert erscheint".

Von dem Attentat wird in dem Handschreiben Franz Josephs einleitend gesagt, daß es sich hiebei „nach allen Erhebungen nicht um die Bluttat eines einzelnen, sondern um ein wohlorganisiertes Komplott gehandelt hat, dessen Fäden nach Belgrad reichen", wofür der Kaiser die Politik der Belgrader Regierung verantwortlich macht, die „eine dauernde Gefahr für sein Haus und seine Länder bilde". Derselbe Kaiser hat zur selben Zeit ein vom 4. Juli datiertes Manifest an seine Völker erlassen, in welchem er das Attentat auf den „Wahnwitz einer kleinen Schar Irregeleiteter" zurückführt. Man sieht, in der Öffent-

*) „Österreichisches Rotbuch", I. Teil, Nr. 4.

lichkeit spielt der Kaiser den Großmütigen, den Menschenfreund, den Einsichtigen, der peinlich bestrebt ist, den Kreis der Schuldigen nicht durch Verdächtigungen zu erweitern. In dem Handschreiben an den Kaiser Wilhelm dagegen weiß er gleichzeitig von einem wohlorganisierten Komplott zu erzählen, dessen Schuld er ohneweiters der serbischen Regierung zuschiebt. Das Manifest war bestimmt, die Welt über die wahren Absichten des Kaisers irrezuführen. Das Handschreiben offenbart seine wahren Gesinnungen und gibt den Maßstab für die Heuchelei, deren er in der Öffentlichkeit fähig war. An diese suggestive Einleitung über das Attentat schließt der Kaiser eine Darlegung der politischen Lage auf dem Balkan. In dem Handschreiben wird wie in dem Memorandum auseinandergesetzt, daß sich unter dem Protektorat Rußlands und der Mitwirkung Rumäniens ein neuer Balkanbund bilde, dessen Spitze sich gegen Österreich-Ungarn richte. „Dieser dreibundfeindlichen Neubildung müßte Österreich-Ungarn durch die Aufrichtung eines neuen, Serbien ausschließenden und gegen Serbien und Rußland gerichteten Balkanbundes“ zuvorkommen, der aus Bulgarien, der Türkei, Griechenland und dem dann wohl wieder Rußland abspenstig gemachten Rumänien zu bestehen hätte. „Das Bestreben meiner Regierung — sagt Franz Joseph — muß in Hinkunft auf die Isolierung und Verkleinerung Serbiens gerichtet sein“, ferner Serbien muß „als politischer Machtfaktor am Balkan ausgeschaltet“ werden. Das Handschreiben schließt mit einem intransigenten Wutausbruch: „Auch Du wirst nach dem jüngsten furchtbaren Geschehnisse in Bosnien die Überzeugung haben, daß an eine Versöhnung des Gegensatzes, welcher Serbien von uns trennt, nicht mehr zu denken ist und daß die erhaltende Friedenspolitik aller europäischen Monarchen bedroht sein wird, solange dieser Herd von ver-

brecherischer Agitation in Belgrad ungestraft fortlebt."

In dem beigelegten Memorandum des Grafen Berchtold, das, wie bemerkt, schon vor dem Attentat, also im Juni 1914 abgefaßt wurde, wird Kaiser Wilhelm sozusagen mit der Nase darauf gestoßen, daß sich der neue russisch-serbische Balkanbund „nicht allein gegen die (österreichisch-ungarische) Monarchie als solche" richte, sondern „nicht zuletzt gegen den Bundesgenossen des Deutschen Reiches". Es wird dem Kaiser Wilhelm gesagt, daß die Pläne Rußlands „mehr noch gegen Deutschland als gegen Österreich-Ungarn gerichtet sind", daß sie in Europa und in Asien „in erster Linie höchst wichtige Interessen Deutschlands verletzen". Man sieht, Graf Berchtold hat sich die neue Rollenverteilung in der antirussischen und der Balkanpolitik, die wir in der alldeutschen und der österreichischen imperialistischen Literatur bereits kennengelernt haben, angeeignet und nützt sie aus, um Deutschland für seine Balkanpläne einzuspannen, die nach seiner Darstellung für Deutschland viel wichtiger sind als für Österreich-Ungarn. Graf Berchtold macht für das Deutsche Reich Politik, er belehrt den deutschen Kaiser darüber, was dem Deutschen Reiche frommt, und das ist vor allem ein Umsatteln von dem in Berlin bisher beliebteren serbischen auf das in Wien bevorzugte bulgarische Pferd. Ein nach dem Attentat angefügtes Postskriptum verstärkt noch den serbophoben Gedankengang des Memorandums. Durch das Attentat sei der „unzweifelhafte Beweis für die Unüberbrückbarkeit des Gegensatzes zwischen der Monarchie und Serbien" erbracht. Serbien wird also ohneweiters die Schuld an dem Attentat zugeschrieben, obzwar man in der Öffentlichkeit noch fein zimperlich auf die Ergebnisse der gerichtlichen Untersuchung zu warten vorgibt. Pro foro interno hat man das Urteil bereits vor der Untersuchung gefällt. Das

Postskriptum schließt pathetisch: „Um so gebieterischer tritt an die (österreichisch-ungarische) Monarchie die Notwendigkeit heran, mit entschlossener Hand die Fäden zu zerreißen, die ihre Gegner zu einem Netze über ihrem Haupte verdichten wollen."

Um kaiserliches Handschreiben und Memorandum richtig zu verstehen, muß man bedenken, daß hier zwei Konzepte miteinander verkoppelt sind. Das vor dem Attentat verfaßte Memorandum konnte natürlich nicht an einen unmittelbar bevorstehenden Kriegsfall denken, da damals ein *Casus belli* trotz eifrigen Suchens noch nicht vorlag. Es ergeht sich also lediglich in diplomatischen Vorschlägen, die die Schwächung Serbiens, den Ersatz des unverläßlich gewordenen Rumäniens für den Dreibund durch Bulgarien und die Gründung eines neuen dreibundfreundlichen Balkanbundes zum Zwecke haben. Dieses Konzept war durch das blutige Ereignis von Sarajevo überholt. Denn jetzt ging man weiter, man strebte die Verkleinerung, „die politische Ausschaltung" Serbiens usw. an, was mit den langsamen und sanften Mitteln der Diplomatie nicht zu erreichen war. Angesichts dieses Zieles gewann Berchtolds neuer Balkanplan eine höhere Bedeutung, der neue Balkanbund erhielt eine offensive Spitze, er wurde zu einer kriegerischen Allianz gegen Serbien und Rußland, eine notwendige diplomatische Vorbereitung des Krieges. Was wollen denn sonst alle diese Wendungen des Handschreibens Franz Josephs besagen von der „Isolierung", der „Verkleinerung" Serbiens, von der „Ausschaltung Serbiens als politischer Machtfaktor am Balkan", von dem „Herd von verbrecherischer Agitation" in Belgrad, der nicht „ungestraft fortleben" darf? Würde die Gründung des von Berchtold geplanten neuen dreibundfreundlichen Balkanbundes, wenn sie selbst möglich gewesen wäre, jene Ziele seines kaiserlichen Herrn schon ohneweiters verwirklicht haben? Serbien wäre dadurch wohl besten-

falls auf dem Balkan isoliert worden, aber es hätte noch immer Rußland und die Tripelentente hinter sich gehabt. Als „politischer Machtfaktor" wäre es damit auf dem Balkan noch lange nicht ausgeschaltet worden, und noch viel weniger konnte Serbien durch das bloß diplomatische Mittel der Gründung eines neuen antiserbischen Balkanbundes „verkleinert" werden, und am allerwenigsten konnte dadurch der Belgrader „Herd verbrecherischer Agitation" „bestraft" und aus dem „Leben" geschafft werden. Dazu waren andere Mittel nötig: ein Krieg, in dem Serbien militärisch zerschmettert wird. Zu diesem Ziel, welches sonst der Wiener Politik bereits unerreichbar geworden wäre, eröffnete das Attentat einen unverhofften neuen Weg. Anders waren die ekrasanten Worte des kaiserlichen Handschreibens nicht zu verstehen und das Ultimatum war ihre schon damals prämeditierte Erfüllung.

Das verhängnisvolle Frühstück

Um die Dokumente von ihm entgegenzunehmen, ließ der deutsche Kaiser den österreichischen Botschafter am 5. Juli zum „Frühstück" einladen*). In jener Zeit liebten es die hohen Herrschaften, das Angenehme mit dem Nützlichen verbindend, die wichtigsten Geschäfte beim Frühstück zu erledigen. Vor dem Frühstück noch las mit gewohnter Geschwindigkeit Wilhelm II., bloß in Gegenwart des österreichischen Botschafters, die beiden Schriften durch, die immerhin 16 Druckseiten messen, und war, wie Graf Szögyeny meldete, nicht überrascht, daraus zu erfahren, daß „eine ernste Aktion gegenüber Serbien" von Österreich-Ungarn geplant werde, erfaßte aber auch gleich die weitergehende Konsequenz eines solchen Vorgehens, die Franz Joseph in seinem Handschreiben taktvoller oder, besser gesagt, taktischer Weise unerwähnt gelassen hatte, nämlich die „ernste europäische Komplikation", die sich daraus ergeben könne, setzte infolgedessen gleich die konstitutionelle Miene auf, indem er dem Botschafter erklärte, er wolle „deswegen vor Beratung mit dem Reichskanzler keine definitive Antwort erteilen". Während des Frühstücks heiterte sich sein Gemüt auf, und als ihn nach der Tafel Graf Szögyeny, abermals unter vier Augen, neuerdings auf den „Ernst der Situation" aufmerksam machte, legte der Kaiser die konstitutionelle Miene wieder ab, gab dem Botschafter die Zusicherung, daß Österreich-Ungarn „auf die volle Unterstützung Deutschlands rechnen könne" und fügte, um den konstitutionellen Schein zu wahren,

*) Das folgende nach dem amtlichen Bericht des Grafen Szögyeny, Österr. Rotbuch, I. Teil, Nr. 6, und Deutsches Weißbuch „Deutschland schuldig?", S. 77.

nur hinzu, daß er „nicht im geringsten daran zweifle, daß Herr von Bethmann Hollweg vollkommen seiner Meinung zustimmen werde“. Die Sorgen vor europäischen Komplikationen, die den Kaiser noch vor der Mahlzeit unsicher gemacht hatten, waren wie weggeblasen, das politische Weltbild, das sich seit Beginn der Neunzigerjahre, gerade unter seiner Regierung, durch die allmähliche Entstehung und Ausbildung der Tripelentente so wesentlich kompliziert hatte, schrumpfte plötzlich auf die einfacheren Linien einer längstvergangenen Zeit, etwa des Endes der Siebziger- und Anfangs der Achtzigerjahre ein, wo nur Deutschland ein Bündnis mit Österreich-Ungarn hatte, die anderen Staaten aber isoliert waren. So sah Wilhelm nach Tische wohl noch immer die Möglichkeit voraus, daß aus dem Kriege Österreich-Ungarns gegen Serbien ein solcher gegen Rußland sich entwickeln könnte, wie es auch in den Siebziger- und Achtzigerjahren möglich gewesen wäre, und für diesen Krieg verpflichtete er sich, „in gewohnter Bundestreue an Österreich-Ungarns Seite zu stehen“ — ganz so wie er es schon im Anfang seiner Regierung einmal, 1890, gewollt hatte*). Was Italien, das doch seit 1882 auch mit Österreich-Ungarn verbündet war, zu dessen serbischem Unternehmen sagen würde, daran dachte der Kaiser gar nicht mehr, für Rumäniens „korrektes Verhalten“ werde er schon „sorgen“, und unter dem Einfluß der Nachtischstimmung nahm der Kaiser schließlich auch die russische Gefahr auf die leichte Achsel, indem er meinte, Rußland, noch keineswegs „kriegsbereit“, werde — da fiel

*) Vgl. Eppstein: „Fürst Bismarck's Entlassung“, S. 183. — Bismarck hinderte damals Wilhelm II. um Österreich-Ungarns Willen mit Rußland anzubinden, das war einer der Hauptgründe seiner Entlassung, wie aus Bismarcks eigener Darstellung in der letzten von ihm präsidierten Sitzung des preußischen Staatsministeriums hervorgeht.

dem Kaiser wieder die Existenz der Tripelentente ein — sich darauf beschränken, „bei den anderen Mächten der Tripelentente gegen Österreich-Ungarn zu hetzen und am Balkan das Feuer zu schüren“. Man hört aus seinen Worten die Verachtung des Kaisers für das nicht kriegsbereite Rußland heraus, das es sich „gewiß noch überlegen werde, an die Waffen zu appellieren“, während andere stärkere Mächte das ohne lange Überlegung tun. Diesen Gedankengang schloß der Kaiser ganz logisch mit der Mahnung, daß Franz Joseph, wenn er schon seine „bekannte Friedensliebe“ gegenüber Serbien überwinden wolle, „den jetzigen, für uns so günstigen Moment nicht unbenützt lasse“.

Das war das geschichtlich denkwürdige Frühstück, bei dem die Würfel über Europa fielen. Denn hier hatten zwei Autokraten, die beiden Kaiser, die, wenngleich sie sonst in scheinkonstitutionellen Formen regierten, in der Frage von Krieg und Frieden auch verfassungsmäßig vollständig freie Hand hatten, sich für den Krieg entschieden, und da es unter ihnen auch in Staatsgeschäften wie unter Kavalieren zuging, so war es ausgeschlossen, daß einer von beiden sein gegebenes Wort zurückziehe, von seinem Entschluß zurücktrete, und gegenüber allen späteren Bemühungen Kaiser Wilhelms und seiner Berater, die Herren in Wien auch nur einigermaßen zur Raison zu bringen, hielten diese an seinem Frühstücksversprechen fest wie Shylock an seinem Schein. Zunächst war wohl nur der Krieg gegen Serbien und Rußland bejaht worden, aber in ihm lag, wie im Ei das Huhn, nach den gegebenen politischen Verknüpfungen, der europäische Krieg, der Weltkrieg logisch beschlossen — gleichgültig, ob sich die entscheidenden Personen der Tragweite ihres Tuns bewußt waren, wie Kaiser Wilhelm noch vor dem schicksalsvollen Frühstück, oder sie anderen verschwiegen wie Kaiser Franz Joseph in seinem Handschreiben, oder sie sich selbst

auszureden suchten, wie später Kaiser Wilhelms Berater.

Noch am Tage des Frühstückes, welcher ein Sonntag war, ließ der deutsche Kaiser den Reichskanzler von dessen Gute Hohenfinnow, und da der Staatssekretär des Äußern von Jagow, also der kompetente Fachmann, gerade auf Urlaub war, den Unterstaatssekretär Zimmermann zu sich nach Potsdam kommen, um mit ihnen post festum über Handschreiben und Memorandum zu beraten. In Herrn von Bethmann Hollweg hatte sich der Kaiser offenbar nicht geirrt, denn dieser verfassungsmäßig entscheidende oberste Beamte des Reiches setzte „seinen" Kaiser nicht durch Widerspruch oder gar durch ein Entlassungsgesuch in Verlegenheit, wie dies Bismarck dem seinigen so oft in minder wichtigen Fällen getan hatte. Er erbat sich keine Bedenkzeit, um die umfangreichen Wiener Konzepte, wie es sich geschickt hätte, in Ruhe und für sich allein studieren zu können. Das wäre auch nicht angegangen, denn am folgenden Tag, zeitlich des Morgens, sollte der Kaiser seine Reise antreten, und wenn sich Herr von Bethmann Hollweg geziert hätte, wäre das nicht möglich gewesen und die Reisedispositionen hätten gestört werden müssen. So wurden in Potsdam Sonntags abends alle Ideen des Grafen Berchtold en bloc angenommen. Damit war die zivile Seite der Sache, zwar nicht gründlich, aber rasch entschieden. Wilhelm II., der sein weites Reich wie ein sorgsamer Hausvater verwaltete, konnte nicht auf die Reise gehen, ohne auch der anderen Abteilung der Staatsverwaltung, der militärischen, seine Aufmerksamkeit angesichts der neuen Situation zuzuwenden. Allerdings waren da alle Chefs ohne Ausnahme auf Urlaub und im Augenblick unerreichbar. Da der Kaiser aber keine Zeit hatte, begnügte er sich mit ihren Vertretern und noch minderem „Ersatz". Noch am selben 5. Juli fand er Zeit, den Vertreter

des Chefs des Admiralstabes zu sprechen, am nächsten Tag, Montag, zeitlich früh zwischen 7 und 8 Uhr, „reisefertig“, den Stellvertreter des Marinestaatssekretärs und, da im Generalstab Chef sowohl wie Stellvertreter auf Urlaub waren, den „ältesten in Berlin anwesenden Offizier des Generalstabes“ zu empfangen. Einen Offizier des preußischen Kriegsministeriums sah der Kaiser überhaupt nicht, da er sonst vielleicht den Zug versäumt hätte. Den erschienenen „Vertretern“ und dem „Ältesten“ teilte er — jedem einzeln — im Garten seines Palais im Reiseanzug auf und abgehend, in kurzen Worten die Sachlage mit, Beratung fand nicht statt, der Kaiser sprach nur zu den Offizieren — wie es scheint, um sich selbst vor der Ferienreise innerlich zu erleichtern. Er versicherte ihnen — im Gegensatz zu seinen Vor- und selbst seinen Nachfrühstücksansichten des Vortages — „daß er an ernste Verwicklungen aus Veranlassung des Sarajevoer Verbrechens nicht glaube“, er „glaube nicht an ein Eintreten Rußlands für Serbien“, „außerdem seien Rußland und Frankreich nicht kriegsbereit“; „England erwähnte der Kaiser nicht“, bemerkt, fast eine Kritik sich erlaubend, der Vertreter des Marinestaatssekretärs von Capelle, den doch überhaupt nur die Frage England ernstlich interessieren konnte, „Seine Majestät betonte sogar, daß er es nicht für nötig erachte, besondere Anordnungen zu treffen“. Der Kaiser nahm also von den Militärs Abschied, als ob er am vorhergehenden Tag Kenntnis davon erhalten hätte, daß der ewige Friede bevorstehe und nicht der Weltkrieg. Nachdem er so seiner Pflicht genügt hatte, „bestieg er sein Auto zum Antritt seiner Nordlandsreise“*). Wilhelm II. war der Entschluß zum Kriege leichter gefallen als seinem altmodischen

*) „Die deutschen Dokumente, Anhang zu den Vorbemerkungen“, S. XIV—XVI, amtliche Berichte der oben erwähnten, zur Audienz befohlenen Offiziere.

Großvater Wilhelm I., der immer erst von Bismarck kräftig bearbeitet werden mußte und, wie er von 1866 erzählte, dann erst noch mit seinem Gotte „im Gebete rang", ehe er sein Ja sagte. Wilhelm II. arbeitete mit weniger Hemmungen.

Nun war noch das Formelle zu erledigen. Nach der Abreise des Kaisers, gleich am 6., bestätigte der Reichskanzler amtlich dem Grafen Szögyeny die Zustimmung Kaiser Wilhelms zum Handschreiben Franz Josephs und dem Memorandum, teilte ihm seine eigene Zustimmung zu der Antwort des Kaisers mit und telegraphierte beides Herrn von Tschirschky nach Wien, und Graf Berchtold konnte mit Genugtuung feststellen, daß er in dieser Frage „ein vollständiges politisches Einvernehmen mit dem deutschen Kabinet" erzielt hatte*), er hätte auch sagen können, mit dem deutschen Kaiser. Wilhelm II. selbst antwortet seinem Bundesgenossen am 14. In beiden Schriftstücken macht der deutsche Kaiser, was den geplanten neuen Balkanbund betrifft, nur bezüglich Bulgariens einen gewissen Vorbehalt, weil er zu diesem Volk und seinem Herrscher kein Vertrauen hege. Doch hat dieser Vorbehalt keine Bedeutung, da der deutsche Kaiser ohne weiteres Widerstreben die von Wien schon früher verfolgte bulgarophile und serbophobe Politik nunmehr zu der seinigen macht. Er geht noch weiter. Er verzichtet darauf, sich über Serbien ein eigenes Urteil zu bilden und diesem Land gegenüber auf Grund eigener Prüfung vorzugehen. Er überläßt Serbien ganz dem Kaiser von Österreich und erklärt sich im voraus mit dessen Unternehmungen bezüglich Serbiens einverstanden. In der Note des Reichskanzlers wird die Wendung gebraucht, daß die zwischen Österreich-Ungarn und Serbien schwebenden Fragen „sich der Kompetenz des deutschen Kaisers

*) Österreichisches Rotbuch, I. Teil, Nr. 30.

entzögen". In seinem eigenen Handschreiben sagt Wilhelm II.: „Ich muß davon absehen, zu der zwischen Deiner Regierung und Serbien infolge des Attentats schwebenden Frage Stellung zu nehmen." Er begibt sich des Urteils, aber nicht der Mitwirkung an der Ausführung. Er versichert Franz Joseph, daß dieser ihn und sein Reich „auch in den Stunden des Ernstes" „treu" an seiner Seite finden werde. Man weiß, was Militärmonarchen unter „Ernst" verstehen: den Krieg, und die Treue bedeutet: Mitkämpfen. Wie gewöhnliche Verbrecher die Tat, die sie planen, nicht mit dem Wort bezeichnen, das im Strafgesetzbuch steht, sondern mit einem verhüllenden Ausdruck aus ihrer Verbrechersprache, so darf man auch nicht von Potentaten erwarten, daß sie, wenn sie auf Krieg sinnen, dieses nackte Wort dafür gebrauchen. Der eine sagt: „als Machtfaktor ausschalten", der andere antwortet verständnisvoll mit „Ernst", und jeder weiß ganz gut, was der andere meint. Auch königliche Verschwörer haben ihr Rotwelsch. Der Krieg, der gemeint ist, ist nicht nur ein Krieg gegen Serbien (dazu mußte Franz Joseph nicht Wilhelm II. bemühen), sondern auch gegen Rußland. Franz Joseph schreibt von „russischen und serbischen Panslawisten", und Kaiser Wilhelm schreibt's ihm nach. Es soll also nicht nur gegen Serbien, sondern auch gegen Rußland losgehen. Das steht von Anfang an fest. Es wird noch überdies außer Zweifel gesetzt durch die mündlichen Eröffnungen, die am 6. Juli Graf Hoyos, der mit dem Grafen Szögyeny mitkam, den Herren von Bethmann und Zimmermann machte. Da gewannen sie vollen Einblick in die verwegenen Pläne des Grafen Berchtold, die ein Ruhigbleiben Rußlands, selbst bei noch so großer Kriegsunlust oder Unbereitschaft, völlig ausschlossen. Graf Hoyos, der Vertraute des Grafen Berchtold, erzählte nämlich, daß es sich um „einen überraschenden Angriff auf Serbien ohne vorher-

gehende diplomatische Aktion" und nach dem Siege um „eine völlige Aufteilung Serbiens" handle. Das war in der Tat der ursprüngliche Plan des Grafen Berchtold. Doch Graf Tisza war damals für die geplante kriegerische Aktion noch nicht gewonnen und die Sache jedenfalls im Ministerrate noch nicht beschlossen. Als nun Graf Tisza gelegentlich einer Beratung des Grafen Berchtold mit den beiden Ministerpräsidenten am nächsten Tage, am 7. Juli, der auch Herr von Tschirschky beigezogen wurde, aus den Akten von den voreiligen Mitteilungen des Grafen Hoyos erfuhr, legte er Verwahrung dagegen ein, und man ließ nach Berlin melden, daß diese Pläne nur als des Grafen Hoyos „rein persönliche Auffassung anzusehen" seien*). Das Dementi hatte bloß formellen Wert, denn Graf Tisza ließ sich später, mit einigen Abänderungen, zu Berchtolds Plänen bekehren. Jedenfalls war nur er es, der in diesem Stadium gegen diese wilden Ideen Einwendungen erhob. Die Herren von Bethmann und Zimmermann hatten sie tags vorher ohne Widerspruch oder auch nur Warnung angehört, und darnach ihre Zustimmung zu Berchtolds Plänen in den oben wiedergegebenen diplomatischen Ausdrücken erteilt. Sie nahmen auch das Dementi ohne Bemerkung auf und ohne die Rückfrage, was denn nun eigentlich geschehen solle. Erst der Staatssekretär Herr von Jagow empfand, nachdem er längst von seinem Urlaub zurückgekehrt war, zehn Tage später, am 17. Juli, dieses Vakuum lästig und erkundigte sich in Wien, „wohin der Weg etwa führen soll", aber mit der Verwahrung, daß er keinem Wiener Plan „von vornherein hemmend in den Weg treten" wolle.**)

Diesmal überließen die Männer, die das Volk der Denker regierten, das Denken den Männern, die über

*) „Österreichisches Rotbuch", I, Nr. 7, und „Die deutschen Dokumente", Nr. 18.

**) „Die deutschen Dokumente", Nr. 61.

ein als gedankenlos verrufenes Volk herrschten. Die Herren müssen in ihrer damals bewährten Oberflächlichkeit bei Entgegennahme des kaiserlichen Handschreibens die Kühnheit der Wiener Pläne bezüglich Serbiens eher über- als unterschätzt haben. Nichtsdestoweniger haben sie ihnen im voraus bedingungslos und blind zugestimmt und ihre Mitwirkung daran zugesagt. Ging das nicht viel weiter als die „Nibelungentreue" Bülows, der die Annexion doch erst billigte und unterstützte, nachdem er Aehrenthals Absichten kennengelernt hatte? Konnte man auf den Vorgang vom Juli 1914 nicht mit mehr Recht die Bezeichnung „Vasallentum" anwenden, die seinerzeit Bülow in der deutschen Presse ins Gesicht geworfen wurde? War das, was hier am 6. Juli bereits von der Berliner der Wiener Regierung zugesagt wurde, nicht die „Blanco-Vollmacht", vor der Ledebour und andere 1913 die deutsche Regierung gewarnt hatten? War das nicht ein vollständiger Rückschlag gegenüber dem selbständigen Verhalten der Berliner zur Wiener Regierung während der Balkankriege? Ein Rückschlag, der hinter den Ausgangspunkt, die Bülowsche Nibelungentreue weit zurückging? Tatsächlich hat ja auch Berlin die Zusage der Note Bethmanns vom 6. und des Handschreibens Wilhelms II. vom 14. Juli 1914 in vollstem Ausmaß erfüllt und alle die halsbrecherischen Unternehmungen der Wiener Regierung, die zum Weltkrieg führten, in Wort und Tat unterstützt, bis auf eine einzige unwesentliche Abweichung, die Berlin sich gegenüber Italien erlaubte und die schließlich auch keinen Erfolg brachte. Wien konnte triumphieren, Franz Joseph und Berchtold hatten schließlich doch Wilhelm II., Bethmann und Konsorten kleingekriegt. Die Berliner Staatsmänner verzichteten auf eine eigene Meinung und überließen sich der Führung der Wiener Staatsmänner. „Unser Verhältnis zu Serbien betreffend" —

so telegraphierte der österreichisch-ungarische Botschafter in Berlin, Graf Szögyeny, am 6. Juli 1914 dem Grafen Berchtold — „stehe die deutsche Regierung auf dem Standpunkte, daß *wir* (Österreich-Ungarn) beurteilen müßten, was zu geschehen hätte.“ So hatte es Bethmann dem Grafen Szögyeny im Namen des deutschen Kaisers gesagt. Der Staatssekretär von Jagow betrachtete die serbische Sache als „interne Frage Österreich-Ungarns, auf die Deutschland keine Einwirkung zustände“. In seinen hemdärmeligen Randbemerkungen zu den Botschafterberichten im Juli 1914 sagt Wilhelm II. selbst: „Ich werde mich in nichts einmischen, was der Kaiser (Franz Joseph) zu beurteilen allein befugt ist.“ Zu Greys Erwartung, daß Deutschland seinen Einfluß in Wien verwenden werde, um dort unerfüllbare Forderungen zu unterdrücken, bemerkt Kaiser Wilhelm II. am 23. Juli 1914: „Das ist eine ungeheuerliche britische Unverschämtheit, ich bin nicht berufen, à la Grey S. M. dem Kaiser Vorschriften über die Wahrung seiner Ehre zu machen.“ Serbien nennt er eine „Räuberbande, die für Verbrechen gefaßt werden muß“. „Die Kerls müssen geduckt werden.“ „Mit den Serben muß aufgeräumt werden, und zwar bald.“ Zu dem Wort „Vernichtung Serbiens“ schreibt er an den Rand: „Wäre auch das beste.“ Und so spricht derselbe Kaiser Wilhelm II., der noch beim Abschluß des zweiten Balkankrieges sich mit seiner Begünstigung Rumäniens, Griechenlands und Serbiens gegenüber Bulgarien zum Wiener Kabinett in Widerspruch gesetzt hatte, der Kaiser, von dem der Reichskanzler Bethmann selbst in einer vom 6. Juli 1914 datierten Depesche an den Gesandten in Bukarest sagte, daß er bis dahin „stets in Wien für eine Verständigung mit Serbien eingetreten sei“. Noch in seinem dem Kaiser Franz Joseph am 1. Juli 1914 erstatteten Vortrag warnte Graf Tisza vor der „Eingenommenheit dieses hohen

Herrn (Wilhelm II.) für Serbien". Wie gründlich sich doch im Laufe dieses Monats Juli Kaiser Wilhelm zur Wiener Serbophobie bekehrt hat! Wie gründlich er sich die im Handschreiben des Kaisers Franz Joseph vom 2. Juli 1914 und im gleichzeitigen Memorandum des Grafen Berchtold niedergelegte politische Auffassung zu eigen gemacht hat! Als ihm sein Geschäftsträger in Bukarest am 11. Juli 1914 berichtete, daß der König von Rumänien über den (von Kaiser Franz Joseph und Berchtold so sehr gefürchteten) neuen Balkanbund unter russischer Patronanz gesagt habe, daß ihm davon „nichts bekannt" sei, versah Kaiser Wilhelm, der sonst Carols Äußerungen sehr respektvoll behandelte, diese Worte am Rand mit Frage- und Ausrufungszeichen. Er glaubte also eher, daß Carol lüge, als daß Franz Joseph und Berchtold sich irren*). Wenn Kaiser Franz Joseph es an Taktlosigkeit dem Kaiser Wilhelm II. hätte gleichtun wollen, so wäre dies der Moment gewesen, um Herrn von Bethmann als seinen „brillanten Sekundanten" telegraphisch anzugratulieren, falls er es nicht vorgezogen hätte, sich mit diesem Kompliment an Wilhelm II. selbst als dessen eigenen Reichskanzler zu wenden.

*) „Die deutschen Dokumente", Nr. 121, 120, 16, 41, 126, 7; Österreichisches Rotbuch, I, Nr. 7, 2.

Die ersten Kriegsvorbereitungen

Was Kaiser Wilhelm II. seinen Leuten vor seiner Abreise über die Unwahrscheinlichkeit europäischer Komplikationen gesagt haben soll, war bestenfalls nur herzerleichternde Abschiedspose gewesen, aber nicht sein Ernst. Aus den Randbemerkungen, mit denen er die ihm auf seine Nordlandsreise (6. bis 26. Juli) nachgesandten Akten versah, und aus den Anordnungen und Befehlen, die er von Bord seiner Yacht ergehen ließ, ersieht man, daß er in Wahrheit an einen Weltkrieg weit intensiver dachte, als er selbst den Grafen Szögyeny bei dem verhängnisvollen Frühstück hatte merken lassen.

Aus den Randbemerkungen geht hervor, daß der deutsche Kaiser entschieden dafür war, daß Österreich-Ungarn sich gegen Serbien nicht mit einem diplomatischen Erfolg begnüge, sondern daß es den Krieg unerbittlich bis zur „Vernichtung" Serbiens führe; daß er in einem Punkt sogar noch weiter ging als — wenigstens in diesem Stadium noch — Wien, indem er die Rücknahme mindestens eines Stücks serbischen Territoriums, des Sandschaks, durch Österreich-Ungarn wünschte; daß er, um eben Österreich-Ungarn den militärischen Erfolg zu sichern, jede Vermittlung fremder Mächte mißbilligte, jede Mitwirkung daran seinerseits ablehnte, darauf ausgehende Anregungen zurückwies („ich tue nicht mit"), ja, daß er sogar ein bloßes Beschwichtigungsgespräch Berchtolds mit dem russischen Geschäftsträger als Zeichen der „Schwäche" tadelte; endlich, daß er als Folge des serbischen Krieges den Weltkrieg voraussah mit Rußland, Frankreich, England auf der einen, dem Dreibund auf der anderen Seite*). Der Kaiser dachte in diesem Punkt klarer als seine Leute. Mit der Sisyphusarbeit der Lo-

kalisierung des Krieges, mit der sich seine Minister später so viel Mühe gaben, beschäftigte er sich gar nicht. Er trieb sie nur an, Bundesgenossen für den kommenden Weltkrieg zu gewinnen, ließ sie zu diesem Zweck, mit Benützung des Berchtoldschen Memorandums, in Sofia, Konstantinopel, Athen, Bukarest und Rom verhandeln. Wo seine Leute, wie z. B. im Falle der Türkei, Bedenken äußerten, wies er sie energisch zurecht. Bei den Königen von Rumänien und Griechenland ließ er seinen persönlichen Einfluß spielen; selbst an Dänemark und Schweden will er schon in diesem Stadium die „Vertrauensfrage" stellen lassen**).

Auch als Oberster Kriegsherr versäumte der Kaiser nichts, um seine „Streitmacht zu Lande und zu Wasser beisammen zu haben". In der Armee war ohnedies alles vorgekehrt, was in diesem Zeitpunkte hätte vorgekehrt werden können. Wir hören vom Oberquartiermeister im Großen Generalstab Grafen Waldersee gelegentlich der Besprechungen vom 5. und 6. Juli: „Das Heer war, wie immer, bereit". Am 17. Juli — noch vor dem Ultimatum — schreibt er an Herrn von Jagow: „Wir sind im Generalstab fertig." Der Flotte, die auf einer Reise an der norwegischen Küste begriffen ist, erteilt der Kaiser am 24. den Befehl, sich zur Heimreise vorzubereiten, und am 26. hat sie bereits „Marschordre nach Kiel". Über Bedenken des „Zivilreichskanzlers", der England besondere Rücksichten schuldig zu sein glaubt, geht der Kaiser mit einigen unwirschen Bemerkungen hinweg. Die beiden großen Schiffahrtsgesellschaften in Hamburg und Bremen werden, auf Wunsch des Kaisers vom 19., am 20. auf „die unübersehbaren,

*) „Die deutschen Dokumente", Nr. 154, 155, 120, 157, 249, 229, besonders Anmerkung 3.

**) „Die deutschen Dokumente" Nr. 45, 117, 149, 256, 243, 168, 173.

vielleicht sehr rasch eintretenden Folgen" des österreichisch-ungarischen Schrittes gegen Serbien aufmerksam gemacht. Selbstverständlich hat auch die Berliner Regierung den Ernst der Situation begriffen. Am 18. Juli macht Herr von Jagow den Gesandten im kaiserlichen Gefolge darauf aufmerksam, daß der Kaiser in diesen Tagen von Berlin aus „erreichbar" sein müsse, falls „wichtige Entscheidungen (Mobilmachung)" benötigt werden sollten, worauf er befriedigende Auskunft erhält*).

Herr von Jagow hatte die Aufgabe, die im Auswärtigen Amt einlaufenden Depeschen, soweit sie von besonderer Bedeutung waren, in Zirkulation zu setzen, d. h. dem Kaiser, aber auch den anderen Berliner Zentralstellen, den deutschen diplomatischen Vertretungen im Ausland und den befreundeten Regierungen (es kam praktisch fast nur die Wiener Regierung in Betracht) mitzuteilen. Dieses Vertrauensamt benützte er, um die Depeschen ganz willkürlich zu zensurieren, wesentliche Worte oder Sätze wegzulassen, durch andere zu ersetzen, auch Depeschen denen, die sie angingen, gänzlich vorzuenthalten. Was ihn dabei leitete, war seine scharfmacherische Tendenz. Dafür hier nur eine Probe. Am 22. Juli richtete der stellvertretende Chef des Admiralstabes Behncke an das Auswärtige Amt eine Note, in welcher er verlangte, daß, „wenn mit der Möglichkeit einer unmittelbar bevorstehenden Kriegserklärung Englands gerechnet werden muß", die Flotte sechs Tage vorher zurückberufen werden muß, weil sie einem Überfall durch die englische Flotte keinesfalls ausgesetzt werden darf. Der Admiral begründete diese Forderung offen mit der „großen numerischen Unterlegenheit" der deutschen Flotte. Herr von Jagow

*) „Die deutschen Dokumente" Nr. 74, 175, 221, 80, 90, 67, 182, Anhang zu den Vorbemerkungen.

strich bei der Weitergabe dieser Note an den Kaiser das Wort „großen“, setzte aber nichtsdestoweniger den so abgeänderten Text unter Anführungszeichen. Die Note des Admirals, die in ihrer Originalfassung gerade durch das Wörtchen „groß“ auf den Kaiser als Warnung vor einem Kriege mit England hätte wirken müssen und wahrscheinlich nach der Absicht ihres Autors auch hätte wirken sollen, konnte in dieser wesentlich abgeschwächten Form auf den zur Großmannssucht neigenden Kaiser nur den Eindruck einer Angstmeierei des Admirals machen und mußte so ihre Wirkung verfehlen *).

*) „Die deutschen Dokumente“, Nr. 111, 125. — Ein anderes ähnliches Zensurstückchen Jagows findet man im Kapitel „Ein neues Zickzack“ und ein weiteres in meiner Broschüre „Die neuesten Geschichtslügen“, S. 26.

Tiszas Bekehrung

Dem Grafen Berchtold war es nun gelungen, nebst der Zustimmung des Baron Conrad die der beiden Kaiser zu seinen Plänen zu erlangen. Jetzt konnte er an den wichtigsten und schwierigsten Teil dieser innerdiplomatischen Arbeit gehen, die Gewinnung des Grafen Tisza: der wichtigste Teil, weil der ungarische Ministerpräsident von jeher einen maßgebenden Einfluß auf die äußere Politik hatte — und Tisza war mächtiger als selbst ungarische Ministerpräsidenten sonst — der schwierigste, weil Graf Tisza, sofort nachdem er von Berchtolds Absicht Kenntnis erlangt hatte, dagegen in einem Vortrag an den Kaiser, desgleichen ein anderer sich wohl nicht erlaubt hätte, Stellung nahm. Und diesen Simson wollte der als Schwächling so viel verspottete Berchtold seinen Plänen gefügig machen! Er versuchte es und es gelang ihm, weil er die schwache Seite dieses Scheinriesen kannte und zu packen wußte. Zunächst hatte Graf Berchtold, ohne des ersten Widerspruchs Tiszas zu achten, sich durch ein Husarenstück die Zustimmung des deutschen Kaisers und der deutschen Regierung zu seinen Plänen in Bausch und Bogen gesichert. Mag der deutsche Kaiser auch dem magyarischen Kraftmeier nicht imponiert haben, so war doch durch den Briefwechsel auch Kaiser Franz Joseph gebunden, und dieser hätte sich gegenüber Wilhelm II. heillos bloßgestellt, wenn er sich nun von seinem Kriegsplan durch Tisza hätte abbringen lassen. Als Berchtold am 6. Juli Kaiser Wilhelms Zustimmung in der Hand hatte, berief er sofort einen gemeinsamen Ministerrat unter Beiziehung der Chefs des Generalstabs und der Marine für den 7. ein, vor dem er noch mit Conrad und dem Kriegsminister Krobatin geson-

dert beriet. Stimmungsvoll wurde die Sitzung durch einen Bericht über den Erfolg der Berliner Mission eingeleitet. Der Krieg gegen Serbien war danach abgemachte Sache. Damit allein war für die übrigen Minister der Fall schon entschieden. Berlins Zustimmung galt ihnen, scheint ihnen auch dargestellt worden zu sein als Berlins Befehl, dem Widerstand entgegenzusetzen Wahnwitz wäre*). Nur Tisza ließ sich nicht verblüffen. Er sagte, „es sei nicht Sache Deutschlands, zu beurteilen, ob wir jetzt gegen Serbien losschlagen sollten". Immerhin wich er bereits an diesem Tage vor der sich gegen ihn erhebenden Übermacht einen Schritt zurück. Auf seinen absolut friedlichen Vortrag vom 1. Juli hatte der Kaiser nichts verfügt, und das stimmte den Fürstendiener denn doch etwas nachdenklich. Während er in seinem Vortrag an den Kaiser vom 1. Juli noch sich absolut gegen einen Krieg und nur für eine Fortführung der von ihm schon längst befürworteten friedlichen Balkanpolitik ausgesprochen hatte, faßte er diesmal, bloß sechs Tage später, im Ministerrat vom 7. Juli**), schon die „Möglichkeit einer kriegerischen Aktion gegen Serbien" ins Auge, war nur gegen den von Berchtold beabsichtigten „überraschenden Angriff auf Serbien ohne vorhergehende diplomatische Aktion" und ebenso gegen dessen Plan

*) Nach dem noch vorhandenen ursprünglichen Konzept des Ministerratsprotokolls hat Graf Berchtold in der Sitzung gesagt, „man habe auch in Berlin sich dahin ausgesprochen, daß eine Abrechnung mit Serbien die beste Lösung wäre" (im Unterschied zu einer diplomatischen Lösung). Graf Berchtold hat diesen Satz im Protokoll gestrichen, aber einen anderen Satz hinzugeschrieben, nämlich, daß „sowohl Kaiser Wilhelm als Herr v. Bethmann Hollweg der Monarchie für den Fall einer kriegerischen Komplikation mit Serbien die unbedingte Unterstützung Deutschlands mit allem Nachdruck zugesichert hätten". (Gooss, Seite 58 und 51.)

**) „Österreichisches Rotbuch", I. Teil, Nr. 8 (amtliches Protokoll des Ministerrats vom 7. Juli).

einer Aufteilung Serbiens und stellte dem sein eigenes neues Programm gegenüber, das er selbst später als „Mittelweg" bezeichnete *): Man müsse zunächst an Serbien bestimmte Forderungen richten und erst, wenn diese nicht angenommen würden, dürfe man ein Ultimatum stellen, dem dann der Krieg folgen könnte. Die Forderungen müßten zwar harte, aber nicht unerfüllbare sein, denn er sei nicht unbedingt für den Krieg, sondern würde sich auch mit einem diplomatischen Erfolg begnügen. Es entspann sich nun im Ministerrat eine Debatte, in der es sich zeigte, daß Tisza der einzige war, der auch einen diplomatischen Erfolg für ausreichend hielt, während alle anderen Teilnehmer der Beratung unter Führung Berchtolds selbst einen eklatanten diplomatischen Erfolg für wertlos, ja für schädlich hielten und unbedingt den Krieg befürworteten**). Das von Tisza vorgeschlagene formale Vorgehen — zuerst Forderungen, dann Ultimatum, dann Krieg — nahmen schließlich, um Tisza einigermaßen

*) Im Vortrag an den Kaiser vom 8. Juli, „Österreichisches Rotbuch", I. Teil, Nr. 12.

**) Die ganze Diskussion im Ministerrat vom 7. Juli 1914 drehte sich, wie schon erwähnt, um diesen Punkt. Noch nach der Veröffentlichung des amtlichen Ministerratsprotokolls findet Graf Ottokar Czernin, der gewesene österreichisch-ungarische Minister des Äußeren, den Mut, in seinem Buche „Im Weltkriege" (Seite 12 bis 15) seinen Amtsvorgänger Grafen Berchtold reinzuwaschen, indem er schreibt, daß seiner „Überzeugung" nach „Graf Berchtold selbst durch das Ultimatum nicht den Krieg wollte, sondern bis zum letzten Augenblick hoffte, den Sieg mit der Feder davonzutragen". Das wäre an sich nur eine Blague mehr, die im Munde des Grafen Czernin niemanden überraschen würde, der diesen mundfertigen Mann kennt. Aber, daß Graf Czernin sich mit dieser Blague noch auf die Straße traut, nachdem das von Berchtold selbst durchgesehene und unterschriebene amtliche Ministerratsprotokoll veröffentlicht worden ist, ist wieder nur für denjenigen verständlich, der die Psychologie aristokratischer Dilettanten auf Ministerposten kennt. Czernin

entgegenzukommen, alle an, es blieb bloß noch die materielle Differenz über die Art der Forderungen bestehen, indem die anderen Teilnehmer Forderungen an Serbien zu stellen wünschten, „die eine Ablehnung voraussehen ließen", um des Krieges, wenn auch nach einigen diplomatischen Umständlichkeiten, sicher zu sein, während Tisza, der in der Debatte noch ein Stückchen mehr nachgab, sich schließlich für „sehr harte" Forderungen aussprach, „jedoch nicht solcher Art, daß man unsere Absicht, unannehmbare Forderungen zu stellen, klar erkennen könne", da er doch, im Gegensatz zu seinen Kollegen, noch immer nur einen diplomatischen Erfolg wünschte und nicht den Krieg. Auch Tiszas Antrag, daß im Falle des Krieges, der natürlich als identisch mit Sieg angenommen wurde, Serbien nicht ganz aufgeteilt, sondern nur (zugunsten der Nachbarstaaten Montenegro, Albanien, Bulgarien) verkleinert werden dürfe, wurde angenommen. Sein Beisatz dagegen, daß Österreich-Ungarn keinen Teil von Serbien annektieren dürfe, blieb dies-

---

weist auf das ihm „zur Verfügung stehende (offenbar amtliche) Material" hin und tut das veröffentlichte amtliche, von Berchtold selbst unterschriebene Protokoll des Ministerrates mit der erstaunlichen Bemerkung ab, daß es „kein ganz unparteiisches Bild dieser Phase gebe". Sehr sonderbar, daß ein ehemaliger Minister so über Ministerratsprotokolle urteilt. Graf Czernin hat aber übersehen, daß im Rotbuch (I., Nr. 9) unmittelbar nach dem Ministerratsprotokoll ein Immediatbericht des Grafen Berchtold an den Kaiser vom selben Tage abgedruckt ist, in welchem Graf Berchtold selbst dem Kaiser berichtet, daß er im Ministerrat die Ansicht vertreten habe, „daß die jetzige Gelegenheit zu einer kriegerischen Aktion gegen Serbien verwendet werden sollte". Was sagt Graf Czernin dazu? Diese Aristokraten haben im Amt einen eigenen Begriff von Wahrheit, der sich von unserer bürgerlichen Art von Wahrheit ungefähr so unterscheidet wie ihr eingebildetes blaues Blut von unserem physiologischen roten Blut. Auch ihre Wahrheiten wird man vielleicht am besten als „blaue Wahrheiten" bezeichnen dürfen.

mal unerledigt. Schon damals scheinen Graf Berchtold und die übrigen Minister Tiszas Sondervotum nicht für sein letztes Wort gehalten zu haben. Nach Schluß der Debatte richtete der Kriegsminister an Conrad Fragen über die Aussichten eines Krieges Österreich-Ungarns nach drei Fronten (Serbien, Rumänien, Rußland) und die eines europäischen Krieges (einschließlich Deutschlands und Frankreichs). Was Conrad geantwortet hat, wurde dem amtlichen Protokoll nicht anvertraut, es muß ganz beruhigend gelautet haben, da darnach der Ministerrat zur Beratung der an Serbien zu stellenden Forderungen überging. Immerhin ersieht man aus der Fragestellung an Conrad, daß sich alle Teilnehmer der Ministerkonferenz bewußt waren, daß es sich nicht um einen „lokalen" Krieg mit Serbien handle, sondern um einen gesamteuropäischen Krieg.

In Tiszas Brust kämpften noch der Fürstendiener und der magyarische Staatsmann. Tisza war gegen den Krieg mit Serbien, weil er sich auch durch die Berliner Juchhe!-Stimmung nicht darüber täuschen ließ, daß in dem sich daraus entwickelnden Weltkrieg Österreich-Ungarn wie Deutschland so ziemlich isoliert gegen eine Übermacht zu kämpfen und eine Niederlage zu befürchten hätten, während infolge eines Sieges selbst Ungarn nur ein Zuwachs an Serben drohen würde, der die Vorherrschaft der Magyaren in Ungarn schwächen müßte. Tisza war gegen den Krieg, nicht weil er ein Anhänger höherer Verkehrsformen unter den Völkern war, sondern gerade als konsequenter und kluger Gewaltpolitiker. Der Magyare und Staatsmann in ihm trug es noch einmal über den Fürstendiener davon. Noch einmal versuchte Berchtold, ihn für seinen Kriegsplan zu gewinnen, indem er ihm am Tage nach dem Ministerrat schrieb, Tschirschky habe ihm soeben gemeldet, daß man in Berlin „eine Aktion der Monarchie gegen Serbien erwarte" und

„jedes Transigieren mit Serbien als Schwächebekenntnis auslegen würde"*). Doch Tisza ließ sich durch den Berliner Wauwau so wenig wie durch den Appell an seinen Mut einschüchtern. Am selben Tag, am 8. Juli, sandte er eine zweite Denkschrift**) an Franz Joseph, ausführlicher und eindringlicher als die erste. Hatte er in dem ersten Vortrag bereits den Plan Berchtolds als das Unternehmen, „einen Krieg zu provozieren", stigmatisiert, so lehnte er im zweiten Vortrag den provozierten Krieg nochmals ab, zeigte, daß „ein derartiger Angriff auf Serbien nach jeder menschlichen Voraussicht die Intervention Rußlands und somit den *Weltkrieg* heraufbeschwören würde" — Franz Joseph kann diese an die Spitze des Vortrages gestellte Sentenz nicht entgangen sein — und befürwortete zwar nicht wieder eine rein friedliche Balkanpolitik, sondern nur eine „Verschiebung der Abrechnung auf spätere Zeit" — wobei er sich wohl im Stillen dachte: Zeit gewonnen, alles gewonnen. So sprach der magyarische Staatsmann, dann kam aber in dem Vortrag wieder der Fürstendiener zum Wort, der im zweiten Teil der Denkschrift den ersten Teil ganz vergaß und unter den im Ministerrat bereits entwickelten Vorsichten sich nun auch mit dem Krieg einverstanden erklärte, wobei er sich — eine weitere Konzession an Berchtold — auch schon auf strategische Grenzregulierungen und eine Kriegskostenentschädigung einließ. Wenn er schließlich noch von seiner „Hingebung an den Dienst Eurer Majestät" schwefelte, wußte Seine Majestät aus langer Erfahrung, was er von dieser Art Opposition, von „Seiner Majestät getreuester Opposition" zu halten hatte. Hätte Tisza sich darauf beschränkt, in knappen fünf Zeilen seine Demission zu erbitten, so hätte er sich die ganze wortreiche Denkschrift ersparen können,

*) „Österreichisches Rotbuch", I. Teil, Nr. 10.
**) „Österreichisches Rotbuch", I. Teil, Nr. 12.

der Kaiser hätte sich, trotz Wilhelm II., den Kriegsplan nochmals gründlich überlegt und die Furcht vor dem rücksichtslosen Politiker Tisza hätte die Eitelkeit gegenüber Wilhelm, Berchtold, Conrad usw. überwogen. Da Tisza aber nichts von Demission sprach, verlor Franz Joseph jeden Respekt vor dem bis dahin so sehr Gefürchteten. Er, der Pedant, der sonst die geringfügigste Anregung seiner Berater prüfte, weiter verfolgte, ließ die lange Denkschrift Tiszas — schon die zweite in dieser Sache — ohne sie einer ernsten Erwägung zu würdigen, wie irgend eine lästige Querel mit dem einfachen Vermerk „ad acta F. J." ins Archiv wandern*) — Leichenbegängnis letzter Klasse!

Tisza mag erwartet haben, daß sein gnädigster Herr ihn mindestens zur Audienz berufen würde, um ihm durch eine persönliche Ehrung seinen Rückzug zu erleichtern. Er wartete vergebens. Am 12. Juli ließ er seinen Alter ego, den Minister am königlichen Hoflager, Baron Burian, sich unter irgend einem schicklichen Vorwand zur Audienz melden, auch diese Audienz brachte ihm kein Gnadenzeichen von oben. Baron Burian berichtete ihm vielmehr, daß der Kaiser ganz ruhig, also auch durch die ihm von Tisza eröffnete Aussicht auf einen „Weltkrieg" nicht beunruhigt sei und „sicher bis zum letzen Ende durchhalten" werde**.) Jetzt litt der Fürstendiener Tisza den Gewissensdruck des magyarischen Staatsmannes nicht länger, er warf ihn ab und wurde nun ganz Fürstendiener. Für den 14. lud ihn Berchtold zu einer Konferenz ein, an der auch der österreichische Ministerpräsident Graf Stürgkh und Baron Burian teilnahmen. Unmittelbar vorher hatte Conrad einen neuen Vorschlag gemacht, der eine Verschärfung des Ministerratsbeschlusses vom 7. bedeutete, nämlich, daß nicht,

*) Fraknói, a. a. O., Seite 34.
**) „Die deutschen Dokumente", Nr. 49.

wie Tisza wollte, die diplomatische Aktion in zwei Teile (Forderungen und Ultimatum) zerlegt, sondern auf ein Ultimatum und zwar ein kurzbefristetes beschränkt werde, dem sofort der Mobilisierungsbefehl zu folgen hätte*). Wenige Tage vor der Ministerkonferenz hatte Graf Berchtold einen Beamten des Ministeriums des Äußern, der als früherer Staatsanwalt dazu besonders befähigt schien, den Sektionsrat Dr. Ritter von Wiesner, nach Sarajevo geschickt, damit dieser dort die Akten der Untersuchung gegen die Mörder des erzherzoglichen Ehepaares prüfe und darüber Bericht erstatte. Wiesner berichtete am 13. Juli telegraphisch. Sein Bericht langte wahrscheinlich noch rechtzeitig für die Ministerkonferenz ein. Aber er war negativ. Wiesner hatte nicht nur keine Beweise für die Mitwissenschaft der Belgrader Regierung an der Leitung oder Vorbereitung des Attentats oder der Beistellung der Waffen gefunden, sondern im Gegenteil nur Anhaltspunkte gewonnen, „dies als ausgeschlossen anzusehen"**). Damit war der ganzen gegen Serbien geplanten Aktion die juristische Grundlage entzogen. Aber „tut nichts, der Jude wird verbrannt". Die serbische Regierung war von den Wiener Weltrichtern im voraus, noch vor der Untersuchung, verurteilt worden, und an dieser Verurteilung hielt man auch fest, nachdem die Untersuchung sogar ihre Schuldlosigkeit erwiesen hatte. Der Bericht Wiesners wurde der Öffentlichkeit vorenthalten, und die Wissenden ließen in aller Gemütsruhe der von ihnen vorweg erfundenen Fabel von der Anstiftung des Attentats durch die serbische Regierung ihren weiteren Lauf. Von diesem Moment an kann die Wiener Regierung auf bona fides auch nicht den Schein eines Anspruchs mehr erheben, ihre mala fides ist vom 14. Juli an erwiesen. Graf Tisza aber, der

*) „Österreichisches Rotbuch", I. Teil, Nr. 14.
**) „Österreichisches Rotbuch", I. Teil, Nr. 17.

früher so Gewissenhafte, ließ sich durch diesen Zwischenfall in seiner Bekehrung nicht aufhalten. Er mußte nun rasch den Anschluß an Wien und Berlin und die Weltgeschichte wieder gewinnen. Also erklärte er sich in der Ministerkonferenz vom 14. mit allem, was Berchtold und Conrad vorschlugen, einverstanden, und noch einiges mehr. Nach der Konferenz eilte er zum deutschen Botschafter und legte diesem sein Pater peccavi ab, sah die Notwendigkeit des Krieges ein, pries das Verhalten des deutschen Kaisers und entwickelte Tschirschky das offenbar in der vorangegangenen kleinen Ministerkonferenz beschlossene Aktionsprogramm, wie es später auch ausgeführt wurde: das Ultimatum mit Forderungen, „deren Annahme so gut wie ausgeschlossen sei". Tschirschky berichtete darüber ausführlich nach Berlin und Kaiser Wilhelm schrieb, von Tiszas Bekehrung hochentzückt, unter dieses Telegramm: „Na, doch mal ein Mann!" Ein „Mann", wie deren Franz Joseph und Wilhelm immer um sich gewünscht haben, ein Mann aus Wachs, das für den Fernerstehenden Eisen täuschend ähnlich sah.

Graf Berchtold hatte nun gewonnenes Spiel. Kaum, daß Graf Tisza die deutsche Botschaft verlassen hatte, bat Graf Berchtold (am 14. Juli) Herrn von Tschirschky, den beide als Protektor ihres Unternehmens ansahen, zu sich, um ihm „zu seiner großen Freude" mitzuteilen, daß Tisza sich über den Tenor der an Serbien zu richtenden Note, an der seit dem Ministerrat vom 7. Juli gearbeitet wurde*), mit ihm geeinigt, ja sogar — der Wackere! — „in manchen Punkten eine Verschärfung hineingebracht" habe. Graf Berchtold — der überhaupt Herrn von Tschirschky fortlaufend über den Stand der Sache unterrichtete so wie dieser wieder die Berliner Regierung —, ent-

*) „Österreichisches Rotbuch", I. Teil, Nr. 8.

schuldigte sich gewissermaßen, daß aus „technischen" Gründen die Note nicht, wie es ursprünglich geplant war, schon am 16. oder 18., sondern erst am 25. Juli in Belgrad übergeben werden würde, da man die Abreise des Herrn Poincaré aus Petersburg abwarten wolle — wozu Kaiser Wilhelm ungeduldig „schade" an den Rand schrieb. Graf Berchtold bat Herrn von Tschirschky, der Berliner Regierung, die auf ein rasches Tempo drängte und an den festen Entschlüssen der Wiener Regierung zweifelte, zu versichern, daß „von einem Zögern oder einer Unschlüssigkeit hier keine Rede sei", der französische Text der Note an Serbien werde am Sonntag den 19., um 9 Uhr früh, noch einmal von den Ministern geprüft werden und Berchtold „stehe dafür ein, daß Seine Majestät seine Genehmigung dazu geben werde" *). Auf den „Friedensfürsten", der in pazifistischem Weihrauch fast schon erstickt war, konnte er sich verlassen.

*) „Die deutschen Dokumente", Nr. 49, 50.

Wie die Welt betrogen wurde

Es ist zu begreifen, daß, nachdem man einmal auch die Sicherheit nach Berlin hin erlangt hatte, man an den entscheidenden Stellen in Wien gehobener Stimmung war und alle Vorsichten anwendete, um das Glück, das unverhofft durchs Fenster hereingeflogen war, festzuhalten. Diese diplomatischen Vorsichten, die den Erfolg verbürgen sollten, waren Lüge und Heuchelei. Die übrige Welt durfte noch nicht erfahren, was man vorhatte, damit man sie überrasche und den anderen Großmächten eine Einmischung unmöglich mache. Oder. wie die „ehrliche Soldatennatur" des Barons Conrad in einem Brief vom 10. Juli 1914 dem Grafen Berchtold, der solche Belehrung übrigens gar nicht nötig hatte, riet, „alles zu vermeiden, was die Gegner vorzeitig alarmieren und zu Gegenmaßnahmen veranlassen könnte; es müßte vielmehr in jeder Hinsicht ein durchaus friedliches Gepräge zur Schau getragen werden"*). Hier ist das Hohelied des Grafen Berchtold und seiner Leute zu singen. Wie gut ihnen dieses Doppelspiel gelungen ist, den ganzen Monat Juli über die friedliebende Welt, besonders die offizielle in allen Ländern und deren diplomatische Vertretungen in Wien, über ihre wahren Absichten zu täuschen, ohne doch im Innern auch nur das geringste zu versäumen, was der Aufpeitschung der kriegerischen Instinkte förderlich sein konnte — das war ein Gaunerstück von weltgeschichtlicher Größe, wie es vielleicht seinesgleichen nirgends wieder findet. Wie unvernünftige Kinder wurden die Diplomaten in Wien und die fremden Regierungen im Ausland — selbstverständlich mit Ausnahme der deutschen — hinters

*) „Österreichisches Rotbuch", I., Nr. 14.

Licht geführt, wenn sie sich nach den wahren Absichten des Wiener Kabinetts gegenüber Serbien erkundigten. Wäre es nicht zu so scheußlichen Zwecken geschehen, könnte man es mit Ergötzen in den von den verschiedenen Regierungen herausgegebenen Aktensammlungen (Farbbüchern) nachlesen, mit welchen Finten die Diplomaten von der wahren Spur, auf der sie schon waren, wieder abgelenkt wurden. Man wußte, das wurde zugegeben, daß Österreich-Ungarn wegen des Sarajevoer Attentats eine Note an Serbien richten wolle. Aber was für eine Note das sein sollte, das wollten die Diplomaten alle erfahren und darüber wurden sie so gründlich „angeschmiert". Am gelungensten war der Fall des russischen Botschafters Schebeko, den man zu bestimmen wußte, gegen den 20. Juli auf Urlaub zu gehen. Am skeptischesten war der serbische Gesandte Jovan M. Jovanowitsch, vielleicht weil er als kleiner Diplomat am wenigsten mit den großen Herren des Ballplatzes in Berührung kam. Dieser Vertreter eines kleinen, aber in diesem Fall wichtigen Staates, der mit seinen großmächtlichen Kollegen von der Entente stets in Fühlung war, schildert in seinem Bericht auch die Irreführungsmanöver am besten: „Der übliche Wochenempfang beim Grafen Berchtold fand nicht mehr statt. Auf dem Ballplatz hörte man mit einemmal auf, mit den Vertretern der fremden Mächte über das Sarajevoer Ereignis zu reden; und wenn man davon sprach, so war es wie auf Kommando: man sprach zu allen in einer Weise, die ihre Befürchtungen und den Verdacht, daß Österreich-Ungarn eine ernste Aktion gegen Serbien vorbereite, zerstreuen sollte. Herr Schebeko konnte aus den Reden des Sektionschefs im Ministerium des Äußern Grafen Forgach, der den damals häufig von Wien abwesenden Grafen Berchtold vertrat, nicht klug werden. Der österreichisch-ungarische Botschafter in Petersburg, Graf Szapary, der gerade in

Wien war, machte Schebeko aber weis, daß die Schritte Österreich-Ungarns in Belgrad einen versöhnlichen Charakter haben würden. Derselbe Graf Szapary suchte später in Petersburg Herrn Sasonow einzureden, daß die Russen mit der bevorstehenden Note Österreich-Ungarns an Serbien nicht unzufrieden sein würden. Der erste Sektionschef am Ballplatz, Baron Macchio, band dem französischen Botschafter, Herrn Dumaine, den Bären auf, daß Österreich-Ungarn Serbien nur Forderungen stellen würde, die dieses ohne Bedenken annehmen könnte. Die Täuschung gelang ganz gut. Die Mitglieder des diplomatischen Korps glaubten an keine ernste Aktion Österreich-Ungarns, und viele von ihnen bereiteten sich vor, auf längere Urlaube oder in Badeorte zu verreisen. Noch am Tage der Überreichung des Ultimatums hatte Herr Dumaine eine längere Unterredung mit dem Baron Macchio, aber dieser verriet ihm mit keinem Wort, daß die Überreichung und Veröffentlichung der nun schon seit vier Wochen in der ganzen Welt mit Spannung erwarteten Note endlich bevorstände. Als sie erschien, waren alle Diplomaten (mit Ausnahme natürlich des deutschen Botschafters Herrn von Tschirschky) überrascht, um nicht zu sagen: verblüfft*)."

Eine glückliche Verkettung der Umstände erleichterte den Komplottanten ihr sauberes Handwerk. Von den Ministern, die in das Komplott eingeweiht waren, hatte nur einer damals eine öffentliche Tribüne, auf der er sprechen konnte, unter Umständen sprechen mußte, das war der ungarische Ministerpräsident, Graf Stephan Tisza. Graf Berchtold war überhaupt verfassungsmäßig nur den Delegationen Rede und Antwort schuldig, und diese sehr fragwürdige Körper-

*) „Serbisches Blaubuch", deutsche Übersetzung, herausgegeben vom Auswärtigen Amt, Berlin 1916, Seite 44—46.

schaft, die nur einmal im Jahr, in der Regel im Herbst, zusammenberufen wurde, war es damals nicht. Das österreichische Parlament war seit März auf unbestimmte Zeit vertagt. Es existierte eigentlich nur das ungarische Parlament und in diesem hatte Graf Tisza mit einer scharfen Opposition zu tun, die ihn fortwährend durch Fragen in Verlegenheit zu setzen trachtete. Graf Tisza wurde von dieser Opposition gezwungen, das allgemeine Schweigen der offiziellen Stellen über die Sarajevoer Angelegenheit zu brechen. Da man sah, wie er gezwungen wurde zu sprechen, widmete man dem, was er in dieser Sache sprach, nur eine um so höhere Aufmerksamkeit und schenkte ihm um so mehr Glauben. Graf Tisza war der allmächtige Mann, der „Diktator" der Doppelmonarchie. Er galt überdies von jeher, und zwar mit Recht, als Gewaltpolitiker, und da er Magyare war und die ganze serbophobe Politik von den Magyaren ausging, als der ärgste Serbenfeind — auch das mit Recht. Was man aber in der Öffentlichkeit nicht wußte, was auch ich erst nachträglich erfahren habe, was dann Tisza kurz vor seinem Tode dokumentarisch nachgewiesen hat, was schließlich durch das Rotbuch der österreichischen Regierung erhärtet worden ist, und was das täuschend Paradoxe der Situation war, ist die Tatsache, daß Graf Tisza in dem ersten Ministerrat*), im Gegensatz zu seinen hitzigeren Kollegen für ein verhältnismäßig friedliches, diplomatisches Vorgehen war. Und dieser Mann nun, der einzige von den Amtsbonzen, wie gesagt, der in dieser ganzen Zeit öffentlich über die Mordaffäre sprach, drückte sich in den drei Reden, die er der Sache im Lauf des Monats Juli widmete, wohl nicht ganz klar, aber doch besonders in der

*) Der gemeinsame Ministerrat war eine Versammlung der drei gemeinsamen Minister (Äußeres, Krieg, Finanzen) und der Ministerpräsidenten der beiden Staaten der Doppelmonarchie.

ersten und zweiten, ruhig, gemäßigt und friedlich aus die dritte Rede, am 22. gehalten, kam erst am Morgen des 23. in die Zeitungen, also erst am Tage des Ultimatums. In seiner ersten Rede am 8. Juli ging er sogar so weit, die aus Anlaß des Attentats von der Frankistenpartei in Agram veranstalteten Hyperloyalitätskundgebungen mit antiserbischen Exzessen in scharfen Worten zu verurteilen. Mit dieser Rede war der vom deutschen Botschafter in Wien, Herrn von Tschirschky, dem „deutschen Iswolski", inspirierte Wiener Korrespondent der „Kölnischen Zeitung" unzufrieden. In seiner zweiten Rede am 15. Juli bezeichnete Tisza die bevorstehende Aktion mit dem milden Ausdruck einer „Klärung" des Verhältnisses Österreich-Ungarns zu Serbien, und dem Oppositionsredner Smrecsanyi blieb es überlassen, die blutrünstige Rede zu halten, die dem Geist des Ballplatzes den richtigen Ausdruck gab. Diese Rede verfolgte denselben Gedankengang wie die spätere Note des Grafen Berchtold, die gleichzeitig mit dem Ultimatum an die Großmächte zu deren Aufklärung erging, nur, daß dieser Gedankengang von Smrecsanyi in die täuschende Form eines Angriffes gegen die „Energielosigkeit" des Ballplatzes gekleidet wurde Dieser „Oppositionsmann" hatte seine Argumente zweifellos am Ballplatz geholt und repräsentierte die Opposition des Ballplatzes gegen den plötzlich im ungeeignetsten Moment blutscheu gewordenen Tisza. Aber wer konnte damals dieses geheime Zusammenspiel zwischen dem Ballplatz und der ungarischen Opposition ahnen? Der Redner war ja wohl der Mann der „Opposition", die damals mit der „Regierung", namentlich der des Grafen Tisza schlecht stand. Was war da eigentlich Regierung, was Opposition? Aus der ungarischen „Regierungspartei" wieder wurde schon am 5. Juli gemeldet, daß dort „gegen das Säbelgerassel" gesprochen und die Krise vom Oktober 1913

für ernster gehalten werde als die neue. Wenn schon Tisza so friedlich gesinnt war, wie sollte man sich von einem Berchtold, den seit den Balkankriegen der allgemeine Spott als Schwächling verfolgte, eines so ruchlosen Unternehmens gegen die Ruhe Europas versehen! Wer dachte daran, daß dieser Schwächling früher nur „schwach“ gewesen war, weil ihm nicht erlaubt wurde „stark“ zu sein, und daß seine größte menschliche Schwäche, die Eitelkeit, allein schon ihn zu jeder Missetat fähig machte. Wenn man übrigens auch die erste Rede Tiszas, da sie die eigene mildere Auffassung des Redners wiedergab und nur den wichtigen Umstand verschwieg, daß diese nicht die Auffassung der anderen maßgebenden Personen war, noch quasi als ehrlich ansehen kann, so ist seine zweite Rede bereits entschieden unehrlich, da er damals schon für den Krieg gewonnen war, und seine dritte eine dreiste Lüge, denn damals war das Ultimatum, trotz Tiszas Bedenken, beschlossene, auch von ihm mitbeschlossene Sache und damals durfte er nicht sagen, wie er es tat, daß „die auswärtige Lage nicht derart sei, daß man den Eintritt einer ernsten Wendung behaupten oder auch nur als wahrscheinlich hinstellen könnte“ — über welcher dezidierten Auskunft seine weiteren hypothetischen Ausführungen über „ernste außenpolitische Verwicklungen, die Gott verhüten möge“, leicht übersehen werden konnten.

Bedarf es noch eines Wortes über den Chef des Generalstabes Baron Conrad und den Kriegsminister Baron Krobatin und die beiden Landesverteidigungsminister, die alle vier eigens damals gleichzeitig auf Urlaub gingen, damit ihre Spießgesellen am Ballplatz die Welt leichter betrügen können? Was soll man erst zu einem Mann wie dem Baron Giesl, dem österreichisch-ungarischen Gesandten in Belgrad, sagen, der — ein höchst seltener, sonst sogar verpönter Fall in der k. u. k. Diplomatie — am 11. Juli einem ungari-

schen Blatte ein Interview gab, in dem er versicherte, daß nach Beendigung der gerichtlichen Untersuchung in Sarajevo „wir in der konziliantesten Weise unter Einhaltung der internationalen diplomatischen Gepflogenheiten eventuelle Schritte unternehmen werden" — derselbe Baron Giesl, der in seinem im österreichisch-ungarischen Rotbuch publizierten, vom Grafen Berchtold offenbar bestellten „Bericht" vom „21. (?) Juli 1914", zu dem Schlusse kam, „daß eine Abrechnung mit Serbien, ein Krieg um die Großmachtstellung der Monarchie, ja um ihre Existenz als solche auf die Dauer nicht zu umgehen ist". Doch die Diener folgten ja nur dem Beispiel ihres Herrn und Kaisers, der, wie gezeigt, öffentlich Wasser und heimlich Blut predigte.

Alle offiziellen Stimmen also, welche sich öffentlich vernehmen ließen, Tisza, Giesl, der Kaiser, heuchelten Milde, alle diplomatischen Gespräche am Ballplatz atmeten Beruhigung (von denen mit dem deutschen Botschafter Herrn von Tschirschky abgesehen). Hinter dieser doppelten Mauer von Unehrlichkeit konnte das Verbrechen an der Menschheit, das man im Schilde führte, ungestört vorbereitet werden.

Berchtolds Glanzleistung

Das Ultimatum

Inzwischen wurde die Note an Serbien in der Hexenküche am Ballplatz gebraut. Ein geradezu diabolischer Scharfsinn wurde von den Gewaltpolitikern am Ballplatz aufgewendet, um Bedingungen auszudenken, die Serbien absolut nicht annehmen könne. Mit scharfen Ultimaten hatte man schon so schlechte Erfahrungen bei den Balkanstaaten gemacht. Es war doch unglaublich, was dieses „Gesindel" alles schluckte, um einem Krieg mit Österreich-Ungarn auszuweichen. Da war das Ultimatum an Serbien im Herbst 1913 gewesen mit seinen technisch unausführbar scheinenden Forderungen nach Räumung Albaniens binnen acht Tagen. Die Serben hatten das Land in weniger als acht Tagen geräumt. Noch näher lag die Analogie zu dem Ultimatum, das Berchtold am 20. März 1913 den Montenegrinern anläßlich der Ermordung des Franziskaners Palič gestellt hatte. Damals hatte er gefordert, daß der strafgerichtlichen Untersuchung gegen die Mörder österreichisch-ungarische Konsulatsbeamte beigezogen werden. Die Montenegriner hatten förmlich vor Schmerz aufgeschrien, da sie in dieser Forderung eine Verletzung ihrer Souveränität erblickten, aber sie hatten sie nach fünftägigem Geschrei schließlich doch angenommen. Diese Erfahrungen lehrten, daß man solchem Volk gegenüber gar nicht genug hart vorgehen konnte, also noch schärfere, noch entwürdigendere Bedingungen und eine noch kürzere Frist, damit die Serben gar nicht Zeit hätten, sich vom ersten Schreck über das Ultimatum zu erholen. Am 19. war alles bereit und der Herrn von Tschirschky angekündigte Termin für die Mini-

sterkonferenz zur endgültigen Feststellung der Note konnte pünktlich eingehalten werden. Es war wieder ein Sonntag, der dritte entscheidende Sonntag in dieser Affäre: an einem Sonntag, 28. Juni, war das Attentat erfolgt, an einem Sonntag, 5. Juli, hatte der deutsche Kaiser den Berchtoldschen Plänen seinen Segen erteilt, an diesem Sonntag, 19. Juli, wurden sie zur Reife gebracht. Wie Verschwörer kamen die drei gemeinsamen Minister, Berchtold, Krobatin, Bilinski, die beiden Ministerpräsidenten Stürgkh und Tisza, der Chef des Generalstabes Conrad an einem stillen Sommersonntag in der Privatwohnung, im Palais des Grafen Berchtold, das in einer einsamen Vorstadtstraße in Wien liegt, zusammen. Die Teilnehmer durften nicht einmal ihre eigenen „unnumerierten" Wagen benützen, sondern mußten in Lohnfuhrwerken vorfahren. Tiszas Reise nach Wien wurde mit dem Bedürfnis nach „Informationen" motiviert, das mitten in der Session des ungarischen Reichstages nichts Unwahrscheinliches bot. Die Rückkehr des Baron Conrad wurde mit einer Erkrankung seines Sohnes motiviert. Bilinskis Ankunft in Wien, für die man offenbar einen plausiblen Vorwand nicht fand, wurde streng verheimlicht. Ein amtliches Protokoll wurde gar nicht aufgenommen. In diesem Ministerrat wurde das von dem Beamten des Ministeriums des Äußern, Baron Musulin, französisch stilisierte Ultimatum, die „befristete Note", wie man es nannte, vorgelegt und einstimmig beschlossen. Am 20. abends reiste Berchtold mit dem Ultimatum zum Kaiser nach Ischl. Am 21. legte er dem Kaiser das Ultimatum als Ministerratsbeschluß zur Genehmigung vor. An diesem Tage war auch Herr von Bilinski beim Kaiser. Bilinski fragte den Kaiser, ob aus diesem Aktenstück nicht weitreichende Konsequenzen hervorgehen könnten. Der Kaiser, der guter Stimmung war, antwortete darauf in seiner knappen Art: „Rußland kann das

nicht hinnehmen. Man darf sich nicht darüber täuschen, das wird ein großer Krieg*)." Franz Joseph wußte also ganz gut, daß die Beschränkung des Krieges auf Serbien, die „Lokalisierung", keine so einfache Sache sein werde.

Am 19. Juli, also gerade an dem Tag des verhängnisvollen Ministerrates, erschien die erste hochoffiziöse Auslassung der Berliner Regierung zu dem neuen österreichisch-ungarischen und serbischen Konflikt. Es war dies eine Notiz der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung", die durch das Wolffsche Bureau weiterverbreitet wurde und so eine besondere Bedeutung erhielt. Sie besagte einleitend, daß „Österreich-Ungarns Verlangen, eine Klärung der Beziehungen zu Serbien zu erhalten berechtigt" sei, und kam dann zum Schluß, der offenbar der Zweck der Kundgebung war, daß es „erwünscht und geboten" erscheine, „daß die Auseinandersetzungen, die zwischen Österreich-Ungarn und Serbien entstehen können, lokalisiert bleiben". Damit war das Schlagwort für die dem Ultimatum folgenden internationalen Verhandlungen ausgegeben, die stereotype Antwort, mit der alle Vermittlungsversuche der Großmächte von Berlin und Wien gleichmäßig abgelehnt werden sollten. Diese erste halbamtliche Enunziation der Berliner Regierung enthielt also bereits die diplomatische Formel zum Gebrauch für die Großmächte, die die notwendige Ergänzung des Ultimatums an Serbien war. Am 19. beschloß man in Wien heimlich, was man Serbien sagen würde, am selben Tage wurde von Berlin aus verkündet, was man den Großmächten zu sagen hätte. Zwischen Berlin und Wien „klappte" es. Wegen der „mit Rücksicht auf die europäische Diplomatie absichtlich milden" Fassung dieser hochöffiziösen Notiz ließ sich der deutsche Staatssekretär Herr von Jagow

---

*) Mündliche Mitteilung des Herrn v. Bilinski.

beim Grafen Berchtold entschuldigen, mit der besonderen Bemerkung, „daß dies nicht fälschlicherweise als deutsches Abrücken von dortiger Entschlossenheit gedeutet“ werden dürfe.*)

Am 23. Juli, 6 Uhr nachmittags, wurde das Ultimatum, das, nach Aehrenthals Idee, offiziell nur als „befristete Demarche“ bezeichnet wurde**), der serbischen Regierung überreicht, deren Chef Paschitsch sich gerade auf einer Wahlagitationsreise im Innern des Landes befand. Der Zeitpunkt wurde so gewählt, daß die Nachricht vom Ultimatum den Präsidenten der französischen Republik Poincaré vor seiner Abreise aus Petersburg nicht mehr erreichen könne. Den beiden „Hetzern“, wie Berchtold sie nannte ***), Poincaré und Iswolski, die sich zu Schiff nach Paris zurückbegaben, sollte es auf diese Art unmöglich gemacht werden, in den entscheidenden zwei Tagen des Ultimatums Einfluß auf die Entwicklung der Dinge zu nehmen. Dieser schlaue Gedanke gefiel Herrn von Jagow so gut, daß er, da er sich auf die österreichische Schlamperei nicht verlassen wollte, durch den deutschen Marine-Informationsdienst den genauen Zeitpunkt der Abreise Poincarés ermitteln ließ, und da stellte es sich in der Tat heraus, daß die von Berchtold für die Übergabe des Ultimatums angesetzte Stunde, 5 Uhr nachmittags, etwas zu früh war, und auf Jagows Veranlassung wurde die spätere Stunde, sechs Uhr, gewählt. Am 25., 6 Uhr abends, lief das Ultimatum ab. Zwei Minuten vor 6 Uhr wurde die serbische Antwortnote dem österreichisch-ungarischen Gesandten in Belgrad, Baron Giesl, überreicht, und schon mit dem bloß 32 Minuten später abgehenden Schnellzug verließ Baron Giesl mitsamt dem Personal der Gesandtschaft

*) „Die deutschen Dokumente“, Nr. 70.

**) „Österreichisches Rotbuch“, I. Teil, Nr. 66, II. Teil, Nr. 13.

***) Österreichisches Rotbuch“, I. Teil, Nr. 57.

Belgrad. In 32 Minuten hatte also Baron Giesl die vier Druckseiten lange, jeden der zehn Punkte des Ultimatums besonders behandelnde, neue Vorschläge enthaltende Antwortnote Serbiens geprüft, „ungenügend" gefunden, die serbische Regierung vom Abbruch der diplomatischen Beziehungen verständigt, sein gesamtes Personal zusammenberufen und mit diesem und dem zugehörigen Gepäck noch den Schnellzug 6 Uhr 30 Min. erreicht*). Ein Kinorekord auf dem Gebiete der Diplomatie, der sich einfach daraus erklärt, daß alles im voraus abgekartet, daß Giesl von vornherein entschlossen war, abzureisen, was immer die serbische Regierung antworte, es sei denn, sie beschränke sich auf ein einfaches Ja zu allen zehn Punkten, und daß dies nicht der Fall war, bewies ihm zu seiner Freude ein flüchtiger Blick auf die Antwortnote und ihre Länge allein schon. Der Krieg, der langersehnte Krieg war da, Baron Giesl hatte das Dokument, das ihn sicherte, in der Hand, der aufgezwungene Friede war endlich aus. Im beglückenden Gefühle des Siegers eilte Giesl nach Wien, er wußte, daß dort alle, alle wie ein Mann zusammenhalten werden, um sich den großen, den mit List und Gewalt schwer errungenen Erfolg, den Krieg, nicht wieder entreißen zu lassen.

*) Österreichisches Rotbuch", II. Teil, Nr. 24, 25, 26.

Der Krieg in Gefahr

Die Vermittlung der Mächte

Das Ultimatum war nun heraus, alle Zeitungen der Welt veröffentlichten es am 24. morgens, alle europäischen Kabinette beschäftigten sich damit, während Österreich-Ungarn sofort am 25. an die Mobilisation gegen Serbien schritt. In den folgenden zwölf Tagen spielen sich jene aufregenden diplomatischen Verhandlungen ab, die zum Weltkrieg (4. August, Kriegserklärung Englands an Deutschland) geführt haben, wovon wieder die ersten acht Tage, bis zu den Ultimaten Deutschlands an Rußland und Frankreich (31. Juli) die entscheidenden gewesen sind. An diesen Verhandlungen hat als halber Mitwisser die ganze Öffentlichkeit teilgenommen. Ihre Akten sind gleich im Beginn des Krieges von den Ententestaaten in anscheinender Vollständigkeit, von Deutschland und Österreich-Ungarn in dürftigen Bruchstücken veröffentlicht worden. Aus ihnen haben die Staatsmänner, Politiker und Kriegsschriftsteller sich ihr Urteil gebildet, aus ihnen Argumente für diesen und jenen Standpunkt geschöpft. Jeder hat darin seine Argumente gefunden. Diese schier unübersehbare Masse von Akten bildet in der Tat ein Wirrsal, in dem es nicht leicht ist, sich zurechtzufinden. Das wahre Kampfobjekt ist durch die Vorstellungen, Täuschungen, Unaufrichtigkeiten, Heucheleien der Diplomaten und die dadurch erweckten Mißverständnisse fast bis zur Unkenntlichkeit verhüllt. Es ist dasselbe Kampfobjekt, über das in den ersten Juliwochen in Wien und Berlin in geheimen Konventikeln gestritten

wurde, von denen die Welt erst nach dem Kriege erfahren hat. Da war man unter sich und hat klar und deutlich gesprochen. Wer den Zweck und Sinn dieser Kriegskonspiration kennt, der wird auch den Gang der internationalen diplomatischen Verhandlungen verstehen. Denn diese waren eine Fortsetzung der vorhergegangenen geheimen Machinationen in Wien und Berlin. Was damals, in den ersten Juliwochen, im internen Meinungsaustausch von den Franz Joseph, Berchtold und Conrad erreicht worden war, mußte jetzt noch einmal von ihnen gemeinsam mit Berlin, zum Teil auch gegen Berlin, vor der internationalen Diplomatie in aller Öffentlichkeit durchgesetzt werdern: *der Krieg gegen Serbien.* Wir haben deswegen, im Gegensatz zur bisherigen Kriegsliteratur, jene bisher weniger beachteten ersten geheimen Beratungen in Wien und Berlin ausführlicher dargestellt, weil sie den Schlüssel zu den diplomatischen Kämpfen der entscheidenden acht Tage geben, die bisher fast ausschließlich die allgemeine Aufmerksamkeit in Anspruch genommen haben.

Die einzige ernste Meinungsverschiedenheit, die in der Kriegskonspiration Wien—Berlin in den ersten Juliwochen auszutragen war, betraf die Frage, ob Österreich-Ungarn nach dem Attentat von Sarajevo sich mit einem *diplomatischen Erfolg über Serbien* begnügen *oder einen militärischen* anstreben solle, eine friedliche oder eine kriegerische Lösung der serbischen Schwierigkeiten — dieselbe Frage, die die Machthaber in Wien und Berlin schon seit der Annexionskampagne immer wieder beschäftigt hatte. 1908/09 war man noch selbst in Wien geteilter Meinung gewesen, Aehrenthal hatte gegen Conrad, ohne Zuhilfenahme Berlins, die friedliche Lösung erreicht. Seit dem Beginn der Balkankriege, Ende 1912, war Wien ganz für die kriegerische Lösung gewonnen, aber Berlin verhinderte sie 1912 und 1913 durch

seinen Einspruch. Nach dem Attentat machte sich der alte Gegensatz wieder in Wien geltend, zwischen Berchtold und seinen Leuten, einschließlich des Kaisers Franz Joseph, auf der einen und dem einzigen Grafen Tisza, der bloß den diplomatischen Erfolg anstrebte, auf der anderen Seite. Diesmal gelang es Berchtold, Berlin für den militärischen Standpunkt zu gewinnen, und mit Hilfe Berlins überwand er auch Tiszas Widerstand. Wien und Berlin waren nun endlich einig, es galt in den acht Tagen ihren Kriegswillen gegen die anderen Mächte durchzusetzen. Das ist die wahre Geschichte dieser acht Tage.

Die von Wien aus, mit Unterstützung Deutschlands, sofort nach dem Attentat, zum Teil mit unehrlichen Mitteln betriebene Stimmungsmache hatte in der ganzen Welt eine Österreich-Ungarn günstige, Serbien unfreundliche Stimmung erzeugt. Man schenkte den Wiener, Budapester, Berliner Darstellungen Glauben und maß, da man Dagegensprechendes, wie etwa den Bericht Wiesners, nicht kannte und in die südosteuropäischen Verhältnisse überhaupt wenig eingeweiht war, ganz im Sinne der Wiener Auffassung, der serbischen Regierung einen gewissen, nicht genauer abgegrenzten Anteil von Schuld an dem Attentate bei und war deswegen allgemein damit einverstanden, daß Österreich-Ungarn Serbien eine Lektion erteile — worunter man stillschweigend eine diplomatische verstand, da Wien ja die Absicht einer militärischen öffentlich ableugnete. Als nun das Ultimatum in seiner ganzen Brutalität bekannt wurde, dämmerte es den Ententemächten auf, daß es sich Österreich-Ungarn nicht um einen diplomatischen, sondern nur um einen militärischen Erfolg handle, der, mit Rücksicht auf das beiderseitige Kräfteverhältnis, zu einer Vernichtung Serbiens führen mußte, und den Mittelmächten wurde sofort zu wissen gegeben, daß die Ententemächte solches nicht zulassen würden. Der

russische Minister des Äußern Sasonow sagte am 24. Juli dem österreichisch-ungarischen Botschafter in Petersburg, Grafen Szapáry: „Sie wollen Serbien den Krieg machen, Sie haben die Brücken hinter sich verbrannt. Sie setzen Europa in Brand". Der englische Staatssekretär Grey nannte am selben Tage gegenüber dem österreichisch-ungarischen Botschafter Grafen Mensdorff das Ultimatum „das formidabelste Dokument, das je von einem Staat an den anderen gerichtet wurde", und klagte, daß er „für die Erhaltung des Friedens zwischen den Großmächten sehr besorgt" sei*). Dem deutschen Botschafter Fürsten Lichnowsky sagte er an demselben Tage, „die Gefahr eines europäischen Krieges sei, falls Österreich serbischen Boden betrete, in nächste Nähe gerückt", und Lichnowsky selbst charakterisierte den Gesamteindruck des Ultimatums als „geradezu vernichtend"; Grey sowohl wie Sasonow verlangten Verlängerung der Ultimatumsfrist, damit die Mächte Zeit gewinnen, den Konflikt zwischen Österreich-Ungarn und Serbien diplomatisch auszugleichen, d. h. Österreich-Ungarn zu einer Milderung des Ultimatums („es handelt sich vielleicht nur um Worte" sagte Sasonow) und Serbien zu dessen Annahme zu bewegen; Sasonow weist, zur Begründung der Intervention, auf einen Satz des Ultimatums hin, der an die Einmischung der Mächte in der Annexionskampagne anknüpft, und Grey schlägt auch sofort eine Botschafterkonferenz der vier unbeteiligten Mächte (Deutschland, Frankreich, Italien, England) in London vor. Darauf antwortete Herr von Jagow, ganz im Sinne der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" vom 19. Juli, am 25., daß der Konflikt zwischen Österreich-Ungarn und Serbien lokalisiert bleibe (d. h. daß die Mächte Österreich-Ungarn an der Kriegführung gegen Serbien nicht verhindern

*) „Österreichisches Rotbuch", II. Teil, Nr. 16, 17, 18, 14.

dürfen), die Mächte sollten nur zwischen Österreich-Ungarn und Rußland vermitteln (d. h. Rußland an einer Hilfeleistung für Serbien verhindern). Dieses Konzept erweist sich sofort als unmöglich. Lichnowsky antwortet am 26. auf Grund von Mitteilungen des Privatsekretärs von Grey, Tyrrell, daß Österreich-Ungarn „serbisches Gebiet nicht berühren" dürfe, da sonst „der *Weltkrieg* (einschließlich Englands, wie Lichnowsky *schon am 25.* gemeldet hatte) unabwendbar" sei. Die „in Berlin erhoffte Lokalisierung des Konfliktes sei vollkommen unmöglich"*).

So war schon in den ersten Tagen nach dem Ultimatum klargestellt: 1. daß die Ententemächte Österreich-Ungarn einen diplomatischen, aber nicht einen militärischen Erfolg (Krieg) gegen Serbien gestatten wollen; 2. daß ein Krieg Österreich-Ungarns gegen Serbien den Weltkrieg bedeute; 3. daß die Ententemächte eine Vermittlung einzuleiten wünschen, um den Krieg Österreich-Ungarns gegen Serbien und damit den Weltkrieg zu vermeiden.

Dieses Programm der Entente stand im schärfsten Gegensatz zu dem der Wien—Berliner Kriegskonspiration, nämlich: 1. militärischer Erfolg (Krieg) und nicht diplomatischer Erfolg gegen Serbien; 2. zu diesem Zweck Verhinderung einer Vermittlung (Einmischung) der Mächte in dem österreichisch-ungarischen Streit mit Serbien; 3. Vermittlung der Mächte bei Rußland, um dieses von militärischer Hilfeleistung an Serbien abzuhalten; 4. Krieg gegen Rußland, eventuell auch Weltkrieg, wenn Krieg Österreich-Ungarns gegen Serbien nicht anders möglich.

Die Vermittlung der Entente gefährdete den Krieg mit Serbien. Wien und Berlin suchten also einträchtig diese Vermittlung zunächst durch passive Resistenz zu vereiteln. Den Greyschen Vorschlag einer

*) „Die deutschen Dokumente", Nr. 157, 163, 179, 180, 192, 236, 238.

Viererkonferenz vom 24. lehnte Berlin a limine ab und erklärte sich auch im Voraus mit der Ablehnung des Fristverlängerungsvorschlages vom 24. einverstanden, die prompt von Wien aus erfolgte. Einen auf Anregung Sasonows vom deutschen Botschafter Grafen Pourtalès am 26. formulierten Antrag, daß Wien sich zwecks Milderung des Ultimatums mit Petersburg direkt verständigen solle, damit Rußland auf Serbien einwirken könne, sowie einen eigenhändigen Brief Greys an Lichnowsky vom 25., in dem Grey bat, die Wiener Regierung zu veranlassen, daß sie die Antwortnote Serbiens, deren Skizze Grey beilegte, günstig aufnehme, hat Berlin dem Grafen Berchtold mitgeteilt, aber ohne irgend welche Einflußnahme auf diesen zu versuchen*).

Inzwischen hatte nach den Wiener Berichten Serbien am 25. das Ultimatum abgelehnt. Jetzt konnte man die Ententemächte mit ihren lästigen Vorschlägen los werden. In Berlin wurde, wie Graf Szögyeny an diesem Tage nach Wien meldete, „allgemein als sicher vorausgesetzt", daß Österreich-Ungarn sofort nach dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen in Serbien einmarschieren und so ein fait accompli schaffen werde, das die „große Gefahr" einer Einmischung der Entente in den serbischen Streit illusorisch machen würde. Doch da zeigte sich Feldherr Conrad in voller Größe. In einer Unterredung am 26., zu der ihn Berchtold gleichzeitig mit Tschirschky einlud, machte Conrad die erstaunliche Eröffnung, daß er nach seinem Kriegsplan erst „ungefähr(!) am 12. August", d. i. etwa in 16 Tagen den Vormarsch nach Serbien antreten könne. In Berlin war man über diese hoffnungslose Auskunft sehr enttäuscht und Staatssekretär von Jagow ließ am nächsten Tage der Wiener Regie-

*) „Die deutschen Dokumente", Nr. 157, 171, 186, 236, 238 mit Anmerkung 2, 248. „Österreichisches Rotbuch", II. Teil, Nr. 57.

rung sein „Bedauern" darüber aussprechen. Diese unfreundliche Bemerkung — die erste während dieser Kampagne — parierte Graf Berchtold mit der spitzigen Erwiderung, daß er und seine Leute, „durch die Erfahrungen der letzten Jahre gewitzigt, mit den militärischen Maßnahmen in größerem Stil nicht beginnen wollten, bevor es feststände, daß es tatsächlich zum Kriege kommen werde".

Der Hieb auf Berlin saß. Was würde doch Graf Berchtold erst sagen, wenn es auch diesmal, wo Berlin dem Krieg schon in aller Form zugestimmt hatte, wieder zu nichts käme! Wie sich aber der Friedensbemühungen der Ententemächte nun weiter erwehren? Noch durch lange, lange sechzehn Tage mußte man diese Friedensgefahr bekämpfen. Schwer. Aber man mußte es versuchen, und jeder trachtete sich auf seine Weise zu helfen. Graf Berchtold war nicht der Mann, der sich so leicht in Verlegenheit bringen ließ. Wenn schon Conrad sein Pulver nicht trocken gehalten hatte, so war doch auf Berchtolds Schreibtisch die Tinte flüssig geblieben. So beschloß er am folgenden Tage, wenigstens die Kriegserklärung, eine Stilübung von acht Zeilen, an Serbien zu erlassen. Die Kriegserklärung erging denn auch am 28. Juli, „hauptsächlich um jedem Interventionsversuch den Boden zu entziehen", wie Tschirschky ganz charakteristisch meldete. Am nächsten Tage machte man sich noch den billigen Spaß, die von den Serben geräumte Festung Belgrad von der ihr gegenüberliegenden ungarischen Donau-Stadt Semlin aus zu beschießen. Damit hatte Graf Berchtold sein fait accompli geschaffen. So oft sich nun ein Vermittlungsvorschlag seitens der Ententemächte an Berchtold heranwagte, hielt er ihm sein „Zu spät" entgegen, und der Erfolg sprach, wie sich alsbald zeigte, für sein Verfahren*).

*) „Österreichisches Rotbuch", II. Teil Nr. 32, 67, 69. „Die deutschen Dokumente", Nr. 213, 257, 313.

In Berlin dachte man „realpolitischer" als in Wien und glaubte, daß man mit der Berufung auf eine papierene Kriegserklärung in der Welt keinen Eindruck machen könne. Den Hauptansturm der Vermittlungsvorschläge der Entente hatte man in Berlin zu erwarten und nicht in Wien, das schon seit der Annexionskampagne bei der Entente im Ruf des Friedensstörers stand. Herr von Jagow sann deswegen auf ein anderes Mittel, auf einen „Schimmel", um in guter Form über die Anträge der Entente während der von Conrad beanspruchten 16 Tage bis zum Beginn der militärischen Operationen hinwegzukommen. Er fand das Mittel und setzte es am 27. dem Grafen Szögyeny in einem Zwiegespräch auseinander, das uns in dessen Bericht erhalten geblieben ist. Herr von Jagow legte darin dem Botschafter dar, daß England seine Wünsche an Österreich-Ungarn über Berlin gehen lasse, weil es „glaube, daß sie durch Vermittlung Deutschlands eher Berücksichtigung bei Österreich-Ungarn finden", daß solche Vorschläge sich in nächster Zeit häufen dürften und — das war der Schimmel — daß er sie in Zukunft nicht mehr für sich behalten, sondern an Berchtold weitergeben werde, damit nicht „der bisher so gut funktionierende Draht zwischen Deutschland und England abgebrochen werde". Doch möge Graf Berchtold den Zweck dieser Belästigung mit englischen Vorschlägen nicht mißverstehen. Jagow versicherte vielmehr dem Grafen Szögyeny „aufs Bündigste", daß die deutsche Regierung „sich in keiner Weise mit den Vorschlägen identifiziere, sogar *entschieden gegen deren Berücksichtigung* sei und dieselben nur, um der englischen Bitte Rechnung zu tragen, weitergebe"*). Mit diesem Jesuitenstücklein machte Herr von Jagow die deutsche Vermittlungsaktion zwischen der Entente und Wien

*) „Österreichisches Rotbuch", II. Teil Nr. 68.

zu einer Komödie, die allerdings nicht lange vorhielt. Aber sein Plan bleibt bemerkenswert als ein Unikum in der Diplomatie, das dem Berchtoldschen Ultimatum würdig an die Seite gestellt werden könnte*).

*) Die deutsche Kommission in Versailles zur Prüfung der Schuldfrage (Prof. Delbrück, Prof. Mendelssohn-Bartholdi, Prof. Schücking, General Graf Montgelas) hat von den Herren von Bethmann und von Jagow auf Befragen die Auskunft erhalten, daß der Bericht des Grafen von Szögyeny vom 27. Juli „unmöglich zutreffend" sein könne. Diese Auskunft hält auch die deutsche Kommission mit Rücksicht auf die Senilität des Grafen Szögyeny für richtig (Weißbuch: „Deutschland schuldig?"). Daß Szögyenys Berichte korrekt abgefaßt waren, bezeugt Herr von Tschirschky selbst in einem sehr wichtigen Fall, in dem des Berichts über Szögyenys Frühstücksaudienz beim deutschen Kaiser. „Die deutschen Dokumente", Nr. 18.

Ein neues Zickzack

Die Vermittlung Deutschlands

An demselben Tage, fast zur selben Stunde, an dem Herr von Jagow seinen Komödienplan mit dem Grafen Szögyeny besprochen hatte, am 27. nachmittags, traten Ereignisse ein, die seinen Chef, den Reichskanzler, und den deutschen Kaiser zwangen, die Vermittlungsvorschläge der Ententemächte ernster zu nehmen als es bis dahin geschehen war. Die Antwort Serbiens auf das Ultimatum wurde an diesem Tage den Staatskanzleien bekannt. In richtiger Voraussicht ihrer Wirkung hatte Graf Berchtold es nicht gewagt, die serbische Note, die ihm am 26. früh zugekommen war, sofort in unverfälschter Form der Öffentlichkeit mitzuteilen. Im Vertrauen darauf, daß Serbien nun von der Welt abgesperrt war, hatte er die Note zurückbehalten, um sie, nach den alten Fälschergewohnheiten des Ballhausplatzes, erst von seinen Leuten durch einen Kommentar so ziemlich in das Gegenteil verwandeln zu lassen. Diese brauchten zu ihrer Verdrehungsarbeit zwei Tage, und inzwischen fanden die Serben Mittel und Wege, mit ihrer Note die europäischen Zentren zu erreichen. Sie erschien dort im Laufe des 27., während der Ballhausplatz mit der kommentierten Note erst in der Nacht vom 27. zum 28. Juli fertig wurde. Die unverfälschte Note war für alle Staatskanzleien eine Überraschung. Serbien unterwarf sich fast allen den unerhörten Bedingungen, die Österreich-Ungarn gestellt hatte, und von den zwei Bedingungen, die es nicht annahm, wies es nach, daß sie seiner Verfassung und seiner von allen Mächten anerkannten staatlichen Souveränität widersprachen, erbot sich aber, auch bezüglich dieser Punkte die Entscheidung des Haager Schiedsgerichts-

hofes anzunehmen. Nach Baron Giesls raschem Abbruch der diplomatischen Beziehungen hatte man sich die Antwort Serbiens, die jenem dazu Anlaß gab, ganz anders vorgestellt. Man hatte seit dem Attentat fortwährend gehört, daß Österreich-Ungarn die europäische Kultur gegen die serbische Barbarei zu verteidigen habe, und ganz Europa hatte sich von dieser durch eine langjährige Verleumdungskampagne gut vorbereiteten Legende beeinflußen, für Österreich-Ungarn und gegen Serbien stimmen lassen. Die Sympathien Europas schlugen nun vollständig um. Verglich man die serbische Antwort mit dem österreichisch-ungarischen Ultimatum, so mochte man eher auf Seite Österreich-Ungarns Barbarei und Gewaltpolitik, auf Seite Serbiens neuzeitliche Kultur und Rechtsgefühl erblicken.

Der erste der Ententestaatsmänner, der diese seine geänderte Auffassung der deutschen Regierung mitteilen ließ, war gerade derjenige, der sich bisher noch am meisten für Österreich-Ungarn eingenommen gezeigt und von dem auch vermöge der Macht, die er vertrat, am meisten zu hoffen und zu fürchten war, Sir Edward Grey. Am 27. nachmittags langte in Berlin ein Bericht des Botschafters Lichnowsky über eine Unterredung mit Grey ein, in der dieser, nachdem er die serbische Antwort gelesen hatte, bereits eine ganz andere Sprache führte als bisher, und eine sehr ernste. Wenn nach dieser Antwort — sagte Grey — Österreich-Ungarn nicht Frieden mache, sondern etwa „gar zur Besetzung von Belgrad vorgehe“, sei es „vollkommen klar, daß Österreich nur nach einem Vorwand suche, um Serbien zu erdrücken“ und „Rußlands Einfluß auf dem Balkan zu treffen“. Das wäre eine „direkte Herausforderung“ Rußlands, und daraus müßte der „fürchterlichste Krieg entstehen, den Europa jemals gesehen habe“. Grey wollte damit aber über Österreich-Ungarn noch nicht endgültig ab-

geurteilt haben, er machte wieder einen Vermittlungsvorschlag, durch den er Österreich-Ungarns guten Willen auf die Probe stellen wollte, nämlich, daß Österreich-Ungarn die serbische Antwort zur Grundlage friedlicher Verhandlungen nehme. Der Botschafter fügte hinzu, daß er den Minister „zum ersten Male verstimmt“ gefunden habe und daß die Mittelmächte, „falls es jetzt doch noch zum Krieg käme, weder mit den Sympathien noch mit der Unterstützung Englands rechnen“ können*).

Herr von Jagow, der Scharfmacher, begriff sofort, daß der Londoner Alarmruf seinen eben entworfenen Komödienplan umstürzen könnte, und er hatte nicht übel Lust, das Lichnowskysche Telegramm dem Kaiser Wilhelm ganz „vorzuenthalten“. Der Reichskanzler aber entschied anders. Nicht nur, daß er das Telegramm dem Kaiser zuschickte, er begleitete es auch mit einem Kommentar, indem er schrieb, daß, „wollten wir jede Vermittlerrolle a limine ablehnen, wir vor der ganzen Welt als für die Konflagration verantwortlich daständen“. In demselben Sinne telegraphierte er noch am selben Abend nach Wien: Da Serbien „scheinbar (von Wien hatte der Kanzler den wiederholt erbetenen Text der serbischen Antwort noch immer nicht erhalten) sehr weit nachgegeben“ habe, würden jetzt im Falle einer Ablehnung jeder Vermittlung die Mittelmächte „von der ganzen Welt für eine Konflagration verantwortlich gemacht“ werden, die Mittelmächte müßten aber als die „zum Kriege gezwungenen dastehen“. Herr von Bethmann gab nun nicht bloß scheineshalber, sondern in allem Ernste Greys Vorschlag und gleichzeitig den bisher vernachlässigten Wunsch Sasonows auf direkte Verhandlungen mit Wien (die Berchtold verweigert hatte) an den Grafen Berchtold empfehlend weiter.

Diese erste Vermittlungsdepesche Bethmanns kam

*) „Die deutschen Dokumente“, Nr. 258.

dem Grafen Berchtold ungefähr gleichzeitig mit dem Bericht Szögyenys über dessen Unterredung mit Jagow zur Kenntnis, er scheint nun, da er über den so rasch erfolgten Meinungswechsel in Berlin nicht unterrichtet worden war, die etwas zweideutig konzipierte Depesche Herrn v. Bethmanns für die erste Szene der geplanten Vermittlungskomödie gehalten zu haben, und so ließ er am 28. in einer und derselben Depesche dem Herrn von Jagow für den Komödienplan danken und dem Herrn von Bethmann seine Ablehnung des neuen englischen Vermittlungsvorschlages mitteilen, während er gleichzeitig ganz im Sinne seiner Idee des fait accompli dem englischen Staatssekretär, der ihm auch direkt einen Vermittlungsvorschlag gestellt hatte, sagen ließ, daß es nach der (am selben Tag erst) erfolgten Kriegserklärung gegen Serbien für Vermittlungen bereits zu spät sei*).

Was sich schon in Bethmanns Abenddepesche vom 27., noch unsicher, angekündigt hatte, wurde am 28. morgens zur vollendeten Tatsache: eine neue Zickzack-Wendung in der Berliner Politik. Am 28. frühmorgens las Kaiser Wilhelm die serbische Note, die Depesche Lichnowskys und den Kommentar Bethmanns, und bei diesem „ersten Frühstück" vergaß er plötzlich, was er bei dem verhängnisvollen „zweiten Frühstück" vom 5. Juli Österreich-Ungarn zugesagt hatte. Er schrieb gleich an den Rand der serbischen Note: *„Damit fällt jeder Kriegsgrund fort,* und Giesl hätte ruhig in Belgrad bleiben sollen. Daraufhin hätte i c h niemals Mobilmachung befohlen". Ja, es ließ ihn nicht ruhen, er setzte sofort, noch um 10 Uhr vormittags, ein Handschreiben an den Staatssekretär des Auswärtigen, Herrn von Jagow, auf, in welchem er diesem erklärte, daß die serbische Antwortnote „eine Kapitulation demütigster Art orbi et urbi" sei, und daß da-

*) „Die deutschen Dokumente", Nr. 277, 400, „Österreichisches Rotbuch, II. Teil, Nr. 81, 82, 90.

durch „jeder Grund zum Krieg entfällt", daß er nunmehr „den Frieden erhalten helfen" wolle, „und so schonend für das Österreich als möglich". Zu diesem Zwecke dachte er an eine vorübergehende militärische Besetzung eines Teiles von Serbien (Belgrads z. B.) durch Österreich - Ungarn als „Faustpfand" und „schlug" Herrn von Jagow vor, diese seine Idee in Wien zu vertreten als „Satisfaction d'honneur" für die k. u. k. Armee und „Garantie, daß die Versprechungen (der serbischen Antwortnote) ausgeführt werden"*). Der Kaiser meinte es sicher sehr gut mit dieser Anregung. Er bemerkte nur nicht, daß er damit seinem Bundesgenossen in den Arm fiel. Denn Franz Joseph, Berchtold usw. handelte es sich nicht um die zehn Punkte des Ultimatums und auch nicht um irgend ein künftiges Wohl- oder Übelverhalten Serbiens, sondern um dessen Vernichtung durch einen Krieg, um dessen Justifizierung, gleichgültig in welcher Form — und auch das Ultimatum war nur Formsache. Mit seinem Faustpfandvorschlag verwandelte aber Kaiser Wilhelm den von Österreich-Ungarn einzig und allein angestrebten militärischen in den von Österreich-Ungarn verabscheuten diplomatischen Erfolg. Kaiser Wilhelm kam damit wieder zu seiner Politik von Springe (November 1912) zurück, er steckte den Säbel, den er am 5. Juli so ritterlich aus der Scheide gezogen hatte, etwas übereilt, am 28. wieder ein. Den Inhalt seines Erlasses ließ er gleichzeitig dem Chef des Generalstabes mitteilen. Der Krieg war damit, soweit Wilhelm II. zu reden hatte, zunächst wenigstens, abgeblasen.

Kaiser Wilhelm scheint sich, nach dem Wortlaut seines Erlasses zu schließen, des Widerspruchs seiner neuesten mit seiner früheren, noch nicht vier Wochen alten Entschließung nicht bewußt gewesen zu

*) „Die deutschen Dokumente", Nr. 293.

sein. Doch das ist ein Kapitel für den Psychologen und nicht für den Politiker. In der Wilhelmstraße muß man jedenfalls diesen Widerspruch sehr wohl erkannt haben, und im Großen Generalstab schon gar. Was daraufhin der Große Generalstab unternahm, soll noch besprochen werden. Herr von Bethmann seinerseits war Philosoph genug, um die Widersprüche mit einander zu verbinden. Er wollte es beiden recht tun, seinem Kaiser, der die Lust am Krieg verloren hatte, und dem Kaiser Franz Joseph, der auf den Krieg nach wie vor erpicht war. Er ließ also dem Grafen Berchtold den Faustpfandvorschlag empfehlen, ihm aber in einem Atem versichern, daß er damit Österreich-Ungarn vom Krieg mit Serbien nicht zurückhalten wolle; der Faustpfandvorschlag (sowie der gleichzeitig wiederholte Rat, in Petersburg zu erklären, daß Österreich-Ungarn keine territorialen Erwerbungen in Serbien beabsichtige) sollte nur dazu dienen, „das Odium, einen Weltkrieg verschuldet zu haben", „in den Augen des deutschen Volkes" auf Rußland allein abzuwälzen. Er fügte, um den Wirrwarr auf die Spitze zu treiben, noch hinzu, daß Sasonow sich schon damit einverstanden erklärt habe, daß Serbien „eine verdiente Lektion" erteilt werde und daß er sich deswegen auch „mit dem Einmarsch Österreich-Ungarns in Serbien abzufinden" wissen werde. Wie soll man sich in diesem Hin und Her auskennen? Begnügt sich Österreich-Ungarn mit der Faustpfand-Besetzung Belgrads und findet sich Sasonow damit ab, dann gibt es doch keinen Krieg gegen Serbien und auch keinen Weltkrieg, und man braucht wegen des Odiums eines Weltkriegs keine Sorge zu haben. Soll aber Österreich-Ungarn sich vom Krieg gegen Serbien nicht „zurückhalten", so kann es sich mit einer bloßen Faustpfandbesetzung nicht begnügen, die doch nicht ein Krieg, sondern nur eine militärische Promenade ist, dann kommt der Weltkrieg,

ohne daß man jedoch das Odium auf Rußland abwälzen kann.

Es ist wohl selten ein so konfuses Schriftstück wie dieses aus der Feder eines Staatsmannes geflossen. So konfus wie es ist, ist es ein Sinnbild der Verwirrung, die an den obersten Stellen in Berlin herrschte, weil man sich am 5. Juli in der Urlaubs- und Reisestimmung die Sache nicht reiflich und bis in die letzten Konsequenzen hinein überlegt hatte.

Diese konfuse Depesche hat unter all den vielen Depeschen dieses Weltkrieges das sonderbarste Schicksal gehabt. Der Reichskanzler behandelte seine Anregung besonders dringlich. Zweimal im Laufe des folgenden Tages, des 29., mahnt er Wien an die Erledigung seines Vorschlags. Tschirschky ist aber „trotz Drängens" nicht in der Lage, bis Mitternacht eine definitive Antwort zu erhalten*).

Inzwischen waren aber am Nachmittag und Abend des 29. zwei Telegramme aus London in Berlin eingelangt, nach welchen Grey mit Lichnowsky äußerst ernst gesprochen und ihm die Beteiligung Englands am Kriege, für den Fall, daß Frankreich hineingezogen würde, unzweideutig angekündigt hatte. Er machte gleichzeitig wieder den Vorschlag einer Vermittlung zu Vieren, fügte noch einen Vorschlag hinzu, der mit dem Faustpfandvorschlag des Kaisers sich deckte, und sprach klar aus, daß Österreich-Ungarn auf einen Krieg gegen Serbien verzichten müsse, wenn der Weltkrieg vermieden werden solle. Außerdem erhielt die deutsche Regierung an diesem Abend eine Depesche aus Petersburg, worin Graf Pourtalès berichtete, Sasonow habe Klage geführt, daß Österreich - Ungarn direkte Besprechungen mit ihm ablehne, und daß Sasonow, um den Frieden zu erhalten, *„sich an jeden Strohhalm klammere"*. (Mit

*) „Die deutschen Dokumente", Nr. 323, 377, 388, 407.

demselben Ausdruck, den Graf Pourtalès aus Sasonows Mund gehört hat, charakterisiert Graf Szapáry in einem gleichzeitigen Telegramm an Berchtold seinen eigenen Eindruck von der Stimmung Sasonows.)

Von dem ersten, zahmeren der beiden Londoner Telegramme gab der Reichskanzler in der Nacht vom 29. auf den 30., um ½1 Uhr früh, einen kurzen Auszug Herrn v. Tschirschky zur empfehlenden Mitteilung an den Grafen Berchtold weiter. Auf Berchtolds Bemerkungen zu diesem Telegramm kommen wir später zurück. Das zweite Londoner Telegramm vom 29., das die erwähnten scharfen Bemerkungen Greys und dessen Vorschläge enthielt, veranlaßte den Reichskanzler, noch in derselben Nacht um 2 Uhr 55 Min. eine Sturmdepesche nach Wien zu richten, in der er dem Grafen Berchtold Lichnowskys zweites Telegramm vollständig übermittelte. Diesem ersten Sturmtelegramm ließ er nach Empfang der Petersburger Depesche in derselben Nacht um 3 Uhr früh noch eine zweite Sturmdepesche nach Wien folgen, in die er den Text des Petersburger Telegramms einfügte. Diese beiden Sturmdepeschen des Reichskanzlers aus der bewegten Nacht vom 29. auf den 30. sind die einzigen zwei unter seinen und seines Staatssekretärs zahlreichen Depeschen, auf die er sich zu seiner Entlastung berufen kann und während des Krieges im Reichstag auch berufen hat. In diesen Depeschen rät er, ohne wieder vom Odium des Weltkrieges zu faseln oder in sonstige Doppeldeutigkeiten zu verfallen, Wien dringend, die englischen Vorschläge auf Vermittlung und Faustpfand anzunehmen sowie mit Rußland wieder in Verkehr zu treten.

Die erste Sturmdepesche des Reichskanzlers hatte Herrn v. Tschirschky am 30. Juli, gerade zur Zeit erreicht, als er beim Grafen Berchtold in Gegenwart des Grafen Forgach frühstückte. Nach dem Essen las er den beiden die Sturmdepesche vor, sogar zwei-

mal, und empfahl ihnen dringend, die Vermittlung nicht völlig abzulehnen, indem er ihnen die „unberechenbaren Konsequenzen" einer Ablehnung vor Augen führte. Graf Berchtold hörte „bleich und schweigend" zu, versprach, darüber dem Kaiser sofort Vortrag zu halten, und entfernte sich, um sich zur Audienz beim Kaiser umzukleiden. Herr v. Tschirschky redete nunmehr dem Grafen Forgach, der als spiritus rector des Ministeriums galt, „ernst ins Gewissen", Graf Forgach hielt auch ein Eingehen auf die Vermittlung für geboten, fügte aber sofort hinzu, daß „eine Einschränkung der im Gange befindlichen militärischen Operationen kaum möglich" sei. Der letztere Punkt war ihm dabei die Hauptsache. Denn als Herr v. Tschirschky am Nachmittag dieses Tages noch zweimal mit dem Grafen Forgach und dem dritten Mitglied des Ballplatz-Trifoliums, dem Grafen Hoyos, „sehr ernst in unserem (Bethmanns) Sinne" sprach, kamen die beiden, die von Berchtold inzwischen wohl auch das Ergebnis seiner Audienz beim Kaiser erfahren haben dürften, auf die Vermittlung gar nicht mehr zurück, sondern versicherten ihm nur, daß mit Rücksicht auf die Stimmung in der Armee und im Volke *„Einschränkung der militärischen Operationen* ihrer Ansicht nach *ausgeschlossen* sei", die formelle Entscheidung werde erst am nächsten Tage (31.) unter Mitwirkung des Grafen Tisza im gemeinsamen Ministerrat erfolgen. Aber es war klar, daß diese Entscheidung in der Hauptsache von der dreimal ausgesprochenen persönlichen Ansicht der beiden Vertrauten des Grafen Berchtold nicht abweichen werde, und wenn die militärischen Operationen Österreich-Ungarns gegen Serbien nicht eingeschränkt werden sollten, waren die beiden Faustpfandvorschläge (Wilhelms II. und Greys) wie alle anderen vorliegenden Vermittlungspläne, die alle nur einen diplomatischen Erfolg, aber kein militärisches

Vorgehen Österreich-Ungarns zuließen, so gut wie abgewiesen. Die Depesche Tschirschkys mit dem ausführlichen Bericht über diese Gespräche kam am 31. Juli, ½5 Uhr früh in der Wilhelmstraße an *).

Herr v. Tschirschky, der sich der Wichtigkeit dieser Neuigkeit wohl bewußt war, ließ jedoch Berlin gar nicht so lange darauf warten, als er im gewohnten Geschäftsgang zur Abfassung der Depesche und der Telegraph zu deren Übermittlung brauchte. Am Nachmittag, nach dem Frühstück und dem ersten Gespräch mit Forgach und Hoyos, hatte Tschirschky ein Telephongespräch mit dem Direktor der politischen Abteilung des Berliner Auswärtigen Amtes, Herrn v. Stumm. Diese telephonische Gelegenheit benützte er nun, um Herrn v. Stumm und damit die Berliner Regierung von den Eindrücken zu unterrichten, die er im Frühstücksgespräch mit Forgach allein und später im ersten Nachmittagsgespräch mit Forgach und Hoyos gewonnen hatte. Welches diese Eindrücke waren, erfahren wir mit aller Klarheit aus einem (dritten) Sturmtelegramm, das Herr v. Bethmann am Abend des 30. Herrn v. Tschirschky schickte, später aber auf Andringen der Militärs zurückzog. Dieses Telegramm beginnt mit den Worten: „Wenn Wien, wie nach dem telephonischen Gespräch Euer Exzellenz mit Herrn v. Stumm anzunehmen, *jedes Einlenken*, insonderheit den letzten Greyschen Vorschlag (Faustpfand-Besetzung von Belgrad) *ablehnt*" usw. (folgt der Auftrag zu dringenden Vorstellungen an Berchtold und Tisza, dessentwegen das Telegramm zurückgezogen wurde)**).

Berlin erfuhr aber an diesem Nachmittag des 30. nicht nur, daß Berchtold nicht einzulenken gedachte, sondern im Gegenteil schon — der Listen-

*) „Die deutschen Dokumente", Nr. 384, 395, 396, 465.
**) „Die deutschen Dokumente", Nr. 441, 450, 451 (nicht abgesandt, aber glaubwürdig).

reiche — einen Plan gefaßt hatte, um allen Vermittlungsvorschlägen, mit denen er nun auch von Berlin aus verfolgt wurde, mit einem kühnen Ruck die Grundlage zu entziehen, auf der sie aufgebaut waren. Als ihm nämlich Tschirschky den ersten Bericht Lichnowskys vom 29. vortrug, in dem davon die Rede war, daß Serbien geneigt wäre, „auch die Artikel 5 und 6 der österreichischen Note, mithin also alle Forderungen zu schlucken", replizierte mit vollendeter Geistesgegenwart Graf Berchtold, daß ihm jetzt „nach Eintritt des Kriegszustandes (mit Serbien)" selbst „die integrale Annahme der Forderungen der Note" (des Ultimatums) nicht mehr genüge, jetzt *„müßten die Bedingungen Österreichs naturgemäß anders lauten"*. Schärfer, das verstand sich von selbst. Welche sie sein sollten, verriet Graf Berchtold nicht, so schnitt er auch jede weitere Vermittlung ab, da man doch über unbekannte Bedingungen nicht verhandeln konnte. Nur so viel ließ er die deutsche (ebenso wie die russische) Regierung wissen, daß er „nach Friedensschluß", also nach durchgeführtem Krieg und selbstverständlichem Sieg, eine „vorübergehende" Besetzung serbischen Gebietes plane, um Serbien „zu künftigem Wohlverhalten zu zwingen". Überdies ließ Graf Berchtold am selben Nachmittag des 30. noch durch die österreichisch-ungarische Botschaft in Berlin dem Auswärtigen Amt mitteilen, daß „die k. u. k. Regierung sich in ihrer kriegerischen Aktion gegen Serbien nicht beirren lassen" werde, und kündigte bereits die allgemeine Mobilisierung (gegen Rußland) an. Das also war in Wahrheit die Wirkung der Vermittlungstätigkeit der Berliner Regierung, von der Herr v. Bethmann durch fünf Jahre seinen diplomatischen Ruhm und sein moralisches Prestige bestritt*).

*) „Die deutschen Dokumente", Nr. 357, 427, 432, 433.

Majestätische Körbe

Kaiser Wilhelms Telegrammwechsel

Kaiser Wilhelm wartete mit sichtlicher Ungeduld auf die Antwort auf seinen Faustpfandvorschlag aus Wien. Inzwischen setzte er aber seine Friedensaktion nach einer anderen Seite fort. Am 26. bereits, also am Tage der Rückkehr des Kaisers von seiner Nordlandsreise, war eine Mitteilung des Grafen Pourtalès aus Petersburg eingelangt, daß man „in Kreisen dem Frieden zugeneigter, monarchisch gesinnter höherer Offiziere aus der Umgebung des Zaren als bestes Mittel, Frieden zwischen den Großmächten zu erhalten, ein Telegramm Seiner Majestät des Kaisers und Königs an Kaiser Nikolaus ansehe". Das Auswärtige Amt hatte auch schon eine Depesche an den Zaren für den Kaiser entworfen, Wilhelm II. ging aber damals auf den schmeichelhaften Vorschlag nicht ein. Damals kannte er die serbische Antwortnote noch nicht, und die Kriegsbotschaften aus London waren noch nicht eingelangt. Als aber Herr von Bethmann am 28. die Ansicht des Kaisers über die Antwortnote Serbiens zu lesen bekam, erinnerte er ihn an die russische Anregung, der Kaiser ging nun auch darauf ein und sandte in der Nacht vom 28. auf den 29. ein Telegramm zur Vermittlung des Friedens zwischen Rußland und Österreich-Ungarn an den Zaren ab, das sich mit einem Telegramm des Zaren gleicher Tendenz kreuzte. Es wurden dann fünf Telegramme zwischen den beiden Monarchen gewechselt*).

*) „Die deutschen Dokumente", Nr. 229, besonders Anmerkung 3, 233, 308, 335, 332, 359, 366, 390, 420, 480, 487, 546, 600.

Sie hatten keinen Erfolg, konnten auch keinen haben. Denn Wilhelm II., der überhaupt Nikolaus' II. Intelligenz gering zu schätzen pflegte und aus seiner Inferiorität Vorteil zu ziehen gewohnt war (Björkö!), stellte dem Zaren den Sachverhalt falsch dar. Er verhehlte ihm, daß Österreich-Ungarn gegen Serbien Krieg führe, um Serbiens politische Stellung zu vernichten, ja, daß es sogar an eine Aufteilung des serbischen Gebietes unter dessen Nachbarn denke, er verhehlte dem Zaren, daß seiner eigenen (schon am 5. dem Grafen Szögyeny gegenüber geäußerten) Überzeugung nach Rußland solchem Beginnen nicht gleichgiltig zusehen könne, er suchte ihm vielmehr, besonders in der zweiten Depesche vom 29. abends, weiszumachen, daß es sich Österreich-Ungarn bloß um „Bürgschaften" für das künftige Wohlverhalten Serbiens handle — wo doch Wien die Antwort auf den Faustpfandvorschlag beharrlich obstruierte — verwies ihn auf die hinterhältige Erklärung des österreichisch-ungarischen Kabinetts, daß es „keine territorialen Erwerbungen auf Kosten Serbiens" (für sich nämlich) beabsichtige, und benützte die geistige Autorität, die er über den zaristischen Schwachkopf ausübte, um ihm zu versichern, daß er, der Kaiser, es für möglich halte, daß Rußland demgegenüber „in der Rolle des Zuschauers verharre". Diese unehrliche Makelei des Kaisers hatte keinen Erfolg, konnte keinen haben, da doch der Zar besser unterrichtete Berater um sich hatte, die ihn vor einem Reinfall (wie beim Vertrag von Björkö) bewahren konnten. Der Zar machte den Gegenvorschlag, den serbischen Fall vor den Haager Schiedsgerichtshof zu verweisen. Zu einem an diesem Tage früh eingelangten Telegramm des deutschen Militärbevollmächtigten am russischen Hofe v. Chelius, in welchem dieser denselben Vorschlag meldete, hatte der Kaiser selbst in dieser seiner augenblicklichen Friedensstimmung an den Rand das

einfache, aber vielsagende Wort „Blödsinn“ geschrieben, und als ihm der Zar auch noch mit dem „Blödsinn“ daherkam, begnügte sich der Hohenzoller mit der höhnischen Bemerkung: „Nanu“, ohne diesen Vorschlag des Zaren einer Antwort zu würdigen. Er schien ihm zu dumm, um ihn in höflicher Form auch nur ablehnen zu können.

Auch mit dem König von England wechselte Wilhelm II. Telegramme. Georg V. soll am 26. Juli dem Prinzen Heinrich von Preußen, wie dieser wenigstens seinem Bruder berichtete, gesprächsweise die Neutralität Englands zugesichert haben. An dieses Gespräch anknüpfend telegraphierte der Prinz am 30. dem König, und der Kaiser setzte diesen drahtlichen Verkehr fort. Doch kam weder der Prinz noch der König auf das angebliche Neutralitätsversprechen zurück, und der König verhielt sich auch sonst ganz konstitutionell reserviert*).

An den Kaiser Franz Joseph selbst hatte sich Wilhelm II. in dieser seiner vermittlungsfreundlichen Phase noch nicht gewendet. Der Faustpfandvorschlag stammte von ihm, aber auf die Urheberschaft tat er sich nichts zugute, trat die Idee vielmehr seiner Regierung ab und stellte es dieser anheim — diesmal befahl er nicht, sondern schlug nur vor — sich über diese und die anderen Vermittlungsideen mit der Wiener Regierung auseinanderzusetzen. So konstitutionelles Vorgehen war sonst nicht seine Art. Aber der Kaiser hatte diesmal seine besonderen Gründe. Jeder Vermittlungsvorschlag war eigentlich ein Bruch der feierlichen Zusagen, die Wilhelm II. am 5. und 14. Juli durch Szögyeny und direkt Franz Joseph gemacht hatte. Das war nicht gentlemanlike, und damit traute sich Wilhelm II. an den „ritterlichen Kaiser“ von Österreich persönlich nicht heran. Das unritter-

*) „Die deutschen Dokumente“, Nr. 374 usw.

liche Geschäft des nachträglichen Abhandelns und sich mit x% Ausgleichens überließ er neidlos seiner Regierung. Als er aber am 30. nachmittags aus Tschirschkys Meldungen entnahm, daß die Vermittlungsverhandlungen zwischen den beiden Regierungen die Wiener eher schärfer als milder gestimmt hatten, faßte er endlich den schweren Entschluß und richtete noch am Abend des 30. ein Telegramm an den großen Bruder in Schönbrunn. Von dem Gefühl der persönlichen Überlegenheit, das aus Wilhelms II. Telegrammen an den Zaren spricht, kann man in diesem Telegramm an Franz Joseph nichts merken. So schüchtern, bescheiden und submiß wie diesmal hat Wilhelm II., soweit man seine Äußerungen kennt, niemals sonst in seinem Leben gesprochen. Er — Wilhelm II. — stellte diesmal sogar sein Licht unter den Scheffel, indem er sich auf den Zaren als eigentlichen Veranlasser seines Vermittlungsvorschlages ausredete, während er in Wahrheit diesen Vermittlungsvorschlag ganz aus eigenem am 28. vormittags konzipiert hatte, einen Tag, ehe er das erste Vermittlungsansuchen vom Zaren erhalten hatte (29. früh). Wilhelms II. Telegramm war ganz im Ton des Steigbügelhalters abgefaßt, und Franz Joseph antwortete ihm darauf am 31. auch dementsprechend in dem abweisenden Ton des Mannes, der hoch zu Roß sitzt. Franz Joseph bewährte sich wieder, in diesem Punkt wenigstens, als der Mann der unverbrüchlichen Konsequenz und belehrte seinen Berliner Gefangenen in einem etwas verdrießlichen Ton, daß er gar nicht geneigt war, ihn wieder freizugeben, nachdem es ihm endlich gelungen war, ihn an seinen Wagen zu fesseln. Franz Joseph war oft in seinem Leben notgedrungen inkonsequent und nachgiebig gewesen, wo er sich schwach fühlte; wo er sich aber in der Macht fühlte, war er immer intransigent. Seit dem 5. Juli fühlte sich der Habsburger gegenüber Wilhelm II. in einer starken Position, und aus

dieser ließ er sich nicht herausmanövrieren, die ehrerbietige Haltung des sic jubeo-Helden bestärkte ihn nur in seinem Machtgefühl. Auf die Zumutung, daß die k. u. k. Armee sich mit einem Ausflug über die Donau nach Belgrad und einer Ehrenrettung begnügen sollte, kam die Antwort: „Im Bewußtsein meiner schweren Pflichten für die Zukunft meines Reiches habe ich die Mobilisierung meiner ganzen bewaffneten Macht angeordnet. Die im Zuge befindliche Aktion meiner Armee gegen Serbien kann durch die bedrohliche und herausfordernde Haltung Rußlands keine Störung erfahren." Jeder Satz ein Ziegelstein auf den Kopf des unsicheren Kantonisten. Also keine Beschränkung auf eine Faustpfandbesetzung und keine Schonung Serbiens! „Eine neuerliche Rettung Serbiens durch Rußlands Intervention müßte die ernstesten Folgen für meine Länder nach sich ziehen, und ich kann daher eine solche Intervention nicht zulassen." In der Tat wäre es, wenn Franz Joseph Serbien laufen lassen wollte, klüger gewesen, dies gleich von Anfang an zu tun und Serbien durch Großmut zu erniedrigen, als jetzt, wo die Schonung Serbiens als Rußlands Erfolg angesehen worden wäre und Rußlands Prestige auf dem Balkan nur gestärkt hätte. Franz Joseph verbat sich schließlich Wilhelms unvernünftige Ratschläge: „Ich bin mir der Tragweite meiner Entschlüsse bewußt." Was Franz Joseph von Wilhelm brauchte, waren nun einmal nicht politische Ideen, sondern Soldaten. So schloß er sein Telegramm, indem er den Wandelbaren an sein Versprechen erinnerte: „daß Deine Wehrmacht in unwandelbarer Bundestreue für mein Reich und den Dreibund einstehen wird".

Wilhelm II. hätte sich diese Zurechtweisung ersparen können. Er mußte wissen, daß ein Kavalier wie Franz Joseph einem anderen Kavalier das Wort nicht

zurückgibt — es sei denn, daß er aufhört, ihn als Kavalier zu achten*).

Man hat in der Kriegsliteratur dem Telegrammwechsel des deutschen Kaisers mit dem Zaren große und dem mit dem Kaiser von Österreich gar keine Aufmerksamkeit gewidmet. Das dürfte sich aus dem äußeren Umstande erklären, daß der Telegrammwechsel mit dem Zaren von der deutschen Regierung schon im Anfang des Krieges in auffälligster Form und mit tendenziösem Kommentar veröffentlicht worden ist, während der mit dem Kaiser von Österreich erst nach dem Krieg in dem von Deutschland und Österreich publizierten Aktenwust der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden ist. Trotzdem ist der Telegrammwechsel mit Wien der wichtigere, weil er erst die Voraussetzung (die Annahme des Faustpfandvor-

---

*) Die beiden Telegramme lauten:

Berlin, Neues Palais, den 30. Juli 1914.

An Seine kaiserliche und königliche Apostolische Majestät.

Die persönliche Bitte des Kaisers von Rußland, einen Vermittlungsversuch zur Abwendung eines Weltenbrandes und zur Erhaltung des Weltfriedens zu unternehmen, habe ich nicht ablehnen zu können geglaubt und Deiner Regierung durch meinen Botschafter gestern und heute Vorschläge unterbreiten lassen. Sie gehen unter anderem dahin, daß Österreich nach Besetzung Belgrads oder anderer Plätze seine Bedingungen kundgäbe.

Ich wäre Dir zu aufrichtigstem Dank verpflichtet, wenn Du mir Deine Entscheidung möglichst bald zugehen lassen könntest.

In treuester Freundschaft Wilhelm.

Schönbrunn, den 31. Juli 1914.

An Seine Majestät Kaiser Wilhelm.

Ich beeile mich Dir für Dein freundschaftliches Telegramm verbindlichst und wärmstens zu danken.

Gleich nachdem Dein Botschafter meiner Regierung gestern den Vermittlungsvorschlag Sir Edward Greys über-

schlages durch Franz Joseph) schaffen hätte sollen, auf die Wilhelm II. seinen Vermittlungsplan beim Zaren aufgebaut hatte, der in nichts zerfallen ist, seitdem man aus dem Antworttelegramm Franz Josephs erfahren hat, daß seine Voraussetzung hinfällig war.

Auf dieses Ziel hatten allerdings inzwischen Wilhelms eigene Militärs hingearbeitet, die mit den Wiener Kriegshetzern eines Sinnes waren. Ihnen müssen wir nun noch unsere Aufmerksamkeit zuwenden.

---

mittelt hatte, ist mir die offizielle Meldung meines Botschafters in St. Petersburg zugekommen, wonach der Kaiser von Rußland die Mobilisierung aller Militärbezirke an meinen Grenzen angeordnet hat.

Graf Szögyeny meldet mir, Du hättest Kaiser Nikolaus in einzig treffender Weise schon gesagt, daß die russischen Rüstungen einzustellen seien, weil sonst die ganze Verantwortung für einen Weltkrieg auf seine Schultern falle.

Im Bewußtsein meiner schweren Pflichten für die Zukunft meines Reiches, habe ich die Mobilisierung meiner ganzen bewaffneten Macht angeordnet.

Die im Zuge befindliche Aktion meiner Armee gegen Serbien kann durch die bedrohliche und herausfordernde Haltung Rußlands keine Störung erfahren.

Eine neuerliche Rettung Serbiens durch Rußlands Intervention, müßte die ernstesten Folgen für meine Länder nach sich ziehen und ich kann daher eine solche Intervention unmöglich zugeben.

Ich bin mir der Tragweite meiner Entschlüsse bewußt und habe dieselben im Vertrauen auf Gottes Gerechtigkeit gefaßt mit der Sicherheit, daß Deine Wehrmacht in unwandelbarer Bundestreue für mein Reich und für den Dreibund einstehen wird.

Franz Joseph.

Das Eingreifen der Militärs

Am 26. Juli kehrt der Chef des Großen Generalstabes v. Moltke aus Karlsbad zurück, und an diesem Tag schon wirkt er bei politischen Entschließungen mit. An demselben Tage bringt er auch bereits die umfangreichen Noten an die belgische und holländische Regierung zu Papier, in denen diesen die Verletzung der Neutralität Belgiens durch Deutschland angekündigt und begründet wird. Diese Noten sind, sowie sie Moltke konzipiert hatte, nur mit einigen im Auswärtigen Amt vorgenommenen stilistischen Änderungen, am 2. August den betreffenden Regierungen überreicht worden. Sie waren diplomatische Aktenstücke von der größten Bedeutung, ihre Abfassung ein Übergriff des Generalstabes in das Arbeitsgebiet des Auswärtigen Amtes, den dieses ohne Widerrede hinnahm. Das Umgekehrte, daß eine Zivilstelle einer militärischen ihr Verhalten in einer militärischen Angelegenheit im wörtlichen Sinne vorgeschrieben hätte, ist nicht vorgekommen. Das gehört zum Militarismus. Aus den Noten ist jedenfalls zu ersehen, daß schon damals auch der Große Generalstab mit dem Weltkrieg rechnete und dafür Vorkehrungen traf. „Schon vor Monaten hatte — wie der bayerische Gesandte in Berlin in einem Privatbriefe an den bayerischen Ministerpräsidenten am 31. Juli 1914 berichtete — Herr von Moltke sich dahin ausgesprochen, daß der Zeitpunkt militärisch so günstig sei, wie er in absehbarer Zeit nicht wiederkehren kann.“ Dem Botschaftsrat a. D. Freiherrn v. Eckardstein hatte Herr v. Moltke am 31. Mai 1914, als dieser ihm von den bestehenden Kriegsgefahren sprach, forsch erwidert: „Wenn's doch endlich überbrodeln wollte — wir sind bereit, je eher, desto besser für uns.“ Begreiflich, daß

Herr von Moltke selbst ruhig war und dem Herrn von Bethmann eine ruhige Haltung empfahl — ähnlich wie sein Kollege Conrad dem Grafen Berchtold*).

Die beiden Generalstäbe, der Wiener und der Berliner, verstanden einander vorzüglich. Schon im Jahre 1910, zur ersten Amtszeit Conrads, hatten sie einen gemeinsamen Plan für den europäischen Krieg ausgeheckt**). Jetzt, da der bei Militärs in Militärstaaten wohl selbstverständliche Kriegswille durchzusetzen war, arbeiteten sie einander in einer geradezu idealen Weise in die Hände. Die Militärs hofften, sich die Politiker gefügig zu machen. Da war Wien Berlin voraus und konnte Berlin erfolgreich nachhelfen. Denn in Wien hatte sich der Generalstab der politischen Maschine seit Jahren schon vollständig bemächtigt, Graf Berchtold führte nur die Politik Conrads aus und Conrad war in der Lage, Moltke bei der Bearbeitung der Wilhelmstraße mit Berchtolds Mitteln zu unterstützen. Die Drei, der Wiener, der Berliner Generalstab und der Ballplatz, bildeten die Kriegskonspiration in der Kriegskonspiration und bedrängten die Wilhelmstraße gleichzeitig von zwei Seiten, von innen Herr v. Moltke, von außen der von Conrad vorgeschobene Graf Berchtold, bis schließlich die von den Herren v. Bethmann, v. Jagow usw. verteidigte Feste fiel. Vom 27. Juli an bis zum 1. August ließ Herr v. Moltke jeden Tag dem Auswärtigen Amt als Memento ein militärisches Situationsbild zukommen, in dem alle die vagen Berichte über militärische Rüstungen und Vorkehrungen, die von eifrigen Spionen einlangten, sorgfältig zu einem Schreckensbild für den solcher Lektüre ungewohnten Leser

*) „Die deutschen Dokumente", Nr. 197, 202, 376, 426, Anhang IV, Nr. 27. — Eckardstein: „Lebenserinnerungen und politische Denkwürdigkeiten", 1921, III. Band, S. 184.
**) Přibram in der „Österreichischen Rundschau", Augustheft 1920, S. 106.

vereinigt waren. Nach dem 1. August hörte das auf, der Zweck, die Kriegserklärung, war erreicht, und dem Auswärtigen Amt wurde von den Militärs wieder die Türe des militärischen Amtsgeheimnisses vor der Nase zugeschlagen. Auch Conrad sammelte fleißig Spionageberichte über russische Kriegsvorbereitungen, und als er am 27. glücklich ein paar davon zusammengebracht hatte, ließ er durch sein Werkzeug Berchtold in der Wilhelmstraße den Antrag stellen, daß Österreich-Ungarn, Deutschland und — Rumänien zu dritt in Petersburg aufmarschieren und mit Gegenmaßregeln drohen. Herr v. Jagow gab die Anregung weiter, doch der König von Rumänien lehnte sie ab. Conrad, bezw. Berchtold aber wurden nicht müde, diese Forderung am 29. und 30. zu wiederholen *).

Der große Coup in diesem innerdiplomatischen Spiel war aber die Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Serbien vom 28. Juli. Ihre diplomatischen Wirkungen haben wir bereits beobachtet, sie ermöglichte es Berchtold, alle Vermittlungsversuche, nicht nur die der Entente, gegen die sie ursprünglich gerichtet war, sondern auch die des deutschen Bundesgenossen zurückzuweisen. Sie hatte aber noch eine andere, militärische Wirkung, von der es nicht klar ist, ob Berchtold und Conrad sie vorausgesehen haben. Die Kriegserklärung an Serbien nach Serbiens demütiger Antwortnote wirkte nämlich auf die Ententemächte wie eine Provokation und zwang Rußland, ob es wollte oder nicht — und der Zar, die Minister Sasonow, Kriwoschein u. a. wollten damals gewiß nicht — zur Mobilisierung. Wir wissen heute aus den Akten, daß die Kriegserklärung an Serbien nur ein papierenes fait accompli war, das Graf Berchtold sich als diplomatisches Auskunftsmittel ausgedacht hatte,

*) „Die deutschen Dokumente“, Nr. 281, 352, 427, 389, 463.

weil die k. u. k. Armee, selbst nur gegen Serbien, nicht vor dem 12. August schlagfertig gemacht werden konnte. Damals aber wußte es nur der allerengste Kreis der politischen und militärischen Drahtzieher in Wien und Berlin, und von diesen wurde es als Staatsgeheimnis streng gehütet. Die Ententemächte mußten natürlich die Kriegserklärung ernst nehmen, jeden Tag den Beginn des Vormarsches gegen Serbien erwarten, und in dieser Befürchtung wurden sie noch bestärkt, als sie am 29. von der Bombardierung Belgrads vernahmen, die, wie wir jetzt hinterher wissen, auch nur ein Scheinmanöver war, aber damals die Aufregung der Ententemächte aufs höchste steigerte. Bis zum 28. rechneten die Ententemächte mit der Möglichkeit einer friedlichen Lösung der Krise, vom 28. an sahen sie den Krieg mit Serbien bereits entbrannt, aus dem ihrer Ansicht nach unaufhaltsam der Weltkrieg entstehen mußte, und sie begannen sich darauf einzurichten. Was sollte aber inzwischen mit Serbien geschehen? Aus einem Bericht des deutschen Gesandten in Serbien vom 28. Juli wissen wir, daß nach Einlangen der österreichisch-ungarischen Kriegserklärung „die Stimmung im serbischen Heere und Volke gedrückt“ war, die Mobilisierung nur „sehr langsam“ vor sich ging, „da Serbien durchaus unvorbereitet“ war und „empfindlicher Gewehrmangel“ lähmend wirkte. Die russische Regierung war darüber sicher genau unterrichtet und mußte fürchten, daß die österreichisch-ungarische Armee binnen wenigen Tagen ihren wehrlosen Schützling erdrücken und ein — nicht papierenes, sondern blutig-ernstes fait accompli schaffen werde. Die nicht Eingeweihten in Österreich-Ungarn und Deutschland erwarteten es ja ebenso. Konnte Rußland da untätig zusehen? Ein Stimmungsumschlag trat ein. Der deutsche Militärbevollmächtigte am russischen Hof konnte ihn ganz gut beobachten. Am 29. Juli berichtete er dem deut-

schen Kaiser: „In Umgebung des Kaisers (Zaren) war man noch gestern voller Hoffnung auf friedliche Lösung, heute, nach der Kriegserklärung, hält man einen allgemeinen Krieg für unvermeidlich", trotzdem man in Rußland, wie er hinzufügt, noch immer „keinen Krieg will". Der österreichisch-ungarische Botschafter Graf Szapáry war am 29. Juli „in vertraulichem Gedankenaustausch" eben bei Sasonow, als dieser die telephonische Meldung von der Beschießung Belgrads erhielt. Sasonow „war wie ausgewechselt", meldet Graf Szapáry. Einen gleichen Stimmungsumschlag beobachtete Herr v. Tschirschky in Wien beim russischen Botschafter, Herrn Schebeko, und beim französischen Botschafter, Herrn Dumaine. Der Zar selbst telegraphierte sofort in der Nacht vom 28. auf den 29. an Wilhelm II., ehe er noch dessen erstes Telegramm erhalten hatte, daß die Kriegserklärung an Serbien in Rußland „ungeheure Entrüstung" hervorgerufen habe, die er „völlig teile", und ersuchte den deutschen Kaiser, Österreich-Ungarn von weiteren Schritten zurückzuhalten. In London wieder kündigte Grey, anknüpfend an die österreichisch-ungarische Kriegserklärung an Serbien, dem Fürsten Lichnowsky zum erstenmal die Teilnahme Englands an einem kommenden Krieg an. Rußland aber, das sich als die Schutzmacht Serbiens durch die österreichisch-ungarische Kriegserklärung direkt getroffen fühlte, glaubte sofort etwas tun zu müssen, um den anscheinend unmittelbar bevorstehenden Schlag gegen das wehrunfähige Serbien abzuwenden, und so beschloß es an diesem 29. Juli die allgemeine Mobilisation, die zunächst nur partiell gegen Österreich-Ungarn und zwei Tage später, konsequenter Weise, da man ja in der Entente allgemein die Lokalisierung des Krieges für unmöglich und nach dem Ausbruch des serbischen Krieges den Weltkrieg für unvermeidlich hielt, generell auch gegen Deutschland ausgeführt wurde. Das erste Tele-

gramm, das Kaiser Wilhelm nach zweitägigem Zögern am 28. abends an den Zaren sandte, kam, wie ein aufrichtiger russischer Friedensfreund aus der Umgebung des Zaren, Fürst Trubetzkoi, dem deutschen Militärbevollmächtigten bedauernd sagte, „zu spät", „denn die Mobilisierung gegen Österreich war befohlen"*).

Das ist die Geschichte der russischen Mobilisierung, von der in der apologetischen deutschen Kriegsliteratur so viel gesprochen wird. Veranlaßt wurde sie durch die österreichisch-ungarische Kriegserklärung an Serbien. Hätten die Russen gewußt, wie es um die k. u. k. Armee wirklich stand, und daß diese Kriegserklärung nur ein Bluff aus Verlegenheit war, so hätte sie bei ihnen statt Entrüstung vielleicht nur allgemeine Heiterkeit oder jenes Gefühl für den Kaiserstaat an der Donau erweckt, das Herr Sasonow als das einzige bezeichnete, dessen er gegenüber der österreichisch-ungarischen Monarchie fähig war: das Gefühl der Verachtung. Aber konnten die Russen das ahnen? Durfte der deutsche Kaiser oder Herr v. Bethmann ihnen den wahren Sachverhalt verraten, die militärische Unzuverlässigkeit und die diplomatische Frivolität des Bundesgenossen dem Feinde preisgeben? So mußten sie schweigend die Kriegserklärungskomödie des Grafen Berchtold mitspielen, die im Rückstoß ihre Wirkung gegen sie selbst kehren mußte. Denn an demselben Tage, an dem Berchtold Serbien seine Kriegserklärung zusandte, am 28. Juli, wandelte Wilhelm II. die Laune an, den friedlichen Pfad des neuen Zickzackkurses zu betreten. Dieser war aber geeignet, alle kriegerischen Hoffnungen der beiden Generalstäbe zu zerstören. Wien und Berlin, das politische Berlin, standen nun wieder

*) „Die deutschen Dokumente", Nr. 204, 332, 335, 344, 368, 386, 416, 445, „Österreichisches Rotbuch", III. Teil, Nr. 19.

einmal in Konflikt miteinander. Es mußte sich jetzt entscheiden, wer der Stärkere war, der konsequente Kriegswille Wiens oder der flackernde Zickzackkurs Berlins. Wenn jetzt Wien nicht durchdrang, wäre der „günstige Zeitpunkt" für den Weltkrieg, wie Herr v. Moltke gesagt hatte, „für unabsehbare Zeit" verpaßt gewesen. Da trat nun der Chef des Großen Generalstabes mit dem Vollgewicht seiner amtlichen Stellung in die Bresche. Eine offene Polemik gegen den obersten Kriegsherrn stand ihm nicht zu. Also verfaßte er eine lange Abhandlung „zur Beurteilung der politischen Lage", die er am 29. dem Reichskanzler zusandte. Das Schriftstück ist ein Kriegshetzartikel schlimmster Art, ganz im Stil und Gedankengang etwa des Literarischen Bureaus des Ballhausplatzes. Da wird von der „bis zur Schwäche gehenden Langmut Österreichs" geredet, das Attentat von Sarajevo ohneweiters Serbien zugeschrieben. Dieses Land wird nach allen Noten beschimpft, als „ein Geschwür, das mit glühendem Eisen auszubrennen" wäre, weil es „fortwährend den Körper Europas vergifte", als „Störenfried", als „verbrecherisches Land". Der österreichisch-serbische Streit wird, ganz im Geiste Berchtolds, als „eine rein private Auseinandersetzung" gekennzeichnet, die „Einmischung" Rußlands als eine Anmaßung. Damit sei aber, sagt Herr von Moltke, für Deutschland der casus foederis gegeben. Das ist nun wohl formell nicht richtig. Denn das Bündnis war ein rein defensives, und die Verpflichtung Deutschlands, Österreich-Ungarn in und zu seinem Krieg gegen Serbien zu helfen, floß nicht aus dem Bündnis, sondern aus dem vom Kaiser Wilhelm am 5. Juli dem Kaiser Franz Joseph (wenn auch mit fälschlicher Berufung auf das Bündnis) gegebenen Versprechen. Dies nur nebenbei bemerkt. Herr von Moltke faßt doch im Wesen den Sachverhalt richtig auf, indem er seine Diatribe in dem Satze

gipfeln läßt: *„Will Deutschland* (gemeint Wilhelm II.) *nicht wortbrüchig werden, so muß es auch seinerseits mobil machen."* Alle Vermittlungsversuche schiebt Herr von Moltke zur Seite, indem er sagt, daß ein „Wunder" geschehen müßte, um noch in letzter Stunde den „Weltkrieg" zu verhindern. Die deutsche Regierung würde „die tiefgewurzelten Gefühle der Bündnistreue, eines der schönsten Züge deutschen Gemütslebens, in verhängnisvoller Weise verletzen und sich in Widerspruch mit allen Empfindungen ihres Volkes setzen", wenn sie Österreich-Ungarn nicht zu Hilfe käme. Damit waren wohl die Friedensanwandlungen des deutschen Kaisers ausreichend abgewehrt. Jetzt zum Praktischen: Herr von Moltke verlangt „möglichst bald Klarheit", da „die militärische Lage für uns von Tag zu Tag ungünstiger wird" und das „zu verhängnisvollen Folgen für uns führen" kann*).

Der folgende Tag, der 30. Juli, ist der heißeste in diesem inneren Kampf. Die Hauptarbeit dieses Tages fällt Wien zu. Das Kriegshetzertrifolium am Ballplatz lehnt alle, auch die Berliner Vermittlungsvorschläge ab und beharrt auf seinem Willen, seinen serbischen Krieg durchzuführen. Nur an ein letztes Restchen von Hoffnung klammern sich die Zickzackpolitiker im kaiserlichen Palais und in der Wilhelmstraße: an den Kaiser Franz Joseph, dem Wilhelm II. noch am Abend telegraphiert. Herr von Moltke hatte an diesem Tage die Erklärung der „drohenden Kriegsgefahr" beantragt, was, wie Herr von Bethmann selbst sagt, „unvermeidlich Krieg" bedeutet. Noch ist es dem Reichskanzler gelungen, den Kaiser Wilhelm von dieser äußersten Maßregel zurückzuhalten, in der Sitzung des preußischen Staatsministeriums sagt er an diesem Tage, in versteckter Polemik gegen die Generäle, über die russische Mobilisierung, „die

*) „Die deutschen Dokumente", Nr. 349.

russischen Truppen könnten in diesem Mobilisierungszustand wochenlang stehen bleiben, *Rußland beabsichtige auch keinen Krieg,* sondern sei zu seinen Maßnahmen *nur durch Österreich gezwungen*". Jedes Wort trifft die vereinigten Berlin-Wiener Kriegshetzer wie ein Hieb. Herr von Moltke unternimmt sofort seine Gegenmaßregeln bei der befreundeten Wiener Kriegspartei gegen die eigenen Berliner Zickzackpolitiker. Er rät Conrad „dringend die sofortige allgemeine Mobilisierung" (gegen Rußland) an. Setzt Conrad diese bei Franz Joseph durch, so hat die Kriegspartei das Spiel gewonnen. Noch am Abend zieht Herr von Bethmann auf Andringen des Generalstabes sein bereits nach Wien abgegangenes drittes Sturmtelegramm zurück. Die letzte Entscheidung, die des Kaisers Franz Joseph, steht unmittelbar bevor. Alles hält sozusagen den Atem an. Die Nacht vergeht, und der Morgen des 31. bringt die Entscheidung. Franz Joseph hat die allgemeine Mobilisierung befohlen, so telephoniert Herr von Tschirschky am Vormittag. Eine Freudennachricht für den Generalstab! Dem Zusammenarbeiten der Berliner Militärpartei mit dem Ballplatz und dem Generalstab in Wien ist es gelungen, die Feste der Wilhelmstraße zu Fall zu bringen. Der Zickzackkurs hat den Atem verloren. Zu Mittag langt auch noch die Nachricht von der russischen Gesamtmobilisierung ein. Eine kleine Erleichterung der Lage für den mit seinem Zickzack wieder in die Irre gegangenen Kaiser und seinen getreuen Reichskanzler. Man verfügt zu Mittag die drohende Kriegsgefahr und kann den Schein, als ob man vor Wien (und den eigenen Generalstäblern) kapituliert hätte, vermeiden, indem man die russische Gesamtmobilisierung als die Ursache der eigenen Mobilisierung ausgibt — was denn auch der Reichskanzler in einem Telegramm nach Wien sofort festlegt und woran er auch fernerhin

festhält, wenngleich er sich dadurch mit den Worten in Widerspruch setzt, die er tags vorher in der preußischen Ministerratssitzung gesprochen hat.

Um ¾3 Uhr nachmittags langt die formelle Antwort Franz Josephs auf Kaiser Wilhelms Telegramm vom vorigen Abend in Berlin ein. Sie ist keine Überraschung mehr. Kaiser Wilhelm hat sich inzwischen schon gehäutet, in einer Unterredung mit dem österreichisch-ungarischen Militärattaché Baron Bienerth findet er bereits die Ablehnung seiner Vorschläge durch Franz Joseph ganz „begreiflich". Er will die Ohrfeige nicht gespürt haben. Um ½4 Uhr nachmittags geht nach Rußland ein zwölfstündiges, nach Frankreich ein achtzehnstündiges Ultimatum ab. Der Zickzackkurs ist zu Ende, er hatte nicht volle drei Tage gedauert. Die Wiener und Berliner Kriegshetzer haben eigentlich nur den richtigen Stand der Dinge wiederhergestellt, Wilhelm II. und seine politischen Berater gezwungen, die Konsequenzen aus den Beschlüssen zu ziehen, die sie am 5. Juli gefaßt hatten*).

---

*) „Die deutschen Dokumente", Nr. 341 (Anmerkung 3), 456, 465, 468, 473, 479, 437, 482, 490, 491, „Österreichisches Rotbuch", III. Teil, Nr. 57.

Conrad versagt, Berchtold zaudert

Der Chef des deutschen Generalstabes Herr von Moltke, der den Zeitpunkt für den Krieg als „militärisch so günstig" bezeichnete, „wie er in absehbarer Zeit nicht wiederkehren kann", und es als „ein Glück" betrachtete, daß durch den Mord in Sarajevo Deutschland die Möglichkeit gegeben sei, den von den Ententemächten angeblich für 1917 geplanten Angriffskrieg gegen Deutschland schon jetzt zu entfesseln, wo jene Mächte noch nicht genügend gerüstet, Deutschland aber „stark genug" sei *), bewährte sich in diesem Augenblick als vollständig vorbereitet. Nachdem Deutschland am 1. August Rußland, am 3. Frankreich den Krieg erklärt hatte, überschritten die deutschen Armeen am 4. die belgische Grenze. England antwortete Deutschland mit der Kriegserklärung. Doch die k. u. k. Militärs versagten gerade in diesem Momente. Conrad, der so viele Jahre lang alle möglichen Kriege „beantragt" hatte, erwies sich nun in der ersehnten Stunde als unvorbereitet. Die Operationen gegen Serbien hatte er von vornherein erklärt, erst am 12. August aufnehmen zu können, und auf einen sofortigen Krieg gegen Rußland war er gar nicht eingerichtet, zu diesem Zweck mußte er erst seinen ganzen Aufmarschplan ändern. Für einen Krieg gegen Frankreich und England war auch nichts vorgekehrt, die Flotte war nicht mobilisiert, und so mußten die Diplomaten auf die Militärs warten, die zwar immer mit dem Säbel gerasselt hatten, aber ihn jetzt, wo sie ihn brauchten, nicht aus der Scheide herausbrachten **).

In der Not erinnerte man sich in Wien des Bun-

*) „Die deutschen Dokumente", Anhang IV, Nr. 35.
**) „Österreichisches Rotbuch", III., Teil, Nr. 135.



desgenossen Italien, den man wegen seiner Treulosigkeit den ganzen Monat Juli über so arg hinters Licht zu führen versucht hatte. Die k. u. k. Marinesektion ließ am 5. August, also einen Tag nach der Kriegserklärung Englands an Deutschland, durch Berchtold die Berliner Regierung bitten, die italienische zu veranlassen, daß diese gegenüber England und Frankreich ihre Neutralität an die Bedingung knüpfe, daß die Flotten der beiden Mächte die Straße von Otranto nicht überschreiten. Der Vorschlag, den selbst Berchtold für aussichtslos hielt, hatte den, auch der deutschen Regierung verheimlichten Zweck, „Zeit zu gewinnen, weil ein Teil der k. u. k. Flotte noch in der Ausrüstung begriffen" war. Baron Conrad hoffte sogar, wie Graf Berchtold in einem Immediatbericht an den Kaiser vom 31. Juli mitteilte, „Italien dazu zu bewegen, Österreich, außer der Erfüllung seiner Bundespflichten gegen Frankreich, auch Truppen für Galizien (!) zur Verfügung zu stellen". Baron Conrad, dessen ganze politische Weisheit in zahlreichen Memoranden alle die Jahre hindurch sich in der Voraussage gesammelt hatte, daß Italien im Ernstfall seine Bundespflichten nicht erfüllen werde, hoffte jetzt von Italien, daß es sogar zweimal mehr tun würde, als wozu es der Bundesvertrag verpflichtete, erstens Deutschland seine Hilfe gegen Frankreich, die es nur für den Defensivfall zugesagt hatte, auch im vorliegenden Offensivfall zu leisten, zweitens aber überdies Österreich mit seinen Truppen in Galizien beizustehen, wozu es sich nie verpflichtet hatte, wozu es zu verpflichten Kalnoky bei Abschluß des Dreibundvertrages absichtlich unterlassen hatte, weil er überzeugt war, daß kein italienischer Staatsmann jemals im Ernstfall das italienische Volk dazu würde überreden können*). In einer am 1. August verfaßten, für den

*) Přibram, a. a. O., Seite 141, „Österreichisches Rotbuch", III. Teil, Nr. 80.

Kaiser bestimmten Notiz über die militärischen Maßnahmen fügt Conrad die politische Pointe ein, daß die Aufnahme des Krieges durch die Hauptkräfte in Galizien zunächst vor allem der Rückendeckung Deutschlands diene*), gerade so, als ob der Krieg mit Rußland nicht eine eigene Sache Österreich-Ungarns, sondern lediglich ein Freundschaftsdienst für Deutschland wäre, durch den die k. u. k. Armee von ihrer einzigen eigenen Aufgabe, dem Krieg gegen Serbien, unliebsamer Weise abgezogen werde. Früher hatte er den Dreifronten-, selbst den europäischen Krieg nicht gescheut. Jetzt zeigte er sich schon unangenehm berührt, daß er neben der serbischen noch eine zweite, die russische Front zu bewältigen bekam. Von der Heldenpose der seligen Friedenszeit war nicht mehr viel zu bemerken.

Berchtold wollte, mit Rücksicht auf die slawischen Nationen der Donaumonarchie, das Odium der Kriegserklärung an Rußland nicht auf sich nehmen**), sondern sich lieber von Rußland den Krieg erklären lassen. Diesen Gefallen tat ihm Rußland nicht, da es seine Absicht verstand. In Berlin war dafür weniger Verständnis vorhanden, denn dort stand man, wie wir aus Bethmanns Rede von 1913 wissen, unter dem Bann der nationalistischen Geschichtsphilosophie, nach der der große Entscheidungskampf zwischen „Germanentum und Slawentum" unvermeidlich war, und übersah die Tatsache, daß die Mehrheit der Völker Österreich-Ungarns slawisch war. Zudem hatte die deutsche Regierung dadurch, daß sie Rußland angriff, den *Casus foederis* des Bündnisses verspielt, der ja doch nur für einen unprovozierten Angriff durch Rußland galt, und Berchtold scheint nicht übel Lust gehabt zu haben, von dieser den Österreichern durch die Russen eingesagten Argumentation Gebrauch zu machen, um

*) Gooss, a. a. O., S. 312.
**) „Die deutschen Dokumente", Nr. 772.

Deutschland mit Rußland allein zu lassen*). Der Reichskanzler wenigstens sah sich am 4. August genötigt, die österreichische Regierung ganz energisch daran zu erinnern, daß die deutsche „durch Österreichs Vorgehen gezwungen worden sei, den Krieg zu führen“ (aber nicht durch die Entente, nebenbei bemerkt), und „erwarten könne, daß Österreich diese Tatsache nicht zu verdunkeln sucht, sondern offen bekundet, daß drohender Eingriff (Mobilmachung gegen Österreich) in serbischen Konflikt Österreich zum Kriege zwingt“. Graf Berchtold gab aber nicht ganz nach. Er ließ sich wohl am 5. zur Kriegserklärung an Rußland bewegen, begründete aber diese doch wesentlich damit, „daß die Monarchie gemäß ihrem Bündnisvertrage mit dem Deutschen Reich sich als im Kriegszustand mit Rußland befindlich erachtet“, während er gegenüber Frankreich und England sich bis zu deren Kriegserklärungen (10. und 12.) passiv verhielt**).

*) „Die deutschen Dokumente“, Nr. 704, 772.
**) „Die deutschen Dokumente“, Nr. 627, 814, 874. „Österreichisches Rotbuch“, III, Nr. 124, 169, 175.

Die Haltung der Ententemächte

Aus den Berichten der deutschen wie der österreichisch-ungarischen Diplomaten aus dem Monat Juli 1914 geht hervor, daß die drei Ententemächte damals nicht nur nicht angriffslustig waren, sondern im Gegenteil vor einem Krieg zurückschreckten, was auch mit der Auffassung des Herrn von Moltke von der militärischen Lage sich deckte. Die deutschen Botschafter Fürst Lichnowsky in London, Freiherr von Schoen in Paris, Graf Pourtalès in Petersburg, die österreichisch-ungarischen Botschafter Graf Mensdorff in London, Graf Szecsen in Paris, Graf Szapáry in Petersburg stimmen überein in der zuweilen über den diplomatischen Stil hinaus eindringlichen Schilderung der Kriegsunlust und der Friedensabsichten der Staatsmänner der Entente. Der einzige militärische Berichterstatter, der in den beiden Aktensammlungen vertreten ist, der deutsche Militärbevollmächtigte am russischen Hofe, Herr von Chelius, sagt wiederholt das gleiche von den russischen Militärs in der Umgebung des Zaren aus. Andere amtliche Berichte liegen nicht vor. Grey und Sasonow insbesondere haben vom Anfang an die deutschen Staatsmänner auf die Gefahr eines Weltkrieges aufmerksam gemacht und diese ihnen in den abschreckendsten Bildern vor Augen geführt. Tatsächlich rühren auch alle die vielen Vermittlungsvorschläge, die die gesamte internationale Diplomatie in den zwölf kritischen Tagen in Atem gehalten haben, bis auf den einzigen Faustpfandvorschlag des deutschen Kaisers, von den Ententestaatsmännern her, die meisten von Grey, ein Teil von Sasonow, während die Staatsmänner der Mittelmächte nicht einen einzigen Vermittlungsvorschlag erdacht, manchen von den anderen

erdachten aber gleich von der Schwelle abgewiesen haben. Selbst die Idee zum Telegrammwechsel des Kaisers Wilhelm II. mit dem Zaren rührt nicht, wie Herr von Bethmann fälschlich behauptet hat, vom deutschen Kaiser her, die Anregung ging vielmehr von höheren russischen Offizieren aus der Umgebung des Zaren aus und ist vom deutschen Kaiser nur zögernd aufgenommen worden. Die Stimmung unter den russischen Militärs kennzeichnet der deutsche Militärbevollmächtigte in Petersburg Herr von Chelius am 29. Juli mit den Worten: „Ich habe den Eindruck, daß man hier aus Angst vor kommenden Ereignissen mobilisiert hat ohne aggressive Absichten und nun erschreckt ist darüber, was man angerichtet hat“, wozu Wilhelm II. an den Rand schreibt: „Richtig, so ist es!“ Ja, der deutsche Kaiser selbst sagt am 1. August zum Grafen Szögyeny, „er habe den Eindruck, daß Frankreich über die Mobilmachung Deutschlands in hohem Grad erschrocken sei“, weswegen er entschlossen sei, „mit Frankreich abzurechnen, was ihm hoffentlich vollkommen gelingen werde“. Das alles wissen wir erst aus den nach dem Krieg veröffentlichten deutschen und österreichischen Aktensammlungen*). Während des Krieges und auch noch nachher, solang ihre Akten nicht publiziert waren, haben die deutschen und die österreichisch-ungarischen Staatsmänner das Gegenteil verkündet, daß England, Rußland und Frankreich den Krieg geplant und ihnen „aufgezwungen“ hätten, während Deutschland zu jener Zeit gar nicht ausreichend vorbereitet gewesen sei. Für die ausreichende oder, besser, für aus-

*) Ich habe diese Berichte sowie die Geschichte der Vermittlungsverhandlungen in meiner Schrift „Die neuesten Geschichtslügen“ unter genauer Zitierung der Akten der Mittelmächte, eingehender dargestellt, worauf ich die Leser dieses Buches wiederholt verweise. Die obigen Zitate stammen aus den „Deutschen Dokumenten“, Nr. 445 und dem „Österreichischen Rotbuch“, III. Teil, Nr. 41.

reichend gehaltene militärische Vorbereitung Deutschlands sprechen die oben erwähnten Urteile der Herren v. Moltke und Waldersee, die als Chefs des Großen Generalstabes sicher dazu die Berufensten waren. Wer aber den Krieg der Welt im Juli 1914 aufgezwungen hat, das haben wir aus den eigenen Akten der deutschen und österreichisch-ungarischen Staatsmänner, deren Beweiskraft sie am allerwenigsten in Zweifel ziehen können, mit unwiderleglicher Unzweideutigkeit erfahren. Die Ententemächte waren es nicht.

Die letzte Täuschung

Berchtolds „Einlenken“

Wenn die Kunst der Diplomatie darin besteht, die eigenen Absichten zu verbergen und die anderen irrezuführen, so wird man wohl den Grafen Berchtold zu den größten Diplomaten zählen müssen. Mit einer gelungenen Täuschung der übrigen Welt hat er diese Krise eingeleitet, die Täuschung hat er mit Erfolg während der ganzen Krise fortgesetzt und mit einer gleich erfolgreichen Täuschung, die sogar noch Jahre lang nachher, ja bis auf den heutigen Tag vorgehalten hat, hat er diese Julikrise beschlossen.

Sein letztes Täuschungsmanöver betraf die ihm von der Berliner Regierung am 29. und 30. Juli empfehlend weitergegebenen Vermittlungsvorschläge der englischen und russischen Regierung, auf deren Schicksal wir in diesem Zusammenhang nochmals zurückkommen müssen. Daß die Feindseligkeiten gegen Serbien nicht eingestellt werden sollten, stand in Wien fest, nur die k. u. k. Armee war noch immer nicht bereit, nicht einmal gegen Serbien, geschweige denn gegen Rußland. Die Antwort, die er beantragte und die auch sowohl vom Kaiser wie vom Ministerrat am 31. Juli angenommen wurde, hatte lediglich den Zweck, den anderen Mächten Sand in die Augen zu streuen. Die Idee war, wie sie Berchtold formulierte, daß „wir es zwar *sorgsam vermeiden,* den englischen Antrag in *meritorischer Hinsicht anzunehmen,* daß wir aber in der Form unserer Antwort Entgegenkommen zeigen und dem Wunsche des deutschen Reichskanzlers, die (englische) Regierung nicht vor den Kopf zu stoßen, auf diese Weise entgegenkom-

men". Im Ministerrat wurde beschlossen, sich „prinzipiell bereit zu erklären, der englischen Anregung näherzutreten", jedoch nur unter der Bedingung, daß die militärischen Operationen Österreich-Ungarns gegen Serbien fortgesetzt und die russische Mobilisierung gegen Österreich eingestellt werde. Das hieß, nachdem man den Krieg gegen Serbien provoziert hatte, nun auch Rußland zum Krieg provozieren. Da die Serben am 29. hatten verlauten lassen, daß sie unter Umständen auch die von ihnen bisher abgelehnten Punkte des Ultimatums zu „schlucken" bereit wären, hatte die österreichisch-ungarische Regierung schon *neue, offenbar noch weiter gehende Forderungen* formuliert, um nur ja die Serben zum Krieg zu zwingen. Doch Graf Tisza meinte im Ministerrat, daß man diese neuen Forderungen noch nicht bekannt geben solle. Sie werden wohl auf Berchtolds ursprünglichen Plan, Aufteilung Serbiens, hinausgelaufen sein. Veröffentlicht hat man sie bis auf den heutigen Tag nicht. Schade! Diese Forderungen würden in ein kulturhistorisches Museum gehören. Aus den veröffentlichten Akten wissen wir nur, daß diese neuen Forderungen am 30. Juli vom Grafen Berchtold dem Herrn von Tschirschky angekündigt wurden, der die Neuigkeit nach Berlin weitergab, und daß sie am 31. im gemeinsamen Ministerrat vom Grafen Tisza wie eine den Anwesenden bekannte Sache erwähnt wurden*).

Berlin hatte in diesen Tagen ferner gewünscht, daß Wien mit Petersburg wieder in Verhandlungen eintrete, die Wien, sehr zum Bedauern Sasonows, bereits am 28. abgebrochen hatte. Auch darin kam Graf Berchtold dem Bundesgenossen entgegen, freilich in seiner eigenartigen Weise. Er ermächtigte am

---

*) „Die deutschen Dokumente", Nr. 432, „Österreichisches Rotbuch", III. Teil, Nr. 79.

31. Juli den Botschafter in Petersburg, Herrn Sasonow „nachträgliche Aufklärungen“ über das „durch den Kriegsausbruch überholte“ Ultimatum zu geben — wonach Herr Sasonow gar nicht verlangt hatte — verbot ihm aber ausdrücklich, „sich von den Punkten der Note etwas abhandeln zu lassen“ — gerade das, was Herr Sasonow wünschte. Herr Sasonow, der noch auf die Milderung des Ultimatums seine Hoffnung setzte, ahnte nicht, daß man in Wien durch neue Forderungen das Ultimatum bereits verschärft hatte.

Drittens hatte Berlin gewünscht, daß die Wiener Regierung in Petersburg ihr „territoriales Desinteressement“ erkläre. Nun hatte ja bekanntlich Tisza von Anfang an gegen Erwerbung serbischen Gebietes protestiert, weil man, im Interesse der Aufrechthaltung der Suprematie der Magyaren, eine Vermehrung der Zahl der Serben in der österreichisch-ungarischen Monarchie vermeiden müsse. Dafür wollte man Stücke von Serbien unter seine Nachbarn (Bulgarien, Albanien, Rumänien) verteilen. Mit dieser reservatio mentalis konnte aber Graf Berchtold ruhig die Desinteressementserklärung in Petersburg abgeben, auch Franz Joseph erteilte dazu seine Zustimmung. Aber selbst so weit ging Graf Berchtold nicht einmal, indem er den Botschafter in Petersburg am 27. Juli zu der territorialen Desinteressementserklärung nur mit zwei Einschränkungen ermächtigte, deren zweite er in einem Zirkulartelegramm am 31. Juli abends noch wiederholte: 1. „solange der Krieg zwischen Österreich-Ungarn und Serbien lokalisiert bleibe“, 2. „ohne irgend ein bindendes Engagement einzugehen.“ So war die Erklärung völlig wertlos. Auf diese Finten ist Herr von Bethmann gekommen, hat sich darüber auch im engsten Kreis expektoriert („diese Zweideutigkeit Österreichs ist unerträglich“, „eine Politik mit doppeltem Boden“), aber nichtsdestoweniger nach außenhin die Unwahrheit von der territorialen Scho-

nung Serbiens selbst an die eigenen deutschen Bundesregierungen, weitergegeben*).

Besondere Mühe gab sich Graf Berchtold, seine wahren Gefühle für Rußland zu verbergen. Diesem für ihn wichtigsten Staat gegenüber heuchelte er Freundschaft bis zum letzten Augenblick und ließ sich — ein besonnener, kühler Spieler — selbst durch die ihm berichteten wiederholten Temperamentsausbrüche Sasonows gegen Österreich-Ungarn darin nicht beirren. Wir wissen aus seinem am 5. Juli in Berlin überreichten Memorandum, sowie aus dem gleichzeitigen Handschreiben Kaiser Franz Josephs und der Antwort Wilhelm II., daß sein Kampf nicht nur den serbischen, sondern auch, und zwar in erster Linie, den russischen Panslavisten gilt, daß er darauf ausgeht, den von Rußland gewonnenen Einfluß auf die Balkanstaaten zu zerstören und an Stelle eines in Bildung begriffenen neuen Balkanbundes unter russischem Protektorat einen solchen unter österreichisch-ungarischem Protektorat zu setzen. In dem Zirkulartelegramm vom 29. aber, das er auf die ihm an diesem Tage von Berlin aus übermittelten Vermittlungsvorschläge an seine Botschafter richtet, versichert er im Gegenteil, daß es sich ihm nur um die serbische Propaganda handle, er kann seine „Überraschung über die Annahme nicht unterdrücken, als ob seine Aktion gegen Serbien Rußland und den russischen Einfluß am Balkan treffen solle, denn dies hätte zur Voraussetzung, daß die gegen die Monarchie gerichtete Propaganda nicht allein serbischen, sondern russischen Ursprungs sei" — woran der arglose Sinn des Grafen Berchtold nicht einmal im Traume denkt. Er fährt also fort: „Wir sind bisher vielmehr von der Auffassung ausgegangen, daß das offizielle Rußland diesen der

*) „Österreichisches Rotbuch", II. Teil, Nr. 75, III. Teil, Nr. 45, 62, 65, 79, 80, 97. „Die deutschen Dokumente", Nr. 301, 307, 340, 361, 465, Gooss, a. a. O. S. 210.

Monarchie feindlichen Tendenzen fernstehe, und richtet sich unsere gegenwärtige Aktion ausschließlich gegen Serbien, während unsere Gefühle für Rußland, wie wir Sir Edward Grey versichern können, durchaus freundschaftliche sind." In ähnlichem Sinn drückt sich Graf Berchtold am 30. dem russischen Botschafter gegenüber aus, der über diese Unterredung dem französischen und englischen Botschafter in Wien berichtet, die seine Äußerungen ihren Regierungen mitteilen.

Graf Berchtold weiß, warum er sich in seinem nach Petersburg, Paris, London und Rom gerichteten Zirkular besonders an Grey wendet. Sasonow, der Osteuropäer kennt die Dinge am Balkan und die dort üblichen diplomatischen Kniffe zu genau, um sich ernstlich täuschen zu lassen. Bei Grey gelingt die Täuschung vollkommen, auch bei den drei Botschaftern in Wien, wie man aus den Aktensammlungen der Ententemächte ersieht. Sasonow, der wohl hinterher, am 2. August, darüber klagt, daß diese letzten Verhandlungen von Seite Österreich-Ungarns „den Charakter der Verschleppung" trugen, sieht sich doch veranlaßt, am 30. eine neue Vermittlungsformel zu konzipieren, die er am 31. Juli auf Greys Vorschlag einer Abänderung unterzieht, worüber sich hoffnungsvolle Verhandlungen der Ententemächte noch in die ersten Augusttage hineinzogen*). Der Zar spricht noch am 1. August gegenüber dem deutschen Kaiser die Hoffnung aus, „daß wir fortfahren werden, zu verhandeln", und Grey „glaubt noch" an diesem Tage, „daß es möglich sein könne, den Frieden zu erhalten". Nach den Wahrnehmungen der deutschen und österreichisch-ungarischen Botschafter in London und Peters-

*) „Österreichisches Rotbuch", III. Teil, Nr. 25, 97, 99. „Englisches Blaubuch", Nr. 96, 110, 111, 121, 131, 133, 135, 137, 138, 141. „Französisches Gelbbuch", Nr. 104. „Russisches Orangebuch", Nr. 66, 67, 78.

burg und den eigenen Beobachtungen des Grafen Berchtold scheinen Grey und Sasonow gerade in diesen letzten Tagen der Krise (31. Juli, 1. August) sich in einer Art Friedenspsychose befunden zu haben, in der sie von all dem, was Graf Berchtold ihnen sagen ließ, nur — das Ja hörten *).

Die Folge dieses geschickten Komödienspieles des Grafen Berchtold war, daß, als der deutsche Botschafter in Petersburg am 31. Juli der russischen Regierung gewappnet und gespornt das zwölfstündige und der deutsche Botschafter in Paris der französischen das achtzehnstündige Ultimatum überreichte, man in London und Paris (weniger wohl in Petersburg) den durch eine gewisse alte Voreingenommenheit gegen die „gepanzerte Faust" und die „schimmernde Wehr" des deutschen Kaisers und für die Friedensliebe des Kaisers Franz Joseph verstärkten Eindruck gewann, daß Graf Berchtold einzulenken im Begriff war, daß diese Nachgiebigkeit der Berliner Regierung nicht paßte, die offenbar, um Krieg zu suchen, die Wiener Regierung vorgeschoben habe, und daß Kaiser Wilhelm den friedlichen Bestrebungen des Grafen Berchtold ein Ende habe bereiten wollen, indem er die Ultimaten an Rußland und Frankreich „präzipitierte".

In den hitzigen öffentlichen Meinungskämpfen der feindlichen Staatsmänner hat diese Auffassung während des Krieges eine große Rolle gespielt. Um ihr entgegenzutreten, hat Herr von Bethmann eine andere Legende konstruiert, die ebenso falsch war. Graf Berchtolds Unnachgiebigkeit und Unaufrichtigkeit selbst gegenüber seinen eigenen Mahnungen öffentlich einzugestehen, konnte Herr von Bethmann sich nicht entschließen. Denn hätte er es getan, so

*) „Die deutschen Dokumente", Nr. 484, 546, 595. „Österreichisches Rotbuch", III. Teil, Nr. 46, 69, 94, 97, 99 104.

hätte er damit — um die Ausdrücke seines eigenen, am 30. Juli abends entworfenen, aber nicht abgesandten dritten Sturmtelegramms nach Wien zu gebrauchen — vor aller Welt „dokumentiert, daß Österreich-Ungarn unbedingt den Krieg wollte", und damit das Odium, den Weltkrieg entfesselt zu haben — um in den Ausdrücken einer anderen seiner Wiener Vermittlungsdepeschen zu sprechen — auf Österreich-Ungarn gewälzt. Zu einer solchen öffentlichen Anklage hätte Graf Berchtold nicht schweigen können. Er hätte darauf öffentlich antworten können — und er war sicher dazu fähig — daß Österreich-Ungarns unbedingter Wille zum Kriege gegen Serbien dem Reichskanzler wie dem deutschen Kaiser bereits seit dem Beginn der Balkankriege wohlbekannt war, daß sie diesem Willen Österreich-Ungarns zum Kriege am 5. Juli 1914 ihre Billigung erteilt und ihre Unterstützung geliehen haben. Daß sie, wenn sie dann im letzten Moment plötzlich den Kurs änderten und am 28., 29., 30. die Annahme von Vermittlungsvorschlägen empfahlen, ihm und dem Kaiser Franz Joseph gegenüber inkorrekt, um nicht zu sagen, wortbrüchig handelten, während er und sein Kaiser ihnen gegenüber vollständig konsequent vorgingen, indem sie alle diese Vermittlungsvorschläge am 28., 29., 30. und 31. Juli zurückwiesen. Graf Berchtold hätte also, wenn von Herrn v. Bethmann provoziert, das Odium des Weltkrieges von sich und seinem Souverän auf den Bundesgenossen abwälzen können. Zu einer solchen Ausstellung der schmutzigen Wäsche der beiden Regierungen durfte es selbstverständlich der Reichskanzler nicht kommen lassen, er durfte also den Grafen Berchtold nicht herausfordern, er mußte vielmehr die durch Berchtolds Täuschungsmanöver bei den Ententemächten entstandene Legende vom Einlenken Berchtolds im letzten Moment, obwohl er ihre Falschheit kannte, aufrechthalten. Gebot ihm das sein

schlechtes Gewissen, so war es nun seine advokatorische Kunst, aus der falschen Prämisse zu der entgegengesetzten Schlußfolgerung zu gelangen wie seine Gegner. Das brachte er durch zwei Kunstgriffe fertig: erstens schrieb er das Verdienst an dem angeblichen Einlenken Berchtolds sich selbst und dem von ihm auf Wien ausgeübten „äußersten" Druck zu, obzwar er ja wußte, daß wohl am 5. Juli auch ein leichter Druck zum Einlenken Wiens genügt hätte, daß aber nach der Kriegskonspiration vom 5. Juli selbst der äußerste Druck von vornherein zur Wirkungslosigkeit verurteilt war; zweitens fügte Herr von Bethmann zu der ersten falschen Prämisse vom Einlenken Berchtolds eine andere falsche Prämisse hinzu, nämlich, daß die russische Regierung durch ihre am 31. Juli bekannt gewordene (übrigens schon am 29. beschlossene und am 30. in Angriff genommene) Gesamtmobilisierung gerade im entscheidenden Augenblick den friedlichen Erfolg des Einlenkens Berchtolds vereitelt habe. Woraus sich wieder der Schluß ergab, daß Rußland am Krieg schuld war. Quod erat demonstrandum.

In Wahrheit war es nicht das Bekanntwerden der russischen Gesamtmobilisierung, was am 31. Juli den Kriegsentschluß des deutschen Kaisers wesentlich bestimmte, sondern die kurz vorher schon bekanntgewordene Ablehnung seiner Vermittlungsversuche durch die Wiener Machthaber, die diese ihre Entscheidung ohne Rücksicht auf die damals noch gar nicht bekannte russische Gesamtmobilisierung schon am 30. angekündigt hatten. Nachdem sich am Morgen des 31. Juli die Fruchtlosigkeit des letzten Berliner Zickzackkurses herausgestellt hatte, blieb Berlin, wollte es Wien nicht im Stich lassen, nichts anderes übrig, als Rußland und Frankreich ohne weiteren Verzug zum Krieg zu provozieren, wie es der Chef des Großen Generalstabes Herr v. Moltke schon

am 29., als von der Gesamtmobilisierung Rußlands noch nichts bekannt war und ohne Voraussetzung einer solchen, in den zwingendsten Ausdrücken gefordert hatte.

Anderseits ist auch nicht wahr, was die Entente glaubte, daß Kaiser Wilhelm, um ein Einlenken Berchtolds zu verhindern, die Ultimaten präzipitiert hätte. Kaiser Wilhelm wollte vielmehr in diesem Augenblick Franz Joseph und Berchtold zum Einlenken bestimmen und wartete deswegen zwei Tage mit den Ultimaten, die nach Auffassung seiner Militärs schon am 29. fällig gewesen waren. Beide Legenden sind also falsch, die der Entente von den präzipitierten Ultimaten wie die des deutschen Reichskanzlers von der präzipitierten russischen Gesamtmobilisierung. Denn beide beruhten auf der Annahme vom Einlenken des Grafen Berchtold im letzten Moment. Daß diese irrig war, wurde der Entente während des Krieges nicht bekannt, vom Reichskanzler der Öffentlichkeit verheimlicht.

Da aber diese irrige Annahme beiden Legenden gemeinsam war, ging sie in das allgemeine Bewußtsein über und ist auf dem besten Wege, Geschichte zu werden. Sie wurde noch durch einige Tatsachen unterstützt, die dafür zu sprechen schienen: den langen Zeitraum, der zwischen dem Attentat und der Überreichung des Ultimatums verstrich, und alle in diesem Zeitraume vom Grafen Berchtold ausgeführten Täuschungsmanöver, das Zögern mit dem längst erwarteten Einmarsch in Serbien nach der Kriegserklärung, das Zaudern mit den Kriegserklärungen Österreich-Ungarns an Rußland, Frankreich, England. Wir wissen heute aus den österreichisch-ungarischen Akten, daß all das seine besonderen Gründe hatte, nämlich die Unfertigkeit der k. u. k. Armee und Marine, und daß das Einlenken des Grafen Berchtold auch nur ein Täuschungsmanöver war, mindestens zu

dem Zweck, um Zeit zu gewinnen. Das wußte man aber damals nicht, und da man auch seither die österreichischen Rotbücher weder in Deutschland noch in den Ententestaaten beachtet, selbst die deutschen Dokumente nur zu wenig studiert hat, hat sich die Legende vom Einlenken des Grafen Berchtold bis auf den heutigen Tag in beiden Lagern erhalten, in dem der Entente mit der Schlußfolgerung, daß Deutschland Österreich-Ungarn zum Krieg gezwungen habe, im Lager der Mittelmächte mit der Schlußfolgerung, daß Rußland Deutschland und Österreich-Ungarn zum Krieg gezwungen habe. Die Entente sagte deswegen, der Weltkrieg wäre verhindert worden, wenn der deutsche Kaiser seine Ultimaten am 31. nicht gestellt hätte; Deutschland antwortete, der Weltkrieg wäre verhindert worden, wenn Rußland nicht am 31. seine Gesamtmobilisierung promulgiert hätte. Beides ist falsch. Wenn am 31. Juli Rußland nicht mobilisiert, Deutschland nicht seine Ultimaten gestellt, wenn noch einige Tage friedlich ins Land gegangen wären, wäre nicht der Weltkrieg verhindert worden, es hätte sich bloß herausgestellt, daß Graf Berchtold nicht nur nicht eingelenkt, sondern in dem Moment, wo man ihm nachgeben und sein ganzes Ultimatum annehmen wollte, seine Forderungen an Serbien noch verschärft hat. Die russische Gesamtmobilisierung und die deutschen Ultimaten haben nichts verhindert als das Aufkommen der Wahrheit über das „Einlenken“ Wiens — des Grafen Berchtold nicht nur, sondern natürlich auch des Kaisers Franz Joseph.

Da Graf Berchtold bei allen diesen Erörterungen, sowohl während als auch nach dem Kriege, stumm blieb wie ein Fisch, kam er aus dem Zusammenbruch immerhin noch mit einem staatsmännischen blauen Auge davon, indem ihm der bescheidene Ruhm blieb, bei den einen als wehrloses Opfer deutscher, bei den anderen als Opfer russischer Kriegslust angesehen zu

werden. Ihm gebührt aber ein höherer Ruhm, der Ruhm des Diplomaten, der die ganze Welt „angeführt" hat, und dieser Ruhm kann und darf ihm auf die Dauer nicht vorenthalten bleiben*).

*) Es ist auffällig, daß die „Deutschen Dokumente" keinen Bericht über die für die Beurteilung der Kriegsschuld so wichtigen Beschlüsse des österreichisch-ungarischen gemeinsamen Ministerrats vom 31. Juli enthalten. Es ist dies deswegen auffällig, weil Herr v. Tschirschky vom Anfang der Krise an über jeden, auch ganz intimen Vorgang in dieser Sache vom Ballplatz informiert wurde und diese Informationen mit der größten Promptheit nach Berlin weitergegeben hat. Daß dieser entscheidende Ministerrat stattfinden würde, hat er schon am Tage vorher erfahren und nach Berlin gemeldet. Es ist nicht anzunehmen, daß er am 31. unterlassen hätte, sich über den Ausgang des Ministerrats zu erkundigen, noch weniger anzunehmen, daß man ihm am Ballplatz die Auskunft verweigert hätte, am allerwenigsten, daß er die erhaltene Auskunft nach Berlin zu melden unterlassen hätte — ganz abgesehen davon, daß in solchem Fall die Berliner Regierung, die schon seit mehreren Tagen auf diese Beschlüsse wartete, Herrn v. Tschirschky gewiß um den Bericht gemahnt hätte, wovon aber auch in den „Deutschen Dokumenten" keine Spur zu bemerken ist. Wir haben schon an früherer Stelle (S. 209) auf Grund einer österreichischen amtlichen Publikation das Fehlen der grundlegenden Instruktion der Berliner Regierung für Herrn v. Tschirschky aus dem Anfang der Juli-Krise vermutet. Jetzt ergibt sich auch, daß das wichtigste Dokument vom Schluß der Krise in den „Deutschen Dokumenten" fehlt, die sich eine „vollständige Sammlung" nennen. Die Herausgeber der Sammlung hätten die Pflicht, das Fehlen der beiden Dokumente, wenn es ihnen nicht bei ihrer Redaktionsarbeit schon aufgefallen ist, jetzt nachträglich wenigstens aufzuklären.

Wie die Kriegsstimmung erzeugt wurde

Mit der früher geschilderten offiziellen ging im Juli 1914 eine offiziöse Vorbereitungsarbeit in der vom Ballplatz und der Wilhelmstraße beeinflußten österreichischen, ungarischen, reichsdeutschen und auch sonstigen ausländischen Presse Hand in Hand, wobei die Wiener Presse die Führung hatte. Die Inspiration gab das Literarische Bureau am Ballplatz, an dessen Spitze der fanatische Serbenhasser und Scharfmacher Herr von Montlong stand. Fast alle Wiener Blätter beteiligten sich an der von dort aus organisierten Pressehetze. In erster Linie standen auf der einen Seite die dem Ballplatz unbedingt ergebene christlichsoziale „Reichspost", auf der anderen die liberale „Neue Freie Presse". Die Pressekampagne wickelte sich in einem gewissen Parallelismus mit den geheimen Zurüstungen in der Hexenküche des Grafen Berchtold ab. In den ersten Tagen nach dem Attentat wurde hauptsächlich auf die Sentimentalität der eigenen Bevölkerung wie des Auslands spekuliert. Der Fall durfte auch mit Recht auf menschliche Teilnahme Anspruch machen. Freilich ging man da in Wien etwas zu weit, wenn man so tat, als ob mit der Ermordung des Thronfolgers der österreichisch-ungarische Staat selbst ins Wanken geraten wäre und als ob ein solches Attentat etwas Unerhörtes wäre. Demgegenüber wies ich in meinem Blatt mit der in der damaligen Stimmung und der Isolierung meines Blattes begründeten Vorsicht darauf hin, einerseits daß Attentate, nicht nur auf Thronfolger, sondern auch auf Staatsoberhäupter, in anderen Ländern, selbst in Republiken schon vorgekommen seien, ohne daß daraus ernste politische Konsequenzen gezogen worden wären; anderseits stellte ich fest, daß der Ver-

lust des Thronfolgers das monarchische System in Österreich-Ungarn nicht erschüttern könne, da die Dynastie noch eine überreiche Zahl von thronfolgeberechtigten mündigen männlichen Mitgliedern zähle*). Weiter konnte eine dissentierende Stimme in dem übertriebenen Trauerrummel nicht gehen. Man konnte, ohne der Pietätlosigkeit bezichtigt zu werden, nicht sagen, daß der Thronfolger vielen, die jetzt um ihn so bittere Tränen weinten, zu seinen Lebzeiten nur ein Gegenstand der Sorge und Furcht um die Zukunft gewesen war, so allen liberalen Parteien und den Magyaren. Man durfte nicht daran erinnern, daß diese Ermordung eines Thronfolgers nicht die erste im Erzhause war, daß auch der eigentliche, nächste Thronfolger des regierenden Kaisers, der Kronprinz Rudolf, ermordet worden war, und daß damals die Nachforschung nach dem Mörder, ja selbst die öffentliche Erwähnung der Mordtat vom Kaiser verboten worden war. Noch weniger hätte man auf das Attentat des italienischen Freiheitsschwärmers Orsini 1858 hinweisen dürfen, das Napoleon III. bestimmte, das Werk der nationalen Befreiung Italiens energisch in die Hand zu nehmen. Man wäre in Wien für halb verrückt angesehen worden, wenn man verlangt hätte, daß in ähnlicher Art das Attentat von Sarajevo der Ausgangspunkt einer Befriedigung der nationalen Einheitsbestrebungen der Südslawen bilden möge. Was sich darüber unter den damaligen Verhältnissen sagen ließ, habe ich in einem Artikel „Blutig oder unblutig"**) am 14. Juli in meinem Blatt angedeutet.

Schon in jener ersten, sentimentalen Phase der Agitation wurde durch eine geflissentliche Fälschung die zweite, aggressive, vorbereitet. Der Attentäter

*) Vgl. meinen Artikel „Gedeihliche Zukunft" im Morgenblatt der „Zeit" vom 5. Juli 1914.

**) Der Artikel ist im letzten Kapitel dieses Buches abgedruckt.

Princip und seine Komplicen waren bekanntlich ihrer Staatsangehörigkeit nach Bosnier, also Staatsbürger der österreichisch-ungarischen Monarchie, ihrer Nationalität nach Serben. Während man sonst in Österreich-Ungarn seit der Zeit des Organisators der okkupierten Provinzen, Kallays, aus Gründen einer kurzsichtigen Politik gewohnt war, die serbische Nationalität eines großen Teiles der Einwohner Bosniens zu verschweigen und ununterschieden nur von „Bosniaken" oder „Bosniern" zu sprechen (Kallay wollte sogar aus der serbischen eine eigene „bosnische Sprache" machen), nannte man die Attentäter jetzt plötzlich kurzweg Serben, um ihren heimischen Ursprung zu verdecken und das Königreich Serbien ganz allein für die Mordtat verantwortlich zu machen*). In der zweiten Phase nun, die etwa zu der Zeit, wo, wie das Handschreiben Franz Josephs an Wilhelm II. beweist, der Krieg gegen Serbien bereits beschlossen war, die also in den ersten Tagen des Monats Juli beginnt, setzte in der Ballplatzpresse eine antiserbische Kampagne von unerhörter Unflätigkeit ein. Die Zeitungen, besonders die ungarischen, begannen mit haarsträubenden Enthüllungen über die Ergebnisse der gerichtlichen Unter-

*) Deutsche Professoren haben diese Irreführung auch später fortgesetzt. So Prof. Eduard Meyer in Berlin, Mitglied der Akademie der Wissenschaften, der in einem 1914 gedruckt erschienenen Vortrag sagte: „Die Mörder waren Serben, die ihre Waffen und Bomben unmittelbar von der serbischen Regierung erhalten hatten" (auch das Letztere nicht wahr!). Oder Prof. Ottokar Weber in Prag in dem von deutschen Professoren (Hintze, Meinecke, Oncken, Schumacher, Weber) 1915 herausgegebenen Sammelwerke „Deutschland und der Weltkrieg", S. 267: „Erzherzog Franz Ferdinand und seine Gemahlin wurden von serbischen Mördern getötet." Prof. Weber war ein Österreicher, der doch in diesem Punkt nicht einmal Unwissenheit vorschützen konnte. Auch er beschuldigt die serbische Regierung der „Unterstützung" des Verbrechens. Noch weiter geht der Professor für osteuropäische Geschichte an der Wiener Universität, Dr. Hans Übersberger,

suchung in Sarajevo, denen amtlich nur mit einem schüchternen Hinweis auf die Geheimhaltung der Untersuchung entgegengetreten wurde. Die Phantasie der ungarischen Kolportagejournalisten überbot sich selbst. Nach ihrer grobschlächtigen Darstellung war die serbische Regierung Komplize und der Prinz Alexander von Serbien Mitwisser des Attentats. Diese ungarischen Sensationen wurden in Wien und ganz Österreich-Ungarn nachgedruckt. Die sozusagen seriösen Blätter ergänzten diese kriminellen durch diplomatische Sensationsmeldungen von einer bevorstehenden „Demarche" der österreichisch-ungarischen Regierung bei der Belgrader Regierung. Die ballplatzfreundlichen Wiener Korrespondenten reichsdeutscher Blätter — und welcher war es nicht? — gaben die Sensationen ins Ausland weiter und riefen das „ganze kulturelle Europa" gegen die serbische „Barbarei" auf.

Vom Chorus der Presse wurde das „Mördernest" Serbien mit immer steigender Heftigkeit beschimpft. Die serbischen Blätter blieben, wie vorauszusehen und in Wien gewiß beabsichtigt war, die Antwort nicht schuldig. Besonders kleine serbische Oppositionsblätter, die dem Ministerpräsidenten Paschitsch dadurch Verlegenheiten bereiten wollten, taten sich in

der eigentliche Spezialist, der in dem genannten Sammelwerk (S. 434) schreibt, daß das „ruchlose Attentat", „nach den Ergebnissen der gerichtlichen Untersuchung, in Belgrad bis zum Kronprinzen Alexander hinauf vorbereitet wurde". Aus den Mitteilungen des Sektionsrats v. Wiesner, der die Gerichtsakten im Auftrag des Ministeriums des Äußern daraufhin geprüft hat, wissen wir aber, daß gerade nach diesen Akten eine Beteiligung der serbischen Regierung oder gar des Kronprinzen Alexander an der Vorbereitung des Attentats „ausgeschlossen" ist. Alle drei, Meyer, Weber und Übersberger, sind Professoren der Geschichte, also Geschichtsforscher. Man kann sich vorstellen, wie es mit der Geschichte der Vergangenheit steht, wenn die Geschichts-„forscher" mit der Geschichte ihrer eigenen Tage schon so skrupellos verfahren!

der Schimpferei hervor. Was unternahm man darauf am Ballplatz? Man ließ durch das k. k. Korrespondenzbureau alle diese von Gemeinheit strotzenden Ausfälle der serbischen Presse sorgfältig sammeln und Tag für Tag in die ganze Welt hinaustelegraphieren. Dadurch wurden natürlich noch gröbere Entgegnungen in der österreichisch-ungarischen Presse hervorgerufen, die in der serbischen eine weitere Steigerung der bösartigen Polemik zur Folge hatten. Es kam dabei vor, daß das k. k. Korrespondenzbureau selbst die Stimmen solcher serbischen Blätter weiterverbreitete, denen der Postdebit in Österreich-Ungarn und in Bosnien wegen ihrer Österreich-Ungarn feindlichen Tendenz entzogen war. Jede der friedlich oder doch nicht genug kriegerisch gestimmten Reden des Grafen Tisza erregte in der gutgesinnten Presse einen Sturm des Unwillens. Zu der Pressekampagne gesellte sich noch eine Agitation in „patriotischen" Versammlungen, die in Wien von christlichsozialen Führern, besonders von dem damaligen Gemeinderat Dr. Heinrich Mataja, abgehalten wurden. Die „patriotische" Tätigkeit in allen Heurigenschänken, Kabaretten, Nachtlokalen wurde wie auf Kommando und wahrscheinlich auf Kommando wieder aufgenommen. Wie 1908/09 und 1912/13 wurden bei allen derartigen Anlässen patriotische Lieder, besonders „Prinz Eugen, der edle Ritter", gespielt, beklatscht, bejubelt, bejohlt und mitgesungen.

Eine unerwünschte Folge dieser Hetze zeigte sich alsbald in der vom Ballplatz unabhängigen englischen und französischen Presse. Die anfangs Österreich-Ungarn günstige Stimmung schlug um. Die englische und französische Presse, die schon die von der Polizei nicht genügend bekämpften antiserbischen Exzesse in Sarajevo und Agram unmittelbar nach dem Attentat scharf kritisiert hatte, wehrte sich mit Entrüstung gegen den Versuch, die Ermordung des Thronfolgers

zu einer politischen Plusmacherei auszubeuten, und die gehässigen Angriffe gegen die österreichisch-ungarische Monarchie, die eine Zeit lang geruht hatten, erneuerten sich in der Presse des feindlichen Staatenverbandes. Dieser bedenklichen Verschlechterung der auswärtigen Situation, auf welche ich aufmerksam machte*), suchte man jedoch nicht durch eine Umkehr vom unrechten Wege entgegenzuwirken, sondern durch eine Verfälschung der öffentlichen Meinung des westeuropäischen Auslandes, soferne man dort irgendwo irgend ein Organ fand, in das man die Ideen des Ballplatzes irgendwie einschmuggeln konnte. Es scheint nur in wenigen Fällen gelungen zu sein. Daß man sich aber darum sehr bemühte, bezeugen die sehr aufgeknöpften Eröffnungen, die der erste Sektionschef am Ballplatz, Graf Forgach, dem deutschen Botschafter Herrn von Tschirschky — Auguren unter sich — am 22. Juli 1914 über dessen Befragen machte**). Herr von Tschirschky hatte am 21. von Berlin Auftrag erhalten, der österreichisch-ungarischen Regierung die Bestechung der italienischen Presse mit Geld zu empfehlen, die die deutsche Regierung ihrerseits schon eingeleitet hatte***). Graf Forgach befand sich gegenüber dieser Anregung in der angenehmen Lage, darauf hinweisen zu können, daß auf diesem ihm vertrauten Gebiet das Wiener Kabinett noch früher aufgestanden war als die Berliner Vorsehung. Die Presse, nicht nur Italiens, sondern auch Rumäniens und Rußlands, sagte Forgach, wolle er mit Geld gewinnen, den österreichisch-ungarischen Vertretern in Rom, Bukarest und Petersburg seien zu diesem Zweck „illimitierte Summen" zur Verfügung gestellt. Auf Wunsch des Grafen Forgach wurde

*) Vgl. meinen Artikel „Keine Gefühlspolitik" im Morgenblatt der „Zeit" vom 4. Juli 1914.
**) „Die deutschen Dokumente", Nr. 128.
***) „Die deutschen Dokumente", Nr. 47, 97.

sogar der deutsche Botschafter in Petersburg Graf Pourtalès beauftragt, dem geschäftsunkundigen Grafen Szapáry „bei Auffindung von Mittelsleuten behufs finanzieller Einwirkung auf die dortige Presse behilflich zu sein"*). Welch edle Seelen fanden sich da! Auf die französische und englische Presse mit Geld einzuwirken, hielt man am Ballplatz für aussichtslos. Für England wußte aber Graf Forgach, der Vielgewandte, einen Ausweg. Die englische Presse, auf deren Wichtigkeit Tschirschky den Ballplatz schon am 10. Juli 1914 aufmerksam gemacht hatte**), wollte man durch „sachliche Erörterungen", das heißt Artikel von sogenannten Autoritäten, Professoren, Grafen, beeinflussen, auf die die Engländer vielleicht hineinfallen würden. Graf Forgach war auch in dem erwähnten Gespräch in der Lage, dem Herrn von Tschirschky anzukündigen, daß „in nächster Zeit Artikel von Prof. Lammasch, Prof. Redlich und Graf von Lützow in den englischen Zeitungen erscheinen würden". Einer dieser offenbar vom Ballplatz bestellten Kriegshetzartikel, der von Prof. Josef Redlich, ein Doppelartikel, vom 20. und 21. Juli datiert, ist tatsächlich in den Nummern der englischen Wochenschrift „The Economist" vom 25. Juli und 1. August 1914 erschienen und später noch in einer von der deutschen Kriegspropaganda ausgegebenen Schrift „Austro-Hungarian Notabilities on the War". Prof. Josef Redlich, seit Aehrenthal schon ein Schleppträger der militärischen Eisenfresser, versuchte in seinem Doppelartikel „Europa" darüber aufzuklären, daß in Wien die Überzeugung ganz allgemein sei, daß Österreich-Ungarn zur Wahrung der „westlichen Kultur" Krieg gegen das „größenwahnsinnige" Serbien machen müsse und daß der Minister von Bilinski schweren Tadel verdiene, weil er in den

*) „Die deutschen Dokumente", Nr. 143.
**) „Die deutschen Dokumente", Nr. 29.

beiden annektierten Provinzen allzu konstitutionell zu regieren versucht habe. „Wie lange noch", rief Prof. Redlich mit Cicero pathetisch aus, „wird Österreich diese Auffassung von Nachbarschaft dulden, die in Serbien seit dem Emporkommen der Karageorgiewitsch herrscht?" Und er antwortete, sicher ganz im Geiste der Berchtold, Conrad, Forgach und Konsorten: „Hier gibt es in einem Punkt keine Meinungsverschiedenheit: Ein Ende muß gemacht werden um *jeden Preis, auch um den Preis eines Krieges,* mit dem serbischen Imperialismus." Der gelehrte Verfasser wußte sehr wohl, daß das, was die Serben anstrebten, korrekterweise ebensowenig „Imperialismus" zu nennen war wie die Einigung Italiens oder Deutschlands, sondern Nationalismus oder äußersten Falles Irredentismus. Er wußte aber auch, daß das englische Publikum für nationale Einheitsbewegungen immer Sympathien gezeigt hat, selbst wenn diese mit dem Imperialismus des Hauses Habsburg-Lothringen in Widerstreit gerieten. Deswegen vertauschte er, sozusagen unter dem Tisch, die beiden Ausdrücke, schob den Serben den Imperialismus zu, der der Wille zur Herrschaft über andere ist, und warf dafür den Habsburgern den Mantel der Völkerbefreier um, indem er als Wissender den unwissenden Engländern mit einem schweren Seufzer persönlicher Enttäuschung andeutete, daß sich wiederholt Gelegenheit geboten hätte, das Ideal der Vereinigung der ganzen serbokroatischen Nation auf friedlichem Wege unter dem Zepter der Habsburger zu verwirklichen, wenn nicht die abscheulichen Magyaren die dafür notwendigen Änderungen der Organisation der Monarchie verhindert hätten. „Viele Österreicher und Ungarn" — schrieb noch Prof. Redlich, der sich selbst wohl nicht mit Unrecht unter die „Vielen" zählte — „sagen, daß der Größenwahn der serbischen Politiker seinen Ursprung in der Politik der österreichisch-ungarischen

Regierung in den Jahren 1908 und 1912 hat, wo ihre Friedensliebe schon den Eindruck von Schwäche machte." Für Forgach hatte die Unbestechlichkeit der englischen Presse nur noch den Vorteil, daß sie ihn nichts kostete. Die Wirkung, die sich der in seinen publizistischen Mitteln und Mitarbeitern nicht gerade wählerische Graf Forgach von solchen „sachlichen Erörterungen" in England erwartete, ist freilich ausgeblieben, ebenso wie die der „illimitierten Summen", mit denen er die italienische, rumänische und russische Presse bearbeiten ließ*).

Der ganzen Hetze, die da in Österreich-Ungarn betrieben wurde, lag ausgesprochen und unausgesprochen der Gedanke zugrunde, man habe sich nun schon zu viel von den Serben gefallen lassen, jetzt müsse ihnen endlich eine Lektion erteilt werden, eine Strafexpedition gegen die Serben wurde gefordert, die man sich allerdings sehr leicht vorstellte und bei der man mit den Serben allein bleiben wollte. Wer eine Einmischung der Großmächte für möglich hielt, galt als Spielverderber und Serbenfreund, was ungefähr so viel war wie

*) Nach dieser Enthüllung der deutschen Dokumente, die den Beteiligten recht ungelegen kommen mag, wird man erst den Brief in seiner wahren Bedeutung würdigen können, den die Professoren Lammasch und Redlich am 19. Oktober 1918 an den amerikanischen Staatssekretär Lansing richteten und den sie alsbald, unter Kaiser Karl Minister geworden, am 31. Oktober 1918 in der internationalen Presse, soweit sie ihnen damals zugänglich war, veröffentlichen ließen. In diesem Brief stellt Professor Lammasch dem amerikanischen Staatssekretär den mitunterschriebenen Professor Redlich als einen Mann vor, der „gleich mir vom Anfang des Krieges an in den herrschenden Kriegstaumel nicht mitgestimmt hat und deshalb manches harte Wort zu erdulden hatte". Von Prof. Redlich liegt nicht nur jener kriegshetzerische Doppelartikel im „Economist" vor, es ist bekannt, daß er sich im Anfang des Krieges in patriotischer Begeisterung dem k. u. k. Kriegspressequartier anschloß, wo er als Schlachtenbummler vielleicht „manches harte Wort zu

Hochverräter. Von amtlicher Seite wurde dieses Treiben mit unverhohlenem Wohlwollen betrachtet, heimlich unterstützt oder besser: angeregt und öffentlich nicht gehindert. Kein amtliches Dementi störte die Hetze. Selbst was Tisza dagegen sprach, wurde durch die Offiziösen widerlegt. Amtlich wurde immer nur die scheinheilige Formel ausgegeben, man warte die Ergebnisse der gerichtlichen Untersuchung ab und werde erst dann seine Entschlüsse fassen. Nachdem man so gute drei Wochen lang die Kriegsstimmung mit allen Mitteln vorbereitet hatte, unternahm man endlich die mit Spannung erwartete „Demarche". Das Ultimatum wurde mit Jubel aufgenommen. In den „patriotischen" Kreisen wurde der Jubel nur durch die Befürchtung getrübt, das Unmögliche könnte möglich werden, die Serben könnten das Ultimatum annehmen. Doch man machte sich gegenseitig Mut, indem man sich gegenseitig versicherte, auch die geringste Abweichung von den unerhört harten zehn Forderungen des Ultimatums gelte als Ablehnung, wie dies ja auch in der gleichzeitig mit dem Ultimatum

erdulden hatte", aber jedenfalls nicht wegen Mangels der vorschriftsmäßigen militärfrommen Gesinnung. In dem Brief an Lansing perorieren die beiden Professoren über die „unheilvolle Macht des Militarismus" und „wünschen nichts sehnlicher, als alle Welt und alle Zeiten von der Geißel des Krieges zu befreien". Nun, Prof. Redlich jedenfalls hat in seinem „Economist"-Artikel noch einen sehnlicheren Wunsch gehabt, nämlich den Wunsch nach einem frischen, fröhlichen Krieg gegen Serbien, er wollte damals die Welt nicht von der Geißel des Krieges, sondern den Ballplatz im Gegenteil mit Hilfe dieser Geißel vom „serbischen Imperialismus" befreien, und im Militarismus suchte er damals das Heil der Welt. Später hat sich Prof. Redlich laudabiliter zum Pazifismus bekehrt, unter Kaiser Karl, da über Nacht, ganz im Gegensatz zu früher, der Pazifismus hoffähig und ministrabel wurde. Damals sind, dem von oben gegebenen Beispiel „loyal" folgend, „viele" Österreicher und Ungarn plötzlich Pazifisten geworden, und zu diesen „Vielen" gehörte natürlich wieder — Prof. Redlich.

veröffentlichten Instruktion des Gesandten Baron Giesl vom 21. Juli gefordert worden war. So konnte man es von Ministern, Generälen und den vielen, die ihnen nachsprachen, verkünden hören. In einer beispiellosen Aufregung vergingen die zwei Tage des Ultimatums. Am Samstag, 25. Juli, 6 Uhr abends sollte die Entscheidung fallen. Mit der Uhr in der Hand wurde sie erwartet. Als dann die Abreise des Gesandten Baron Giesl von Belgrad gemeldet wurde, war das förmlich eine Freudennachricht, und die Extraausgaben der Zeitungen, die den Krieg gegen Serbien ankündigten, versetzten viele in glückliche Stimmung, die heute an diese Verirrung wohl nicht mehr erinnert werden wollen, falls sie überhaupt noch zu den Lebenden gehören. Auf den Straßen von Wien war viel Volk in begeisterter Verfassung zu sehen. Menschenmassen durchzogen in Trupps die Straßen der inneren Stadt unter Hochrufen auf den Kaiser, die Armee, Österreich, Niederrufen auf Serbien und patriotischen Gesängen. Vom Balkon des Kriegsministeriums schrie ein Offizier zur angesammelten Menge hinunter: „Alles wurde abgelehnt" — eine arge Falschmeldung, die von der unwissenden Menge nur um so enthusiastischer aufgenommen wurde. Auch auf Conrad und Krobatin wurden Hochrufe ausgebracht. Der Bürgermeister von Wien, Dr. Weiskirchner, der schon während der Balkankriege sein hohes Amt zur Kriegshetze mißbraucht hatte, mischte sich selbst unter die Menge, um sich von ihr akklamieren zu lassen. In Budapest ging es noch toller zu. Dort ließ sich die Menge auf dem Donaukorso in echt magyarischer Übertreibung das in den letzten Jahren ohnedies schon bis zur Unerträglichkeit abgewerkelte „Prinz Eugen-Lied" eine volle Stunde lang ohne Unterbrechung vorspielen.

Bei der Stimmungsmacherei für den Krieg tat der „Dreibund" seine guten Dienste. Ich setze das

Wort unter Anführungszeichen, weil im Lauf der Jahrzehnte unter den überfliegenden Reden der Potentaten und Staatsmänner und Artikeln der patriotischen Zeitungen aus dem Dreibund, dessen Bestimmungen streng geheim gehalten wurden, in den Vorstellungen der großen Masse ein ganz mythologisches Wunderwerk geworden war. Es hatte immer geheißen, der Dreibund sichere den Frieden, jetzt ging's plötzlich auf Krieg, aber das Dreibundmirakel blieb, es änderte nur seine Heilswirkung, es verbürgte nun den sicheren Sieg. Ansichtskarten mit den Bildern der drei Dreibundherrscher fanden leichten Absatz. In Österreich-Ungarn, mindestens in den amtlichen, deutschen und magyarischen Kreisen herrschte ein wahrer Köhlerglaube an die Unbesiegbarkeit der deutschen Armee, die Klugheit der deutschen Regierung, die Unerschöpflichkeit der wirtschaftlichen Hilfsmittel des Deutschen Reiches und die Überlegenheit des Erfindungsgeistes der deutschen Techniker und Chemiker über den aller anderen Nationen. Fabelhafte Erzählungen über die Bewaffnung und Ausrüstung der deutschen Armee, über streng geheim gehaltene (aber natürlich in allen Wiener Kaffeehäusern bekannte) neue, ganze Armeen mordende Kriegswerkzeuge der deutschen Heeresverwaltung, über die die amtlichen Ziffern ebenso wie den Stand der englischen Flotte weit übersteigende, gleichfalls geheim gehaltene Zahl der deutschen Kriegsschiffe gingen von Mund zu Mund, wurden inbrünstig geglaubt und Vernunftgründe kamen dagegen nicht auf. Wer, wie ich, an all diesen schönen Dingen zu zweifeln wagte, wurde nur für einen Feind des deutschen Volkes gehalten*).

---

*) Der preussische Generalleutnant v. Cramon, der im Kriege dem österreichisch-ungarischen Armeeoberkommando zugeteilt war, schreibt in seinem interessanten Buche „Unser österreichisch-ungarischer Bundesgenosse im Kriege", Seite 174, über die Wirkung des Zusammen-

Einen besonderen Spaß glaubten sich in der damaligen Kriegsjubelstimmung die Wiener „Jesuiten in Frack" mit dem so stark verhaßten und so schwach verbündeten Königreich Italien erlauben zu dürfen. Die Regierung ließ wohlbezahlte Straßendemonstrationen für den italienischen Bundesgenossen veranstalten. Neben der österreichischen Volkshymne, die von allen Leierkästen von früh bis abends ununterbrochen abgespielt wurde, als ob sie für immer und ewig ausgespielt werden sollte, und dem „Heil Dir im Siegerkranz" sowie der ehedem verpönten „Wacht am Rhein" konnte man nun plötzlich auch die bis dahin in Wien unbekannte italienische Königshymne und das „Garibaldi-Lied" in den Straßen und Unterhaltungslokalen von Wien spielen und sogar singen hören. Auf diesen heiteren Einfall tat sich die österreichische Regierung ganz besonders viel zu gut. Ein hoher Regierungsbeamter sagte damals scherzweise im Privatgespräch, die Regierung werde diese Demonstrationen, die verhältnismäßig billig herzustellen seien — pro Mann fünf Kronen — so lange fortsetzen, bis man auf den Straßen Roms die österreichische Volkshymne singen werde. Graf Stürgkh rühmte sich Herrn von Tschirschky gegenüber sogar der Urheberschaft dieser bestellten Kundgebungen*). Am weitesten trieb aber der immer wohlgelaunte Graf Berchtold den Spaß. In einer Unterredung am 4. August mit dem italienischen Botschafter Avarna benützte er diese bezahlten Demonstrationen, um das widerspenstige Italien für seine Kriegspläne zu ge-

bruches der deutschen Armee im August 1918: „Die Wendung im Westen wirkte in Österreich niederschmetternd. Der Glaube, daß Deutschlands Kraft Wunder zu wirken vermöchte, hatte in weiten Kreisen so tiefe Wurzeln gefaßt, daß die Enttäuschung wie ein Keulenschlag niederfiel."

*) „Die deutschen Dokumente", Nr. 302.

winnen. Er suchte dem Botschafter einzureden, daß sich jetzt in Österreich-Ungarn „ein Umschwung zugunsten Italiens, eine Welle warmer Sympathie fühlbar mache, es werde dem Botschafter nicht entgangen sein, zu welchen freundschaftlichen Demonstrationen, Akklamationen der Marcia Reale, sogar des Garibaldi-Liedes es in der jüngsten Zeit hier (in Wien) gekommen sei" *) Die Italiener hat wohl der dilettierende Macchiavellist am Ballplatz nicht getäuscht. Aber im eigenen politisch so naiven Publikum wurde die Kriegsstimmung durch solche gemachte Demonstrationen — ob nun kontra Serbien oder pro Italien — in dieser oder jener Art erhöht.

Man kann sagen, daß damals die Kriegspsychose in Wien und wohl auch, so weit die nationalen Verhältnisse nicht entgegenstanden, in der ganzen österreichisch-ungarischen Monarchie auf ihrem Höhepunkt stand. Höher ging es in der Tat nicht mehr und damals genoß man noch die ungemischte Freude der Aussicht auf einen netten, kleinen Krieg, der, gegen das schwache Serbien allein geführt, der sichere Sieg war, eine blutige „Hetz" sondergleichen, die sich allerdings dann in den diplomatischen Verhandlungen der nächsten zwölf Tage unversehens in einen Krieg allerernstester und allerschwierigster Art, in den Weltkrieg verwandelte. Wenn trotzdem das Ultimatum in ernsten Kreisen der Bevölkerung die Befürchtung erwecken mochte, daß es doch bei einer kleinen Strafexpedition nicht bleiben, sondern ein großer Krieg entstehen könnte, so geschah in der Öffentlichkeit alles, um solche düstere Gedanken zu unterdrücken. Am Tage, da das Ultimatum veröffentlicht wurde, wußte die „Neue Freie Presse" schon die ganze internationale Konstellation zugunsten Österreich-Ungarns zu verfälschen, indem sie schrieb:

*) Österreichisches Rotbuch, II. Teil, Nr. 134.

„Italien wird seiner Bundespflicht gerecht werden ... England wird mit Nachdruck in Belgrad für Österreich-Ungarns Note eintreten. Frankreich ... wird Serbien zum Frieden raten. Es wird für die Lokalisierung des Krieges sein und daher alles tun, um in Belgrad mäßigend einzuwirken. Rußland wird, bei der Friedensliebe des Zaren ... sich ebenfalls bemühen, das serbische Kabinett zum Einlenken zu bewegen." Also, der Krieg bleibt lokalisiert! Als aber die Unruhe im Publikum sich noch immer nicht legen wollte, ließ der k. k. Börsenkommissär, ein Beamter des Finanzministeriums, der in solchen Fällen immer im Auftrag des k. u. k. Ministeriums des Äußern handelte, am 27. Juli an der Wiener Börse eine offizielle Kundmachung anschlagen, „daß kein Grund vorhanden sei, an der Lokalisierung des Krieges zu zweifeln".

Weit wichtiger aber als die Aussprüche der auch im eigenen Land stark diskreditierten österreichisch-ungarischen Regierung und ihrer Organe war die öffentliche Meinung im Deutschen Reiche. Mit ihr konnte Graf Berchtold zufrieden sein. Mochten wohl einige alldeutsche Blätter, von ihrem Habsburgerhaß geleitet, anfangs den bevorstehenden Krieg verurteilen (die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" zum Beispiel schrieb am 24. Juli: „Für Kriege der Habsburgischen Eroberungspolitik sind wir nicht verpflichtet"), so trat doch die große Masse der deutschen Presse von Anfang an für die österreichisch-ungarische Politik ein. In dem Maße, als an den folgenden Tagen die Aussichten auf eine Lokalisierung des Krieges schwanden, die Gefahr einer Beteiligung Deutschlands am Kriege und die Gefahr eines „deutschen Krieges", eines Weltkrieges näher rückte, die die Befürchtungen seriöser Kreise verstärkte, in demselben Maße erwärmte sich die deutsche Presse für den Krieg, die paar abweichenden Stimmen schlugen um, und als

der Weltkrieg unvermeidlich war, hatte eine wahre Kriegsbegeisterung die ganze deutsche Presse ohne Unterschied der Parteien ergriffen. Es war ein „gemachtes 1813“, wie Bismarck es in einer kritischen Stunde vorausgesagt und benannt hatte. Die deutsche Sozialdemokratie tat mit. Noch am 25. Juli erließ der sozialdemokratische Parteivorstand eine Kundgebung, in der er mit pathetischen Worten die „frivole Kriegsprovokation der österreichisch-ungarischen Regierung“ verurteilte und versicherte: „Kein Tropfen Blut eines deutschen Soldaten darf dem Machtkitzel der österreichischen Gewalthaber, den imperialistischen Profitinteressen geopfert werden.“ Am 4. August aber fiel die sozialdemokratische Fraktion im Deutschen Reichstag vollständig um und nahm die Kriegskredite einstimmig an. Diesen Umfall machte die österreichische Sozialdemokratie mit. Ihr offizielles Organ, die Wiener „Arbeiter-Zeitung“, die den ganzen Monat Juli die Machinationen des Ballplatzes mißbilligt, ja, ganz im Einverständnis mit einem Aufruf der deutschösterreichischen Parteileitung, noch das Ultimatum ablehnend kritisiert hatte, wurde plötzlich in der Nacht vom 4. auf den 5. August, als die Berichte über die 4. August-Sitzung des Deutschen Reichstages kamen, vom Geiste Berchtolds und Bethmanns erleuchtet. Am 5. August konnten die Herren am Ballplatz der „k. k. Sozialdemokratie“ alles verzeihen und haben es ihr gewiß verziehen, was diese vorher, im Juli 1914 und auch früher, gelegentlich an Unfreundlichkeiten ihnen angetan haben mochte. Die „Arbeiter-Zeitung“, deren Herausgeber der Führer der Sozialdemokratie selbst, Dr. Victor Adler, war, kam spät, am spätesten zur Einsicht, aber dafür auch am gründlichsten und unbedenklichsten. Wie dürftig nahm sich etwa das, was in Wien die Organe des Ballplatzes, in Berlin Bethmann und seine Leute Ermutigendes über den Krieg zu sagen wußten, im Vergleich mit dem aus, was die

„Arbeiter-Zeitung“ am 5. August in so vollen Tönen von sich gab. Die „Neue Freie Presse“ zum Beispiel wies am 1. August auf die Hilfe der herrlichen deutschen Armee hin: „Wer könnte noch kleinmütig sein und nicht ahnen, daß hier der Baumeister der Geschichte wieder einmal mit Kelle und Mörtel die Mauer, welche die Kultur schuf, befestigt?“ Bethmann Hollweg, der Reichskanzler, schloß die Sitzung des Deutschen Reichstages vom 4. August mit den Worten: „Nicht nur das Gewicht Ihrer Beschlüsse gibt dieser Tagung ihre Bedeutung, sondern der Geist, aus dem heraus diese Beschlüsse gefaßt sind, der Geist der Einheit Deutschlands, des unbedingten, rückhaltlosen, gegenseitigen Vertrauens auf Leben und Tod. Was uns auch beschieden sein mag, der 4. August 1914 wird bis in alle Ewigkeit hinein einer der größten Tage Deutschlands sein(!).“ Wie schal! Mit welcher überwältigenden Virtuosität dagegen wußte die „Arbeiter-Zeitung“ vom 5. August diese patriotischen Motive zu variieren, mit welcher maulvollen Wortkunst wußte sie ihre Vorbilder in Schatten zu stellen. Ihr Chefredakteur, Herr Friedrich Austerlitz, hatte das Gewissen, seine Proletarier mit solchen geschwollenen chauvinistischen Phrasen zur Schlachtbank zu führen, wie diese:

„Diesen Tag, den 4. August, werden wir nicht vergessen. Wie immer die eisernen Würfel fallen mögen — und mit der heißesten Inbrunst des Herzens hoffen wir, daß sie siegreich fallen werden für die heilige (!) Sache des deutschen Volkes —: das Bild, das heute der Deutsche Reichstag in Vertretung der Nation bot, wird sich unauslöschlich einprägen in das Bewußtsein der gesamten deutschen Menschheit, wird in der Geschichte als ein Tag der stolzesten und gewaltigsten Erhebung des deutschen Geistes(!) verzeichnet werden. Und dem gesamten Europa, von dem sich ein so beträchtlicher Teil zu dem Vernichtungs-

kampf wider das Deutsche Reich rüstet, wird dieser Tag zum Bewußtsein bringen, daß in dem Kampf um seine staatliche Unabhängigkeit, in dem Kampf um seine nationale Ehre Deutschland einig ist und einig bleiben wird bis zum letzten Blutstropfen ... Und so zieht das deutsche Volk einig in den Kampf um die Bewahrung seines staatlichen und nationalen Daseins. Auf der anderen Seite elende Spekulationen, Schacherkoalitionen, denen jede sittliche Idee fehlt. Hier ein kraftvoll bewegtes Volk: Die Weltgeschichte müßte den Lauf rückwärts(!) nehmen, wenn den Deutschen nicht ihr Recht würde."

So der sozialdemokratische Tyrtäus von Wien. Um den langsameren Denkern unter seinen Lesern, die sich nicht so leicht und rasch von der ihnen früher eingetrichterten Vorstellung von dem Krieg um die „imperialistischen Profitinteressen" losmachen konnten, das Umlernen zu erleichtern, veröffentlichte die „Arbeiter-Zeitung" noch in derselben Nummer vom 5. August einen zweiten, „sachlichen" Artikel, der ihnen nun beweisen sollte, was sie bisher zu verlachen gelehrt worden waren. „Er ist ein Krieg der Einkreisung, der Krieg, den die Entente Rußlands, Frankreichs, Englands seit Jahren vorbereitet hat" — also ein uns aufgezwungener Krieg, wie Tisza, der gleichfalls Bekehrte, schon am 28. Juli im ungarischen Abgeordnetenhause und Kaiser Wilhelm II. im Vorschuß-Siegerkranz am 4. August es ihnen so trefflich vorgesagt hatte!

Nichts hat so sehr im Juli 1914 und noch lange nachher die Kriegsstimmung befestigt und verbreitet wie die wundergleiche Bekehrung der Sozialdemokraten in Deutschland und in Deutschösterreich. Andere Parteien erfüllten nur ihr Programm, wenn sie ihre Anhänger zum Krieg aufriefen, und ihre Anhänger hatten zum Teil vom Kriege moralische und materielle Vorteile zu erwarten, während die der

Sozialdemokratie nur ihre Knochen zu riskieren hatten. Die Sozialdemokraten hatten ihr Programm in einem seiner wichtigsten, dem praktisch überhaupt wichtigsten Punkt zu opfern. Sie brachten das Opfer, sie benahmen sich wie von einer Irrlehre abgefallene Neophyten, und ihr Eifer war auch danach. Das mußte die Kriegsparteien in den Kriegsfuror nur um so tiefer hineintreiben. Konnten die nationalen Parteien an kriegerischer Begeisterung und Opferfreudigkeit hinter der „vaterlandslosen“ Sozialdemokratie zurückbleiben? Und wie erst mußte dieses Schauspiel des unvermittelten Zusammenbruches auf die ewig Schwankenden, politisch Unerfahrenen, moralisch Gutmeinenden wirken? Wenn — so dachten die nur allzu zahlreichen politisch Naiven im Lande — auch diese prinzipiellen und programmatischen Gegner jedes Krieges, jeder der herrschenden Regierungen, der herrschenden Klassen, ja des ganzen gegenwärtigen Staates und der bestehenden Gesellschaftsordnung für diesen Krieg eine einzige Ausnahme von ihrem Anathema machten, dann mußte er doch wahrlich ein gerechter Krieg sein und ein fast sicherer Sieg noch dazu. Nur ein bezahlter Lump oder ein unheilbarer Narr konnte daran zweifeln. Viele, viele, und gerade ernste Leute, auch Nichtsozialdemokraten, haben nur kraft der Suggestion der Sozialdemokratie den Kriegstaumel mitgemacht. So trifft die deutsche und die deutschösterreichische Sozialdemokratie eine schwere moralische Mitschuld am Kriege, die man um so höher bemessen muß, je höher man die moralische Stellung der deutschen Sozialdemokratie vor dem Kriege einschätzt.

Franz Josephs Triumph

1859—1914

In dem Regentenleben Franz Josephs bedeuteten die Julitage des Jahres 1914 einen Höhepunkt von seltener Größe. War er oft in den letzten Jahren mißmutig geworden, weil ihm auf der einen Seite sein ungeduldiger Thronfolger über die Schulter ins Konzept sah, auf der anderen Seite der Hohenzoller ihn immer am Rockzipfel zurückzog, so konnte er jetzt nach beiden Richtungen frei aufatmen. Er hatte eine politische Aktionsfähigkeit gewonnen, die er sich kaum mehr erträumt hatte. In seiner Regierungszeit hatte es eine große weltgeschichtliche Entscheidung gegeben, deren Analogie mit dem neuesten serbischen Konflikt sich selbst dem oberflächlichsten Beurteiler aufdrängt, das war der italienische Krieg von 1859. Die Serben selbst taten das Ihrige, um diese Analogie recht einleuchtend zu machen, indem sie ihr Land als das „Piemont" der südslawischen Völker bezeichneten. In der Tat, dieselbe Gefahr, die Piemont damals für die Aufrechterhaltung der Herrschaft Franz Josephs über die Lombardei und Venetien bedeutete, bildete jetzt das Königreich Serbien für Franz Josephs Herrschaft just über jene beiden Provinzen, die ihm seine Staatsmänner als Ersatz für die beiden verlorenen italienischen zugebracht hatten: Bosnien und die Herzegowina. Wie Franz Joseph und seine Staatsmänner in den Julitagen 1914 die Unterdrückung der serbisch-russischen panslawistischen Agitation als „Lebensfrage" der österreichisch-ungarischen Monarchie erklärten, wörtlich so bezeichnete damals ein österreichischer Staatsmann gegenüber dem damaligen preußischen Bundestagsgesandten Herrn von Bismarck

die Abschaffung der Verfassung Sardiniens und dessen Verzicht auf den nationalen Gedanken als eine „Lebensfrage" für Österreich*). Galt diesmal Serbien als Vorposten Rußlands, so damals Sardinien als „Vorhut" Frankreichs. Wie Franz Joseph 1914 Serbiens politische „Ausschaltung", so strebte man 1859 Sardiniens „Unschädlichmachung" an. Schon 1859 rühmte sich die österreichische Regierung ihrer „beispiellosen Langmut" (gegenüber Sardinien, „Kaiserliche Wiener Zeitung" vom 23. April 1859) und der österreichische Minister des Äußern Graf Buol warf in einem Zirkularerlaß vom 29. April 1859 den sardinischen Zeitungen vor, daß sie „einfache Apologie des Meuchelmordes" betreiben. Wer erinnert sich da nicht an die Serbenhetze von 1914? Wie im Juli 1914, so schlugen auch vor dem italienischen Krieg, um ihn zu vermeiden, die unbeteiligten Großmächte eine internationale Konferenz zur Regelung der (italienischen) Frage vor. Genau wie im Juli 1914 war man auch 1859 in Wien wütend über diesen Vorschlag. Man sollte sich herbeilassen, wenn auch dem Namen nach als Gleicher unter ihnen, tatsächlich aber als Angeklagter gegenüber dem verhaßten Sardinien vor dem Tribunal der übrigen Mächte zu erscheinen? Lieber ginge ich an den Galgen als auf diese Konferenz! soll der damalige Staatskünstler am Ballplatz, Graf von Buol, ausgerufen haben**). Nicht ganz so temperamentvoll, aber ebenso entschieden und mit den gleichen point d'honneur-Gründen hat sich auch Graf Berchtold im Juli 1914 wie Aehrenthal 1908 gegen eine Konferenz gesträubt. Nachdem der Konferenzvorschlag abgewiesen war, überraschte Österreich — auch hier stimmt die Analogie — die Welt mit einem an Sardinien gerichteten, unglaublich kurzfristigen,

*) Sybel: „Die Begründung des Deutschen Reiches". (1889), II. Band, Seite 312.
**) Sybel, a. a. O., Seite 316.

nämlich dreitägigen (gegenüber Serbien war es ein zweitägiges) Ultimatum, abzurüsten, das Sardinien damals, ohne sich moralisch und politisch auf der Apenninenhalbinsel unmöglich zu machen, ebensowenig annehmen konnte wie 1914 Serbien das seinige. Auch damals wollte Franz Joseph Preußen und das übrige Deutschland in den Krieg miteinbeziehen, und zwar sollten sie ihm den Rücken gegen Frankreich und Napoleon III., den Protektor Sardiniens und der italienischen Einheitsbewegung, frei machen, sowie 1914 sie ihm gegen den Protektor Serbiens und der panslawistischen Bewegung, gegen Rußland helfen mußten. In dem Kriegsmanifest von 1859 mahnte Franz Joseph seine Völker als „Haupt des Deutschen Bundes" an die Gefahr, welche Deutschland bedrohe, wenn das „mit Strömen deutschen Blutes eroberte Bollwerk Italien", das die Feinde Deutschlands stets zuerst angegriffen hätten, nicht „mit gemeinsamen Kräften" verteidigt würde — ganz so wie er in seinem Handschreiben an Wilhelm II. im Juli 1914 die Serben als eine gemeinsame Gefahr, eine Gefahr nicht nur für Österreich-Ungarn, sondern auch Deutschland, hinstellte. In dem Kriegsmanifest von 1859 sprach Franz Joseph denn auch die bestimmte Hoffnung aus: „Die deutschen Brüder werden das österreichische Heer nicht allein kämpfen lassen."

Auch damals lagen, ähnlich wie 1914, die Dinge so, daß der Krieg durch den Beitritt Deutschlands ein allgemein europäischer geworden wäre. Dafür haben wir das Zeugnis Bismarcks, der damals preußischer Gesandter in Petersburg war. Am 17. Juni 1859 berichtete er nach Berlin über eine Unterredung mit dem Zaren Alexander II., in der dieser sagte, daß, wenn Deutschland Österreich seinen Beistand leihen würde, „der Krieg sich unabwendbar über ganz Europa ausbreiten würde . . . Die Aussichten und der Ausgang dieses Weltbrandes würden jeder Voraussicht

ebenso entzogen bleiben wie die Rolle, die das Geschick einzelnen Mächten zuteilen würde"*) — ganz wie 1914. Ferner berichtet Bismarck am 18. April 1859 einen Ausspruch des russischen Ministers Fürsten Gortschakow, „es liege mehr in unserer (Preußens) Hand als in der jeder anderen Macht, den Frieden sicherzustellen, indem wir ein ernstes Wort zu Österreich sprechen und ihm jede Hilfe versagten, welche nicht durch die Bundesverträge geboten sei". Hat nicht im Juli 1914 der englische Minister Grey zum deutschen Botschafter Fürsten Lichnowsky ebenso gesprochen? Ferner sagt Gortschakow nach Bismarcks Bericht, Österreich dränge darauf, einen Krieg zu antizipieren, von dem es voraussetze, daß es ihn früher oder später werde führen müssen und für welchen es den gegenwärtigen Moment für günstig halte"**). 1914 galt das nicht bloß für Österreich, sondern auch für Deutschland. „Eine solche Politik unterstützen, fährt Gortschakow fort, hieße den katilinarischen Bestrebungen eines Kabinetts Vorschub leisten, das daran verzweifelt, die fehlerhaften Richtungen, welche es seit Jahren in seiner auswärtigen und inneren Politik verfolgt habe, unter friedlichen Verhältnissen ferner innehalten zu können und welches sich dennoch zu einer gemäßigten Politik nicht entschließen kann." Ganz ähnlich hat sich uns in den früheren Kapiteln dieses Buches die Lage von 1914 nicht bloß in Wien, sondern diesmal auch in Berlin dargestellt, nur daß wir nicht so unhöflich sein wollten, Gortschakows klassischen Vergleich auf die Regierungsmänner von 1914 in Wien und Berlin anzuwenden. „Österreich", sagte Gortschakow ferner, „könne nur in der Rechnung auf unseren (Preußens)

*) „Die politischen Berichte des Fürsten Bismarck aus Petersburg und Paris (1859—1862)", herausgegeben von L. Raschdau, 1920, I. Band, Seite 224.

**) Raschdau, a. a. O., Seite 23.

Beistand so handeln, wie es in Wirklichkeit handle". Die Analogie ist zu schlagend, als daß es nötig wäre, sie noch durch ein Wort zu erläutern.

Die Stimmung in Deutschland war 1859 im Beginn des Konfliktes den Wünschen Franz Josephs nicht abgeneigt*). Ganz Süddeutschland, in alter Sympathie für Österreich und vom Ballplatz literarisch geschickt bearbeitet, brannte förmlich vor Begierde, Österreich beizuspringen, es war, wie man sagte, „österreich-toll". Die Klerikalen schürten das Feuer gegen das ketzerische Sardinien. Doch auch dort, wo keine österreichischen oder katholischen Sympathien bestanden, regte sich ein gewisses nationales deutsches Interesse für den Krieg, man sprach von einem „nationalen Krieg", von einer „nationalen Pflicht" Deutschlands, Österreich im Kriege gegen Frankreich zu unterstützen. Selbst in der kleindeutschen „Gothaischen" Partei, welche eine Einigung Deutschlands mit preußischer Spitze anstrebte, wollten manche, daß Preußen ohne weiteres mit Österreich gehe, weil Österreich eine deutsche Macht sei, sowie ihre Nachfahren 1914 den Krieg um Österreich-Ungarns Willen den „deutschen Krieg" nannten**). Deutschnationale, heute würden wir vielleicht sagen: alldeutsche Strategen gaben die Sentenz aus, daß „der Rhein am Po verteidigt werden müsse". Über der Feindschaft gegen Frankreich, von dem man sich nichts Guten versah, vergaß man den Parallelismus der Einheitsbestrebungen Deutschlands mit denen Italiens, der später, 1866, von Bismarck gegen Österreich ausgenützt wurde. Selbst unter den

*) Biedermann: „Dreißig Jahre deutscher Geschichte", II. Band, Seite 201 bis 248.

**) Vgl. die Schrift von Paul Rohrbach „Warum es der deutsche Krieg ist", die programmatisch eine ganze von Prof. Ernst Jäckh herausgegebene, halb offiziöse Serie von Kriegspropagandabroschüren angesehener Autoren einleitet, die den gemeinsamen Namen „Der deutsche Krieg" führt und den Weltkrieg 1914 behandelt.

Demokraten von 1859 zeigte sich eine starke Strömung für den Krieg. Eine Sozialdemokratie gab es damals nicht, nur eine bürgerliche Demokratie, von der sich erst später die Sozialdemokratie absplitterte. Sowie 1914 die deutsche Sozialdemokratie im Weltkrieg nur einen Kampf gegen den „Zarismus" sehen wollte, an dem sie sich zu beteiligen für demokratische Pflicht hielt, so traten für einen Teil der deutschen Demokratie 1859 alle anderen Erwägungen hinter den Gedanken an den „Tyrannen" Napoleon III. zurück, dessen Gewaltherrschaft ein Ende zu bereiten, ein gemeinsames Interesse der Demokratie sei. Wozu noch kam, daß man in Napoleon auch den mit ihm verbündeten Zaren treffen zu können glaubte. Bismarck berichtet einen Ausspruch des Zaren Alexander II.: „Am heftigsten wird (in Deutschland) von der Demokratie zum Krieg getrieben." Auch Marx und Engels agitierten für die Beteiligung Deutschlands am Kriege, Engels in zwei Schriften. Kein anderer als Lassalle trat gegen diese Thesen vom Standpunkte der Demokratie auf, indem er zeigte, daß es sich in diesem Kriege nicht um Napoleons III. innerpolitischen Absolutismus, sondern um die nationale Erhebung eines hochkultivierten Volkes gegen das verrottete österreichische Regime handle, dessen Beseitigung eine Voraussetzung der nationalen Einigung auch Deutschlands sei. Hier hört die Analogie auf, denn 1914 hat sich in der deutschen Sozialdemokratie ein Mann mit dem klaren politischen Blick Lassalles nicht gefunden.

Die preußische Regierung selbst schwankte 1859, wohl unter dem Widerstreit verschiedener Strömungen und Erwägungen, doch gab sie sich in keinem Moment der österreichischen Politik mit gebundenen Händen gefangen wie 1914, behielt sich vielmehr ihr eigenes Urteil und ihre eigene Politik vor. Bismarck trennte sich bei diesem Anlaß von seinen politischen

Freunden, den Konservativen, die aus reaktionären Motiven gegen das freiheitliche Italien und für das reaktionäre Österreich waren, und empfahl den „offenen Bruch mit Österreich und seinen Verbündeten". warnte, daß Österreich „einen Krieg zu entfesseln wünscht, dessen Gefahren und Lasten sehr bald in erster Linie auf Preußen zurückfallen würden" *). Doch hatte er damals noch keinen ausschlaggebenden Einfluß in Berlin. Der Prinzregent von Preußen, der nachmalige Kaiser Wilhelm I., beriet sich schon in den ersten Stadien des Konfliktes mit dem Prinzgemahl von England, dessen Ratschlägen er auch folgte. Zunächst erklärte die preußische Regierung, „Preußen müsse sich seine vollste Selbständigkeit als europäische Großmacht wahren", dann stellte sie in einer Zirkulardepesche an die deutschen Regierungen vom 12. Februar als ihr Ziel hin, „dem Weltteil den Frieden zu bewahren", und der Minister des Äußern, Graf Schwerin, legte in der Kammer dar, daß Preußen „nach beiden Seiten hin seinen Rat im Sinne der Versöhnung und Mäßigung geltend mache" und das Gewicht seiner Macht „nur für ein wahrhaft deutsches Interesse in die Wagschale legen werde". Die Vermittlungsvorschläge Rußlands und Englands unterstützte die preußische Regierung, auch den Konferenzvorschlag, riet selbst in Wien dringend zur Annahme dieser Vorschläge, widerriet noch dringender die Absendung eines Ultimatums und verhehlte dem nach Berlin als Werber entsandten Erzherzog Albrecht nicht, daß, wenn Österreich diesen Weg betrete und zum Angreifer würde, die preußische Regierung sich von ihm lossagen würde. Sie mobilisierte wohl und veranlaßte auch den Deutschen Bund zu einem gleichen Beschluß, doch erklärte sie unzweideutig, „diese Vorbereitungen hätten einen lediglich defensiven Zweck".

*) Raschdau, „Die politischen Berichte des Fürsten Bismarck", I. Bd., S. 64, 208.

Dem Erzherzog Albrecht gab der preußische Ministerpräsident Fürst von Hohenzollern am 15. April — wie der Erzherzog dem Kaiser berichtete — sein „Ehrenwort", daß, „wenn es kracht", der Prinzregent „offen und ehrlich mit Österreich gehen werde", und der Prinzregent selbst arbeitete am 16. mit dem Erzherzog schriftlich gewisse gemeinsame Verhaltungsmaßregeln für den Kriegsfall aus, die er allerdings stark verklausulierte und von der Genehmigung des Kaisers abhängig machte. Ehe aber noch der Erzherzog diese Genehmigung einholen konnte, erließ die österreichische Regierung ihr Ultimatum an Sardinien, das von keiner neutralen Macht gebilligt, vom englischen Ministerpräsidenten Lord Derby öffentlich als „eine verbrecherische Handlung" gebrandmarkt wurde. Die preußische Regierung sprach denn auch nach dem Ultimatum ihr Bedauern über den getanen Schritt aus und fügte hinzu, „sie werde sich durch dieses Vorgehen Österreichs nicht in den Krieg hineindrängen lassen". Kaiser Franz Joseph suchte noch in dem Armeebefehl, den er am Ende des Krieges erließ, Preußen für seine Niederlage verantwortlich zu machen, indem er sagte: „Ohne Bundesgenossen weiche ich nur den ungünstigen Verhältnissen der Politik." Und in dem Friedensmanifest an seine Völker vom 15. Juli erhob er gegen Preußen den schweren Vorwurf, daß „sich unsere ältesten und natürlichen Bundesgenossen hartnäckig der Erkenntnis verschlossen haben, welche hohe Bedeutung die große Frage des Tages in sich trug." Österreich freundliche Federn aber warfen Preußen und dem Prinzregenten den „jähen Bruch eines eben geleisteten Versprechens vor"*).

*) Ebeling: „Graf von Beust", I. Bd., S. 352, 358 bis 363; Wertheimer: „Ungedruckte Briefe des Erzherzogs Albrecht an Kaiser Franz Josef I." in der „Deutschen Revue", Märzheft 1921.

Wenn Kaiser Franz Joseph sich im Juli 1914 an die analogen Vorgänge des Jahres 1859 erinnerte, konnte er stolz sein auf die tatsächliche, wenn auch nicht rechtliche Machtfülle, über die er nach wandlungsreichen fünfzig Jahren verfügte. 1859 hatte er nicht nur im vertraulichen Verkehr von Dynastie zu Dynastie, von Kabinett zu Kabinett, sondern in aller Öffentlichkeit und Feierlichkeit die „deutschen Brüder“ — diese Phrase des Kriegsmanifestes wurde später in Wien zu einem Spottwort für die Preußen — zu Hilfe gerufen. Damals gehörte Preußen ebenso wie Österreich zum Deutschen Bund, und Habsburg stand sogar an dessen Spitze. Preußen hatte sich aber seiner selbstherrlichen Führung nicht unterwerfen wollen. Seither war es von Preußen besiegt, aus dem Deutschen Bund ausgeschlossen worden, das neue Deutsche Reich war ein Staat für sich, mit seinem Staat, Österreich-Ungarn, nur noch durch einen defensiven Bündnisvertrag völkerrechtlich verbunden; aus dem König von Preußen, der ihm bestenfalls gleichgestanden war, war der deutsche Kaiser geworden, dessen Reich dem Franz Josephs militärisch und politisch unbestreitbar weit überlegen war. 1859 fühlte Franz Joseph sich noch stark genug, auf eigene Faust einen Krieg gegen Sardinien und die hinter ihm stehende Großmacht Frankreich zu unternehmen. Heute hätte er das ohne Deutschland gegen Serbien und Rußland nicht gewagt. Und doch! Nach dem großen so vielbewunderten Bismarckschen Schnitt von 1866 konnte der Habsburger über den Hohenzollern gebieten, wie wenn dieser wirklich sein Vasall wäre. 1859 hatte sich der Hohenzoller in des Habsburgers italienische Affären ganz ungeniert eingemengt, seine eigenen Vorschläge zur Neuordnung Italiens gemacht, und da diese abgelehnt wurden, seine Unterstützung versagt. Jetzt genügte ein knappes Handschreiben des Habsburgers, und der Hohenzoller

ließ ihm postwendend versichern, daß die serbischen Affären „sich seiner Kompetenz entzögen" und versprach ihm trotzdem, im Ernstfall mit allen seinen Machtmitteln, seinen „Bündnispflichten treu" an seiner Seite zu stehen. Also gingen die jetzigen Bündnispflichten des neuen Reiches gegenüber Österreich tatsächlich viel weiter als die damaligen Bundespflichten Preußens im Deutschen Bund, dessen „Haupt" es doch gewesen war. Damals glaubte Preußen, sich „seine vollste Selbständigkeit als europäische Großmacht wahren zu müssen". Jetzt war es mit dem Deutschen Reich zur Weltmacht geworden, und doch verzichtete es im entscheidenden Augenblick gegenüber Franz Joseph auf seine Selbständigkeit und das eigene Urteil.

Die größte Militärmacht der Welt, was doch Preußen seinerzeit nicht gewesen war, trat jetzt für ihn und seine Interessen ein. Damals war die italienische, jetzt war die südslawische für ihn die große Frage des Tages. Die zwei italienischen Provinzen und der entscheidende Einfluß, den er über die anderen Fürstentümer der Apenninenhalbinsel, mit Ausnahme Sardiniens, durch deren ihm verwandte Dynasten und Spezialverträge ausübte, hatte er verloren, weil er „ohne Bundesgenossen" gekämpft, weil Preußen „sich hartnäckig der Erkenntnis der italienischen Frage, wie er sie beurteilte, verschlossen" hatte. Jetzt konnte er auf den „ältesten und natürlichen Bundesgenossen" bedingungslos zählen, der sich der Erkenntnis der neuen großen Frage des Tages, der serbischen oder südslawischen, sowie er sie meinte, ohne weitere Prüfung, ohne das geringste Widerstreben nur allzu willig erschloß. Nun durfte er doch hoffen, in dem bevorstehenden Kampf dank seinem Bundesgenossen nicht nur seine zwei neugewonnenen südslawischen Provinzen, um die der Kampf in erster Linie ging, Bosnien und die Herzegowina, zu bewahren, sondern auch auf die übrigen Staaten der Balkanhalbinsel

einen ähnlich beherrschenden Einfluß zu gewinnen, wie ehemals über die Fürstentümer Italiens, mit Ausnahme Sardiniens. Das höchste Ziel seiner Träume seit 1866, seitdem er den Schwerpunkt seiner Herrschaft nach dem Osten hatte verlegen müssen, stand in greifbarer Nähe vor seinen Augen.

Wie einheitlich stellte sich nun in der Rückschau auf zwei Menschenalter Franz Josephs äußere Politik auf dem für sein Reich wichtigsten Gebiet, auf dem der Nationalitätenfrage, dar! Durfte man ihm auch in der inneren Politik den Vorwurf der System- und Grundsatzlosigkeit machen: in der äußeren Politik verfolgte er eine gerade Linie. Seitdem in den Fünfzigerjahren Napoleon III. das Nationalitätenprinzip auf die Tagesordnung der europäischen Diplomatie gestellt hatte, hatte Franz Joseph, dessen Reich hauptsächlich durch dieses Prinzip bedroht war, unverändert die gleiche Haltung bewahrt. Jeden Versuch einer nationalen Einigung der seinem Zepter unterworfenen Völker hatte er, rasch entschlossen, mit dem Schwert in der Hand zu bekämpfen unternommen. In solchem Fall gab es für ihn kein Paktieren, kein Kompromittieren, kein Diplomatisieren. Die Italiener hatte er ruhigen Gewissens bekriegt, sowie ihre nationalen Einigungsbestrebungen konkrete Gestalt zu gewinnen begannen. Mit Preußen hatte er nicht gezögert, die Klinge zu kreuzen, als Preußen das Einigungswerk des deutschen Volkes in seine Hand zu nehmen sich anschickte. Den dritten Fall gleicher Art, die serbische Einheitsbewegung, mußte er folgerichtig gleichfalls mit Gewalt zu unterdrücken versuchen. Der Krieg um der südslawischen Frage willen schien ihm so unausweichlich wie die Kriege um der italienischen und der deutschen Frage willen es ihm gewesen waren. Es stand für ihn wie ein Axiom fest, daß das Nationalitätenprinzip ihn jedesmal, so oft es die Grenzen seines Reiches berühren würde, einen Krieg kosten würde.

So hatte er als junger Mann ein- für allemal zu dem Nationalitätenprinzip Stellung genommen, und so fand dieses Prinzip, als es zum drittenmal an seine Tür klopfte, auch den Greis ohne Bedenken kriegsbereit.

Er war auch nicht einmal überrascht über dieses dritte Anklopfen. Er hatte es schon lange erwartet. Ein ganzes volles Menschenalter lang in dieser nach Menschenaltern messenden Regentenlaufbahn. Und nicht nur auf dieses dritte, auch auf ein viertes Anklopfen war er schon ebenso lange gefaßt, und er mochte es als besondere Gunst des Schicksals ansehen, daß es ihm zwischen der zweiten und der dritten Mahnung eine so lange Ruhepause gewährt hatte. Franz Joseph mußte, mindestens schon seit den Siebzigerjahren, mit dem Aufkommen des Nationalitätenprinzips bei den Rumänen und bei den Serben rechnen. Bei den Rumänen hatte es sich bereits am Beginn der Regierungszeit des Königs Carol (1866) sehr deutlich angemeldet, war aber durch das energische Dazwischentreten Preußens wieder verscheucht worden, ohne daß Franz Joseph zur Gewalt hätte greifen müssen. Wie lebhaft er sich an diesen Vorfall erinnerte und wie gut er den logischen Zusammenhang zwischen den damaligen Ereignissen und der großserbischen Agitation empfand, beweist sein Handschreiben an Kaiser Wilhelm II. vom 2. Juli 1914, dessen größerer Teil nicht den Serben und dem Thronfolgermord, sondern den Rumänen und ein eigener Absatz ihrer einstigen nationalen „Abenteurerpolitik“ und der dankbaren Erinnerung an Preußens Eingreifen gewidmet ist. Ob jetzt die Rumänen oder die Serben zuerst in die nationale Expansionspolitik eintraten: die Antwort war im voraus beschlossene Sache: der Krieg, der Krieg gegen die Expansionslustigen, aber auch, wenn nötig, gegen deren etwaigen Protektor: Rußland, ähnlich wie im Falle Italien 1859, Frankreich. So

verlangte es schon Andrassy, und dieses Stück seiner Tradition, das antiliberale, antinationale, war, im Unterschied zu manchem anderen, liberalen, bei Franz Joseph und seinen Ministern nicht in Vergessenheit geraten. Andrassy hatte auch schon in den Reichstädter Abmachungen mit Rußland, 1876, und in einem späteren Vertrage vom 18. März 1877 den Grundsatz festgelegt, daß sich beim Zerfall der Türkei „kein großer kompakter slawischer oder anderer Staat" auf ihrem Gebiete bilden dürfe*). In einem Gespräch mit einem seiner Vertrauten im Monat Juni 1877 am Beginn des Russisch-Türkischen Krieges hatte er seine Politik noch deutlicher enthüllt, die auch die Politik seines Souveräns gewesen und bis ans Ende geblieben ist. Rumänien und Serbien waren damals noch nicht unabhängige Staaten, aber Franz Josephs großer Minister sah diese Unabhängigkeit als Ergebnis des Krieges voraus. „Wenn die beiden Staaten" — sagte er — „sich dann auf ihr gegenwärtiges Gebiet beschränken, wird uns das nicht stören. Dagegen könnten wir es nicht zulassen, daß sie sich vergrößern." „Werden Sie", fragte darauf der Vertrauensmann, „Krieg führen, um sie daran zu verhindern?" „Ohne zu schwanken" war die prompte Antwort. Und Rußland, fragte der Mitunterredner weiter. Rußlands glaubte sich Andrassy sicher, „es wird uns nicht bekriegen". „Aber", fügte er sofort entschlossen hinzu, „wenn es uns täuscht, werden wir kämpfen, das ist beschlossene Sache"**). Das war schon damals im Jahre 1877 entschieden, als Rumänien und Serbien sich vom türkischen Joch noch gar nicht befreit hatten, als ihre eigene Befreiung noch im Schoße

*) Wertheimer, a. a. O., II. Band, Seite 327 und 392 f. III. Band, Seite 91.

**) So berichtet der Pariser Prof. Ernest Denis in seinem Buche „La grande Serbie" (Paris, 1915), Seite 114.

der Zukunft lag und somit selbst die erste Voraussetzung einer künftigen Befreiung ihrer Stammesgenossen in der Habsburgermonarchie durch sie noch nicht gegeben war. Andrassy lief mit seiner Politik um ein Menschenalter den Ereignissen voraus. Aber Franz Joseph erlebte den Zeitpunkt, wo Andrassys Zukunftsgedanken zur Wirklichkeit wurden. Er war lange genug darauf vorbereitet. Schon 1877 hatte Andrassy gesagt, daß eine etwaige großrumänische oder großserbische Bewegung „ohne zu schwanken" mit der Kriegserklärung an Rumänien oder Serbien und auch Rußland beantwortet werden würde. Als 1914 das Vorausgesehene Ereignis wurde, kannte auch Franz Joseph kein Schwanken: Krieg gegen Serbien, eventuell auch gegen Rumänien und auch Rußland, zur Bekämpfung des Nationalitätenprinzips! So erklärt es sich, daß der Vierundachtzigjährige nach achtundvierzig Friedensjahren sich 1914 so leicht zum Krieg entschloß. Es war die Macht einer Idee, die ihn leitete, einer Idee, die ihm in jungen Jahren eingepflanzt worden war und die, trotz aller Mißerfolge, die sie ihm schon gebracht, wie ein religiöses Dogma in ihm lebendig geblieben war.

Franz Joseph bewährte sich damit als ein echter Sproß seines harten Stammes. Vor freiheitlichen Regungen ihrer Völker hatten sich die Habsburger nie gebeugt. Sie haben vor Jahrhunderten schon die Schweiz, sie haben die Niederlande und später noch bis zur Lombardei und zu Venetien so viele schöne Länder ihres einst weltumspannenden Besitzes verloren, weil sie den Völkern die Freiheit, die politische, die religiöse, die nationale Freiheit, die diese verlangten, nicht gewähren wollten. In dem Kampf mit dem Volk der Niederlande hatte der Habsburger Philipp II. von Spanien seinen Räten, als sie ernstlich auf Milderung der von ihm erlassenen schrecklichen Religionsedikte drangen, die unerbittliche Antwort gegeben:

„Lieber nicht herrschen als über Ketzer"*). Was im 16. Jahrhundert die Religion, ist in unserer Zeit die Nation; was damals die Ketzerei war, ist heute die Irredenta. Übersetzt man Philipps II. Ausspruch ins Moderne, so hat man Franz Josephs Regierungsprogramm: „Lieber nicht herrschen als über Irredentisten." Er wußte, als er den Krieg gegen Serbien beschloß, daß es um Sein oder Nichtsein der Habsburgischen Monarchie gehe. Aber er zögerte nicht. Wer zweifeln wollte, ob der Greis sich der vollen Tragweite seines Entschlusses bewußt gewesen sei, dem hatte er mit einem bedeutungsvollen Satze seines Kriegsmanifestes im voraus die Antwort gegeben: „Ich habe alles geprüft und erwogen" — alles, auch das letzte Ende, das noch jede Gewaltherrschaft gefunden hat. Franz Joseph kannte den Schicksalsspruch der Geschichte, aber wie seine Vorfahren fühlte er sich stark — oder war er vermessen — genug, ihm zu trotzen.

Es ist der erstaunliche Fall einer konsequenten Politik auf weite und weiteste Sicht, einer politischen Tradition, die immerhin — bei all ihrer Roheit, Volksfeindlichkeit, Verfehltheit — in ihrer Unverbrüchlichkeit bis zur Selbstvernichtung etwas Imponierendes hatte. Wie zweideutig, zerfahren, unsicher und widerspruchsvoll war in der gleichen Zeit die Politik Preußens gegenüber dem Nationalitätenproblem gewesen! 1859 eine Halbheit, keine Unterstützung des völkerunterdrückenden Österreich, aber auch keine Unterstützung des sich befreienden Italien. Wie recht hatte Cavour gehabt, als er damals der preußischen Regierung, die sich für die Legitimität einsetzte, höhnend voraussagte, daß sie bald Italiens Beispiel nachahmen werde**). Das geschah in der Tat 1866:

*) Schiller: „Geschichte des Abfalles der vereinigten Niederlande", I. Buch.

**) Im Sommer 1860. Vgl. Massari: Cavour, deutsch von Rüffer, S. 488. Ähnlich schon im Dez. 1858, a. a. O., S. 321.

Preußen als Bannerträger des Nationalitätenprinzips Arm in Arm mit Italien. Dann 1871 sogar noch Überspannung des Nationalitätenprinzips durch die Revindikation von Elsaß-Lothringen. Nachher aber, nachdem das eigene Nationalitätenprinzip siegreich durchgekämpft ist, vollständige Gleichgültigkeit, ja Feindseligkeit gegenüber nationalen Einheitsbestrebungen anderer Völker, völliges Einverständnis in diesem Punkt mit der habsburgischen Antinationalitätenpolitik, die im Juli 1914 kulminiert — aber doch immer auf deutscher Seite mit einer Inkonsequenz zugunsten Italiens, dessen Ansprüche auf österreichisch-ungarisches Territorium Deutschland zunächst still und im entscheidenden Augenblick (im Weltkrieg, Mission Bülow) auch offen begünstigt. Die ganze Welt hatte sich seit Bismarck gewöhnt, die deutsche oder preußische Politik als geschlossene Gedankeneinheit zu bewundern. Aber in Wahrheit war sie gar nicht aus einem Guß, sie war auch schon vor Wilhelms II. Zickzackkurs in einem Zickzack verlaufen, dessen große Linien allerdings ein kurzsichtiges Auge nicht verfolgen konnte. Franz Joseph konnte von seinem Gesichtswinkel aus die gebrochene Linie mit freiem Auge ganz leicht übersehen. Noch mehr, er hatte sie erlebt. Er hatte mit ungeheueren Opfern, durch zwei Menschenalter eine Idee vertreten, Preußen hatte nur Gelegenheiten zu seinem Vorteil wahrgenommen. Jetzt endlich triumphierte seine Idee, und selbst Preußen-Deutschland verließ nun die Politik der Gelegenheiten, um sich einer Idee, Franz Josephs Idee, zu opfern.

Franz Joseph konnte am Ende seiner Tage mit seinem Lebenswerk zufrieden sein. Die wahre „Revanche für Sadowa" sollte er noch erleben und seine Revanche für Solferino zugleich. Preußen hatte er nun seinem Willen gefügig gemacht und statt Italien sollte er ein neues großes Herrschaftsgebiet auf dem

Balkan endgültig gewinnen. Dieser Krieg mußte nicht nur der Abschluß, er mußte gleichzeitig der Höhepunkt seiner Regentenlaufbahn werden. Das Schicksal hatte gewußt, wozu es ihn so lange am Leben erhalten hatte.

KRITISCHES

Die Kriegslügen

Die unmögliche Lokalisierung

Die richtige Erkenntnis des Ursprungs des Weltkrieges ist durch die Kriegslügen verhindert worden, welche von einer regen Propaganda im deutschen Volk verbreitet wurden und in Ermanglung einer Aufklärung ihre Wirkung auch noch in die Friedenszeit hinein fortgesetzt haben. Die Grundlage, das proton pseudos dieser Lügenpropaganda, bildet die Behauptung, daß die Lokalisierung des Krieges Österreich-Ungarns gegen Serbien möglich gewesen wäre und nur durch die Entente vereitelt worden sei. Dieser Kriegslüge müssen wir, um ihrer Wichtigkeit willen, ein paar Worte widmen.

Man könnte es fast als ein politisches Naturgesetz aussprechen, daß im modernen Europa — um von früheren Zeiten abzusehen — jeder Einzelkrieg zwischen zwei Großmächten die Tendenz hat, zu einem allgemein europäischen, zu einem „Weltkrieg" auszuarten. Das ist eine notwendige Konsequenz des Systems der Allianzen und des politischen Gleichgewichtes. Die großen Staaten leben unabhängig nebeneinander, jeder muß aber im Interesse seiner Selbsterhaltung darüber wachen, daß nicht einer von ihnen oder eine Gruppe unter ihnen übermächtig werde. So bilden sich dauernde oder vorübergehende Freundschaften und Interessengemeinschaften unter den Großstaaten, und wenn einer von ihnen angegriffen wird, findet er alsbald einen ihm nahestehenden, der ihm beispringt, damit er von dem Angreifer nicht überwältigt werde, und nun ist der Angreifer wieder in dieser Gefahr, und die Gefahr schafft ihm einen Helfer. Die springende Reihe setzt sich fort, und ehe

man sich's versehen hat, ist ganz Europa im Krieg, wie bei einer Kirchtagsrauferei das ganze Dorf, sobald nur einer angefangen hat.

Dieses Gesetz des Raufhandels liegt aller kriegerischen Staatspolitik zugrunde. Es sind die Ausnahmsfälle, wo es einer Großmacht gelingt, mit einer anderen handgemein zu werden, ohne daß die übrigen sich einmengen. Ein solcher Ausnahmsfall kommt am ehesten zustande, wenn diejenige Macht, welche nach der europäischen Interessenverteilung die nächste an der Reihe wäre, sich den beiden Kämpfenden zuzugesellen, sich in der Einschätzung der Kräfte der Kämpfenden täuscht, ihren Freund oder Interessengenossen für den Stärkeren, dessen Sieg für gewiß hält und sich dadurch in Sicherheit wiegen läßt oder ihr Eigeninteresse an dem Krieg ganz verkennt. Die Kunst der Diplomatie besteht darin, diese Täuschung bei dem jeweils bedenklichen Neutralen zu erzeugen und zu befestigen oder auch den Neutralen durch Versprechungen oder Drohungen zu lähmen. Wenn nachher der Freund oder Interessengenosse sich als der Schwächere erweist und unterliegt, ist der Krieg vorbei, es ist zur Hilfeleistung zu spät und der Ruhiggebliebene hat einen Fehler begangen. So hat Napoleon III. es bedauert, daß er 1866 nicht Österreich zur Seite getreten ist; in England war noch zur Zeit des Weltkrieges die Erinnerung an den Fehler wach, den die englische Diplomatie beging, da sie 1870/71 Deutschland gegen Frankreich gewähren ließ. Oder es konnte auch geschehen, daß der Sieger sich aus Furcht vor dem nachträglichen Eingreifen eines Neutralen zu einem vorzeitigen Frieden entschloß. So Bismarck 1866, um Napoleons III. Intervention zu vermeiden. Anderseits wurde 1870 Österreich durch die raschen Siege der Deutschen davon abgehalten, Napoleon III. zu Hilfe zu kommen.

Allgemein kann man deswegen sagen, daß im mo-

dernen Europa die Gefahr, daß es zu einem allgemeinen Krieg kommt, weit häufiger ist als die eines Einzelkrieges. Wenn es umgekehrt wäre, wenn es Regel wäre, daß zwei Kämpfende allein gelassen werden, wären die Kriege in Europa viel häufiger, weil sich die Aussichten solcher Kriege zu zweit doch immerhin leichter berechnen lassen als die eines allgemeinen Krieges. Besonnene Staatsmänner werden einen Krieg gewiß nur dann unternehmen, wenn sie die begründete Hoffnung haben, ihn zu lokalisieren. Dazu gehört Glück und Talent.

Schwer ist es, und es erfordert Erfahrung und Geschick, ein Stück Dynamit so zu legen und zu entzünden, daß es nur das sozusagen feindselige Gestein sprengt, das dem Bauführer im Wege steht, aber nicht lebende Wesen oder nutzbare Objekte in der Nähe trifft. Viel leichter ist es, mit einer Portion Dynamit einen ganzen wertvollen Häuserblock zu zerstören, tausende darin wohnende Menschen zu töten und zu verletzen, die darin aufbewahrten Güter zu vernichten, dazu genügen verbrecherischer Wille und günstige Gelegenheit. War es immer schon keine Kunst für einen Staatsmann einer europäischen Großmacht, einen allgemeinen Krieg zu entfesseln, so am allerwenigsten in dem durch das deutsch-österreichische Bündnis (1879) eingeleiteten Zeitalter der festen europäischen Allianzen (Dreibund und Tripelentente). Ehe es diese gab, solange in Europa gar keine oder nur vereinzelte lose Allianzen existierten, mußte immer einige Zeit vergehen, bis es dem einen oder anderen Neutralen klar wurde, daß es sich in dem zwischen zwei anderen ausgebrochenen Krieg auch um seine Interessen handle, und bis er sich entschloß und bereit war, militärisch einzugreifen. Im System der festen Allianzen war die diplomatische Vorarbeit für den Übergang eines Einzelkrieges in einen allgemeinen Krieg jederzeit im voraus geleistet und

vertragsmäßig festgesetzt. Eine Lokalisierung war ausgeschlossen, und zwischen dem Ausbruch des Einzelkrieges und dem des Weltkrieges konnte keine so lange Spanne Zeit vergehen, die auch nur dem geschicktesten Staatsmann es ermöglicht hätte, der Gefahr eines Weltkrieges zu entschlüpfen. Die Alternative lautete nun nicht mehr: Einzelkrieg von Großmächten oder Weltkrieg, sondern nur: allgemeiner Friede unter den Großmächten oder Weltkrieg. Im Juli 1914, wo ganz Europa in zwei feindliche Lager gespalten war, mußte von vornherein die Aussicht auf Lokalisierung des Krieges mit Null angesetzt werden, und der Staatsmann einer Großmacht, woferne er auf den Namen eines Staatsmannes Anspruch erheben durfte, mußte wissen, daß, wenn er eine andere Großmacht in Krieg verwickle, er den Weltkrieg vom ersten Tage an heraufbeschworen habe.

Diese Erkenntnis wurde durch die Propaganda der Mittelmächte, deren Parole schon am 19. Juli in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" ausgegeben wurde, systematisch verhindert. Indem man dem deutschen Volke das Unmögliche, die Lokalisierung, als möglich, natürlich, selbstverständlich darstellte, vertauschte man die Rollen, welche die beiden feindlichen Gruppen im Juli 1914 gespielt haben. Die Mittelmächte, welche die Lokalisierung verlangten, standen nun in den Augen des deutschen Volkes als diejenigen da, die den Weltfrieden zu erhalten bestrebt waren, während die Ententemächte, indem sie auf die Lokalisierung nicht eingingen, als diejenigen erschienen, die den harmlosen Konflikt Österreich-Ungarns mit Serbien gierig benützten, um den von ihnen längst geplanten Weltkrieg zu entfesseln. Das Punctum litis wurde verschoben. Während es sich tatsächlich nur um die einfache Alternative Frieden oder Krieg handeln konnte, wurde die Alternative serbischer oder Weltkrieg aufgestellt und behauptet, daß die Mittel-

mächte nur den serbischen Krieg, die Entente dagegen den Weltkrieg gewollt habe, während in Wahrheit der serbische Krieg, den die Mittelmächte wollten, automatisch den Weltkrieg nach sich ziehen mußte, wogegen die Ententemächte die Erhaltung des allgemeinen europäischen Friedens anstrebten und deswegen den serbischen Krieg zu verhindern suchten.

Ebenso wie die Erkenntnis der politischen wurde auch die der militärischen Entwicklung durch die Lokalisierungsthese verfälscht. Dadurch wurde der Kausalnexus zwischen der Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Serbien vom 28. und der russischen Mobilisierung verdeckt, die am 29. beschlossen wurde. In der Polemik überging man die österreichisch-ungarische Kriegserklärung an Serbien wie ein lokales Ereignis ohne weltpolitische Bedeutung, und dann erschien die russische Mobilisierung oder Gesamtmobilisierung im Licht einer spontanen Feindseligkeit gegen Deutschland, während in Wahrheit die russische Gesamtmobilisierung nur eine Folge der österreichisch-ungarischen Kriegserklärung an Serbien und der richtigen politischen Erkenntnis war, daß der Krieg gegen Serbien nach der gesamten politischen Lage Europas den Weltkrieg nach sich ziehen müsse, demnach also die russische Gesamtmobilisierung eine Abwehr- und keine Angriffshandlung darstellte.

Man sprach übrigens immer nur von der russischen Gesamtmobilisierung, die erst am 31. Juli bekannt gemacht wurde, weil man so den Schein erweckte, als ob nur durch sie die deutschen Ultimaten an Rußland und Frankreich veranlaßt worden wären. In Wahrheit hätte schon die am 29. offiziell bekannt gewordene russische Teilmobilisierung gegen Österreich-Ungarn die deutschen Ultimaten nach sich ziehen müssen, wie es die Wiener Regierung auch wünschte, weil Österreich-Ungarn ohne Deutschlands Hilfe mit Serbien und einem auch nur partiell mobilisierten

Rußland nicht hätte fertig werden können. Am 29. aber hatte Kaiser Wilhelm gerade seinen friedlichen Seitensprung unternommen und die schon damals fälligen deutschen Ultimaten konnten erst am 31. erlassen werden, weil Wilhelm II. erst an diesem Tage von seinem Seitensprung zurückgebracht werden konnte. Sie waren eine verspätete Antwort auf die russische Teilmobilisierung vom 29. und fielen nur zufällig zeitlich mit der russischen Gesamtmobilisierung zusammen und daraus wurde dann ein verkehrter Kausalnexus konstruiert.

Noch eine andere Irreführung der öffentlichen Meinung wurde durch die Lokalisierungsthese ermöglicht. Indem man den Kausalnexus zwischen dem serbischen und dem Weltkrieg löste, wurde die Aufmerksamkeit vom serbischen Krieg abgelenkt, der doch offensichtlich von einer der Mittelmächte, von Österreich-Ungarn provoziert worden war, und dem Krieg zwischen Deutschland und den Ententemächten zugelenkt, und so die Erforschung der Ursachen des Krieges auf eine falsche Spur, auf die zahlreichen Konflikte, die seit Jahren schon zwischen Deutschland und den Ententemächten schwebten, geleitet. Da aber keiner dieser Konflikte zum Krieg geführt hatte, irrte die Spekulation zwischen allen diesen Konflikten suchend umher, fand bald in Rußland, bald in England, bald in Frankreich die wahren Urheber des Krieges (selbst der Reichskanzler schwankte zwischen Rußland und England), man sprach bald von Marokko, bald von Kleinasien, bald von Mesopotamien, bald von den Kolonien, bald von der Flotte, einmal vom Panslavismus, ein anderes Mal von der Revanche und dann wieder von der Handelsrivalität, man kam vom Hundertsten ins Tausendste und sah schließlich den Wald vor lauter Bäumen nicht mehr. An Serbien vergaß man vollständig, und so wurde allmählich der wahre Ausgangspunkt des Weltkrieges,

die Kriegslust Österreich-Ungarns gegen Serbien wie die Komplizität Deutschlands, völlig verdunkelt und die wahren Schuldigen dem strafenden Urteil der Öffentlichkeit entzogen.

In diesem Punkt hat die deutsche Kriegspropaganda sogar die Kriegsschriftsteller der Entente, die auf dem Gebiete der österreichisch-ungarischen Balkanpolitik noch weniger Bescheid wußten als die deutschen, angesteckt, auch sie gewöhnten sich, die Kriegsursachen ausschließlich in den weltpolitischen Bestrebungen Deutschlands zu suchen, gelangten aber, da feste Tatsachen das freie Spiel ihrer voreingenommenen politischen Phantasie nicht einengten, zu ganz anderen Schlußfolgerungen als die deutschen Kriegsphilosophen, und die Folge davon war, daß sie den Schuldanteil Österreich-Ungarns vernachlässigten, diesen ihnen gleichgültigen Staat zuweilen als den von Deutschland zum Kriege gezwungenen gegen das ihnen verhaßte Deutsche Reich ausspielten und in diesem Irrsal von haltlosen Spekulationen ihrerseits den Schuldanteil Deutschlands weit höher ansetzten, als ein richtiger Einblick in die verwickelten Verhältnisse es gerecht erscheinen läßt. Deswegen ist es vielleicht gut, an dieser Stelle noch einmal den wahren Sachverhalt zusammenzufassen, wie er sich im Verlauf unserer Betrachtungen ergeben hat.

Aus jedem möglichen Einzelkriege zweier europäischer Großmächte mußte in dem System der festen Bündnisse unabwendbar der Weltkrieg entstehen. Frage der Tatsachen war es nur, aus welchem. Gehen wir von den beiden Mittelmächten aus, so konnte der Weltkrieg ebenso gut aus einem Konflikt Deutschlands wie aus einem Konflikt Österreich-Ungarns mit einer der Ententemächte herauswachsen. Die deutschen Anlässe waren zahlreicher als die österreichisch-ungarischen, weil Deutschland eine aktivere und weiter verzweigte Politik führte als Österreich-Ungarn. Bei-

spielsweise hätte aus dem Konflikt Deutschlands mit Frankreich um Marokko ein Weltkrieg entstehen müssen, wenn es zwischen den beiden zum Krieg überhaupt gekommen wäre, 1911 waren sie nahe daran. Ebenso aus dem Konflikt Deutschlands mit Rußland in Sachen der deutschen Militärmission in der Türkei im Winter 1913 auf 1914 oder aus einem Konflikt Deutschlands mit England wegen des Flottenbaues. Alle diese gehäuften Konfliktsmöglichkeiten Deutschlands sind immer wieder rechtzeitig auf friedlichem Wege ausgetragen worden, haben also tatsächlich nicht zum Einzelkrieg zwischen Deutschland und einer anderen Macht und deswegen auch nicht zum Weltkrieg geführt. Österreich-Ungarn bebaute ein kleines politisches Feld und litt eigentlich nur an einem kriegdrohenden Konflikt, das war der Konflikt mit Rußland wegen Serbiens. Es war nur ein Konfliktsfall, ein einziger, sich immer wiederholender, der keinen Vergleich aushalten konnte mit den zahlreichen, sich immer wieder neu bildenden Konfliktsfällen Deutschlands. Aber diese vielen Konfliktsfälle Deutschlands sind noch immer ohne Krieg vorbeigegangen, und das hat seinen guten Grund. Deutschland wußte schon seit 1896, die ganze Welt seit 1906, daß Deutschland im Kriegsfall auf Italien nicht mit Sicherheit rechnen könne. Seit mindestens 1908 stand es ferner fest, daß Deutschland sich in einem um seiner west-, nordeuropäischen und überseeischen Interessen willen ausgebrochenen Krieg oder gar Weltkrieg selbst auf Österreich-Ungarns aktive militärische Unterstützung nicht verlassen könne. In Österreich-Ungarn war man aber, spätestens im Frühjahr 1914, zu der Überzeugung gekommen, daß in Deutschlands, mindestens in den alldeutschen und militärischen Kreisen, die Erkenntnis Wurzel gefaßt hatte, daß Deutschland Österreich-Ungarns Waffenhilfe nur in einem Kriege in Anspruch werde nehmen können,

in dem Existenzinteressen Österreich-Ungarns selbst auf dem Spiele stünden, daß man also den in diesen Kreisen für wünschenswert gehaltenen Präventivkrieg nur gelegentlich eines österreichisch-ungarischen Kriegsfalles werde führen können. So hat der eine einzige Konfliktsfall Österreich-Ungarns, oft friedlich beigelegt, im Juli 1914 schließlich doch zum Krieg geführt. Deswegen muß jede Betrachtung des Entstehens des Weltkrieges von Österreich-Ungarn und seiner engbegrenzten Balkanpolitik ausgehen, nicht aber, wie die meisten Kriegsschriftsteller beider Parteien es bisher getan haben, von Deutschland und seiner weitausgreifenden Weltpolitik.

Die Lokalisierung war die Hauptkriegslüge. Auf die kleineren Kriegslügen, die sich an sie ankrystallisierten, gehen wir hier gar nicht weiter ein. Wir wollen nur später die Fehler, die Rechenfehler in Betracht ziehen, die es einzig und allein begreiflich machen, daß sich die Mittelmächte, insbesondere Deutschland, auf das halsbrecherische Abenteuer eines Weltkrieges einließen. Vorher sei noch eine historische Erinnerung eingeschoben, die das dargelegte Verhältnis zwischen lokalisiertem und Weltkrieg bekräftigen soll.

Eine Gegenprobe

Das Werk Bismarcks

Der seltene Fall einer Analogie, die zwischen der politischen Lage Deutschlands und Österreich-Ungarns angesichts des serbischen Krieges, 1914, und des italienischen Krieges, 1859, besteht, gestattet uns, noch einen Schritt weiter in unserer Beweisführung zu gehen als bisher. Da Deutschland, bezw. Preußen auf Grund der analogen politischen Situation damals zu einem anderen Entschluß kam als diesmal, nämlich Österreich im Kriege nicht beizuspringen, können wir auf die bisherigen Ergebnisse unserer kritischen Betrachtungen sogar die *Gegenprobe* machen. Zuvor nur noch Einiges, um die Analogie in Erinnerung zu rufen. Genau so wie in unseren Tagen sprach man auch damals vom „lokalisierten Krieg" (zwischen Österreich und Frankreich-Sardinien) und dem „Weltkrieg". So schrieb am Anfang des Krieges, als man in Wien noch auf den Beistand Preußen-Deutschlands rechnete, die Wiener „Presse" am 29. April 1859, daß wir jetzt den „lokalisierten Krieg" haben, „und bereits tritt die Gefahr des allgemeinen Weltkrieges nahe". Der Ausdruck „Lokalisierung des Krieges", der in den Julitagen 1914 das Programm der Mittelmächte bildete, scheint gelegentlich des italienischen Krieges erst aufgekommen zu sein *).

Napoleon III., der schon im August 1858 mit dem sardinischen Minister Cavour in Plombières den Kriegsplan vereinbart hatte, gewann gelegentlich einer

*) Vgl. Constantin Frantz: „Untersuchungen über das europäische Gleichgewicht" (1859), S. 345.

Zusammenkunft in Compiègne den damaligen englischen Premier Palmerston für sich, dessen Nachfolger Lord Derby seine Politik fortsetzte. Die Sympathie der Engländer für die Einheits- und Freiheitsbestrebungen der Italiener erleichterte den Ministern ihre Haltung. Rußland wartete seit dem Krimkrieg (1854) auf eine Gelegenheit, sich an Österreich für dessen Undankbarkeit zu rächen und war gleichfalls im geheimen Einverständnis mit Napoleon. Was wir heute Tripelentente nennen, stand also auch damals zum Kampf gegen die Mittelmächte bereit. Montenegro, Serbien und die Donaufürstentümer wurden von Frankreich und Rußland gegen Österreich, Dänemark gegen Deutschland aufgehetzt. Um aber zu verhindern, daß aus dem italienischen Krieg ein Weltkrieg entstehe — „eine Feuersbrunst ohne Ziel und Grenze", wie es Lord Derby nannte, „ein revolutionäres Ungewitter, dessen Ende niemand absehen kann", wie der englische Minister des Äußern Lord Malmesbury sich ausdrückte — wirkten sowohl Rußland als auch Frankreich auf Preußen und die deutschen Mittel- und Kleinstaaten beruhigend ein. Rußland arbeitete mit gewohnter Brutalität, indem sein Minister Fürst Gortschakow ihnen am 27. Mai 1859 eine Depesche zusandte, in der er sie darauf aufmerksam machte, daß der Deutsche Bund nur für defensive Zwecke gegründet sei. Zarter trat der englische Minister Lord John Russel auf, der in einer Depesche vom 22. Juli 1859 der preußischen Regierung sagen ließ: „Von der gemäßigten und einsichtigen Haltung Preußens hängt größtenteils die Lösung der Frage ab, ob der gegenwärtige Krieg auf die Grenzen Italiens beschränkt bleiben oder sich ... auf noch andere Teile Europas ausdehnen soll."

Das war die allgemeine Meinung in ganz Europa. Als nun nach Beendigung des Krieges Kaiser Franz Joseph in seinem Manifest Preußens

Passivität die Schuld an dem für ihn unglücklichen Ausgang zuschrieb, erwiderte die preußische Regierung am 18. Juli in ihrem hochoffiziösen Organ, der „Preußischen Zeitung", mit einem längeren Artikel, worin, wie die telegraphischen Auszüge in den Blättern meldeten, „Preußens Haltung in den letzten Monaten verteidigt und zu beweisen gesucht wird, dieselbe habe den Weltkrieg verhütet". Wörtlich schrieb die „Preußische Zeitung": „Daß der Friede hergestellt, daß die Befürchtungen eines neuen großen europäischen Krieges sich auch diesmal nicht erfüllt haben, beruht zum großen Teil auf der Haltung, welche Preußen in den letzten Monaten bewahrt hat." „Wer kann verkennen, daß es wesentlich von Preußen abgehangen hätte, ... indem es selbst in den Kampf eingetreten wäre ..., ihm den Charakter jener Kriege aufzuprägen, welche die Ruhe Europas fast für Menschenalter erschütterten?" Das war die Rechtfertigung Preußens. Das Tatsächliche an ihr wurde nach langer öffentlicher Erörterung schließlich auch von der österreichfreundlichen Partei anerkannt, nur daß diese (z. B. in der „Augsburger Allgemeinen Zeitung", Nr. 95 des Jahrganges 1860) meinte, die Vermeidung des Weltkrieges sei „kein Verdienst, sondern ein verhängnisvoller Fehler Preußens" gewesen, weil Preußen später selbst einen Krieg mit Napoleon III. allein unter ungünstigeren Verhältnissen auszufechten haben werde, usw.*).

Damit ist die Gegenprobe erbracht. Hätte Preußen 1859 Österreich seinen Beistand geliehen, so wäre 1859 unter Wilhelm I. ein Weltkrieg ausgebrochen wie 1914. Hätte umgekehrt Deutschland unter Wilhelm II. 1914 Österreich-Ungarn seinen Beistand versagt, wäre es auch 1914 nicht zum Weltkrieg ge-

*) Vgl. Jürgens, „Deutschland im französich-sardinischen Kriege" 1859, S. 531.

kommen, und da Österreich-Ungarn nicht mehr stark genug war, um selbst nur einen lokalisierten Krieg gegen Serbien-Rußland allein zu führen, wäre 1914 überhaupt kein Krieg entstanden.

Je schlagender aber diese Analogie von 1859 wirkt, desto unabweislicher wird die Frage, wie es kommt, daß Preußen-Deutschland im Jahre 1914 anders gehandelt hat als 1859. Die Antwort liegt auf der Hand: weil damals zwischen den Häusern Habsburg und Hohenzollern eine Rivalität bestand, die sich im gegebenen Fall zu der Frage zuspitzte, ob der König von Preußen, wenn er Österreich zu Hilfe käme, als selbständiges Oberhaupt einer europäischen Großmacht (Preußens) an die Spitze der Armeen der deutschen Staaten treten solle, wie er es verlangte, oder als Oberbefehlshaber über die deutsche Bundesarmee im Namen und Auftrag des Deutschen Bundes, wie es Franz Joseph wollte, der selbst an der Spitze des Deutschen Bundes stand. Franz Joseph fürchtete, wenn er den Beistand Preußens unter der von Wilhelm I. geforderten Bedingung annähme, die Hegemonie in Deutschland zu verlieren, und das war ihm die Lombardei nicht wert, und deswegen opferte er sie und schloß zu aller Welt größter Überraschung mit Napoleon III. Friede, lange ehe die Widerstandskraft seiner Armeen erschöpft war. Das wurde im offiziösen Organ der österreichischen Regierung, der „Prager Zeitung" vom 15. Juli 1859 ausdrücklich gesagt, indem Preußen dort vorgeworfen wurde, daß es durch seine Haltung in der Frage des Oberbefehls „den klaren Beweis geliefert habe, daß Preußen nach der Hegemonie in Deutschland, also nach dem Ausschluß Österreichs aus Deutschland strebte". Die Rivalität der Habsburger und Hohenzollern hat also 1859 den Weltkrieg verhindert, 1914 ist es aber, unter ähnlichen Umständen zum Weltkrieg gekommen, weil inzwischen der Kampf um die Vorherrschaft in

Deutschland entschieden, an Stelle der Feindschaft zwischen den beiden Staaten das deutschösterreichische Bündnis, an Stelle der Rivalität zwischen Franz Joseph I. und Wilhelm I. eine hingebungsvolle Freundschaft des Enkels, Wilhelms II., zu dem „alten, ehrwürdigen“*) Haupt der Habsburgischen Dynastie getreten war.

Das aber war das Werk Bismarcks.

*) „Die deutschen Dokumente“, Nr. 121 (Randbemerkung Wilhelms II.).

Die Fehler der Mittelmächte

Beim Ausbruch des Krieges wurden die Mittelmächte durch das feste Zusammenhalten der Tripelententemächte untereinander und mit Japan überrascht, weil sie nicht wußten, daß schon vorher einmal, 1912, für einen ähnlichen Fall von diesen Mächten defensive Verabredungen getroffen worden waren, die leicht erneuert werden konnten. Daran war ihr schlechter diplomatischer Informationsdienst schuld. Dessen Unzuverlässigkeit hatten sie aber längstens im Sommer und Herbst 1913 erkannt, da nach den Balkankriegen *re bene gesta* die Gegner die Balkanverträge zur Bloßstellung der Berchtoldschen Diplomatie veröffentlichen ließen. Hatte der diplomatische Informationsdienst der Zentralmächte bei den Balkankriegen so vollständig versagt, so war Vorsicht für sie bei allen ihren weiteren diplomatischen Unternehmungen geboten. Wer konnte wissen, ob nicht 1912 außer den von der Entente der Publizität übergebenen auch noch andere, noch nicht obsolet gewordene Abmachungen auf der anderen Seite getroffen worden und ob nicht später andere hinzugekommen waren? Die primitivste Klugheit gebot Zurückhaltung. Einen Zipfel des Vorhanges hatten die Ententemächte damals gehoben. Einen anderen Zipfel, das englisch-russische Marineabkommen vom Sommer 1914, bekamen die Mittelmächte noch rechtzeitig vor dem Krieg in die Hand*). Was mochte sonst noch hinter dem Vorhang stecken, außer dem, was der Zipfel dem Blick freigegeben hatte? Seit 1871 hat dem Fürsten Bismarck bekanntlich der *cauchemar des coalitions* den Schlaf gestört. Und er wußte, was in Europa vorging. Sein Informations-

*) Tirpitz: „Erinnerungen."

dienst hatte seit Jahrzehnten jede Probe glänzend bestanden, und die Koalition, die ihm das schlechte Gewissen vorhielt, war tatsächlich nur ein Schreckbild. Welch unerhörter Leichtsinn von den Berchtold, Bethmann, Jagow usw., daß sie sich auf ihren erprobt schlechten Informationsdienst verließen, zudem in einem Falle, wo dieser nur ein negatives Ergebnis erbrachte, was schon an sich einen jeden Informationsdienst — zuweilen mit Unrecht — verdächtig macht. Hier liegt ein schwerer Fehler vor, an dem Wien und Berlin zugleich beteiligt waren, Berlin als die Vormacht in europäischen Dingen sogar mehr als Wien.

Der Tripelentente, die sich für den serbischen Spezialfall durch Japan erweitert und durch Sonderabmachungen innerlich doppelt stark gemacht hatte, trat nun freilich die Tripelallianz gegenüber. Wie stand es um deren diplomatische Vorbereitung, wie — mit Aehrenthal zu sprechen — um ihre Kohäsion? Konnte sie ähnliche Spezialabmachungen für den serbischen Kriegsfall aufweisen wie ihr Gegenpart? Dem Dreibund gehörten neben Deutschland und Österreich-Ungarn, die sich ja anfangs Juli für den bevorstehenden Ernstfall miteinander verständigt hatten, noch Italien und Rumänien an, als Freund stand die Türkei neben ihm, als halben Freund konnte man Bulgarien noch mitzählen, und wegen der Verwandtschaft der Dynastien konnte man in letzter Reihe auch noch an Griechenland denken. Hatte man sich nun des Zusammenhaltens dieser Gruppe für die serbische Verwicklung rechtzeitig versichert? Vor Italien hatte man den ganzen Monat Juli 1914 über Berchtolds Pläne aus zwingenden Gründen streng geheimgehalten, man mußte von ihm eine neue, seine letzte und endgültige Extratour mit den Gegnern befürchten. Rumänien, dessen Vertrag mit dem Dreibund ohnedies nur auf die Augen des Königs Carol gestellt war,

kam auch nicht in Betracht, da selbst König Carol auf Anfragen im Laufe des Monats Juli 1914 von dem geplanten Unternehmen aufs nachdrücklichste abgeraten und seine Mitwirkung versagt hatte. Auch König Konstantin von Griechenland war selbst durch persönliche Drohungen Schwager Wilhelms zu keiner Zusage zu bewegen gewesen. Die Türkei und Bulgarien hielten mit, aber beide waren als Besiegte aus den Balkankriegen heimgekehrt und hatten ihre volle Kraft noch nicht wiedergewonnen. Der Dreibund hatte sich bei der Probe, die man im Monat Juli 1914 auf ihn machte, innerlich als weit schwächer erwiesen als er nach außen hin schien, schwächer sogar, als ihn Wien und Berlin am Anfang ihrer Vorbereitungstätigkeit in diesem Monat angenommen hatten. Diese Erfahrungen hätten die Diplomaten zur Vorsicht mahnen müssen. Sie ließen sich aber dadurch von dem einmal gefaßten Plan nicht abbringen. Auch die Schlagfertigkeit und Führung der österreichisch-ungarischen Armee und das Aktionstempo der österreichisch-ungarischen Diplomatie wurden in Berlin überschätzt (in Wien übrigens auch). So kam es, daß man glaubte, die anderen Mächte durch einen blitzschnellen Einmarsch in Serbien und militärische Niederwerfung dieses Landes überraschen zu können, ehe sie noch die durch das Attentat geschaffene Gefahr recht bemerkt hätten. Dies ist wieder ein Fehler, der Berlin mehr angeht als Wien. Ein ebenso schwerer oder selbst schwererer bleibt noch zu erörtern.

Er betrifft die militärische Information. Die deutschen Generalstäbler berechneten mit gewohnter apodiktischer Sicherheit, daß die Mittelmächte damals, 1914, noch militärisch der gegnerischen Koalition überlegen seien, daß aber, sobald die russischen und französischen Rüstungen etwa 1916 beendigt sein würden, das Verhältnis sich umkehren würde — aus welchen Voraussetzungen sie die von ihnen, den Mili-

tärs (Bernhardi, Frobenius) und ihnen folgend von den Alldeutschen (wie dem Kronprinzen-Publizisten Liman) öffentlich vertretene Forderung nach dem Präventivkrieg ableiteten. Über den Präventivkrieg war man geteilter Meinung — das Orakel Bismarck sprach einmal so und einmal so — aber in der Einschätzung des militärischen Kräfteverhältnisses der beiden europäischen Mächtegruppen für heute und die nächsten Jahre schwor alles in Deutschland und ebenso in Österreich-Ungarn auf die deutschen Generalstäbler, und doch hatten sich diese noch jedesmal — beim russisch-japanischen und beim Balkankrieg — mit ihren Schätzungen von Kriegschancen geirrt. Wer sich bei den wichtigsten Anlässen in seinem Fachurteil so arg vergreifen kann, dessen Urteil ist nicht mehr vertrauenswürdig. Wenn aber der deutsche Generalstab sich bei Kriegen, bei denen er bloßer Zuschauer war, so gründlich täuschen konnte, um wieviel größer war die Gefahr eines verhängnisvollen Irrtums bei dem großen europäischen Krieg, der nicht nur unvergleichlich größer und deshalb auch unvergleichlich schwerer zu beurteilen war, bei dem der deutsche Generalstab selbst beteiligt, selbst Partei war. Und hier, wo es sich um die weittragendsten Entscheidungen, die lebensgefährlichsten Irrtümer handelte, war Vorsicht, höchste Vorsicht geboten. Durfte man alles auf die pseudowissenschaftlichen Berechnungen eines Generalstabes riskieren, der sich schon in sozusagen akademischen und leichteren Fällen als ein schlechter Rechner erwiesen hatte? Gewiß nicht. Und man tat es doch und ging leichten Herzens in den Krieg, weil der Große Generalstab den Sieg errechnet hatte. Trotz seiner für jedermann kontrollierbaren Urteilsunfähigkeit in großen Dingen (bei all seiner unbestreitbaren Größe in allen kleineren Dingen), trotz seiner erwiesenen spezifischen Unzuverlässigkeit durfte die Autorität des deutschen Generalstabes kein

Zweifel antasten. Der Deutsche vor dem Kriege und noch während des Krieges bis zum Schluß redete zwar von seinem Glauben an Gott, aber tatsächlich glaubte er nicht an Gott, sondern nur an den Großen Generalstab. Ich habe im Laufe der Jahre mit so vielen oppositionellen und oppositionellsten Deutschen gesprochen, die an allem und jedem Kritik geübt haben, aber einen Zweifel am Großen Generalstab habe ich von keinem gehört. Dieser Glaube an den Fachmann überhaupt und dieser abgöttische Glaube an den Fachmann in der blitzenden Uniform, das war der Hauptfehler derer, die so rasch entschlossen in den Krieg getreten sind. Es war ein Kollektivfehler des ganzen deutschen Volkes, das allerdings den Generalstab immer nur in der Glanzbeleuchtung früherer Siege sah*). Es war aber auch der schwerste Fehler der Verantwortlichen, vom Kaiser angefangen, die ihrem Generalstab doch Tag für Tag in seine Riesenaktenmappen gucken, Tag für Tag mit seinen Auserlesenen sprechen, Tag für Tag sich von deren beschränktem Fachmännerverstand überzeugen konnten.

Moltke und Bismarck hatten für den Fall des Zweifrontenkrieges Offensive gegen Rußland, Defensive gegen Frankreich und Wahrung der Neutralität Belgiens aus guten politischen und strategischen Gründen in Aussicht genommen**). Unter Schlieffen in den Neunzigerjahren wurde der Plan umgestürzt: Offensive gegen Frankreich, zu diesem Zweck Verletzung der Neutralität Belgiens (und Luxemburgs) und Defensive gegen Rußland. Dieser Plan war schon aus politischen, wahrscheinlich auch aus strategischen

*) Diesen Kollektivfehler hat Bethmann vor der Berliner Untersuchungskommission am 31. Oktober 1919 zugegeben.

**) Hermann Hoffmann: „Fürst Bismarck 1890—1898", II. Band, S. 194 und 206; Moltkes Denkschriften von 1858, 1863, 1868/9 in seiner „Militärischen Correspondenz", S. 6 und 44, „Militärische Werke", III. Teil, 1. Abteilung, S. 121 ff.

Gründen, verwerflich. Die Offensive gegen Frankreich zog die Sympathien der ganzen Welt, die von jeher diesem Lande galten, auf die Seite der Gegner und rief, im Verein mit der Verletzung der Neutralität Belgiens, Englands ausschlaggebende Macht gegen die Mittelmächte ins Feld, während die Offensive gegen Rußland sicher in Amerika, auch in England, zum Teil selbst in Frankreich den Mittelmächten mancherlei Sympathien zugeführt hätte. Man mag sagen, daß der Angriff auf Frankreich und Belgien England nur als Vorwand zur Einmischung in den Krieg gedient habe — und für manche englische Politiker ist das gewiß richtig — aber für die uns hier beschäftigende Betrachtung verschlüge eine solche Erwägung gar nichts, da es ein eben so großer Fehler gewesen wäre, England einen guten Vorwand zur Einmischung zu liefern wie einen gerechten Grund. Für diesen allerverhängnisvollsten Fehler, der sogar eine Ausdehnung des Krieges über die beiden einander gegenüberstehenden europäischen Mächtegruppen hinaus nach sich zog, ist nun einzig und allein der deutsche Generalstab, in Verbindung mit dem in Deutschland herrschenden politischen System — „Militarismus“ — verantwortlich, welches den deutschen Staatsmännern jeden Einfluß auf militärische Dinge versagte. An diesem Fehler ist Wien nicht beteiligt, da der deutsche Generalstab sich von Wien in solchen Fragen sicher nichts dreinreden ließ.

Ein Krieg kann fehlerlos konzipiert sein, nichtsdestoweniger können sich bei seiner Ausführung Fehler oder Zwischenfälle einstellen, die die ursprüngliche Rechnung auf den Sieg umstürzen. Die Fehler aber, die hier aufgezählt sind und deren Zahl noch leicht vermehrt werden könnte, waren Fehler der Konzeption, nicht erworbene, sondern angeborene Fehler, Geburtsfehler des Krieges. Sie wirkten schon bei der Bildung des Kriegswillens der beiden Mittelmächte

mit. Man muß sich diese Fehler vor Augen halten, um die Frage des Kriegswillens, zu der wir nun übergehen wollen, richtig beurteilen zu können. Viele Kriegsschriftsteller haben das unterlassen und sind so zu mancherlei Ungereimtheiten gekommen. Wenn man zum Beispiel außeracht läßt, daß die Mittelmächte im Augenblick der entscheidenden Beschlüsse die Kampffähigkeit und Kampfkraft der Tripelentente unterschätzten, so kommt der die Mittelmächte exkulpierende Schriftsteller zum Schluß, den Kriegswillen der Mittelmächte zu leugnen, da sie ja hätten von Sinnen sein müssen, um gegen eine solche Übermacht den Krieg zu wagen, und so gelangt er dazu, den Ententemächten den Kriegswillen zuzuschreiben und die Mittelmächte als den überfallenen oder in eine Falle geratenen Teil von jeder Schuld freizusprechen, wobei er zur Illustration etwa darauf hinweist, daß Deutschland in den letzten vierzig Jahren Frieden gehalten hat, während England in dieser Zeit fast unaufhörlich (Kolonial-)Kriege geführt hat. Der die Mittelmächte inkulpierende Schriftsteller dagegen, der denselben Fehler ihres Konzepts übersieht, gerät, mit dem gleichen Recht oder Unrecht, in die entgegengesetzte Richtung. Er sagt, wenn die Mittelmächte einen Kampf gegen eine solche Übermacht gewagt haben, so beweist das den kriegerischen Geist, die Rauflust, die Landsknechtnatur, die Abenteuerlust des deutschen Volkes oder der Preußen, für die er dann allerhand Beweise aus der Geschichte und der Literatur von der Völkerwanderung angefangen bis auf die Bismarckschen Kriege heranzieht. Bei richtiger Würdigung der bei der Vorbereitung des Krieges begangenen Kunst-, Rechen- und Denkfehler wird man die Mittelmächte weder für unschuldige Lämmer noch für reißende Wölfe halten und doch ein widerspruchsloses Urteil in der Frage des Kriegswillens und der Schuld erreichen.

Der Kriegswille der Mittelmächte

Seit sieben Jahren schlagen sich alle die Staatsmänner, Politiker und Kriegsschriftsteller aller der am Weltkrieg beteiligten Staaten und mancher aus den neutralen Staaten um die Frage des Kriegswillens der Entente- und der Zentralmächte herum, ohne zu irgend einem klaren Ergebnis zu kommen, weil sich keiner der vielen Wortführer noch die Mühe genommen hat, den Begriff des Kriegswillens, mit dem sie alle miteinander und gegeneinander operieren, zu analysieren und klarzustellen. Was würde man von einem Chemiker sagen, der ohne Mikroskop, Wage und Reagentien untersuchen wollte, was von einem Astronomen, der den gestirnten Himmel durch das Fensterglas betrachten wollte? So primitiv sind aber die Mittel, mit denen die historisch-politische Kritik in diesem Falle arbeitet, weil sie die Logik nicht zu Hilfe nimmt, ohne welche man mit Begriffen nicht umgehen kann. Die Wortführer der Ententemächte haben in tausend Reden und Schriften die Zentralmächte des Kriegswillens beschuldigt, und deren Wortführer haben ihnen diesen Vorwurf ebenso oft zurückgegeben. Solange man nicht genau zwischen Kriegswillen und Kriegswillen in seinen vielfachen Differenzierungen und zwischen den verschiedenen Gesellschaftsgruppen unterscheidet, die da und dort, in diesem oder jenem Zeitpunkt die Träger des Kriegswillens sind, haben alle recht und alle unrecht zugleich, weil der undifferenzierte Begriff des Kriegswillens alles umfaßt, jeder unausgesprochen etwas anderes darunter versteht und in dieser allgemeinen Begriffsverwirrung eine Verständigung unmöglich

ist. Jeder Körper ist lang, es kommt nur darauf an, wie lang er ist, und um das zu erfahren, muß man ein Längenmaß ausdenken und einen Maßstab konstruieren. Es wäre dumm, darüber zu streiten, welche Körper lang sind und welche nicht, so sieht aber ungefähr der in Allgemeinheiten sich bewegende Streit über den Kriegswillen der verschiedenen Mächte aus.

Der *aktuelle* Kriegswille der Mittelmächte im Juli 1914 entsprang in Wien, war zunächst nur auf Serbien und Rußland gerichtet, auf Serbien *aktiv,* auf Rußland *passiv,* Serbien war man entschlossen zu bekriegen, von Rußland war man entschlossen Serbiens wegen bekriegt zu werden. Doch erstreckte sich schon der Wiener passive Kriegswille in eventum auch auf die Verbündeten Rußlands. Dieser Kriegswille Wiens vereinigte sich aber mit dem Berliner Kriegswillen, der weit mächtiger, umfassender war, und durch den Zusammenfluß der beiden Kriegsströmungen, der Wiener und der Berliner, entstand der Weltkrieg. So kann man es im Bilde ausdrücken. Wie große Ströme in der Regel mehrere Quellen haben, so auch der Weltkrieg eine österreichisch-ungarische und eine deutsche, die in den zwölf Juli-August-Tagen zu einem großen Strom zusammenflossen — dem Weltkrieg. Ein fließendes Gewässer wird von den Geographen nach jener seiner Quellen benannt, die am weitesten von seiner Mündung entfernt ist, wenngleich eine nähere Quelle die wasserreichere sein mag. So ist der Inn an seinem Zusammenfluß mit der Donau der stärkere Fluß, und doch heißt der ganze Strom nicht Inn, sondern Donau. Ähnlich können wir sagen, daß die österreichisch-ungarische Quelle des Weltkrieges die weitere, ihre Entwicklung die längere ist, der Krieg selbst also von ihr aus als ein Ganzes betrachtet werden muß. Die deutsche Quelle, wenn auch die kürzere, sozusagen die spätere, ist doch beim Zusammenfluß die stärkere, sowie das Deutsche

Reich überhaupt der weitaus stärkere der beiden Zentralstaaten ist. Wer bloß am Ort des Zusammenflusses der beiden Quellen den Strom betrachtet, wird geneigt sein, der sichtbar stärkeren größere Bedeutung beizumessen als der schwächeren, deren längeren Weg und deren dadurch begründeten Primat er vom Standpunkt seiner Betrachtung aus nicht übersieht. So kommt es, daß die vielen Kriegsschriftsteller, die bei ihrem Studium der Kriegsursachen von den ereignisreichen zwölf Juli-August-Tagen ausgegangen sind, den ganzen Weltkrieg zu ausschließlich nach dem deutschen Kriegswillen beurteilt und den österreichisch-ungarischen darüber allzusehr vernachlässigt haben. In diesem Buch ist dagegen der Versuch unternommen worden, den Weltkrieg bis an seine entferntere Quelle zu verfolgen, die in Österreich-Ungarn liegt, ohne deswegen die an sich stärkere deutsche Quelle zu unterschätzen. Unklarheiten und Widersprüche lösen sich bei dieser Betrachtungsweise auf.

In der Kriegsliteratur wird dann auch bei den Erörterungen der Schuldfrage das Problem zu einfach genommen. Man sucht nach Einem Schuldigen, nach Einem Kriegsursprung. Diese Vereinfachung wirkt aber verwirrend. Eine schärfere Unterscheidung zwischen dem österreichisch-ungarischen und dem deutschen Ursprung des Krieges macht die Schuldfrage zunächst komplizierter, sie stellt sie aber klarer und ermöglicht eine angemessene Verteilung der Schuld auf die verschiedenen, in verschiedenem Maße Schuldigen. An seinem Ursprung, in Wien, ging der Kriegswille nur auf die Vernichtung Serbiens. Dies aber um jeden Preis, „ohne Rücksicht auf den europäischen Frieden". Zu diesem Zweck war Wien jedes Mittel heilig. Es hätte einen auf Serbien beschränkten kleinen Krieg, eine Strafexpedition vorgezogen, aber da der Zweck nur durch einen europäischen, einen Weltkrieg zu erreichen war, nahm es

auch diesen auf seine oder, besser gesagt, auf die tragfähigeren Schultern des Bundesgenossen.

In Wien hoffte man, mit Serbien allein es zu tun zu haben. Begreiflicherweise! Über Serbien ging der Ehrgeiz der Wiener Machthaber nicht hinaus. Ein serbischer Feldzug wäre auch das leichtere, bequemere und — nicht zu vergessen — das sicherere Unternehmen gewesen. Jede Erweiterung des Umfanges des Krieges war Wien lästig, zeitraubend, unsicher. Deswegen bemühte sich auch Wien so eifrig um die Lokalisierung des Krieges, die das Um und Auf der diplomatischen Arbeit des Grafen Berchtold und seiner Leute war und es, im Unterschied zu Berlin, bis zuletzt blieb. Noch in seiner Zirkulardepesche vom 31. Juli *) wünscht Graf Berchtold die Fortdauer der bisherigen guten nachbarlichen Beziehungen zu Rußland, erhofft er eine „allseitige Beruhigung", das heißt Lokalisierung des Krieges, aber deswegen will er sich doch von der Note an Serbien „nichts abhandeln lassen", von seinem serbischen Opfer nicht ablassen. In dieser Auffassung war er mit den Militärs einig. Wenn es nur gegen Serbien Krieg gegeben hätte, wäre Baron Conrad nach errungenem Sieg auch Feldmarschall und Maria Theresien-Ordensritter geworden. Aber das viel sicherer und leichter als im Fall eines Zusatzkrieges mit Rußland und wer weiß wem sonst noch in der Welt.

In Wien also herrscht ein einheitlicher, auf ein bestimmtes, wenngleich beschränktes Kriegsziel (Serbien und Rußland) gerichteter Kriegswille. Der Dissens zwischen den Staatsmännern und Generälen, zwischen den Zivilisten und Militärs, der noch 1911 unter Aehrenthal wegen des Kriegsfalles gegen Italien zur Demission des Chefs des Generalstabes Conrad geführt hatte, war unter Berchtold, mindestens nach

*) „Österreichisches Rotbuch", III, Nr. 78.

dessen ersten im Balkankrieg erlittenen Mißerfolgen, seit der Wiederernennung Conrads zum Chef des Generalstabes, einem Konsens gewichen, und zwar in der Art, daß die Militärs die Oberhand erhielten und die Zivilisten, nämlich Berchtold, ihre kriegslüsterne Politik annahmen. In Deutschland jedoch war zur kritischen Zeit jener für einen Militärstaat natürliche Prozeß noch nicht vollendet. Zwischen Zivilisten und Militärs bestand der typische Dissens, unter dem schon Bismarck gelitten hatte, und der Ausgleich zugunsten der Militärs erfolgte erst unter dem Druck der ungeheuren Ereignisse während der zwölf Juli-August-Tage, zwischen dem serbischen Ultimatum und der Kriegserklärung Englands. Wenn wir den Kriegswillen Berlins erkennen wollen, müssen wir also eine weitere Distinktion in unsere Betrachtung einführen, sowie auch der Zustrom eines Flusses seinerseits gespalten sein kann. Der Kriegswille ist hier nach den handelnden Gruppen ein verschiedener, und da diese Gruppen zu verschiedenen Zeitpunkten eingreifen, auch zu verschiedenen Zeitpunkten ein verschiedener. Die politische Gruppe, der Reichskanzler und das Auswärtige Amt tritt nun zuerst in Aktion, und zwar schon beim Einlangen des Handschreibens des Kaisers Franz Joseph an den Kaiser Wilhelm, am 5. Juli 1914. Der Kriegswille dieser Gruppe steht fest, wir haben ihn aus dem Telegramm des Reichskanzlers vom 6. Juli erkannt. Dieser damalige Kriegswille der politischen Gruppe ist ein sekundärer, derivativer, der mit dem originären Wiener Kriegswillen identisch, wie dieser lediglich auf die Vernichtung Serbiens gerichtet ist — eine Rückkehr zur Nibelungentreue, allerdings mit kriegerischer Stimmung, ein Ergebnis des Zickzackkurses, der sich immer auf das Bündnis mit Österreich-Ungarn berief, es aber je nach Laune bald in nüchterner Textkritik auf den Defensivfall beschränkte, bald in romantischer

Überschwenglichkeit zu einem Offensivbündnis, zu einem Bündnis auf Leben und Tod, „auf Gedeih und Verderb" ausweitete. Demgemäß strebt auch die Berliner politische Gruppe, solange sie allein agiert, die Lokalisierung des Krieges mit Serbien an, ganz so wie Wien und verbindet gleichfalls in dieser Phase mit dem aktiven Kriegswillen gegen Serbien einen passiven Kriegswillen gegen die ganze Entente, d. i. zum Weltkrieg — nur daß dieser letztere, der passive Wille zum Weltkrieg bei der Berliner politischen Gruppe (mit Ausnahme des Herrn von Jagow) nicht so bedenkenlos und unerschütterlich ist wie in Wien.

Die Lokalisierung mißlingt, Wilhelm II. beginnt zu vermitteln, d. h. den aktuellen Kriegswillen zeitweilig zu verlieren. Jetzt greifen die Militärs ein. Die Militärs, mit denen in der Politik die Alldeutschen zusammengehen, haben auch ihren Kriegswillen, haben ihn schon vor der Sarajevoer Affäre gehabt, und er hat mit Serbien zunächst gar nichts zu tun. Dieser Kriegswille der Militärs und Alldeutschen, ein primärer Kriegswille, war in der Marokkoaffäre aufgekeimt, in den Balkankriegen und der Zabernaffäre herangereift, seit 1913 etwa latent und stand seit dem russisch-deutschen diplomatischen Konflikt von Ende 1913 (Bernhardi) sprungbereit auf der Lauer nach einer Gelegenheit. Dieser Kriegswille ist aktiv, der Wille zum Präventiv- und Eroberungskrieg, der Wille zum europäischen Krieg, zum Krieg mit Rußland und Frankreich, wenn nötig auch mit England und Italien. Ihm war die Ermordung des österreichisch-ungarischen Thronfolgers und der Krieg mit Serbien, sofern er lokalisiert blieb, ebenso Hekuba wie den österreichisch-ungarischen Militaristen und Imperialisten der allgemeine europäische Krieg Hekuba war. Nur weil die Lokalisierung des Krieges mit Serbien als unausführbar gelten konnte, faßten die Alldeutschen und Militärs in Berlin tieferes Interesse

an der Affäre, mit der sich die Diplomaten abgaben. Das war die richtige Gelegenheit für die Entfesselung des allgemeinen europäischen Krieges, den sie für notwendig, für dringlich, für unaufschiebbar hielten. Denn — das wissen wir schon aus früheren Erörterungen — Österreich-Ungarn, auf dessen Soldaten sie unbedingt rechnen mußten, war nicht verläßlich, wenn es sich um einen Krieg für Ziele handelte, die Österreich-Ungarns beschränkten Interessen fernlagen, es war nur dann verläßlich, wenn der allgemeine europäische Krieg bei einem Anlaß zum Ausbruch kam, bei dem Österreich-Ungarn selbst um seine Existenz kämpfen zu müssen glaubte — am besten natürlich, wenn der Anlaß sich im eigenen Interessenkreis Österreich-Ungarns ergab, so daß der Krieg zunächst als Österreich-Ungarns eigener Krieg entstand und Deutschland nur als Österreichs treuer Beistand in den Krieg einzutreten schien. Dieses schwierige Problem der Kriegherbeiführung bei einem so diffizil definierten Anlaß wurde nun — wunderbar! — durch den Zufall des Attentats von Sarajevo gelöst in dem Moment, als dieser Anlaß zu einem Kriege führte, der nicht lokalisiert werden konnte. Jetzt schlug die Stunde der deutschen Kriegspartei. Sie griff ein, drängte die politische Gruppe, die mit ihrer Lokalisierungsdiplomatie vor einem Mißerfolg stand und sich keinen Rat mehr wußte, in den Hintergrund, bemächtigte sich selbst der Führung und zwang der politischen Gruppe, einschließlich des Kaisers, ihren Kriegswillen, den aktiven Willen zum europäischen Krieg, zum Weltkrieg auf, den sie auch sofort durch Ultimaten (Mobilisation bedeutete in Deutschland schon Krieg) verwirklichte. Die Berliner militärische Gruppe riß die Berliner politische Gruppe, diese riß Wien mit, dessen Diplomatie in der späteren Phase Berchtolds wie nachher unter Burian und Czernin wieder zu der alten Sekundantenrolle

herabsank — aber ohne Brillanz, während die Berliner Staatsmänner auch nur mehr die Aufgabe hatten, das Odium für den Weltkrieg auf Rußland abzuwälzen.

Der Kriegswille der Ententemächte

Der absolute Friedenswille ist Urchristentum, Quäkertum, Tolstoianismus, Pazifismus. Daß nicht Urchristen, Quäker, Tolstoianer oder intransigente Pazifisten an der Spitze der Regierungen der Ententestaaten im Juli 1914 standen, ist eine ausgemachte Sache. Eine gewisse Art von Kriegswillen ist auch ihnen eigen gewesen. Doch muß man, um ihren Kriegswillen richtig zu erkennen, weitere logische Differenzierungen in die Betrachtung einführen, sozusagen schärfere Gläser aufsetzen. Auf den Kriegsfall sind alle Regierungen, so viele es bisher in der Geschichte gegeben hat, eingerichtet und insoferne immer und jederzeit von einer gewissen Art von Kriegswillen erfüllt. Ein letzter Funke von Kriegswillen glimmt unter der Asche ihrer noch so friedlichen Bestrebungen in jeder Regierung jederzeit fort und kann unter Umständen in jedem Augenblick zur Kriegsflamme entfacht werden. Der Krieg ist die ultima ratio im Völkerleben, auch heute noch, und wird und muß es so lange bleiben, als nicht durch eine noch nicht entdeckte, aber schon lange gesuchte überstaatliche Organisation der Krieg abgeschafft, unnötig und deswegen unmöglich gemacht wird. Das ist der *latente Kriegswille* in seiner *passiven* Form, bei der die Völker ruhig zu schlafen sich durch Jahrhunderte lange Übung gewöhnt haben. „Es kann der Beste nicht im Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbarn nicht gefällt.“ Weit gefährlicher für den Frieden ist der latente Kriegswille in seiner *aktiven* Form, wie wir ihn schon bei der deutschen Kriegspartei von 1913 ab und, mit der Beschränkung auf Serbien, bei der österreichisch-ungarischen Kriegspartei seit 1909 feststellen konnten. Er ist, wenn

auch nur schlummernd, der Wille, anzugreifen, während die passive Form nur an die Verteidigung denkt. Der aktive latente Kriegswille wird aktuell, wo sich eine günstige Gelegenheit zum Angriff gegen einen anderen Staat ergibt (z. B. Österreich-Ungarn gegen Serbien 1912, 1913), während der passive erst dann aktuell wird, wenn der eigene Staat von einem anderen angegriffen wird, also nur zur normalen Geistesverfassung der Staatsmänner zivilisierter Nationen im allgemeinen gehört. Die so oft in friedlichen Zeiten zu beobachtende prinzipielle Meinungsverschiedenheit zwischen den Staatsmännern und den Militärs läßt sich meist auf diesen Unterschied zwischen dem passiven und dem aktiven latenten Kriegswillen zurückführen. Dieser letztere wieder versteckt sich mit Vorliebe schamhaft unter der Fiktion des Präventivkrieges, indem er dem anderen Teil, den er angreifen möchte, den aktiven latenten Kriegswillen imputiert, dessen Aktualisierung er rechtzeitig zuvorzukommen vorgibt, und sieht den bloß passiven latenten Kriegswillen der eigenen Staatsmänner als einen Beweis von Furcht und Schwäche an.

Zum Kriegführen gehören bekanntlich zwei. Die Mittelmächte hätten Krieg nicht führen können, wenn die Ententemächte nicht gewollt, absolut nicht gewollt hätten. Diese hatten also im Juli 1914 einen latenten passiven Kriegswillen. Doch haben damals ihre Staatsmänner selbst keinen Krieg geplant, sogar davor zurückgeschreckt, wie wenigstens aus den gewiß für sie nicht voreingenommenen Berichten der deutschen und österreichisch-ungarischen Diplomaten und aus den Aussprüchen der deutschen Staatsmänner und Militärs, auch des Kaisers hervorgeht. Vom aktuellen aktiven Kriegswillen waren sie also, soweit man aus dem bisher von beiden Seiten bekannt Gewordenen schließen kann, damals frei. Die Schattierungen ihres latenten Kriegswillens im einzelnen zu

untersuchen, innerhalb jedes einzelnen der Staaten nach Regierungsgruppen, Parteien und Gesellschaftsklassen oder gar nach Individuen, wie es bei den Mittelmächten versucht wurde, geht über die Aufgabe dieses Buches und auch über die Hilfsmittel des Verfassers hinaus, der seit Jahrzehnten wohl die Politik und das öffentliche Leben der beiden Zentralmächte in der Nähe beobachtet hat, die der anderen Mächte aber nur von der Ferne her verfolgen konnte. Inzwischen gestatten schon die Aktensammlungen der Mittelmächte und die politische Entwicklung, das Gröbste auch auf der anderen Seite zu unterscheiden. Man weiß, daß Frankreich seit 1871 seine Nationalisten hatte, die nach Revanche schrien, man weiß auch, daß sie seit dem Marokko-Konflikt 1905, vor dem ihr Einfluß schon zurückgegangen war, wieder stärker geworden waren. Man kennt die Jingos in England, und es ist gewiß, daß der fortschreitende Ausbau der deutschen Flotte und die alldeutsche Agitation ihnen in den letzten Jahren erhöhte Beachtung sicherten. Diese Gruppen entwickelten schon seit Langem einen aktiven (latenten) Kriegswillen, doch die Regierungen in den beiden Ländern standen zu ihnen in scharfem Gegensatz. In der englischen Regierung saß als Staatssekretär des Äußern Sir Edward Grey, der sich früher und auch diesmal, wie ihm das deutsche Weißbuch noch am 3. August 1914 öffentlich bezeugte, sehr energisch, und 1909 und 1913 auch erfolgreich, um die Aufrechterhaltung des europäischen Friedens bemüht hat. Die französische Regierung hat in diesem Zeitpunkt sicher nur einen passiven latenten Kriegswillen gezeigt, und auch diesen bloß derivativ, insofern sie sich verpflichtet fühlte, Rußland gegenüber ihre Bündnispflichten zu erfüllen. In England lag der Fall ähnlich, nur daß hier keine feste Bündnisverpflichtung, sondern bloß das eigene Interesse an der Aufrechterhaltung der Machtstellung

Frankreichs und der Wahrung der Neutralität Belgiens das Motiv gab. In Rußland war schon vor dem Weltkrieg bei den Militärs und den Panslawisten ein latenter, aber aktiver und originärer Kriegswille zu bemerken, da man in diesen Kreisen eine Revanche für 1909 nehmen zu müssen glaubte und überhaupt eine kriegerische Entscheidung der Probleme des nahen Orients nicht nur gegenüber Österreich-Ungarn, sondern auch gegenüber Deutschland für unvermeidlich hielt. Doch dachte man, erst im Jahre 1916 oder 1917 dazu genügend vorbereitet zu sein, und in Rußland hat man sich bekanntlich seit Jahrzehnten immer auf diesen Krieg vorbereitet, sich aber in jedem gegebenen Zeitpunkt immer wieder nicht genügend vorbereitet gefunden. Die russischen Staatsmänner, insbesondere Sasonow, waren im Anfang der Juli-Verwicklungen auf einen latenten passiven Kriegswillen gestimmt, der sich aber nach der österreichisch-ungarischen Kriegserklärung an Serbien vom 28. sowohl gegen Österreich-Ungarn als auch gegen Deutschland aktualisierte und unter dem Einfluß der Militärs als Mobilisation in Erscheinung trat. Wie Frankreich auf Rußland, England auf Frankreich, so glaubte Rußland auf Serbien Bedacht nehmen zu müssen, weil es sich als Protektor dieses kleinen Staates fühlte, mit dem seine Balkaninteressen und sein Prestige verknüpft waren. Rußlands Kriegswille war somit auch ein derivativer, passiver (defensiver).

Ohne logische Distinktionen wie die hier eingeführten, ist es unmöglich zu einem widerspruchslosen, das heißt auch unwidersprechbaren und unwiderlegbaren Urteil über den Kriegswillen und die Kriegsschuld zu gelangen, und es ist erstaunlich, daß sich unter den zahllosen Stimmen von Staatsmännern, Politikern, Schriftstellern, Journalisten, Militärs, Historikern, Ethikern, Pazifisten, die sich über diese Frage öffentlich ausgesprochen haben, bisher auch nicht eine

einzige gefunden hat, die den Versuch unternommen hätte, die betreffenden Begriffe zu analysieren und ihre Spielarten zu distinguieren, also dem Problem nach wissenschaftlichen Methoden beizukommen. Wer alle die falschen oder nur halbwahren tatsächlichen Behauptungen ausscheidet und nur die durch die amtlichen Dokumente und sonstige verläßliche Beweismittel erwiesenen Tatsachen seinen Schlußfolgerungen zu Grunde legt und dabei die notwendigen begrifflichen Distinktionen festhält, wird ohne Schwierigkeit die herrschende Begriffsverwirrung zu überwinden und die vielen Fehlschlüsse, die umlaufen, zu erkennen vermögen. Es würde zu weit führen, sie alle an dieser Stelle zu widerlegen. Sie gliedern sich nach ihren Fehlerquellen in zwei Hauptkategorien: Fehlschlüsse aus falschen Tatsachen und Fehlschlüsse aus falschen Begriffen. Natürlicherweise werden zuweilen in einem Fehlschuß beide Fehlerquellen kombiniert. Beispielshalber sollen hier einige besonders beliebte Fehlschüsse besprochen werden. Zunächst zwei Beispiele von Fehlschüssen aus Irrtümern in den Tatsachen:

Man hat so oft gesagt, daß der englische Staatssekretär an allem Unglück schuldig sei; wenn er im Laufe des Monats Juli Deutschland hätte wissen lassen, daß England an Seite Rußlands und Frankreichs in den Krieg eintreten würde, hätten die deutschen Staatsmänner den Krieg nicht gewagt. So konnte man in Deutschland sprechen, so lange dort die Akten der diplomatischen Verhandlungen nicht bekannt waren. Denn Grey hat allerdings öffentlich Deutschland nicht gewarnt, sonst hätte er Rußlands Kriegslust gestärkt. Um den Krieg zu vermeiden, blieb er bei der Geheimdiplomatie, kündigte dem deutschen Botschafter Lichnowsky am 25. und 29. Juli insgeheim, aber in den ernstesten Worten an, daß England in den Krieg eintreten würde, falls Deutschland und Frankreich darin hineingezogen würden, wei-

gerte sich aber gleichzeitig, gegenüber dem ihm stark zusetzenden französischen Botschafter Paul Cambon irgend eine Verpflichtung zur Teilnahme am Kriege einzugehen *). Ebenso zugeknöpft benahm sich der englische Botschafter in Paris, Sir F. Bertie, so daß sich der Präsident der französischen Republik Poincaré im Moment der äußersten Gefahr, am 31. Juli, entschloß, sich selbst an den König von England mit der Bitte um Hilfe zu wenden. Doch auch der König bot ihm in seiner Antwort nur schöne Reden, vermied aber jede Zusage**). So war in Wahrheit Greys später in Deutschland so scharf verurteiltes „Doppelspiel" beschaffen — ein Doppelspiel in der guten Absicht, beide Teile des Sieges unsicher zu machen und so friedlich zu stimmen***). Es gelang ihm freilich nicht. Sein Verhalten ist jedenfalls nicht, wie seine Ankläger meinen, ein Beweis seines aktiven Kriegswillens, seiner Kriegshetzerei, sondern erwächst, so wie wir es jetzt aus den Kriegsakten vollständig übersehen, sogar zu einem Beweis seines aktiven Friedenswillens.

Ein anderes Beispiel tatsächlicher Fehlschlüsse: Bei den ersten Kämpfen gegen die Russen im August 1914 fanden die österreichisch-ungarischen Armeen unter den Gefangenen Leute aus weitentfernten Teilen des russischen Reiches. Daraus schloß man, daß die Russen schon Monate vorher mit den Vorbereitungen zu ihrer Mobilisierung angefangen haben müssen, daß sie also diesen Krieg prämeditiert haben. Man übersieht dabei — aus Absicht oder aus Unwissenheit —, daß die Russen schon im Frühjahr 1914 für den Herbst

*) „Englisches Blaubuch", Nr. 119, und „Französisches Gelbbuch", Nr. 110.

**) „Englisches Weißbuch", wiederabgedruckt in Headlam, „Twelf Days" (deutsch „Zwölf Tage Weltgeschichte").

***) Schon während des Krieges hat der Schweizer Cuno Hofer in seinem Buche „Der Ausbruch des Weltkrieges" (S. 135) die gute Absicht dieses Doppelspiels dargestellt.

dieses Jahres eine sogenannte Probemobilisierung an ihrer Westgrenze öffentlich angekündigt hatten, die auch Kaiser Franz Joseph, wie wir oben gesehen haben, in seinem Gespräch mit Herrn v. Tschirschky am 2. Juli erwähnt hat. Diese Probemobilisierung würde es — von etwaigen uns unbekannten sonstigen Dislokationsverhältnissen der russischen Armee abgesehen — vollständig erklären, daß schon im Anfang des Krieges Truppen aus weitentfernten Teilen Rußlands an der Westgrenze zur Stelle waren, es waren eben die zum Zweck der Probemobilisierung an die Westgrenze gezogenen Truppen. Eine solche Probemobilisierung war in Rußland kein Novum. Im Winter 1912 auf 1913 hat es auch schon eine gegeben. Auch damals war nur der sonderbare Name neu. In der Bismarckschen Zeit hießen sie bloß anders, nämlich Truppenkonzentrationen, gaben damals den Staatsmännern, Politikern und Journalisten Rußlands und der Mittelmächte, vor allem auch Bismarck, viel Stoff zu kriegdrohenden Reden, führten aber nie zum Kriege, sondern verschafften den Militärs der Mittelmächte nur einen willkommenen Anlaß zu militärischen Neuforderungen. Als im Anfang des Jahres 1913 Prinz Gottfried Hohenlohe im Auftrag und mit einem Handschreiben des Kaisers Franz Joseph beim Zaren vorsprach, um diesen dazu zu bestimmen, daß er in die gleichzeitige Demobilisierung der beiderseitigen Armeen einwillige, kündigte der Zar, der sich mit diesem Vorschlag einverstanden erklärte, dem Spezialgesandten des Kaisers Franz Joseph ausdrücklich an, daß von nun ab aus militär-technischen Gründen alljährlich eine Probemobilisierung an der westlichen Grenze Russlands stattfinden werde, über die man dann nicht überrascht sein möge*). Diese russischen Probemobilisierungen sind demnach militärischen

*) Mitteilung des damaligen k. u. k. Militärattachés in Petersburg, Prinzen Franz Hohenlohe.

Manövern gleichzuachten, und es wäre insbesonders verfehlt, die für den Herbst 1914 vorbereitete Probemobilisierung als einen Beweis (aktiver) kriegerischer Absichten Rußlands auszulegen.

Nun noch einige Beispiele von Fehlschlüssen logischer Natur: Graf Berchtolds These in den diplomatischen Verhandlungen des Monats Juli 1914 war, daß Österreich-Ungarn nur Serbien angegriffen habe, nicht Rußland, und daß Rußland deswegen kein Recht zur Einmischung in den Streit, zum (passiven) Krieg(swillen) habe, und diese These sprachen ihm die deutschen Staatsmänner nach. Sie war die logische Grundlage der Lokalisierungspolitik, deren politischen Fehler wir in einem besonderen Kapitel bereits klargelegt haben. Ihr logischer Fehler bestand darin, daß sie nicht zwischen originärem und derivativem Kriegswillen unterschied, d. h. den derivativen passiven Kriegswillen Rußlands ignorierte, als ob es so etwas nicht geben könne oder dürfe. Der gleiche Fehler wird dann begangen, wenn man England das „Recht" abspricht, Krieg zu erklären, um Frankreichs Großmachtstellung zu schützen. Der Fehler wird besonders drastisch, wenn man bedenkt, daß Deutschland selbst seine Stellungnahme im Krieg zunächst mit seinem Interesse an der Erhaltung der Großmachtstellung der österreichisch-ungarischen Monarchie, also in gleicher Weise begründet hat.

Die Fehlschlüsse, die auf der Gleichsetzung des passiven mit dem aktiven Kriegswillen, bezw. auf der Ignorierung dieser Begriffsdistinktion beruhen, sind besonders zahlreich. Bei den militärisch denkenden Menschen — und das sind Viele, die es von sich selbst gar nicht glauben — ist dieser Fehlschluß im Zusammenhang mit der Frage der Priorität der Mobilisierungen sehr beliebt. Sie behaupten, daß die Russen zuerst mobilisiert haben, dies beweise, daß die Russen den Krieg aktiv gewollt haben. Daß die Priorität der

Mobilisierung gar nicht Rußland zufällt, sondern den Mittelmächten, ist eine Tatsache, die wir bereits früher erörtert haben. Aber selbst wenn Rußland mobilisiert hätte, wäre es logisch falsch, daraus ohneweiters auf seinen aktiven Kriegswillen zu schließen. Eine Mobilisierung kann ebenso gut wie einem aktiven, offensiven auch einem passiven, defensiven Kriegswillen dienen, und daran ändert der Zeitpunkt der Mobilisierung nichts, der lediglich ein technisch-militärisches Moment ist, während der Kriegswille ein psychologisch-politisches ist. Aus der Politik und Psychologie der maßgebenden Staatsmänner allein kann man schließen, ob ihr Kriegswille ein aktiver oder ein passiver ist, und daraus ergibt sich erst die Qualifikation der Mobilisierung ihrer Armee, d. h. ob diese Mobilisierung zum Angriff oder zur Verteidigung bestimmt war. Aber so einfach, sozusagen mit der Uhr in der Hand, lediglich durch Feststellung des Zeitpunktes der Mobilisierung läßt sich ein so kompliziertes politisch-psychologisches Problem nicht lösen, wie das der Kriegsschuld. Da aber mit dieser Geistlosigkeit bereits Bände über Bände in Deutschland zusammengeschrieben und -gesprochen worden sind, soll noch ein Vergleich zur Aufklärung beitragen: In einer Sommerfrische sind einige Straßenüberfälle auf Kurgäste vorgekommen, infolge dessen sich vorsichtige Kurgäste mit Waffen versehen haben. Eines Abends geht ein solcher Kurgast einen einsamen Weg. In banger Erwartung hält er mit der Hand in der Hosentasche seinen geladenen Revolver bereit. Da taucht im Dunkel eine verdächtige Gestalt vor ihm auf, sie kommt immer näher, es ist ein mit einem Ziegenhainer bewaffneter Mann, auf den die von überfallenen Kurgästen gelieferte Beschreibung des Straßenräubers zu passen scheint. Der Kurgast erschrickt und zieht seinen Revolver. Der andere schlägt mit seinem Ziegenhainer blitzschnell dem Kurgast auf den rechten Arm, daß diesem der Revolver

entfällt . . . Was weiter vorgeht, ist für uns gleichgiltig. Nehmen wir an, es kommt zwischen Beiden zu einem Ringkampf, dem ein, von Beiden unbemerkt, in einem benachbarten Gebüsch versteckter Gendarm herzueilend ein Ende macht . . . Wenn der Fall aus irgend einem Grunde vor den Richter gelangt, wird dieser sich doch nicht mit der Frage abmühen, wer von Beiden früher die Waffe erhoben hat, und diesen wegen Straßenraubs verurteilen, sondern wird die Beiden ausfragen, in welcher Absicht sie zu so später Stunde die einsame Straße aufgesucht haben, welches ihre Lebensverhältnisse usw. sind, kurz den (verbrecherischen oder nicht-verbrecherischen) Willen der Beiden, beziehungsweise des einzig fraglichen, des Mannes mit dem Ziegenhainer, zu ergründen suchen, und wenn er daraus zu dem Schluß kommt, daß die Absicht des Mannes Straßenraub gewesen sein muß, nicht aber Notwehr, ihn verurteilen, trotzdem der andere zuerst zur Waffe gegriffen hat.

Ebenso häufig wie die Verwechslung von aktivem und passivem, vielleicht noch häufiger gibt die Verwechslung des latenten mit dem aktuellen Kriegswillen, beziehungsweise die Ignorierung dieser Distinktion und Gleichsetzung des latenten mit dem aktuellen Kriegswillen zu Fehlschüssen Anlaß. Sie ist die Spezialität der Historiker und der historisch Denkenden. Hier einige Beispiele:

Wenn der Reichskanzler Herr von Bethmann in seinen Kriegsreden und Schriften immer wieder dem englischen Handelsneid, den französischen Revanchegelüsten und dem russischen Expansionsdrang die Schuld am Kriege zuschrieb, so verwechselte er — wofern seine Charakteristik in diesen Allgemeinheiten überhaupt zutrifft — bestenfalls den latenten mit dem aktuellen Kriegswillen, was ein himmelweiter Unterschied ist. Noch weniger stichhaltig ist die von Wilhelm II. und Herrn von Bethmann aufgestellte,

ihnen von vielen nachgesprochene Behauptung, daß Eduards VII. „*Einkreisungspolitik*“ den Weltkrieg hervorgerufen habe. Die Einkreisungspolitik, richtiger die Bildung der Entente, war eine natürliche Reaktion auf den Dreibund, und es ist nur erstaunlich, daß sie sich erst 25 Jahre nach diesem, nicht schon viel früher eingestellt hat. Die Ententeverträge waren übrigens wie die Dreibundverträge (eigentlich noch mehr als diese) rein defensiver Natur, und schließlich sind, wie man weiß, Verträge für das Verhalten der Staaten nicht so maßgebend wie ihre Interessen. Die Erfahrung lehrt, daß die internationale Politik im allgemeinen von der Idee des politischen Gleichgewichts in Europa beherrscht wird, und sowie sich eine mächtige Koalition auf einer Seite praktisch geltend macht, bildet sich sofort (mit oder ohne vorhergegangene Verträge) eine Gegenkoalition der verletzten Interessen auf der anderen Seite. Was will man schließlich mit all den Reminiszenzen an Kriegsgelüste, Kriegspläne oder Kriegsgefahren, die in näher oder ferner vergangener Zeit den Frieden Europas bedroht haben, was mit den belgischen Gesandtenberichten beweisen? Da kann es sich doch immer nur um einen latenten, vielleicht vorübergehend für kurze Zeit aktuell gewordenen Kriegswillen handeln, der aber in der Willenssphäre stecken geblieben ist. Damit mag sich der Historiker beschäftigen oder auch der Moralist, den Politiker geht ebenso wie analog den Kriminalisten nur der aktuelle Kriegswille an, der zur Tat geworden ist. Selbst der in der Vergangenheit einmal zur Tat gewordene Kriegswille eines Staates beweist für den vorliegenden Fall nichts, wie umgekehrt der Friedenswille eines Staates in der Vergangenheit keinen Beweis gegen seinen Kriegswillen im vorliegenden Fall abgeben kann. Man wird diese verwickelten politischen Probleme sofort klarer sehen, wenn man sie im Wege der Analogie auf die

einfacheren Verhältnisse der bürgerlichen Rechtsprechung reduziert. Ein Beispiel: In einer Verbrecherkneipe hat X. dem Y. seine Taschenuhr gestohlen. Der Richter mag sich sagen, der Y. könnte auch einmal einen Taschendiebstahl begehen, ja hat vielleicht sogar schon früher einmal bei anderer Gelegenheit ein noch ärgeres Verbrechen verübt als einen Taschendiebstahl. Nichtsdestoweniger wird der Richter den X. wegen des Taschendiebstahls verurteilen und nicht den Y., der lediglich als Geschädigter der Verhandlung beiwohnt, auf die Anklagebank versetzen, mag auch X. noch so viele Schlechtigkeiten dem Y. mit Recht nachsagen.

Der lange falsche Streit über den Kriegswillen erreichte schließlich zwei Höhepunkte, auf denen ermüdete Geister einduseln konnten. Der eine Höhepunkt war gegeben, indem man nicht nur diese oder jene, sondern alle Distinktionen im Begriff des Kriegswillens insgesamt auslöschte und den Satz aufstellte, daß alle kriegführenden Mächte den (gleichen) Kriegswillen gehabt hätten und deswegen alle an dem Kriege (gleich) schuldig seien. Dieser Satz ist ebenso richtig wie der Eingangs zitierte physikalische Satz, daß alle Körper lang sind. Er ist nur für praktische Zwecke ebenso leer und unfruchtbar wie dieser. Tolstoianer können sich mit diesem Satz begnügen, denen jede Abwehr der Gewalt ebenso verwerflich erscheint wie die Anwendung von Gewalt, für jede nichtutopische Beurteilung des Kriegsproblems dagegen kommt es nur darauf an, welche der kriegführenden Staaten bloß den normalen (passiven) Kriegswillen und welche den spezifischen (aktiven) Kriegswillen gehabt haben — welche Erkenntnis durch die anderen Distinktionen (originär-derivativ, aktuell-latent) erleichtert oder gar erst ermöglicht wird. Sowie man von einem Menschen nur dann sagen kann, daß er lang ist, wenn sein Körper die normale Länge überschrei-

tet, so kann man einem Staate den Kriegswillen nur dann zur Schuld anrechnen, wenn er über den normalen hinausgeht. So wenig als alle Menschen, weil sie im physikalischen Sinn lang sind, auch praktisch als lang im eminenten Sinn oder gar als gleich lang gelten, so wenig sind alle kriegführenden Staaten am Ausbruch des Weltkriegs politisch schuldig oder gleich schuldig, weil sie jeder irgend einen (normalen oder darüber hinausgehenden) Kriegswillen gehabt haben.

Dies ist der eine Höhepunkt der Begriffsverwirrung. Der andere ist die genau entgegengesetzte These: daß keine der kriegführenden Mächte einen Kriegswillen gehabt habe. Es wird dann der Krieg entweder als ein weltgeschichtliches Elementarereignis aufgefaßt, oder als ein Unfall im Betrieb der Regierungen, der die Menschheit ereilt habe.

Der Krieg, den Niemand gewollt hat

Elementarereignis — Unfall

Die Denkfaulen suchen über die lästige, schwierige Frage der Schuld am Kriege mit der fatalistischen Betrachtung hinwegzukommen, daß vor dem Weltkrieg die politische Welt mit elektrischen Spannungen erfüllt war, die sich bei diesem oder jenem Anlaß schließlich doch unvermeidlicherweise in einem Krieg entladen hätten. Der naturwissenschaftliche Vergleich ist ganz schön, aber zum Krieg als einer Menschentat ist nicht bloß wie zum Naturereignis eine gewisse Spannung erforderlich, und die kriegerische Entladung wird nicht wie das Gewitter durch Naturkräfte von selbst herbeigeführt. Sondern zum Kriegführen gehört ein menschlicher Wille, sogar, wie gesagt, zwei Kriegswillen, vor allem aber mindestens ein aktueller, aktiver, primärer Kriegswille, d. h. der Wille, in diesem Augenblick einen bestimmten Gegner mit Krieg zu überziehen. Wo dieser Wille auf der einen Seite oder auf der anderen der passive Kriegswille, der Wille „den Handschuh aufzuheben" fehlt, gibt es keinen Krieg, da können die elektrischen Spannungen noch so groß sein. Anderseits — und auch darin unterscheidet sich die Geschichte, die die Menschen machen, von der Naturgeschichte, die sich von selbst macht — bedarf es gar nicht besonderer elektrischer Spannungen, politischer Entwicklungen, damit Krieg ausbricht. Der Anlaß dazu ist immer leicht gefunden. Wie Graf Tisza in seinem ersten, noch ganz friedlichen Vortrag an den Kaiser Franz Joseph vom 1. Juli 1914 es so schön eingestand: „Bei der jetzigen Balkanlage wäre es mein geringster Kummer, einen passenden casus belli zu finden. Ist einmal

der Zeitpunkt zum Losschlagen gekommen, so kann man aus den verschiedenen Fragen einen Kriegsfall aufrollen"*). Hat nicht, umgekehrt, in den ganzen 43 Jahren vor dem Weltkrieg, da Deutschland Frieden hielt, der politische Himmel immer voll schwarzer Wolken gehangen, ist seit dem Frankfurter Frieden und der Einverleibung Elsaß-Lothringens ins Deutsche Reich jemals die Kriegsgefahr zwischen Deutschland und Frankreich ganz geschwunden? Wie oft war nicht „Krieg in Sicht"? Und es ist nicht zum Krieg gekommen**). Oder ein anderer Fall. Kann es etwas Demütigenderes geben, als 1898 die Forderung Englands, Frankreich möge sich von Faschoda zurückziehen? War da der Krieg nicht unvermeidlich? Und er kam doch nicht. Es fehlte auf Englands Seite der volle, der aktuelle aktive Kriegswille, denn es stellte seine Forderungen nicht, wie später Berchtold, so scharf, damit sie nicht, sondern damit sie angenommen werden. England wollte in erster Linie nicht den Krieg, sondern das Objekt, Faschoda. Frankreich aber fehlte der passive Kriegswille, es gab nach, weil es auf diese Art nicht nur den Krieg zu vermeiden, sondern sogar nach Überwindung dieses Konflikts in ein ihm höher als Faschoda stehendes Freundschaftsverhältnis mit England zu kommen hoffte, und aus diesem bedrohlichen diplomatischen Zusammenstoß ging die Entente cordiale und die Tripelentente her-

*) „Österreichisches Rotbuch", I. Band, Nr. 2.

**) Das geflügelte Wort „Krieg in Sicht" stammt bekanntlich aus einem Artikel, der in der Berliner „Post" im Jahre 1875 erschien, als die Spannung zwischen Deutschland und Frankreich aufs Höchste gestiegen war. Der Artikel führte die Überschrift „Ist der Krieg in Sicht?" und gab darauf eine Antwort, die durch die folgende friedliche Lösung der Spannung bestätigt wurde und überhaupt auf allgemeine Gültigkeit Anspruch erheben darf. Die Antwort lautete: „Der Krieg ist allerdings in Sicht, was aber nicht ausschließt, daß die Wolken sich zerstreuen."

vor. Im Juli 1914 aber kannte Serbien, aus der Erfahrung der letzten Jahre, die Absichten der damaligen österreichisch-ungarischen Regierungen zu genau, es hatte im Juli ihre Machinationen zu richtig beobachtet, um sich bei Empfang des Ultimatums irgend einer Täuschung darüber hinzugeben, daß dahinter nicht der Wille nach irgend einem konkreten Streitobjekt (Sühne für den Mord), sondern der nackte Wille zum Krieg, zum Prestige-Krieg um des Sieges Willen steckte. Deswegen fehlte Serbien in jenem Augenblick der aktuelle passive Kriegswille nicht, der Wille, den Krieg, den der andere unbedingt wollte, wenn er mit noch so weitgehenden Zugeständnissen durchaus nicht zu verhindern war, aufzunehmen, und Ausdruck dieser allerdings nicht Tolstoianischen Stimmung war die wenige Stunden vor Übergabe der Antwort auf das Ultimatum am 25. Juli um 3 Uhr nachmittags angeordnete serbische Mobilisierung, die später von der Ballplatz-Publizistik mit Unrecht als Beweis des aktuellen aktiven Kriegswillens Serbiens hingestellt wurde. Es kann wohl auch vorkommen, daß zwei Gegner einander gegenüberstehen, die beide von aktivem Kriegswillen beseelt sind, wo einer nur auf die Kriegserklärung des andern wartet, die er aus taktischen Gründen der eigenen vorzieht. Ein Beispiel für diesen schwersten Fall einer kriegerischen Komplikation liefert uns wieder der italienische Krieg 1859, in dem der italienische Ministerpräsident geradezu in einen Freudentaumel geriet, als er das dreitägige Ultimatum Österreichs erhielt, das ihm durch die Schärfe seiner Bedingungen bewies, daß der Krieg nun unvermeidlich geworden sei, ohne den er die Einigung Italiens nicht für möglich hielt, wie später, 1866, Bismarck in seinem Kampf mit Österreich.*)

*) Massari, Cavour, S. 390.

Dieser Fall lag wohl anerkannter Maßen im Juli 1914 nicht vor. Es kann aber noch vorkommen, daß es in einer gespannten Lage nicht zum Krieg kommt, weil einer der Streitenden (oder beide) im letzten Augenblick sich nicht entschließen können, den Rubikon zu überschreiten, der den Willen von der Tat scheidet. Man mobilisiert und — demobilisiert dann. Solche Fälle von fausse couche des Kriegswillens kommen glücklicher Weise häufig vor, nahe liegt das Beispiel der beiden Mobilisierungen Österreich-Ungarns 1908/09 gegen Serbien, 1912/13 gegen Serbien und Rußland. Interessanter ist vielleicht noch ein anderes Beispiel, des Falles von 1850, wo Österreich und Preußen einander schon kriegsbereit gegenüberstanden, sogar vereinzelte Schüsse bereits gefallen waren, Preußen aber, knapp vor dem wirklichen Kriegsausbruch, „zurückzuckte" und den Konflikt friedlich austrug. Dieser Fall ist deswegen bemerkenswert, weil Bismarck es war, der hinter den Kulissen an diesem Rückzug mithalf und ihn später im preußischen Landtag gegen die Kriegssüchtigen, die darin eine Schmach sahen, verteidigte. Damals galt in Berlin Mobilisierung noch nicht als gleichbedeutend mit Kriegsbeginn wie 1914, und das war ein Glück, auch nach Bismarcks Ansicht.

Man sieht also, daß es im Bereich des Willens der Staatsmänner liegt, selbst die gefährlichsten kriegerischen Spannungen unschädlich zu machen. Jene Leute greifen also fehl, die den Krieg gewissermaßen als ein Elementarereignis entschuldigen wollen. Ebenso falsch ist die Auffassung einer anderen Sorte von Denkfaulen, die den Krieg gar als Unfall aufgefaßt wissen möchten, an dem natürlich auch niemand schuld ist. Sie sagen, der Krieg sei von niemandem gewollt worden, die Staatsmänner — natürlich aller Staaten — seien nur in ihn „hineingeglitten", „hineingetappt" oder, wie sich der Berliner „Vorwärts"

(5. Juli 1921) drastisch ausdrückt: „hineingefallen wie das Kind in den Dreck". Hineingleiten, hineinfallen kann man aber nur in etwas, was unabhängig von dem Subjekt als Objekt existiert und ihm gegenübersteht, die Pfütze, den Abgrund oder was immer man sich bildlich vorstellt. In seine eigene Tat kann man doch nicht — sozusagen unbewußt — hineingleiten. Der Weltkrieg war nicht ein unabhängig vom Willen der Staatsmänner existierendes Objekt, er entstand vielmehr und konnte nur entstehen durch eine Willenshandlung, und zwar der Staatsmänner. Wenn einer eine Banknote fälscht und ausgibt, kann er sich doch nachher nicht darauf ausreden, er habe gar nicht fälschen wollen, er sei nur so in das Nachzeichnen der Banknote und deren Weitergeben hineingekommen. Es kann wohl sein, daß jemand etwas unternimmt und aus Kurzsichtigkeit die Gefahren nicht sieht, die er dadurch heraufbeschwört. Die Kriegsakten der Mittelmächte beweisen aber zur Genüge, daß deren Potentaten und Staatsmänner sich vom ersten Tage an wohl dessen bewußt waren, daß ihr Unternehmen, der Krieg gegen Serbien, den sie unbedingt wollten, die Gefahr eines Weltkrieges mit sich führe, sie haben sich nur, wie in einem früheren Kapitel dargelegt, in der Schätzung der beiderseitigen Kräfte fatalerweise verrechnet. Aber diesen Fehler haben sie mit der überwältigenden Mehrheit ihrer Mitbürger und jetzigen Verkleinerer geteilt. In welcher Geistesverfassung sie diesem Fehler zugänglich waren, das werden wir noch in einem späteren Kapitel zu zeigen haben.

Anhang

Schematische Darstellung
des Kriegswillens der verschiedenen Mächte bei Ausbruch des Weltkrieges

1. Originärer aktiver Kriegswille:
   a) Österreich-Ungarns gegen Serbien
   b) Deutschlands gegen die Entente

2. Derivativer aktiver Kriegswille:
   a) Deutschlands gegen Serbien (wegen Öst.-Ungarns)
   b) Österreich-Ungarns gegen die Entente (wegen Deutschlands)

3. Originärer passiver Kriegswille:
   Serbiens, zuerst gegen Österreich-Ungarn, dann Deutschland

4. Derivativer passiver Kriegswille:
   a) Rußlands, zuerst gegen Österr.-Ungarn, dann Deutschland (wegen Serbiens)
   b) Frankreichs gegen Deutschland und Österreich-Ungarn (wegen Rußlands)
   c) Englands gegen Deutschland und Österreich-Ungarn (wegen Frankreichs)

Die Schuldfrage

Mit der Frage des Kriegswillens ist die Schuldfrage eng verknüpft, diese ist nur eine Reduktion jener. Der latente Kriegswille scheidet hier von vornherein aus, sowohl in seiner aktiven wie in seiner passiven Form, weil er nur Gesinnung ist, und ebenso der aktuelle Kriegswille in seiner passiven Form, weil er nur Verteidigung ist. Auch der aktuelle aktive Kriegswille kommt für die Schuldfrage erst in Betracht, wenn er über das Stadium des Versuches (Zündelei) hinaus gediehen und zur Tat geworden ist, zum Krieg. Aber auch bei diesem ist noch unter den Willenssubjekten eine Auslese zu treffen. Alle jene individuellen und kollektiven Willenssubjekte sind auszuscheiden, die aus eigenem nicht die Macht gehabt haben, ihren — wenn auch geistig und moralisch noch so verwerflichen — Kriegswillen zu verwirklichen. Das sind die Kriegshetzer, -stifter, -anschürer, -mitläufer aller Art, hoch und nieder, in Amt und außer Amt. Verantwortliche Täter sind nur die legitimen Willensorgane des Staates, die Regierungen. Bei der Erörterung des Kriegswillens ist also auch schon die Schuldfrage beantwortet worden: Die Regierungen der beiden Mittelmächte sind die Schuldigen.

Wie sich unter den beiden Mittelmächten das Maß der Schuld verteilt, ist eine besondere Frage. Die Priorität in der Bildung des Kriegswillens hat Österreich-Ungarn gehabt. Deutschland hatte aber größere Macht einzusetzen. Sowie nun unter zwei Kompagnons Gewinn und Verlust in der Regel nach Maßgabe der Höhe der Geschäftseinlagen verteilt werden, so wird, grob geurteilt, auch der Anteil an der Kriegsschuld im Verhältnis der politischen und militärischen Kräfte, die beide Teile zu dem gemein-

samen Unternehmen beizutragen hatten, zu verteilen sein. Zu diesem quantitativen kommt noch ein qualitatives Moment, welches gleichfalls Deutschland schwerer belastet.

Der Kriegswille Österreich-Ungarns war seit Ende 1912 ein konstanter, der Deutschlands ist das variable Element, er war im Juli 1913 sicher noch nicht vorhanden, denn damals verhinderte Deutschland noch einmal den Ausbruch des österreichisch-ungarischen Kriegswillens. Er kann sich also erst in der Zeit nachher gebildet haben — warum und wieso, haben wir in einem früheren Kapitel gezeigt — und ist jedenfalls anfangs Juli 1914 zum erstenmal zur Wirkung gekommen. Dieser variable Kriegswille mußte in diesem Augenblick, schon weil er neu, unabgenützt, frisch war, einen stärkeren Ausschlag geben, als der alte, wiederholt gebrochene, gerade auch durch Deutschland gebrochene Kriegswille Österreich-Ungarns. Ein konstanter Kriegswille, der immer wieder durch äußere Mächte zurückgesetzt, zur Ohnmacht verurteilt wird, nützt sich naturgemäß mit der Zeit ab, entwertet sich, läuft auf die Dauer sogar Gefahr, aus seiner ursprünglichen Erhabenheit in eine endgültige Lächerlichkeit zu versinken. Der Kriegsdrängelei der Berchtold und Conrad wäre sicher, wenn Deutschland ihnen im Juli 1914 nicht beigesprungen wäre, dieses Schicksal nicht erspart geblieben, wenn sie es nicht rechtzeitig vorgezogen hätten, den Säbel in aller Stille einzustecken, ehe sie sich mit ihrem Herumfuchteln zum Kindergespött gemacht hätten. Bei Conrad und Berchtold scheint dieser Prozeß der Ernüchterung vor dem Attentat schon begonnen zu haben, wie aus ihrem Zögern mit den ersten militärischen Vorbereitungen gegen Serbien geschlossen werden kann.

Hätte Deutschland am 5. Juli 1914 den Berchtoldschen Kriegsplänen, wie sie in Kaiser Franz Josephs

Handschreiben und in dem Postskriptum zum Memorandum niedergelegt waren, nochmals abgewinkt und wäre es, um Österreich-Ungarn eine Genugtuung zu geben, bloß auf die Pläne des Memorandums in seinem ursprünglichen diplomatisch-friedlichen Sinne eingegangen, so hätte Österreich-Ungarn — mit Tisza, vielleicht aber ohne Berchtold und Conrad — notgedrungen die friedlichen Bahnen der Memorandumpolitik einschlagen müssen, und ob darüber die Wiener Kriegspolitik dann definitiv eingeschlafen oder bei einer anderen Gelegenheit wieder erwacht wäre, läßt sich natürlich heute nicht beurteilen. Jedenfalls hat das nach dem Frühstück vom 5. Juli vom deutschen Kaiser und seiner Regierung, die bisher immer die Hindernisse des Wiener Kriegswillens gewesen waren, so leicht, so freudig, ja sogar antreibend gegebene Jawort den Wiener Kriegswillen stimuliert, gestärkt, unbrechbar gemacht. Dadurch wird der Schuldanteil Berlins wesentlich erhöht. Die nachträglichen Versuche der deutschen Machthaber zu einer Vermittlung, die sich zwischen dem 28. und 30. Juli abgespielt haben und auf die Herr v. Bethmann seine Rechtfertigung aufgebaut hat, können an diesem Ergebnis nichts ändern, weil sie nach dem Vorangegangenen, das der Reichskanzler allerdings verschwiegen hat, von vornherein als aussichtslos angesehen werden mußten.

Berlin und Wien, Deutschland und Österreich-Ungarn, bedeuten hier immer deren Regierungen. Aber Regierung und Regierung ist zweierlei. In wahrhaft konstitutionellen Staaten ist Regierung = Volkswille, in absolutistischen Staaten lautet die politische Gleichung: Regierung = Herrscherwille. Dabei ist es durchaus nicht ausgeschlossen, daß in der konstitutionellen Monarchie fallweise der Volkswille mit dem Herrscherwillen übereinstimmt, so wie wieder im absolutistischen Staat fallweise der Herrscherwille mit

dem Volkswillen identisch sein kann. Man darf sogar sagen, daß im allgemeinen und auf die Dauer Herrscher- und Volkswille in beiden Staatsformen übereinstimmen werden, weil ein dauernder Widerstreit zu einem Kampf zwischen beiden Potenzen führen würde, in dem auf einer gewissen Höhe der Volksbildung selbst im absolutistischen Staat — allerdings nur in längerem Verlauf — der Herrscher unterliegen wird, weswegen der aufgeklärte Absolutismus, das ist der Absolutismus in einem aufgeklärten Volk, an die Spitze seiner Staatsweisheit den Satz stellt, daß der Monarch nur der erste Diener des Staates ist. Aber maßgebend bleibt doch für jeden einzelnen Fall im konstitutionellen Staat der Volks-, im absolutistischen der Herrscherwille, während dort der Herrscherwille ebenso unmaßgeblich ist wie hier der Volkswille. Keiner der beiden kommt unvermischt zum Ausdruck, der Herrscher ist geistig oft von seinen Beratern, das Volk von seinen Vertretern abhängig, Herrscher- und Volkswille beeinflußen sich auch in allen Staatsformen gegenseitig. Das ergibt eine unübersehbare Reihe von Spielarten, die hier nur angedeutet zu werden brauchen.

Nach dieser Orientierung können wir unser Problem noch einmal vereinfachen. Deutschland und Österreich-Ungarn waren im Juli 1914 nicht wahrhaft-, sondern nur scheinkonstitutionelle Staaten, Mischformen, zwischen Konstitutionalismus und Absolutismus. In Staaten solcher Art ist das Regime nicht einheitlich, sondern je nach den Ressorts verschieden; das eine Ressort, z. B. das finanzielle, kann ganz konstitutionell, ein anderes z. B. das militärische in demselben Staate zur selben Zeit absolutistisch geleitet werden. Für die Entscheidungen des Juli 1914 kommen nun hier nur zwei Ressorts in Betracht: das der äußeren Politik und das militärische. Diese beiden sind aber zu jener Zeit in den beiden

Staaten zweifellos absolutistisch geführt worden, das Recht der Kriegserklärung und die oberste Kommandogewalt lagen nicht nur rechtlich (bis auf eine unwesentliche Einschränkung zugunsten des Bundesrates bei der Kriegserklärung im Deutschen Reich), sondern auch praktisch in der Hand des Herrschers. Wir müssen also noch unsere Untersuchung auf die zwei Herrscherindividuen, die beiden Kaiser, ausdehnen.

Von *Franz Joseph I.* hat die boshafte Legende erzählt, daß er in seinem hohen Greisenalter, keines eigenen Willens und keiner klaren Erkenntnis der politischen Vorgänge mehr fähig, eine Puppe in der Hand seiner Umgebung war. Das ist sicher unrichtig. Alle, die Franz Joseph I. in seiner letzten Zeit gesprochen haben, von den Ministern angefangen bis zu seinen letzten Dienern, bezeugen das Gegenteil, und die Wissenden haben bis zur letzten Stunde mit seinem Willen und auf seinen Willen gerechnet. Auch die veröffentlichten Kriegsakten sprechen dafür. Oder hätte sonst ein Tisza, der ihn doch sehr gut kannte, in den ersten Julitagen gegen Berchtold an den Kaiser appelliert? Franz Joseph I. war aber, wie gerade die Episode Tisza beweist, entschieden und unerschütterlich für den Krieg gegen Serbien, den er schon 1912 und 1913 geführt hätte, wenn er nicht von außen davon abgehalten worden wäre. Auf diese Lösung der südslawischen Frage wies ihn die Tradition seines Hauses, seine eigene Vergangenheit. Wohl ließ er sich durch Berater, die ihm zu imponieren verstanden, zeitweilig anders beeinflußen, wie sich in den Konflikten Aehrenthal-Conrad 1909 und 1911 zeigte. Diese Erwägung erhöht die Verantwortlichkeit und den Schuldenanteil seiner Berater, löscht aber seinen eigenen Schuldanteil nicht aus.

Bei *Wilhelm II.* ist man im allgemeinen eher geneigt, die Selbständigkeit seiner Willensbildung („sic

jubeo") zu über- als zu unterschätzen. Diese allgemeine Frage hält uns hier nicht auf. Denn bei der ersten ausschlaggebenden Kriegsentscheidung am 5. Juli 1914 hat er bestimmt ganz selbständig seinen Willen gebildet, in seiner Unterredung mit dem Grafen Szögyeny hat er seinen Kriegswillen ohne Zuziehung irgend eines seiner Berater gefaßt. Seiner zweiten entgegengesetzten Entscheidung auf friedliche Beilegung nach der serbischen Antwortnote am 28. Juli hat der Reichskanzler präludiert, der Kaiser ist aber aus eigenen Erwägungen zu ihr gelangt. Wie er zu seiner dritten Entscheidung gekommen ist, die der zweiten wieder entgegengesetzt war und auf die erste zurückgriff, zur Verhängung der drohenden Kriegsgefahr und zur Stellung der Ultimaten an Rußland und Frankreich am 31. ist in den Akten nicht ausdrücklich niedergelegt, aber es sind deutliche Anzeichen vorhanden, daß er dabei seinen militärischen Ratgebern folgte.

Bei seinen beiden kriegerischen Entscheidungen, der ersten und der dritten, hat Wilhelm II. jedesmal ein sacrificium intellectus gebracht. Denn bis zum 5. Juli war er ausgesprochen serbenfreundlich gesinnt, und noch beim Bukarester Frieden, im August 1913, stand er sichtbar vor aller Welt an der Seite der irredentistischen Staaten, Rumänien, Serbien (Italien, Rußland) gegen Österreich-Ungarn, und die logische Konsequenz seiner damaligen Haltung wäre eigentlich eher gewesen, daß er, der Namens Deutschlands vom Standpunkt des Nationalitätenprinzips aus auch auf Teile der österreichisch-ungarischen Monarchie Anspruch erheben konnte, mit den anderen Irredentisten über Österreich-Ungarn hergefallen wäre, wie es an seiner Stelle Friedrich der Große getan hätte. Aber am 5. Juli vollzog er eine Drehung und nahm es von da ab an Serbenfeindschaft mit den ärgsten Serbophoben vom Ballplatz auf.

Am 31. Juli hat er abermals ein sacrificium intellectus und ein solches noch weit größerer Art gebracht. Denn seit dem 28., seit dem er die serbische Antwortnote kannte, war er überzeugt, daß damit jeder Kriegsgrund gegen Serbien entfallen sei. Nichtsdestoweniger entschied er sich drei Tage später für den Weltkrieg um Serbiens willen. Nicht das Unterbleiben der russischen Gesamtmobilisierung, wie Wilhelms II. Verteidiger behaupten, hätte am 31. Juli den Weltkrieg verhindern können — das ist in einem früheren Kapitel aus den österreichisch-ungarischen Akten nachgewiesen worden — sondern Wilhelm II., wenn er das verhängnisvolle Wort, das er am 5. Juli dem Kaiser Franz Joseph gegeben hatte, nach der Einsicht, die er am 28. gewonnen hatte, zurückgenommen hätte. Er hätte sich dabei auf die geänderten Verhältnisse berufen können, insoferne, als er am 5. Juli in seiner Kurzsichtigkeit und Eilfertigkeit eine Österreich-Ungarn moralisch entwaffnende Antwort Serbiens nicht vorausgesehen hatte. Er bemühte sich wohl damals, den Krieg durch Vermittlungsversuche abzuwenden, aber gegenüber dem Einzigen, der außer und neben ihm zu entscheiden hatte, fand er den Mut nicht, klar, deutlich und mit dem vollen Gewicht der Macht eines deutschen Kaisers seiner Überzeugung Ausdruck zu geben. Wenn er nicht erst am 30., sondern gleich in der ersten Inspiration am 28. dem Kaiser Franz Joseph — nicht, wie er es tat, ein kleinmütiges Anfragetelegramm geschickt, sondern seine Überzeugung von der Ungerechtigkeit des Krieges nach dieser serbischen „Kapitulation demütigster Art" ausführlich und, wenn nötig, wie so oft bei kleinen Anlässen, persönlich dargelegt und Franz Joseph seinen Ernst gezeigt hätte, hätte der Kaiser von Österreich, dem die Mittel zur selbständigen Kriegführung fehlten, nach einem der zahlreichen ehrenvollen Vermittlungsanträge, die ihm

von allen Seiten, auch von Kaiser Wilhelm selbst, dargeboten wurden, greifen müssen, und der deutsche Kaiser hätte sich nicht bei ihm einen Korb geholt. Österreich-Ungarn und die habsburgische Dynastie hätten — was ja gewiß die Absicht der beiden Monarchen war — erhalten werden können, die Donaumonarchie hätte sich nur auf Grundlage der Demokratie und der Gleichberechtigung ihrer Völker zu einer östlichen Schweiz reorganisieren müssen, das Deutsche Reich aber hätte endlich den Weg zu einer aufrichtigen Freundschaft mit England gefunden, die ihm Grey in diesen schweren Julitagen mit so brennendem Eifer anbot. Der Friede der Welt wäre auf lange Zeit gesichert gewesen, und das Deutsche Reich mit Wilhelm II. wäre sein Retter und sein Schützer geworden. Wohl noch nie hat ein eingehaltenes Wort der Welt so viel Segen gebracht als es in diesem Fall das gebrochene vermocht hätte.

Wilhelm II. hätte sich dabei auf die erhabensten Vorbilder berufen können. Wort-, Gesetzes-, Vertragsbrüche zu innerpolitisch-reaktionären Zwecken wie Staatsstreichen und zu außenpolitischen Eroberungszwecken wie Kriegen sind unter Potentaten von jeher üblich gewesen. Bismarck hat eine eigene Theorie zur Rechtfertigung solcher Fälle aufgestellt (oder eigentlich von Napoleon III. übernommen). Wilhelm I. hat in dem analogen Fall des italienischen Krieges von 1859 seine ursprünglich Franz Joseph erteilte Zusage militärischer Unterstützung, die er allerdings (im Gegensatz zu Wilhelm II.) politisch eingeschränkt hatte, im Laufe der weiteren Verhandlungen zurückgezogen. Wilhelms II. größter Ahne, Friedrich der Große vollends, der selbst so viele Verträge und Versprechungen gebrochen hat, entwickelt in seiner selbstbiographischen Geschichte, wohl zur Richtschnur seiner Nachfolger, eine sehr überzeugende Philosophie des politischen Wortbruches, indem er schreibt: „Ist

es besser, daß das Volk zugrunde geht, oder daß der Fürst seinen Vertrag bricht? Welcher Schwachkopf könnte schwanken, wenn er diese Frage beantworten soll?" Wilhelm II. scheint geschwankt zu haben. Er sah in den wandelreichen Tagen vom 28. bis 31. Juli nicht die ewigen großen Probleme weltgeschichtlicher Regentenweisheit vor sich, sondern nur die Galerie von Offizieren, Junkern, Korpsbrüdern und Kavalieren, vor denen allein er seine Rolle zu spielen glaubte. Für diese aber war ein Wortbruch zu volksfreundlichen Zwecken, ein Wortbruch zur Verhinderung eines Krieges ein gemeiner Wortbruch in der diffamierenden Bedeutung des Alltages und der Privatmoral. So hat der Chef des Generalstabes Herr von Moltke in seiner Denkschrift vom 29. Juli die damals drohende Rückkehr Wilhelms II. zur Friedenspolitik in verächtlichem Ton gebrandmarkt, und so dachten und sprachen wohl alle die Ehrenmänner, deren Anschauungen zu teilen Wilhelm II. sonst gewohnt war, über die er sich bei diesem Anlaß als Herrscher hätte erheben sollen, während er gleich ihnen in den Niederungen des Ehrenkomments stecken blieb.

Die Ehre, die Kavaliersehre eines einzelnen aber konnte nur und mußte sogar über allem stehen in Staaten wie Deutschland und Österreich-Ungarn, in deren oberster politischer Leitung der Wille *eines* Menschen bestimmend war. Das *persönliche Regime* gab dem Monarchen die Macht, ein unkluges Wort, das einmal seinen Zähnen entflohen war, einzulösen, und wenn es selbst das Glück und die Wohlfahrt ganzer Völker kostete, und diese Macht verpflichtete ihn auch dazu. Der König von England hat im Laufe der Verhandlungen vor dem Kriegsausbruch dem Prinzen Heinrich am 26. Juli die Neutralität Englands in Aussicht gestellt. Niemand hat ihn darum für „wortbrüchig" erklärt, denn man weiß, daß sein Wille in der Politik Englands nicht entscheidend ist, und

ultra posse nemo tenetur. In Deutschland hatte aber das Posse des Monarchen keine Schranken, und darum war sein einmal erklärter Wille so gefährlich. Es ist die Überfülle von Macht, es ist das persönliche Regime, was die beiden Dynastien Hohenzollern und Habsburg in den Abgrund gerissen hat. Es ist ihr falsches, veraltetes politisches System, das nur neuerdings seine Volksfeindlichkeit bewiesen hat, indem es das deutsche Volk zugrunde gerichtet, Europa verwüstet hat. Daß es aber dieses System, das schon in der ganzen übrigen Welt längst gerichtet und gefallen war, so lange geduldet und getragen, es in unserer Zeit sogar noch gestärkt und befestigt hat — das ist die Kollektivschuld des deutschen Volkes.

Diese Kollektivschuld besteht in dem Aberglauben an die politische Überlegenheit der geborenen Herrscher und der von ihnen ernannten Beamten und dem blinden Gehorsam ihnen gegenüber, also im Grunde genommen, wie jeder Glaube, in dem Mangel an Kritik, hier an politischer Kritik, ist also geistiger Natur. Dieses Übel ist nicht von heute und nicht von gestern, es ist ein Erbübel des deutschen Volkes, und die gegenwärtige Generation ist nicht allein dafür verantwortlich. Ihre Kollektivschuld ist ihre politische Vergangenheit, ihre politische Geschichte. Sie beruht auf den Jahrhunderte alten, durch die äußeren Erfolge der letzten zwei Generationen bestärkten politischen Gewohnheiten des deutschen Volkes. Gewohnheiten, besonders so inveterirte, kann man aber nicht durch Befehle, Diktate plötzlich abschaffen. Man kann schlechte Gewohnheiten nur allmählig durch bessere ersetzen. Das ist aber wieder Sache der Geschichte, das erfordert Zeit und Geduld. Die Friedensverträge der Entente sind deswegen als Diktate geschichtswidrig, rationalistisch. Man könnte vielleicht sagen, sie sind nicht englisch gedacht, sondern französisch, nicht im Geiste Humes, sondern Rousseaus oder Voltaires. Auch beim

Gewohnheitsverbrecher, der durch mangelhafte Erziehung und schlechte Vorbilder vom rechten Weg abgekommen ist, wird der Richter nicht durch Strafe und Abschreckung, sondern eher der Menschenfreund durch einsichtige Behandlung der kranken Seele etwas auszurichten vermögen. Hier liegt der Grundfehler der Friedensverträge der Entente, die ganz auf der Abschreckungs- und Vergeltungsdoktrin eines veralteten Strafrechts aufgebaut sind, bloß durch die Mittel der physischen Gewalt zu bessern versuchen und darüber die geistigen Mittel als da sind politische Aufklärung und Selbsterziehung des Volkes vollständig vernachlässigen, ja vereiteln.

In diesem ihrem Grundfehler wurde die Entente nach gewisser Richtung hin allerdings durch die während des Krieges betriebene Diskussion der Kriegsursachen und Kriegsziele bestärkt, denen wir nun noch unsere Aufmerksamkeit zuwenden müssen.

Die wahren Kriegsursachen

Katastrophenpolitik

Welches sind nun die Motive des Kriegswillens der beiden Kaiser und ihrer Berater gewesen?

Der Krieg, sagt Friedrich der Große, ist ein Hasardspiel. Aber zum Hasardspiel kommt man auf zwei durchaus verschiedenen Wegen. Es gibt Spieler aus Leidenschaft und Spieler aus Verzweiflung, Spieler aus Übermut und Spieler aus Not. In jedem Spielsaal kann man diese zwei psychologischen Typen unterscheiden: der eine, dem es gut geht, dessen Wohlstand oder Reichtum langsam, aber sicher zunimmt, macht sich eines Tages auf den Weg nach Monte Carlo, weil ihm das Reichwerden auf dem gewöhnlichen Wege gar zu langsam scheint, weil er mit einem Schlag reich werden will; der andere fährt nach Monte Carlo, weil seine Geschäfte schlecht laufen, er sich auf dem gewöhnlichen Wege nicht mehr zu helfen weiß, und, statt sich bankerott zu erklären und wieder von vorne klein anzufangen, unternimmt er im Spielsaal den letzten Versuch zu seiner Rettung. Ähnlich ergeht es den Potentaten mit dem Kriegführen. Der eine fängt Krieg an, nachdem er mit den friedlichen Mitteln der Politik schon große Erfolge errungen hat; von ihnen berauscht, will er mehr, immer mehr, und um alles, was sonst nur Schritt um Schritt zu erreichen ist, auf einmal zu erringen, bricht er einen Krieg vom Zaun, das ist der Eroberungskrieg. Er gleicht dem ersten Typus des Spielers, der nie genug hat. Ihn sticht der Haber. Ein Potentat kann sich aber auch aus den entgegengesetzten Motiven zum Kriegführen verleitet fühlen. Er hat im friedlichen Lauf

der Politik, sei es der äußeren, sei es der inneren, sei es beider Ressorts, Mißerfolg auf Mißerfolg erfahren. Sein ererbtes oder erworbenes politisches Prestige nimmt ab, seine Macht schwindet, nur der Schein beider bleibt ihm in der Hand, es naht der Tag, wo auch dieser Schein verblaßt, er die Konsequenz aus seinen politischen Fehlschlägen ziehen, sein bisheriges Prestige, seine bisherige Macht endgültig aufgeben, sich mit einer geringeren Stellung in der Welt bescheiden soll. Da entschließt er sich zu einem letzten Wagnis, ehe die politische Katastrophe über ihn hereinbricht, er stürzt sich in einen Krieg, in dem das Schwert, d. i. nach Friedrich dem Großen das Glück, ihm an einem Tage alles wiedergewinnen soll, was er durch seine schlechte Politik in Jahren verloren hat. Ihn drückt die Not, wie den unglücklichen Kaufmann, der sein Kapital im Geschäft verwirtschaftet hat. Er führt Krieg und riskiert lieber die größere, aber ungewisse militärische Katastrophe, ehe er sich in die kleinere, aber auf friedlichem Weg unvermeidliche politische Katastrophe fügt. Der Krieg, den er führt, gleicht nur äußerlich, militärisch, dem anderen, dem Eroberungskrieg; politisch, seinen Motiven nach, ist er gerade dessen Gegenteil, er ist ein Katastrophenkrieg, sowie auch das Spiel dessen, der aus Übermut spielt, äußerlich, technisch genommen, dasselbe ist wie das Spiel dessen, der aus Not spielt, wenn auch ihre Antriebe die entgegengesetzten sind.

Der erstere Typus handelt aus einem sthenischen Affekt. Der Eroberer ist, wie der Spieler aus Leidenschaft, Optimist, glaubt an seinen Stern, stellt das Glück nur deswegen auf die Probe, weil er überzeugt ist, daß es ihm hold ist, und rechnet bloß mit dem guten Ausgang des Abenteuers, denkt gar nicht an die Konsequenzen des Mißerfolges. Der zweite Typus, der Spieler aus Verzweiflung wie der Katastrophen-

politiker, ist Pessimist, er hat zu oft sein Mißgeschick erprobt, um sich noch für ein Sonntagskind zu halten, und er geht trotzdem in das große Abenteuer, weil er keinen anderen, ihm passenden Ausweg mehr sieht.

Die Welt hört gerne von den Glücklichen, den Übermütigen, von den Unglücklichen und Gedrückten will sie nichts wissen. Beim Wort Spieler denkt man nur an extravagante Leidenschaft, aber nicht an bittere Not, die es zuweilen jener gleichtun muß. So geht's auch mit dem Krieg. Populär, von allem Glanze der Legende verschönt und beschönigt ist der Eroberungskrieg, von ihm singen und sagen die Geschichtsschreiber und die Dichter, und über ihm wird der andere, der unpopuläre, Typus der Kriege, der Katastrophenkrieg, vollständig übersehen. Dieses Übersehen wird erleichtert, einerseits durch Beider äußere Ähnlichkeit, anderseits durch die Tendenz des Katastrophenkrieges, im Fall des Gelingens, in den Eroberungskrieg überzugehen, sowie auch der Spieler aus Not, wenn die Not gestillt, die Geldverlegenheit behoben ist, schwer der Neigung widerstehen wird, aus Leidenschaft, um des größeren, um des großen Gewinnes willen das Spielchen fortzusetzen. Diese traditionelle einseitige Auffassung des Krieges als Eroberungskrieg hat aber in unserem Fall auch dazu geführt, daß man den Weltkrieg ohneweiters als Eroberungskrieg angesehen hat, die Entente hat den Mittelmächten, die Mittelmächte haben der Entente Eroberungsabsichten als Kriegsmotiv zugeschrieben. Beide haben Unrecht gehabt: die Entente mit ihren Vorwürfen, weil die Mittelmächte tatsächlich nicht ihrer ursprünglichen Konzeption nach auf Eroberungen ausgegangen sind, sie hatten dringenderes zu tun, sie hatten erlittene politische Niederlagen wettzumachen; die Mittelmächte wieder hatten mit ihren Anschuldigungen Unrecht, weil die Entente den

Krieg nicht angefangen hat, obzwar es klar ist, daß, wenn sie ihn angefangen hätte, er in ihrer Hand nur ein Eroberungskrieg hätte sein können, da sie zur fraglichen Zeit politisch gegenüber den Mittelmächten anhaltend im Vorteil war. Der Weltkrieg war, vom Standpunkt der Mittelmächte, die ihn angefangen haben, ein Katastrophenkrieg. Das beweist die äußere und innere politische Vorgeschichte der beiden Reiche, die in den ersten Kapiteln dieses Buches zu diesem Zwecke analysiert worden ist. Es beweist es aber auch die Psychologie der beiden Herrscher, die diesen Krieg unternommen haben und die intimen Geständnisse ihrer Staatsmänner, die ihnen dabei geholfen haben.

Franz Josephs I. Kriegspsychologie ist so einfach wie seine Psychologie überhaupt. Er war ein gewöhnlicher Mensch, keiner hohen Gedanken, keiner tiefen Empfindungen, keiner verwickelten Geistesarbeit fähig, kein besonders guter und kein besonders schlechter Mensch. Es mangelte ihm überhaupt in ganz auffallendem Maß die Persönlichkeit, die Individualität. Er war eine leere Natur, nur durch Erziehung ausgefüllt mit dem Gefühl seiner erhabenen Stellung, das, in Ermanglung irgend welcher anderen Gefühle in seiner Seele weiten Raum fand sich zu entwickeln und auszubreiten, und schließlich das psychische Vakuum vollständig ausfüllte. Seine Regierungsweisheit war das traditionelle Divide et impera. Solche Sprichworte bewähren sich bekanntlich in vielen Fällen, deswegen sind sie populär, in manchen Fällen schlagen sie aber in ihr Gegenteil um, deswegen sind sie gefährlich. Bei ihm trat unseliger Weise gerade die Abweichung von der Regel ein. Das Divide gelang ihm, vermöge der geistigen Strömungen der Zeit, in die er hineingeboren war, ganz über alles Erwarten und sogar Wünschen. Die Völker seines Reiches wurden in seiner Regierungszeit so

untereinander geteilt und verhetzt, daß es ihnen immer schwerer wurde zusammenzuleben, ihm, sie zusammenzuhalten. Das Divide erreichte ein Maß, bei dem das Imperare aufhörte. Die alte Regierungsweisheit schlug in Tollheit um. Als Mittel, um seine immer schwieriger werdende Herrschaft aufrechtzuerhalten, kannte sein einfacher Geist nur zwei: im Innern die Polizei, nach außen das Militär. Wie es einem Tierbändiger natürlich immer lieber ist, wenn er die Bestien nicht mit Peitsche oder gar Revolver zu Paaren treiben muß, so war es auch Franz Josephs unablässiges Bestreben, im Innern seines Reiches die Ruhe, nach außen den Frieden zu erhalten. Das ist der ganze Sinn seiner Völker- und Friedensliebe, derentwegen Schmeichelei oder Kritiklosigkeit ihn als Friedensfürsten gefeiert haben.

Doch so einfach wie sein unkomplizierter Geist war das Regieren zu seiner Zeit und in seinem Reiche nicht. So ist seine Regierung von Widersetzlichkeiten, Insurrektionen, Aufständen, Revolten, Revolutionen seiner Völker erfüllt, und gegen seine Nachbarn hat er wiederholt Kriege geführt. Nicht er erst hat sein Reich in den desolaten Zustand versetzt, er fand ihn als das Ergebnis der überlieferten Regierungsweisheit seines Hauses schon bei seinem Regierungsantritt vor, er verschlechterte ihn nur noch durch seine eigenen politischen Fehler. Sie häuften sich im Laufe der siebzig Jahre seiner Regierung so hoch an, daß sie schließlich das ganze Staatsgebäude zu erdrücken drohten. Franz Joseph kam immer wieder in die Gefahr des Zusammenbruchs, der inneren oder äußeren Katastrophe, und um dieser zu entgehen, griff er zu den Waffen, ging er mit fatalistischem Gleichmut jedesmal in den Krieg, immer wieder in der Meinung und Hoffnung, daß der Säbel den für seine armselige Politik unlösbar gewordenen gordischen Knoten durchhauen, daß das Schwert gut-

machen werde, was die Feder verdorben habe, und wie diese lockenden Vorstellungen der militaristischen Geschichtsanschauung alle heißen. Mitten in einer solchen Katastrophe der ererbten Gewaltpolitik hatte Franz Joseph 1848 die Regierung von seinem Vorgänger übernommen, zwei Katastrophen hatte er aus eigenem der Reihe angefügt, 1859 und 1866, und schloß würdig mit einer Katastrophe größten Stils eine außerordentlich lange Regierungstätigkeit ab, die sich nach Katastrophen gliedert, weil ihr Inhalt nichts war als Katastrophenpolitik.

Wilhelm II. hatte unter ganz anderen Zeichen seine Regierung angetreten, war auch eine ganz andere Natur als Franz Joseph, und wurde doch zuletzt dessen Schicksalsgenosse. Als Wilhelm II. den Thron bestieg, stand Macht und Ansehen des deutschen Volkes wie seiner Dynastie auf dem Höchstpunkt, beide waren im Gewinnen, und wenn Wilhelm II. damals Krieg geführt hätte, so hätte es nach den gegebenen Verhältnissen nur ein Eroberungskrieg sein können. Einen solchen fürchtete man auch von ihm, als man aus seinem Munde wilde Drohreden nach allen Seiten hörte. Wenn Wilhelm II. — um wieder in unserem Vergleich zu sprechen — damals in den Spielsaal gegangen wäre, hätte er zu der ersten Kategorie der Spieler gehört, zu den Spielern aus Leidenschaft. Aber er war keine Spielernatur, will sagen: keine Krieger-, keine Eroberernatur. Er war eine bequeme Wohllebernatur, wie reiche Erben ohne besondere Anlagen es gewöhnlich sind, gierig, all die ererbte Fülle, die seine Vorfahren und deren schlecht bedankte Ratgeber eingebracht hatten, bedenkenlos zu genießen, aber durchaus abgeneigt, sie durch eigene Anstrengung und auf eigene Gefahr über das Maß ihres selbsttätigen Wachstums hinaus durch ein kühnes Unternehmen zu mehren. Er dachte nicht an Krieg, nicht weil er intensiv und bewußt an und über

Frieden dachte, sondern weil er Gott sei Dank den Krieg, das Hasard, nicht nötig hatte, in dem seine minder glücklich geborenen Ahnen gerade genug geleistet hatten. So führte er durch fünfundzwanzig Jahre seiner Regierung keinen Krieg, wich sogar jeder Kriegsgefahr im letzten Moment aus, in die er durch seine und seiner Berater unvernünftige Politik immer wieder gegen seinen Willen hineingeriet. Dadurch kam er zum Titel des Friedenskaisers und wurde als solcher selbst von Pazifisten gepriesen, die seiner Erscheinung nicht auf den Grund gingen. Er verdiente dieses Lob ebensowenig wie der reiche Mann den Tugendpreis, weil er niemals silberne Löffel gestohlen hat, obzwar er in seinem gesellschaftlichen Verkehr hiezu häufigere und sicherere Gelegenheit gehabt hat als ein anderer. Unter den reichen Erben gibt es auch Unersättliche, die in ihrem ererbten Reichtum keine Ruhe finden, weil sie der Gedanke an noch größeren Reichtum quält, und Satte, die vor allem einmal den ererbten Reichtum genießen wollen. Unter diesen letzteren sind wieder jene zu unterscheiden, die auch nicht einmal den Schein größeren Reichtums anstreben, die Soliden, und jene, die es den Reicheren wenigstens äußerlich gleichtun wollen, ohne sich zu bemühen, den größeren Reichtum auch wirklich zu erwerben, das sind die Protzen, die Großtuer. Diese sind aber in der Regel auch schlechte Wirtschafter, da sie über ihre Kräfte hinaus leben. Ins Politische übersetzt war dies Wilhelm II. mit seiner Flotten-, Welt- und Kolonialpolitik, die äußerlich der des Eroberers glich, aber es in Wirklichkeit nicht war. So kommt es, daß Wilhelm II., der von den einen als Friedenskaiser gefeiert wurde, von den anderen als Kriegsherr gefürchtet und verabscheut wurde. Beide waren im Unrecht, weil beide beim äußeren Schein stehen blieben.

Wenn der Großtuer dumm und leichtsinnig ist

und dazu immer Pech hat und einen schlechten Kompagnon mitschleppt und eine ruhelose Konkurrenz dem Unfähigen über den Kopf wächst, schwindet sein ererbter Reichtum hin, und er steht eines Tages vor dem großen Fragezeichen, packt seine Koffer und reist nun doch nach Monte Carlo, aber nicht mehr, um sich dem ersten, sondern um sich dem zweiten Typus, dem der Spieler aus Not, anzuschließen. Im Juli 1914 war Wilhelm II. so tief herabgesunken. Lange schon hatte sich der Dreibund nach mehr als fünfundzwanzigjährigem Bestand überlebt, eine andere große Mächtegruppe, größer als der Dreibund je gewesen, war diesem gegenübergetreten. Deutschland hatte nur noch einen Bundesgenossen, die Habsburger-Monarchie, von der Napoleon III. schon fünfzig Jahre früher gesagt hatte, daß er sich mit einem „Kadaver" nicht verbinde, und die Bismarck vor sechzig Jahren ein „wurmstichiges altes Orlogschiff" genannt hatte, an das nun die nicht mehr ganz wie zu Bismarcks Zeit, „seefeste Fregatte" Deutschland „gekoppelt" war. Die Balkankriege waren der letzte entscheidende Unglücksfall in Wilhelms II. Politik. Noch glaubte er wohl, durch erhöhte Rüstungen den Machtverlust ausgleichen zu können, aber die Gegenrüstungen Frankreichs und Rußlands zerstörten auch diese Illusion. In der inneren Politik konnte Wilhelm II. ebensowenig auf Erfolge hinweisen. Die großen Leistungen des deutschen Volkes in Wissenschaft, Kunst, Technik und Wirtschaft stellten die politische Unzulänglichkeit des Herrschers nur um so tiefer in den Schatten. Die Kritik der Dynastie, die in den Siebziger- und Achtzigerjahren vollständig geruht hatte, lebte seit der Entlassung Bismarcks in Deutschland wieder auf. Unter den fortgesetzten Enttäuschungen wuchs sie immer mehr an, und bei der „Daily Telegraph"-Affäre, 1908, konnte sich Wilhelm II. davon überzeugen, daß er im Reich keinen populären Anhang mehr hatte. Die Kritik, die zu-

nächst nur seine Person betroffen hatte, erstreckte sich im Laufe der Jahre auch auf die vielen Deutschen höchst unsympathische und des ernsten deutschen Volkes ganz unwürdige Figur des Kronprinzen und drohte nun das ganze Haus Hohenzollern zu ergreifen. In den denkenden Kreisen waren die Hohenzollern fast schon wieder so unpopulär geworden wie im Anfang der Sechzigerjahre, ehe Bismarck und Moltke ihnen Lorbeeren aufs Haupt setzten. Wilhelms II. glückliche, friedliche Stimmung schlug um, er sah die Katastrophe seiner Regierung und seines Hauses nahen, er wollte ihr zuvorkommen. Wilhelm II. ging unter die Unzufriedenen, und das bedeutete in seiner Sphäre, daß er sich mit dem Gedanken an den Krieg vertraut machte, aber nicht an einen Eroberungskrieg, den man ihm in guten Zeiten zugemutet hatte, sondern an einen Krieg, um die schwindende Macht zu erhalten, um sich vor dem Verhängnis zu retten, an einen Katastrophenkrieg. Den Umschwung Wilhelms II. zu einer kriegerischen Stimmung wollen aufmerksame Beobachter im Winter 1913/14 an Wilhelm II. bemerkt haben. Das Datum würde stimmen, wenn auch die Motive des Kaisers von seinen Beobachtern verkannt wurden. In diesen Motiven begegnete sich Wilhelm II. mit Franz Joseph I., der nun aus dem Bundesgenossen sein Schicksalsgenosse wurde. Deswegen haben sich die Beiden im Anfang des Monats Juli 1914 so rasch verständigt, und Wilhelm II., der bis dahin Franz Joseph jedesmal „an den Rockschößen" zurückgehalten hatte, so oft dieser seine schlechte Politik durch einen Krieg korrigieren wollte, bestärkte nun seinen Genossen in dessen kriegerischen Absichten, half ihm, ja drängte ihn und spornte ihn an, weil er hoffte, daß dieser Krieg, zu dem das Schicksal Franz Joseph I. eine scheinbar günstige Gelegenheit in den Schoß geworfen hatte, auch die schlechte Politik kor-

rigieren würde, durch die Wilhelm II. das Deutsche Reich an den Abgrund gebracht hatte*).

Wenn man die vertraulichen Äußerungen Franz Josephs I. und Wilhelms II. aus dem Juli 1914 prüft, wird man bemerken, daß Beide aus asthenischen Affekten handeln, daß Beide an das böse Ende ihres Unternehmens denken und in unfroher Stimmung die Frage an das Schicksal stellen. In dem Kriegsmanifest Franz Josephs I. vom 28. Juli 1914 muß jedem, der es liest, der steinerne Satz auffallen: „Ich habe alles geprüft und erwogen"—Alles! Alles, das heißt hier bloß Eines: die Konsequenzen der Niederlage. In seinem Handschreiben an den deutschen Kaiser vom 2. Juli sagt er von der nationalistischen Politik Rußlands, Serbiens und Rumäniens, daß ihr „einziges Ziel die Schwächung des Dreibundes und die Zertrümmerung seines Reiches" sei, daß sie „eine dauernde Gefahr für sein Haus und seine Länder bilde", daß sie „gegen den Bestand seines Reiches gerichtet" sei. Von Franz Joseph weiß man überhaupt, daß er in den letzten Jahren seiner Herrschaft die Entwicklung der Dinge in seinem Reich pessimistisch beurteilt hat. Wilhelm II. war von der Natur sicher nicht zum Pessimisten geschaffen, man war im Gegenteil gewohnt, ihn als den glücklichen Erben großer Ahnen durchs Leben jubeln zu sehen. Umso überzeugender muß der Ausbruch voller Verzweiflung wirken, dem er sich in einer Randnotiz zu einem Aktenstücke am

*) Für den Stimmungsumschlag bei Kaiser Wilhelm II. in der Zeit von 1913 auf 1914 bildet eine Bestätigung a contrario, was Freiherr v. Eckardstein (a. a. O., S. 178 ff.) über die friedliche Stimmung berichtet, in der er den deutschen Kronprinzen am 31. Mai 1914 fand. Der Kronprinz, der auch kein Mann eigener Ideen ist, wollte immer das Gegenteil von dem, was sein Vater wollte. Bis 1913 war der Kronprinz kriegerisch gesinnt, weil sein Vater für den Frieden war. Im Frühjahr 1914 war der Kronprinz für den Frieden, weil der Kaiser für den Krieg war.

30. Juli abends ergibt, da es mit dem Krieg auf der ganzen Linie Ernst wird. In dieser mehr als eine Großoktavseite kleinen Drucks bedeckenden Expektoration erblickt Wilhelm II. Deutschland „isoliert im Netze zappelnd", sieht dessen „politische und ökonomische Vernichtung" voraus und weiß sich nur mit der Hoffnung noch zu trösten: „wenn wir uns verbluten sollen, dann soll England wenigstens Indien verlieren." An allem Unheil gibt er Eduard VII. die Schuld und ruft in einer Anwandlung von Galgenhumor aus: „Eine großartige Leistung, die Bewunderung erweckt, selbst bei dem (ihm selbst), der durch sie zugrunde geht!". In dem bitterernsten Telegramm aber, in dem er am 31. Juli dem Kaiser Franz Joseph die unmittelbar bevorstehenden Kriegserklärungen ankündigt, identifiziert er den „Erfolg des Krieges" mit dem „Bestand unserer Monarchien"*). Es waren ihrer nicht viele im Deutschen Reich, die damals so schwarz sahen. Wer hätte damals im Juli 1914 geglaubt, daß dieser Krieg und überhaupt irgend ein denkbares Ereignis in so kurzer Zeit die Habsburger, die Hohenzollern ihrer anscheinend so fest gefügten Throne berauben könnte? Die misera plebs konnte das selbst nach vier unglücklichen Kriegsjahren noch nicht begreifen und mußte es erst von Wilson erfahren. Daß Wilhelm II. bereits am 30. und 31. Juli das letzte Ende befürchtete und dieses in seinem Geiste kommen sah, das ist der beste Beweis, daß er nicht im Rausch des Welteroberers in den Krieg ging, sondern im Katzenjammer des Katastrophenpolitikers.

Die Motive der Herrscher spiegeln sich in den vertraulichen Aussprachen ihrer Berater wieder. Im gemeinsamen Ministerrat der österreichischen und ungarischen Minister vom 7. Juli 1914, in welchem

*) „Die deutschen Dokumente", Nr. 13, 401, 503.

dieses Kollegium zum erstenmal über den Krieg beriet, begründete Graf Berchtold seine kriegerischen Anträge mit der Erwägung, daß angesichts der erfolgreichen Balkanpolitik Rußlands „unsere Situation sich immer mehr verschlechtern müsse", daß es notwendig sei, „unseren Gegnern zuvorzukommen und durch eine rechtzeitige Abrechnung mit Serbien den bereits in vollem Gange befindlichen Entwicklungsprozeß aufzuhalten, was später nicht mehr möglich sein würde". Der österreichische Ministerpräsident Graf Stürgkh und der gemeinsame Finanzminister Ritter von Bilinski begegneten sich in der Auffassung, daß es sich darum handle, durch den Krieg zu erreichen, daß Österreich-Ungarn „Bosnien und die Herzegowina behalte", die sonst verloren gehen würden. Beide beriefen sich auf den Landeschef der beiden Provinzen, General Potiorek. Eroberungsabsichten wurden schon mit Rücksicht auf die durch den ungarischen Ministerpräsidenten Grafen Tisza vertretenen Interessen der Magyaren zurückgewiesen. Später noch, nach dem verlorenen Krieg, sagte Graf Berchtold im September 1914 öffentlich zu seiner Verteidigung: „Meine Aufgabe vor dem Krieg bestand... darin..., den österreichisch-ungarischen Staat..., wenn irgend möglich im Frieden, wenn unausweichbar im Krieg zu erhalten*)."

Als sich im Juli 1914 der deutsche Botschafter in London Fürst Lichnowsky in einem Privatbrief an Herrn von Jagow gegen die Unterstützung Österreich-Ungarns in einem Kriege mit Serbien aussprach und das Bündnis Deutschlands mit Österreich-Ungarn scharf kritisierte, antwortete ihm der Staatssekretär am 18. Juli mit dem zynischen Busch-Zitat: „Wenn dir die Gesellschaft nicht mehr paßt, such'

*) Unterredung mit einem Korrespondenten der „Neuen Freien Presse", 27. September 1919.

dir eine andere, wenn du eine hast." Deutschland hatte nach Herrn von Jagows eigener Ansicht keine andere Gesellschaft mehr. Wie aber diese einzige Deutschland noch zugängliche „Gesellschaft" aussah, schildert Herr von Jagow in diesem Briefe mit drastischen Worten: „Österreich, welches durch seine mangelnde Aktionskraft mehr und mehr Einbuße an seinem Ansehen erlitten hat, zählt schon jetzt kaum mehr als vollwertige Großmacht. Die Balkankrise hat seine Stellung noch geschwächt. Durch dieses Zurückgehen der österreichischen Machtstellung ist auch unsere Bündnisgruppe entschieden geschwächt worden." Wenn Österreich, schreibt der Staatssekretär weiter, von Deutschland „lachiert" würde, würde es von Rußland „zertrümmert" werden, und das Gleichgewicht zwischen den beiden Mächtegruppen „ginge total in die Brüche." Im Krieg mit Serbien liege für Österreich „seine letzte Möglichkeit politischer Rehabilitierung." Sonst würde „der Prozeß seines Dahinsiechens und inneren Zerfalls noch beschleunigt. Seine Stellung im Balkan wäre für immer dahin." Deswegen, schloß Herr von Jagow, „können und dürfen wir Österreich nicht in den Arm fallen." „Wenn der Kampf sich bietet, dürfen wir nicht kneifen." Unterstaatssekretär Zimmermann aber sagte in seinem Zirkulartelegramm, das er nach dem Ultimatum an die deutschen Botschafter in Paris, London und Petersburg richtete: „Österreich-Ungarns Prestige nach Innen und Außen wäre im Falle des Zurückweichens endgültig erledigt*)."

Dieser in den Akten zufällig erhalten gebliebener, naturgemäß nur fragmentarischer Geständnisse der Kriegsunternehmer bedürfte es gar nicht, um deren wahre Kriegsmotive zu erforschen. Dafür gibt die kritische politische Lage beider Reiche im gege-

*) „Die deutschen Dokumente", Nr. 72, 153.

benen Zeitabschnitte genügende Anhaltspunkte. Konnte man aber mit so blamabeln Motiven einen so schrecklichen Krieg vor der Welt rechtfertigen, konnte man um so schäbiger dynastischer und Prestigezwecke willen Millionen und Millionen von Männern in den Tod schicken?

Fiktive Kriegsursachen

Illusionäre Kriegsziele

Die wahren Ursachen des Weltkrieges und die aus ihnen abgeleiteten nächsten Kriegsziele konnten von den Staatsmännern der Mittelmächte nicht öffentlich einbekannt werden, weil sie damit die bereits im Frieden erlittenen politischen Niederlagen hätten zugeben und ihren politischen Bankerott hätten besiegeln müssen, wodurch sie dem eigenen Volk das Vertrauen zu ihrer Führung geraubt und den Erfolg des Krieges von vornherein moralisch gefährdet hätten. Wieviele Deutsche hätten sich gefunden, die freudig ihr Leben hergegeben hätten für die Wiederherstellung von Österreich-Ungarns „Prestige nach Innen und Außen" oder selbst dessen von Wilhelm II. Regime? Auch der Spieler aus Verzweiflung wird seinen Verwandten, Bekannten und Geschäftsfreunden seine wahre Lage nicht eröffnen, deretwegen er nach Monte Carlo fährt, sondern es vorziehen, eine gute Miene zu machen und sich nach außenhin als Spieler aus Leidenschaft zu geben, wenn es ihm auch im Innern ganz anders zumute ist. Ähnlich erging es den Staatsmännern der Mittelmächte. Auch sie mußten notgedrungener Weise mit den Wölfen heulen, wenn sie gleich innerlich eher geneigt gewesen wären, mit den Hunden zu winseln. Da sie die wahren Kriegsursachen und Ziele nicht eingestehen durften, mußten sie falsche an ihre Stelle setzen oder setzen lassen, das war der Sinn der Lügenpropaganda, deren Wirkungen noch heute nicht erschöpft sind. Die Machthaber gaben den Ton an, ihre Opfer gingen bereitwillig auf ihn ein und instrumentierten die Melodie. Zunächst galt es, den Angriffskrieg in einen Verteidigungskrieg umzudeuten. Gerade jener Mann, der in

den ersten Tagen des Juli 1914 so offen wie kein anderer im vertrauten Kreise das Ding beim rechten Namen genannt und ungescheut dem Kaiser Franz Joseph vorgehalten hatte, daß er den Krieg „provoziere", Graf Tisza, der rasch Bekehrte, war es, der als der erste, noch am Tage der Kriegserklärung an Serbien, am 28. Juli im ungarischen Abgeordnetenhaus vor aller Welt diesen „provozierten" in einen „aufgezwungenen" Krieg umlog. Seinem Beispiel folgten Wilhelm II., Bethmann und nach ihnen alle, alle. Damit war die Spur von den wahren Kriegsursachen glücklich abgelenkt. Es galt nun, falsche Kriegsursachen zu unterschieben. Keine Schwierigkeit! Die Wahrheit ist nur eine, die Lüge hat unendlich viele Möglichkeiten. Im Juli 1914 gab es natürlich, wie mehr oder weniger zu jeder Zeit, in den Beziehungen der Staaten zueinander eine Menge von Meinungs- und Interessenverschiedenheiten geistiger, politischer, wirtschaftlicher Natur, deren jede unter Umständen zum Kriege hätte führen können, wenn sie auch im Juli 1914 nicht dazu geführt haben, deren jede also eine *mögliche*, wenn auch nicht wirkliche, Kriegsursache war, und diese ganze unübersehbare Zahl von möglichen Kriegsursachen wurden nun als wirkliche hingestellt. Der Phantasie eröffnete sich ein unübersehbares Feld der Betätigung. Der Reichskanzler gab mit dem Ausdehnungsdrang Rußlands, der Revanchelust Frankreichs, dem Handelsneid Englands seinen Einschlag, die anderen, die berufenen und unberufenen Rufer im Streit taten jeder aus eigenem noch etwas dazu. Alle Strömungen und Kontroversen der Zeit wurden zu Kriegsursachen ausgemünzt. Den Anklägern von hüben blieben die Verteidiger von drüben nichts schuldig. So entwickelte sich in der internationalen Presse eine wüste Diskussion, die in die tollsten Widersprüche und die ungerechtesten Verdächtigungen auslief, in der die

kriegführenden Nationen alle ihre, selbst an sich berechtigten Bestrebungen geistiger, politischer, wirtschaftlicher Natur, alle ihre nationalen und kulturellen Ideale gegenseitig scheußlich verunglimpften und dadurch ihre Beziehungen weit über den Krieg hinaus vergifteten. Auf den von Bethmann zitierten Ausdehnungsdrang des Panslawismus nach dem Westen antwortete — um aus der verwirrenden Masse nur einige Beispiele herauszugreifen — die Entente mit dem Drang des Pangermanismus nach dem Osten, auf Frankreichs Revancheidee mit Deutschlands Gelüste nach französischen und belgischen Kohlen, Erzen und Häfen, auf Englands Handelsneid mit Deutschlands Dumping-System. Erhitzten sich die Engländer für die Rechte der kleinen Nationen, so bewiesen die Deutschen haarscharf, daß nur große Staatengebilde heutigen Tages ein Recht auf Existenz hätten. Schrien Ententisten den Krieg als einen Kampf um die Demokratie aus, so priesen die Deutschen in gründlichen Abhandlungen die deutsche Freiheit, an der die Welt genesen sollte. Dem preußischen Militarismus, den die einen denunzierten, setzten die anderen mit einem neuerfundenen Wort den englischen „Marinismus“ entgegen. Erklärten die Engländer die Suprematie ihrer Flotte als ein Lebensbedürfnis ihrer Nation, so erwiderten die Deutschen, daß der preußische Militarismus ein unentbehrliches Kulturelement des deutschen Volkes sei, während der französische und russische Militarismus nur öder Machtpolitik diene. Auf den Zarismus wurde mit dem „Kaiserismus“ geantwortet. Frankreichs Geburtenrückgang, Deutschlands Geburtenüberschuß, Englands unersättlicher, Deutschlands ungesättigter Appetit nach Kolonien, Englands Gleichgewichtspolitik, Deutschlands Streben nach politischer Vorherrschaft auf dem Kontinent, englisches Prisenrecht und Freiheit der Meere, Haager Schiedsgericht und

Treitschkes Staatslehre — was gab es nur, was da nicht in den Kreis der Kriegsursachen, der vermeintlichen, einbezogen worden wäre! Die Historiker gingen bis auf den peloponnesischen Krieg zurück, um die Wurzeln des Weltkrieges auszugraben. Die Geographen machten sich eine eigene Wissenschaft, Geopolitik genannt, zurecht, um ihn aus der Geographie zu erklären, während die Militärgeographen auf ihren beliebten Kampf um die „strategischen Grenzen" zurückgriffen. Die deutsche idealistische Philosophie, aber auch Nietzsches Herrenmoral, der Materialismus der Franzosen, der Utilitarismus der Engländer, selbst die Geschichtsphilosophie Dostojewskis, die zufällig gerade durch eine verspätete Übersetzung in Deutschland bekannt geworden war, wurden gegenseitig unter dem Gesichtswinkel der Kriegsursachen in den Kot hinein kritisiert. Tobten die einen gegen die verschiedenen Nationalismen, so entdeckten die anderen im Kosmopolitismus das eigentliche Übel und glaubten einer geheimnisvollen Kriegsurheberschaft des internationalen Finanzkapitals, des Rüstungskapitals oder gar der Freimaurerei auf die Spur gekommen zu sein.

Genug! Alle geistigen Fexereien gaben sich in dieser internationalen Erörterung ein Stelldichein. Für die theoretische Erkenntnis der wahren Kriegsursachen war und ist sie nur irreführend, und mit dieser Irreführung hat sie ihren ersten, negativen Zweck erreicht. Sie hat aber auch einem anderen, einem positiven Zweck gedient, wegen dessen ihre Bedeutung gar nicht unterschätzt werden kann. Für die praktischen Zwecke der Kriegführung, für die Erweckung des furor teutonicus war sie unentbehrlich, und die fast allgemeine, ungeheure Begeisterung, die diesen Krieg vor allen modernen Kriegen auszeichnete, ist nur durch jene falschen, *fiktiven* Ursachen zu erklären, die im Bewußtsein der Bevölkerung an

die Stelle der von den Regierungen schamhaft verheimlichten wahren Kriegsursachen traten. Wären die wahren Kriegsursachen selbst eingestehbar und sogar an sich begeisternd gewesen, so hätten sie doch nur jene Sorte von Menschen begeistern können, die ihrer ganzen Geistesrichtung nach für diese Art von Kriegsursachen und daraus abgeleiteten Kriegszielen im Voraus eingenommen war, und das wäre bei der Individualisierung unseres geistigen Lebens doch nur ein Kreis, angesichts der Schäbigkeit der wahren Kriegsursachen gewiß nur eine kleine Minderheit des deutschen Volkes gewesen. So aber, da die eine wahre Kriegsursache verhüllt blieb, gab es an Stelle dieser einen wahren tausend falsche Kriegsursachen, alle die zahllosen möglichen Ursachen eines Weltkriegs. Im Dunkeln ist gut munkeln. Jeder Ismusanhänger, jeder Steckenpferdreiter, jeder Fex, jeder Spezialtheoretiker konnte sich einbilden und bildete sich auch tatsächlich ein, daß der Krieg um seiner mehr oder weniger schätzbaren Ideen oder Interessen willen geführt werde, und so wurde ihm der Krieg in seiner Vorstellung sein eigener Krieg, an dem er mit allen Kräften mittat, als ob es sich dabei um seine allereigenste Sache handelte. Jede der fiktiven Kriegsursachen wurde zum Motiv des Kriegswillens einer Gesellschaftsklasse, Gruppe, Sekte, und indem der Erörterung der fiktiven Kriegsursachen freies Spiel gewährt wurde, wurden die latenten Kriegswillen aller Art, die in allen Volksschichten schlummerten, erweckt, aktualisiert, und sie flossen dann mit dem aus ganz anderen Quellen gespeisten Kriegswillen der Machthaber in einen großen, unwiderstehlichen Strom zusammen. In dieser Weise hat der Wahn in diesem Krieg seine emotionelle Rolle gespielt.

Je länger nun der Krieg dauerte, je näher man sich seinem Ende glaubte, desto mehr verblaßte das Interesse für die Kriegsursachen, die der Vergangen-

heit angehörten, desto lebhafter wandte sich die öffentliche Diskussion den *Kriegszielen* zu, die die Zukunft bedeuteten, und das machte sich fast von selbst. Denn Kriegsziele sind nichts anderes als die Optative der Kriegsursachen. Wenn einer z. B. Russlands Ausdehnungsdrang nach dem Westen für die Kriegsursache hielt, so formulierte er demgemäß sein Kriegsziel: Zurückdrängung Rußlands, sagen wir, bis an den Peipussee, wie es ja auch tatsächlich von einer gewissen Gruppe von Kriegsenthusiasten gefordert wurde. Diese Kriegsziele, an sich begeisternd, also in diesem Sinne populär, hatten aber zwei bedenkliche Eigenschaften, wegen welcher den Staatsmännern der Mittelmächte bei der ihnen anfänglich so willkommenen fiktiven Kriegsursachen-Diskussion schließlich immer schwüler wurde. Die aus den für die Mittelmächte schmeichelhaften fiktiven Kriegsursachen abgeleiteten Kriegsziele waren, aus einem falschen Optimismus geboren, sthenischer Natur und liefen naturnotwendig auf Eroberungen hinaus. Durch die fortlaufenden, oft nur falschen Siegesnachrichten und günstigen Kriegsberichte wurde diese sthenische Tendenz täglich verstärkt, dadurch auch die Kriegsziele weiter verschärft. In dem wilden Kriegszielgeschrei hatten naturgemäß die größten Schreier aus dem alldeutschen und dem militaristischen Lager den größten Zuzug und das letzte Wort. Der Krieg, den die Staatsmänner dem Volke als Verteidigungskrieg vorgestellt hatten, wurde so immer mehr zum Eroberungskrieg, für einen Eroberungskrieg war aber ein großer Teil des Volkes nicht eingenommen, besonders wenn er so lange dauerte und so schwere Opfer von jedem Einzelnen forderte. Die Kriegszieldiskussion brachte infolge dessen in der zweiten Phase des Krieges eine Spaltung innerhalb des anfangs im Kriegswillen geeinten Volkes hervor. Das war nach Innen. Die populären Kriegsziele waren aber auch, da sie auf einer

falschen, für die Mittelmächte zu günstigen Einschätzung der internationalen Machtverhältnisse beruhten, unrealisierbar, illusionär, und sie wurden es im Verlauf des Krieges immer mehr, weil sich die Machtverhältnisse stetig zu Ungunsten der Mittelmächte verschoben. Die illusionären Kriegsziele, die im Innern spaltend wirkten, spornten die Feinde an, einigten, vermehrten sie, brachten ihnen die Sympathien der Neutralen zu, und diese beiden Wirkungen, nach innen und nach außen, vertieften sich, je extremer mit der Zeit die deutschen Kriegsziele formuliert wurden. Hier aber konnten die Staatsmänner der Mittelmächte nicht weiter. Die Kriegszieldiskussion machte durch ihre zersetzende Wirkung im Innern den Friedensschluß immer notwendiger, durch ihre aufreizende Wirkung nach außen immer schwieriger. Die Staatsmänner der Mittelmächte konnten die Kriegsziele wegen ihrer Unrealisierbarkeit nicht annehmen, sie konnten sie aber auch, solange der Krieg fortging, nicht ablehnen, weil sie sonst logischer Weise das ganze Fundament der fiktiven Kriegsursachen hätten zerstören müssen, auf das die Kriegsbegeisterung aufgebaut war. Man konnte diese für die praktische Kriegführung unentbehrlichen Fiktionen im Interesse des „Durchhaltens" nicht aufgeben — oder, wie der philosophische Kunstausdruck lautet, „aus der Rechnung wegfallen lassen" —, solange der Friede nicht gesichert war; der Friede war aber nicht zu erlangen, solange diese Fiktionen bestanden. An diesem Dilemma mußten alle Friedensabsichten der Mittelmächte scheitern, nachdem sie den Krieg auf Lügen aufgebaut hatten, die sich in logischer Kette aneinander reihten; aus der Lüge von der möglichen Lokalisierung des Krieges entstand die Lüge vom aufgezwungenen Weltkrieg, aus dieser die Lügen von den falschen Kriegsursachen, dem Kriegswillen und der Kriegsschuld der Ententemächte, aus diesen die me-

galomanischen Kriegsziele, die einen rechtzeitigen Frieden, einen Frieden vor der Erschöpfung der Kräfte, einen Frieden der Verständigung unmöglich machten. So konnten die Mittelmächte zum Frieden erst kommen, nachdem sie völlig zusammengebrochen waren, und im Zustand der Wehrlosigkeit mußten sie den Frieden annehmen, der mangels einer Verständigungsmöglichkeit übrig blieb, einen Frieden, der den damaligen Macht- oder Ohnmachtsverhältnissen entsprach und sie festhielt.

Durch das unaufrichtige Spiel mit den Kriegsursachen und Kriegszielen wurde aber für den Außenstehenden ein qui pro quo erzeugt. Die Herrscher und Staatsmänner, die den Krieg tatsächlich verschuldet haben, erschienen nunmehr als die Geführten, die sich dem Willen der Massen fügten, während die Massen, die tatsächlich bei der Verursachung des Krieges nur die blindgläubige Gefolgschaft ihrer Machthaber gebildet haben, in jener Diskussion und durch die Diskussion in das falsche Licht der Führenden, der Unnachgiebigen kamen. Dieses qui pro quo bewirkte, daß nach außen hin das deutsche Volk mit schwererer Kriegsschuld belastet schien als seine Lenker, und das mag wohl der Grund sein, daß diese, die individuellen Hauptschuldigen, mit Sturz und moralischer Verurteilung davonkommen, während dem deutschen Volke selbst eine so überaus schwere Kollektiv-Buße von den Siegern auferlegt wurde.

Was läßt sich nun noch dagegen tun oder sagen?

Nehmen wir noch einmal unseren Vergleich auf. Der bankerotte Kaufmann wird, wenn er zurückkehrt, nachdem er sein Letztes in Monte Carlo verloren hat, bei seinen Verwandten, Freunden und Gläubigern, die ihn für einen Spieler aus Leidenschaft halten, keine gute Aufnahme und kein Entgegenkommen finden. Erst wenn er ihnen seinen geschäftlichen Niedergang einbekannt und über die wahren Motive

seines letzten verzweifelten Rettungsversuches am Spieltisch volle Aufklärung gegeben haben wird, wird er ihr Vertrauen wieder gewinnen und sich eine nachsichtige Behandlung sichern können. In der großen Politik ist der Fall viel schwieriger. Die amtlich geduldete, ja sogar geschützte Megalomanie der Kriegs- und Kriegszielpropaganda der Mittelmächte hat bei ihren Gegnern und selbst in der neutralen Welt ein maßloses Mißtrauen gegen Deutschland erzeugt, die exzentrischen Kriegsziele der einen Seite haben in Wechselwirkung der anderen Seite andere, gleichfalls exzentrische Kriegsziele suggeriert. Die anderen haben aber gesiegt. Nach ihrem Siege sind ihr Mißtrauen und ihre exzentrische Kriegszielpropaganda aus der flüssigen Form der Kriegsdiskussion in den starren Aggregatzustand eines harten Friedensvertrages übergegangen. Dieses Mißtrauen, diese Härte, die naturgemäß auf das deutsche Volk zurückgewirkt haben, drohen sich zu einer dauernden gegenseitigen Entfremdung der größten Kulturvölker und zu einem Kulturrückgang zu entwickeln. Einer solchen Gefahr können wir nur begegnen, wenn wir den falschen Weg, auf dem wir so weit gekommen sind, zurückgehen, die Diskussion über Kriegsursachen, Kriegswille und Kriegsschuld wieder flüssig machen, sie aber dann benützen, um an Stelle der alten Kriegslügen rückhaltlos die volle Wahrheit zu setzen, um statt durch Verdunkelung unserer Tatsachen und Motive durch volle Aufklärung des Geschehenen auf die Gegner zu wirken: nicht, indem wir ihnen Furcht oder Mitleid zu erregen versuchen, sondern, indem wir sie die große Katastrophe und ihren Ursprung richtig verstehen lehren.

Voraussetzung aber ist, daß das deutsche Volk selbst endlich die Wahrheit erkennt.

Zu diesem Zweck ist dieses Buch geschrieben worden.

SELBSTERLEBTES

Das Schicksal eines Kriegsgegners

Mitten in dem Kriegstreiben, das sich seit der Ermordung des Thronfolgers in Österreich-Ungarn entwickelte, hatte ich, der ich die große europäische Konflagration unaufhaltsam kommen, der ich meine Mitbürger jubelnd in das Verderben rennen sah, mit meiner Opposition einen überaus schweren Stand. Wenn man heute die Artikel durchliest, die ich damals, im Juli 1914, geschrieben habe und von denen ich hier einige Proben abdrucke, wird man wohl finden, daß sie, auch nach dem Maß unseres heutigen Wissens beurteilt, die damalige gefährliche Lage richtig geschildert und vor dem Kriege rechtzeitig und eindringlich gewarnt haben. Heute lesen sie sich, im Lichte des nachgefolgten Massenmordens, vielleicht milde und maßvoll. Damals im herrschenden Kriegswahnsinn aber galten sie als unerträgliche Frechheiten, und der sie schrieb, durfte öffentlich in Wort und Schrift als Landesverräter, bestochener Soldschreiber beschimpft werden, ohne daß sich eine Stimme zu seiner Verteidigung erhoben hätte oder er auch nur selbst zu erwidern hätte wagen dürfen. Daraus mag man auf die Stimmung, die damals herrschte, zurückschließen. Selbst bei Freunden, auch sonst grellrot angestrichenen Sozialdemokraten, ja innerhalb meiner eigenen Redaktion (meinen Freund Prof. Singer allein ausgenommen) stieß ich mit meinen Warnungen nur auf Ablehnung, Widerstand oder gar Geringschätzung. Unmittelbar nach dem Attentat, am 30. Juni empfahl ich in einem Artikel den Serben im Königreich, sich sofort durch eine Tat, nämlich durch ein Gesetz zur Verhinderung politischer Attentate, von jedem Verdacht einer moralischen oder politischen Komplizität mit den Mördern von Sarajevo zu be-

freien*). In einem anderen Artikel wies ich nach, in welch verhängnisvoller Weise der Servilismus der Beamten das Gelingen der Mordtat begünstigt hatte**). Die unmenschlichen antiserbischen Exzesse in Sarajevo und Agram, die sich unter passiver Assistenz der dortigen Polizei ungehindert ausleben konnten, bekämpfte ich und zeigte, daß sie die eigenen politischen Interessen der österreichisch-ungarischen Monarchie verletzten***). Trotz allem Toben der mir schon aus der Annexionskampagne und den Balkankriegen wohlbekannten Hetzpresse des Ballplatzes glaubte ich in diesen Tagen noch nicht, daß man in den leitenden Kreisen der Monarchie ernstlich an einen Krieg (gegen Serbien) denke. Das erfuhr ich erst am 3. Juli aus einem Gespräch mit dem Prinzen Ludwig Windisch-Graetz, der mir, wie er mir versicherte und ich ihm glaubte, aus allerbester Quelle mitteilte, daß der Krieg (immer nur gegen Serbien) beschlossene Sache sei. Es war das, wie sich jetzt aus dem österreichischen Rotbuch konstatieren läßt, der Tag nach der Konzipierung des oben besprochenen Handschreibens des Kaisers Franz Joseph an den deutschen Kaiser. Dem Prinzen Windisch-Graetz erwiderte ich auf seine Mitteilungen mit der Frage, ob man an den entscheidenden Stellen sich dessen nicht bewußt sei, daß aus diesem Krieg gegen Serbien ein europäischer Krieg von größtem Umfang und größter Gefahr entstehen werde. Der Prinz wies auf die in der Bevölkerung herrschende kriegsfreundliche Stimmung hin. Ich erwiderte, daß die Bevölkerung infolge der langen Friedenszeit und des falschen Geschichtsunter-

*) Vgl. meinen Artikel „Eine Gegentat“ im Morgenblatt der „Zeit“ vom 30. Juni 1914.

*) Vgl. meinen Artikel „Ein Opfer des Servilismus“ im Abendblatt der „Zeit“ vom 30. Juni 1914.

***) Vgl. meinen Artikel „Nicht übers Ziel schießen“ im Morgenblatt der „Zeit“ vom 1. Juli 1914.

richtes nicht mehr wisse, was Krieg sei, daß aber ihre Stimmung sich sofort ändern werde, wenn der Krieg mit seinen Folgeerscheinungen sich offenbaren, mit seinem wahren Gesicht sich zeigen, wenn die Listen der Toten und Verwundeten kommen und Hungersnot und Pestilenz sich im Gefolge des Krieges einstellen würden. Der Prinz bemerkte dazu, ich sei ja als Publizist in der Lage, meine abweichende Meinung in die Öffentlichkeit zu bringen und er könne mir nur empfehlen, das zu tun. Ich schrieb darauf den am 4. Juli erschienenen Artikel „Keine Gefühlspolitik“. Es hieß darin:

„Idealisten, welche gemeint haben, daß etwa mit Ausnahme des nächstbetroffenen Königreiches Serbien ganz Europa sich bei Beurteilung des Ereignisses lediglich von den allgemein menschlichen Empfindungen leiten und sich im Mitgefühl für unsere Monarchie zusammenfinden werde, sehen sich schon heute grimmig enttäuscht. Nachdem die übliche und durch die Sitte gebotene Kondolenzcour absolviert ist, hat sich Europa, soweit Presseäußerungen in Betracht kommen, bei der Beurteilung der Katastrophe von Sarajevo bereits in jene zwei Lager geteilt, die einander in allen Fragen der hohen und insbesondere der Balkanpolitik in den letzten Jahren bekämpft haben. An der Seite Österreich-Ungarns steht eigentlich nur die reichsdeutsche Presse. Die italienische Presse nimmt eine zwiespältige Haltung ein. Die französische und russische Presse erhebt ähnlich der serbischen bei diesem Anlaß ihre alten Klagen gegen die Nationalitätenpolitik oder gar „Slawenfeindlichkeit“ unseres Staatswesens, die die Mordtat in gewissem Sinne rechtfertigen oder doch mindestens entschuldigen sollen. Auch in Bulgarien hat ein russophiles Blatt in diesen Ton bereits eingestimmt. Diese Zeichen warnen uns, *die Widerstände nicht zu unterschätzen,* mit denen wir bei politischen Komplika-

tionen internationaler Natur zu rechnen haben werden, die aus der Mordtat erwachsen könnten."

Der Artikel schloß:

„Der ganze Weltteil starrt in Waffen. Wir haben wohl verläßliche Freunde, aber auch *viele mächtige und gefährliche Feinde in Europa.* Ihre Zahl hat sich seit den zwei Balkankriegen vermehrt, und die Stimmen der letzten Tage beweisen, daß selbst die Bluttat von Sarajevo sie nicht versöhnlicher gestimmt hat. Da darf nicht mit dem Gefühl Politik gemacht werden, sondern mit dem Verstand."

Jedes dieser Worte ging den Kriegshetzern gegen den Strich. Sie empfanden diese nüchternen Argumente, die sie nicht widerlegen konnten, als Spielverderberei, als ein „in den Arm fallen", wie sich der sonst sehr wohlmeinende General Auffenberg ausdrückte, als er sich am nächsten Tag über den Artikel bei uns beschwerte. Man wollte nun zunächst einmal den Krieg gegen Serbien, den ersehnten, sicher haben, bis dahin nicht rechts, nicht links schauen, und alles andere, dachte man, wird sich schon später finden. Man wollte durch Überraschung wirken, wie gegenüber den Großmächten, so auch gegenüber der eigenen, jetzt kriegsberauschten Bevölkerung, und es konnte Kritik oder gar Voraussicht nur stören, hemmen. Die Hetzpresse suchte die Bevölkerung mit Argumenten der Sentimentalität einzuschläfern, wies auf die von der Presse der ganzen Welt der österreichisch-ungarischen Monarchie aus Anlaß des Attentats erwiesenen Teilnahme hin und zog daraus den Taschenspielerschluß, daß die ganze Welt auch, gewissermaßen mit gesenktem Haupt, ruhig zusehen würde, wenn Österreich-Ungarn die serbischen „Königsmörder" „züchtigen" würde, wie man sich damals im Korporalstil ausdrückte. In einem Artikel „Keine Illusion" vom 19. Juli, dem Tage des geheimen Ministerrates, von dem ich damals freilich nichts wußte, warnte ich vor

solcher Verwechslung von Sentimentalität und Politik. Ich schrieb:

„Es ist leicht möglich, daß in dem Augenblick, wo wir ernstlich mit bewaffnetem Arm gegen Serbien vorgehen würden, die europäische Kultursolidarität, die beim Tod des Thronfolgers in allgemein menschlichen Empfindungen so schön zutage getreten ist, einen gewaltigen Sprung bekommen könnte, der nur den alten Widerstreit der politischen Systeme in Europa bloßlegen würde. Auch das Attentat hat die Kluft zwischen den beiden Zentralmächten und der Tripelentente nicht überbrückt. Wir könnten Serbien sozusagen zerdrücken, wenn nicht die anderen Mächte wären, vor allem Rumänien und Rußland, die sich erst jüngst in Konstantza zur Aufrechterhaltung des durch den Bukarester Frieden geschaffenen Gleichgewichtes auf der Balkanhalbinsel verbunden haben. Sie würden in jedem Machtzuwachs unserer Monarchie eine solche Störung auf dem Balkan erblicken, die gleichzeitig auch eine Verschiebung des politischen Gleichgewichtes zwischen Dreibund und Tripelentente in Europa bedeuten und die anderen beiden Mächte der Tripelentente auf den Plan rufen würde . . . In einer Zeit der wahnsinnigsten militärischen Rüstungen und der fortgesetzten allseitigen Probemobilisierungen von den Gegnern plötzlich eine Politik der Sentimentalität zu erwarten, wäre *eine Illusion, die in unserer Bevölkerung zu nähren geradezu einem politischen Verbrechen gleichkommt.*"

Hier war die ganze Konstellation des Weltkrieges, wie sie zwei Wochen später zur Tatsache werden sollte, vorgezeichnet. Das alles konnte man nicht widerlegen, also „glaubte" man es einfach nicht, um an das Unwahrscheinliche weiter glauben zu können. In der Abwehr gegen die Hetzblätter suchte ich mich mit der Autorität des (wie wir jetzt wissen, heuchlerischen) kaiserlichen Manifests vom 4. Juli, das

so menschlich schön vom „Wahnwitz einer kleinen Schar Irregeleiteter" sprach*), und der der Reden des Grafen Tisza (dessen Isolierung im Ministerrat damals nicht bekannt war) zu decken**). In zwei Artikeln „Dunkle Machenschaften" vom 12. Juli und „Die k. k. Zeitungsschmutzschau" vom 15. Juli brandmarkte ich die niederträchtige Völkerverhetzung, die das k. k. Telegraphen-Korrespondenzbureau durch die oben erwähnte Verbreitung aller Schimpfartikel serbischer Winkelblätter betrieb. Den Grafen Berchtold mußte ich, schon aus taktischen Gründen, aus dem Spiel lassen. Ich habe aber, seitdem mit dem Ultimatum die Larve von diesem Meister der Heuchelei gefallen ist, nicht mehr daran gezweifelt, daß er alle die gemeinen Praktiken seiner Leute gekannt und gebilligt hat. Auf der anderen Seite legte ich den größten Wert auf positive Darstellungen, in welchen ich — soweit dies in der damaligen Aufregung möglich war — meinen Lesern zu zeigen versuchte, worin eigentlich das den meisten Österreichern unbekannte serbische und südslawische Problem bestehe, wie gefährlich eine blutige Lösung dieses Problems für den Frieden Europas und den Bestand der österreichisch-ungarischen Monarchie wäre, und wie nahe *eine unblutige Lösung* läge, für die sich sogar verschiedene Möglichkeiten böten. So in den Artikeln „Die zwei Serbenfragen" vom 8. Juli, „Keine Demarche" vom 10., „Serbiens Größenwahn" vom 21. Juli. In dem Artikel „Blutig oder unblutig" vom 14. Juli wurde die südslawische Frage analysiert und gezeigt, daß es neben der auf allen Gassen gepredigten blutigen Lösung durch den

*) Vgl. meinen Artikel „Die Versuchung" im Morgenblatt der „Zeit" vom 7. Juli 1914.

**) Vgl. meine Artikel „Der Losgeher", „Die schwerste Krise", „Zwei Friedensreden" in den Morgenblättern der „Zeit" vom 9., 11. und 16. Juli 1914.

Krieg auch nicht nur eine, sondern mehrère unblutige, friedliche Lösungen gebe. Der Artikel lautete:

„Die an das Attentat von Sarajevo sich anschließenden allgemeinen Erörterungen haben hoffentlich das gute Ergebnis gehabt, alle politisch denkenden Bürger unseres Reiches auf die ungeheure Wichtigkeit des bis nun noch zu sehr vernachlässigten südslawischen Problems zu lenken. Allein in dem Getöse der letzten Wochen ist auch vielfach die irrige Meinung aufgekommen, als ob der serbische Nationalismus mit dem Bestand unserer Monarchie unvereinbar wäre. Daraus wird dann der Schluß gezogen, daß die Serben mit aller Gewalt unterdrückt werden müssen, daß die serbenfreundlichere Richtung der letzten Jahre in Bosnien und Kroatien eine unverzeihliche Schwäche und ein Fehler gewesen sei, und zum Schluß sieht es etwa so aus, als ob der Serbenhaß mit dem österreichischen Patriotismus identisch wäre — eine kuriose Idee in unserem Nationalitätenstaat, in dem also die 7½ Millionen Südslaven von den übrigen 45 Millionen gehaßt werden müßten und die 7½ Millionen Südslaven von Geburt aus nicht patriotisch sein könnten, weil sie doch unmöglich sich selbst hassen können.

„Da werden vielleich einige lehrhafte Distinktionen von Wert sein. Man darf auch bei der serbischen Frage das Kind nicht mit dem Bad ausschütten. Der serbische Nationalismus und die großserbische Idee haben sicher einen Zusammenhang miteinander, sind aber doch nicht ganz dasselbe. Der serbische Nationalismus strebt, wie alle nationalen Einheitsbewegungen, die Zusammenfassung aller Angehörigen der als Einheit erkannten serbokroatischen Nation unter einem politischen Regime an, während diese Nation gegenwärtig fünf Regimes untersteht (Österreich, Ungarn, Bosnien, Serbien,

Montenegro), vor den Balkankriegen sogar sechsen (Türkei). Diese Bewegung hat nach den geschichtlichen Erfahrungen anderer Nationen, besonders im 19. Jahrhundert der italienischen und deutschen, eine gewisse Analogiewahrscheinlichkeit des Erfolges für sich. Jedenfalls muß man mit dieser Möglichkeit rechnen. Wie, in welcher völker- und staatsrechtlichen Form kann aber der serbische Nationalismus verwirklicht werden? Die großserbische Idee ist eine dieser Formen, aber nur eine. Sie läuft darauf hinaus, die gesamte serbische Nation unter dem Zepter der Dynastie Karageorgiewitsch, mit Belgrad als Hauptstadt, in einem Einheitsstaat zu vereinigen. Also ungefähr nach italienischem Muster. Diese Lösung stößt aber auf eine große Schwierigkeit. Da Österreich-Ungarn — von Montenegro können wir augenblicklich absehen — trotz unserer jetzt so laut sich gebärdenden Serbenhasser und -Verächter seine 7½ Millionen nicht gutwillig herausgeben wird, könnte das Königreich Serbien dieses Ziel nur nach einem siegreichen Krieg gegen Österreich-Ungarn erreichen, und da Serbien dafür zu schwach ist, nur mit der militärischen Unterstützung anderer Staaten, etwa Rumäniens, vor allem aber Rußlands — und das geht wieder nicht ohne einen *großen europäischen Krieg,* in dem, wohlgemerkt, die beiden Zentralmächte eine vernichtende Niederlage erleiden müßten. Man sieht, die großserbische Idee zu verwirklichen, ist nicht so einfach, und deswegen dürfte sie unter der politisch reifen Intelligenz der Serben nicht allzu viele Anhänger haben.

„Eine andere Lösung des südslawischen Nationalproblems wird von den fanatischen Gegnern des Königreiches Serbien vertreten: Annexion Serbiens (auch Montenegros) durch unsere Monarchie, und somit Vereinigung aller Serben unter dem allei-

nigen Zepter unserer Dynastie. Auch das ginge heutigentags nicht mehr ohne einen europäischen Krieg ab, in dem wieder die beiden Zentralmächte die anderen vollständig zu Boden werfen müßten. Diese Lösung ist gleichfalls nicht sehr einfach und scheidet vorläufig für Menschen mit nicht allzu *blutrünstiger* Phantasie aus der Betrachtung aus. Gibt es denn aber gar keine friedlichen Lösungen? Warum nicht? Man könnte sich beispielshalber eine Lösung nach dem Muster des Deutschen Reiches denken: unsere Monarchie bildet mit Serbien und Montenegro — vielleicht auch ‚in einem Aufwaschen' noch mit Rumänien — einen Bundesstaat, unter Erhaltung sämtlicher beteiligter Dynastien und aller erdenklichen Partikularinteressen. Dabei braucht kein Blut zu fließen. Oder eine Lösung nach dem Muster des deutsch-österreichischen Bündnisses: unsere Monarchie schließt mit den beiden serbischen Staaten — und auch hier nehmen wir Rumänien dazu — ein Schutz- und Trutzbündnis ab, das die Serben — und Rumänen — in unserer Monarchie ebenso befriedigen und beruhigen kann wie das Bündnis mit Deutschland die Deutschösterreicher. Oder es wird ein Staatenbund nach dem Muster des Deutschen Bundes bis 1866 gegründet. Und auch hier muß kein Blut fließen und der nationale Zusammenschluß unter einem einheitlichen Regime ist erreicht.

„Doch das sind nur beispielshalber erdachte Kopien fremder Muster. Ein österreichisch-ungarischer Bismarck würde vielleicht eine noch bessere Originallösung finden. *Jedenfalls ist es klar, daß es auch ohne die blutigen Lösungen geht,* daß man nicht notgedrungen ein Serbenhasser werden muß, um ein österreichischer Patriot zu bleiben, und *daß der serbische Nationalismus mit dem Bestand unserer Monarchie nicht absolut unverträglich ist.*

Nur einen staatsmännischen Kopf brauchen wir, wie für dieses Problem, so auch für einige andere. Da fehlt's."

In dem Artikel „Die Versuchung" wurde am 7. Juli, am Tage des ersten gemeinsamen Ministerrates, der über die Frage von Krieg und Frieden beriet, die Sachlage wie folgt dargelegt: „Wenn es vor Gericht und einwandfrei bewiesen werden kann, daß an Stellen, die der serbischen Staatsgewalt erreichbar sind, oder gar mit ihrem Mitwissen verbrecherische Anschläge gegen unsere Monarchie eingeleitet und durchgeführt wurden, dann versteht es sich von selbst, daß aus solchen Beweisen gegen Serbien alle politischen und nötigenfalls auch militärischen Konsequenzen gezogen werden müßten. Wenn aber, wie wir hoffen und annehmen, die gerichtliche Untersuchung zu keinen derartigen Ergebnissen führt, dann werden wir uns wohl begnügen, im eigenen Lande Ruhe und Ordnung zu schaffen, und können die Beurteilung einer ruchlosen Tat und einer zügellosen Hetzpresse, die dafür mitverantwortlich ist, ruhig der europäischen Öffentlichkeit überlassen. Wegen solcher Ausschreitungen uns von einer besonnenen Interessenpolitik zu einer jähzornigen Rachepolitik verlocken und abdrängen zu lassen, wäre ein Fehler und würde unser besseres Recht in Unrecht verwandeln." Der Ministerrat hat freilich auf diese ruhigen Worte nicht gehört, sondern den Krieg vorbereitet, ohne daß damals oder auch später ein Beweis für die Mitschuld der serbischen Regierung an der Ermordung Franz Ferdinands erbracht worden wäre. Am 11. Juli warnte ich in einem Artikel „Die schwerste Krise" davor, bei den Serben an die „messianische Hoffnung auf die staatliche Wiedervereinigung aller Stammesgenossen" zu rühren, die „der Trost und die Zuflucht aller staatlich zersplitterten Nationen" sei. „Wir müssen bei einem allzu brüsken

Vorgehen gegen die serbische Allstaatsidee mit inneren Gefahren ebenso rechnen wie mit äußeren. Wir müßten plötzlich das ganze südslawische Problem und in weiterer Folge das Balkanproblem und vielleicht auch das *gesamteuropäische Problem aufrollen.* Ob dafür der für uns günstigste Zeitpunkt gekommen, ob die diplomatische, finanzielle, innerpolitische und militärische Lage der Monarchie für diesen Entscheidungskampf genügend vorbereitet ist, das ist die Frage . . . Einen Tag vor dem Attentat hätten sicher unsere Staatsmänner diese Frage verneint. Hat sich durch das Attentat die Lage wesentlich verändert?... *Haben wir etwa auf eine Gelegenheit gelauert,* mit den Feinden innerhalb und außerhalb unseres Staates einmal gründlich und auf der ganzen Linie abzurechnen, und dürfen wir *das Attentat als eine Art willkommenen Anlaß* zur Ausführung eines solchen längstgehegten Planes ansehen?" Das waren der Form nach Fragen, in der Sache schwere Anklagen, die niemand mißverstehen konnte.

Meine Artikel entfesselten unter den Kriegshetzern eine grenzenlose Wut. Tag für Tag wurde ich in ihren Zeitungen, besonders in der christlichsozialen „Reichspost", dem intimen Organ des Herrn von Montlong und des Dr. Bardolff, beschimpft. Herr von Montlong suchte sogar einen Journalisten zu veranlassen, in seinem obskuren Blatt — einem anderen wäre es wohl zu gefährlich gewesen — die von seinen Leuten seit Jahren mündlich in Umlauf gesetzte Verleumdung zu veröffentlichen, daß ich von der serbischen Regierung mit 200.000 Franken bestochen worden sei. (Nach der Niederwerfung Serbiens wurde ein Generalstabshauptmann nach Serbien entsendet, mit dem besonderen Auftrag, in dem serbischen Staatsarchiv nach Dokumenten, die mich kompromittieren könnten, zu forschen. Verlorene Hoffnung!) Mein Bureau wurde ausspioniert. Als mich

einmal Herr Wladan Georgiewitsch, der gewesene serbische Ministerpräsident unter dem österreichischen Vasallen Milan, in meinem Bureau besuchte, wurde diese Neuigkeit mit entehrenden Insinuationen in der „Reichspost" austrompetet. In den christlichsozialen Versammlungen wurde ich, besonders von Dr. Heinrich Mataja, dem wandlungsfähigen späteren Staatssekretär des Innern in der Republik Österreich, als „Landesverräter" der öffentlichen Verachtung preisgegeben. An einem Abend gegen 10 Uhr wurde nach einer solchen Versammlung im Prater ein Zug von 2000 Mann zu meiner Redaktion organisiert, die dort gegen mich demonstrieren, das heißt meine Redaktion demolieren sollten. Die Menge wurde jedoch auf dem langen Wege vom Prater zu meiner Redaktion noch rechtzeitig von der Polizei aufgehalten*).

*) Die christlich-soziale „Reichspost" berichtete in ihrem Morgenblatt vom 25. Juli 1914 über diesen Vorfall unter dem Titel „Große Volkskundgebung in der Leopoldstadt" wie folgt: „Zu einer mächtigen Kundgebung der Wiener kam es heute (24. Juli) abends in einer in Wickenhausers Restauration „Zum städtischen Bad" abgehaltenen Massenversammlung, in welcher Reichratsabgeordneter Stadtrat Dr. Mataja über das Ultimatum an Serbien sprach." Es folgt dann der Bericht über den Verlauf der Versammlung. Der Hauptredner, der christlich-soziale Führer Dr. Mataja, sagte u. a.: „So selten wir Gelegenheit haben, unsere Regierung zu loben, diesmal müssen wir sagen: Dieses Ultimatum ist in richtiger Form abgefaßt! (Jubelnder Beifall.) Die Forderungen sind richtig, wir bekennen uns dazu, daß wir zustimmen, daß genau dem Wortlaut unserer Forderungen und genau der gestellten Frist entsprechend die Antwort eingelangt sein muß, und wenn nicht, daß unser Recht mit Waffen erkämpft wird!" (Donnernder Beifall, welcher sich immer wieder erneuert.) Endlich kann Dr. Mataja weitersprechen. Er geht die einzelnen Punkte des Ultimatums durch und fährt dann fort: „Diese Note enthält das Allermindeste, und wenn ein Punkt fehlte, wäre das Ultimatum nicht vollständig. Und nun aber kommen österreichische Zeitungen und sagen: Die österreichische Regierung kann das nicht ein-

Bis zum letzten Augenblick wollte ich aber trotz alledem nicht glauben, daß dieses zerrüttete, einer überlegenen Führung im Zivil wie im Militär entbehrende Staatswesen den selbstmörderischen Wahnsinn begehen könnte, den Funken in das europäische Pulverfaß zu werfen. Ich habe mich in diesem Punkte geirrt, in guter Absicht geirrt. In diesem Irrtum schrieb ich noch am Tage der Überreichung des Ultimatums im Abendblatt vom 23. Juli eine letzte Polemik gegen die Kriegshetzer, einen letzten Aufruf zur Vernunft. Am Abend dieses Tages wurde den Zeitungen das Ultimatum zugestellt. Ich las dieses Schriftstück, das mir wie das Machwerk eines Irrsinnigen erschien, der nur leider die Macht in der Hand hatte, seinen Irrsinn auszuführen. Ich las diesen Irrsinn mit Entsetzen, ich sah den Krieg unvermeid-

---

halten. (Entrüstete Pfuirufe auf die ‚Zeit').“ Mataja schließt mit einem Hoch auf den Kaiser. Die Versammlung wird mit dem Prinz Eugen-Marsch beendet. Dann fährt der Bericht der „Reichspost“ fort: „Beim Verlassen des Saales wurde plötzlich die Parole ausgegeben, vor die Redaktion der „Zeit“ zu ziehen und dort wegen der serbischen Haltung des Blattes zu demonstrieren. Etwa zweitausend Teilnehmer formierten sich zu einem Zuge, welcher sich zunächst zum Tegetthoff-Monumente bewegte, dort hielt Reichsratsabgeordneter Mataja eine jubelnd aufgenommene Ansprache. Der Zug, welcher von zahlreichen Fenstern aus durch Tücherschwenken und Zurufe begrüßt wurde, zog dann vor das Deutschmeister-Denkmal, wo Dr. phil. Gerhard Fritsche eine begeisternde Ansprache hielt. Vor der ‚Zeit‘ hielten starke Polizei-Kordons die Zugänge abgesperrt, um dieses Blatt so sorglich zu schützen, wie kürzlich die Provokationsfahne des Herrn Jovanovic. In vollständiger Ruhe lösten sich die Reihen der Demonstranten auf.“ Die „Provokationsfahne des Herrn Jovanovic“ war die Trauerfahne, die der serbische Gesandte anläßlich des Todes des Erzherzogs Franz Ferdinand ausgesteckt hatte; sie bildete mehrere Tage hindurch das Objekt lärmender Straßendemonstrationen. — Der Weg vom Versammlungslokal zum Gebäude der „Zeit“ dauert zu Fuß eine gute halbe Stunde. —

lich vor mir, den Krieg, die Niederlage und die Zertrümmerung dieses Staates. Ich sah durch die Zeilen dieses schändlichen Elaborats hindurch auch das Schicksal, das man mir endlich, wo der Krieg den von mir so scharf kritisierten Machthabern die diktatorische Gewalt in die Hände gab, bereiten wollte. Ich sah das, und ich sah auch die Nutzlosigkeit, ja Schädlichkeit jeder weiteren Kritik in diesem Moment ein, und beschloß, der mir drohenden Gefahr auszuweichen. Ich wußte, daß in wenigen Tagen ohnedies über die Zeitungen die Kriegszensur verhängt werden und daß es dann mit der Kritik und der Freiheit der Meinungsäußerung ein Ende hätte. So stellte ich an diesem Abend die Kritik ein und begnügte mich mit einem schwunglosen Kommentar zu dem Ultimatum. Später erst sollte ich erfahren, wie gut ich daran getan. Wie schon an früherer Stelle erzählt, hatte der Generalstab für den Kriegsbeginn den Antrag vorbereitet, die „Zeit" sofort für die ganze Kriegsdauer zu unterdrücken. Durch die Wendung, die ich im letzten Augenblick unternommen, durch diese Mimikry, hatte ich, ohne es zu wissen, diesem Antrag das Substrat entzogen und die Existenz meines Blattes gerettet.

Konnte man nun schon das Blatt nicht kurzer Hand, wie man gehofft hatte, unterdrücken, so suchte man es auf jede Weise zu schädigen, wozu man jetzt in der Zeit der militärischen Kriegsdiktatur die Mittel in der Hand hatte. Wie tief der Haß gegen unser Blatt bei den hohen Militärs ging, konnte ich gerade in den Julitagen aus einem mir zur Einsichtnahme vorgelegten Brief ersehen, den der damalige Korps-, im Kriege Armeekommandant von Böhm-Ermolli an einen seiner Freunde gerichtet hatte. Er warnte diesen davor, mit den Herausgebern der „Zeit" zu verkehren, die als Landesverräter an den Galgen gehören. So dachten manche der späteren Schlachten-

verlierer um Conrad herum. Jetzt konnten sie wenigstens ihr Mütchen an uns kühlen. Es würde zu weit führen, alle die Tücken aufzuzählen. Hier mögen einige Beispiele genügen. Als der Krieg begann, wurde der „Zeit“ unter Hinweis auf ihre „Serbenfreundlichkeit“ eine Vertretung im Kriegspressequartier, das heißt die Teilnahme an der Kriegsberichterstattung, versagt. Nach vielem Hin und Her wurde schließlich ein Kriegsberichterstatter der „Zeit“ zugelassen, aber die maßgebenden Herren im Kriegsministerium behielten sich die Wahl des betreffenden Journalisten vor. Ihre Wahl fiel auf einen gewesenen Offizier, später Lokalreporter. Dieser kam auch nicht wegen seiner journalistischen Qualitäten zu diesem hochbezahlten Posten, sondern wegen seiner persönlichen Beziehungen zu einem der Maßgebenden im Kriegsministerium, einem k. u. k. Hauptmann, der ihm Geld schuldig war und auf diese Art eine Stundung erzielte. Als er, da er sich der Aufgabe nicht gewachsen fühlte, den Posten aufgab, wurde sein Nachfolger, obzwar von den Militärs wegen seiner Person und seiner Berichte geschätzt, bei jeder Gelegenheit zurückgesetzt und in seiner Arbeit behindert. In den Tischgesprächen des k. u. k. Kriegspressequartiers ließ sich dessen erster „Kommandant“, General von Höhn, und noch ungenierter dessen Nachfolger Oberst von Eisner-Bubna vor der gesamten Tafelrunde in infamen Anspielungen über die „Zeit“ und deren Herausgeber aus. Kein Blatt wurde von der Zensur — der militärischen wie der politischen — so viel gequält wie das unsrige. Dafür statt Tausender nur ein kleines Beispiel: Mitte August 1914 wurde amtlich die Nachricht von einem „entscheidenden Siege“ über die Serben bei Valjevo ausgegeben. In dem Kommentar, den unser Redaktionsstratege, ein k. u. k. Oberst a. D. schrieb, glorifizierte er wohl pflichtschuldigst den Sieg, ohne aber das Adjektiv

„entscheidend“ zu verwenden. Darauf schrieb der Zensor aus eigener Macht- und Verstandesvollkommenheit das Wörtlein „entscheidend“ in das Manuskript hinein und erteilte in einer privaten Randbemerkung der Redaktion für diese unpatriotische Bescheidenheit eine strenge „Nase“. Ich machte unserem Redaktionsstrategen davon Mitteilung. Der Oberst antwortete mir, er habe mit Vorbedacht das Epitheton „entscheidend“ aus dem offiziellen Bericht nicht übernommen, weil dies nach seiner militärischen Überzeugung tatsächlich kein entscheidender Sieg war. Die späteren Tatsachen haben bewiesen, daß er Recht hatte. Von Stund' an wurden aber die Manuskripte unseres Obersten regelmäßig greulich zusammengestrichen, bis er schließlich den Dienst aufgab, und da es seinem Nachfolger mit selbständigen militärischen Artikeln nicht besser erging, beschränkte ich die militärischen Kommentare auf gelegentliche Paraphrasen der amtlichen Bulletins. Und das alles, weil wir den Sieg von Valjevo nicht als entscheidend anerkannt hatten!

Mir wurde es alsbald klar, welchem traurigen Schicksal die beiden Zentralmächte im Krieg entgegengingen. Für Habsburg gab es nach meiner Ansicht nur die schimpfliche Alternative: entweder im Fall der Niederlage unterzugehen oder im Falle des Sieges der Vasall Deutschlands zu werden. Die Worte Kaiser Franz Josephs in seinem Kriegsmanifest: „Ich habe alles geprüft und erwogen“ klangen mir wie Hohn ins Ohr. Von dem Augenblick an, wo Deutschland die Neutralität Belgiens verletzte, hielt ich übrigens den Sieg der Zentralmächte für ausgeschlossen. Ich erwartete, daß sich nun über kurz oder lang alle neutralen Mächte, einschließlich Amerikas, wie ein Mann gegen uns erheben würden, um dem Krieg ein Ende zu machen. Die immer wieder auftauchenden Meldungen und Gerüchte von bevorstehen-

den ungeheuren Siegen, neuen Vernichtungsmitteln der Zentralmächte, Hungersnöten und Revolutionen im Lager unserer Feinde nahm ich nicht ernst. Dagegen sah ich, daß bald nach Beginn des Krieges unsere Feinde den Sieg mit geistigen Waffen über uns davongetragen hatten, da es ihnen gelang, die von ihnen vertretene Sache als allgemein menschliche und den Sinn des Krieges als einen Kampf um Recht und Freiheit darzustellen, während unsere in den engstirnigen Begriffen der Machtpolitik verrannten Staatsmänner immer nur von den Lebensinteressen der österreichisch-ungarischen Monarchie oder des Deutschtums zu sprechen wußten, die die übrige Menschheit kalt lassen mochten, die selbst unter den Völkern des österreichisch-ungarischen Nationalitätenstaates nur geteilte Sympathie erregten. Ich sah die geistigen und materiellen Reserven der Gegner immer wachsen, die unsrigen trotz aller Großsprechereien schwinden. Den Glauben so vieler Österreicher an die geradezu idealen Verhältnisse, die im Deutschen Reich herrschen sollten, teilte ich auch nicht. Im Gegensatz zu unserem Intrigen- und Cliquenwesen, sollte dort alles in Begeisterung miteinander für die gemeinsame gute Sache einträchtig zusammenarbeiten. Allerdings kannten die meisten Österreicher Deutschland nur aus ihren Zeitungen, die es lyrisch verklärten, und ihrer eigenen naiven Phantasie, die sie für Wirklichkeit hielten. Bei aller Anerkennung der vielgerühmten Organisation, die die meisten Leute nur an den untergeordneten Stellen der Staatsverwaltung zu beobachten Gelegenheit hatten, wo sie auch bestand, fand ich gerade an den obersten Stellen eine Desorganisation, die in wichtigen Angelegenheiten den Staatswillen lähmen mußte. Besonders das sozusagen mitten im Kugelregen des Weltkrieges ungestört fortgesetzte Duell Tirpitz-Bethmann wirkte auf die Presse und durch sie auf das öffentliche Leben

geradezu demoralisierend. Das eine Ressort erfuhr nicht von dem, was in dem anderen vorging, und das eine Ressort arbeitete oft dem anderen entgegen. Nach außen ließ man sich freilich nichts merken, die Fassade des Reichsgebäudes wurde reingehalten*).

Deutschland und Österreich-Ungarn wußten überhaupt die ganze lange Friedenszeit hindurch von einander und interessierten sich für einander weit weniger als man nach der auf allen Wegen und Stegen gerühmten Intimität des Bundesverhältnisses hätte annehmen sollen. In Österreich wollten sich die Deutschen aus Rücksicht auf ihre slawischen Mitbürger ihr Ideal des Deutschen Reiches nicht rauben lassen. In Deutschland wieder war es, als ob man gefürchtet hätte, die schlechte Meinung nur allzusehr bestätigt zu finden, die man von den Österreichern unbesehen schon hatte. In der deutschen politischen Literatur gab es kein einziges gutes Buch über die politischen Zustände Österreich-Ungarns. Wer sich darüber ernstlich unterrichten wollte, mußte zur französischen und englischen Literatur greifen. Manche Irrtümer hätte man sich in Deutschland erspart, wenn

---

*) Erst nach dem Kriege fällt ab und zu eine Andeutung über diese bedenklichen Dinge von einem Wissenden. So in der Schrift „Die russische Mobilmachung und der Kriegsausbruch" von Oberstleutnant von Eggeling, der bis zum Ausbruch des Krieges deutscher Militärattaché in Petersburg war und als solcher die folgenschweren Unterredungen mit dem russischen Kriegsminister und dem Generalstabschef in den letzten entscheidenden Tagen hatte. Er schreibt über die Verhältnisse in seinem Dienstzweig, er halte das dort praktizierte System im wesentlichen für falsch, und fährt dann fort: „Man sollte eigentlich besser sagen ‚Systemlosigkeit'! Sie waltete ja damals bei uns allgemein. Bis in die höchsten Behörden hinauf fehlte die ständige gegenseitige Orientierung. In entscheidender Lage ist dadurch schwerer Schaden entstanden." (S. 8.)

man den Staat, mit dem man sich auf Leben und Tod verbunden hatte, genauer gekannt hätte.*)

Auch die Österreicher hätten sich mit etwas mehr Kritik vor manchen Illusionen bewahren können. Am kritiklosesten stand man bei uns den militärischen Unternehmungen Deutschlands gegenüber. Mich kitzelte der Stachel des Zweifels auch an dieser besonders empfindlichen Stelle. Zu den bereits erwähnten Fehlurteilen des Großen Generalstabs im russisch-japanischen und im Balkankrieg kamen subjektive Eindrücke, die ich in mehrjährigem Verkehr mit einem Hauptmann des großen Generalstabs gewonnen hatte, und Nachwirkungen aus der Lektüre und öffentlichen Besprechung von Büchern, wie Beyerleins „Jena oder Sedan?" und Bilses „Aus einer kleinen Garnison". Aus diesen und anderen Erfahrungen waren mir auch Zweifel an der obersten militärischen Führung unseres Bundesgenossen erwachsen. Doch, wer wollte jetzt solchen Bedenken Gehör schenken? Der Kriegswahnsinn hatte bei uns selbst sonst nüchterne Geschäftsleute, die allerdings für Ordens- und Titelauszeichnungen immer noch genug Phantasie hatten, wie die Bankdirektoren ergriffen, und das patriotische Angebertum war wieder hochgekommen. So mußte ich meine wahre Mei-

---

*) In seinem Buche „Die Vorgeschichte des Weltkrieges" (S. 107 bis 109) erzählt der gewesene Staatssekretär und Vizekanzler im Weltkrieg Dr. Helfferich, daß er erst 1913 die südslavische Frage entdeckt hat. Ludendorff wieder entdeckte im September 1914 gelegentlich eines Besuches beim k. u. k. Armee-Oberkommando das „verwahrloseste Land Europas", Galizien und die Schlechtigkeit des österreichischen Regierungssystems, er entdeckte bei dieser Gelegenheit auch erst die Verfehltheit der ganzen Friedensarbeit des k. u. k. Generalstabs („Kriegserinnerungen", S. 58 f.). Der Weltkrieg wurde so für die Herren in Berlin das Zeitalter der unangenehmen Entdeckungen, während er das der angenehmen Erfindungen für alle Kriegslügen-Propaganda betreibenden Regierungen war.

nung, von wenigen gleichgesinnten Freunden in Wien, Berlin und München abgesehen, für mich behalten.

Je weiter aber das Unheil, der Krieg, fortschritt, desto schwieriger wurde mir die Führung meines Blattes. Ich machte es mir zum Prinzip, nur diejenigen Kriegslügen abzudrucken, die uns (in Heeresberichten, amtlich versendeten Zwangsartikeln usw.) amtlich aufgenötigt wurden, die zahlreichen anderen Fälschungen und Tatarennachrichten, mit denen das Publikum in der Presse irregeführt wurde, nach Möglichkeit zu ignorieren, völkerverhetzende Nachrichten und Betrachtungen von meinem Blatte fernzuhalten und dort, wo es nicht möglich war, die Wahrheit zu sagen, zu schweigen. Doch stieß ich damit selbst bei meinen eigenen Redakteuren, die vom Kriegswahn immerhin einigermaßen mitangesteckt waren, auf Schwierigkeiten. Mein erster politischer Redakteur, der als „alter Demokrat" posierte, warf mir gelegentlich mit hochgezogenen Augenbrauen und bewegter Stimme meine „unpatriotische" Haltung vor. Ein volkswirtschaftlicher Redakteur schrieb mir einen entrüsteten Absagebrief mit Anspielungen auf meine (damals todeswürdige) Anglophilie, weil ich ihm einen Artikel abgelehnt hatte, in welchem er die Finanzlage Österreichs für besser erklärte als die — Englands. Bei der Versenkung der „Lusitania" zum Beispiel hatte ich schwere Mühe, den diensttuenden Redakteur davon abzuhalten, dieses Ereignis, das er einer gewonnenen Schlacht gleichstellte, ich aber mehreren verlorenen, durch einen „großen Kopf" typographisch zu feiern. Schon frühzeitig bemerkte ich die ersten Anzeichen des Lebensmittelmangels und sah die Hungersnot kommen. Es kostete mich aber Mühe, meine Redaktion, deren Mitglieder doch selbst unter diesem Übel litten, von der Notwendigkeit, zu überzeugen, es rechtzeitig öffentlich zu besprechen. Ebenso ging es mit den Heizmitteln, Kleidern und anderen Bedarfs-

gegenständen. Auf Umwegen (nämlich über Deutschland, wo sie gestattet waren) wußte ich mir die bei uns verbotenen Zeitungen und Kriegsbücher des feindlichen Auslands zu verschaffen. Ich bot sie einzelnen Redakteuren zur Lektüre an. Sie wurden abgelehnt. Der bereits erwähnte politische Redakteur gab dafür die charakteristische Begründung: Entweder enthalten diese Zeitungen und Bücher dasselbe wie die unserigen, dann brauche ich sie nicht zu lesen. Oder sie enthalten etwas Anderes, dann sind es Ententelügen, und die will ich nicht lesen. Ein Dilemma wie das des Kalifen, der die alexandrinische Bibliothek verbrennen ließ, weil im Koran ohnedies alles Wissenswerte stünde.

Die geistigen Widerstände innerhalb der eigenen Redaktion erschwerten mir die Arbeit in hohem Maße. Ich mußte jede Zeile, die für das Blatt bestimmt war, mit erhöhter Aufmerksamkeit einmal im Manuskript und ein anderes Mal noch im letzten Bürstenabzug lesen und zu diesem Zweck Nacht für Nacht, vier Jahre ohne Erholungsurlaub, bis in die frühen Morgenstunden im Bureau arbeiten. Die politischen Artikel, inbesondere Leitartikel, schrieb ich zum Teil selbst, oft mehrere an einem Tage. Diejenigen, die ich von anderen Redakteuren schreiben ließ, machten mir fast ebensoviel Arbeit, da ich von jeher gewohnt war, dem Schreibenden in einer Besprechung zu zweit Thema, Tendenz, Argumentation und Behandlungsweise des Artikels genau vorzuzeichnen. In der Kriegszeit stellten sich dabei manchmal Meinungsverschiedenheiten heraus. Dadurch wurden zeitraubende Erörterungen notwendig, in denen ich versuchte, den Schreibenden für meine Auffassung zu gewinnen, was mir, anscheinend wenigstens, in der Regel gelang. Wo es nicht ging, wählte ich ein anderes Thema. Bei diesen Kontroversen konnte ich beobachten, wie weit die Kriegspsychose selbst die Mit-

glieder meiner Redaktion, auf die sicher kein Zwang ausgeübt wurde, ergriffen hatte.

Anfangs Februar 1915 gab die österreichisch-ungarische Regierung ein Rotbuch mit Akten aus der Zeit des Kriegsausbruches heraus. Das war keine geringe Überraschung. Die Ententeregierungen hatten gleich nach Kriegsausbruch ihre Aktensammlungen veröffentlicht, und die ganze Welt hatte sich, in Ermangelung anderer, aus ihnen ein Urteil über die Schuld am Kriege gebildet. Unsere Regierungen hatten wohl die Echtheit der feindlichen Akten bezweifelt, die daraus gezogenen, den Mittelmächten ungünstigen Schlußfolgerungen lebhaft bestritten, aber gerade das unterlassen, was in dieser Lage als das Natürlichste erschien: eine Publikation ihrer Akten. Außer dem am 3. August 1914 erschienen, nur wenige Akten, aber viele Behauptungen enthaltenden deutschen Weißbuch war keine Aktensammlung der Mittelmächte herausgegeben worden. Das österreichisch-ungarische Rotbuch kam wohl etwas spät, aber die Tatsache seiner Veröffentlichung mußte zunächst einen guten Eindruck machen. Die Mittelmächte standen ja damals militärisch günstig und glaubten, des Sieges ganz sicher zu sein. Die Herausgabe des österreichisch-ungarischen Rotbuches ließ darauf schließen, daß man sich stark genug fühle, um keine Kritik mehr zu scheuen, wie die Ententemächte es von Anfang an gehalten. Ich faßte jedenfalls, obzwar die anderen Zeitungen sich jeder Kritik der Akten enthielten, diese Publikation so auf, wurde auch durch vertrauliche Nachfrage bei den Zensurbehörden in dieser Auffassung bestärkt, und da ich auch in diesen für den Gebrauch der Öffentlichkeit während des Krieges zurechtfrisierten Akten nicht wenig Bedenkliches fand, beschloß ich, gewisse kritische Punkte, die die Akten dem ersten Blicke schon darboten, in einer die Mittelmächteregierungen möglichst schonenenden Form,

unter steter Betonung ihrer Friedensliebe und ihrer guten Absichten, in einer Artikelserie in der „Zeit" zu besprechen. Ich betitelte die Artikel „Offene Fragen", weil ich aus Vorsicht mich gar nicht einmal zu einer Kritik vorwagte, sondern darauf beschränkte, kritische Fragen zu stellen, die ich immer mit der Versicherung begleitete, daß die k. u. k. Regierung sicher in der Lage sei, auf diese Fragen befriedigende Antworten zu geben, die sich nur aus dem vorgelegten Aktenmaterial nicht erschließen ließen. Eine weitere Vorsicht bestand darin, daß ich jeden der Artikel schon im Manuskript (was von der Zensurbehörde gar nicht verlangt war) und nachher noch einmal im Bürstenabzug der Zensur vorlegte. Der erste Artikel wurde ohne die geringste Änderung von der Zensur genehmigt. Ich veröffentlichte ihn am 3. Februar 1915 und reichte nun der Zensur den zweiten ein. Auch er wurde von der Zensur freigegeben. Ich veröffentlichte ihn am 4. Februar 1915. Das Erscheinen der Artikel, die in den damaligen Verhältnissen immerhin ein Wagnis waren, erregte allgemeine Aufmerksamkeit und wurde als ein Zeichen milderer Zensursitten aufgefaßt. Ich war eben im Begriffe, einen dritten Artikel zu schreiben, dem noch mehrere folgen sollten, da erschien ein Freund, der in offiziellen Kreisen verkehrte und Vertrauen genoß, bei mir, und fragte mich, ob es mir nicht aufgefallen sei, daß meine zwei kritischen Artikel von der Zensur so gut behandelt worden seien. Er eröffnete mir dann, daß man mir mit der Zulassung dieser Artikel nur eine Falle gestellt habe. Diese Artikel seien noch zu vorsichtig geschrieben. Man hoffe aber, mich durch das freundliche Verhalten der Zensur in Sicherheit zu wiegen und so weit zu bringen, daß ich meine Vorsichten außeracht lasse und die Wahrheit mehr entschleiert schreibe. Dann werde man das Damoklesschwert über mich niedersausen lassen und inzwischen freue man sich schon des Opfers, dessen man

diesmal gewiß zu sein glaube. Ich war gewarnt und stellte die Fortsetzung der Serie „Offene Fragen“ ein.

Meine vorsichtige Taktik erregte gerade deswegen, weil sie formell unangreifbar war, die besondere Wut des Presseleiters des Ministeriums des Äußern Ritter von Montlong. Da er in den Zeilen des Blattes nichts Verdächtiges finden konnte, so suchte er es zwischen den Zeilen oder, in diesem Fall richtiger gesagt: zwischen den Buchstaben. Er verlegte sich darauf, die Spationierungen (durchschossenen Schriften) des Blattes zu studieren und behauptete vor den ihn besuchenden Zeitungsberichterstattern, da ich nicht mehr ententefreundlich zu schreiben wage, sei ich jetzt auf den Ausweg verfallen, ententefreundlich zu spationieren! Ich stehe in einer geheimen Verbindung mit der Entente! Da Montlong dieses tolle Gebaren durch viele Wochen fortsetzte, ersuchten wir beide, die Herausgeber des Blattes, Professor Singer und ich, im Jahre 1916 Herrn von Montlong um eine Unterredung, die auch zu dritt in dessen Bureau im Ministerium des Äußern stattfand. Herr von Montlong behandelte uns wie Hochverräter, denen man nur deswegen nicht den Prozeß machen kann, weil man die Beweise noch nicht beisammen habe.

Den Gipfelpunkt erreichte sein Toben im November 1916. Am 9. November hatte der Reichskanzler von Bethmann Hollweg das erste vernünftige Wort in diesem Kriege auf unserer Seite gesprochen, er trat in einer Rede für die Idee der Abrüstung, der völkerrechtlichen Friedensgarantien und die damals von der anderen Seite bereits mit Erfolg propagierte Idee eines Völkerbundes ein, wobei mir nur der schnodderige Zusatz mißfiel, daß „wir“ bereit seien, uns „an die Spitze“ dieses Völkerbundes zu stellen. Ich war froh, Herrn von Bethmanns Rede loben und unter dieser schützenden Hülle mein Publikum wenig-

stens andeutungsweise über die von Deutschland auf den Haager Friedenskonferenzen 1899 und 1907 begangenen Fehler belehren zu können. Der Artikel war so vorsichtig abgefaßt, daß ich hoffte, daß die versteckten Spitzen, die er gegen die militaristische Vergangenheit der deutschen Staatsmänner richtete, keine Empfindlichkeit erwecken würden. Da hatte ich mich aber sehr geirrt. Der kluge Herr von Montlong sah in jenem Artikel einen Angriff gegen unseren deutschen Verbündeten und gegen unser Bündnis und ließ mir durch einen meiner Redakteure sagen, daß, wenn noch einmal etwas Derartiges vorkomme, das Erscheinen der „Zeit" eingestellt werden würde, aber nicht, wie man es in Deutschland mit mißliebigen Blättern zu tun pflege, auf ein paar Tage oder Wochen, sondern für immer und unwiderruflich. Gleichzeitig kam auch, im Auftrag des Ministeriums, eine polizeiliche Verwarnung, ebenfalls wegen des „Bündnisses". Das war mir denn doch ein zu gefährliches Spiel. Das Bündnis galt als ein Heiligtum, und wenn man sich auf eine Schädigung des Bündnisses berufen konnte, glaubte man sich zu jeder Schandtat berechtigt. Da ich mit Herrn von Montlong zu sprechen für ganz nutzlos hielt, meldete ich mich bei dem Minister selbst, dem Nachfolger Berchtolds, Baron Burian, den ich von früher her ganz gut kannte und als gebildeten Mann schätzte, zur „Audienz". Zu dieser brachte ich eine ganze Reihe völkerrechtlicher Werke und Schriften deutscher Gelehrten, wie Schücking, Zorn, mit, die die schiedsgerichtsfeindliche Politik Deutschlands auf den Haager Konferenzen für verfehlt erklärten. Ich wies Burian nach, daß ich in meinem Artikel viel weniger behauptet hatte als diese anerkannten deutschen Fachgelehrten, und daß von einem Angriff auf das Bündnis in dem Artikel keine Rede sein könne. Burian hörte mich ruhig an, bezweifelte und bedauerte das rüde Benehmen seines Presseleiters, behielt die von

mir mitgebrachten Bücher zur Prüfung bei sich und stellte sie mir dann zurück, ohne mir weiteren Bescheid zu geben. Ich nahm an, daß er meine Beschwerde als gerechtfertigt erkannt hatte. Immerhin war mir bei dieser Unterredung Eines aufgefallen: Baron Burian, ein sehr kenntnisreicher Herr, pflegte sonst, wenn irgend ein Thema im Gespräch angeschlagen wurde, sofort das Wort zu nehmen, um in einem längeren gelehrten Vortrag den betreffenden Gegenstand mit der Vollständigkeit eines Konversationslexikons erschöpfend zu behandeln. Bei der Haager Frage ließ er mich reden und dozieren und sprach auch nicht ein Wort dazu. Ich schloß daraus, wie fremd unseren Staatsmännern die Haager Ideen waren, wenn selbst ein so belesener und redelustiger Mann wie Burian darüber nichts zu sagen wußte.

Herr von Montlong fand keine Gelegenheit mehr, seine finsteren Pläne gegen die „Zeit" auszuführen. Kaiser Franz Joseph starb, der neue Herr, Kaiser Karl, wollte neue Diener haben, und so kam an Stelle des mittlerweile zum Grafen avancierten Burian Graf Ottokar Czernin auf den Ballplatz. Neue Besen kehren gut. Graf Czernin enthob Montlong von seinem Posten und ersetzte ihn durch Herrn von Wiesner, einen politisch gebildeten, in Presseangelegenheiten erfahrenen, geistig äquilibrierten weltgewandten Mann. Czernin lud mich alsbald zu Unterredungen ein. Ich war bei der ersten Zusammenkunft im März 1917 überrascht. in dem Grafen Czernin einen Mann an maßgebender Stelle zu finden, der die damals schon geradezu verzweifelte Situation der österreichisch-ungarischen Monarchie richtig erkannte und sich darüber auch mit erstaunlicher Offenheit aussprach. Ich hoffte, mit ihm zusammengehen zu können. Doch bei der zweiten Unterredung im April 1917 schon sah ich, tief enttäuscht, die Leerheit seiner lauten und kühnen Reden ein. Als ich ihm sagte, wenn er die

Notwendigkeit eines baldigen Friedensschlusses einsehe, müsse er dies den Berliner Machthabern, deren Unfähigkeit er richtig erkannt hatte, sagen, und wenn sie nicht mittäten, ihnen wenigstens drohen, daß er selbständig vorgehen werde, schlug er mit der Faust auf den Tisch und schrie, daß er sich, solange er hier sitze, niemals von Deutschland trennen würde. Mit dieser närrischen Spielart von „Nibelungentreue" band er sich die Hände, und da konnten ihm die offenen Augen auch nichts nützen, es sei denn, daß er mit offenen Augen den Staat ins Verderben führte, während seine Vorgänger es blind getan hatten.

Unter Czernin und Wiesner wurde die Zensur in allgemein politischen und innerpolitischen Sachen milder. Dafür kamen wieder neue Zensurplagen über uns, die eine hieß die Lebensmittelfrage, die andere war nicht ganz neu, ich hatte sie schon unter Montlong kennen und fürchten gelernt, sie hieß das Bündnis und verstärkte sich jetzt zur dreimal gebenedeiten Obersten Heeresleitung. Zunächst die Lebensmittelfrage. Anfangs hatte man meine im Blatte geäußerten Befürchtungen um unsere Lebensmittel-, Kohlen-, Kleider-, Wäscheversorgung leichtsinnig, wie man nun einmal in Österreich in den Tag hineinlebte, solange noch etwas zu essen und anzuziehen da war, für eine Marotte gehalten und ignoriert. Als die Lebensmittelnot aber sich in den Mägen fühlbar zu machen begann, suchte man ihr, da man alle anderen Mittel bereits versäumt hatte, durch die Zensur beizukommen. Die Lebensmittelartikel, mit denen ich der übrigen Presse vorangegangen war und die nun zu einer stehenden Rubrik in allen Blättern wurden, fingen an, die Aufmerksamkeit der Zensur auf sich zu ziehen, und da die Lebensmittelartikel der „Zeit" nicht nur die ersten, sondern auch die besten waren, wurden sie an den amtlichen Stellen am unliebsamsten vermerkt. General Conrad von Hötzendorf riß sich sogar von

seinen strategischen Meditationen los, um Erlässe des k. u. k. Armeeoberkommandos zu unterschreiben, in welchen mit nie versagender Henkerhöflichkeit „die“ Zeitungen — gemeint war, wie mir noch ausdrücklich gesagt wurde, die „Zeit“ — ersucht wurden, über Lebensmittelfragen nichts zu schreiben, weil solche Artikel die Stimmung an der Front verderben. Der Mangel an Viktualien im Hinterland war also offenbar an dem Mangel an Lorbeeren vor der Front schuld. Diese Conradschen Lebensmittel-Erlässe wurden uns in- und außerhalb der Pressekonferenz immer wieder vorgehalten, sie waren der apodiktische Beweis für die unpatriotische Haltung der „Zeit“. In einem an das Ministerium des Innern erstatteten amtlichen Bericht vom 8. März 1916, den ich zu Gesicht bekam, hieß es z. B.: „In letzter Zeit wurde im Kriegsüberwachungsamte nebst anderen Klagen über die Haltung der ‚Zeit‘ auch darüber Beschwerde geführt, daß von der ‚Zeit‘ im Gegensatz zu anderen Blättern die Approvisionierungsfragen allzu breitspurig behandelt werden, was auch vom Staatsanwalt bestätigt wurde.“ Das Kriegsüberwachungsamt wollte mich daraufhin wieder einmal polizeilich vorladen und verwarnen lassen. Man begnügte sich in diesem Fall schließlich damit, mir durch einen der Redakteure meines Blattes eine Droh-Botschaft zu schicken. Amtlich wurde in der Lebensmittelfrage ungefähr der folgende Gedankengang entwickelt: 1. haben wir keinen Mangel an Lebensmitteln, es ist alles zu haben; 2. der Lebensmittelmangel ist kein Lebensmittelmangel (das Wort wurde verpönt), sondern eine Lebensmittelknappheit (das Wort wurde vorgeschrieben), die lediglich in augenblicklichen (strategischen! habt Acht!) Transportschwierigkeiten ihre Ursache hat; 3. übrigens leiden die Engländer und Franzosen viel mehr als wir unter dem Lebensmittelmangel, und die Engländer müssen (dank dem U-Bootkrieg) in längstens x Wo-

chen verhungern, wenn sie nicht schon vorher verhungert sind. Doch der Lebensmittelmangel war, wenn auch nicht dem Feldmarschall Conrad an der Tafel des Armeeoberkommandos, so doch den armen Teufeln, die da in Wien seine Zensurbefehle auszuführen hatten, zu empfindlich fühlbar, als daß es auf die Dauer möglich gewesen wäre, den Zeitungen zu verbieten, von dem zu sprechen, was die meisten zu jener Zeit schon weit mehr beschäftigte als die genialen Schachzüge des Schlachtendenkers von Teschen, nämlich vom Hunger, und dem sich ihm bald beigesellenden Kohlen-, Schuh-, Kleider- und Wäschemangel. Immerhin blieb ich, da ich in allen diesen heiklen Materien der übrigen Presse mit Kassandrarufen voranging, andauernd der besondere Liebling der Zensur.

Doch arbeitete die Zensur in dieser Phase des Krieges, wenigstens uns gegenüber, nicht mehr bloß unter eigener Firma, sondern immer häufiger und immer nachdrücklicher unter der des deutschen Bundesgenossen. Damals war der Kriegsrummel in Österreich schon längst vorbei. Echt war er ja in den Massen nie gewesen, nur durch eine Riesenagitation im Innern und das insbesondere auf die Sozialdemokraten und die Deutschnationalen wirkende Beispiel des mitkämpfenden Deutschen Reiches künstlich erzeugt und anempfunden. Die nähere Bekanntschaft mit dem Krieg, wie er wirklich ist, die Toten- und Verwundetenlisten, die lange Dauer des Krieges und die sich in seinem Gefolge einstellenden Übel des Lebensmittelmangels und der Krankheiten ernüchterten die Bevölkerung ziemlich früh. Schon im Jahre 1916 war von einer Kriegsbegeisterung nicht mehr zu reden. 1917 gewannen die Kriegsmüdigkeit und die Friedenssehnsucht eine überwältigende Stärke. Die Sozialdemokraten fielen neuerdings um und wurden wieder Pazifisten. Nur die Deutschnationalen, unterstützt natür-

lich durch die Kriegsindustrie, schwärmten noch für den Krieg. Doch ihrer waren wenige, und ihre schwache Stimme ging unter in dem allgemeinen Ruf nach dem Frieden. Bis August 1915 war es den Zeitungen streng verboten gewesen, auch nur das Wort „Frieden" zu gebrauchen. Später durfte man schon von Frieden, von Verständigungsfrieden und ähnlichem reden. Dieses Ventil hatte die Zensur zur Erleichterung der Stimmung geöffnet. Um so strenger war es nun verboten, über das einzige, der Bevölkerung übrigens im allgemeinen bewußte Hindernis des Friedens, über Deutschlands Methoden der Kriegführung und sein Festhalten an der belgischen Beute, zu schreiben. Jede Anspielung auf einen dieser Gegenstände, besonders auf Belgien, wurde übel vermerkt. So oft ich auch nur die zarteste, inoffensivste Bemerkung über einen dieser Gegenstände wagte, bekam ich gleich zu hören, daß sich die deutsche Botschaft über die „Zeit" beschwert habe. Zur Kriegszeit hatte aber die deutsche Botschaft in Wien eine Art überstaatlicher Gewalt gewonnen. Besonders dem Marineattaché der deutschen Botschaft, Herrn von Freyberg, soll der Mangel an Begeisterung für den verschärften U-Bootkrieg in meinem Blatt unangenehm aufgefallen sein. Noch gefährlicher wurde die Situation für mich, als auch die Oberste Heeresleitung selbst meinem Blatte ihre wenig schmeichelhafte Aufmerksamkeit immer intensiver zuzuwenden begann. Wenn es hieß: „Die Oberste Heeresleitung hat sich schon wieder über Ihr Blatt beschwert", so war das, bei der diktatorischen Stellung, die die Oberste Heeresleitung einnahm, und der Skrupellosigkeit des Generals Ludendorff und seiner Leute, so viel wie eine Todesverwarnung. Sie wurde noch durch ihre Begründung verstärkt. Die Oberste Heeresleitung sollte sich nämlich immer über die „Zeit" beschwert haben, weil deren Artikel häufig von der Entente als willkommener

Propagandastoff benutzt würden, besonders die Artikel über Lebensmittelmangel. Es wurde mir, um mir das Verbrecherische meines Gehabens so recht eindringlich vorzuführen, erzählt, daß die Entente diese Artikel von ihren Radiostationen vermittels der Presse über die ganze ententefreundliche und neutrale Welt verbreiten lasse, als Beweise unserer Kriegsmüdigkeit, unserer inneren Schwäche usw. Auf solche hochnotpeinliche Vorhalte entgegnete ich, daß auch ich feindliche und neutrale Blätter lese, in diesen aber die „Zeit“ fast nie und ganz bestimmt nie in dem angedeuteten Sinne zitiert finde. Darauf erwiderte man mir, ich sehe eben doch nur wenige Zeitungen, die Ämter bekämen aber die aufgefangenen Radio-Pressetelegramme der Entente zu lesen, und darin sei kein Blatt so häufig und gut gegen uns ausgenützt wie die „Zeit“. Herrn von Wiesner bat ich, mir doch einmal ein solches Radiotelegramm zu zeigen. Ich bekam aber nie eines zu sehen und bin mir bis zum heutigen Tage darüber nicht klar, ob diese Radiotelegramme mit Zitaten der „Zeit“ eine Fälschung der Entente waren oder, mit Respekt zu melden, der Obersten Heeresleitung.

Inzwischen trachtete ich von der Milderung der politischen Zensur einen möglichst guten Gebrauch zu machen. Aus den zwei Unterredungen, die ich mit ihm gehabt, hatte ich den Eindruck mitgenommen, daß Graf Czernin den Frieden, die Volksinteressen und den gesunden Menschenverstand wohl mit großem Geschick im Munde führe, in seiner amtlichen Tätigkeit aber, mehr noch als seine Vorgänger, dem damals so verhängnisvollen Einfluß der deutschen Machthaber, insbesondere Ludendorffs, mit ihrer Durchhalterei im Innern und ihrem militärischen Terror nach außen, bei jeder entscheidenden Gelegenheit erliege. Diese Erkenntnis mußte ich damals für mich behalten. Aber auch die öffentlichen Reden und Äußerungen des

Grafen Czernin gaben Stoff zur Kritik. Wenn ich nun um der Sache willen zum Beispiel seine Budapester Rede über die Abrüstung lobte, so konnte ich doch an manchen Ungereimtheiten und Unverständigkeiten in seinem öffentlichen Auftreten nicht stillschweigend vorübergehen. In einigen Artikeln ließ ich solche kritische Bemerkungen, mit aller durch die Umstände gebotenen Vorsicht und Rücksicht einfließen. Die Zensur regte sich auch nicht. Aus dem vertrauten Freundeskreise des Grafen Czernin erfuhr ich aber, daß der Minister diese Artikel schmerzlich empfunden hatte. Besonders der Artikel „Das Licht unter dem Scheffel" vom 6. Oktober, der eine erstaunliche Unkenntnis der Tradition seines eigenen Amtes beim Minister aufdeckte, soll dem Kaiser Karl zu unangenehmen Bemerkungen Anlaß gegeben und Czernin tief verstimmt, wie man mir sagte, krank gemacht haben; er ging danach in der Tat für einige Tage zur Erholung auf den Semmering.

In dieser Zeit wiederholten sich auch die Vorhalte von Beschwerden der deutschen Botschaft und der Obersten Heeresleitung ganz auffallend und, mit Rücksicht auf Ludendorffs Gewaltherrschaft, beängstigend oft. Was mir früher mit Berufung auf unser Armeeoberkommando angedroht worden: die Unterdrückung der „Zeit" mußte ich jetzt, wo unser Armeeoberkommando sein Prestige und seine Machtvollkommenheit schon größtenteils eingebüßt hatte, von der deutschen Obersten Heeresleitung befürchten, vor der selbst die beiden Kaiser sich beugten. Manchmal freilich zweifelte ich, ob die Tadelsvoten der deutschen Botschaft und der Obersten Heeresleitung auch echt waren, ich dachte, daß die geheiligten Namen der deutschen Reichsbehörden von unseren eigenen vielleicht nur als Wauwau benützt werden, um deren eigene unfreundliche An- und Absichten zu verbergen. Da verschaffte mir der Zu-

fall Gewißheit. Wie ich es im Krieg alle zwei oder drei Monate zu tun mich gewöhnt hatte, reiste ich anfangs November 1917 wieder einmal nach Berlin, um dort mit verschiedenen Politikern und Staatsmännern, darunter auch dem Staatssekretär Zimmermann zu sprechen. Doch Zimmermann war abwesend und ich wurde an den Presseleiter des Auswärtigen Amtes, Unterstaatssekretär von dem Bussche gewiesen, den ich noch nicht kannte. Ich sprach mit Herrn von dem Bussche wie mit Zimmermann über verschiedene politische Gegenstände, und Herr von dem Bussche antwortete bereitwillig auf meine Fragen. Doch bald brach er dieses allgemeine politische Gespräch ab, um mich plötzlich mit der Mitteilung zu überraschen, daß die deutsche Botschaft sich ständig über die „bündnisfeindliche“ Haltung meines Blattes beschwere. Herr von dem Bussche nahm dabei einen etwas gereizten Ton an. Meine Aufklärungen, daß es sich in meinen Artikeln gar nicht um das Bündnis handle, ließ er nicht gelten, meinen Vorschlag, er möge die inkriminierten Artikel der „Zeit“ einmal selbst prüfen, wollte er nicht annehmen. Er berief sich nur immer wieder auf die Berichte der Wiener Botschaft, die ihm genügten, und drückte mit einer mich überraschenden Roheit, wie wenn es sich um einen mir gleichgültigen Dritten handelte, sein Erstaunen darüber aus, daß die österreichische Regierung auf diese Beschwerden nichts gegen mein Blatt unternehme. Ich erwiderte darauf, er sei im Irrtum, unsere Regierung sei schon öfters wegen der Beschwerden der deutschen Botschaft und der Obersten Heeresleitung gegen mein Blatt eingeschritten. Herr von dem Bussche zeigte aber eine unzufriedene Miene und erwiderte in drohendem Ton, die österreichische Regierung begnüge sich mit Worten, aber in solchem Falle müsse man mit Maßregeln vorgehen. Nach Wien zurückgekehrt, erzählte

ich mein Erlebnis meinem Kollegen Prof. Singer. Dieser teilte es dem mit ihm befreundeten Ersten Obersthofmeister Prinzen Conrad Hohenlohe, einem bekanntermaßen freisinnigen Manne und langjährigen Verehrer unseres Blattes, mit, der mit dem Grafen Czernin befreundet war. Prinz Hohenlohe hörte Prof. Singers Erzählung an, lehnte jede genauere Äußerung dazu ab und sagte nur warnend, daß in der Tat ein scharfer Wind vom Norden gegen uns wehe. Das war, nach allem, was wir sonst vom Prinzen Hohenlohe wußten, eine genügend deutliche Bestätigung unserer eigenen Vermutungen, die nun schon zur Gewißheit geworden waren. Hinterher, im Mai 1918, sprach sich Hohenlohe noch offener über die damaligen Vorgänge aus und zitierte einen Ausspruch Ludendorffs aus jener Zeit: „mit einem Blatt wie die ‚Zeit' im Rücken könne er den Krieg nicht gewinnen".

Nun hieß es, rasch einen Entschluß fassen und retten, was noch zu retten war, ehe Ludendorff, oder wer immer hinter den Beschwerden der Obersten Heeresleitung und der Deutschen Botschaft stand, seinen Willen in Wien durchgesetzt hätte — was nur noch eine Frage kurzer Zeit sein konnte. Seit dem Frühjahr 1917 ungefähr hatten sich Kauflustige für unser Blatt gemeldet. Wir hatten früher nie daran gedacht, dieses Blatt, das wir gegründet und 23 Jahre unter unsäglichen Schwierigkeiten zu einem großen journalistischen Erfolg geführt hatten, jemals aus der Hand zu geben. Nun wiesen wir den Gedanken nicht mehr ganz zurück. Seitdem wir uns von der Obersten Heeresleitung verfolgt wußten, sahen wir ihn als den einzigen Ausweg an, um dem uns und dem Unternehmen zugleich drohenden Verderben zu entrinnen. Wenn wir noch schwanken mochten, so gaben meine Erfahrungen bei Herrn von dem Bussche, Prof. Singers Eindrücke aus den Gesprächen mit dem

Prinzen Hohenlohe den Ausschlag. Wir verkauften am 18. Dezember 1917 unsere Anteile an der „Zeit" und zogen uns von der Leitung des Blattes zurück. Ich schloß meine journalistische und redaktionelle Tätigkeit bei der „Zeit" mit dem am 2. Dezember 1917 erschienen Artikel „Die Sturmglocke" ab, der wohl auch der Obersten Heeresleitung keine Freude bereitet haben dürfte, und vertagte das Schreiben auf eine bessere Zeit, eingedenk der Worte Ferdinand Lassalles:

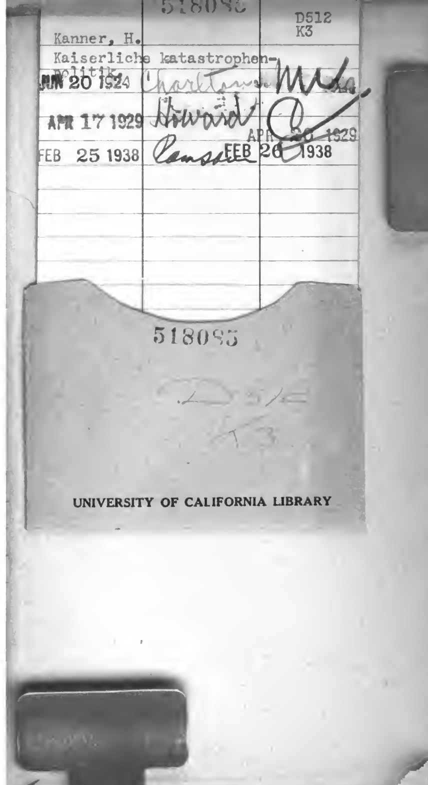
> „Ein Schriftsteller von Ehre würde sich lieber die Faust abhacken als das Gegenteil von dem sagen, was er denkt; ja sogar als, insoferne er einmal spricht, das nicht sagen, was er denkt. Kann er's schlechterdings nicht, und in keiner Wendung ausdrücken, so zieht er sich lieber zurück und schreibt gar nicht."

Inhalt

Seite

Kritisches

Selbsterlebtes



518085
D512
K3
Kanner, H.
Kaiserliche katastrophen-politik.
JUN 20 1924
APR 17 1929
APR 20 1929
FEB 25 1938
FEB 26 1938
518085
UNIVERSITY OF CALIFORNIA LIBRARY